

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

1976 · Teil II

AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (Großbritannien), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (VR Polen),
H. Mottek (DDR), S. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR), S. I. Tjulpanow (UdSSR)

Auslandskorrespondenten

Emil Niederhauser (UVR), Jerzy Tomaszewski (VR Polen), S. Sak (UdSSR)

Redaktionskollegium

Jan Peters (Chefredakteur), Traute Scholz (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Renate Günther,
Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar, Hansgünter Meyer, Hans-Heinrich
Müller, Helga Nussbaum, Hans Radandt, Karl Reißig, Alfred Schröter, Rolf Sonnemann

Arbeitsgruppe Literaturkritik

Hans-Heinrich Müller (Leiter), Gisela Buchheim, Siegfried Epperlein, Parviz Khalatbari, Hermann Leh-
mann, Peter Musiolek, Manfred Nussbaum, Hildegard Hoffmann, Jörg Roesler, Heinzpeter Thümmeler

Redaktionssekretär: Ingrid Thümmeler

Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

1976 · TEIL II

Die Position der Wirtschaftsgeschichte im System der Wirtschaftswissenschaften
Zur Bedeutung der Wirtschaftsgeschichte für die Sozialwissenschaften (1955)
Der Marshallplan
Grundzüge und -entwicklung der Entwicklung der Volkswirtschaft in den Jahren
Die Wirtschaftsentwicklung in der
Zur Debatte des "Health of Nations" auf die Genossen des deutschen Nationalismus. Die ökonomischen Auswirkungen des
Christian Jakob Kraus

Zur Rolle der Stadt in der antiken Klassengesellschaft?
Probleme der Erforschung der Wirtschaftsgeschichte in der
Zeit

512138



Redaktionsschluß: 15. 6. 1975

Anschrift der Redaktion:

108 Berlin, Zimmerstr. 94

Erschienen im Akademie-Verlag, 108 Berlin, Leipziger Straße 3—4

© Akademie-Verlag, Berlin 1976

Lizenznummer: 202 · 100/115/76

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 582 Bad Langensalza/DDR

Bestellnummer: 753 171 4 (2103/76/2) · LSV 0305

Einzelpreis des Bandes 18,— M

Abonnementpreis des Jahrganges 72,— M (4 Bände)

INHALT

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

- | | | |
|------------------|---|---------------|
| Jürgen Kuczynski | Die Position der Wirtschaftsgeschichte im System der Wissenschaften - Ein Versuch, Zum zwanzigjährigen Jubiläum dem Institut für Wirtschaftsgeschichte gewidmet | A
11 |
| Jürgen Kirchner | Zur Bedeutung der Betriebsfrauenausschüsse für die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen am planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR (1952 bis 1955) | BL
33 |
| Gerd Neumann | Der Marshallplan und die Ost-West-Beziehungen, Zur Vorgeschichte des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (II) | B
53B
B |
| V. T. Čuntulov | Grundzüge und -richtungen der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren des neunten Fünfjahrplans | 69 |
| G. N. Vejč | Die Preisdifferenzierung im Staatssektor Indiens | 91 E |
| Hermann Lehmann | Zum Einfluß des "Wealth of Nations" auf die Ökonomen des deutschen Bürgertums, Die ökonomischen Auffassungen des Christian Jacob Kraus | A
109 |
| DISKUSSIONEN | | |
| Peter Musiolek | Zur Rolle der Stadt in der antiken Klassengesellschaft | X
135 |
| Hagen Fischer | Probleme bei der Erforschung der Wirtschaftsgeschichte Kleinasiens in römischer Zeit | X
139 |
| LITERATURKRITIK | | |
| Jörg Roesler | Antikommunismus und Objektivität, Zur Darstellung der Wirtschaftsgeschichte der DDR, in: Gerd Leptin, Die deutsche Wirtschaft nach 1945, Ein Ost-West-Vergleich | 149 |

Jürgen Kuczynski

Neue Tendenzen der Sozialgeschichtsforschung in der BRD. Wilhelm Treue, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit in zwei Bänden, 1700 - 1972; Deutsche Sozialgeschichte, Dokumente und Skizzen, Bd. 2: 1870 - 1914, hg. v. Gerhard A. Ritter u. Jürgen Kocka; Proletarische Lebensläufe. Autobiographische Dokumente zur Entstehung der Zweiten Kultur in Deutschland, Bd. 1: Anfänge bis 1914, hg. v. Wolfgang Emmerich; Sozialgeschichte Heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, hg. v. Hans-Ulrich Wehler

169

Horst Handke

Massenkommunikation und Demokratie in den Zwängen der Monopolherrschaft. Zu Problemen einer marxistischen Politischen Ökonomie der Massenmedien im Kapitalismus. Horst Holzer, Gescheiterte Aufklärung? Politik, Ökonomie und Kommunikation in der Bundesrepublik Deutschland = Texte und Studien zur Soziologie, Bd. 3

177

Jan Pečírka

Eine neue Darstellung der Geschichte der griechischen Polis. Hellenische Poleis. Krise - Wandlung - Wirkung, Bd. 1 - 4, hg. v. Elisabeth Charlotte Welskopf

189

BETRIEBSGESCHICHTE

Erwin Könnemann

Die ökonomische Propaganda für das Produktionsaufgebot im Bezirk Halle (1961/1962)

207

FORSCHUNGSBERICHTE

Sigrid Dillwitz

Soziale Veränderungen in der Landwirtschaft der BRD. Zu einigen Problemen und Ergebnissen der marxistischen Forschung in der DDR

225

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

Michael Laschke

Wirtschaftsgeschichte und Umwelt in aktueller und historischer Sicht. Festliches Kolloquium zu Ehren von Hans Mottek am 25. September 1975 in Berlin

241

BA 390

QUELLEN UND MATERIALIEN

- Gustav Otruba Bericht über eine im Auftrag der Mähri-
schen Lehenbank durchgeführte Kommer-
zialreise - eine zeitgenössische Bestands-
aufnahme zur Wirtschaftslage mitteleuro-
päischer Städte um die Mitte des 18. Jahr-
hunderts (Teil III) CA 91 253
- Max Linke Archivalische Nachweise über die Nutzung
natürlichen organischen Materials zur
Düngung altmärkischer Wölbäcker 279
BD

BIBLIOGRAPHIE

- Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR,
8. Lieferung 293
- Autorenverzeichnis 303
- Содержание Contents, Contenu, Sumario

Abhandlungen,

Studien, Miscellen

DIE POSITION DER WIRTSCHAFTSGESCHICHTE IM SYSTEM DER WISSENSCHAFTEN

Ein Versuch

Zum zwanzigjährigen Jubiläum dem Institut für Wirtschaftsgeschichte gewidmet

von Jürgen Kuczynski

Es ist gut, wenn eine Wissenschaft sich von Zeit zu Zeit selbst untersucht, wenn die Wissenschaftler in gewissen Abständen Gegenstand, Methode und Ziel ihrer Wissenschaft sowie ihre Stellung im Gesamtsystem der Wissenschaften überprüfen.

Seit dreißig Jahren wird an den Universitäten unserer Deutschen Demokratischen Republik marxistische Wirtschaftsgeschichte gelehrt, seit zwanzig Jahren wird an unserer Akademie der Wissenschaften hauptberuflich Wirtschaftsgeschichte erforscht.

Es scheint angebracht, daß wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit einer Überprüfung unserer Wissenschaft im hier angedeuteten Sinne beginnen.

1. Philosophie und Aneignung der Welt

Die Wissenschaften wurden vor Marx und Engels stets entweder von der Religion bzw. Theologie oder von der Philosophie beherrscht. Im alten Ägypten und im europäischen Feudalismus dominierten Religion bzw. Theologie, in der Blüte Griechenlands galt als Königin der Wissenschaften die Philosophie. In der Renaissance gab es eine Doppelherrschaft von Philosophie und Religion, die im Kapitalismus wieder von der Alleinherrschaft der Philosophie abgelöst wurde.

Marx und Engels haben die Wissenschaften von der Domination der Philosophie im Sinne vom Fällen von Richtersprüchen über einzelwissenschaftliche Fragestellungen befreit. Sie haben den Boden dafür bereitet, daß die Philosophie zur "reinen Lehre vom Denken", zur Erkenntnistheorie, zur Gnoseologie wird - während sie aber gleichzeitig auf diesem Wirkungsgebiet weit effektiver arbeitet, von weit höherer Qualität ist.

So heißt es bei Engels in der alten Vorrede zum "Anti-Dühring", die Marx natürlich sehr genau durchgelesen hat - hat er doch auch ein ganzes Kapitel für den "Anti-Düring" zugesteuert: "Sind die Theoretiker Halbwisser auf dem Gebiet der Naturwissenschaft, so sind es die heutigen Naturforscher tatsächlich ebensosehr auf dem Gebiet der Theorie, auf dem Gebiet dessen, was bisher als Philosophie bezeichnet wurde."¹

¹ Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in:

Und in den "Notizen und Fragmenten" zur "Dialektik der Natur" bemerkt er: "Die Naturforscher fristen der Philosophie noch ein Scheinleben, indem sie sich mit den Abfällen der alten Metaphysik behelfen. Erst wenn Natur- und Geschichtswissenschaft die Dialektik in sich aufgenommen, wird all der philosophische Kram - außer der reinen Lehre vom Denken - überflüssig, verschwindet in der positiven Wissenschaft."2

Lenin hat diese Gedankengänge voll übernommen. In seinem Artikel "Karl Marx" in Granats Lexikon schreibt er: "Der dialektische Materialismus 'braucht keine über den andern Wissenschaften stehende Philosophie mehr'. Was von der bisherigen Philosophie noch bestehenbleibt, ist 'die Lehre vom Denken und seinen Gesetzen - die formelle Logik und die Dialektik'. Die Dialektik in der Marxschen ebenso wie in der Hegelschen Auffassung schließt aber in sich das ein, was man heute Erkenntnistheorie, Gnoseologie nennt, die ihren Gegenstand gleichfalls historisch betrachten muß, indem sie die Entstehung und Entwicklung der Erkenntnis, den Übergang von der Unkenntnis zur Erkenntnis erforscht und verallgemeinert."3

Wenn Lenin von der Philosophie des Marxismus spricht, so eben im Sinne einer breit angelegten Erkenntnistheorie. Dagegen sprechen und schreiben viele Marxisten überall in der Welt heute noch von der Philosophie des Marxismus-Leninismus im alten Sinne des Wortes Philosophie.

Sehen wir uns als Beispiel das vom Institut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der UdSSR herausgegebene Lehrbuch "Grundlagen der marxistisch-leninistischen Philosophie", das 1971 auch in der DDR erschienen ist, an.

Dort findet sich unter der Überschrift "Raum und Zeit" folgende Ausführung:

"Jeder Gegenstand hat eine bestimmte Ausdehnung: Er ist lang oder kurz, breit oder schmal, hoch oder niedrig. Jedes Ding befindet sich inmitten der anderen Dinge an einem ganz bestimmten Ort. Körper haben einen Umfang und diese oder jene äußere Form. Jede der Bewegungsformen der Materie ist notwendig mit einer Ortsveränderung von Körpern verbunden. In alledem findet die Tatsache ihren Ausdruck, daß Gegenstände im Raum existieren, daß der Raum eine Grundbedingung für die Bewegung der Materie ist. Der Raum ist eine objektiv reale Existenzform der sich bewegenden Materie. Mit dem Raumbegriff wird das Nebeneinanderbestehen und die Entfernung der Körper voneinander, ihre Ausdehnung und ihre Lage zueinander erfaßt...

Die Zeit ist eine objektiv reale Existenzform der sich bewegenden Materie. Sie charakterisiert die Reihenfolge, in der materielle Prozesse ablaufen, den Abstand verschiedener Prozeßphasen voneinander, die Dauer und Entwicklung der Prozesse.

Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 330.

2 Derselbe, Dialektik der Natur, in: ebenda, S. 480.

3 Lenin, W. I., Karl Marx, in: Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 42; vgl. dazu auch derselbe, Materialismus und Empirio-kritizismus, in: Werke, Bd. 14, Berlin 1962, S. 96.

'In der Welt existiert nichts als die sich bewegende Materie, und die sich bewegende Materie kann sich nicht anders bewegen als im Raum und in der Zeit.'¹⁴

Man kann auch sagen: Diese Sätze gehören genau in dieser Formulierung in den Grundlagenteil eines Lehrbuchs der Physik. Verschwindet hier nicht die positive Wissenschaft in der Philosophie statt umgekehrt, wie Engels es (wenn wir von der "reinen Lehre vom Denken" absehen) fordert?

Oder nehmen wir folgenden Text unter der Überschrift "Die Produktionsverhältnisse":

"Die Produktion war und ist stets gesellschaftliche Produktion. Indem die Menschen materielle Güter herstellen, treten sie in vielfältige Beziehungen zueinander, und nur im Rahmen dieser Beziehungen produzieren sie, existiert ihr Verhältnis zur Natur ...

Im Prozeß der Produktion bilden sich zwischen den Menschen Beziehungen verschiedener Art heraus. So gibt es zum Beispiel Beziehungen, die durch die technische Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Berufen bedingt sind. Es gibt Beziehungen zwischen den Abteilungen eines Betriebes, zwischen Werkträgern, die bestimmte miteinander im Zusammenhang stehende Arbeitsoperationen verrichten usw. Diese Beziehungen kann man als produktionstechnische Beziehungen bezeichnen. Sie werden unmittelbar durch die Technik, durch die Technologie und Produktionsorganisation bestimmt und können sich daher im kapitalistischen und in sozialistischen Betrieben nicht grundlegend voneinander unterscheiden.

Anders verhält es sich mit den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen (den ökonomischen Verhältnissen). Ihr Charakter hängt davon ab, wem die Produktionsmittel in der Gesellschaft gehören oder, anders gesagt, wie das Eigentum an den grundlegenden Produktionsmitteln in der betreffenden Gesellschaft verteilt ist."⁵

Man kann auch sagen: Diese Sätze gehören genau in dieser Formulierung in den Grundlagenteil eines Lehrbuchs der Politischen Ökonomie. Verschwindet hier nicht wieder die positive Wissenschaft in der Philosophie statt umgekehrt, wie Engels es (wenn wir von der "reinen Lehre vom Denken" absehen) fordert?

Und noch ein letzter Auszug aus diesem Buch:

"Durch die Geschichte der Gesellschaft zieht sich seit dem Zerfall der Urgemeinschaft der Klassenkampf. 'Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz, Unterdrückter und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen'⁺⁺, so haben Marx und Engels die Hauptformen des Klassenkampfes vor der Entstehung des Kapitalismus charakterisiert. Die Epoche des Kapitalismus brachte eine weitere Verschärfung des Klassenkampfes

+ W. I. Lenin: Materialismus und Empirio-kritizismus. In: Werke, Bd. 14, S. 171.

4 Grundlagen der marxistisch-leninistischen Philosophie (im folgenden: Grundlagen), Berlin 1971, S. 79.

5 Ebenda, S. 294.

++ Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, S. 462.

mit sich, indem sie die Gesellschaft in zwei große Lager, zwei große Klassen - Bourgeoisie und Proletariat - spaltete ...

Der Klassenkampf weist die unterschiedlichsten Charakteristika und Formen auf.

Die Formen des Klassenkampfes und die Formen der Klassenorganisation stehen in engem Zusammenhang. Besonders deutlich zeigt sich das am Beispiel des proletarischen Klassenkampfes. Das Proletariat führt seinen Kampf gegen den Kapitalismus in drei Hauptformen: als ökonomischen, politischen und ideologischen Klassenkampf.⁶

Man kann auch sagen: Diese Sätze gehören genau in dieser Formulierung in den Grundlagenteil eines Lehrbuchs der Geschichte. Verschwindet hier nicht wieder die positive Wissenschaft in der Philosophie statt umgekehrt, wie Engels es (wenn wir von der "reinen Lehre vom Denken" absehen) fordert?

Soll die marxistische Philosophie wirklich zugleich Naturwissenschaft, Politische Ökonomie, Geschichte, Lehre vom Denken sein?

Hier liegt meiner Ansicht nach eine falsche Identifizierung von Philosophie und Marxismus, von Philosophie und dem, was man allgemein Weltanschauung nennt, vor, die durchaus den von Engels und Lenin hier zitierten Auffassungen von Philosophie widerspricht.

Was sagt Lenin über den Marxismus? In seiner Schrift "Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus" bemerkt er:

"Die Geschichte der Philosophie und die Geschichte der Sozialwissenschaft zeigen mit aller Deutlichkeit, daß der Marxismus nichts enthält, was einem 'Sektierertum' im Sinne irgendeiner abgekapselten, verknöcherten Lehre ähnlich wäre, die abseits von der Heerstraße der Entwicklung der Weltzivilisation entstanden ist. Im Gegenteil: Die ganze Genialität Marx' besteht gerade darin, daß er auf die Fragen Antwort gegeben hat, die das fortgeschrittene Denken der Menschheit bereits gestellt hatte. Seine Lehre entstand als direkte und unmittelbare Fortsetzung der Lehren der größten Vertreter der Philosophie, der politischen Ökonomie und des Sozialismus.

Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist. Sie ist in sich geschlossen und harmonisch, sie gibt den Menschen eine einheitliche Weltanschauung, die sich mit keinerlei Aberglauben, keinerlei Reaktion, keinerlei Verteidigung bürgerlicher Knechtung vereinbaren läßt. Sie ist die rechtmäßige Erbin des Besten, was die Menschheit im 19. Jahrhundert in Gestalt der deutschen Philosophie, der englischen politischen Ökonomie und des französischen Sozialismus hervorgebracht hat."⁷

Da die deutsche Philosophie die Welt dialektisch sah und somit auch die Theorie der Naturbewegung mit einschloß und da der französische Sozialismus ganz selbstverständlich den französischen Materialismus des 18. Jahrhunderts übernahm sowie gleichzeitig die Theorie der Geschichte der Menschheit mit umfaßte, kann man sagen, der Marxismus ist die Wissenschaft von den Grundlehren der Bewegung der Materie in Natur und Gesellschaft. Zwar ist die Bewegung in Natur und Gesellschaft "an sich" grundverschieden, insofern als die Bewegung in der

⁶ Grundlagen, a. a. O., S. 344, 347.

⁷ Lenin, W. I., Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, in: Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 3 f.

Natur als Veränderung, die Bewegung in der Gesellschaft als Fortschritt zu charakterisieren ist. Beide aber eint, daß ihre Bewegung dialektisch vor sich geht. Und noch eines eint sie mehr und mehr: die Tatsache, daß die Natur in zunehmendem Maße vergesellschaftet wird, daß ihre Veränderungen immer stärker vom Menschen bestimmt werden - bisher nur auf der Erde, doch dringt der Mensch jetzt schon in das Weltall ein -, daß also die Veränderung in der Natur sich insofern in Fortschritt verwandelt.

Wir sprechen in diesem Zusammenhang von der marxistischen Weltanschauung und nennen sie eine wissenschaftliche Weltanschauung. Man sollte aber überlegen ob dieser aus der deutschen bürgerlichen Philosophie übernommene Ausdruck Weltanschauung prägnant genug ist. Er scheint mir zu passiv. Wir schauen die Welt doch nicht einfach an. Denn indem wir sie anschauen, eignen wir sie uns doch zugleich schöpferisch an.

Auch scheint es mir zweifelhaft, ob der Marxismus nur eine wissenschaftliche Weltanschauung ist. Denken wir an die "Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie", in der Marx sagt: "Das Ganze, wie es im Kopfe als Gedankenganzes erscheint, ist ein Produkt des denkenden Kopfes, der sich die Welt in der ihm einzig möglichen Weise aneignet, einer Weise, die verschieden ist von der künstlerischen, religiösen, praktisch-geistigen Aneignung dieser Welt."⁸ Es gibt also verschiedene Formen des Weltanschauens, der Weltaneignung!

Umfaßt der Marxismus nun als Weltanschauung nur die denkende, die wissenschaftliche Aneignung der Welt? Ist der Mensch, der in einer wirklich umfassend entwickelten sozialistischen (im weitesten Sinne des Wortes) Gesellschaft aufgewachsen ist, der in einer nach den wissenschaftlichen Erkenntnissen des entfalteten Marxismus aufgebauten Gesellschaft lebt, nicht in ganz anderer Weise auch befähigt, die Welt künstlerisch oder praktisch geistig zu erfassen und sich anzueignen als der Mensch in früheren Gesellschaftsordnungen? Natürlich ist er das!

Man sollte daher vielleicht besser sagen: Der Marxismus ist die adäquateste wissenschaftliche Art der Aneignung der Welt, aber nur der marxistisch erzogene, in einer voll entwickelten sozialistischen Gesellschaft lebende Mensch ist auch fähig, sich die Welt künstlerisch und praktisch-geistig in höchst möglichem Maße anzueignen. Ja, es kann sein, daß er auch noch weitere Aneignungsformen, von denen wir uns heute noch keine Vorstellung machen können, erlernt, während er andere, wie heute schon die religiöse, als unbrauchbar geworden aufgibt. Aber um welche Aneignungsformen es sich auch handelt, stets wird es der marxistisch gebildete Mensch sein, der jeder der verschiedenen Aneignungsformen, etwa der künstlerischen oder der praktisch-geistigen, die höchste Effektivität gibt. Das heißt also, etwa der Künstler ist in der Lage, seine künstlerische Perzeption zu schärfen, wenn er marxistisch gebildet ist.

Es scheint darum überlegenswert, den Begriff der Weltanschauung durch den der Aneignung zu ersetzen und in den Marxismus nicht nur eine wissenschaftliche, sondern jede effektive Art der Aneignung, also zum Beispiel auch die künstlerische Art und Weise der Aneignung der Welt, einzubereichern.

Bei dem Ersatz des Wortes Weltanschauung durch Weltaneignung handelt es sich nicht nur um die Ersetzung eines Wortes durch ein anderes, besseres, sondern um eine grundlegende Frage. Denn nur wenn wir von Aneignung sprechen, rückt

⁸ Marx, Karl, Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1961, S. 632 f.

die Aktivität des Menschen in den Vordergrund und damit auch die Methode der Aneignung. Es ist darum auch verständlich, daß Marx und Engels und Lenin dem Marxismus als Methode solch entscheidende Bedeutung beigemessen haben. In "Was sind die 'Volksfreunde'" schreibt Lenin zum Beispiel: "Genauso, wie nun der Transformismus keineswegs den Anspruch erhebt, die 'gesamte' Geschichte der Entstehung der Arten zu erklären, sondern nur den, die Methoden dieser Erklärung auf ein wissenschaftliches Niveau zu bringen, hat auch der Materialismus in der Geschichte nie den Anspruch erhoben, alles erklären zu wollen, sondern nur den, die nach einem Ausdruck von Marx ('Das Kapital') 'einzige... wissenschaftliche' Methode zur Erklärung der Geschichte herauszuarbeiten." ⁹

Natürlich können wir noch nicht alles erklären, natürlich entwickeln wir Marxisten auch falsche Theorien und haben darum mitunter falsche Anschauungen - aber die Methode, die Marx entwickelt hat, führt, richtig gehandhabt, stets zu richtigen Resultaten. Darum sagt Lenin auch in der gleichen Schrift: "Die Marxisten entlehnen der Marxschen Theorie vorbehaltlos nur die wertvollen Methoden, ohne die eine Aufhellung der gesellschaftlichen Verhältnisse unmöglich ist, und sehen folglich das Kriterium für ihre Beurteilung dieser Verhältnisse keineswegs in abstrakten Schemata und ähnlichem Unsinn, sondern darin, ob diese Beurteilung richtig ist und mit der Wirklichkeit übereinstimmt." ¹⁰

Wie gar nicht selten mißlingt uns die wissenschaftliche Aneignung der Welt - immer von neuem müssen wir das Angeeignete überprüfen ..., aber immer müssen wir dabei die einzig und stets richtige Methode anwenden, das System der Methoden, die Methodologie des Marxismus-Leninismus!

2. Die Geschichtswissenschaft

Erinnern wir uns noch einmal an die Feststellung von Engels: "Erst wenn Natur- und Geschichtswissenschaft die Dialektik in sich aufgenommen, wird all der philosophische Kram - außer der reinen Lehre vom Denken - überflüssig, verschwindet in der positiven Wissenschaft." ¹¹

Heute besteht, wie wir an dem Lehrbuch der Philosophie, aus dem wir zitierten, ersahen, die umgekehrte Tendenz: Ein Teil der positiven Wissenschaft schleicht sich in die Philosophie ein. Natürlich ist das kein Unglück, leidet unsere Welterkenntnis nicht darunter, außer daß der Begriff und die Lehrbücher der Philosophie immer umfassender werden. Da aber selbstverständlich die positiven Wissenschaften ebenfalls diese ihre Problematik bearbeiten und bringen müssen, werden alle Bücher unnötig überladen, und das gleiche gilt selbstverständlich für den Unterricht.

Wir meinen darum, daß man besser daran tut, die bisherige Philosophie, mit Ausnahme der Gnoseologie, in der positiven Wissenschaft verschwinden zu lassen. Wir brauchen keine über allen anderen schwebende Wissenschaft, auch keine unter allem schwebende "Grundlagenwissenschaft". Wohl aber brauchen wir selbstverständlich eine aller Wissenschaft gemeinsame Methodologie, und das ist das System des dialektischen und historischen Materialismus.

+ Vgl. Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 393 - J. K.

9 Lenin, W. I., Was sind die "Volksfreunde" und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?, in: Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 137 f.

10 Ebenda, S. 189.

Doch wenn wir vom dialektischen und historischen Materialismus sprechen, deuten wir zugleich an, daß diese Methodologie zwei Hauptmittel der Erfassung von zwei zwar miteinander verflochtenen, aber in ihrer Bewegung inhaltlich verschiedenen Realitäten enthält: den dialektischen Materialismus zur Erfassung aller Realität in Natur und Gesellschaft und den historischen Materialismus zur spezifischen Erfassung der (sich natürlich auch dialektisch bewegenden) Gesellschaft. Die materielle Realität der Natur erfaßt die Naturwissenschaft, die Realität der Gesellschaft erfaßt, wie Engels formuliert, die Geschichtswissenschaft, daher auch der Name historischer (!) Materialismus.

Für Engels gibt es also zwei große Wissenschaftszweige: die Naturwissenschaften und die Geschichtswissenschaften, welche letztere wir heute Gesellschaftswissenschaften nennen.

(Es ist übrigens nicht ohne Interesse festzustellen, daß, völlig unabhängig von den damals noch nicht veröffentlichten Studien von Engels, ein nicht unbedeutender bürgerlicher Philosoph, Wilhelm Dilthey, dafür plädierte, die Geschichtswissenschaft an Stelle der Philosophie zur Königin der, wie er es nannte, Geisteswissenschaften zu machen.¹¹)

Er war ein Idealist, zum Teil auch ein Irrationalist, und er wollte die Geschichtswissenschaft zur Königin der Gesellschaftswissenschaften machen, um diese noch stärker von den Naturwissenschaften abzugrenzen, die Eigenart beider großer Wissenschaftszweige noch stärker herauszuarbeiten und die Geisteswissenschaften vor den "Zugriffen der Naturwissenschaften" zu bewahren, den ersteren ihre Existenz zu sichern. Motiv und Inhalt seiner Handlung waren also grundverschieden von denen von Engels. Aber mit feinem Instinkt erkannte er die Bedeutung des historischen Elements der Gesellschaftswissenschaften, die auch wir so klar und deutlich anerkennen, wenn wir vom historischen Materialismus sprechen.)

Es ist die historische Bewegung, es ist die (natürlich mit Abweichungen, mit Rückschlägen verbundene) Bewegung zum Fortschritt der Gesellschaft, die der Gegenstand des historischen Materialismus ist - und zwar als objektive Realität, die wir uns aneignen, als von Gesetzen bestimmte Bewegung, die wir verstehen wollen.

Ganz großartig schildert das genannte philosophische Lehrbuch den gesellschaftlichen Hintergrund für das Entstehen des historischen Materialismus:

"Der historische Materialismus konnte nur unter bestimmten sozialen und theoretischen Voraussetzungen entstehen. Seine Entstehung war durch die gesetzmäßige Entwicklung des progressiven sozialen, politischen und philosophischen Denkens vorbereitet worden. Gleichzeitig wurde die Erkenntnis der Gesetze des gesellschaftlichen Lebens auch aufgrund sozialer Bedingungen möglich,

Die Beschleunigung der gesellschaftlichen Entwicklung, die rasche Folge historischer Ereignisse, die mit der englischen und insbesondere mit der französischen bürgerlichen Revolution der Jahre 1789 bis 1794 einsetzte, die Verschärfung der Klassenwidersprüche und Klassenauseinandersetzungen, das Auftreten der Arbeiterklasse auf dem Schauplatz der Geschichte - das sind in allgemeinen Zügen die sozialen Voraussetzungen, die die Entstehung des historischen Materialismus begünstigten.

11 Vgl. zum folgenden auch Kuczynski, Jürgen, Studien zu einer Geschichte der Gesellschaftswissenschaften, Bd. 4, Kap. VI.

Als sich die Geschichte noch relativ langsam vorwärtsbewegte, wie in der Epoche des Feudalismus, war es schwer, die Gesetzmäßigkeit der fortschreitenden Entwicklung der Gesellschaft festzustellen, die Ablösung einer Gesellschaftsformation durch die andere zu begreifen. In diesen Zeiten fiel es der metaphysischen Auffassung leicht, sich zu behaupten.

Die stürmischen Ereignisse am Ausgang des 18. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zeigten, daß die Gesellschaft durchaus kein unveränderliches Gebilde ist, sondern vielmehr ein spezifischer lebendiger sozialer Organismus, der der Veränderung unterliegt und im Hinblick auf seine Existenz und Entwicklung bestimmten objektiven Gesetzen unterworfen ist, die nicht vom Willen und Bewußtsein der Menschen abhängen. ¹²

Es war die eilig vorwärtsschreitende Bewegung der Geschichte, die den Hintergrund für die Entwicklung des historischen Materialismus abgab.

Und dementsprechend definiert das Lehrbuch den Gegenstand des historischen Materialismus:

"Die gesellschaftlichen Erscheinungen und Prozesse werden von verschiedenen Wissenschaften untersucht. Die politische Ökonomie erforscht die ökonomischen Verhältnisse oder Produktionsverhältnisse, die Gesetze der Entstehung und Entwicklung der Produktionsweisen der materiellen Güter. Die Rechtswissenschaften beschäftigen sich mit der Entstehung und Entwicklung politischer und juristischer Institutionen, des Staates und des Rechts und ihren Funktionen. Die Kunstwissenschaft und die Ästhetik untersuchen die Gesetze der Entstehung und Entwicklung der Kunst, das Verhältnis der Kunst zur Wirklichkeit, die Methoden des künstlerischen Schaffens. Die Ethik erforscht das Gebiet der sittlichen, moralischen Beziehungen zwischen den Menschen. Jeder der aufgezählten Zweige der sozialen Erkenntnis untersucht eine bestimmte Seite des gesellschaftlichen Lebens.

Zum Unterschied davon sind Gegenstand des historischen Materialismus nicht einzelne Seiten des gesellschaftlichen Lebens, nicht die eine oder andere Art gesellschaftlicher Verhältnisse oder Erscheinungen (ökonomische, politische, ideologische), sondern die Gesetze und Triebkräfte der Bewegung und Entwicklung der Gesellschaft, das gesellschaftliche Leben in seiner Ganzheit, die inneren Beziehungen und Widersprüche aller seiner Seiten und Verhältnisse. Der historische Materialismus untersucht nicht die besonderen Gesetze, die die Existenz und die Entwicklung der ökonomischen, politischen oder geistigen Prozesse bestimmen, sondern die allgemeinen Entwicklungsgesetze der Gesellschaft, die Gesetze der Entstehung und der Existenz der ökonomischen Gesellschaftsformationen und die Triebkräfte ihrer Entwicklung. ¹³

Genau so ist es. Der Gegenstand des historischen Materialismus sind die Gesetze und Triebkräfte der Bewegung und Entwicklung der Gesellschaft, des gesellschaftlichen Lebens in seiner Ganzheit. -

Unter den wichtigen Einzelwissenschaften, die das Lehrbuch nennt, fehlt merkwürdigerweise die Geschichtswissenschaft. Es werden genannt die Politische

12 Grundlagen, a. a. O., S. 250.

13 Ebenda, S. 255 f.

Ökonomie, die Rechtswissenschaften, die Kunstwissenschaft und die Ästhetik sowie die Ethik.

Was ist eigentlich Geschichtswissenschaft, was verstehen wir darunter, und verstehen wir darunter das gleiche wie Engels, wenn er die Geschichtswissenschaft der Naturwissenschaft gegenüberstellt? Noch einmal muß zunächst ganz klar gesagt werden: Für Engels ist Geschichtswissenschaft das, was wir Gesellschaftswissenschaft nennen. Dazu hatten wir bereits aus dem "Anti-Dühring" und der "Dialektik der Natur" zitiert. Diese Verwendung des Begriffs behält Engels auch nach 1878 bei. 1883 sagte er am Grabe von Marx: "Was das streitbare europäische und amerikanische Proletariat, was die historische Wissenschaft an diesem Mann verloren haben, das ist gar nicht zu ermessen."¹⁴ Und 1888, in der Vorrede zur englischen Ausgabe des "Kommunistischen Manifests" bemerkt Engels, nachdem er erklärt hat, daß der "Grundgedanke" des Manifests, die entscheidende Rolle der Produktionsverhältnisse und der sich aus ihnen ergebenden Klassenkämpfe für die Gesellschaft, "Marx angehört": "Diesem Gedanken, der nach meiner Ansicht berufen ist, für die Geschichtswissenschaft denselben Fortschritt zu begründen, den Darwins Theorie für die Naturwissenschaft begründet hat - diesem Gedanken hatten wir beide uns schon mehrere Jahre vor 1845 allmählich genähert."¹⁵

Wir dagegen verstehen unter Geschichtswissenschaft etwas ganz anderes als Engels. Unseren Begriff der Geschichtswissenschaft könnte man niemals, so wie es Engels tat, dem der Naturwissenschaft gegenüberstellen. Unser Begriff der Geschichtswissenschaft gilt für eine Einzelwissenschaft, wie die Politische Ökonomie oder irgendeine andere Gesellschaftswissenschaft. Und diese Einzelwissenschaft der Geschichte hat zum Gegenstand die politische Geschichte, das heißt im Grunde die Geschichte der Klassenkämpfe sowie natürlich auch der Kämpfe der gleichen Klassen in verschiedenen Staaten oder Städten oder anders bestimmten "soveränen" Gebilden miteinander.

So wie die Wirtschaftsgeschichte im Grunde die Geschichte der Basis (Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte) erforscht und die historische Seite der systemorientierten Politischen Ökonomie ist, so erforscht die politische Geschichte im Grunde die Geschichte des politischen Überbaus und ist die historische Seite der systemorientierten Theorie der Klassenpolitik - wir sagen ausdrücklich nicht Theorie des Klassenkampfes, weil dieser Begriff alle Kämpfe zwischen gleichen Klassen, also zum Beispiel alle Stadt- und Länderkriege, ausschließen würde und diese doch bis in die Gegenwart, ja gerade im Stadium des Imperialismus mit seinen Weltkriegen, mit Recht eine ganz große Rolle in der politischen Geschichte spielen.

Der Engelssche Begriff der Geschichtswissenschaft als unterschieden von der Naturwissenschaft aber umfaßt die Historie und Theorie der Gesellschaft als unterschieden von der Historie und Theorie der Natur.

Eine Geschichtsschreibung, so wie sie der Engelssche Begriff der Geschichtswissenschaft verlangt, besitzen wir noch nicht. Selbstverständlich beginnen unsere politischen Geschichtsschreiber schon weit besser als zuvor wirtschaftswissen-

¹⁴ Engels, Friedrich, Das Begräbnis von Karl Marx, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1967, S. 335.

¹⁵ Derselbe, Vorrede zum "Manifest der Kommunistischen Partei", in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 357.

schaftliche Ausführungen als Grundlage für ihre politische Geschichte zu geben, auch "kulturelle Streiflichter" einzubauen und ähnliches. Aber eine Geschichtsschreibung, die das gesamte gesellschaftliche Leben entsprechend der Bedeutung der verschiedenen gesellschaftlichen Lebens- und Wirkungsgebiete umfaßt, fehlt uns noch. Und wir sind auch in der Ausbildung unserer Kader noch weit davon entfernt, eine solche Gesellschaftsgeschichte schreiben zu können.

Absolute Klarheit muß darüber herrschen, daß der Engelssche Begriff der Geschichtswissenschaft etwas ganz Neues, weit umfassender als alles, was wir bisher darunter verstanden und praktiziert haben, ist.

Wie aber steht es mit dem noch nicht behandelten Begriff der Geschichtsphilosophie? Da sieht plötzlich alles ganz anders aus. Er steht dem Engelsschen Begriff der Geschichtswissenschaft ganz nahe. In dem genannten Lehrbuch heißt es allgemein zu dem Verhältnis von "Einzelphilosophien" und "Einzelwissenschaften": "Die Philosophen vor Marx haben in der Regel behauptet, die Philosophie vermittele absolute Wahrheiten, die Wissenschaften dagegen gelangen nur zu relativen Wahrheiten. Deshalb stellten sie den Naturwissenschaften die Naturphilosophie, den Wissenschaften von der Geschichte der Menschheit die Geschichtsphilosophie, der Rechtswissenschaft die Rechtsphilosophie, der Kunstwissenschaft die Kunstphilosophie usw. gegenüber. Solange die Naturwissenschaften und die Gesellschaftswissenschaften überwiegend empirischen Charakter hatten, sich damit befaßten, Tatsachenmaterial zu sammeln, solange waren Geschichtsphilosophie oder Naturphilosophie als von den konkreten Wissenschaften getrennte theoretische Wissenschaftssysteme historisch gerechtfertigt. Sie kamen zu genialen Vermutungen und nahmen künftige wissenschaftliche Entdeckungen vorweg.

In der Folgezeit jedoch, in dem Maße, wie sich die theoretische Naturwissenschaft entwickelte, überlebte sich die Naturphilosophie mit ihren charakteristischen allgemeinen und abstrakten Erwägungen über das Wesen der Naturprozesse. Dasselbe gilt auch für die Geschichtsphilosophie. ...

Der bürgerlichen Geschichtsphilosophie geht es heute wie früher um universelle Prinzipien und Methoden zur Erfassung der Geschichte als Ganzes.

Dieses Streben, die allgemeinsten Züge der gesellschaftlichen Entwicklung, die Triebkräfte der Geschichte aufzudecken, betrifft selbstverständlich ein reales Problem.

Im 18. Jahrhundert und in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts brachten solche großen Vertreter der Geschichtsphilosophie wie Charles-Louis Montesquieu (1689 - 1755), François-Marie Voltaire (1694 - 1778), Marie-Jean-Antoine de Condorcet (1743 - 1794), Johann Gottfried Herder (1744 - 1803) und Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770 - 1831) die Geisteshaltung der aufsteigenden Bourgeoisie zum Ausdruck, die an der Erkenntnis historischer Prozesse interessiert war. Die spekulativen Konzeptionen und Systeme dieser Denker enthielten daher geniale Gedanken und Vermutungen über die historische Notwendigkeit, über den gesetzmäßigen Charakter der gesellschaftlichen Entwicklung, über den sozialen Fortschritt usw.

In den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts wurde diese Geschichtsphilosophie von der positivistischen Soziologie attackiert. Ihre Begründer August Comte (1798 - 1857), Herbert Spencer (1820 - 1903) und ihre Anhänger lehnten abstrakte, von den empirischen Fakten losgelöste Geschichtstheorien ab und traten für konkrete, positive Kenntnisse von der Gesellschaft ein. Obgleich sich die Vertreter der positivistischen Soziologie selbst keineswegs von ihren idealistischen all-

oder, wie Lenin formuliert, des "Übergangs von der Unkenntnis zur Erkenntnis"¹⁷ zu analysieren.

In der Wirtschaftswissenschaft zum Beispiel ist Aufgabe der Theorie, der Politischen Ökonomie, die Eruierung der Gesetze und Triebkräfte der Wirtschaft sowie die Analyse und die Charakterisierung der Struktur der Wirtschaft in Form der Konstruktion von Wirtschaftsmodellen. Die Aufgabe der empirischen Forschung in der Wirtschaftswissenschaft, das heißt der Wirtschaftsgeschichte, ist einmal die konkrete Untersuchung des Wirtschaftstatsachenablaufs und sodann der Form und des Grades der Durchsetzung und Wirksamkeit der von der Theorie gefundenen Gesetze und Triebkräfte sowie des Vergleichs der realen Struktur der jeweils untersuchten Gesellschaft mit dem Modell.

Jedoch darf man diese Zweige, den theoretischen und den empirischen Zweig, niemals auseinanderreißen. Sie mögen sich aus pragmatischen Gründen zu eigenen Disziplinen entwickeln, sind aber niemals eigene Wissenschaften. Sie sind beide Teile einer Wissenschaft. Darum kann ja Engels auch jede einzelne Gesellschaftswissenschaft als historisch bezeichnen. So sagt er zum Beispiel in seiner Besprechung von "Zur Kritik der Politischen Ökonomie" im Londoner "Das Volk" vom 6. und 20. August 1859: "Es war nicht nur für die Ökonomie, es war für alle historischen Wissenschaften (und alle Wissenschaften sind historisch, welche nicht Naturwissenschaften sind) eine revolutionierende Entdeckung, dieser Satz: 'daß die Produktionsweise des materiellen Lebens den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt bedingt'..."¹⁸

Für die Klassiker sind also alle Gesellschaftswissenschaften historische Wissenschaften. Daß sie natürlich auch theoretische Wissenschaften sind, ist selbstverständlich schon in dem Begriff Wissenschaft enthalten, da es keine Wissenschaft, ganz gleich ob Gesellschafts- oder Naturwissenschaft, gibt und geben kann, die nicht theoretisch ist. Eine untheoretische Wissenschaft wäre ein Widerspruch in sich. Daher gehört es auch zum Begriff der Wissenschaft, daß ihr Gegenstand die Erforschung von Gesetzen ist. Eine Wissenschaft, deren Gegenstand nicht die Erforschung von Gesetzen, von notwendigen Tendenzen, inneren Zusammenhängen, Wechselwirkungen, Verhältnissen und Prozessen ist, ist keine Wissenschaft.

Der Gegenstand der Gesellschaftswissenschaft(en) sind die Gesetze, die notwendigen Tendenzen, inneren Zusammenhänge, Wechselwirkungen, Verhältnisse und Prozesse des gesellschaftlichen Lebens in ihrer Struktur und historischen Bewegung.

Das heißt, die allgemeine Gesellschaftswissenschaft, die Geschichtswissenschaft im Sinne von Engels (der historische Materialismus) und entsprechend auch die einzelnen Gesellschaftswissenschaften müssen ihren Gegenstand theoretisch und historisch erfassen: sowohl als auch, gleichzeitig, in einem. Darum der Ausdruck historische Wissenschaft, "historische Theorie". Nur die Erforschung von Gesetzen in ihrer historischen Bewegung kann als Gesellschaftswissenschaft betrachtet werden. Ebenso wie es nicht Materie geben kann, die nicht in Bewegung ist, ebenso wie Materie ohne Bewegung ein sinnloser Begriff ist, so ist eingese-

¹⁷ Lenin, W. I., Karl Marx, a. a. O., S. 42.

¹⁸ Engels, Friedrich, Karl Marx, "Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, a. a. O., S. 470; vgl. zum folgenden auch Kuczynski, Jürgen, Der Gegenstand der Wirtschaftsgeschichte, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963, T. 1. S. 133 - 147.

schaftliches Gesetz ohne historische Bewegung undenkbar, weshalb die gesellschaftlichen Gesetze eben nur als sich historisch bewegend erfaßt werden können.

Kein Gesetz der Gesellschaftswissenschaft, auch nicht das allgemeinste, hat Sinn und Bedeutung, wenn es nicht eingebettet ist in eine historische Bewegung.

Wir müssen also zu dem Schluß kommen: Jede Wissenschaft von der Gesellschaft, die allgemeine Wissenschaft wie jede einzelne Wissenschaft, ist zugleich Theorie und Geschichte (Historie), denn ihr Untersuchungsgegenstand sind die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft bzw. einzelner Sphären der Gesellschaft in historischer Bewegung. Jede Gesellschaftswissenschaft muß daher die Geschichte ihres Gebietes untersuchen, um aus dieser Untersuchung die Gesetze, Zusammenhänge, Verhältnisse, Beziehungen seiner gesellschaftlichen Bewegungen abzuleiten.

Darum gibt es in der Gesellschaftswissenschaft, das heißt in der Geschichtswissenschaft im Engelsschen Sinne, auch nicht alternative Methoden des Vorgehens wie in den Naturwissenschaften, wo die jeweilig zweite (zum Beispiel die induktive oder die deduktive Methode) nur die Kontrolle der Resultate der Anwendung der jeweils ersten bedeutet. Der Gesellschaftswissenschaftler muß vielmehr zugleich theoretische Überlegungen aufgrund historischer Untersuchungen und historische Untersuchungen aufgrund theoretischer Überlegungen machen. In diesem Sinne gibt es keinen Geschichts-, das heißt empirischen Wissenschaftler, der Gesetze als solche nicht zum Untersuchungsgegenstand hat, und keinen Theoretiker, der die Geschichte nicht zum Gegenstand seiner Untersuchung machen muß. Theoretische und empirische (Geschichts)forschung sind genauso zwei Seiten einer Einheit, nämlich des Gesellschaftswissenschaftlers, wie die Meisterung der Theorie und Praxis des Klassenkampfes zwei Seiten einer Einheit, nämlich des Parteifunktionärs, ja im Grunde jedes Parteimitgliedes sind.

Da aber die Geschichte die Praxis darstellt, aus der die Theorie destilliert wird, da die Praxis in die Geschichte eingeht, die Geschichte also als Praxis natürlich das Primat vor der Theorie hat, da die Theorie nur die Abstraktion der Praxis ist, da kein Gesetz ohne Geschichte, ohne Praxis denkbar ist, so nannte Engels die Gesellschaftswissenschaften mit vollem Recht historische Wissenschaften bzw. zusammengefaßt Geschichtswissenschaft, zumal das Wort Wissenschaft auch die Theorie, die Lehre von den Gesetzen mit einschließt.

Ich glaube, wir können daher unsere vorangehenden Ausführungen so abschließen:

1. Alle Wissenschaften haben zum Gegenstand die Erforschung von Gesetzen, von Gesetzmäßigkeiten.
2. Alle Gesellschaftswissenschaften sind historische Wissenschaften.
3. Darum müssen alle Gesellschaftswissenschaftler sowohl theoretisch wie auch historisch schöpferisch arbeiten.
4. Wer als Gesellschaftswissenschaftler nur "theoretisch" arbeitet, kann keine neuen Gesetze, Zusammenhänge, Wechselbeziehungen, Prozesse erkennen. Wer nur "historisch" arbeitet, muß immer dann scheitern, wenn die Erklärung von Ereignissen die Erkenntnis neuer Gesetze, Tendenzen, Wechselbeziehungen usw. verlangt.
5. Es gibt keine getrennten theoretischen und historischen wissenschaftlichen gesellschaftlichen Forschungsbereiche. Es gibt eben auf dem Gebiet der Erforschung der Gesellschaft nur historische Wissenschaften, nur historische Wissenschaftler, nur Gesellschaftswissenschaften und Gesellschaftswissenschaftler, deren Forschung und Forschungsgegenstand zugleich theoretische und historische Arbeit verlangt.

6. Natürlich gibt es, je nach Begabung und Neigung, Forscher, die sich stärker mit der theoretischen oder mit der historischen Seite ihrer Wissenschaft beschäftigen. Doch handelt es sich dann eben nur um eine Seite ihrer Wissenschaft, nicht um eine "eigene" besondere Wissenschaft, mit der sie sich stärker beschäftigen.
7. Man kann ein unfruchtbarer Theoretiker sein und ein großartiger Erzähler von Geschichte, mit voller Kenntnis aller, von anderen errungenen, theoretischen Erkenntnisse - dann aber ist man ein wissenschaftlich trefflich gebildeter Erzähler, kein schöpferischer Wissenschaftler.
8. Man kann völlig ungebildet in der Kenntnis der Geschichte sein und zugleich ein großartiger Logiker und kühner Ideen-Kombinator - dann ist man ein geschickter theoretischer Spekulant, aber kein schöpferischer Wissenschaftler.
9. Wenn wir sagen, daß jemand ein gesellschaftswissenschaftlicher Theoretiker ist, dann meinen wir damit, daß seine Hauptarbeit auf dem Gebiet der Theorie liegt, nicht aber, daß er nicht auch ein tüchtiger Historiker ist.
10. Wenn wir sagen, daß jemand ein wissenschaftlicher Historiker ist, dann meinen wir damit, daß seine Hauptarbeit auf dem Gebiet der Erforschung und Darstellung der Geschichte liegt, daß er aber auch ein tüchtiger Theoretiker ist.
11. Die Größe von Marx, Engels, Lenin als Wissenschaftler liegt nicht darin, daß sie "sowohl" einzigartige Theoretiker "wie auch" einzigartige Historiker waren. Sie konnten vielmehr das eine nur sein, weil sie auch das andere waren. Sie waren einzigartige Gesellschaftswissenschaftler, einzigartige historische Wissenschaftler, womit Theorie und Geschichte, so wie es notwendig ist, in eins zusammengefaßt sind.

Bevor wir diese allgemeinen Betrachtungen abschließen, sei noch auf eine solche Diskussionen oft störende Problematik eingegangen, die nichts mehr mit dem Gegenstand der Wissenschaft zu tun hat, auch nichts mit der Methode der Erforschung, sondern mit der Darstellung der Forschungsergebnisse.

Gehen wir davon aus, daß der Wissenschaftler des historischen Materialismus, der Gesellschaft in ihrer historischen Bewegung, das heißt der Vertreter der historischen Wissenschaft (im Engelsschen Sinne), der Geschichtswissenschaft im allgemeinsten Sinne, nur eine entscheidende Aufgabe hat, nämlich die allgemeinen Gesetze der historischen Bewegung zu untersuchen,

gehen wir weiter davon aus, daß eine solche Untersuchung nur möglich ist durch eine umfassende und detaillierte Untersuchung des konkreten historischen Ablaufs der Geschichte der Gesellschaft, wie sie die Klassiker des Marxismus-Leninismus immer gefordert und selbst durchgeführt haben,

dann ergeben sich daraus keineswegs einheitliche Formen der Darlegung der Forschungsergebnisse.

Die Resultate können vielmehr auf zweierlei Weise dargestellt werden:

Erstens so, daß man eine vorwiegend theoretische Darstellung gibt und aus dem gewaltigen historischen Material, das man gesammelt, dessen Bewegung man analysiert und überprüft hat, nur Beispiele, Illustrationen auswählt, um das Wirken der Gesetze anschaulich zu machen,

Zweitens so, daß man zugleich mit den Gesetzen eine breite, den historischen Verlauf, den man zur Aufspürung und Untersuchung der Gesetze konkret analysiert hat, wiedergebende Darstellung gibt.

Manche meinen, daß diese zwei Darstellungsformen zwei Wissenschaften konstituieren. Aber das ist falsch. Denn beiden Darstellungsformen ist der gleiche wissenschaftliche Gegenstand gemein, die historischen Bewegungsgesetze der Gesellschaft, die einmal gewissermaßen nackt, nur illustrativ bekleidet, das andere Mal in ihrer ganz konkreten Bewegungsweise dargelegt werden.

Das heißt, wir müssen in jeder Wissenschaft, der allgemeinsten wie auch der "spezifischsten", unterscheiden zwischen:

- Forschungsgegenstand (die Bewegung und ihre Gesetze),
- Forschungsmethode (historisch oder theoretisch, induktiv oder deduktiv),
- Darstellungsform ("nackt, nur illustrativ bekleidet" oder ganz konkret die Bewegungsweise darlegend),

Nicht unterscheiden aber darf man auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften etwa zwischen einer Wissenschaft der Theorie - zum Beispiel Logik oder Dialektik - und einer Wissenschaft der Praxis bzw. Geschichte - zum Beispiel, wie Lenin formulieren würde, des Weges von der Unkenntnis zur Kenntnis. Die Wissenschaft der Philosophie wird vielmehr, wie die Klassiker des Marxismus-Leninismus vorausgesagt haben, selbstverständlich beide Seiten, die Theorie wie die Geschichte des Erkennens, umfassen.

3. Die Wirtschaftsgeschichte

Die Wirtschaftsgeschichte ist der empirische Zweig der Wirtschaftswissenschaft, wie die Politische Ökonomie ihr theoretischer Zweig ist.

Der Politökonom muß entweder selbst Wirtschaftsgeschichte treiben, so wie es Marx und Engels und Lenin getan haben, oder er muß sich zumindest laufend über die Resultate der wirtschaftshistorischen Forschung orientieren. Und wenn er irgendein neues Gesetz gefunden zu haben glaubt, muß er seine Validität selbst als Wirtschaftshistoriker, das heißt in der Praxis der Vergangenheit bzw. Gegenwart überprüfen. Die Praxis des Theoretikers, aus der heraus er auf irgendein Gesetz kommt und an der er wieder, zu ihr zurückgehend, die Validität eines Gesetzes überprüfen muß, kann ebensogut eigenes Studium wie ein von jemand anderem geschriebenes Werk über die Geldverhältnisse in der Provence im 12. Jahrhundert oder eine Schwierigkeit in der Produktion eines Betriebes in der Gegenwart sein.

Und umgekehrt steht es mit dem Wirtschaftshistoriker, der sehr gut aufgrund des Findens eines neuen Gesetzes, sei es durch ihn selbst oder einen anderen Politökonom, erst aufgrund seiner Bemühungen, das Gesetz an der Praxis der Geschichte zu überprüfen, zum Studium der Geschichte der Wirtschaft als Hauptbeschäftigung für längere Zeit gekommen sein kann, ebenso wie er sich auch aufgrund seines ursprünglich hauptberuflichen Studiums der Wirtschaftsgeschichte zur besseren theoretischen Durcharbeitung der historischen Arbeit in einen Politökonom verwandeln kann.

Ich meine darum auch, daß weder Wirtschaftshistoriker noch Politökonom ein Beruf sein dürfen. Sie sind zwei Formen der wissenschaftlichen Betätigung einer und derselben Person, nämlich des Wirtschaftswissenschaftlers.

Doch bevor wir das weiter ausführen, hören wir einige Gegenargumente. Manche Marxisten meinen:

Aufgabe der Politischen Ökonomie sei die Erforschung der allgemeinen ökonomischen Gesetze, Aufgabe des Wirtschaftshistorikers die Erforschung spezifischer Gesetze.

Eine solche Formulierung hat auf den ersten Blick etwas Einleuchtendes. Wir hätten dann zwei Wissenschaften - beide haben, wie es einer Wissenschaft zukommt, die Erforschung von Gesetzen zum Gegenstand: die Politische Ökonomie die allgemeinen, die Wirtschaftsgeschichte die spezifischen.

Sobald man aber konkret mit dieser Definition arbeiten will, scheidert man, Marx und Engels haben bekanntlich die allgemeinen Gesetze der Umwandlung der feudalen in die kapitalistische Landwirtschaft untersucht und ihr Wirken an Beispielen aus der englischen Geschichte illustriert. Eindeutig ein Beitrag zur Wissenschaft der Politischen Ökonomie.

Nun hat Lenin aufgrund seiner historischen Studien in Rußland entdeckt, daß es für Osteuropa, einschließlich des Ostens von Deutschland, eine spezifische Form des allgemeinen von Marx und Engels entdeckten Weges von der feudalen zur kapitalistischen Landwirtschaft gibt, den Preußischen Weg, mit spezifischen, den allgemeinen untergeordneten, Gesetzmäßigkeiten. Hat Lenin mit dieser Entdeckung einen Beitrag zur Politischen Ökonomie oder zur Wissenschaft der Wirtschaftsgeschichte geleistet?

Die marxistischen Forscher in Polen und Ungarn entdeckten in den fünfziger Jahren noch spezifischere gesetzmäßige Eigentümlichkeiten der Umwandlung der Landwirtschaft, bedingt zum Teil durch halbkoloniale Bedingungen, unter denen der Preußische Weg der Landwirtschaft gegangen wurde. Sind wir jetzt bei der Wirtschaftsgeschichte angelangt?

Oder erreichen wir sie erst bei vergleichweisem Studium einzelner Landesteile, Dörfer usw., die alle den gleichen spezifischen Gesetzen unterliegen? Dann wäre aber die Wirtschaftsgeschichte nichts anderes als die Untersuchung, unter welchen besonderen historischen (vielfach auch historisch gesehen zufälligen) Formen sich bekannte allgemeine und spezifische ökonomische Gesetze durchsetzen. Dann sind im Grunde nicht mehr Gesetze, gesetzmäßige Zusammenhänge usw. Gegenstand der Wirtschaftsgeschichte, sondern nur noch die besonderen konkreten Formen der Erscheinung bereits bekannter Gesetze usw. Die Wirtschaftsgeschichte wäre dann keine Wissenschaft mehr, denn sie hätte nicht mehr die Erforschung von Gesetzen, gesetzmäßigen Prozessen usw. zum Gegenstand.

Andere marxistische Forscher haben die Meinung geäußert, daß die Politische Ökonomie sich mit den Gesetzen der Gegenwart, die Wirtschaftsgeschichte aber mit den Gesetzen der Vergangenheit beschäftige. Dann wäre der Politökonom gewissermaßen Zeitwirtschaftsgeschichtler und der Wirtschaftshistoriker Politökonom auf dem Gebiet der Vergangenheit ... und welcher? Etwa der vor 1945 oder vor 1900 oder wie?

Auch diese Lösung scheint mir nicht richtig.

Jedoch ist in der Praxis der Wirtschaftswissenschaft eine merkwürdige Beobachtung zu machen. Engels stellte im "Anti-Dühring" fest:

"Die politische Ökonomie als die Wissenschaft von den Bedingungen und Formen, unter denen die verschiedenen menschlichen Gesellschaften produziert und ausgetauscht und unter denen sich demgemäß jedesmal die Produkte verteilt haben - die politische Ökonomie in dieser Ausdehnung soll jedoch erst geschaffen werden. Was wir von ökonomischer Wissenschaft bis jetzt besitzen, beschränkt sich fast ausschließlich auf die Genesis und Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise: es beginnt mit der Kritik der Reste der feudalen Produktions- und Austauschformen, weist die Notwendigkeit ihrer Ersetzung durch kapitalistische Formen nach, entwickelt dann die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise und

ihrer entsprechenden Austauschformen nach der positiven Seite hin, d. h. nach der Seite, wonach sie die allgemeinen Gesellschaftszwecke fördern, und schließt ab mit der sozialistischen Kritik der kapitalistischen Produktionsweise, d. h. mit der Darstellung ihrer Gesetze nach der negativen Seite hin, mit dem Nachweis, daß diese Produktionsweise durch ihre eigne Entwicklung dem Punkt zutreibt, wo sie sich selbst unmöglich macht."19

Lenin hat die Wirtschaftswissenschaft vor allem für den Imperialismus, das letzte Stadium des Kapitalismus, weiter entwickelt, sowohl die Wirtschaftsgeschichte wie die Politische Ökonomie.

Wie aber ging die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaft nach Lenin weiter? - nach vorwärts zur Wirtschaftswissenschaft des Sozialismus wie auch nach rückwärts betreffend die vorkapitalistische Vergangenheit und natürlich auch - auf der Basis der Entdeckungen und Forschungsergebnisse von Marx, Engels und Lenin - des Kapitalismus und insbesondere des Monopolkapitalismus.

Was die vorkapitalistischen Gesellschaftsordnungen betrifft, so liegt das Schwergewicht auf der Erforschung der Wirtschaftstatsachen, ich sage ausdrücklich nicht auf der Wirtschaftsgeschichte im Sinne einer Wissenschaft, die sich der Erforschung des Wirkens von neu entdeckten notwendigen Zusammenhängen bzw. Gesetzen widmet, denn das wäre ein etwas hochtrabender Ausdruck angesichts des völligen Zurückbleibens der Politischen Ökonomie, der Theorie, der Erforschung der ökonomischen Gesetze der vorkapitalistischen Gesellschaftsordnungen. Genau wie vor hundert Jahren, als Engels die oben zitierten Zeilen schrieb, besitzen wir immer noch keine Politische Ökonomie einer anderen Gesellschaftsordnung als der des Kapitalismus. Natürlich haben wir einige Fortschritte gemacht, doch sind sie so kümmerlich, daß wir noch nicht einmal über die allerersten Grundlagen, die Marx und Engels gelegt haben, für die Politische Ökonomie des europäischen Feudalismus oder der griechisch-römischen Sklavenhaltergesellschaft hinausgekommen sind, was nicht bedeutet, daß wir nicht diesem oder jenem kleinen neuen Gesetz auf der Spur sind. Daher trägt unsere Wirtschaftswissenschaft von den vorkapitalistischen Gesellschaftsordnungen noch einen ganz überwiegend empiristischen, beschreibenden, darstellenden Charakter.

Was aber die Wirtschaftswissenschaft des Sozialismus betrifft, so hat der geniale Wirtschaftspolitiker Lenin bekanntlich kein neues Gesetz zu den von Marx vorausgedachten hinzufügen können, da es zu seiner Zeit ebensowenig eine sozialistische Wirtschaftspraxis gab wie zur Zeit von Marx und Engels: Im Krieg, im Bürgerkrieg und unmittelbar in der ersten Rekonstruktionsperiode nach den Kriegshandlungen, die schließlich von 1914 bis 1922 gedauert hatten, kann man keine sozialistische Wirtschaft aufbauen. Und auch in dem dem Tode von Lenin folgenden Halbjahrhundert war es natürlich unmöglich, eine Gesellschaft aufzubauen, in der der Sozialismus "rein" wirkte, teils wegen der Überreste der Vergangenheit, teils wegen des ständigen Einflusses der überwiegend kapitalistischen Welt - man denke allein an die Verzerrung der sozialistischen Wirtschaft durch die vom Kapitalismus aufgezwungenen ungeheuerlichen Ausgaben zur Verteidigung des Sozialismus. Unter diesen Umständen konnten sich die Wirtschaftsgeschichte und die Politische Ökonomie des Sozialismus nur langsam und mit vielen Irrtümern entwickeln, und wir stehen im Grunde noch ganz an ihrem Anfang.

19 Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, a. a. O., S. 139.

Ganz hoch ist nur das Niveau der Wirtschaftswissenschaft des Kapitalismus, einschließlich des speziellen Stadiums des Imperialismus - und zwar auf dem Gebiet der Politischen Ökonomie vor allem aufgrund der Leistungen von Marx, Engels und Lenin. Diese ihre theoretischen Leistungen haben es uns ermöglicht, in den letzten fünfzig Jahren bedeutende Fortschritte auf dem Gebiete der Wirtschaftsgeschichte zu machen, auf dem Gebiete der Analyse und Synthese des Ablaufs der Geschichte der Wirtschaft des Kapitalismus. Auch haben wir dabei eine Reihe neuer Gesetze entdeckt, die Marx, Engels und Lenin noch unbekannt waren, eben weil wir aufgrund der von ihnen entdeckten Gesetze eine wirklich tiefgehende Erforschung des historischen Verlaufs vornehmen konnten und manche Gebiete der Wirtschaftsgeschichte des Kapitalismus aufgrund neuer Materialien, die ihnen noch nicht zur Verfügung standen, detaillierter untersuchen konnten. Überall dort aber, wo man, insbesondere im Stadium des Imperialismus, neue Gesetzmäßigkeiten gefunden zu haben glaubte, die den von den Klassikern gefundenen widersprachen, haben sich solche "Funde" als opportunistische und reformistische Irrtümer herausgestellt.

Darum gilt auch heute noch im wesentlichen, was Engels vor hundert Jahren sagte: "Was wir von ökonomischer Wissenschaft bis jetzt besitzen, beschränkt sich fast ausschließlich auf die Genesis und Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise" - mit zwei Ausnahmen: Die Wirtschaftsgeschichte hat im Gegensatz zur Politischen Ökonomie beachtliche Fortschritte gemacht, was die Tatsachenforschung betrifft, stets behindert in der Darstellung der vorkapitalistischen Gesellschaftsordnungen durch die ungenügende Entwicklung der Politischen Ökonomie, und in der Darstellung der sich entwickelnden sozialistischen Gesellschaft behindert durch die Schwierigkeit, Gesetze einer Übergangsgesellschaftsordnung in einer Welt, in der die untergehende Gesellschaftsordnung des Kapitalismus noch so großen Einfluß auf die Gestaltung der werdenden neuen Gesellschaftsordnung hat, zu finden.

Ein Teil der Schwächen in der Entwicklung der Wirtschaftswissenschaft ist auf eine unglückliche Gestaltung der Ausbildung der Wissenschaftler zurückzuführen. Nirgendwo erhalten die Wirtschaftswissenschaftler eine ausreichende wirtschaftshistorische Ausbildung, stets konzentriert sie sich vor allem auf die Ausbildung in der Politischen Ökonomie. Diejenigen aber, die sich vor allem Fragen der Wirtschaftsgeschichte widmen, kommen zu ihr - mit Ausnahme wohl nur der Deutschen Demokratischen Republik - in der Mehrzahl vom Studium der politischen Geschichte und haben daher keine ausreichende Ausbildung in der Politischen Ökonomie. Noch immer wird nicht beachtet, was ich schon zuvor so zu formulieren versucht habe: Die Größe von Marx, Engels, Lenin als Wissenschaftler liegt nicht darin, daß sie "sowohl" einzigartige Theoretiker "wie auch" einzigartige Historiker waren. Sie konnten vielmehr das eine nur sein, weil sie auch das andere waren. Sie waren einzigartige Gesellschaftswissenschaftler, einzigartige historische Wissenschaftler, womit Theorie und Geschichte, so wie es notwendig ist, in eins zusammengefaßt sind.

Ich möchte die Berechtigung dieser Feststellung noch einmal auf eine ungewöhnliche Weise beweisen. "Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie" wird im allgemeinen als das bedeutendste Werk der Politischen Ökonomie, als das größte Werk der Theorie der Wirtschaft angesehen. Sicher stimmt das - und doch ist diese Kennzeichnung meiner Ansicht nach ungenügend, weil sie nur die Hälfte des Werkes sieht. Meiner Ansicht nach sollte man "Das Kapital" als das größte Werk der Wirtschaftswissenschaft, also der Politischen Ökonomie und der Wirtschaftsgeschichte bezeichnen. So sah es natürlich auch Engels.

Engels schrieb bekanntlich nach Erscheinen des ersten Bandes des "Kapitals" eine Reihe Besprechungen des Buches, anonym, zum Teil in der Rolle eines "objektiven, unparteiischen 'wissenschaftlichen' Rezensenten". Da gibt es zum Beispiel eine Rezension für die bürgerlich-demokratische Zeitschrift "Die Zukunft", in der in 34 Zeilen konkret auf den Inhalt des Bandes eingegangen wird. Von diesen 34 Zeilen lauten 25 Zeilen so: "Wir müssen gestehen, daß der historische Sinn, der durch das ganze Buch geht und der es dem Verfasser verbietet, die ökonomischen Gesetze für ewige Wahrheiten, für etwas anderes anzusehen als die Formulierung der Existenzbedingungen gewisser vorübergehender Gesellschaftszustände, uns sehr angesprochen hat; daß die Gelehrsamkeit und der Scharfsinn, mit dem hierbei die verschiedenen geschichtlichen Gesellschaftszustände und ihre Existenzbedingungen dargestellt sind, auf Seiten unserer offiziellen Ökonomen leider vergebens gesucht werden dürften. Untersuchungen wie die über die ökonomischen Bedingungen und Gesetze der Sklaverei, der verschiedenen Formen der Leibeigenschaft und Hörigkeit und über die Entstehung der freien Arbeiter sind unsern Fachökonomien bisher ganz fremd geblieben. Wir möchten ebenfalls gerne die Meinung dieser Herren über die uns hier gegebenen Entwicklungen über Kooperation, Teilung der Arbeit und Manufaktur, Maschinerie und große Industrie in ihren historischen und ökonomischen Zusammenhängen und Wirkungen hören, sie können hier jedenfalls manches Neue lernen. Und was werden sie namentlich zu der allen hergebrachten Theorien der freien Konkurrenz ins Gesicht schlagenden und nichtsdestoweniger hier aus offiziellem Material nachgewiesenen Tatsache sagen, daß in England, im Vaterland der freien Konkurrenz, jetzt fast kein Arbeitszweig mehr besteht, dem nicht durch Staatseingriffe die tägliche Arbeitszeit streng vorgeschrieben ist und dem nicht der Fabrikinspektor aufpaßt? Und daß dennoch, im Maß wie die Arbeitszeit beschränkt wird, nicht nur die einzelnen Industriezweige sich heben, sondern auch der einzelne Arbeiter in der kürzeren Zeit mehr Produkt liefert als früher in der längeren?"²⁰ Hier wird "Das Kapital" vornehmlich durch Hinweise auf seinen wirtschaftshistorischen Teil bekannt gemacht.

Und in einer Besprechung für die liberale "Düsseldorfer Zeitung" weist Engels im Schlußdrittel seiner Ausführungen gerade auf den historischen Charakter der theoretischen Ausführungen von Marx hin: "Was uns in diesem Buch besonders aufgefallen, ist dies: daß der Verfasser die Sätze der Nationalökonomie nicht, wie gewöhnlich geschieht, als ewig gültige Wahrheiten, sondern als Resultate bestimmter geschichtlicher Entwicklungen auffaßt. Während selbst die Naturwissenschaft sich mehr und mehr in eine geschichtliche Wissenschaft verwandelt - man vergleiche Laplaces astronomische Theorie, die gesamte Geologie und die Schriften Darwins -, war die Nationalökonomie bisher eine ebenso abstrakte, allgemeingültige Wissenschaft wie die Mathematik. Was auch das Schicksal der sonstigen Behauptungen dieses Buchs sein mag, wir halten es für ein bleibendes Verdienst von Marx, daß er dieser bornierten Vorstellung ein Ende gemacht hat. Es wird nach dieser Schrift nicht mehr möglich sein, z. B. Sklavenarbeit, Fronarbeit und freie Lohnarbeit ökonomisch über einen Kamm zu scheren oder Gesetze, welche für die heutige, durch freie Konkurrenz bestimmte große Industrie gültig sind, ohne weiteres auf die Zustände des Altertums oder die Zünfte des Mittelalters anzuwenden oder, wenn diese modernen Gesetze auf alte Zustände nicht passen, dann einfach die alten Zustände für ketzerisch zu erklären. Von allen Nationen haben die Deutschen den meisten, ja fast allein historischen Sinn, und so ist es ganz in der Ord-

²⁰ Derselbe, Rezension des Ersten Bandes "Das Kapital" für die "Zukunft", in: Marx/Engels, Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 208 f.

nung, daß es wieder ein Deutscher ist, der auch im Bereich der Nationalökonomie die historischen Zusammenhänge nachweist. "21

Weder die Politische Ökonomie noch die Wirtschaftsgeschichte sind eine Wissenschaft. Nur beide zusammen bilden eine Wissenschaft. Politische Ökonomie ohne Wirtschaftsgeschichte - dabei verstehen wir unter Wirtschaftsgeschichte als Teil der Wirtschaftswissenschaft selbstverständlich die Historie der Wirtschaft bis zur Gegenwart, einschließlich also der Praxis von heute - ist reine Spinnerei. Wirtschaftsgeschichte ohne Politische Ökonomie ist handwerkliche Tatsachenzusammenstellung. Dabei ist selbstverständlich die handwerkliche Tatsachenzusammenstellung der Spinnerei noch weit überlegen, da sie der Realität weit näher ist.

Damit haben wir uns der Beantwortung der Ausgangsfrage nach der Position der Wirtschaftsgeschichte im System der Wissenschaften genähert.

In seiner schon zitierten Arbeit über "Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus" bemerkt Lenin: "Nachdem Marx erkannt hatte, daß die ökonomische Struktur die Basis ist, worauf sich der politische Überbau erhebt, wandte er seine Aufmerksamkeit vor allem dem Studium dieser ökonomischen Struktur zu. Das Hauptwerk von Marx - 'Das Kapital' - ist der Erforschung der ökonomischen Struktur der modernen, d. h. der kapitalistischen Gesellschaft gewidmet. "22

Marx formuliert das Resultat dieser seiner Erkenntnis im Vorwort "Zur Kritik der Politischen Ökonomie" so: "In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. ... Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. "23

Das heißt, die Wirtschaftswissenschaft (Politische Ökonomie und Wirtschaftsgeschichte) ist in gewisser Weise eine Grundlagenwissenschaft für alle einzelnen Gesellschaftswissenschaften. Darum kann kein Gesellschaftswissenschaftler auf irgendeinem "Fachgebiet" tätig sein ohne eine gründliche Kenntnis
erstens der Methodologie des historischen Materialismus,
zweitens der Wirtschaftswissenschaft (Politische Ökonomie und Wirtschaftsgeschichte).

Nicht, daß die Wirtschaftswissenschaft etwa an die Stelle der Theologie (Religion) oder der Philosophie als Beherrscherin aller Wissenschaften oder auch nur der

21 Derselbe, Rezension des Ersten Bandes "Das Kapital" für die "Düsseldorfer Zeitung", in: ebenda, S. 217 f.

22 Lenin, W. L., Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, a. a. O., S. 5.

23 Marx, Karl, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, a. a. O., S. 8f.

Gesellschaftswissenschaften tritt. Ein solcher Anspruch hieße, die Rolle der Wirtschaftswissenschaft völlig mißzuverstehen. Aber das, worüber völlige Klarheit herrschen muß, ist, daß man keine Gesellschaftswissenschaft oder, gebrauchen wir hier wieder den Ausdruck von Engels, keine Geschichtswissenschaft betreiben kann, ohne die Grundlagenwissenschaft Wirtschaftswissenschaft zumindest passiv zu beherrschen. Vielfach kann auch jeder andere als der Wirtschaftswissenschaftler aktiv, schöpferisch von seinem Gebiet aus zur Weiterentwicklung der Wirtschaftswissenschaft beitragen - zum Beispiel der Kunsthistoriker zur Entstehungsgeschichte und zum besonderen Charakter der Ware Kunst oder der Ethiker zur Rolle und Geschichte des Zinses.

Umgekehrt handelt es sich aber nicht nur um ein Beitragenkönnen der Wirtschaftswissenschaft zum Verständnis anderer Gesellschaftswissenschaften. Diese können einfach nicht in die Tiefen ihres Gebietes eindringen, ohne die Wirtschaftswissenschaft in sich aufgenommen zu haben.

Damit ist, glaube ich, die Rolle der Wirtschaftswissenschaft im System der Gesellschaftswissenschaften umrissen, so wie sie auch Marx und Engels und Lenin sahen. Die Wirtschaftswissenschaft ist, so können wir wohl formulieren, eine Grundlagenwissenschaft für alle Gesellschaftswissenschaften und in dem Grade, in dem die Natur vergesellschaftet wird, auch für die Wissenschaft von den Veränderungen der Natur, wobei die durch die Gesellschaft verursachten Veränderungen der Natur auch mit den Ausdrücken Fortschritt und Rückschritt (Umweltzerstörungen zum Beispiel) bezeichnet werden können.

Und wie steht es mit dem Verhältnis von Wirtschaftsgeschichte und Politischer Ökonomie, den beiden Zweigen der Wirtschaftswissenschaft, zueinander? Man muß zunächst sagen: Beide können sich nicht ohne den jeweils anderen Zweig entwickeln. Politische Ökonomie ohne Bezug auf die Praxis der Vergangenheit oder Gegenwart ist Metaökonomie oder, weniger wissenschaftlich, populär ausgedrückt: Spinnerei, unrealistisches Phantasiespiel. Wirtschaftsgeschichte ohne Politische Ökonomie aber ist handwerkliche Tatsachenzusammenstellung, nicht notwendigerweise ohne jede Erkenntnis von Zusammenhängen, aber doch eben nur auf Erfahrungswerten beruhend und darum noch nicht wissenschaftlich. Das heißt, keine von beiden ist eine Wissenschaft ohne die andere, aber die Wirtschaftsgeschichte kann eher zu sinnvollen Resultaten kommen ohne die Politische Ökonomie als die Politische Ökonomie ohne die Wirtschaftsgeschichte. Denn die handwerkliche Untersuchung der Praxis (sei es der Vergangenheit oder der Gegenwart) bringt uns der Aneignung der Realität immerhin näher als das der Praxis nicht verbundene Spiel der Gedanken.

Daher gehen wirtschaftshistorische Ausführungen von Bedeutung auch viel weiter in die Geschichte menschlichen Denkens zurück als politökonomische. Daher finden wir auch außerordentlich durchgebildete pragmatische Eigentumrechtssysteme, die auf der Beobachtung der Entwicklung des Wirtschaftseigentums (Wirtschaftsgeschichte!) beruhen, schon Jahrtausende, bevor wir auf die ersten Anfänge der Politischen Ökonomie als Wissenschaft stoßen. Die Menschen beschäftigten sich selbstverständlich mit der Wirtschaftspraxis und ihren Veränderungen (Geschichte!) lange bevor die Verhältnisse und entsprechend sie selbst, ihr Denken, so weit entwickelt waren, daß sie Politökonomie betreiben konnten.

ZUR BEDEUTUNG DER BETRIEBSFRAUENAUSSCHÜSSE FÜR DIE
GLEICHBERECHTIGTE TEILNAHME DER FRAUEN AM PLANMÄSSIGEN
AUFBAU DER GRUNDLAGEN DES SOZIALISMUS IN DER DDR
(1952 bis 1955)

von Jürgen Kirchner

Wenige Monate nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik konnten die Kennziffern des Zweijahrplanes im Wettbewerb zu Ehren des III. Parteitages der SED vorfristig bis zum Sommer 1950 erfüllt werden. Immer mehr Werktätige in Industrie und Landwirtschaft sowie in den wissenschaftlichen Einrichtungen hatten begriffen, daß besser leben in erster Linie mehr und besser produzieren heißt. Der bedeutende wirtschaftliche und politische Erfolg hätte ohne die fleißige, aufopferungsvolle und aktive Mitarbeit der mehr als 3 Millionen berufstätigen Mädchen, Frauen und Mütter nicht erreicht werden können. Mit ihren Leistungen haben sie gemeinsam mit ihren männlichen Kollegen zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Basis der Arbeiter-und-Bauern-Macht beigetragen.

Die wirtschaftliche und politische Stabilisierung der DDR ermöglichte es, eine in der bisherigen deutschen Geschichte einmalige und umfassende Gesetzgebung zu erarbeiten und zu verabschieden, die für den Übergang von der antiimperialistischen zur sozialistischen Etappe der Revolution und damit für den weiteren gesellschaftlichen Fortschritt von grundlegender Bedeutung war. Vor allem das Gesetz der Arbeit, das Gesetz zur Förderung der Jugend und das Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau, zu dessen Erarbeitung die Frauen und ihre demokratischen Massenorganisationen einen beachtlichen Beitrag geleistet haben, trugen wesentlich zur gesellschaftlichen Gleichstellung und Aktivierung der Frauen und Jugendlichen bei.

Die Partei der Arbeiterklasse ließ aber nie einen Zweifel daran, daß die Mädchen, Frauen und Mütter auch selbst für die Erfüllung der gesetzlichen Bestimmungen eintreten und auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens tätig mitarbeiten müssen, denn nur durch ihre Einbeziehung in das wirtschaftliche und politische Leben konnten sie jene Bewußtseinsreife erlangen, die die Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts erfordert.

Das ist ein vielschichtiger und langwieriger Prozeß, der, nachdem die revolutionäre Arbeiterklasse die politische Macht ergriffen hat, das aktive und bewußte Handeln der Menschen, die Teilnahme der Mädchen und Frauen an der gesellschaftlichen Produktion auf der Grundlage des Volkseigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln sowie die kontinuierliche Führung durch die marxistisch-leninistische Partei voraussetzt.

Es galt, den Frauen grundsätzlich alle Berufe und Arbeiten unter Beachtung ihrer physischen Besonderheiten zugänglich zu machen. Die Mitarbeit der Frauen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens mußte zu einer Selbstverständlich-

keit werden. Es kam darauf an, wie Lenin 1922 in seiner Rede an die Arbeiterinnen sagte, daß die Frauen "nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch im Leben die Gleichberechtigung mit dem Manne erobern".¹

Vor allem die auf eine sozialistische Zukunft orientierenden Beschlüsse des III. Parteitages - mit der Direktive über den ersten Fünfjahrplan als Kernstück - und der 2. Parteikonferenz der SED schlossen die Möglichkeit ein, die Gleichberechtigung der Frau in der DDR konsequent zu verwirklichen und mit dem Blick auf dieses Ziel die Frauen und Mädchen umfassend in den Produktionsprozeß einzu- beziehen.

Hunderttausende traten aus der Enge häuslicher Abgeschlossenheit und bestätigten durch ihre beachtlichen Leistungen bei der Erfüllung der Kennziffern des ersten Fünfjahrplanes, daß es "keine sozialistische Umwälzung geben kann, ohne daß ein großer Teil der werktätigen Frauen daran bedeutenden Anteil nimmt".²

Nach Zehntausenden zählten bereits die Frauen, die sich fachlich und politisch in allen Bereichen der Gesellschaft weiterbildeten und somit zu Vorbildern bei der Verwirklichung der Gleichberechtigung im und durch den Produktionsprozeß wurden. Allein im ersten Quartal 1951 wurden 16 652 weibliche Hilfskräfte zu Facharbeitern und 6 249 für leitende und mittlere Funktionen qualifiziert.³ Für ihre vorbildlichen Leistungen konnten 1951, im ersten Jahr des Fünfjahrplanes, mehr als 12 600 Frauen als Aktivist, 3 676 mit der Medaille für ausgezeichnete Leistungen, 34 als Verdienter Aktivist und bereits 8 mit dem Ehrentitel "Held der Arbeit" ausgezeichnet werden.⁴ Ihre Leistungen sind um so höher zu bewerten, wenn das damals bestehende Qualifizierungsgefälle zwischen den männlichen und weiblichen Arbeitskräften berücksichtigt wird, das eine Folge der auf die Erziehung von Maximalprofit ausgerichteten imperialistischen Frauenpolitik war.

Obwohl der überwiegende Teil der Frauen und Mädchen dem Neuen in der gesellschaftlichen Entwicklung aufgeschlossen gegenüberstand und beachtliche Leistungen bei der Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben vollbrachte, wurde beim Übergang von der antiimperialistischen zur sozialistischen Etappe der Revolution sichtbar, daß die verfassungsrechtlich garantierten und 1950 im Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau präzisierten Grundrechte der Frauen sowie die speziell der Frauenförderung und -qualifizierung dienenden Beschlüsse des Zentralkomitees der SED und des FDGB-Bundesvorstandes nicht in dem Maße realisiert wurden, wie das im Interesse der Gesellschaft und der Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben erforderlich gewesen wäre. Es gab kaum einen Bereich des sozialistischen Aufbaus, in dem sich bürgerliche Vorurteile und Traditionen so hartnäckig hielten wie bei der Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau.

Ein Ausdruck der historisch bedingten unvollkommenen Reife des Bewußtseins war die bei einem Teil der Wirtschafts- und Gewerkschaftsfunktionäre, aber auch

1 Lenin, W. I., An die Arbeiterinnen. (Prawda vom 22. Februar 1922), in: Werke, Bd. 30, Berlin 1972, S. 362.

2 Derselbe, Rede auf dem I. Gesamtrussischen Arbeiterinnenkongreß (19. November 1918), in: Werke, Bd. 28, Berlin 1959, S. 175.

3 Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Zentrales Parteiarchiv (im folgenden: IML, ZPA), IV 2/17/87.

4 Vgl. Die Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit unter den Frauen, Beschluß der 11. Sitzung des Bundesvorstandes des FDGB, in: Beschlüsse des Bundesvorstandes des FDGB, Nr. 20, (1951), S. 25.

bei den Frauen selbst noch vorhandene Meinung, daß die Frauenberufsarbeit eine zeitweilig bedingte und damit vorübergehende Erscheinung sei. Folglich sei die Frauenförderung und -qualifizierung eine Fehlinvestition; im übrigen habe die Frau wenig Verständnis und Gefühl für technische und wirtschaftliche Probleme. Andere bejahten die Berufsarbeit der Frau, beschränkten aber die Gleichberechtigung auf Gleichverpflichtung sowie auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit und waren im übrigen der Meinung, daß sich Frauen besonders zu "bewähren" haben.

Selbst in solchen volkswirtschaftlich wichtigen Großbetrieben der volkseigenen Industrie wie den Zeißwerken in Jena, dem VEB Eisenhüttenkombinat Ost, dem VEB Filmfabrik Wolfen, dem VEB Mathias-Thesen-Werft in Wismar und dem Sachsenwerk Radeberg, wo bis zu 40 Prozent der Beschäftigten Frauen waren, wurden die Arbeiterinnen nicht immer als gleichberechtigte Partner, als Teil der revolutionären Arbeiterklasse anerkannt. Einige Meister mit historisch überholten, im Kapitalismus sozialökonomisch wurzelnden Auffassungen von der gesellschaftlichen Rolle der Frau schufen ein Betriebsklima, das mit der sich entwickelnden sozialistischen Gesellschaft unvereinbar war.

Die Gegner des sozialistischen Aufbaus registrierten sehr aufmerksam die vorhandenen Hemmnisse und versuchten durch die gezielte Propagierung bürgerlicher Ideologien, die die Frau nach wie vor in das "Reich der 3 K - Kinder, Küche und Kirche" zu verbannen suchten, die Frauen vom gesellschaftlichen Leben fernzuhalten. Sie sahen darin eine Möglichkeit, den friedlichen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik und die Verwirklichung der Gleichberechtigung zu stören.

So gab zum Beispiel der SPD-Vorstand unter der Überschrift "Die Entrechtung der Frau in der Sowjetzone. Kommunistische Frauengesetzgebung in Propaganda und Wirklichkeit" 1953 eine antikommunistische "Denkschrift" heraus, in der vor allem das Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau verleumdet wurde. Wütende Angriffe gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht, Entstellungen, einseitige Auslegungen und Fälschungen, die in dem Versuch gipfelten, im Sinne der Totalitarismus-Doktrin die Familien- und Frauenpolitik im faschistischen Deutschland und den Aufbau des Sozialismus in der DDR auf eine Stufe zu stellen, waren der haßerfüllte Inhalt dieser antikommunistischen Propagandaschrift.⁵ Der Kampf um die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau war erbitterter Klassenkampf!

Die auftretenden ideologischen Unklarheiten und subjektiven Hemmnisse machten deutlich, daß die Tradition eine große konservative Macht und die juristische Gleichberechtigung der Geschlechter "nur die Ebnung des Bodens für den Bau, aber noch nicht der Bau selbst ist".⁶

Die Partei der Arbeiterklasse orientierte unablässig darauf, daß nur durch die zielgerichtete und systematische Einbeziehung der Frauen in den Produktionsprozeß sowie durch ihre Förderung und Qualifizierung die bestehenden Hemmnisse abgebaut und überwunden werden können.

⁵ Vgl. Die Entrechtung der Frau in der Sowjetzone. Kommunistische Frauengesetzgebung in Propaganda und Wirklichkeit, hg. v. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn 1953, in: Sopade. Informationsdienst = Denkschriften, Nr. 49.

⁶ Lenin, W. I., Die große Initiative, in: Werke, Bd. 29, Berlin 1961, S. 418.

Ein bedeutender Schritt zur Überwindung der Hemmnisse bei der gleichberechtigten und umfassenden Einbeziehung der Frauen in den planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus war der Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 8. Januar 1952, den werktätigen Frauen in den Betrieben der Industrie und Landwirtschaft die Bildung von Frauenausschüssen zu empfehlen.⁷ Mit diesem Beschluß, der vor allem das Ziel verfolgte, "die Frauen für die Vertretung ihrer Interessen und die Teilnahme am öffentlichen Leben zu mobilisieren"⁸, setzte die Partei schöpferisch die Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus zur Frauenfrage und speziell die Hinweise Lenins in seinen Gesprächen mit Clara Zetkin um, in denen der Schöpfer des Sowjetstaates darauf verwies, daß "die Partei ... Organe haben [muß], Arbeitsgruppen, Kommissionen, Ausschüsse, Abteilungen oder wie man sonst sagen mag, deren besondere Aufgabe es ist, die breitesten Frauenmassen zu wecken, mit der Partei zu verbinden und dauernd unter ihrem Einfluß zu halten ... Das ist nicht Feminismus, das ist praktische, revolutionäre Zweckmäßigkeit."⁹

Die Empfehlung zur Bildung von Betriebsfrauenausschüssen reihte sich folgerichtig in die Kette bedeutender Dokumente und Beschlüsse der SED zur Lösung der Frauenfrage ein, die an Schnittpunkten der gesellschaftlichen Entwicklung unserer Republik vom Zentralkomitee der SED beraten und verabschiedet worden sind. So war der Verfassungsentwurf für eine deutsche demokratische Republik vom 14. November 1946¹⁰, in dem auf der Grundlage der "Grundsätze und Ziele" des Vereinigungsparteitages die volle Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens gefordert wurde, eine wesentliche Voraussetzung für den Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und für die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949, mit der die Gleichberechtigung Verfassungsgrundsatz wurde. Dabei ließ die Partei der Arbeiterklasse nie einen Zweifel daran, daß die Verwirklichung der Gleichberechtigung nicht nur deklariertes Ziel, sondern eine wesentliche Seite des Klassenkampfes ist.

Mit der Entschließung der 1. Parteikonferenz vom Januar 1949¹¹, ergänzt durch den Beschluß des Zentralkomitees vom 8. März 1949, lenkte die SED zu Beginn des Zweijahrplanes die Aufmerksamkeit der gesamten Partei und der Genossen in den Massenorganisationen auf die verstärkte politische Tätigkeit unter den berufstätigen Frauen und leitete Schritte zur Überwindung der Ressortarbeit ein.

Auch die von der SED initiierte Gesetzesnovelle des Jahres 1950 war eine entscheidende Voraussetzung für die gleichberechtigte Einbeziehung der Mädchen, Frauen und Mütter in den Produktionsprozeß und damit für die Überleitung der antiimperialistischen in die sozialistische Etappe der Revolution nach dem III. Parteitag der SED.

Der Politbürobeschuß vom 8. Januar 1952 und das 8. Plenum des Zentralkomitees der SED vom Februar 1952¹², das sich mit der Weiterentwicklung der so-

7 Vgl. Die Bildung von Frauenausschüssen, Beschluß des Politbüros vom 8. Januar 1952, in: Dokumente der SED, Bd. 3, Berlin 1952, S. 690 f.

8 Ebenda, S. 690.

9 Zetkin, Clara, Erinnerungen an Lenin, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 3, Berlin 1960, S. 145.

10 Vgl. Dokumente der SED, Bd. 1, Berlin 1952, S. 91 ff.

11 Vgl. ebenda, Bd. 2, Berlin 1952, S. 185 ff.

12 Vgl. ebenda, Bd. 3, S. 715 ff.; Neues Deutschland (im folgenden: ND), 6., 7. u. 11. 3. 1952.

zialistischen Demokratie in den Betrieben und der Verbesserung der Arbeit der leitenden Organe der Partei, der Massenorganisationen und des Staates beschäftigte, lösten zahlreiche Auseinandersetzungen und Fragen aus. So wurde darüber diskutiert, ob die Betriebsfrauenausschüsse neben der Partei der Arbeiterklasse, den Gewerkschaften, dem Demokratischen Frauenbund Deutschlands und den damals in den Betrieben bestehenden Aktivs zur Förderung der Frau notwendig seien, welchen Charakter und welche Aufgaben sie haben und ob spezielle Organisationsformen zur Mobilisierung der Frauen nicht ein Rückschritt seien und im Widerspruch zum Beschluß des Zentralkomitees vom 8. März 1949 stünden.

Der DFD war nach dem Territorialprinzip organisiert und hatte vor allem die Aufgabe, die Frauen in den Wohngebieten durch eine vielseitige, interessante und differenzierte politisch-ideologische Arbeit für die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu interessieren, die von der Partei der Arbeiterklasse gewiesene sozialistische Perspektive zu erläutern und die Frauen an eine Berufstätigkeit heranzuführen.

Die 1950 auf Initiative des DFD und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in den Betrieben und Verwaltungen gebildeten Aktivs zur Förderung der Frau, die sich durch Arbeitsplatzanalysen und durch die Einleitung technologischer Veränderungen Verdienste bei der bewußten Arbeitskräftelenkung sowie bei der Frauenerföderung und -qualifizierung erworben hatten, waren staatliche Organe und unterstanden direkt der Betriebsleitung.

Im Widerspruch zu den richtigen Beschlüssen und Leitungsentscheidungen des FDGB-Bundesvorstandes wurden die Leitungen der Industriegewerkschaften und der Betriebsgewerkschaftsorganisationen insgesamt ihrer ständig wachsenden Verantwortung als Klassenorganisation gegenüber den werktätigen Frauen nicht hinreichend gerecht. Das wog um so schwerer, als 1952 bereits 58 Prozent aller berufstätigen Frauen und Mädchen gewerkschaftlich organisiert waren.¹³

Oft fehlte den Gewerkschaftsfunktionären außer der politisch-ideologischen Einsicht über die Rolle der Frauen beim Aufbau des Sozialismus das notwendige Verständnis für geeignete Formen und Methoden beruflicher und gesellschaftspolitischer Aus- und Weiterbildung weiblicher Arbeitskräfte. Deshalb verfolgte die Parteiempfehlung vom 8. Januar 1952 unter anderem auch das Ziel, durch die Frauenausschüsse einen erheblichen Druck auf die Betriebs- und Gewerkschaftsleitungen auszuüben, ohne diese Leitungen damit von ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zu entbinden.

Die mit Unterstützung der SED in den Betrieben der Industrie und der Landwirtschaft und später in den Verwaltungen und wissenschaftlichen Einrichtungen gebildeten Frauenausschüsse als selbständige demokratische Organe sind aus der konkreten politischen und ökonomischen Entwicklung der DDR zu verstehen und keine gesetzmäßige Erscheinung des sozialistischen Aufbaus. Sie waren gewissermaßen "Kritikorgane" an der mangelhaften Arbeit der Betriebsgewerkschaftsleitungen, kein Ersatz für die 1949 aufgelösten Betriebsgruppen des DFD und nicht identisch mit den im Sommer 1945 entstandenen antifaschistischen Frauenausschüssen. Sie hatten als das demokratische Selbsthilfeorgan aller Frauen ei-

13 Die Berechnung erfolgte anhand der Zahlenangaben in der Statistischen Kennziffernsammlung Die Frau in der Deutschen Demokratischen Republik, hg. v. Ministerrat der DDR, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1972, S. 26, 31.

nes Betriebes kein besonderes Programm oder Statut, keinen Vorstand und folglich keine über- oder untergeordneten Leitungen. Die ehrenamtliche Mitarbeit nach erfolgter offener und demokratischer Wahl stand allen Frauen offen und war nicht an die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder Organisation gebunden. Die Frauenausschüsse hatten das Recht¹⁴, zu allen die Frauen und Mädchen eines Betriebes interessierenden Fragen und Problemen öffentlich Stellung zu nehmen und von den Betriebs- und Gewerkschaftsleitungen Maßnahmen zur Förderung und Qualifizierung der Frauen zu fordern sowie eine entsprechende Kontrolle auszuüben. Dabei konnten sie sich außer auf die ständige Hilfe und Anleitung durch die Betriebsparteiorganisationen der SED auf die vom Ministerrat der DDR am 2. Mai 1952 auf der Grundlage des Gesetzes über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau erlassene Verordnung über die jährliche Erarbeitung und Abrechnung von Frauenförderungsplänen als Teil des Betriebskollektivvertrages stützen.

Als Schulen der sozialistischen Demokratie - viele ehemalige Mitarbeiterinnen der Frauenausschüsse übernahmen später verantwortliche Funktionen in den Parteien und Massenorganisationen sowie in den Bereichen der Volkswirtschaft¹⁵ - trugen die Betriebsfrauenausschüsse zur Durchsetzung der demokratischen Rechte in den Betrieben, zur politisch-ideologischen und fachlichen Qualifizierung der Frauen sowie zur systematischen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen bei.

Entscheidend für die erfolgreiche und schnelle Verwirklichung der Rechte der Frauen in den Betrieben, Verwaltungen und wissenschaftlichen Einrichtungen, für die zielgerichtete und systematische Frauenförderung und -qualifizierung sowie für den Einsatz von Frauen in leitende und mittlere Funktionen und damit letztlich für die Qualität der Arbeit der Betriebsfrauenausschüsse war aber das enge Zusammenwirken der staatlichen Leitungen aller Ebenen und Bereiche mit den gesellschaftlichen Organisationen und Gremien auf der Grundlage der Beschlüsse, Empfehlungen und Hinweise der Partei der Arbeiterklasse.

Am 29. Januar 1952 traten die Arbeiterinnen des VEB Elbe-Werft Boizenburg zusammen und bildeten den ersten Betriebsfrauenausschuß der DDR, der sich die Aufgabe stellte, "die berufliche Qualifikation der Frauen im Betrieb zu fördern und, wo es nötig sein sollte, ihre Forderungen energisch durchzusetzen".¹⁶

Bereits nach achtwöchiger Tätigkeit konnte als erste Zwischenbilanz in einer öffentlichen Frauenversammlung, an der Vertreter der Betriebsparteiorganisation der SED, der BGL und des Normbüros teilnahmen, von einem Durchbruch in der Frauenqualifizierung berichtet werden. In der Dreherei und Fräserei der Werft wurden Frauen im Metallberuf angelernt, zu Gruppenleiterinnen in der Arbeits-

14 Vgl. Die Bildung von Frauenausschüssen, a. a. O., S. 690 f.

15 Bis zum zehnten Jahrestag der Gründung der Betriebsfrauenausschüsse übernahmen von den weit über 140 000 Mitarbeiterinnen über 7 000 eine Funktion in der Partei der Arbeiterklasse, 13 000 in den Gewerkschaften und über 9 000 in der Wirtschaft oder in anderen gesellschaftlichen Bereichen. (Vgl. Die Frau, der Frieden und der Sozialismus, Konferenz des Zentralkomitees der SED mit Mitarbeiterinnen der Frauenausschüsse, Funktionären der Partei, der Gewerkschaften, der staatlichen Organe und der Wirtschaft anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Frauenausschüsse in der DDR in Berlin am 5. und 6. Januar 1962, Berlin 1963, S. 44.)

16 ND, 5. 2. 1952.

vorbereitung und zu Meistern qualifiziert. Auf der Helling waren Frauen mit Schweißerpaß keine Seltenheit mehr. Ganz im Sinne der Parteiempfehlung wurden parallel dazu die Sozialeinrichtungen, wie Kinderkrippen und -gärten, Nähstuben und Wäschereien, erweitert bzw. renoviert. Der zu einem Begriff gewordene Frauenausschuß der Elbe-Werft Boizenburg vermittelte seine bei der Frauenförderung und -qualifizierung gewonnenen Erfahrungen den Frauen anderer Betriebe, so unter anderem dem Frauenausschuß der Boizenburger Plattenfabrik, in der mehr als 1 000 Frauen tätig waren.¹⁷

Wenn in den Quellen allgemein der Frauenausschuß des VEB Sachsenwerke Radeberg als erster und bedeutendster der Republik genannt wird, dann ist das wohl darauf zurückzuführen, daß es in diesem volkswirtschaftlich so wichtigen Betrieb mit mehr als 40 Prozent weiblicher Belegschaft Widersprüche gab, die charakteristisch für die damalige Situation in den Betrieben der Republik waren.

Im Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen gab es Unterschiede in der Entlohnung für Männer und Frauen, Unklarheiten über den gesetzlichen Urlaubsanspruch weiblicher Arbeitskräfte, über die Art und Höhe der Zuschläge für gesundheitsgefährdende Arbeiten sowie eine offensichtliche Unterdrückung beruflicher und gesellschaftlicher Aktivitäten der Arbeiterinnen. Frauen waren weder in der Werkleitung noch in der BGL vertreten.

Die ernsthaften Signale aus diesem Betrieb sowie aus anderen Großbetrieben der DDR waren Anlaß für eine zentrale Beratung der Arbeiterinnen der Sachsenwerke Radeberg mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, und anderen Mitgliedern der Partei- und Staatsführung, in der die Idee zur Bildung betrieblicher Interessenvertretungen der Frauen geboren wurde. Damit sollte vor allem den Arbeiterinnen ein demokratisches Organ gegeben werden, damit sie den Kampf um die weitere Durchsetzung ihrer Gleichberechtigung sowie ihre führende Rolle als Teil der Arbeiterklasse erfolgreicher verwirklichen können. Bei der freimütigen Aussprache wurde einerseits die große Bereitschaft der Frauen zur Qualifizierung und damit zur weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität sichtbar und andererseits die Tatsache, daß die Initiativen, Ideen und Vorschläge der Frauen durch das kleinbürgerliche Denken und Handeln mittlerer und leitender Betriebsfunktionäre gehemmt wurde.¹⁸

Die Gründung des Frauenausschusses der Sachsenwerke Radeberg erfolgte am 21. Februar 1952.¹⁹ Den Frauen aus Radeberg folgten die Bauarbeiterinnen des VEB Bau-Union Fürstenberg, und auf Initiative der ersten Schachtmeisterin der DDR, Rosel Guterath, wählten die 2 500 Arbeiterinnen des VEB Eisenhüttenkombinat Ost am 26. Februar 1952 ihre spezifische Interessenvertretung.²⁰

Selbstverständlich vollzog sich der Prozeß der Herausbildung und Entwicklung der Frauenausschüsse nicht im Selbstlauf und ohne Schwierigkeiten. Generell waren die Frauen bereit, all ihre Kräfte einzusetzen und in den Frauenausschüssen mitzuarbeiten, ihnen fehlte jedoch oft noch die notwendige Sachkenntnis. Vereinzelt trat auch noch die Meinung auf, daß es doch wohl genüge, wenn der Mann ge-

17 Kunz, Ellen, Die mobilisierende Kraft der Frauenausschüsse, in: Neuer Weg, Nr. 9/1952, S. 33 f.

18 ND, 3. 2. 1952.

19 Vgl. Blankenhagen, Herbert, Zur Entstehung von Frauenausschüssen in der DDR, in: Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft "Kampf der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau", Nr. 1/1970, S. 16.

20 Vgl. Ulbricht, Lotte, Reden und Aufsätze (1943 - 1967), Berlin 1968, S. 68 ff.

sellschaftlich tätig sei. Viele Männer zweifelten an den Fähigkeiten der Frauen, andere stellten sich der Frauenförderung und -qualifizierung entgegen, weil sie fürchteten, ihren bisherigen Arbeitsplatz und sogar die Autorität in der Familie zu verlieren. Es gab auch Frauenausschüsse, die nur auf dem Papier standen oder deren Mitglieder resigniert aufgegeben hatten.

Aber das Neue hatte sich unwiderruflich Bahn gebrochen. In dem Maße, wie die Frauenausschüsse mehr und mehr zu ideologischen Fragen Stellung nahmen und die verfassungsmäßigen Grundrechte der Frauen verwirklichen halfen, erkannten die Frauen und Mädchen, daß es nicht nur um die Durchsetzung ihrer Rechte schlechthin ging, sondern um die Gestaltung eines neuen Lebens. Diese breite demokratische Bewegung erhöhte das Selbstbewußtsein der Frauen, ihr Verantwortungsgefühl für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung und trug wesentlich zur Herausbildung einer neuen Frauengeneration bei.

Am ersten Jahrestag der Parteiempfehlung vom 8. Januar 1952 bestanden bereits 4 000 und im April 1953 mehr als 7 000 Ausschüsse²¹ in den volkseigenen Betrieben der Industrie und Landwirtschaft, im Handel, in den wissenschaftlichen Einrichtungen sowie im Staatsapparat. Ihr erfolgreiches Wirken war ein anschaulicher Beweis dafür, daß die Partei der Arbeiterklasse damit die richtige Form und Methode zur Mobilisierung der Frauen und zu ihrer gleichberechtigten Einbeziehung in die sozialistische Produktion gefunden und einem objektiven gesellschaftlichen Bedürfnis entsprochen hatte.

Die ständig wachsende Bereitschaft der Frauen in den Betrieben, als Teil der machtausübenden Klasse die gleiche Verantwortung für die Erfüllung der volkswirtschaftlichen und politischen Aufgaben bei der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus zu übernehmen, war zugleich die beste Antwort auf die böswilligen Verleumdungen des Klassegegners. In einer 1956 veröffentlichten "Denkschrift" war der Versuch unternommen worden, die Betriebsfrauenausschüsse als ein "Instrument der SED, das den unter unmenschlichen Bedingungen sich vollziehenden totalen Arbeitseinsatz von Frauen in der Sowjetzone mit allen Mitteln gegen alle vorhandenen Rücksichten wirtschaftlicher, politischer und sozialer Art durchzusetzen hat"²², abzuwerten.

Die insgesamt erfolgreiche Arbeit der Mitglieder der Betriebsfrauenausschüsse, die sich in den ersten Monaten und Jahren vorwiegend mit der Durchsetzung gesetzlicher Bestimmungen zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau, mit der Lösung sozialer Fragen sowie mit der Frauenförderung und -qualifizierung beschäftigten, trug wesentlich dazu bei, daß die Frauen selbstbewußter und entschlossener an die Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte gingen und zunehmend den dialektischen Zusammenhang von Berufsarbeit und Gleichberechtigung bei der Erfüllung des ersten Fünfjahrplanes erkannten.

Der FDGB zog Schlußfolgerungen aus den Unzulänglichkeiten in der Führung der massenpolitischen Arbeit unter den werktätigen Frauen auf der vom FDGB-Bundesvorstand für den 26. September 1952 nach Berlin einberufenen Funktionärskonferenz zu Frauenfragen.²³ Das Referat des Bundesvorstandes sowie die we-

21 Vgl. ebenda, S. 95.

22 Der Arbeitseinsatz von Frauen in der Wirtschaft der Sowjetzone, hg. v. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn 1956, in: Sopade, Informationsdienst = Denkschriften, Nr. 59, S. 8.

23 Vgl. Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit unter den Frauen, Konferenz am 26. September 1952, hg. v. FDGB-Bundesvorstand, o. O. o. J.

sentlichsten Diskussionsbeiträge stützten sich auf die Materialien der 2. Parteikonferenz der SED und der von der Abteilung Frauen beim Zentralkomitee der SED am 8. August 1952 in Berlin durchgeführten Frauenkonferenz der Partei.²⁴ An dieser Frauenkonferenz hatten neben den Delegierten der Betriebsfrauenausschüsse Funktionäre der SED, des FDGB und des DFD teilgenommen. Im Ergebnis der Beratungen wurde zur Unterstützung bereits bestehender und zur Bildung weiterer Frauenausschüsse unter anderem der Einsatz von Instrukteurinnen für Frauenarbeit bei den Kreisleitungen der SED empfohlen.²⁵

Schwächen gewerkschaftlicher Arbeit zeigten sich in der Vergangenheit vor allem bei der noch unzureichenden Einbeziehung der Frauen und Mädchen in die Erarbeitung der Frauenförderungspläne und der Betriebskollektivverträge. Das hatte zur Folge, daß die gesetzlichen Verpflichtungen der staatlichen und der Betriebsgewerkschaftsleitungen zur Förderung und Qualifizierung weiblicher Arbeitskräfte sowie zur systematischen Verbesserung der Sozialeinrichtungen nicht ausreichend berücksichtigt oder unkonkret abgefaßt bzw. nur formal in die Betriebskollektivverträge aufgenommen wurden. Eine Tendenz, die sich auch 1953 trotz der Verordnung des Ministerrates zur Erarbeitung von speziellen Frauenförderungsplänen noch fortsetzte. So ergab eine Überprüfung von 6 000 volkseigenen Betrieben im Frühjahr 1953, daß nur 935 Betriebe ihrer gesetzlichen Pflicht nachgekommen waren. Der Inhalt der Frauenförderungspläne stand aber noch oft im Widerspruch zu den gesetzlichen Festlegungen. So verpflichtete sich zum Beispiel die Werkleitung und die BGL des VEB Hartpapierwerke Groitzsch im Bezirk Leipzig nur sehr allgemein, "der Weiterentwicklung talentierter Frauen das größte Augenmerk zuzuwenden".²⁶ Der Frauenausschuß des VEB Stahl- und Walzwerk Riesa hatte in Vorbereitung des Betriebskollektivvertrages 1953 bei einer Arbeitsplatzanalyse 130 Plätze ermittelt, die für Frauen geeignet waren. Der Werkleitung und der BGL wurden die Vorschläge für die Umsetzungen sowie für die Qualifizierung von 31 Frauen übermittelt. Die konstruktiven Vorschläge des Frauenausschusses wurden mit der heute völlig unverständlichen Begründung abgelehnt, daß "der Einsatz von Frauen an den ermittelten 130 Arbeitsplätzen ... aus Gründen der Plandisziplin zur Zeit nicht durchgeführt werden" könne.²⁷ Im Widerspruch dazu behauptete der Direktor für Arbeit, die vom Frauenausschuß schon mehrfach bemängelte unzureichende Frauenförderung und -qualifizierung resultiere daraus, daß "die Frauen unseres Betriebes fast keine Forderungen für ihre weitere Qualifizierung stellen und eine gewisse Scheu vor dem Schulbesuch haben".²⁸

Der FDGB-Bundesvorstand zog auf der Funktionärskonferenz vom 26. September 1952 richtige Schlüsse aus den Schwächen in der massenpolitischen Arbeit unter den werktätigen Frauen. Die Parteiempfehlung vom 8. Januar 1952 und die erfolgreiche Tätigkeit der Betriebsfrauenausschüsse wertete er als "schwerste Kritik an der Arbeit der Gewerkschaften".²⁹

²⁴ Vgl. Neuer Weg, Nr. 17/1952, S. 31 ff.

²⁵ Vgl. Kunz, Ellen, Einige Aufgaben der Instrukteurin für Frauenarbeit bei den Kreisleitungen, in: Neuer Weg, Nr. 1/1953, S. 42 f.

²⁶ Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit unter den Frauen, a. a. O., S. 16.

²⁷ Frommhold, Gerda, Über unsere Zusammenarbeit mit Werkleitung und BGL, in: Frau von heute, Nr. 50/1953, S. 6.

²⁸ Ebenda.

²⁹ Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit unter den Frauen, a. a. O., S. 14.

Die kritischen Hinweise und Empfehlungen der Frauenkonferenz des FDGB waren die Grundlage für den Beschluß der 11. Tagung des FDGB-Bundesvorstandes vom 3. und 4. Oktober 1952 über "Die Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit unter den Frauen"³⁰, der vor allem die Betriebsgewerkschaftsleitungen in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben verpflichtete, die staatlichen Leitungen bei der Erarbeitung und Verwirklichung konkret abrechenbarer Frauenförderungspläne zu unterstützen sowie deren Realisierung ständig zu kontrollieren.

Dabei ging es dem FDGB-Bundesvorstand um die zielgerichtete Einbeziehung der Frauen und Mädchen in den Produktionsprozeß sowie um deren systematische fachliche und politische Qualifizierung bei gleichzeitiger Entlastung von den Alltagsorgen durch die ständige Erweiterung und Verbesserung der Sozial- und Handelseinrichtungen.

Neben der konsequenten Durchsetzung des Prinzips "gleicher Lohn für gleiche Arbeit", des Gesetzes der Arbeit sowie des Gesetzes über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau in allen Betrieben forderte der Beschluß der 11. Tagung eine stärkere Kontrolle über die Einhaltung der Gesetze und Verordnungen in den Privatbetrieben.

Die Gewerkschaftsleitungen in den Betrieben der Industrie und der Landwirtschaft wurden verpflichtet, die Bemühungen der Frauenausschüsse zur gleichberechtigten und qualifizierten Einbeziehung der Frauen in die materielle Produktion mit aller Kraft zu unterstützen.

Während die Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei an der Seite der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder beachtliche Erfolge beim Aufbau des Sozialismus errangen, gingen die aggressivsten Kreise der USA und der BRD zur Vorbereitung eines konterrevolutionären Putsches über. Sie verstärkten den politischen, ökonomischen und militärischen Druck auf den Staat der Arbeiter und Bauern. Zur Abwehr der Gefahren, die sich daraus für die Arbeiter-und-Bauern-Macht ergaben, dienten unter anderem die Maßnahmen, die das Politbüro des Zentralkomitees der SED am 9. Juni und der Ministerrat der DDR am 11. Juni 1953 beschlossen. Sie ermöglichten es, den planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in Übereinstimmung mit den realen Interessen des werktätigen Volkes fortzusetzen. Die eingeleiteten Schritte von Partei und Regierung fanden die Zustimmung der Bevölkerung und waren ein wirksamer Schlag gegen die reaktionären Kräfte. Da diese ihre aggressive Zielstellung gefährdet sahen und das Kräfteverhältnis falsch einschätzten, lösten sie überstürzt am 17. Juni 1953 den "Tag X" aus.

Der gegen die Interessen des werktätigen Volkes gerichtete Putsch faschistischer Provokateure und ihrer Hintermänner scheiterte am Bekenntnis klassenbewußter Männer und Frauen zur Arbeiter-und-Bauern-Macht. Unterstützt von den Einheiten der bewaffneten Organe der DDR und der Sowjetarmee, durchkreuzten sie durch ihr entschlossenes Handeln die Pläne des Imperialismus und sicherten den Frieden in Europa.

Die politische Lage im Frühjahr und Sommer 1953 führte dazu, daß die Arbeit und vor allem die politische Wirksamkeit der Betriebsfrauenausschüsse vorübergehend stagnierte. Neue entscheidende Impulse erhielt diese große demokratische Bewegung zur Mobilisierung der Arbeiterinnen durch die Konferenz werktätiger

30 Vgl. ebenda, S. 63 ff.

Frauen vom 24. und 25. Oktober 1953 und durch den Wettbewerbsaufruf der Arbeiterinnen und Arbeiter des VEB Kunstfaserwerk "Wilhelm Pieck" in Rudolstadt-Schwarza als Auftakt zum "Jahr der großen Initiative".³¹

Die zentrale Konferenz sowie die Bezirks- und Kreiskonferenzen werktätiger Frauen machten sichtbar, daß die mehr als 8 000 Frauenausschüsse³² eine neue Qualität in ihrer Arbeit erreicht hatten. Beschäftigten sich die Mitarbeiterinnen der Frauenausschüsse in der Vergangenheit vorwiegend mit der Beseitigung vorhandener Unzulänglichkeiten bei der Durchsetzung der sozialistischen Demokratie in den Betrieben, mit Arbeitsplatzanalysen, mit der zielgerichteten Frauenförderung und -qualifizierung sowie mit der Lösung sozialer Fragen, so orientierten sie sich jetzt stärker auf die Klärung damit zusammenhängender politischer Fragen und Probleme.

So führten zum Beispiel die Frauenausschüsse der Bezirke Suhl und Gera mit Unterstützung der Betriebsparteiorganisationen der SED regelmäßige Schulungen zu aktuellen politischen Fragen, über Beschlüsse und Empfehlungen der SED sowie über Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen der Regierung durch. Beispielgebend war in dieser Hinsicht der Ausschuß des VEB "Feinmeß" in Suhl, der regelmäßig Frauenversammlungen und Schulungen der Mitglieder des Frauenausschusses durchführte und leitende Funktionäre der Parteien und Massenorganisationen, Juristen, Mediziner und Mitarbeiter des Staatsapparates gewann, die sich den zahlreichen Fragen der interessierten Frauen stellten.³³

Um die vielfältigen Interessen der Arbeiterinnen allseitig und noch schneller in der massenpolitischen Arbeit der Frauenausschüsse zu berücksichtigen, den Ausschüssen der Groß- und Schichtbetriebe empfahl das Zentralkomitee der SED, die Initiative der fortgeschrittensten Arbeiterinnen aufzugreifen und neben dem Betriebsfrauenausschuß Abteilungs- und Schichtausschüsse zu bilden.

In Auswertung der Konferenz werktätiger Frauen und zur weiteren Qualifizierung der Arbeit der Betriebsfrauenausschüsse orientierte das Zentralkomitee der SED darauf³⁴:

1. daß sich die Leitungen der Betriebsparteiorganisationen ständig mit den Frauenausschüssen beraten, die Probleme und Fragen der berufstätigen Frauen erörtern, Lösungswege weisen und ein Leitungsmitglied für die ständige Unterstützung der Frauenausschüsse benennen;
2. daß die Bezirks- und Kreisleitungen in angemessenen Abständen Berichte von Betriebsparteiorganisationen über die Arbeit mit den Frauenausschüssen entgegennehmen und daraus die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen und
3. daß die Neubildung und vor allem die politische Schulung der Mitarbeiterinnen der Frauenausschüsse durch die Betriebsparteiorganisationen tatkräftig zu unterstützen ist.

31 Vgl. Frauen helfen den neuen Kurs verwirklichen, Konferenz der werktätigen Frauen vom 24. und 25. Oktober 1953 in Berlin, Berlin 1953.

32 Vgl. ebenda, S. 38.

33 Vgl. ebenda, S. 80 ff.

34 Vgl. Entwurf einer Direktive des Zentralkomitees der SED über die Aufgaben der Parteileitungen bei der Anleitung und Hilfe für die Frauenausschüsse in: Akte Zentralkomitee der SED, Schriftwechsel von 1952 bis 1954, in: Archiv des DFD-Bundesvorstandes, Berlin o. P.

Ein weiterer wirksamer Beitrag zur Erhöhung der Effektivität und politischen Ausstrahlung der Betriebsfrauenausschüsse waren die Seminare der SED-Kreisleitungen mit den Mitarbeiterinnen der Frauenausschüsse, in denen sich die Frauen in Vorbereitung auf das Planjahr 1954 eingehend mit der politischen Bedeutung der "Verordnung über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und die Rechte der Gewerkschaften" vom 10. Dezember 1953³⁵ sowie mit dem Volkswirtschaftsplan 1954 vertraut machten.

In die Kette wirksamer Maßnahmen der Partei der Arbeiterklasse zur weiteren Qualifizierung der Arbeit der Frauenausschüsse ist auch der I. Qualifizierungslehrgang für Genossinnen aus den Frauenausschüssen einzureihen, der vom 18. bis 29. März 1954 in der Zentralschule des Zentralkomitees der SED in Mittweida stattfand und an dem 240 Frauen aus Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben teilnahmen.³⁶ Der dort durchgeführte rege Erfahrungsaustausch machte sichtbar, daß die Frauenausschüsse durch ihre lebensverbundene politische und soziale Tätigkeit zu einem wesentlichen Faktor der massenpolitischen Arbeit in den Betrieben und Einrichtungen der Republik geworden waren und dazu beitrugen, das Klassenbewußtsein der Arbeiterinnen und ihr Vertrauen zur Arbeiter-und-Bauern-Macht zu festigen.

Ständig kam es zu Neugründungen. Am dritten Jahrestag der Parteiempfehlung vom 8. Januar 1952 - also 1955 - waren in den Betrieben der Industrie und Landwirtschaft, im Handel, in den Verwaltungen und wissenschaftlichen Einrichtungen 10 131 Betriebsfrauenausschüsse tätig, in denen 83 599 Frauen arbeiteten. Besondere Beachtung verdient die Tatsache, daß mehr als 72 000 Mitarbeiterinnen der Frauenausschüsse Arbeiterinnen und Angestellte waren und 61 883 Frauen, also 74 Prozent, keiner politischen Partei angehörten.³⁷ Lediglich in den Privatbetrieben der Industrie war die Bildung von Frauenausschüssen im Widerspruch zur objektiven Notwendigkeit zurückgeblieben. Nur 190 Ausschüsse bestanden in dieser Eigentumsform der Volkswirtschaft.³⁸ Diese Zahl widerspiegelt nicht annähernd den Frauenanteil, der mit 43 Prozent aller berufstätigen Frauen erheblich war.³⁹

Tabelle 1

Anzahl der Frauenausschüsse am 1. Januar 1955⁺

	Frauenausschüsse	In Prozent
Gesamtzahl	10 131	100
Davon in VEB	4 455	44,00
Privatbetrieben	190	1,90
MTS	495	4,90
VEG	339	3,30
LPG	2 253	22,20
Verwaltungen	1 352	13,35
Handelsbetrieben	1 047	10,35

+ IML, ZPA, IV 2/17/9.

35 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7, Berlin 1966, S. 243.

36 Vgl. IML, ZPA, IV 2/17/57.

37 Vgl. IML, ZPA, IV 2/17/9.

38 Vgl. ebenda.

39 Vgl. IML, ZPA, IV 2/17/57.

Fast die Hälfte, 45,9 Prozent, aller Frauenausschüsse war in den Industriebetrieben, 30,40 Prozent in den Eigentumsformen der Landwirtschaft, 23,70 Prozent im Handel und in den Verwaltungen tätig.

Tabelle 2

Politische Zusammensetzung der Frauenausschüsse⁺

	Mitarbeiter	In Prozent
Gesamtzahl	83 599	100
Mitglieder der SED	20 072	24
Blockparteien	1 644	2
Parteilose	61 883	74

+ IML, ZPA, IV 2/17/9.

Tabelle 3

Soziale Zusammensetzung der Frauenausschüsse⁺

	Mitarbeiter	In Prozent
Gesamtzahl	83 599	100
Arbeiterinnen und Angestellte	72 853	87,10
Bäuerinnen	10 595	12,70
Intelligenz	151	0,20

+ IML, ZPA, IV 2/17/9.

Tabelle 4

Anzahl der Frauenausschüsse am 31. Juli 1956⁺

	Frauenausschüsse	In Prozent
Gesamtzahl	15 364	100
(Davon Abteilungsausschüsse	2 211)	
Davon in VEB	6 672	43,40
Privatbetrieben	707	4,60
MTS	537	3,50
VEG	527	3,40
LPG	2 970	19,30
Verwaltungen	1 933	12,60
Handelsbetrieben	1 452	9,50
Verkehrsbetrieben	566	3,70

+ IML, ZPA, IV 2/17/9.

Somit betrug der Anteil der Frauenausschüsse im Sommer 1956 in der Industrie 48,00 Prozent, in der Landwirtschaft 26,20 Prozent und in den Bereichen der Verwaltung, des Handels und im Verkehrswesen 25,80 Prozent. Auch diese Zahlen widerspiegeln die Schrittmacherfunktion der Industriearbeiterinnen bei der weiteren Durchsetzung der sozialistischen Demokratie in den Betrieben unserer Republik.

Der auf der Grundlage des Leninschen Genossenschaftsplanes und unter Beachtung der historischen Entwicklung nach der 2. Parteikonferenz der SED vom Juli

1952 verstärkt erfolgende freiwillige Zusammenschluß der Bauern und Landarbeiter in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften leitete die größte politische und soziale Veränderung auf dem Lande nach der Bodenreform und der Gründung der DDR ein. Sie beseitigte schrittweise den Widerspruch zwischen dem enormen Wachstumstempo der sozialistischen Industrie und dem Zurückbleiben der auf dem Lande vorherrschenden kleinen Warenproduktion und erschloß zugleich damit neue Möglichkeiten zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau.

Landarbeiterinnen und Bäuerinnen waren es, die in Rode- und Drusch- sowie in Hüte- und Viehzuchtgemeinschaften den Gedanken genossenschaftlicher Zusammenarbeit mit entwickelten. Sie fanden damit auch den Ansatz für den Zusammenhang zwischen der Herausbildung der neuen Produktionsverhältnisse und der Persönlichkeitsentwicklung der Frau. In zahlreichen Dörfern waren die Klein- und Mittelbauern und unter ihnen vor allem die Bäuerinnen mit Unterstützung der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe und der Maschinenausleihstationen zur gemeinsamen Bodenbearbeitung übergegangen, so daß der Schritt zur landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft eine logische Konsequenz war.

Vom raschen Aufschwung der genossenschaftlichen Entwicklung und dem Anteil der Frauen zeugt die Tatsache, daß bis zum Sommer 1953 von den 120 000 Mitgliedern der 4 690 LPG über 40 000 Bäuerinnen und ehemalige Landarbeiterinnen waren. Über 100 von ihnen hatten sogar den Vorsitz übernommen und mehr als 2 500 entschieden als Vorstandsmitglieder mit über die weitere genossenschaftliche Entwicklung.⁴⁰ Es gab nicht wenige Genossenschaften, in denen über 50 Prozent der Mitglieder Bäuerinnen waren. Als Genossenschaftsbäuerinnen waren sie erstmalig Miteigentümer und -verwalter kollektiven Eigentums, was ihnen die gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Produktionsprozeß ermöglichte. Der daraus allmählich erwachsende neue Charakter der Arbeit war eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß sich die gesellschaftliche Stellung der Frau auf dem Lande unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei grundlegend veränderte.

Für die Frauen auf dem Lande gab es jetzt völlig neue Berufe. So arbeiteten Ende 1952 bereits 14 Frauen als Agronomen, 18 waren Saatguttechniker, 7 Saatzuchtleiter, 13 Tierzuchtleiter, 76 Tierzüchter und 36 Schweinemeister. 1665 Landarbeiterinnen waren in den MAS-Stützpunkten als Traktoristinnen tätig.

Frauenpersönlichkeiten wie die Traktoristin Ilse Jähnert von der MAS/MTSEhrenberg bei Altenburg, Frieda Sternberg, Mitbegründerin und Vorsitzende der LPG "Ernst Thälmann" in Bennewitz bei Wurzen, und Else Merke aus Schenkenberg bei Delitzsch, die bereits vor der 2. Parteikonferenz der SED in einem Brief an das Zentralkomitee der SED den Gedanken genossenschaftlicher Zusammenarbeit entwickelte, sind für immer mit der sozialistischen Entwicklung der Landwirtschaft in unserer Republik verbunden.

Aber noch konnten sich die Bäuerinnen und Landarbeiterinnen nicht in allen LPG, MAS/MTS und VEG gleichberechtigt und in verantwortlicher Funktion am Aufbau der Grundlagen des Sozialismus beteiligen. So nahmen zum Beispiel einige Genossenschaften unter Mißachtung der auf der I. LPG-Konferenz im Dezember 1952

40 Vgl. Neuer Weg, Nr. 10/1953, S. 10.

angenommenen Musterstatuten⁴¹ keine Landarbeiter sowie keine Ehefrauen, Söhne und Töchter von Bauern auf, da sie nicht Eigentümer von Grund und Boden waren. Teilweise erfolgte die Verteilung der Einnahmen nach dem eingebrachten Bodenanteil ohne Rücksicht auf die Arbeitsleistungen, so daß die Nichtbesitzer landwirtschaftlicher Betriebe und das waren größtenteils die Frauen - benachteiligt wurden.⁴² Im Widerspruch zu den Festlegungen der Musterstatuten und der Forderung der 17. Tagung des Zentralkomitees der SED vom Januar 1954, die Genossenschaftsbäuerinnen vorwiegend in der Viehwirtschaft einzusetzen und sie stärker als bisher für diese verantwortungsvolle Tätigkeit zu qualifizieren⁴³, betrug ihr Anteil in diesem Wirtschaftszweig nur rund 20 Prozent, in der Feldwirtschaft dagegen 54 Prozent. Die Hauptursachen dafür waren die in der Viehwirtschaft noch vorherrschende körperlich schwere Arbeit und die den Interessen der Bäuerinnen widersprechende auf die 7-Tage-Woche eingestellte Arbeitsorganisation.⁴⁴ Aber auch in der Feldwirtschaft verrichteten die Frauen vorwiegend oder ausschließlich manuelle Arbeit, während die Männer traditionsgemäß die Technik für sich beanspruchten.

Es galt deshalb, intensiv gegen eine den sozialistischen Prinzipien widersprechende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zu kämpfen!

Die Lösung des Problems, mehr Bäuerinnen für die Arbeiten auf technischem Gebiet der Vieh- und Feldwirtschaft sowie für die Leitung der genossenschaftlichen Prozesse zu gewinnen, lag nicht nur in der Überwindung überkommener Vorurteile, sondern vor allem in der zielgerichteten und systematischen Förderung und Qualifizierung der Frauen unter Beachtung ihrer physischen Besonderheiten sowie in der schrittweisen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

In diesem Sinne waren neben den Leitungen der Partei der Arbeiterklasse sowie den staatlichen, gesellschaftlichen und genossenschaftlichen Einrichtungen die seit 1952 auch in den volkseigenen Gütern, MAS/MTS und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bestehenden Betriebsfrauenausschüsse tätig. Eine besondere politische Bedeutung kam dabei den Frauenausschüssen in den LPG zu, da in dieser Form sozialistischen Eigentums keine gewerkschaftliche Interessenvertretung besteht.

Die Frauenausschüsse in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, deren Aufgaben sich aus dem Entwicklungsstand der Genossenschaft und dem Bewußtsein der LPG-Mitglieder ableiteten, waren keine besondere Organisation der Bäuerinnen und hatten keinesfalls die Aufgabe, die politische Wirksamkeit der Demokratischen Bauernpartei, des Frauenbundes oder der VdgB einzuengen. Sie waren im Untersuchungszeitraum auch keine speziellen Organe des LPG-Vorstandes.⁴⁵

41 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7, a. a. O., S. 206 f., 423 ff., 463 f.

42 Vgl. Schäfer, Albert, Die Arbeit auf dem Lande, Referat auf der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED (20. bis 22. November 1952), Berlin 1953, S. 42 f.; Mückenberger, Erich, Die politische Massenarbeit im Dorf und die nächsten Aufgaben in der Landwirtschaft, Referat auf der 17. Tagung des Zentralkomitees der SED am 22. Januar 1954, Berlin 1954, S. 37.

43 Vgl. Mückenberger, Erich, a. a. O., S. 76, 108.

44 Vgl. Kirchner, Jürgen, Wie die Gleichberechtigung der Frau verwirklicht wurde, in: Die Frau und die Gesellschaft (Sammelband), Leipzig 1974, S. 164 ff.

45 Auf Vorschlag des Politbüros des Zentralkomitees der SED wurde in den The-

Gegen die vor allem auf dem Lande noch weit verbreiteten und in der kleinen Warenproduktion wurzelnden alten, jahrhundertelangen Gewohnheiten und Traditionen ankämpfend, traten die Betriebsfrauenausschüsse in den volkseigenen Gütern, MAS/MTS und LPG für die Interessen der Landarbeiterinnen und Bäuerinnen ein. Von den Organen der Partei der Arbeiterklasse angeleitet und beim Bestehen von Patenschaftsverträgen von den Frauenausschüssen der Industriebetriebe unterstützt, aktivierten sie das politische und geistig-kulturelle Leben der LPG. Sie traten durch die Mitarbeit an der Aufstellung und Realisierung der Frauenförderungspläne für eine zielgerichtete und systematische fachliche und politische Qualifizierung sowie für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen ein. Vor allem den jungen Bäuerinnen erläuterten die Mitglieder der Frauenausschüsse die sozialistische Perspektive der Landwirtschaft und die demokratische Gesetzgebung der Arbeiter-und-Bauern-Macht. Sie mobilisierten die Frauen für die Überwindung entwicklungsbedingter Schwächen in den Leitungen der LPG, für die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau und für die bewußte Teilnahme am Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR.

Durch die Einleitung politischer und sozialer Veränderungen in den Genossenschaften gaben sie den Bäuerinnen Mut und Selbstvertrauen und trugen zur Gewinnung noch abseitsstehender Frauen und Töchter der Genossenschaftsbauern und werktätiger Einzelbäuerinnen für den sozialistischen Weg in der Landwirtschaft bei.

Neben der Lösung sozialer Fragen war es vor allem die Aufgabe der Frauenausschüsse in den MAS/MTS und VEG, eine neue Einstellung zur Arbeit und zum sozialistischen Eigentum zu entwickeln sowie das Leistungsprinzip konsequent durchzusetzen.

Trotz großer Schwierigkeiten trugen die Frauenausschüsse auf dem Lande dazu bei, daß sich "unter der proletarischen Diktatur ... die Befreiung der Frau durch den sich verwirklichenden Kommunismus auch auf dem Dorfe"⁴⁶ vollzog und daß die Genossenschaftsbäuerinnen zusammen mit den Bauern an der Seite der Arbeiterklasse zu den Siegern der Geschichte gehören.

Die erfolgreiche Entwicklung der Betriebsfrauenausschüsse und die neue Qualität ihrer Arbeit, die sich besonders im "Jahr der großen Initiative" 1954 zeigte, waren der Anlaß für die Einberufung einer Beratung des Politbüros des Zentralkomitees der SED mit den besten Vertreterinnen der Frauenausschüsse der Industrie und Landwirtschaft, die als Auftakt zum letzten Jahr des ersten Fünfjahresplanes am 8. Januar 1955 im Klubhaus "Erich Weinert" des VEB Kabelwerk Oberspree in Berlin stattfand.

Die Bedeutung dieser Beratung wurde durch die Zusammensetzung des Präsidiums unterstrichen. Neben Bestarbeiterinnen und Aktivistinnen hatten der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, der Staatspräsident der DDR, Wilhelm Pieck, und der Vorsitzende des Ministerrates, Otto Grotewohl, Platz genommen.⁴⁷

sen zur VI. LPG-Konferenz die Forderung erhoben, in allen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften Frauenausschüsse zu bilden, die 1965 die Rechte und Pflichten einer Kommission des LPG-Vorstandes erhielten.

⁴⁶ Zetkin, Clara, a. a. O., S. 154.

⁴⁷ ND, 9. 1. 1955.

Im Referat des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED wurde eingehend die bedeutende Rolle der Frauenausschüsse bei der massenhaften, gleichberechtigten und zielgerichteten Einbeziehung der Frauen und Mädchen in die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben gewürdigt. Mit der dem Referat folgenden schöpferischen Diskussion begann ein intensiver Erfahrungsaustausch zwischen den Betriebsfrauenausschüssen der Republik, welcher in der von der SED mit dem "Brief des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an alle werktätigen Frauen in Industrie und Landwirtschaft"⁴⁸ empfohlenen Rechenschaftslegung und Neuwahl der Frauenausschüsse in den Monaten Januar bis März 1955 seine Fortsetzung fand.

Die Mitarbeiterinnen der Frauenausschüsse prüften in dieser demokratischen Massenkontrolle die Formen und Methoden sowie die bisherigen Ergebnisse ihrer Arbeit und trafen nach gründlicher Aussprache mit allen werktätigen Frauen Festlegungen für das letzte Jahr des ersten Fünfjahrplanes. Richtschnur waren die Beschlüsse der 21. Plenartagung des Zentralkomitees der SED vom November 1954 zur Sicherung des erfolgreichen Abschlusses des Fünfjahrplanes und zur kontinuierlichen Fortsetzung der Wirtschaftspolitik der Partei sowie eine weitere beispielhafte Initiative der Luise Ermisch, Held der Arbeit. Sie übertrug im Januar 1955 im VEB Bekleidungswerk Mühlhausen die von ihr angeregte Methode der individuellen Planaufschlüsselung und konkret abrechenbaren Verpflichtungen im sozialistischen Wettbewerb auf das gesamte Betriebskollektiv.

Die Rechenschaftslegungen und Neuwahlen der Betriebsfrauenausschüsse, die eine Zäsur in ihrer bisherigen Entwicklung waren, und die zahlreichen Initiativen der Arbeiterinnen im sozialistischen Wettbewerb leiteten zugleich die Vorbereitung einer zentralen Konferenz der aktivsten Mitarbeiterinnen der Frauenausschüsse und der besten Arbeiterinnen aus den Industriebetrieben der DDR ein. Diese Konferenz fand auf Empfehlung der Abteilung Frauen beim Zentralkomitee des SED am 21. und 22. Januar 1956 im Klubhaus des VEB Chemische Werke Buna statt.⁴⁹

Die zweitägige Beratung, an der 469 Delegierte und 34 Gäste aus allen Bezirken der DDR teilnahmen - die stärksten Delegationen kamen aus den Industriebezirken

48 Vgl. Frauen schaffen für das neue Leben, Ansprachen von Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht und Diskussionsreden auf einer Beratung des Politbüros des Zentralkomitees der SED mit Vertreterinnen der Frauenausschüsse aus Industrie und Landwirtschaft anlässlich des 3. Jahrestages der Gründung der Frauenausschüsse (8. Januar 1955), Berlin 1955, S. 46 f.

49 Vgl. IML, ZPA, IV 2/17/38; Jede Arbeiterin - eine würdige Vertreterin unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht, hg. v. Zentralkomitee der SED, Abt. Frauen, Berlin 1956. - Die Konferenz im Bunawerk sollte ursprünglich bereits im 2. Halbjahr 1955 stattfinden. Sie wurde aber, wie Edith Baumann im Schlußwort zum Ausdruck brachte, aus politischen Gründen mehrfach verschoben, um unter anderem die Beschlüsse der 25. Tagung des Zentralkomitees der SED zu berücksichtigen. - Die die Fünfjahrplanperiode abschließende und eine neue Etappe in der Frauenpolitik auf dem Lande einleitende Arbeitsberatung der Frauenausschüsse der MTS, volkseigenen Güter und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften fand am 21. und 22. Februar 1956 in Neubrandenburg statt. Sie bestätigte eindrucksvoll, welche große Kraft die Frauen bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft sind.

Halle, Magdeburg und Leipzig⁵⁰ -, analysierte die Ergebnisse vierjähriger erfolgreicher Tätigkeit der Betriebsfrauenausschüsse. Sie gab neue schöpferische Impulse für die Frauenpolitik der Partei der Arbeiterklasse und orientierte auf die ständig wachsenden Aufgaben in der neuen Periode des sozialistischen Aufbaus.

Im Präsidium dieser ersten gesonderten Beratung der Frauenausschüsse der Industrie hatten neben dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, führende Frauenfunktionärinnen, Vertreter staatlicher Organe sowie Aktivistinnen und Bestarbeiterinnen Platz genommen; so unter anderem: Edith Baumann, damals Leiterin der Abteilung Frauen beim Zentralkomitee der SED; die DFD-Vorsitzende Ilse Thiele; Grete Groh-Kummerlöh, Mitglied des Präsidiums des FDGB-Bundesvorstandes; Inge Lange, damals Mitglied des Zentralrates der FDJ, und Käte Kern, Vorsitzende der DFD-Fraktion in der Volkskammer. Unter den Aktivistinnen befanden sich solche bekannten Frauenpersönlichkeiten wie Luise Ermisch, Frida Hockauf und Lotte Steinbach, mit deren Namen bedeutende Wettbewerbsinitiativen des ersten Fünfjahrplanes verbunden waren, Rosa Thälmann, Greta Kuckhoff, Hilde Benjamin sowie die Schriftstellerinnen Anna Seghers und Hedda Zinner vertraten die Generation der Widerstandskämpfer. An der Beratung nahmen neben dem Minister für Arbeit und Berufsausbildung, Fritz Macher, Vertreter anderer Fachministerien teil.⁵¹

Das Referat hielt Edith Baumann. Ausgehend von der internationalen Lage und den auf der 25. Tagung des Zentralkomitees der SED gezogenen Schlußfolgerungen aus der Ratifizierung der Pariser Verträge durch das Bonner Parlament, würdigte die Referentin die großen Verdienste der Frauenausschüsse bei der Schaffung und Erweiterung sozialer Einrichtungen und bei der zielgerichteten und systematischen Frauenförderung und -qualifizierung. Edith Baumann brachte zum Ausdruck, daß die Frauen der DDR mit ihren großartigen Leistungen und Initiativen das von der Partei in sie gesetzte Vertrauen gerechtfertigt haben. Sie wertete es als Erfolg, daß sich die Mitglieder der Frauenausschüsse zunehmend mit der Klärung und Propagierung politischer Fragen beschäftigten, und orientierte darauf, daß alle Frauenausschüsse in der neuen Periode des sozialistischen Aufbaus "über ihre Funktion als Interessenvertretung der Arbeiterinnen im Betrieb [hinaus] sich zu einem Instrument für eine allseitige politische Erziehung- und Aufklärungsarbeit unter den Frauen entwickeln"⁵² müssen. Edith Baumann verwies auf die politische und fachliche Qualifizierung der Arbeiterinnen und stellte den Frauenausschüssen die Aufgabe, unter den Frauen eine Atmosphäre des Lernens zu entwickeln. "Wir müssen ... den Arbeiterinnen das Bewußtsein vermitteln, daß ein hoher Wissensgrad ein wichtiger Bestandteil der Entwicklung ihrer Persönlichkeit ist, der allein ihre Autorität in der Gesellschaft, im Betrieb und in der Familie stärken kann".⁵³

Die Referentin analysierte kritisch die Bewußtseinsentwicklung unter der jungen weiblichen Intelligenz. Sie stehe größtenteils der Arbeit der Frauenausschüsse

50 Vgl. IML, ZPA, IV 2/17/38. - Unter den Delegierten befanden sich 289 Mitglieder und Kandidaten der SED. Mit der organisatorischen Vorbereitung der Beratung war die SED-Kreisleitung des VEB Chemische Werke Buna beauftragt.

51 Vgl. ebenda.

52 Jede Arbeiterin - eine würdige Vertreterin unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht, a. a. O., S. 23.

53 Ebenda, S. 29.

fern und nehme noch nicht die Stellung ein, die ihr aufgrund ihrer Entwicklungsmöglichkeiten gegeben wäre.⁵⁴ Das nahm die Referentin zum Anlaß, auf die Verantwortung der Arbeiterklasse und insbesondere der Arbeiterinnen für die Erziehung der jungen Generation und für die Herausbildung einer kameradschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der weiblichen Intelligenz und den Arbeiterinnen zu verweisen.

Die wachsende Rolle der Betriebsfrauenausschüsse bei der Erziehung der Frauen zu aktiven Erbauern des Sozialismus in der neuen Periode des sozialistischen Aufbaus kennzeichnend, stellte Edith Baumann an den Schluß ihrer Ausführungen, "da es keine Frage, kein Problem des gesellschaftlichen Lebens geben darf, mit dem die Arbeiterinnen nicht vertraut gemacht werden ... Wir erstreben jenen Frauentypus, der selbstbewußt in der Arbeit, bescheiden im persönlichen Leben und erfüllt von einer glühenden Liebe zu seiner Heimat sich durch seine Leistungen die Gleichberechtigung täglich neu erkämpft."⁵⁵

Die von einer kritischen, sachlichen und parteilichen Atmosphäre gekennzeichnete Diskussion - trotz Beschränkung der Redezeit auf zehn Minuten konnten in der zweitägigen Beratung 45 Wortmeldungen nicht berücksichtigt werden - bestätigte das Bedürfnis zum Erfahrungsaustausch über die Methoden und Ergebnisse der Frauenförderung und -qualifizierung, über die Zusammenarbeit der Frauenausschüsse mit den Gewerkschaften sowie mit den Werk- oder Betriebsleitungen und widerspiegelte die Initiativen der Frauen im sozialistischen Wettbewerb, die Schrittmacherfunktion der Industriearbeiterinnen.

Eine eindrucksvolle Demonstration bewußter Frauenförderung und deren Unterstützung durch den Bau von Sozialeinrichtungen bot der Diskussionsbeitrag des Werkleiters des VEB Chemische Werke Buna. Kinderkrippen und -gärten sowie Ladenstraßen und Großwäschereien erleichterten dort das Leben der Beschäftigten und waren zugleich eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die 1 000 Frauen dieses chemischen Großbetriebes eine entscheidende und zuverlässige Kraft bei der Erfüllung der Planaufgaben waren.

Auch die Diskussionsbeiträge der Delegierten des VEB Elektrochemischen Kombinars Bitterfeld - in diesem Großbetrieb der Grundstoffindustrie der DDR war der Frauenanteil an der Belegschaft von 1948 bis 1955 von 23,4 auf 29,9 Prozent und damit um 48,6 Prozent gestiegen⁵⁶ - und aus dem VEB Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow machten sichtbar, daß die Frauenförderung und -qualifizierung, die weitere Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau wesentlich von der ständigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen abhängen.

Auf diese wichtige Problematik ging der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED in seinem Diskussionsbeitrag ein. Er forderte von den verantwortlichen Kadern in der Industrie, die Voraussetzungen für eine spürbare Erleichterung in der Hausarbeit zu schaffen, um die noch vorhandene Doppelbelastung der berufstätigen Frauen und Mütter schrittweise abzubauen. Nachdrücklich würdigte Walter Ulbricht die politisch-ideologische und erzieherische Funktion der Betriebsfrauenausschüsse bei der gleichberechtigten Einbeziehung der Frauen in den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft.⁵⁷

54 Ebenda, S. 30.

55 Ebenda, S. 34.

56 Vgl. Probleme der berufstätigen Frau, Wissenschaftliches Colloquium in der Universitätsfrauenklinik Leipzig am 30. Juni 1956, Leipzig 1957, S. 65.

57 Vgl. Jede Arbeiterin - eine würdige Vertreterin unserer Arbeiter-und-Bau-

Nach dem Schlußwort der Leiterin der Abteilung Frauen beim Zentralkomitee der SED beschlossen die Delegierten der Betriebsfrauenausschüsse einen "Aufruf an die Arbeiterinnen der Deutschen Demokratischen Republik"⁵⁸. Die darin formulierten Hauptaufgaben forderten von den Frauenausschüssen in den volkseigenen Betrieben der Industrie

1. die Erziehung aller Arbeiterinnen zu aktiven Kämpfern für die Erhaltung des Friedens, damit sie
2. die allseitige Stärkung der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu ihrer vornehmsten Pflicht machen und
3. der Verantwortung der Arbeiterklasse, insbesondere der Arbeiterinnen für die Erziehung der heranwachsenden Generation gerecht werden.

Die Bunaer Konferenz vom 21. und 22. Januar 1956, die ein Beitrag der Arbeiterinnen zur Vorbereitung der 3. Parteikonferenz der SED war, leitete nach dem erfolgreichen Abschluß des ersten Fünfjahrplanes eine neue Etappe in der Frauenpolitik der SED ein und orientierte alle Partei- und Wirtschaftsfunktionäre sowie die Leitungen der Massenorganisationen auf die zielgerichtete und systematische Frauenförderung und -qualifizierung im allgemeinen und auf die politische Funktion der Betriebsfrauenausschüsse im besonderen.

In den mehr als zwanzig Jahren des Bestehens der Frauenausschüsse haben ihre Mitarbeiterinnen in der Industrie und Landwirtschaft, in den Verwaltungen, im Handel und in den wissenschaftlichen Einrichtungen eine umfangreiche und verantwortungsvolle Arbeit beim Aufbau des Sozialismus und bei der Herausbildung einer klugen und selbstbewußten sozialistischen Frauengeneration geleistet. Ihr tägliches Eintreten für die Interessen der werktätigen Frauen und Mütter trug als Teil der sozialistischen Demokratie dazu bei, rückständige Auffassungen über die Rolle der Frau in der sozialistischen Gesellschaft zu überwinden und die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Leben unserer Republik zu verwirklichen.

Die Betriebsfrauenausschüsse, die verschiedene Entwicklungsstufen durchlaufen haben und die seit Januar 1965 folgerichtig Kommissionen der Betriebsgewerkschaftsleitungen geworden sind⁵⁹ und deren Vorsitzende Sitz und Stimme in den Gewerkschaftsleitungen haben, sind ein hervorragendes Beispiel für die kluge, lebensverbundene und weitsichtige Politik der revolutionären Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.

ern-Macht, a. a. O., S. 56 ff.

58 Vgl. ebenda, S. 68 ff.

59 In Übereinstimmung mit der gesellschaftlichen Entwicklung, den Interessen der Frauen und der Zunahme der Bedeutung des subjektiven Faktors beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft empfahl das Politbüro des Zentralkomitees der SED in Verwirklichung des Frauenkommuniqués im Dezember 1964, die Betriebsfrauenausschüsse zu Organen der Gewerkschaften zu machen. Dem entsprach der FDGB mit dem Beschluß der 5. Tagung des Bundesvorstandes vom Januar 1965.

DER MARSHALLPLAN UND DIE OST-WEST-BEZIEHUNGEN

Zur Vorgeschichte des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (II)⁺

von Gerd Neumann

Bereits im Frühjahr 1945, kurz vor der Beendigung des zweiten Weltkrieges, hatte die Truman-Regierung einen Kurswechsel in ihrer Politik gegenüber der Sowjetunion vollzogen. Die im Rahmen der Anti-Hitlerkoalition vereinbarten Lieferungen an die UdSSR wurden eingestellt. Damit standen Warenlieferungen in Höhe von 16,7 Millionen Dollar aus, die die USA der sowjetischen Regierung im Zusammenhang mit dem Lend-Lease-Abkommen zugesichert hatten.¹

Hier zeigten sich Symptome einer Politik, die für die Haltung der USA zur UdSSR, aber dann auch zu den volksdemokratischen Staaten typisch werden sollte.

Befürworter eines solchen Kurswechsels waren schon in der Roosevelt-Ära aktiv geworden, so beispielsweise der amerikanische Diplomat George Kennan, der neben Churchill als Initiator des kalten Krieges gilt. Während der Amtsperiode Roosevelts in der USA-Botschaft in Moskau eingesetzt, wurde Kennan später unter Truman Hauptexperte des State Department für die Realisierung des Marshallplans. Kennan hatte schon zu einem Zeitpunkt, als die Alliierten in Jalta konferierten, Roosevelt in einem Memorandum von einer Übereinkunft mit der UdSSR im Interesse der "atlantischen Gemeinschaft" abgeraten.² Blieben Kennans Vorstellungen zu Lebzeiten Roosevelts ohne Bedeutung für die amerikanische Außenpolitik, so änderte sich das, als im April 1945 mit Truman eine neue Führungsequipe ins Weiße Haus einzog.³

Von der Herausbildung einer neuen politischen Strategie der Westmächte zeugte dann die Rede Winston Churchills, die im März 1946 im Westminster College in Fulton (USA) gehalten wurde. Diese Fultonrede, in der ein Bündnis der USA und Großbritanniens als Grundlage für eine Politik der Stärke gegenüber dem "östlichen Kommunismus" gefordert wurde, ging in die Geschichte als Auftakt zum kal-

+ Es handelt sich um den zweiten Beitrag aus einer umfangreicheren Untersuchung zu dieser Thematik. Der erste Beitrag erschien unter dem Titel "Neue Momente in den zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen der volksdemokratischen Länder und der UdSSR nach dem zweiten Weltkrieg. Zur Vorgeschichte des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe", in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 1.

1 Neues Deutschland, Ausg. B (im folgenden: ND), 20. 4. 1974, S. 1.

2 Siehe hierzu auch Bereshkow, Valentin M., Kennan lernt die Weltpresse begreifen, Zur Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, in: Horizont, Nr. 24/1975, S. 8.

3 Ebenda.

ten Krieg ein. Die Formel von den "Vereinigten Staaten von Europa" (sprich: Westeuropa) als Bündnispartnern der USA sollte in der Folge zum unentbehrlichen Vokabular für die Restauration und Stabilisierung imperialistischer Verhältnisse in Westeuropa werden. Nicht zufällig wurde auch der Terminus "kalter Krieg" in dieser Zeit in der amerikanischen Presse zum gängigen Begriff. Kreiert wurde er übrigens von Bernard Baruch, der auch dem Plan zur Sicherung des amerikanischen Atomwaffenmonopols den Namen gab. Mit der Kongreßbotschaft Trumans im März 1947, der Trumandoktrin, wurde die Strategie der antikommunistischen Militärbündnispolitik offiziell zum außenpolitischen Prinzip der USA erklärt. Damit waren die Weichen für die amerikanische Außenpolitik der Nachkriegszeit gestellt. Nur wenige Monate später, am 26. Mai 1947, gab Truman eine programmatische Erklärung über die Bereitschaft der USA zur militärischen Zusammenarbeit mit den Ländern der westlichen Hemisphäre ab.

Mit der Gründung des Nordatlantikpaktes erfolgte dann im April 1949 ein wichtiger Schritt zur Umsetzung dieser Politik in die Praxis.

Aber schon im Jahre 1947, zu einer Zeit, als in den Volksdemokratien wichtige politische Entscheidungen fielen oder heranreiften, begannen sich die Umrisse der Konzeption des kalten Krieges abzuzeichnen. Wurden aber zu diesem Zeitpunkt auch schon die außenwirtschaftlichen Konsequenzen dieser Politik erkennbar?

Vieles spricht dafür. Wurde doch im Zusammenhang mit der Trumandoktrin nicht nur militärische, sondern auch wirtschaftliche Unterstützung solchen reaktionären Regierungen wie dem griechischen Tsaldaris-Regime und dem türkischen İnönü-Regime angekündigt. Im Mai 1947 nahm das amerikanische Repräsentantenhaus das Anleiheprogramm Trumans für Griechenland und die Türkei an.

Griechenland erhielt eine Anleihe in Höhe von 300 Millionen Dollar. Der İnönü-Regierung wurde nach Abschluß des amerikanisch-türkischen Abkommens zunächst mit einem 100-Millionen-Dollar-Kredit unter die Arme gegriffen.

Dieses Vorgehen stieß sowohl im Ausland als auch in den USA auf Kritik. Henry Wallace⁴, ehemaliger Handelsminister der USA und politischer Gegner Trumans, bezeichnete dessen Anleiheprojekt als ein Programm zur Niederhaltung des Kommunismus mit Hilfe des amerikanischen Geldes⁵. Er erklärte: "Früher oder später wird Trumans Programm der bedingungslosen Hilfe für antisowjetisch eingestellte Regierungen die Welt gegen die Vereinigten Staaten einnehmen und Amerika zu seinem eigenen Nachteil spalten. Wenn wir erst einmal den undemokratischen Regierungen Griechenlands und der Türkei Anleihen gewähren, dann wird jeder faschistische Diktator wissen, daß er bei unserer Bank Kredit hat, auch wenn wir den Kredit im Namen der Freiheit geben. Heute handelt es sich um die Regierungen Griechenlands und der Türkei, morgen kann es Peron oder Tschiang Kaischek sein. Unsere Banken werden Dollars zur Verfügung stellen, und wenn

4 Wallace, engster politischer Mitarbeiter und Freund Roosevelts, war in dessen Kabinett ab 1933 Landwirtschaftsminister und später in der ersten Zeit der Truman-Administration eineinhalb Jahre Handelsminister. Er gründete zur Formierung einer Opposition gegen die Politik des kalten Krieges um die Wende der Jahre 1947/48 eine neue Partei, die sich ab Juli 1948 als Fortschrittspartei bezeichnete.

5 ND, 12. 4. 1947, S. 1.

das nicht genügt, wird unser Volk aufgefordert werden, seine Söhne herzugeben." ⁶ Wallace kritisierte bereits 1947 die ersten Ansatzpunkte einer politischen Entwicklung, die bis zum Koreakrieg und später zur Eskalation in Vietnam führen sollte.

Doch die Kredite für Griechenland und die Türkei waren keinesfalls die einzigen Anzeichen einer expansiven politisch motivierten Außenwirtschaftspolitik der USA. Denn schließlich trug die Einflußnahme des State Department auch auf westeuropäische Länder wie Frankreich, Belgien und Italien - verbunden mit Versprechungen zur Leistung von Wirtschaftshilfe - dazu bei, daß in diesen Ländern von März bis Mai 1947 die den kommunistischen Parteien angehörenden Minister aus den Regierungen ausgeschlossen wurden. Gleichzeitig wurden die Bestrebungen zur Bildung einer Bizone und zur Spaltung Deutschlands immer offensichtlicher.

Es mag auf den ersten Blick verwirren, daß zum gleichen Zeitpunkt von seiten der USA, aber auch Englands einige, wenn auch spärliche, aber immerhin doch wirtschaftspolitisch freundliche Gesten gegenüber der UdSSR und den volksdemokratischen Staaten gemacht wurden. Es scheint nicht in das bisher umrissene Bild zu passen, daß das amerikanische Außenministerium plötzlich im April 1947 den Kongreß aufforderte, die der UdSSR im Rahmen des Pacht- und Leihabkommens zugesicherten Lieferungen nicht länger zu verzögern. ⁷ Und ungefähr zwei Wochen später eröffnete der britische Außenminister Bevin dem Unterhaus den Beschluß seiner Regierung, nunmehr ein Finanzabkommen zwischen Großbritannien und Polen zu ratifizieren, was die Wiederaufnahme des Handels mit Polen erleichtern würde. ⁸ Andererseits hatten sowohl die UdSSR als auch die Regierungen der volksdemokratischen Staaten ihre Bereitschaft bekundet, ihre Wirtschaftsbeziehungen mit den Ländern des Westens auszubauen.

In diesem Zusammenhang erregte Stassen, der damalige Präsidentschaftskandidat der Republikanischen Partei, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit durch die Bekanntgabe seiner Aufzeichnungen über Gespräche, die er anlässlich eines Moskaubesuches mit Stalin geführt hatte. ⁹ Stassen hatte erklärt, "daß Stalin ungeachtet der Verschiedenheit der Wirtschaftssysteme in den USA und in der Sowjetunion eine Zusammenarbeit der beiden Länder für möglich und wünschenswert hält". ¹⁰ Bahnten sich günstige Möglichkeiten für die Entwicklung des Ost-West-Handels, für die friedliche Koexistenz an? Einen Monat nachdem Stassen auf die Bereitschaft der UdSSR zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den USA aufmerksam gemacht hatte, lancierte die Truman-Regierung erste Andeutungen über ein Außenwirtschaftsprojekt für Europa. George C. Marshall, zu dieser Zeit Außenminister der USA, hielt am 5. Juni 1947 in der Harvard-Universität eine Rede, in der er auf die wirtschaftlichen Nachkriegsschwierigkeiten der Länder Europas Bezug nahm. Er verwies auf die hohen Bevölkerungsverluste, die zer-

6 Ebenda, 3. 4. 1947, S. 1.

7 Ebenda, 20. 4. 1947, S. 1.

8 Ebenda, 6. 5. 1947, S. 1.

9 Stassen war im April 1947 in die Sowjetunion gereist. Das Gespräch hatte am 4. 4. 1947 stattgefunden. Die Nachricht über die Veröffentlichung der Aufzeichnungen Stassens wurde am 3. 5. 1947 aus Washington übernommen. (ND, 4. 5. 1947, S. 1.)

10 Ebenda.

störten Städte, Fabriken, Bergwerke und Eisenbahnverbindungen, die Abnutzung des Maschinenparks und den Mangel an Lebensmitteln und Brennstoffen.¹¹ Wörtlich sagte Marshall: "In Wahrheit liegt die Sache so, daß Europas Bedarf an ausländischen Nahrungsmitteln und anderen wichtigen Gütern - hauptsächlich aus Amerika - während der nächsten drei oder vier Jahre um soviel höher liegt als seine gegenwärtige Zahlungsfähigkeit, daß beträchtliche zusätzliche Hilfeleistungen notwendig sind, wenn es nicht in einen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verfall sehr ernster Art geraten soll.¹² Und er erklärte ferner: "Es ist nur logisch, daß die Vereinigten Staaten alles tun, was in ihrer Macht steht, um die Wiederherstellung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse in der Welt zu fördern, ohne die es keine politische Stabilität und keinen sicheren Frieden geben kann. Unsere Politik richtet sich nicht gegen irgendein Land oder irgendeine Doktrin, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos. Ihr Zweck ist die Wiederbelebung einer funktionierenden Weltwirtschaft, damit die Entstehung politischer und sozialer Bedingungen ermöglicht wird, unter denen freie Institutionen existieren können."¹³ Marshall appellierte an die Staaten Europas, ihre Erfordernisse selbst festzustellen, sich darüber zu einigen, und die Initiative zu ergreifen, da die Ausarbeitung eines europäischen Programms Angelegenheit der europäischen Länder sei. Hinsichtlich des amerikanischen Beitrages sagte Marshall: "Unsere Rolle sollte darin bestehen, den Entwurf eines europäischen Programms freundschaftlich zu fördern ... " Er versprach die weitere Unterstützung des Programms und setzte hinzu: "... soweit das für uns praktisch ist."¹⁴ In einer TASS-Erklärung zur Pariser Außenministerkonferenz wurde der Zusatz treffender übersetzt "... soweit das für uns nützlich sein kann."¹⁵ Schließlich bemerkte er über den Umfang des Programms: "Es sollte ein gemeinsames Programm entworfen werden, hinter dem, wenn nicht alle, so doch eine Anzahl von europäischen Nationen stehen."¹⁶

Was war mit der Wiederherstellung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse in der Welt gemeint, was wurde unter wirtschaftlichem, sozialem und politischem Verfall verstanden, und was sollte im Zusammenhang mit einer eventuellen amerikanischen Europa-Anleihe nützlich werden für die USA? Verbanden sich mit der Andeutung eines Hilfsangebots politische Bedingungen im Sinne der Trumandoktrin, oder wurde das Nützliche für die USA lediglich in günstigen Möglichkeiten für den Abbau amerikanischer Warenüberhänge gesehen? Erstreckte sich das Warenangebot lediglich auf Westeuropa, oder schloß es die UdSSR und Osteuropa ein? All diese Fragen hatte die Rede, die Marshall im Verein ehemaliger Studenten der Harvard-Universität gehalten hatte und die in der Presse und später auch von der Historiographie als Verkündung des Marshallplanes aufgefaßt wurde, offengelassen. Treffend schrieb Henri Claude: "Marshall begann damit, daß er Dollars schillern ließ, ohne Ziffern oder Bedingungen festzulegen."¹⁷

Etwas offenerer allerdings äußerte sich dann Truman anlässlich eines Staatsbesuches in Kanada. In einer Rede, die er am 11. Juni in Ottawa hielt, hob er

11 Europa-Archiv, August 1947, S. 821.

12 Ebenda.

13 Ebenda.

14 Ebenda.

15 TASS-Erklärung zur Außenministerkonferenz in Paris vom 30. 6. 1947, in: ND, 4. 5. 1947, S. 1.

16 Europa-Archiv, a. a. O.

17 Claude, Henri, Der Marshallplan, Berlin 1949, S. 54.

hervor, daß die USA und Kanada im zweiten Weltkrieg ihre Produktionskapazitäten erheblich erweitert hätten und daß sie von den Kriegsschäden, die andere Länder erlitten hatten, verschont geblieben waren. "Das Ergebnis dieses Glücksumstandes ist", sagte Truman weiter, "daß Kanada und die Vereinigten Staaten aus dem Krieg als die einzigen größeren Lieferanten für industrielle Erzeugnisse und Nahrungsmittel hervorgingen, von denen viele Teile der Welt abhängig sind, wenn sie die Zeit überleben wollen".¹⁸ Hier wurde der Hebel sichtbar - die Abhängigkeit von den amerikanischen Warenlieferungen -, und an seinem längeren Arm sah sich Truman.

Aber abgesehen von diesen etwas direkteren Andeutungen, äußerte man sich von amerikanischer Seite vorsichtig und behutsam. Und es ist in diesem Zusammenhang nicht ohne Interesse, daß der Washingtoner Korrespondent des britischen "Observer" unmittelbar nach dem Start des griechisch-türkischen Anleiheprojektes zu berichten wußte: "Es wird allgemein erwartet, daß die nächste Phase des Versuchs, Amerika eine aktive und führende weltpolitische Rolle spielen zu lassen, sehr erheblich schwieriger sein dürfte ..."¹⁹

Konkreter wurde man dann lediglich zu den Vorstellungen über den Teilnehmerkreis für das neue Anleiheprojekt. Einen Tag nach Trumans Rede in Ottawa forderte Marshall auf einer Pressekonferenz die europäischen Staaten erneut zur gemeinsamen Aufstellung eines Programms des wirtschaftlichen Wiederaufbaus auf und bezog "ganz Europa", das westlich Asiens liegt, die Sowjetunion und England mit einbegriffen, und auch die anderen Europaländer" in seine Aufforderung ein.²⁰

Die Äußerungen führender amerikanischer Politiker zu einem etwaigen wirtschaftlichen Engagement der USA in Europa lösten in der Weltpresse vielfältige Erörterungen aus. Die "Humanité" vermutete in Marshalls Ideen eine Weiterführung der Trumandoktrin. Am 18. Juni 1947 schrieb sie: "Angesichts der Mißerfolge Tschiang Kaischeks in China wendeten sich jetzt die USA auf der Suche nach neuen Märkten für ihre wirtschaftliche Expansion Europa zu. Dies sei der Grund, weshalb sich die Amerikaner 'beeilten', Europa zu 'retten' und zu 'vereinen'.²¹

Auch die "Prawda" äußerte sich am 16. Juni 1947 kritisch, indem sie den Marshallplan zwar als äußerlich "neu", doch im wesentlichen als "Trumanplan eines politischen Druckes mit Hilfe des Dollars", als Plan "der Einmischung in die in-

18 Vgl. ND, 12. 6. 1947.

19 Ebenda, 17. 5. 1947, S. 1.

20 Vgl. ebenda, 17. 6. 1947, S. 1; Europa-Archiv, Oktober 1947, S. 913.

21 Daß die Entwicklung in China für das wirtschaftspolitische Engagement der USA in Europa auch in anderer Hinsicht von Bedeutung war, erwähnt Hinkel. Er schreibt: "Schließlich waren der Verlauf und die erfolgreiche Entwicklung der chinesischen Volksbefreiungsrevolution für die USA ein wichtiges Studienobjekt, insbesondere für die Sammlung von ersten Erfahrungen in bezug auf Form, Anlage und detaillierte Ausgestaltung der amerikanischen Hilfsprogramme. Marshall selbst kannte China, er war von 1945 - 1947 Botschafter der USA dort und konnte unmittelbar die differenzierte Wirksamkeit der amerikanischen Auslandshilfe studieren. Die dort gesammelten Erfahrungen für das State Department haben sichtlich zur Konzipierung und Ausgestaltung des European Recovery Program beigetragen." (Hinkel, Günter, Die Auslandshilfe der USA, Berlin 1972, S. 24.) Siehe hierzu auch Claude, Henri, a. a. O., S. 13 f.

neren Angelegenheiten fremder Staaten" wertete. Sie verwies auf den Widerspruch zwischen der Haltung der USA gegenüber der UdSSR sowie den Ländern Osteuropas und der Zusatzklärung, die Marshall in der Pressekonferenz am 12. Juni gemacht hatte, und führte aus: "Es sieht ganz so aus, als wenn man dem amerikanischen Volk die Angelegenheit so hinstellen versucht, daß Marshall angeblich bereit wäre, sich am wirtschaftlichen Wiederaufbau des gesamten Europas zu 'beteiligen', während die UdSSR und die Länder Osteuropas sich aus Europa 'selber ausschalten', da die Bedingungen der amerikanischen 'Hilfe' ihnen unannehmbar scheinen". Indes wurde von sowjetischer Seite zu diesem Zeitpunkt noch keine offizielle Stellungnahme zum Marshallplan gegeben.

Die Londoner "Times" hingegen äußerte am 20. Juni 1947 Besorgnis darüber, daß Europa durch eine eventuelle Marshallplan-Hilfe gespalten werden könnte. Sie vergaß auch nicht, darauf zu verweisen, daß wirtschaftliche Hilfe auch für Osteuropa nötig sei, und erinnerte an die "verwüsteten Dörfer der Ukraine, die ausgebrannte Einöde der jugoslawischen Gebirge, die Ruinen von Warschau und die umfassende Zerstörung von Leben und Eigentum überhaupt, die von den Deutschen hinterlassen wurden".

Die konservative englische Zeitung "Daily Telegraph" vom 20. Juni 1947 knüpfte an den Marshallplan sogar die Hoffnung, daß sich durch eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West auch die politische Atmosphäre verbessern würde, zumal beide Seiten auf wirtschaftlichem Gebiet gemeinsame Bedürfnisse und Interessen hätten. Keine Rede also von der Churchillschen Westeuropaidée, vom Bündnis des Westens gegen den Kommunismus. Die große amerikanische Europahilfe würde alle europäischen Länder untereinander vereinen. Der Marshallplan war, noch ehe Konkretes über ihn verlautbart worden war, zu einem erst-rangigen Politikum geworden. Während bürgerliche Blätter Europas die Vorstellungen Marshalls begrüßten und lediglich eine Schwierigkeit für ihre Realisierung sahen: die Gewinnung der Sowjetunion für das Anleiheprojekt - der Pariser "Figaro" vom 20. Juni 1947 hatte sogar geraten, "alles zu vermeiden, was möglicherweise in Moskau verstimmend wirke" -, äußerten linke Zeitungen von Anfang an Vorbehalte.

Insbesondere in der prinzipiellen Frage, ob es sich bei den Vorschlägen Marshalls um eine Ergänzung bzw. Fortsetzung der Trumandoktrin oder um eine Abkehr von ihr handle, gingen die Meinungen auseinander. Unter diesem Aspekt mußte die Furcht, die sowjetische Regierung könnte "verstimmt" werden, Kritiker des Anleiheprojekts in ihren Vorbehalten bestärken. Hatte doch die Sowjetregierung Mitte Juni in einem Antrag an den UN-Wirtschaftsausschuß eindeutig ihre Haltung zur Frage von Anleihen im internationalen Wirtschaftsverkehr fixiert. Zu diesem Antrag, der übrigens am 17. Juni 1947 abgelehnt worden war, hatte sie solche Anleihen befürwortet, "die dem Nutzen der Bevölkerung der Empfängerstaaten, der wirtschaftlichen Stabilisierung und dem Wiederaufbau dienen". Sie hatte sich gegen Anleihen gewandt, "die militärischen Zwecken dienen oder der Unabhängigkeit der Empfängerstaaten abträglich sind, dergleichen Anleihen, die den kreditgewährenden Staaten politische oder sonstige Vorteile verschaffen".²²

Und der hier vertretene Standpunkt war dementsprechend auch bezüglich der sowjetischen Haltung zu der durch Marshall ins Gespräch gebrachten Europa-Anleihe zu erwarten. Auch die prinzipielle Bereitschaft sowohl der Sowjetunion,

22 ND, 25. 6. 1947, S. 1.

aber auch der osteuropäischen Volksdemokratien zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Westen war bekannt. Diese Länder hätten folglich von den Vorteilen wirtschaftlicher Anleihen nicht erst überzeugt zu werden brauchen, vorausgesetzt, es handelte sich um Anleihen, die nicht mit politisch negativen Bedingungen für das in der Herausbildung begriffene neue Gesellschaftssystem verbunden waren.

Während also die großbürgerliche englische Presse ihren Lesern die Notwendigkeit vor Augen hielt, die Sowjetunion für das Anleiheprojekt zu gewinnen - der europäische Kontinent könne sonst zerstückelt werden, was die politische Teilung Europas in konkurrierende Einflußsphären bedeuten würde (so die "Times" vom 20. Juni 1947) -, entwickelten die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs in der zweiten Junihälfte diplomatische Aktivitäten.²³

Bevin reiste nach Paris und traf sich mit seinem französischen Kollegen Bidault zu Gesprächen über die Vorschläge Marshalls. In einem Kommuniqué über diese Besprechungen teilte das französische Auswärtige Amt den Beschluß mit, Außenminister Molotow ein Treffen der Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR zur Erörterung eines von Marshall angeregten europäischen Wirtschaftsprogramms vorzuschlagen. Eine entsprechende französische Note wurde von der Sowjetregierung am 19. Juni entgegengenommen. Unterdessen waren Peterson und Charpentier, der britische und der französische Botschafter in der UdSSR, bei Molotow und Malik vorstellig geworden.

In New York konferierten britische und sowjetische Diplomaten mit UNO-Beamten über den Marshallplan. An diesen Gesprächen nahm auch der sowjetische Chefdelegierte bei der UNO, Gromyko, teil. Am 23. Juni teilte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS mit, daß die UdSSR den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs in gleichlautenden Antwortnoten ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer Außenministerkonferenz in Paris erklärt habe. Als Zeitpunkt für ein solches Treffen hatte die UdSSR den 28. Juni vorgeschlagen. Ihre Meinung zum Gegenstand der Konferenz legte die Sowjetregierung in den Noten wie folgt dar: "Die sowjetische Regierung ist der Ansicht, daß die Hauptaufgabe der europäischen Länder zur Zeit darin besteht, ihre nationale Wirtschaft, die durch den Krieg zerstört worden ist, so schnell wie möglich wiederaufzubauen und weiterzuentwickeln. Es versteht sich von selbst, daß die Erfüllung dieser Aufgabe erleichtert werden könnte, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika, deren Produktionsmöglichkeiten sich während des Krieges nicht nur nicht verringert, sondern sogar vermehrt haben, eine den oben erwähnten Zielen entsprechende Hilfe erweisen würden. Obwohl die sowjetische Regierung zur Zeit über keine Angaben bezüglich des Charakters und der Bedingungen der möglichen wirtschaftlichen Hilfe für die europäischen Länder von seiten der Vereinigten Staaten sowie auch über keine Angaben bezüglich der Maßnahmen verfügt, über welche die britische und französische Regierung während der kürzlichen Verhandlungen in Paris beratschlagten, ist die sowjetische Regierung bereit, an einer Beratung der 3 Außenminister teilzunehmen."²⁴

Mußte die Rede, die Marshall am 5. Juni gehalten hatte, selbst von wohlmeinenden Betrachtern hinsichtlich ihres Aussagegehalts als reichlich nebulös bezeichnet werden, so waren die von westlicher Seite bis zum 23. Juni, dem Zeitpunkt der An-

²³ Europa-Archiv, Oktober 1947, S. 913.

²⁴ ND, 24. 6. 1947, S. 1.

nahme der Einladung nach Paris durch die UdSSR, gemachten Angaben spärlich und nicht allzu aufschlußreich. Auf diesen Sachverhalt hatte die UdSSR bereits in einer Erklärung verwiesen, die zwei Tage zuvor von TASS zu der Unterredung Molotows mit Peterson verbreitet worden war. Peterson hatte Molotows Frage, ob die britische Regierung über umfangreiches Material zu dem amerikanischen Vorschlag verfüge, verneint.²⁵ Im Hinblick darauf mutete die Nachricht, Marshall hätte in einer vertraulichen Note an die britische Regierung gefordert, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau Westdeutschlands eine Grundlage des Europa-planes der USA bildete, wie eine gezielte Indiskretion an. Es war die Pariser Zeitung "Franc Tireur", die die Nachricht aus London erhalten haben wollte, und gemeldet wurde sie am gleichen Tag, an dem die Zusage zum Dreiertreffen aus Moskau erfolgte, am 23. Juni. Nach den Angaben dieser Zeitung hatte Marshall seine Forderung damit begründet, "daß die Angelegenheiten Westdeutschlands diejenigen der USA seien und der Europa-Plan der Vereinigten Staaten darauf abziele, dem Dollarmangel in Europa, ganz besonders jedoch in Westdeutschland zu begegnen". Angesichts dieser Meldung, deren Glaubwürdigkeit durch die später tatsächlich erfolgte Separierung Westdeutschlands und seine Liierung mit den USA so etwas wie eine nachträgliche Bestätigung fand, fällt es schwer sich vorzustellen, die Truman-Regierung hätte jemals mit dieser Prämisse ernsthaft eine Beteiligung der UdSSR am Marshallplan in Rechnung gestellt.

Da von westlicher Seite offensichtlich nicht mit offenen Karten gespielt wurde, mußte es der Sowjetunion darum gehen, "den eigentlichen Sinn der Marshallerklärung klarzustellen".²⁶ Die Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der UdSSR wurde am 27. Juni 1947 in Paris eröffnet. Auf ihr sollten die Vorschläge Marshalls überprüft und Möglichkeiten zu ihrer Realisierung erwogen werden. Der Konferenz lag ein von französischer Seite aufgestellter Planvorschlag vor, dem die britische Regierung zugestimmt hatte. Er sah vor, die Anforderungen der europäischen Länder für eine eventuelle amerikanische Wirtschaftshilfe zu ermitteln und die Aufstellung eines Wirtschaftsprogramms für Europa zu besprechen. Die Sowjetunion vertrat den Standpunkt, "daß die Beratung die Aufgabe hat, die Zusammenarbeit zwischen den Europaländern bei der Aufstellung der Anforderungen dieser Länder an die amerikanische Wirtschaftshilfe, deren sie bedürfen, herzustellen und die Möglichkeiten dieser Wirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten zu klären, [um] zur Erlangung dieser Hilfe für die Europaländer beizutragen".²⁷

Unter dem Gesichtspunkt, daß die Feststellung der Anforderungen nicht lediglich die Angelegenheit der drei Teilnehmerstaaten der Konferenz sein könne, forderte sie jedoch die Hinzuziehung anderer Länder, insbesondere solcher, die unter der Besatzung des faschistischen Deutschlands gelitten und im Kampf gegen die faschistische Unterdrückung Opfer gebracht hatten, Fragen, die das Deutschlandproblem betrafen, sollten nicht auf der Dreierkonferenz, sondern im dafür zuständigen Rat der Außenminister - dem auch die USA angehörten - behandelt werden.²⁸

Wich die UdSSR - die im Prinzip der Erörterung des Bedarfs an amerikanischer Wirtschaftshilfe zustimmte - bereits in den konkreten Vorstellungen über die Realisierung von den Auffassungen sowohl der französischen als auch der englischen

25 Ebenda, 22. 6. 1947, S. 1.

26 Ebenda, 28. 7. 1947, S. 1.

27 TASS-Erklärung zur Außenministerkonferenz ..., in: ND, 4. 5. 1947, S. 1.

28 Ebenda.

Delegation ab, so bestand der Hauptgegensatz doch in einer anderen Frage: der Aufstellung des von Frankreich und England geforderten umfassenden gesamteuropäischen Wirtschaftsprogramms. Insbesondere diese Forderung war es, gegen die die sowjetische Delegation bereits zu Beginn der Konferenz ernste Bedenken geäußert hatte. Zur Aufstellung dieses Wirtschaftsprogramms sollte nach einem von Bevin vorgebrachten Vorschlag ein Planungsausschuß gebildet werden. Den anglo-französischen Vorschlägen entsprechend sollte das erarbeitete Programm dann der amerikanischen Regierung zur Überprüfung und Begutachtung vorgelegt werden.

Der von Bevin am 30. Juni präzisierter Vorschlag sah vor:

- "1. Sofortige Errichtung eines übergeordneten Ausschusses, der ein Vierjahresprogramm für den Wiederaufbau Europas zur Vorlage bei den europäischen Regierungen aufstellen soll.
2. In diesem Programm ist aufzuführen:
 - a) inwieweit es durch Produktionssteigerung in den europäischen Ländern selbst und durch gegenseitigen Austausch der vorhandenen Hilfsquellen erfüllt werden kann;
 - b) welche Hilfe von außen die europäischen Länder brauchen, zum Beispiel Industrieanlagen, um die Produktionssteigerung zu ermöglichen, oder Rohstoffe, wie Nahrungsmittel und Kohlen, zur Aufrechterhaltung des europäischen Wirtschaftslebens bei gleichzeitiger Steigerung der einheimischen Produktion.
3. Der übergeordnete Ausschuß soll sich aus Vertretern Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und nicht mehr als vier weiterer Länder zusammensetzen. Er soll Verbindungen mit den Regierungen aller europäischen Länder außer Spanien, mit den Vereinten Nationen und mit anderen zuständigen zwischenstaatlichen Organisationen unterhalten. Alle Deutschland betreffenden Beratungen sollen mit den einzelnen Oberbefehlshabern erfolgen.
4. Der übergeordnete Ausschuß wird bei dem Entwurf des Programms, wie es von Marshall vorgeschlagen wurde, die freundschaftliche Hilfe der Vereinigten Staaten erbitten."²⁹

TASS verwies in einem Kommentar zur Dreierkonferenz in Paris darauf, daß Großbritannien oder Frankreich ihre Wirtschaft doch gewiß nicht unter die Kontrolle anderer europäischer Länder zu stellen wünschen. "Offenbar sind sie jedoch nicht abgeneigt, sich hinsichtlich der Einführung einer Kontrolle über andere europäische Länder sowie auch hinsichtlich des Versuchs zu einigen, mit Hilfe des sogenannten Planungsausschusses die Wirtschaft dieser Länder ihren eigenen Erfordernissen und Wünschen sowie den in dieser Hinsicht von den USA vorgebrachten Ansprüchen anzupassen."³⁰

Die Schaffung eines Planungsausschusses bedeute, hieß es weiter, "die europäischen Staaten zur Angabe ihrer wirtschaftlichen Hilfsquellen zu zwingen, um diese Staaten zu einer Wirtschaftspolitik zu nötigen, die Großbritannien und Frankreich sowie den Vereinigten Staaten zugute komme, selbst wenn dies vielleicht nicht im Interesse der volkswirtschaftlichen Entwicklung der betreffenden Staaten liegt."

29 Europa-Archiv, Oktober 1947, S. 914.

30 ND, 2. 7. 1947, S. 1.

Die sowjetische Delegation beschränkte sich jedoch nicht auf die Ablehnung des von der Gegenseite beharrlich ins Feld geführten umfassenden Wirtschaftsplanes und der damit verknüpften Idee der Schaffung eines Planausschusses. Am 1. Juli unterbreitete sie der Konferenz einen eigenen Vorschlag. Darin hieß es: "Die Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der UdSSR erkennt die Wichtigkeit einer Beschleunigung der Wiederherstellung und der weiteren Entwicklung der nationalen Wirtschaften der von dem Kriege heimgesuchten europäischen Länder an. Sie ist der Ansicht, daß die Durchführung dieser Aufgabe durch eine Wirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten von Amerika erleichtert würde, über die der Staatssekretär der USA, Mr. Marshall, am 5. Juni eine Erklärung abgab.

Die Konferenz ist der Ansicht, daß es nicht ihre Aufgabe ist, ein alles umfassendes Wirtschaftsprogramm für die europäischen Länder aufzustellen, da der Entwurf eines derartigen Wirtschaftsprogramms für ganz Europa, sogar bei der Beteiligung gewisser anderer Länder, unvermeidlicherweise dazu führen würde, daß die starken europäischen Mächte den anderen europäischen Ländern ihren Willen aufzwingen würden, was eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten jener Staaten und eine Verletzung ihrer Souveränität bedeuten würde ... "31

Der sowjetische Vorschlag sah die Bildung eines Unterstützungsausschusses vor, dem außer den Konferenzteilnehmern auch Vertreter anderer europäischer Länder angehören sollten. Die Aufgabe dieses Ausschusses sollte darin bestehen, Schätzungen über die benötigten Hilfsleistungen von europäischen Ländern entgegenzunehmen und auf dieser Grundlage ein freies Programm aufzustellen. Er sollte außerdem Kontakte zur Regierung der USA zwecks Ermittlung der amerikanischen Kreditmöglichkeiten aufnehmen und Beziehungen zur europäischen Wirtschaftskommission der UNO herstellen.

Dieser konstruktive Vorschlag wurde von der englischen und der französischen Delegation abgelehnt.

In einer Abschlusserklärung erläuterte Molotow den Standpunkt der sowjetischen Regierung nochmals, indem er ausführte: "Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß der anglo-französische Plan der Bildung einer Spezialorganisation für die Koordinierung der Wirtschaften der europäischen Staaten zu einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der europäischen Staaten führt, besonders derjenigen, die eine Hilfe von außen besonders benötigen, und daß dies die Beziehungen unter den Staaten Europas nur komplizieren und die Zusammenarbeit unter ihnen schwierig machen würde. Die Sowjetregierung lehnt daher diesen Plan ab, da er unbefriedigend ist und keine positiven Ergebnisse zeitigen kann. Andererseits befürwortet die Sowjetunion eine ausgedehnte Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter den europäischen Ländern auf der gesunden Grundlage der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung der nationalen Interessen. Die Sowjetregierung hat dazu stets durch die Ausweitung der Handelsbeziehungen zu anderen Ländern beigetragen und wird dies auch weiterhin tun."32

Am 2. Juli wurde die Konferenz beendet, ohne daß ein Übereinkommen erzielt werden konnte. Das gesamteuropäische Wirtschaftsprogramm hatte sich als Grundbedingung erwiesen, von der die USA ihre Wirtschaftshilfe abhängig machten. Denn noch während der Konferenz hatte das offizielle Nachrichtenblatt der USA-Botschaft in Paris die ultimative Forderung gestellt, Europa sollte

31 Ebenda.

32 Europa-Archiv, August 1947, S. 822.

im Sinne eines solchen Programms "alle Hilfsquellen und Reserven zusammenlegen, die wirtschaftlichen Schranken niederreißen und seine Bedürfnisse auf allgemeineuropäischer Grundlage ausrechnen", um dann das darauf aufbauende Programm den USA zur Begutachtung vorzulegen.³³

Das war die Sprache der Ottawarede Trumans, der die Überlebenschancen der vom Krieg heimgesuchten Länder von der amerikanischen Hilfe abhängen sah und ob dieses Glücksumstandes frohlockte. Das bankrotte "Europa" war zu sanieren, und dementsprechend wurde nach guter alter Unternehmertradition das Vorzeigen der Geschäftsbücher zwecks Kontrolle gefordert. Doch der Vergleich ist zu einfach.

Daß die Sowjetunion ihre Wirtschaft den imperialistischen Westmächten auch unter verlockenden Kreditangeboten keinerlei Kontrollen aussetzen würde, war von vornherein sicher. Fest stand auch, daß sie als Siegermacht über das faschistische Deutschland niemals eine ökonomisch zementierte politische Bindung Westdeutschlands an die USA widerspruchslos hingenommen hätte. Auch eine offene Realisierung der Churchillischen Idee eines vereinigten Westeuropas, dessen wirtschaftliche Unterstützung das vom Krieg wesentlich härter betroffene Osteuropa von vornherein ausgeschlossen hätte, wäre vielerorts auf Widerstand gestoßen, denn die mit Beginn des kalten Krieges einsetzende Manipulierung in den USA und Westeuropa befand sich noch im Anfangsstadium.

Das hatte der Widerstand gegen das griechisch-türkische Anleihe-Unternehmen gezeigt. Und obwohl im Zusammenhang mit der Unterstützung Griechenlands und der Türkei auf die politischen Motive deutlich verwiesen wurde, hielt man sich beim Angebot an "Europa" - was die politischen Bedingungen betraf - wohlweislich zurück. Erinnern wir uns der in diesem Zusammenhang vom "Observer" vermittelten Einschätzung der allgemeinen Erwartung, daß die nächste Phase des Versuches, Amerika eine aktive und führende Rolle spielen zu lassen, sehr erheblich schwieriger sein dürfte. Und rufen wir uns Marshalls Aussage in seiner Rede in der Harvard-Universität zurück, seine Bemerkung, daß die Rolle der USA darin bestehen solle, freundschaftliche Hilfe bei der Ausarbeitung eines europäischen Programms zu leisten.

Unter diesem Blickwinkel wird verständlich, warum der freundliche Helfer so beharrlich auf die Programmbedingung pochte. Eine Einbeziehung der Sowjetunion in den Marshallplan hätte das Angebot einer unpolitischen Anleihe vorausgesetzt. Eine Einbeziehung der Sowjetunion hätte eine Europa-Anleihe nach griechisch-türkischem Muster im Sinne der Trumandoktrin ausgeschlossen, als die man den Marshallplan so ungerne vorzeitig aufgefaßt wissen wollte. Die Sowjetunion, aber auch osteuropäische Länder wie Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei hatten ihre Bereitschaft zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Westen bekanntlich mehrmals zum Ausdruck gebracht. Mehr noch, die UdSSR hatte, obwohl einem amerikanischen Anleiheprojekt für Europa skeptisch gegenüberstehend, ihre Mitarbeit von vornherein nicht ausgeschlossen. Da sie nicht offen zurückgewiesen werden konnte, wurde sie eingeladen, und um sie auszuboosten, wurden ihr unannehmbare Forderungen gestellt. Denn welche ernsthaft zu erwägenden Gründe hätten es erfordert, für die Gewährung einer unpolitischen Anleihe als Voraussetzung ein gesamteuropäisches Planungsgefüge mit einer überstaatlichen, Ost und West übergeordneten Planungsinstitution zur Bedingung zu machen?

33 ND, 3. 7. 1947, S. 1.

In diesem Zusammenhang bezeichnete es der unabhängige britische Parlamentsabgeordnete D. N. Pritt in einem Brief an die "Times" (vom 5. Juli 1947) als fraglich, ob jemals beabsichtigt war, die UdSSR und die übrigen osteuropäischen Länder in das von Marshall angeregte Programm einzubeziehen. Unter diesen Umständen sei es seitens der sowjetischen Delegation nur natürlich gewesen, zu ermitteln, welche Absichten mit dem Kongreß verfolgt würden, "bevor man irgendeinen Apparat in Europa einrichtet, der den Großmächten die Möglichkeit geben würde, die deutsche Industrie mit amerikanischen Dollars zu entwickeln".³⁴

Zwar wies Pritt damit nur auf einen, wenn auch wesentlichen Aspekt hin, der die Haltung der Delegationen in Paris unter anderem bestimmte, doch zeigt seine Äußerung, daß politische Sachzwänge des amerikanischen Angebots als eigentliches Hindernis für die wirtschaftliche Zusammenarbeit auch von kritischen Beobachtern in Westeuropa erkannt wurden. Bezeichnend waren die Gründe, die Pritt für sein Schreiben angab. Die britische Presse hätte, so kritisierte er, nicht alle Gründe für die Ablehnung der britischen und französischen Vorschläge durch die sowjetische Delegation mitgeteilt.

Pritts Zweifel an der Absicht, die UdSSR in das Projekt einzubeziehen, war meines Erachtens berechtigt. Hinsichtlich der anderen osteuropäischen Länder teile ich diese Ansicht nicht. Wahrscheinlicher ist, daß die Truman-Administration ursprünglich mit dem Marshallplan die Hoffnung verband, die UdSSR isolieren zu können, um nicht nur die Entwicklung in Westeuropa, sondern auch in den osteuropäischen Volksdemokratien unter ihre Kontrolle zu bringen.³⁵ Nicht zufällig kam der Marshallplan 1947 in die Diskussion, als sich in den osteuropäischen Ländern im Ringen um eine demokratische, antiimperialistische Politik der Klassenkampf verschärfte. Der Zeitpunkt, zu dem das Projekt zum Politikum wurde, die Art und Weise, wie es lanciert, aber auch wie es dann in seiner Beschränkung auf Westeuropa schließlich verwirklicht wurde - all das läßt darauf schließen, daß die USA den Marshallplan auch für die kleinen und mittleren Länder Osteuropas konzipiert hatten.

Das Treffen der drei Außenminister in Paris hatte zu keinem Ergebnis geführt. Doch kaum war die sowjetische Delegation abgereist, lud die französische Regierung zweiundzwanzig europäische Staaten zu einer Konferenz für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas für den 12. Juli 1947 nach Paris ein, auf der die Vorschläge Marshalls erneut erörtert werden sollten.

Außer der Tschechoslowakei lehnten alle osteuropäischen Staaten die Teilnahme an der Konferenz ab. Sie brachten zum Ausdruck, daß sie zwar an Krediten interessiert seien, jedoch unter der Voraussetzung, daß diese ohne Auferlegung besonderer Bedingungen auf der Grundlage zweiseitiger Verhandlungen vereinbart würden.

Die Tschechoslowakei zog angesichts der Haltung der übrigen osteuropäischen Länder und nach Konsultation der sowjetischen Regierung - in der eine Ausdehnung der beiderseitigen Handelsbeziehungen avisiert worden war - ihre Zusage zur Konferenzteilnahme zurück. Der Einladung folgten vierzehn west- und nord-europäische Länder sowie Griechenland und die Türkei. Im Ergebnis der Konferenz, die später offiziell als "Marshallplankonferenz" bezeichnet wurde, kamen diese Länder überein, gemeinsam im Rahmen eines Programms gemäß den Vor-

³⁴ Ebenda, 6. 7. 1947, S. 1.

³⁵ Siehe hierzu auch Claude, Henri, a. a. O., S. 105 f.

schlagen Marshalls amerikanische Kredite in Anspruch zu nehmen, (Westdeutschland wurde später nach Abschluß eines Abkommens zwischen den USA und der BRD vom 15. Dezember 1949 als siebzehnter Staat in den Kreis der Marshallplanländer einbezogen.)

Nun, da die Beschränkung des Marshallplanes auf Westeuropa beschlossene Sache war, äußerte man sich von amerikanischer Seite auch etwas offener über die politischen Ziele, die mit dem Projekt verfolgt wurden. So erklärte Marshall am 14. Februar 1948 in einer Rede in Des Moines: "Wir können feststellen, daß die Schwierigkeiten und Risiken des europäischen Hilfsprogramms zu groß sind, und können uns entschließen, nichts zu tun. In diesem Falle glaube ich, daß wir darauf gefaßt sein müßten, daß die entsprechenden Gebiete Westeuropas mit ihrem Industriepotential und ihrer technischen Geschicklichkeit und Energie unter dieselbe Kontrolle geraten würden wie die Satellitenstaaten Osteuropas, Selbst das britische Commonwealth, dessen Einfluß auf die Weltsicherheit und den Welthandel bedeutend ist, würde erschüttert." ³⁶

Stützten sich die Vorstellungen vom Marshallplan 1947 im Grunde lediglich auf vague Andeutungen, die die Truman-Administration zu dem Projekt gemacht hatte, ließen die ersten Schritte zu seiner Realisierung im Jahre 1948 das Ausmaß der Abhängigkeit erkennen, in die Westeuropa durch seine eilig gegebene Zustimmung zu geraten drohte. Am 2. April 1948 verabschiedete der amerikanische Kongreß ein Auslandhilfegesetz, ein "Gesetz zur Förderung ... der nationalen Interessen und der auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten", wie es in der Präambel hieß, "... durch wirtschaftliche, finanzielle und andere Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung der Verhältnisse im Ausland notwendig sind, wo freiheitliche Einrichtungen weiter bestehen sollen ...". Und um alle Zweifel an der eigentlichen Bestimmung des Gesetzes zu beseitigen, wurde hinzugesetzt, daß diese Maßnahmen "... der Erhaltung der Macht und Stabilität der Vereinigten Staaten entsprechen". ³⁷

Das Auslandhilfegesetz bildete die juristische Grundlage des Marshallplanes, der nun offiziell als Europäisches Wiederaufbauprogramm (European Recovery Program - ERP) bezeichnet wurde. Der Grundgedanke des ERP beruhte auf einer Kombination von Warenkrediten und Kapitalexport. Das ursprünglich für vier Jahre berechnete Programm sah vor, Kredite in Höhe von 15,7 bis 17,8 Milliarden Dollar ³⁸ vorwiegend in Form von Überschußprodukten der amerikanischen Wirtschaft an Westeuropa zu erteilen. Diese Lieferungen sollten infolge der westeuropäischen "Dollarlücke" von den Importeuren in ihrer Landeswährung ausgeglichen werden. Die Tilgungsbeträge wurden deshalb in der Regel nicht in Dollars transferiert, sondern als Gegenwert auf eigens dafür eingerichtete Sonderkonten, den "counterpart funds", eingezahlt. Sie konnten gegen wirtschaftliche und politische Zugeständnisse als Grants behandelt, das heißt gestundet werden. Meist wurden sie in die Wirtschaft der Marshallplanländer investiert, verwandelten sich also in Anlagekapital. Die sich ständig erneuernden Gegenwertfonds bildeten somit eine Grundlage für den zunehmenden Einfluß des amerikanischen Kapitals in den westeuropäischen Ländern. ³⁹

36 Zitiert bei Hinkel, Günter, a. a. O., S. 27.

37 Ebenda, S. 24.

38 Ebenda.

39 Vgl. ebenda, S. 26.

Nach einem Abkommen vom 16. April 1948 bildeten die Marshallplanländer eine internationale Wirtschaftsbehörde, die Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (Organisation for European Economic Cooperation - OEEC), die in Paris etabliert wurde. Zur Erlangung amerikanischer Kredite hatten die Teilnehmerländer der OEEC Wirtschaftsprogramme vorzulegen, die von dieser Behörde koordiniert wurden und die als Grundlage für die Vorbereitung entsprechender Verträge dienten.⁴⁰

Als oberste Verwaltungsbehörde des Marshallprojektes fungierte jedoch die 1948 gebildete Economic Cooperation Administration (ECA), die ihren Sitz in Washington erhielt. Die ECA bestimmte nicht nur die Kreditverteilung, ihr oblagen nicht nur die Erteilung der Beschaffungsaufträge und die Koordinierung des amerikanischen Warenabsatzes, sondern sie hatte auch die oberste Verfügungsgewalt über die Gegenwertmittel. Diese Institution wurde damit entscheidend für die Durchsetzung der Interessen des amerikanischen Finanzkapitals in Westeuropa.

Der Marshallplan war das größte staatsmonopolistische Außenwirtschaftsprogramm der USA, dessen Dimensionen die des Dawesplanes der zwanziger Jahre weit in den Schatten stellten. Die westeuropäische Einwilligung bot den USA die Möglichkeit, im Sinne der Trumandoktrin Machtpolitik großen Stils mit der Methode der ökonomischen Durchdringung zu betreiben.

Charles C. Abbott, Professor an der Harvard-Universität, veröffentlichte 1948, im Startjahr des ERP, in der Universitätszeitschrift "Harvard Business Review" eine Abhandlung zum Thema "Wirtschaftliche Durchdringung und Machtpolitik", in deren Vorbemerkungen es hieß: "Wirtschaftliche Durchdringung ist zwar von vielen Ländern seit vielen Jahren auf die verschiedenste Art und Weise betrieben worden, sie wurde jedoch niemals so systematisch studiert und analysiert wie andere Aspekte der militärischen und politischen Strategie".⁴¹ In diesem Artikel definierte Abbott die wirtschaftliche Durchdringung wie folgt: "Sie ist das Manipulieren mit den geschäftlichen und wirtschaftlichen Banden, die die Wirtschaft einer souveränen Macht mit der anderer Mächte verbinden, zum Zwecke des Erlangens politischer und militärischer Vorteile."⁴²

Abbotts Definition erweist sich infolge des Ausklammerns der ökonomischen Vorteile des Manipulierenden als lückenhaft, ist aber dennoch sehr aufschlußreich. Die Realisierung des ERP sollte zeigen, daß die von Abbott beschriebene Methode der wirtschaftlichen Durchdringung mit äußerster Perfektion gehandhabt wurde.

Über die politische Abhängigkeit, in die Westeuropa von den USA nach dem zweiten Weltkrieg infolge der ökonomischen Abhängigkeit geriet, schreibt Couve de Murville in seinen Memoiren: "Die Vereinigten Staaten gingen dazu über, sich systematisch und in der verschiedensten Form in die innere Politik der europäischen Staaten einzumischen und deren außenpolitischen Kurs zu lenken.

Das begann schon, als in jenen Jahren die europäische Politik im Entstehen begriffen war. Als Begründung berief man sich ständig auf die Notwendigkeit, den Kommunismus oder auch andere Gefahren von links zu bekämpfen. Das führte aber zu einer regelrechten Unterordnung. Die Amerikaner mischten sich unentwegt ein, gaben Ratschläge und übten Druck aus. Tag für Tag verfolgte das

40 Ebenda, S. 25.

41 ND, 30. 9. 1948, S. 3.

42 Ebenda.

sehr zahlreiche Personal der USA-Botschaften den Gang der Dinge in allen europäischen Hauptstädten mit großer Wachsamkeit. In Anbetracht der benötigten amerikanischen Hilfe sowohl für die Wirtschaft als auch für die Verteidigung - und diese Hilfe war wirklich gewaltig - war die Gewöhnung an eine strenge Kontrolle seitens der USA für viele europäische Politiker wie zu einer zweiten Natur geworden.⁴³ Die von Couve de Murville so anschaulich beschriebene Abhängigkeit, in die Westeuropa mit der Annahme der Marshallplan-Lieferungen geriet, sollte auch für den Handel zwischen Ost- und Westeuropa nicht ohne Folgen bleiben.⁴⁴

43 Im Ministersessel am Quai d'orsay. Auszüge aus den Memoiren von Couve de Murville, in: Horizont, Nr. 14/1974, S. 32.

44 Darauf wird in einer weiteren Arbeit über die Vorgeschichte des RGW im folgenden Band des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte ausführlich eingegangen.

GRUNDZÜGE UND -RICHTUNGEN DER ENTWICKLUNG DER VOLKSWIRTSCHAFT DER UDSSR IN DEN JAHREN DES NEUNTEN FÜNFJAHRPLANS

von V. T. Čuntulov

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution durchbrach die Front des Weltkapitalismus und legte erstmalig in der Geschichte der Menschheit den Grundstein für die Ära des Sieges des Kommunismus. Die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft ist der Sozialismus. In seiner fortschreitenden Entwicklung durchläuft der Sozialismus eine Reihe von Etappen und erreicht auf einer bestimmten Stufe die Reife, verwandelt sich in die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Lenin charakterisierte schon im Jahre 1918 im ursprünglichen Entwurf seiner bekannten Arbeit "Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" die zukünftige sozialistische Gesellschaft als entwickelte sozialistische Gesellschaft.¹ Denselben Gedanken wiederholte Lenin im Jahre 1920, als er im Referat auf der ersten Tagung des Gesamtrussischen ZEK der VII. Wahlperiode darüber sprach, daß es möglich sei, "sich die entfaltete sozialistische Gesellschaft vorzustellen ..."² Im Referat über die Subbotniks auf der Moskauer Konferenz am 20. Dezember 1919 wies Lenin darauf hin, daß "der Kommunismus eine höhere Form der Gesellschaft ist, die sich erst dann entwickeln kann, wenn sich der Sozialismus vollständig gefestigt hat."³

Wie der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Genosse L. I. Breshnew, im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Parteitag hervorhob, haben die Sowjetmenschen in der UdSSR in hingebungsvoller Arbeit die entwickelte sozialistische Gesellschaft errichtet.⁴ Das ermöglichte es, zur praktischen Lösung der großen Aufgabe - zur Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus - überzugehen. Die entwickelte sozialistische Gesellschaft, das ist diejenige Periode der Errichtung der neuen Gesellschaft, in der der Sozialismus seine Vorzüge in der Wirtschaft, der Politik, auf dem Gebiet der Wissen-

1 Lenin, W. I., Ursprünglicher Entwurf des Artikels "Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht", in: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, Berlin 1963, S. 16 = Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus.

2 Derselbe, Bericht über die Arbeit des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees und des Rats der Volkskommissare auf der ersten Tagung des Gesamtrussischen ZEK der VII. Wahlperiode, 2. Februar 1920, in: Werke, Bd. 30, Berlin 1961, S. 321.

3 Derselbe, Referat über die Subbotniks auf der Moskauer Stadtkonferenz der KPR (B), 20. Dezember 1919, in: Werke, Bd. 30, a. a. O., S. 274.

4 Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Referent: L. I. Breshnew, Generalsekretär des ZK der KPdSU, 30. März 1971, Moskau/Berlin 1971, S. 53.

schaft, der Ideologie, der Kultur, im Bereich der Arbeit, des Wohlstandes und der Lebensweise des Volkes vollständig und allseitig enthüllt und in der günstige Bedingungen für die Errichtung des Kommunismus geschaffen werden. Die Volkswirtschaft des entwickelten Sozialismus besitzt, da sie die moderne maschinelle Industrie, die sozialistische Großlandwirtschaft und andere Zweige und Sphären ökonomischer Tätigkeit der Sowjetmenschen vereinigt, ein hohes Niveau der Effektivität und ist durch außerordentlich hohe Maßstäbe gekennzeichnet. Ein wichtiger Zug der Ökonomik des reifen Sozialismus besteht in dem bedeutend gewachsenen Niveau ihrer Möglichkeiten und der Anforderungen, die an sie gestellt werden. In der Periode der entwickelten sozialistischen Gesellschaft wurde es möglich und notwendig, gleichzeitig einen bedeutend umfangreicheren Kreis wirtschaftlicher Probleme zu lösen als früher, in der ersten Etappe des sozialistischen Aufbaus. Für die Ökonomik des entwickelten Sozialismus sind ebenfalls charakteristisch: die optimale Verbindung von zentralisierter Leitung der Volkswirtschaft mit der breitesten Beteiligung der Kollektive in den Produktionsbetrieben und Verwaltungen; erhöhte Anforderungen an die Planung, an die Wirtschaftsmethoden; die Vereinigung der Vorzüge des sozialistischen Wirtschaftssystems mit den Errungenschaften der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution; die Vertiefung der sozialistischen Arbeitsteilung in der Welt und auf dieser Grundlage des Prozesses der ökonomischen Integration der sozialistischen Länder, mit dessen Hilfe viele große wirtschaftliche Aufgaben in der Sowjetunion gelöst wurden. Eine außerordentlich wichtige Besonderheit der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist das ständige Wachstum des Wohlstandes des Sowjetvolkes. Das Wachsen des Volkswohlstandes ist das höchste Ziel der Wirtschaftspolitik der KPdSU. Die sozialistische Revolution, schrieb W. I. Lenin, ersetzt das Privateigentum durch das Volkseigentum und führt die planmäßige Organisation der gesellschaftlichen Produktion "zur Sicherung der höchsten Wohlfahrt und der freien allseitigen Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft" ein.⁵ Gerade darin besteht das Hauptziel der sozialistischen Produktion.

Die Fragen, die mit der Erhöhung des Niveaus des Wohlstandes und der Verbesserung der Lebensbedingungen der Volksmassen zusammenhängen, standen immer, in jedem beliebigen historischen Zeitabschnitt, sei er auch noch so kompliziert und schwierig gewesen, im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Dennoch muß man berücksichtigen, daß die Möglichkeiten zur vollen Befriedigung der Bedürfnisse der Werktätigen infolge bestimmter historischer Aufgaben in einer Reihe von Fällen begrenzt waren.

Die bedeutend erweiterten materiellen Ressourcen der Ökonomik des reifen Sozialismus ermöglichen es nicht nur, die Entwicklung der Volkswirtschaft noch mehr zu beschleunigen, sondern auch das Niveau des Wohlstandes des Sowjetvolkes wesentlich zu heben. Andererseits wird das weitere Wachsen des Volkswohlstandes in der gegenwärtigen Etappe zum immer dringenderen Erfordernis der Ökonomik selbst, zu einer der wesentlichsten Voraussetzungen für das schnelle Wachstum der gesellschaftlichen Produktion und die Erhöhung ihrer Effektivität. Das hängt vor allem damit zusammen, daß Fachkenntnisse, eine hohe berufliche Qualifikation und das allgemeine kulturelle Niveau des Menschen, die unter bestimmten Bedingungen die Arbeit immer breiterer Schichten von Arbeitern umgestalten, wesentlich vom Lebensniveau abhängen, davon, in welchem Umfang die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Menschen befriedigt werden können.

⁵ Lenin, W. I., Materialien zur Ausarbeitung des Programms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, in: Werke, Bd. 6, Berlin 1956, S. 40.

Man muß hervorheben, daß eine sich ständig verstärkende Rolle bei der Erhöhung des materiellen und kulturellen Niveaus der Bevölkerung in der UdSSR die Dienstleistungssphäre spielt, die Zweige und Betriebe umfaßt, die für die Werktätigen Dienstleistungen verschiedener Art verrichten (Dienstleistungen des täglichen Lebens, kommunale, medizinische und andere Dienstleistungen). Zur Zeit ist im Dienstleistungssektor der UdSSR beispielsweise ein Viertel (23,2 Prozent) der in der Volkswirtschaft arbeitenden Bevölkerung beschäftigt.⁶ In den Dienstleistungszweigen ist ungefähr die Hälfte des nationalen Reichtums konzentriert, der durch die gesellschaftlich organisierte Arbeit geschaffen wurde, in ihnen befindet sich ein bedeutender Teil der Produktionskapazitäten und der geistigen Potenzen der Gesellschaft.⁷

Die Werktätigen stellen in Verbindung mit dem stetigen Wachsen ihrer Einkünfte immer größere Anforderungen an die Dienstleistungen. Sie sind eine wichtige Bedingung für die Steigerung des Lebensstandards und geben den Mitgliedern der Gesellschaft die Möglichkeit, ihre Bedürfnisse immer besser zu befriedigen. Wie die Materialien spezieller Haushaltsbudgetuntersuchungen zeigen, wird in Familien mit größerem Wohlstand mehr vom Lohn für Dienstleistungen aufgewendet als in Familien mit verhältnismäßig niedrigen Einkünften.⁸ Gleichzeitig muß man berücksichtigen, daß die erreichte ökonomische Entwicklung des Landes es dem Staat ermöglicht, immer mehr Mittel zur Entwicklung der Dienstleistungssphäre aufzuwenden. Man darf auch nicht vergessen, daß die Dienstleistungssphäre wesentlichen Einfluß ausübt auf die Vervollkommnung der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Menschen, auf die Erziehung des neuen Menschen - des Erbauers des Kommunismus -, auf die Überwindung der sozialökonomischen Unterschiede und derjenigen in den kulturellen und Lebensbedingungen zwischen den einzelnen Gruppen der Bevölkerung, zwischen Stadt und Land, auf die Verringerung der unproduktiven Hauswirtschaft, auf die rationellere Ausnutzung der Arbeitsressourcen.

In der gegenwärtigen Etappe der ökonomischen Entwicklung der Sowjetunion vollzieht sich ein Prozeß der Vervollkommnung und des weiteren Aufblühens der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Die Hauptrichtungen der weiteren Entwicklung des Sowjetlandes, seiner Volkswirtschaft, wurden auf dem historischen XXIV. Parteitag der KPdSU (vom 30. März bis 9. April 1971) festgelegt, wo in echtem Leninschen Geist der sozialökonomische und politische Kurs ausgearbeitet wurde, der auf die Lösung der aktuellen Probleme des kommunistischen Aufbaus gerichtet ist. Der XXIV. Parteitag nahm die Direktiven zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1971 bis 1975 an, auf deren Grundlage der neunte Fünfjahrplan für die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft - eine wichtige Etappe beim Fortschreiten der Sowjetunion auf dem Wege zum Kommunismus - ausgearbeitet und vom Obersten Sowjet bestätigt wurde. Der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Genosse A. N. Kossygin, unterstrich im Referat über die Direktiven des XXIV. Parteitages der KPdSU zum Fünfjahrplan: "Im Vergleich zu allen vorangegangenen Fünfjahrplänen, die das Sowjetvolk erfolgreich verwirklichte, hebt sich der gegenwärtige Fünfjahrplan durch sein gewaltiges Ausmaß, das Großartige der vorgesehenen Aufgaben und die breite Erfassung aller wichtigen Seiten des Lebens der Sowjetgesellschaft hervor."⁹

6 Siehe Uslugi: Voprosy teorii metodologii, Krasnodar 1973, S. 3.

7 Ebenda.

8 Siehe Rutgajzer, V., Sfera obsluživanja - kakoj ej byt'? Moskau 1971, S. 8.

9 Die Direktiven des XXIV. Parteitages der KPdSU zum Fünfjahrplan für die Ent-

Auf der Grundlage einer gründlichen Analyse der Möglichkeiten der sowjetischen Volkswirtschaft, des Lebensniveaus der Bevölkerung und der internationalen Situation legte der XXIV. Parteitag die Hauptaufgabe des neunten Fünfjahrplans fest, die darin besteht, einen bedeutenden Aufschwung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Steigerung ihrer Effektivität, des wissenschaftlichen Fortschritts und des beschleunigten Wachstums der Arbeitsproduktivität zu sichern. "Wenn das Zentralkomitee die wesentliche Erhöhung des Lebensniveaus der Werktätigen als Hauptaufgabe des 9. Fünfjahrplans betrachtet", sagte Genosse L. I. Breschnew in seinem Referat auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU, "so geht es davon aus, daß dieser Kurs unsere Tätigkeit nicht nur in den bevorstehenden fünf Jahren bestimmen wird, sondern die allgemeine Orientierung zur wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion für eine weitgesteckte Perspektive ist. Bei der Festlegung dieses Kurses geht die Partei vor allem davon aus, daß die maximale Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen das höchste Ziel der gesellschaftlichen Produktion im Sozialismus ist."¹⁰

Die Aufgaben des Fünfjahrplans für die Jahre 1971 bis 1975 bei der Erhöhung des Wohlstandes der Werktätigen wurden entsprechend den Beschlüssen des XXIV. Parteitags ausgearbeitet. Sie werden durch folgende Hauptkennziffern charakterisiert:

Tabelle 1

Die Hauptkennziffern für die Erhöhung des Wohlstandes der Werktätigen im neunten Fünfjahrplan in der UdSSR⁺ (in Rubel)

	1970	1975	1975 zu 1970 in %
Konsumtionsfond pro Kopf der Bevölkerung (in Preisen von 1965)	815	1 083	132,8
Durchschnittliche monatliche Geldeinkünfte der Arbeiter und Angestellten	122	149,3	122,4
Durchschnittliche monatliche Bezahlung der Arbeit der Kolchosmitglieder	74,9	98,0	130,6
Gesellschaftliche Konsumtionsfonds pro Kopf der Bevölkerung	263	353	134,2

+ Gosudarstvennyj pjatiletnij plan razvitija narodnogo chozjajstva SSSR na 1971 - 1975 gody, Moskau 1972, S. 282 - 353. - Das prozentuale Verhältnis des Konsumtionsfonds pro Kopf der Bevölkerung (zu Preisen von 1965) für 1975 gegenüber 1970 wurde vom Autor berechnet.

Damit das Programm für die Erhöhung des Lebensniveaus der Sowjetmenschen erfüllt wird, damit es sich in der realen Wirklichkeit verkörpert, ist eine weite-

wicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1971 - 1975. Referent:
A. N. Kossygin, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, 6. April 1971,
Moskau/Berlin 1971, S. 79.

¹⁰ Rechenschaftsbericht..., a. a. O., S. 57.

Tabelle 2

Produktion der wichtigsten Arten von industriellen Erzeugnissen in der UdSSR⁺

Erzeugnis	Maß- einheit	1970	Plan 1975	1975 zu 1970 in %
Elektroenergie	Md. KWh	740,9	1 065	144
Erdöl (ohne Gaskondensat)	Mill. t	348,8	496	142
Erdgas	Md. m ³	197,9	320	162
Kohle	Mill. t	624,1	694,9	111
Stahl	Mill. t	115,9	146,4	126
Produktion der chemischen und der petrochemischen Industrie	Md. Rubel	21,1	36,3	172
Chemiefasern	1000 t	623	1 065	171
Produktion des Maschinenbaus und der metallverarbeitenden Industrie	Md. Rubel	84,8	145,7	172
Kraftfahrzeuge	1000 St.	916,1	2 100	229
Geräte, Automatisierungsanlagen und entsprechende Ersatz- teile	Mill. Rubel	3 079,3	6 307,8	205
Landwirtschaftliche Maschinen	Mill. Rubel	2 114	3 702,2	175
Traktoren	1000 St.	458,5	575	125
Mähdrescher	1000 St.	99,2	138	139
Möbel	Mill. Rubel	2 804,7	4 633,2	165
Haushaltskühlschränke	1000 St.	4 140	6 901	167
Stoffe	Md. m ²	8,85	11,1	125
Lederschuhe	Mill. Paar	675,7	830	123
Streuzucker (aus Zuckerrüben)	1000 t	8 139	10 932	134
Fleisch (staatliches Aufkommen)	1000 t	6 630	9 462	143
Tierisches Fett (staatliches Aufkommen)	1000 t	959,8	1 235	129

+ Gosudarstvennyj pjatiletnij plan razvitija narodnogo chozjajstva SSSR na 1971 - 1975 gody, Moskau 1972, S. 346 - 349.

Tabelle 3

Durchschnittliche jährliche Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der UdSSR 1971 bis 1975⁺

Erzeugnis	Maß- einheit	1971 - 1975	9. gegenüber 8. Fünfjahrplan Wachstum absolut	in %
Getreide	Mill. t	195	27,4	116,3
Rohbaumwolle	Mill. t	6,75	0,65	110,7
Fleisch (Schlachtgewicht)	Mill. t	14,3	2,7	123,5
Milch	Mill. t.	92,3	11,8	114,6
Eier	Md. St.	46,7	10,9	130,2
Wolle	1000 t	464	67	116,6

+ Gosudarstvennyj pjatiletnij plan razvitija narodnogo chozjajstva SSSR na gody 1971 - 1975, Moskau 1972, S. 167.

re rasche Entwicklung der materiellen Produktion der UdSSR und ihrer wichtigsten Zweige notwendig. Der neunte Fünfjahrplan verzeichnet eine Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft in solchen Ausmaßen, die es ermöglichen, die vorge-sehene Erhöhung des Lebensniveaus des Volkes zu erreichen. Das Nationalein-kommen, das für Konsumtion und Akkumulation verwendet wird, soll von 1971 bis 1975 (in vergleichbaren Preisen von 1965) um 38,6 Prozent steigen, die Industrie-produktion um 47 Prozent, das durchschnittliche Jahresvolumen der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse um 20 bis 22 Prozent.¹¹

Der neunte Fünfjahrplan sieht eine rasche Entwicklung sowohl der Schwerindu-strie als Fundament der Wirtschaftsmacht des Landes und des weiteren Wachs-tums des Wohlstandes der Bevölkerung wie auch der Leicht- und Nahrungsmittel-industrie vor. Davon zeugen die Angaben in Tabelle 2 auf der folgenden Seite.

Aus der Tabelle geht hervor, daß das höchste Wachstumstempo in den Jahren des neunten Fünfjahrplans die Produktion von Erzeugnissen derjenigen Zweige hat, die den wissenschaftlich-technischen Fortschritt sichern (Elektroenergetik, Ma-schinenbau, chemische und petrochemische Industrie), sowie derjenigen Zweige, in denen die Waren des Bevölkerungsbedarfs hergestellt werden.

Der neunte Fünfjahrplan verzeichnet die Verwirklichung umfangreicher Maßnah-men zur Stärkung der materiell-technischen Basis der Industrie, zur Vervoll-kommnung der Methoden der Wirtschaft und der Organisation der Produktion in den sozialistischen Betrieben, was eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der Industrie im Fünfjahreszeitraum um 38,8 Prozent sichert und die Möglichkeit gibt, den Gewinn aus der industriellen Tätigkeit im Verlauf der Jahre 1971 bis 1975 um 90,4 Prozent zu erhöhen.¹²

Der Fünfjahrplan für die Jahre 1971 bis 1975 - darauf wird im Plantext hingewie-sen - gewährleistet die Verwirklichung des von der kommunistischen Partei aus-gearbeiteten langfristigen Komplexprogramms für die Entwicklung der Landwirt-schaft, das eine weitere bedeutende Erhöhung der Produktion aller landwirtschaft-lichen Produkte sowie die immer bessere Befriedigung des wachsenden Bedarfs der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und der Industrie mit Rohstoffen vorsieht.¹³

Das Wachstum der Produktion bei den landwirtschaftlichen Hauptprodukten wird im Plan durch die Kennziffern in Tabelle 3 charakterisiert.

Eine weitere bedeutende Entwicklung erfährt im neunten Fünfjahrplan die Holz-wirtschaft, die eine wichtige Rolle in der Ökonomik der UdSSR spielt. Der Ges-amtumfang der Produktion von Industrieprodukten in den Betrieben der Holz-wirtschaft wächst in den Jahren 1971 bis 1975 um 31 Prozent.¹⁴

Große Aufmerksamkeit widmet der neunte Fünfjahrplan der Entwicklung des Transport- und Fernmeldewesens. Der Güterumschlag aller Transportarten er-höhrt sich um 35,1 Prozent,¹⁵ Schon im Jahre 1973 betrug er 4 616,6 Milliarden Tonnenkilometer gegenüber 3 829,2 im Jahre 1970.

11 Gosudarstvennyj pjatiletnij plan razvitija narodnogo chozjajstva SSSR na 1971 - 1975 gody, Moskau 1972, S. 59 f.

12 Ebenda, S. 59.

13 Ebenda, S. 166.

14 Ebenda, S. 203.

15 Ebenda, S. 206.

Im neunten Fünfjahrplan nimmt die Bedeutung der Dienstleistungssphäre wesentlich zu. "Wir müssen die Arbeit aller Zweige der Dienstleistungssphäre - des Kantinen- und Gaststättenwesens, des Schneiderhandwerks, aller nur möglichen Reparaturleistungen, der Freizeitgestaltung der Werktätigen - wesentlich verbessern", sagte Genosse L. I. Breshnew auf dem XXIV. Parteitag. "Es sind dies nicht einfache Zweige, die den Plan zu erfüllen haben, sondern Einrichtungen, die sich unmittelbar mit den Menschen, mit der Mannigfaltigkeit ihres Geschmacks, mit der Stimmung des Menschen befassen. Es ist klar, daß man ihre Arbeit nicht nur in der Planerfüllung in Prozenten und im Gewinn sehen kann."¹⁶ Entsprechend den Direktiven des XXIV. Parteitages der KPdSU sieht der neunte Fünfjahrplan ein bedeutendes Wachstum des Umfangs aller Formen von Dienstleistungen vor. So werden zum Beispiel die Aufgaben hinsichtlich des Wachstums des Umfangs des Einzelhandelsumsatzes sowie des Umfangs der Dienstleistungen für das alltägliche Leben durch folgende Angaben charakterisiert:

Tabelle 4

Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes und der Dienstleistungen⁺

	1970 in Md. Rubel	1975	1975 zu 1970 in %
Einzelhandelsumsatz (in Preisen von 1970)	153,7	218	141,8
Umfang der Realisierung von Dienstleistungen des täglichen Lebens (in Verkaufspreisen von Anfang 1971)	4,04 ⁺⁺	8,1	200,5

+ SSSR v cifrach v 1973 godu, Moskau 1974, S. 201.

++ In vergleichbaren Preisen.

Für die Erfüllung der hinsichtlich der Entwicklung der Wirtschaft und der Erhöhung des Wohlstandes und des kulturellen Lebensniveaus des Volkes gestellten Aufgaben sieht der neunte Fünfjahrplan vor, die Investitionen in der Volkswirtschaft um 41,6 Prozent zu steigern.¹⁷

Auf dem Gebiet der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen der Sowjetunion mit dem Ausland sieht der Fünfjahrplan für die Jahre 1971 bis 1975 eine allseitige Vervollkommnung und Erweiterung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der UdSSR mit den anderen sozialistischen Ländern, die Weiterführung der Entwicklung dauerhafter außenwirtschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Kontakte mit den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sowie die Ausweitung ökonomisch gerechtfertigter Außenhandels- und wissenschaftlich-technischer Verbindungen mit den entwickelten kapitalistischen Ländern vor. Der Umfang des Außenhandelsumsatzes der UdSSR wird sich in den Jahren 1971 bis 1975 entsprechend dem neunten Fünfjahrplan um 33 bis 35 Prozent vergrößern, in erster Linie durch die größtmögliche Erweiterung des Handels mit den sozialistischen Staaten.¹⁸

Das Sowjetland ist bereits einen großen Teil des Weges gegangen, den der XXIV. Parteitag abgesteckt hat. Die ersten drei Jahre des neunten Fünfjahrplans sind

¹⁶ Rechenschaftsbericht ..., a. a. O., S. 74.

¹⁷ Gosudarstvennyj pjatiletnij plan ..., a. a. O., S. 297, 303 f., 352.

durch die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR charakterisiert. Dank der Maßnahmen, die die kommunistische Partei und die Sowjetregierung ergriffen haben, und durch den sozialistischen Wettbewerb, der sich im ganzen Volk entfaltet hat, wurden die Aufgaben hinsichtlich der Hauptkennziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft in den Jahren 1971 bis 1973 im wesentlichen erfüllt und übererfüllt. 1973 war ein Jahr echter Stoßarbeit, die die Sowjetmenschen in allen Zweigen der Volkswirtschaft leisteten; es war das entscheidende Jahr des Fünfjahreszeitraums. Die aufopferungsvolle Arbeit des Sowjetvolkes, die umfangreiche organisatorische Arbeit der Partei, der Sowjets, der Gewerkschafts- und Komsomolorganisationen führten zu einer bedeutenden Beschleunigung des Wachstumstempos der Produktion in den wesentlichen Zweigen der Volkswirtschaft.

In den Jahren 1971 bis 1973 wurden das gesellschaftliche Bruttoprodukt, das Nationaleinkommen und die Grundfonds - die allgemeinsten, umfassendsten Kennziffern der Entwicklung der Ökonomik - bedeutend gesteigert. Davon sprechen überzeugend die Angaben der folgenden Tabelle:

Tabelle 5

Hauptkennziffern der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1970 bis 1973⁺

	1970	1971	1972	1973
Gesellschaftliches Bruttoprodukt	100	107	112	120
Erzeugtes Nationaleinkommen	100	106	110	119
Nationaleinkommen, das für Konsumtion und Akkumulation verwendet wurde	100	106	109	117
Produktionsgrundfonds aller Zweige der Volkswirtschaft	100	108	118	130

+ SSSR v cifrach v 1973 godu, Moskau 1974, S. 24.

Der Zuwachs zum Nationaleinkommen der UdSSR übertraf in den drei Jahren des neunten Fünfjahrplans das Gesamtnationaleinkommen des Landes im Vorkriegsjahr 1940.¹⁹ Dabei ging zwischen 1971 und 1973 eine gewisse Neuverteilung des Nationaleinkommens zugunsten des Konsumtionsfonds vor sich. Man muß auch das bedeutende Wachstum der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit (erzeugtes Nationaleinkommen pro Beschäftigten in den Zweigen der materiellen Produktion) in den letzten Jahren hervorheben. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität war in den ersten drei Jahren des neunten Fünfjahrplans - 1971 bis 1973 - mit ungefähr 80 Prozent am Zuwachs zum Nationaleinkommen beteiligt und gewährleistete die Einsparung der Arbeit von 13 Millionen Menschen.²⁰ Das Wachstumstempo der Arbeitsproduktivität übertrifft in der UdSSR die entsprechende Kennziffer in den USA. In den vergangenen dreizehn Jahren erhöhte sich die Produktivität der ge-

18 Ebenda, S. 326.

19 Pravda, 13. 12. 1973, S. 2.

20 SSSR v cifrach v 1973 godu, Moskau 1974, S. 34.

sellschaftlichen Arbeit durchschnittlich pro Jahr in der Sowjetunion um 5,5 Prozent und in den Vereinigten Staaten von Amerika um 3 Prozent.²¹

Wie erfolgreich sich die Industrie der UdSSR im Verlauf der ersten drei Jahre des Fünfjahrplanzeitraums entwickelt hat, zeigen die folgenden Kennziffern:

Tabelle 6

Wachstum des Bruttoprodukts der Industrie der UdSSR in den Jahren 1970 bis 1973⁺

	1970	1971	1972	1973
Gesamtprodukt der Industrie	100	108	115	123
Produktion von Produktionsmitteln (Abt. A)	100	108	115	124
Produktion von Konsumtionsgegenständen (Abt. B)	100	108	114	121

+ SSSR v cifrach v 1973 godu, Moskau 1974, S. 24.

In der Industrie wurde in den Jahren 1971 bis 1973 der Bau einer großen Zahl von Betrieben, Zechen und Objekten in Angriff genommen, die mit mächtigen Aggregaten von hohem technischem Niveau und einer fortgeschrittenen Technologie ausgerüstet sind. In den bereits bestehenden Produktionsbetrieben wurde eine umfangreiche Arbeit zur Verwirklichung der komplexen Mechanisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse, für die Anwendung automatisierter Steuer- und Regelsysteme und die Erneuerung der Ausrüstungen geleistet. Im Jahre 1973 wurden in der UdSSR ungefähr 49 000 Industriebetriebe gezählt, die mit selbständiger Bilanz arbeiten.²²

In diesen drei Jahren des Fünfjahrplanzeitraums nahm die Erzeugung von Elektroenergie um 174 Milliarden Kilowattstunden zu, die Gewinnung von Erdöl und Gaskondensat um mehr als 75 Millionen Tonnen, die Stahlerzeugung um mehr als 15 Millionen Tonnen, die Fahrzeugproduktion um 680 000 Stück, die Erzeugung von Metallverarbeitungsmaschinen um 9 300 Stück, von landwirtschaftlichen Maschinen um 933 Millionen Rubel, von Zement um mehr als 14 Millionen Tonnen, von Stoffen um 850 Millionen Quadratmeter, von Trikotage-Erzeugnissen fast um 134 Millionen Stück, von Kühlschränken ungefähr um 1,4 Millionen Stück und von Möbeln um 885 Millionen Rubel.²³

Auch die Erzeugung anderer Arten von Produkten wurde erhöht. Im entscheidenden Jahr des neunten Fünfjahrplans, dem Jahr 1973, war das Gesamtvolumen an Industrieprodukten in der UdSSR schon fast 15mal so groß wie 1940 und 113mal so groß wie im vorrevolutionären Jahr 1913.²⁴

Dabei muß man hervorheben, daß neben den positiven Resultaten in der Entwicklung der Industrie in den Jahren 1971 bis 1973 auch einige Schwierigkeiten und Mängel in dieser wichtigen Sphäre der Volkswirtschaft auftraten. Sie entstanden in einer Reihe von Fällen als Folge ungenügender Ausnutzung der Möglichkeiten

²¹ Ebenda.

²² Ebenda, S. 83.

²³ Pravda, a. a. O.; SSSR v cifrach v 1973 godu, a. a. O., S. 86 - 97.

²⁴ SSSR v cifrach v 1973 godu, a. a. O., S. 84 f.

zur Erhöhung der Produktion in einzelnen Betrieben, verzögerter Inbetriebsetzung neu errichteter Kapazitäten sowie durch die Nichterfüllung gestellter Aufgaben bei der Steigerung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion und vor allem der Arbeitsproduktivität.

Die Landwirtschaft der UdSSR verzeichnete von 1971 bis 1973 insgesamt Fortschritte, wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich ist.

Tabelle 7

Wachstum der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse in den Jahren 1970 bis 1973⁺

	1970	1971	1972	1973
Bruttoproduktion der Landwirtschaft	100	101	97	111
Ackerbauproduktion	100	99	91	115
Produktion in der Viehzucht	100	104	103	107

+ SSSR v cifrach v 1973 godu, Moskau 1974, S. 24.

Die Angaben der Tabelle zeigen, daß sich im Jahre 1972 die Ackerbauproduktion und das Bruttoprodukt der Landwirtschaft insgesamt im Vergleich zu 1971 etwas verringert hatten. Bedeutende Mengen an landwirtschaftlichen Erzeugnissen waren im Vergleich zu den vorgezeichneten Planzielen nicht erreicht worden. Das war darauf zurückzuführen, daß sich 1972 die Witterungsbedingungen für die Landwirtschaft äußerst ungünstig gestaltet hatten. Nach einem strengen, schneelosen Winter und grausamster sommerlicher Dürre, die umfangreiche Gebiete des Landes erfaßt hatte, waren auf bedeutenden Flächen die Saaten landwirtschaftlicher Kulturen zu Schaden gekommen. Jedoch die in den letzten Jahren von Partei und Regierung durchgeführten Maßnahmen zur Festigung der materiell-technischen Basis der Landwirtschaft, zur Verbesserung der Bodenbestellung, für eine gut funktionierende Arbeitsorganisation in Kolchosen und Sowchosen ermöglichten es, in kürzester Frist die Folgen der Dürre des Jahres 1972 zu beseitigen. Im darauffolgenden Jahr 1973 erreichten die unermüdeten Arbeiter der Landwirtschaft hohe Ergebnisse. Es wurde eine Rekordgetreideernte von 222, 5 Millionen Tonnen erzielt, das heißt 55 Millionen Tonnen mehr als 1972.²⁵ Ebenso wurde eine Rekordbaumwollernte eingebracht, mehr als 7, 6 Millionen Tonnen.²⁶ Die fleißigen Arbeiter der baumwollanbauenden Republiken schufen eine feste Basis für die Entwicklung der Leichtindustrie. Bedeutend mehr Zuckerrüben, Sonnenblumen, Gemüse, Kartoffeln und Tee wurden in diesem entscheidenden Jahr des Fünfjahrplanzeitraums eingebracht als 1972. Die Kolchosen und Sowchosen vergrößerten 1973 ungeachtet des strengen Winters den Bestand an Vieh und Geflügel und steigerten deren Produktivität.

Konsequent wurden die Maßnahmen zur weiteren Festigung der materiell-technischen Basis der Landwirtschaft verwirklicht. Im Verlauf von drei Jahren des neunten Fünfjahrplans wurden zirka 72 Milliarden Rubel Investitionen für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion aufgewandt, das sind fast um 2, 5 Milliarden Rubel mehr, als der Fünfjahrplan für diese Periode vorgesehen hatte.²⁷

²⁵ Pravda, a. a. O.; ebenda, 26. 1. 1974, S. 2.

²⁶ Ebenda, 26. 1. 1974, S. 2.

²⁷ Ebenda, 13. 12. 1973, S. 2.

Während der Jahre 1971 bis 1973 wurden der Landwirtschaft entsprechend den Aufgaben des Fünfjahrplans 962 000 Traktoren, 581 000 Lastwagen und Spezialfahrzeuge, für 8,3 Milliarden Rubel landwirtschaftliche Maschinen, mehr als 162 Millionen Tonnen Mineraldünger und 2,9 Millionen Tonnen Futterphosphate geliefert.²⁸

Die Einführung der neuen Technik, die Vervollkommnung der Organisation der Produktion, die Errichtung von Viehzuchtkomplexen auf industriemäßiger Grundlage, die Entwicklung der Melioration verändern immer mehr den Charakter der Arbeit in der Landwirtschaft, verleihen ihr zunehmend industriemäßige Züge und schaffen die zuverlässige Grundlage für eine bedeutende systematische Steigerung der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Erfolgreich entwickelt sich das Transportwesen in der UdSSR. Der Frachtaufschlag aller Transportarten, die sich in gemeinschaftlicher Nutzung befinden, wuchs von 3 829,2 Milliarden Tonnenkilometer 1970 auf 4 616 Milliarden Tonnenkilometer 1973, das heißt um 20,5 Prozent.²⁹ Der Anteil der Elektro- und Diesellokzüge am gesamten Frachtaufschlag des Eisenbahntransports stieg im Jahre 1973 auf 99,2 Prozent.³⁰ Im Verlauf der Jahre 1971 bis 1973 wurde das Eisenbahnnetz um neue Linien erweitert, wurden zweite Gleise gelegt, neue Häfen und Anlegestellen für den See- und Flußtransport gebaut, das zivile Flugwesen durch neue moderne, komfortable Flugzeuge ergänzt, der Autopark des Landes vergrößert. Im Jahre 1973 wurden im Personenverkehr befördert: durch die Eisenbahn 3 308 Millionen Menschen, auf Seeschiffen 45,2 Millionen, auf Flußschiffen 146 Millionen, mit Kraftfahrzeugen (Autobussen) 32 108 Millionen und auf dem Luftwege 84,3 Millionen Menschen.³¹

Dank dem Wachstum der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion in den Jahren 1971 bis 1973 wurden systematisch die Maßnahmen zur Erhöhung des materiellen Wohlstandes der Werktätigen verwirklicht, die der XXIV. Parteitag der KPdSU vorgezeichnet hatte. Die durchschnittlichen monatlichen Geldeinkünfte der Arbeiter und Angestellten stiegen in den ersten drei Jahren des neunten Fünfjahrplans auf 135 Rubel oder um 10,6 Prozent im Vergleich zum Jahre 1970.³² Im Verlauf der Jahre 1971 bis 1973 erfolgte eine Erhöhung der monatlichen Minimallöhne auf 70 Rubel bei den Arbeitern und Angestellten der Eisenbahn, der Untergrundbahnen, in den Produktionszweigen der Volkswirtschaft in den nördlichen Gebieten des Landes, in den Rayons des Fernen Ostens, Sibiriens und des Urals bei gleichzeitiger Erhöhung der Lohnsätze und Gehälter der Kategorien von Arbeitern mit mittleren Löhnen. In diesen Jahren wurden auch die Gehälter für Ärzte, Lehrer und Erzieher in Vorschuleinrichtungen, Lehrkräfte von Fachlehranstalten der mittleren Berufsbildung und Lehranstalten für technische Berufe sowie einiger anderer Mitarbeiter an Einrichtungen der Volksbildung sowie auch Lehrkräfte höherer Lehranstalten, die keinen wissenschaftlichen Grad haben, um 20 Prozent erhöht. Entsprechend den Direktiven des XXIV. Parteitags wurden im Jahre 1971 die Mindestrentensätze erhöht: für Arbeiter und Angestellte die Altersrente, für Kolchosmitglieder die Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenrente. Die für Arbeiter und Angestellte sowie deren Familien festgelegten Bedingun-

28 Ebenda.

29 SSSR v cifrach v 1973 godu, a. a. O., S. 135.

30 Ebenda, S. 79.

31 Ebenda, S. 137.

32 Ebenda, S. 167.

gen für die Rentenzahlung wurden auch auf Kolchosmitglieder ausgedehnt. Im Jahre 1972 wurden die Stipendien wesentlich erhöht: für Hochschulstudenten um 25 Prozent, für Schüler von Fachlehranstalten der mittleren Berufsbildung und die Schüler der Lehreinrichtungen für technische Berufe um 50 Prozent.³³ Im Jahre 1973 wurde festgelegt, bei Schwangerschaften und nach Geburten Unterstützungen in Höhe des vollen Lohnes, unabhängig vom Dienstalter, an alle arbeitenden Frauen zu zahlen sowie die Rentenversorgung der Familien von Armeeingehörigen und von Familien, die ihren Ernährer verloren haben, zu verbessern.

Durch die Zunahme der Geldeinkünfte der Werktätigen in der Periode des neunten Fünfjahrplans erlangten jene Dienstleistungseinrichtungen, die der Bevölkerung gegen Entgelt zur Verfügung stehen, eine noch größere Bedeutung als bisher. Das betrifft vor allem deren Versorgung mit Konsumgütern, worin die Hauptfunktion des Handels in der UdSSR besteht.

Die Versorgung der Volksmassen setzt die Vervollkommnung des Systems der Handelsinstitutionen und deren allseitige Entwicklung voraus. Der Handel in der sozialistischen Gesellschaft hat die Aufgabe, der auf dem Leistungsprinzip beruhenden Entlohnung die denkbar umfassendsten Realisierungsmöglichkeiten zu sichern. Über den Einzelhandel, in dessen Betrieben im Jahre 1972 über 6 Millionen Menschen arbeiteten, wurden mehr als vier Fünftel der Geldeinkünfte der Sowjetmenschen realisiert.³⁴ Gleichzeitig muß man beachten, daß der rasche Wandel in den Bedürfnissen, im Geschmack und der Nachfrage der Werktätigen die ständige Ausweitung des Sortiments und eine Erhöhung der Qualität der produzierten Waren objektiv erforderlich macht. Im Zusammenhang damit gewinnt die Analyse der Nachfrage durch die Käufer große Bedeutung. Die Handelsbetriebe müssen auf der Basis der sorgfältigen Untersuchung der Bedürfnisse der Kunden den Industriebetrieben Aufträge zur Herstellung solcher Waren erteilen, die aufgrund der gestiegenen Nachfrage der Bevölkerung gebraucht werden.

In der Sowjetunion gibt es verschiedene Formen des Binnenhandels, die die Bewegung der Waren von der Produktion zum Verbraucher innerhalb des Landes bewerkstelligen. Die Hauptform des Binnenhandels in der UdSSR ist der staatliche Handel, der sich seinerseits untergliedert in Groß- und Einzelhandel. Der Großhandel mit Gebrauchsgütern wird über ein System spezialisierter Handelsdepots durchgeführt und sichert die planmäßige Verteilung der Konsumwaren auf die verschiedenen Rayons des Landes. Die Funktion des Einzelhandels besteht im Verkauf von Gegenständen des persönlichen Bedarfs unmittelbar an die Bevölkerung über das Verkaufstellensystem. Auf den Anteil des staatlichen Einzelhandels entfallen nicht weniger als zwei Drittel vom Gesamtumfang des Einzelhandelsumsatzes in der UdSSR. Die zweite Hauptform des Handels stellt der genossenschaftliche Handel dar, der mit Hilfe eines Netzes von Handelsbetrieben der Konsumgenossenschaften durchgeführt wird. Die Läden der Konsumgenossenschaften betreuen hauptsächlich die Landbevölkerung. Das Vorhandensein von genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichem Eigentum in der UdSSR, von individuellen Nebenwirtschaften der Kolchosmitglieder, Arbeiter und Angestellten sowie der Naturalform der Verteilung in den Kolchosen riefen auch die Entwicklung eines Kolchosmarkthandels hervor. Auf den Kolchosmärkten wird vorzugsweise der Überschuß an denjenigen Produkten verkauft, die die Kolchosmitglieder aus der gesellschaftlichen und persönlichen Wirtschaft erhalten haben.

33 Ebenda, S. 171, 179.

34 Struev, A. I., Torgovlja v rešenii glavnoj zadači pjatiletki, Moskau 1973, S. 5.

Eine wichtige Form, die Bedürfnisse der Werktätigen zu befriedigen, ist die Kantinenverpflegung. Zum Unterschied von anderen Arten des Handels obliegt den Kantineneinrichtungen sowohl die Realisierung ihrer Produkte wie auch deren Erzeugung und darüber hinaus die gastronomische Betreuung der Verbraucher. Die fortschrittliche Rolle der Kantinenverpflegung besteht vor allem darin, daß diese die häusliche Arbeit durch produktivere gesellschaftliche Produktion ersetzt und so die Frauen von schwerer, unproduktiver Arbeit in ihrer Hauswirtschaft entlastet.

Die kommunistische Partei und die Sowjetregierung widmeten in allen Etappen der Geschichte der Sowjetgesellschaft der Entwicklung des Handels große Aufmerksamkeit. Besonders wuchs die Bedeutung des Binnenhandels mit dem Eintritt der UdSSR in die Periode der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, die durch ein bedeutendes Anwachsen des Volkswohlstandes charakterisiert wird.

Im neunten Fünfjahrplan wurden zusätzliche Maßnahmen durchgeführt, um die Versorgung der Werktätigen durch den Handel zu verbessern. Besonders große Bedeutung hatte der Beschluß des ZK der KPdSU und des Ministerrats "Über einige Maßnahmen zur Verbesserung des Handels und seiner technischen Ausrüstung", der im Januar 1972 angenommen wurde.

In den drei Jahren 1971 bis 1973 kam der sowjetische Handel einen großen Schritt auf dem Wege zur erfolgreichen Erfüllung der Direktiven des XXIV. Parteitags voran. Davon zeugen die Angaben der Tabelle 8:

Tabelle 8

Einzelhandelsumsatz des staatlichen, genossenschaftlichen und Kolchoshandels⁺ (in Preisen der entsprechenden Jahre; in Milliarden Rubel)

	1970	1971	1972	1973	1973 zu 1970 in %
Einzelhandelsumsatz des staatlichen und genossenschaftlichen Handels einschließlich der Gastronomie	155,2	165,6	176,4	185,6	119,6
Umsatz beim Verkauf landwirtschaftlicher Produkte auf zentralen Kolchosmärkten	4,2	4,1	4,6	4,3	102,4
Gesamtumfang des Einzelhandelsumsatzes des staatlichen, genossenschaftlichen und Kolchoshandels	159,4	169,7	181,0	189,9	119,1

+ SSSR v cifrach v 1973 godu, Moskau 1974, S. 184.

Aus der Tabelle geht hervor, daß sich der staatliche und genossenschaftliche Handel im neunten Fünfjahrplan in hohem Tempo entwickelt. Was den Kolchosmarkthandel betrifft, so hielt er sich im Verlauf der ersten drei Jahre des Fünfjahrplanzeitraum auf dem gleichen Stand; infolgedessen verringerte sich der Anteil dieser Form des Binnenhandels. Die allmähliche Verringerung der Bedeutung des Kolchoshandels in der sozialistischen Gesellschaft, erst recht unter den Bedingungen des reifen Sozialismus und der Errichtung der materiell-technischen Basis des Kommunismus ist eine ganz gesetzmäßige Erscheinung. Der gesamte Einzelhandelsumsatz war im Jahre 1973 bereits 7,75mal so groß wie im Vorkriegsjahr 1940.³⁵

³⁵ SSSR v cifrach v 1973 godu, a. a. O., S. 186.

Eine bemerkenswerte Besonderheit des neunten Fünfjahrplans auf dem Gebiet des Handels besteht in der Schaffung neuer fortgeschrittener Typen von Verkaufsläden unter der Bezeichnung "Universam", die ein breites Sortiment von Lebensmitteln und Industriewaren des täglichen Bedarfs führen und ein hohes Niveau der Organisation des Handelsablaufs aufweisen. In diesen Läden erfolgt der Verkauf aller Waren nur durch Selbstbedienung. Die ersten "Universam"-Läden, die in Moskau, Leningrad, Sotschi, Swerdlowsk, Gorki, Lipezk und einer Reihe anderer Städte eröffnet wurden, erfreuen sich bei der Bevölkerung großer Popularität.

Bei der Analyse der Entwicklung des Handels in den Jahren des neunten Fünfjahrplans fällt auf, daß der Absatz der im Hinblick auf den Nährwert wertvollsten Nahrungsmittel die höchsten Zuwachsraten erreichte. Zugleich ist eine Zunahme im Verbrauch neuer Nahrungsmittel durch die Werktätigen zu verzeichnen, sowohl im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren wie auch besonders im Vergleich zu der Zeit vor der Revolution, was die folgenden Angaben überaus eindrucksvoll belegen.

Tabelle 9

Verbrauch von Grundnahrungsmitteln jährlich pro Kopf der Bevölkerung⁺
(in Kilogramm)

Produktenart	1913	1960	1970	1973
Fleisch und Fett	29	40	48	52
Milch und Milchprodukte, umgerechnet auf Milch	154	240	307	307
Eier (Stück)	48	118	159	194
Fisch und Fischprodukte	6,7	9,9	15,4	16,2
Zucker	8,1	28,0	38,8	40,8
Pflanzenöl	.	5,3	6,8	6,8
Kartoffeln	114	143	130	124
Gemüse	40	70	82	85
Obst und Beeren	11	22	35	40
Getreideprodukte (Getreide umge- rechnet auf Mehl, Mehl, Grütze, Hülsenfrüchte, Teigwaren)	200	164	149	145

+ SSSR v cifrach v 1973 godu, Moskau 1974, S. 190.

Die Angaben für das Jahr 1913 beziehen sich auf den Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Der Verbrauch der Werktätigen lag jedoch wesentlich unter dem Durchschnitt. Die arbeitende Bevölkerung verbrauchte pro Kopf durchschnittlich ungefähr 20 Kilogramm Fleisch und ungefähr 120 Kilogramm Milch.³⁶

Unter den Industriewaren stieg in den Jahren 1971 bis 1973 am stärksten der Verkauf von langlebigen Gebrauchsgütern, die für ein kulturvolles Leben bestimmt sind, was zur weiteren Erhöhung des Bestandes an solchen Waren unter der Bevölkerung führte.

36 Ebenda, S. 190.

Tabelle 10

Ausstattungsgrad der Bevölkerung mit langlebigen Gebrauchsgegenständen, die für ein kulturvolles Leben bestimmt sind⁺
(auf 1000 Einwohner am Ende des Jahres; in Stück)

Erzeugnis	1960	1965	1970	1971	1972	1973
Uhren aller Art	794	885	1 193	1 202	1 216	1 237
Rundfunkempfänger und Musiktruhen	129	165	199	206	211	216
Fernsehapparate	22	68	143	160	182	195
Fotoapparate	49	67	77	77	77	77
Fahrräder, Motorfahr- räder und Mopeds	116	134	145	149	152	154
Motorräder und Motor- roller	10	17	21	22	22	23
Staubsauger	8	18	31	34	37	42
Nähmaschinen	107	144	161	165	167	170
Kühlschränke	10	29	89	106	124	142
Waschmaschinen	13	59	141	154	164	173

+ SSSR v cifrach v 1973 godu, Moskau 1974, S. 190.

Neben der Erweiterung der Versorgung der Werktätigen mit Konsumgütern spielten auch Dienstleistungen des täglichen Lebens eine zunehmend größere Rolle. Bei diesen Dienstleistungen handelt es sich vor allem um Wartungs- und Reparaturarbeiten, Anfertigung von Gebrauchsgegenständen auf Kundenbestellung sowie Dienste, die mit der Körperpflege, der persönlichen Hygiene des Menschen und der Schaffung von Komfort im Alltag verbunden sind und der Bevölkerung gegen Entgelt zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß ziemlich lange die objektiven Möglichkeiten der Dienstleistungen des täglichen Lebens für die Bevölkerung der UdSSR beschränkt waren, weil man gezwungen war, die Hauptaufmerksamkeit auf die Errichtung der Schwerindustrie, auf die Verteidigungsbereitschaft gegen die zahlreichen Feinde des Sowjetlandes, auf den Wiederaufbau der Volkswirtschaft nach dem Krieg zu konzentrieren. Gleichzeitig waren die Dienstleistungen selbst aufgesplittert auf die unterschiedlichen Behörden und Organisationen, hatten in der Regel eine geringe Kapazität, waren technisch unzureichend ausgerüstet und beruhten im wesentlichen auf manueller Arbeit.

Der Eintritt der UdSSR in die Periode des entwickelten Sozialismus eröffnete den Dienstleistungen neue Horizonte. Die rasch wachsenden materiellen Mittel des Landes ermöglichten einen steilen Anstieg der Dienstleistungen.

Der Dienstleistungssektor wurde im Zuge der Verwirklichung eines ganzen Komplexes von Maßnahmen in der Periode der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ein großer selbständiger mechanisierter Zweig der Volkswirtschaft mit einheitlichen Leitungsorganen und modernen Betrieben, die auf maschineller Technik beruhen.

Im Verlauf der Jahre 1971 bis 1973 kamen die Dienstleistungen einen neuen bedeutenden Schritt in ihrer Entwicklung voran. In den ersten drei Jahren des neunten Fünfjahrplans wuchs die Anzahl der Betriebe für Dienstleistungen des täglichen Lebens um 20 000 und erreichte 259 400 im Jahre 1973, und die Zahl der An-

nahmestellen wurde um 16 800 erweitert. Sie betrug 64 200 im Jahre 1973.³⁷ In den Betrieben für Dienstleistungen des täglichen Lebens arbeitete im entscheidenden Jahr des Fünfjahrplans ein Heer von mehr als zwei Millionen Arbeitern, ingenieurtechnischem Personal und Angestellten.³⁸ In der Periode des neunten Fünfjahrplans wuchs wesentlich die Rolle und Bedeutung spezieller Dienstleistungshäuser, die in großen Städten errichtet wurden, eine breite Palette von Einrichtungen haben und sowohl Aufträge entgegennehmen als auch mechanisierte Werkstätten besitzen, um die Aufträge auszuführen.

Eine wesentliche Rolle bei der Festigung der materiell-technischen Basis für die Dienstleistungen spielen die in großer Zahl geschaffenen Produktionseinheiten. Dazu gehören in der Regel moderne spezialisierte Fabriken und Betriebe für Dienstleistungen des täglichen Lebens. Die weitere Stärkung der materiell-technischen Basis für die Dienstleistungen des täglichen Lebens in Verbindung mit der Vervollkommnung der Organisation der Produktion und der breiten Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs in den Dienstleistungsbetrieben gaben die Möglichkeit, in den letzten Jahren das Wachstumstempo bedeutend zu erhöhen und den Umfang von Dienstleistungen des täglichen Lebens in der UdSSR wesentlich zu erweitern.

Tabelle 11

Wachstum des Umfangs der Dienstleistungen⁺
(in vergleichbaren Preisen; in Millionen Rubel)

	1970	1971	1972	1973	1973 zu 1970 in %
Umfang der Dienstleistungen des täglichen Lebens	4 042	4 500	4 965	5 504	136, 2
Darunter in ländlichen Gegenden	943	1 097	1 260	1 433	152

+ SSSR v cifrach v 1973 godu, Moskau 1974, S. 201.

Der Umfang der Dienstleistungen des täglichen Lebens in der UdSSR hat sich 1973 gegenüber 1960, als der Kampf um ihren Aufschwung begann, fast auf das 5, 5fache erweitert.³⁹ Insbesondere war in dieser Zeit (in den Jahren 1961 bis 1973) entsprechend dem Kurs der kommunistischen Partei, der auf die größtmögliche Beseitigung der Grenzen zwischen Stadt und Land gerichtet ist, der Umfang der Dienstleistungen in den ländlichen Gegenden gewachsen (auf das 13, 5fache).⁴⁰

Man muß dabei unterstreichen, daß in der Periode der entwickelten sozialistischen Gesellschaft jene Dienstleistungen besonders rasch zunahmen, die erst in jüngerer Zeit aufkamen, jedoch in höchstem Grade den Lebensnotwendigkeiten der Volksmassen in der gegenwärtigen Etappe der Entwicklung der UdSSR entsprechen. Wenn im Jahre 1960 auf den Anteil von Reparaturen und individueller Anfertigung von Kleidung und Schuhen, Leistungen der Friseure, Fotografen sowie von Bädern und Duschen 86, 5 Prozent des Gesamtumfangs der Dienstleistun-

37 Ebenda, S. 201.

38 Ebenda.

39 Ziffer vom Autor berechnet.

40 Ebenfalls eigene Berechnung.

gen des täglichen Lebens im Lande entfielen, so verringerte sich der Anteil dieser Dienstleistungen im Jahre 1973 auf 48,8 Prozent.⁴¹ In der gleichen Zeit machten die Reparaturen von Haushaltsmaschinen, Geräten und Transportmitteln, Reparaturen und Herstellung von Möbeln, chemische Reinigung und Färberei, Reparaturen und individuelle Anfertigung von Strickwaren, Reparaturen und Bau von Wohnungen 36,4 Prozent aus gegenüber 9,5 Prozent im Jahre 1960.⁴²

Die Formen und Methoden zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Werktätigen wurden vollkommener und vielgestaltiger. Wesentlich wuchs die Bedeutung der fortgeschrittenen Formen von Dienstleistungen für die Bevölkerung, die optimale Bedingungen sowohl für die Verbraucher wie auch für die Dienstleistungsbetriebe schaffen. Besonders große Popularität genießen bei der Bevölkerung solche fortgeschrittenen Methoden der Betreuung wie die Selbstbedienung mit Hilfe von Automaten, die Selbstbedienung bei der chemischen Reinigung und beim Waschen von Wäsche und Kleidung, fahrbare Werkstätten und Annahmestellen, das Büro der "dobrye uslugi", Daueraufträge, Schneiderei von Erzeugnissen aus Halbfabrikaten, Austausch defekter Erzeugnisse (zum Beispiel Uhren) gegen bereits reparierte, Annahme von Aufträgen in Betrieben und Institutionen usw.

Immer mehr verstärkt sich in der UdSSR die Bedeutung der Wohn- und kommunalen Betreuung der Werktätigen. Die Verbesserung der Wohnverhältnisse ist eine der wichtigsten Richtungen der Steigerung des Volkswohlstandes. Bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution waren die Wohnverhältnisse der Werktätigen äußerst ungünstig, und der kommunale Komfort für die Bevölkerung fehlte fast völlig. Die Arbeiter führten ein "qualvolles Leben ...", sie waren "in Kellern, auf Böden und in Spelunken ... zusammengepfercht"⁴³, "sie hausen wie Tiere in Erdhöhlen der städtischen Vororte oder in so furchtbaren Elendsquartieren und Kellerlöchern, wie sie am Chitrowmarkt in Moskau zu finden sind"⁴⁴, schrieb Lenin voller Empörung zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

An der Lösung des Wohnungsproblems arbeitet die Sowjetmacht seit den ersten Tagen ihrer Existenz. Jedoch besonders große Dimensionen erhielt der Wohnungsbau in der Periode des entwickelten Sozialismus. Allein in den Jahren des achten Fünfjahrplans (in den Jahren 1966 bis 1970) wurden zu diesem Zweck ungefähr 60 Milliarden Rubel ausgegeben und 11 350 000 Wohnungen gebaut.⁴⁵ Wie die internationale Statistik zeigt, gibt es kein anderes Land in der Welt, in dem in diesen fünf Jahren so viele Wohnungen gebaut wurden.

Im Verlauf von drei Jahren des neunten Fünfjahrplans (in den Jahren 1971 bis 1973) sind drei Milliarden Rubel mehr an staatlichen Investitionen für den Wohnungsbau verwendet worden, als für diese Zeit im Fünfjahrplan vorgesehen waren.⁴⁶ In den Jahren 1971 bis 1973 wurden durch staatliche und genossenschaftliche Betriebe und Organisationen, Kolchosen und die Bevölkerung Wohnungen mit einer Gesamtfläche von 323,3 Millionen Quadratmeter gebaut, was die Wohn-

41 Prozentzahlen vom Autor berechnet.

42 Ebenfalls Berechnungen des Autors.

43 Lenin, W. I., Innerpolitische Rundschau, in: Werke, Bd. 5, Berlin 1955, S. 276.

44 Derselbe, An die Dorfarmut. Die Ziele der Sozialdemokraten, dargelegt für die Bauern, in: Werke, Bd. 6, Berlin 1956, S. 369.

45 Die Direktiven des XXIV. Parteitages ..., a. a. O., S. 12.

46 Pravda, 13. 12. 1973, S. 2.

bedingungen für 34 Millionen Menschen verbesserte.⁴⁷ Viele Wohnungen in der UdSSR haben oder erhalten allen notwendigen modernen kommunalen Komfort: Sie sind in der Regel ans Elektrizitätsnetz angeschlossen, haben Telefon, Gas, fließendes Wasser und Zentralheizung. Allein in den vergangenen drei Jahren des neunten Fünfjahrplans vergrößerte sich die Zahl der ans Gasnetz angeschlossenen Wohnungen in Städten, stadtähnlichen Siedlungen und ländlichen Gegenden um 23,4 Millionen auf 34 Millionen⁴⁸, wobei die Wohnungsmieten und die Gebühren für kommunale Dienstleistungen in der Sowjetunion die niedrigsten in der Welt sind. Ein großer Vorzug der sowjetischen sozialistischen Gesellschaftsordnung besteht darin, daß ein überaus bedeutender Teil der Dienstleistungen unentgeltlich erfolgt, das heißt, aus den gesellschaftlichen Fonds bezahlt wird. Das ist eine der Hauptquellen für das Wachstum des Wohlstandes der Sowjetmenschen. Die finanziellen Mittel und die Vergünstigungen, die die Bevölkerung aus den gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhalten hat, stiegen von 27,3 Milliarden Rubel im Jahre 1960 auf 63,9 Milliarden Rubel im Jahre 1970 und auf 78 Milliarden Rubel im Jahre 1973.⁴⁹ Völlig kostenlos sind Dienstleistungen auf dem Gebiet der medizinischen Betreuung und der Volksbildung. Kostenlos werden auch viele Dienste im Bereich der kulturellen Betreuung geleistet.

Der Schutz der Gesundheit der Werktätigen ist nicht nur das wichtigste Mittel für eine harmonische Entwicklung der Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft, sondern auch die notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft. "Partei und Staat kümmern sich ständig um den Schutz der Gesundheit der Sowjetmenschen und die Verlängerung der Lebenserwartung"⁵⁰, unterstrich Genosse L. I. Breschnew in seiner Rede auf dem XXIV. Parteitag. Die Anzahl von Ärzten aller Fachrichtungen erhöhte sich von 28 100 im Jahre 1913 auf 668 000 im Jahre 1970 und 766 000 im Jahre 1973.⁵¹ Heute entfallen auf die UdSSR mehr als ein Viertel aller Ärzte der Welt.⁵² Rasch wuchs in den Jahren der Sowjetmacht die Anzahl der Krankenbetten: von 208 000 im Jahre 1913 auf 2 663 000 im Jahre 1970 und 2 870 000 im Jahre 1973.⁵³ In der UdSSR sind solche gefährlichen Infektionskrankheiten, wie Pest, Pocken, Typhus, die in der Vergangenheit dem Volk große Not gebracht haben, völlig ausgerottet. Die durchschnittliche Lebensdauer der Sowjetmenschen beträgt heutzutage (1971/1972) 70 Jahre.⁵⁴

In der Sowjetunion werden die Heilbehandlung in Sanatorien und die organisierte Erholung der Werktätigen immer weiter ausgedehnt. Im Jahre 1973 waren in den Sanatorien und Kurorten sowie in Urlaubszentren mehr als 31 Millionen Werktätige und Mitglieder ihrer Familien zur Heilbehandlung und zur Erholung.⁵⁵ Ungefähr 20 Millionen Kinder und Jugendliche erholten sich im Verlauf des Sommers in Pionier- und Schullagern sowie in Wanderquartieren oder fuhren während des Sommers in Naherholungsgebiete mit Kindereinrichtungen.⁵⁶

47 Ebenda; SSSR v cifrach v 1973 godu, a. a. O., S. 181.

48 SSSR v cifrach v 1973 godu, a. a. O., S. 183.

49 Ebenda, S. 178.

50 Rechenschaftsbericht ..., a. a. O., S. 50.

51 SSSR v cifrach v 1973 godu, a. a. O., S. 194.

52 Ebenda, S. 60.

53 Ebenda, S. 194.

54 Ebenda, S. 196.

55 Ebenda, S. 195.

56 Ebenda.

Eine wichtige Rolle spielen in der Sowjetgesellschaft die Volksbildung und die kulturelle Betreuung der Werktätigen. Ein kulturloser, ungebildeter Mensch kann kein Erbauer des Kommunismus sein, kann die Volkswirtschaft nicht erfolgreich entwickeln. Gegenwärtig befindet sich jeder dritte Sowjetbürger in der Aus- und Weiterbildung. Mitte 1974 waren in der UdSSR durch verschiedene Arten des Unterrichts 85 Millionen Menschen erfaßt, davon wurden mehr als 49 Millionen in allgemeinbildenden Schulen aller Art unterrichtet, 4,7 Millionen in Hochschulen, 4,4 Millionen in mittleren berufsbildenden Einrichtungen.⁵⁷ Im Jahre 1974 wurden ungefähr 1,9 Millionen Fachleute der Volkswirtschaft zugeführt, darunter fast 700 000 Ingenieure, Ärzte, Lehrer, Agronomen, Ökonomen und andere Fachleute mit Hochschulbildung und 1,2 Millionen Kader mit mittlerer Fachausbildung.⁵⁸ Insgesamt bildeten die Hoch- und Fachschulen in den Jahren 1918 bis 1974 31,2 Millionen Fachleute aus.⁵⁹

Unter der Sowjetmacht, und insbesondere in den letzten Jahren, wurde vor allem das Netz der Theater, Kinos, Klubs und Bibliotheken erweitert. Die Zahl der Theaterbesuche betrug 114,4 Millionen im Jahre 1972 gegenüber 83,7 Millionen im Jahre 1940.⁶⁰ Die Anzahl der Kineinrichtungen betrug 155 100 im Jahre 1973, darunter 130 300 in ländlichen Gegenden (im Jahre 1940 gab es in der UdSSR 28 000, von denen sich 19 500 in ländlichen Gegenden befanden).⁶¹ Die Anzahl der Klubeinrichtungen wuchs in den Jahren der Sowjetmacht besonders rasch: von 200 im Jahre 1913 auf 133 400 im Jahre 1973.⁶² Die Zahl der allgemeinbildenden Bibliotheken stieg von 13 900 im Jahre 1913 auf 128 000 im Jahre 1970 und auf 130 400 im Jahre 1973.⁶³ Ihr Buchbestand wuchs von 9,4 Millionen Exemplaren im Jahre 1913 auf 1 470,5 Millionen im Jahre 1973.⁶⁴

Entsprechend den Direktiven des XXIV. Parteitags der KPdSU wurden in den ersten drei Jahren des neunten Fünfjahrplans die Wirtschaftsbeziehungen der Sowjetunion zu anderen Ländern, besonders der Außenhandel, erweitert. (Siehe dazu Tabelle 12 auf der folgenden Seite.)

Der Umfang des Außenhandels mit den sozialistischen Ländern (in vergleichbaren Preisen) war bis 1973 gegenüber 1946 auf das 19fache gewachsen.⁶⁵ Der Außenhandelsumsatz mit den Mitgliedsländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) betrug 16,9 Milliarden Rubel im Jahre 1973 oder 54 Prozent des Gesamtumfangs des Außenhandels der UdSSR.⁶⁶

Dabei sei hervorgehoben, daß dank der konsequenten friedliebenden Außenpolitik der UdSSR der Handelsumfang mit den kapitalistischen und Entwicklungsländern zu Beginn der siebziger Jahre bedeutend erweitert werden konnte. So wuchs der gesamte Außenhandelsumsatz der Sowjetunion 1971 bis 1973 sogar schneller als der Handel der UdSSR mit den sozialistischen Staaten.

57 Pravda, 20. 7. 1974, S. 3.

58 Ebenda.

59 SSSR v cifrach v 1973 godu, a. a. O., S. 211, 213.

60 Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1972. Statističeskij ežegodnik, Moskau 1973, S. 669.

61 SSSR v cifrach v 1973 godu, a. a. O., S. 217.

62 Ebenda.

63 Ebenda.

64 Ebenda.

65 Ebenda, S. 41.

66 Ebenda.

Tabelle 12

Außenhandelsumsatz der UdSSR⁺
(in Milliarden Rubel)⁺⁺

	1970	1971	1972	1973	1973 zu 1970 in %
Gesamtumfang des Außenhandels	22,1	23,7	26,0	31,3	141,6
Darunter mit sozialistischen Ländern	14,4	15,5	16,8	18,3	127,1
Export	11,5	12,4	12,7	15,8	137,4
Darunter in sozialistische Länder	7,5	8,1	8,3	9,1	121,3
Import	10,6	11,3	13,3	15,5	146,2
Darunter aus sozialistischen Ländern	6,9	7,4	8,5	9,2	133,3

+ SSSR v cifrach v 1973 godu, Moskau 1974, S. 41.

++ In Preisen der entsprechenden Jahre; mit Umrechnung der ausländischen Währungen in Rubel zum Kurswert, der von der Staatsbank der UdSSR fixiert wurde und von einem Goldgehalt des Rubels von 0,987412 Gramm reinen Goldes ausgeht.

Das Jahr 1974 ist das bestimmende Jahr des neunten Fünfjahrplans, da von seinem Ergebnis vielfach auch das Gesamtergebnis der Erfüllung des neunten Fünfjahrplans abhängt. Als Antwort auf den Aufruf des Zentralkomitees der KPdSU an die Partei und das Sowjetvolk entfalteteten die Werktätigen der UdSSR in breitem Ausmaß den sozialistischen Wettbewerb für die vorfristige Erfüllung der Planaufgaben des vierten Jahres des neunten Fünfjahrplans. Im ersten Halbjahr 1974 nahm das Wachstumstempo der Produktion und der Arbeitsproduktivität zu. Die Effektivität der gesellschaftlichen Produktion stieg. Die Verwirklichung der in den Direktiven des XXIV. Parteitags der KPdSU vorgesehenen Maßnahmen zur Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Sowjetvolkes wurde fortgesetzt. Der Zuwachs der Produktion von Industrieerzeugnissen belief sich im Vergleich mit der entsprechenden Periode des Jahres 1973 auf 8,3 Prozent statt der im Jahresplan vorgesehenen 6,8 Prozent.⁶⁷ Die Arbeitsproduktivität wuchs in diesem Halbjahr um 6,8 Prozent, während der Jahresplan 6 Prozent vorsah.⁶⁸ Im Vergleich mit dem ersten Halbjahr 1973 vergrößerte sich der Gewinn der Industrie in der ersten Hälfte des Jahres 1974 um 12 Prozent.⁶⁹

Die Saatfläche (in allen Kategorien von Wirtschaften) belief sich 1973 auf 215 Millionen Hektar (bei der Ernte des Jahres 1974 waren es 216 Millionen Hektar), das waren 8,3 Millionen mehr als 1970.⁷⁰

67 Pravda, 20. 7. 1974, S. 1.

68 Ebenda.

69 Ebenda.

70 Ebenda, S. 2; siehe auch SSSR v cifrach v 1973 godu, a. a. O., S. 109.

Der monatliche Durchschnittslohn der Arbeiter und Angestellten betrug 139, 5 Rubel und vergrößerte sich im Vergleich zum ersten Halbjahr 1973 um 4, 8 Prozent.⁷¹

Der Lohn mit Zuschlagszahlungen und Vergünstigungen aus den gesellschaftlichen Konsumtionsfonds betrug 188 Rubel und war um 4, 6 Rubel gewachsen.⁷² Die Bezahlung der Arbeit der Kolchosmitglieder erhöhte sich im ersten Halbjahr 1974 im Vergleich zum ersten Halbjahr 1973 um 6 Prozent.⁷³

Zur Zeit wird in der Sowjetunion der zehnte, der Jubiläumsfünfjahrplan ausgearbeitet. Entsprechend den Hinweisen des XXIV. Parteitags wird der neue Fünfjahrplan zusammen mit der Generallinie der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR für die Jahre 1976 bis 1990 vorbereitet und bildet einen ihrer Bestandteile. In der Generallinie wird der Grundstein gelegt für die Entscheidung vieler großer Probleme des kommunistischen Aufbaus - die allseitige Entwicklung der Produktivkräfte, die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und auf dieser Grundlage die Erhöhung der Effektivität der gesamten Ökonomik, die Schaffung neuer großer volkswirtschaftlicher Komplexe.

"Wir haben diesen Weg bereits beschritten"⁷⁴, sagte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Genosse L. I. Breschnew, in seiner Rede auf der Zusammenkunft mit Wählern des Baumann-Wahlbezirks in Moskau zu den Wahlen des Obersten Sowjets der UdSSR am 14. Juni 1974. "Überaus reiche Erdöl- und Erdgaslagerstätten werden in Westsibirien erschlossen. An der Kama wird ein gigantisches Automobilwerk gebaut. Es wurde mit dem Bau der Baikal-Amur-Magistrale begonnen, mit der die Umgestaltung weiter Gebiete am Baikal und im Fernen Osten zusammenhängt. Zu einer Großtat der zukünftigen Fünfjahrpläne wird sich der wirtschaftliche Aufschwung der Nichtschwarzerdezone Rußlands gestalten, in der ungefähr 60 Millionen Menschen leben. Man kann mit Sicherheit sagen, daß die Geschichte Umgestaltungen von einem solchen Ausmaß - und ich habe nur einige von ihnen aufgezählt - noch nicht gesehen hat."⁷⁴

Das rasche Wachstum der Volkswirtschaft schafft neue Möglichkeiten für die praktische Lösung der wichtigsten sozialökonomischen Aufgaben. In den nächsten drei Fünfjahrplänen wird das Angebot an hochwertigen Nahrungsmitteln und Konsumgütern überaus reichhaltig werden, die Dienstleistungssphäre sich breit entwickeln. Das führt zu einem neuerlichen bedeutenden Wachsen des Volkswohlstandes als höchstes Ziel der ökonomischen Politik der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

(Übersetzt von Renate Günther)

71 Pravda, 20. 7. 1974, S. 3.

72 Ebenda.

73 Ebenda.

74 Pravda, 15. 7. 1974, S. 2.

DIE PREISDIFFERENZIERUNG IM STAATSSSEKTOR INDIENS

von G. N. Vejc

Die Festigung der Rolle, die der staatliche Sektor in der nationalen Wirtschaft des Landes spielt, und die Notwendigkeit einer wesentlichen Steigerung seiner Effektivität machen das Preisproblem sehr aktuell. Der staatliche Sektor steht in komplizierten und widerspruchsvollen Wechselbeziehungen zu allen anderen Formationen der indischen Wirtschaft. Wir teilen die Meinung der Wissenschaftler, die der Ansicht sind, daß das Wesen der auf der Grundlage von Staatseigentum entstandenen Produktionsverhältnisse mit dem Terminus "staatliche Formation" und nicht mit "staatlicher Sektor" bezeichnet werden muß. Im Zusammenhang mit der Erforschung des Wirkungsmechanismus der Staatsunternehmen ist der Terminus "staatlicher oder Staatssektor" jedoch begründet und annehmbar.¹ Der Staatssektor spielt eine aktive und relativ selbständige Rolle. Dadurch wirkt er - unter direktem Einfluß der Veränderungen und Verschiebungen innerhalb des Blockes der herrschenden Klassen- und politischen Kräfte - immer stärker auf die Entwicklung der Verschiedenartigkeit der Formationen ein. Seinem sozialökonomischen Wesen nach ist der Staatssektor Indiens Staatskapitalismus. Es wäre jedoch ein großer Irrtum, den staatlichen Sektor als Kollektiveigentum der nationalen Bourgeoisie anzusehen, das den Bedürfnissen der erweiterten Reproduktion des Privatkapitals angepaßt worden ist. Er ist ein entscheidender Faktor zur Überwindung des Erbes kolonialer Rückständigkeit, zur Errichtung einer entwickelten, vielfältig gegliederten Wirtschaft, zur Erhöhung des Lebensniveaus der werktätigen Bevölkerung; er ist progressiver antiimperialistischer Staatskapitalismus.²

Der staatliche Sektor engt die Positionen der ausländischen und nationalen Monopole ein. Solange die kapitalistische Produktionsweise nicht alle Bereiche der indischen Wirtschaft erobern konnte und sich selbst noch nicht als herrschende Produktionsweise formiert hat, kann diese soziale Ausrichtung des Staatssektors unter bestimmten politischen Bedingungen reale Voraussetzungen für radikale sozialökonomische demokratische Veränderungen schaffen.

In den Entwicklungsländern ist in der Regel ein Block von politischen Kräften an der Macht, dessen Zusammensetzung den entsprechenden Gesellschaftsformationen entspricht. Der Staatssektor reagiert sehr empfindlich auf die Konstellation der Klassenkräfte im System der Staatsmacht; in ihm können die staatsmonopoli-

1 Zarubežnyj Vostok i sovremennost'. Osnovnye zakonomernosti i specifika razvitiya osvobodivšichsja stran, Bd. 1, Moskau 1974, S. 182 f.; Razvivajuščiesja strany: zakonomernosti, tendencii, perspektivy, Moskau 1974, S. 181 f.

2 Ul'janovskij, R. A., Socializm i osvobodivšiesja strany, Moskau 1972, S. 374.

stischen, aber auch die demokratischen (sogar antikapitalistischen) Tendenzen überwiegen. Er steht immer mehr im Gegensatz zum ausländischen und einheitlichen Monopolkapital. In der Hauptsache trägt er zur Sicherstellung der erweiterten Reproduktion des Staatssektors selbst, zur Schaffung moderner Produktionsmittel bei; darüber hinaus sorgt er aber auch für die Wachstumsbedürfnisse der kleinen Warenproduzenten und der kleinkapitalistischen Schichten sowie in bestimmtem Maße für die des nichtmonopolistischen Privatkapitals. Solange er Staatskapitalismus bleibt, unterliegt der Staatssektor einer gewissen "Zweiteilung"; dabei neigt er sich deutlich der Befriedigung der Interessen der geringer entwickelten Formationen in der indischen Wirtschaft zu.

Da der staatliche Sektor in der nächsten Zeit eine noch wichtigere Rolle beim wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt im Lande spielen wird, entwickelt er sich nicht nur rascher als alle anderen Formationen der Wirtschaft, sondern er dient auch als Antriebskraft für die erweiterte Reproduktion der anderen nationalen Formationen (wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße). Die Preispolitik im Staatssektor ist der Durchsetzung dieser Aufgabe angepaßt. Das bedeutet, daß sie von der Effektivität des Staatssektors abhängig ist, die bestimmt wird durch die Kombination des makroökonomischen (sozialökonomischen) Kriteriums, dessen Beitrag sich in der Rekonstruktion der nationalen Wirtschaft und im sozialen Fortschritt ausdrückt, mit dem lokalen, mikroökonomischen, das durch verschiedene Waren- und Wertkennziffern, vor allem Gewinn und Rentabilität, dargestellt wird.

Beim Vorhandensein von Ware-Geld-Beziehungen bringt die Produktion der Staatsunternehmen einen bestimmten Markt hervor. Das Anwachsen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung intensiviert die Ware-Geld-Marktbeziehungen in der Gesellschaft, der Markt vertieft sich und dehnt sich aus, wobei der Markt des Staatssektors organischer Bestandteil des sich entwickelnden nationalen Marktes ist. Gleichzeitig ist der indische Markt nicht homogen, in ihm wirken mehrere Formationen aufeinander ein. Deswegen ist bei der Beurteilung der Marktspezifik der Produktion des Staatssektors der sozialökonomische Aspekt, die Untersuchung der Produktionsverhältnisse und wie sich darin die Wechselbeziehungen mit den anderen Formationen gestalten, äußerst wichtig. Der Staatssektor ist eine Arena heftiger politischer Kämpfe; hier prallen die Interessen der Eigentümer, folglich die Klasseninteressen aufeinander. Der Aneignungsmechanismus im Staatssektor, die ökonomische Realisierung des Staatseigentums durch die verschiedenen Klassen, vollzieht sich hauptsächlich durch den Preismechanismus; dadurch wird die Verteilung der geschaffenen Werte und ihre Umverteilung zwischen den verschiedenen Gesellschaftsformationen gewährleistet. Die Preisgestaltung auf dem Markt für die Produktion des Staatssektors erhält einen deutlich ausgeprägten Klassencharakter.

Gibt es in Indien mit seinen zahlreichen unterschiedlichen Wirtschaftsformationen objektive Bedingungen für die Ausarbeitung und Durchführung einer Preispolitik, in der sich die makroökonomischen und mikroökonomischen Kriterien der Effektivität im staatlichen Sektor verkörpern? Es gibt nicht wenige objektive und subjektive Schwierigkeiten im Lande, die die Herausbildung eines Wirtschaftsmechanismus im Staatssektor behindern. Es ist ein Widerspruch, daß die fortschrittliche Politik, die auf die Verwirklichung der Kardinalaufgabe, die Erringung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit, gerichtet ist, sich auf eine aus vielen Formationen bestehende wirtschaftliche Basis stützen muß, die auch Grundlage der schwach entwickelten Wirtschaft ist; das schränkt die Potenzen des staatlichen Sektors, die Verbesserung seiner Tätigkeit und die Erhöhung seiner Effektivität stark ein.

Im Unterschied zum Privatkapital ist die Reproduktion des staatlichen Kapitals nicht so unmittelbar mit dem Wert- und Mehrwertgesetz verbunden. Die Ziele und Grenzen der Reproduktion des staatlichen Kapitals sind bedeutend beweglicher und ausgedehnter als die des privaten. Der Preis bleibt immer eine Form des Wertes. Er reflektiert jedoch historisch bestimmte Produktionsverhältnisse. Das trifft in vollem Maße auf den Staatssektor zu.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern rief der staatsmonopolistische Kapitalismus eine neue Kategorie hervor - den staatsmonopolistischen Preis des Staatssektors.³ Die makroökonomische Kategorie der Effektivität des staatlichen Kapitals widerspiegelnd, ist er keineswegs zur Gewinnmaximierung in den Staatsunternehmen bestimmt. Die Erfahrungen der Arbeit vieler Unternehmen zeigen, daß im Staatssektor eine Politik der niedrigen Preise praktiziert wird; die Regierungen gewähren ihm großzügige Steuererleichterungen, Anleihen und Darlehen zu Vorzugsbedingungen, sie geben Subventionen durch eine Umwertung des Stammkapitals, beteiligen sich an der Finanzierung von Investitionen und decken Verluste auf Kosten des Staatshaushalts.⁴ Der Zusammenhang zwischen Preispolitik und Rentabilitätskriterium ist kompliziert und vielstufig und zeigt sich mittelbar durch den Gewinn des Privatkapitals. Eine innerhalb bestimmter Grenzen auftretende Verneinung des Gewinnprinzips im staatlichen Sektor der entwickelten kapitalistischen Staaten stützt sich auf deren starkes wirtschaftliches Potential, das die Möglichkeit schafft, zu manövrieren und den Umverteilungsmechanismus zur Erreichung des erforderlichen Effekts auf für die herrschende Klasse entscheidenden ökonomischen Gebieten anzuwenden. In den Entwicklungsländern gibt es kein solches Wirtschaftspotential, und der staatliche Sektor, nicht der private, ist aufgerufen, die entscheidende Rolle bei der Schaffung eines solchen Potentials und seiner Ausnutzung für qualitativ andere Aufgaben zu spielen.

Der auf vielerlei Weise als Triebkraft wirkende staatliche Sektor bringt einen spezifischen Wirtschaftsmechanismus hervor, in dessen Rahmen eine besondere Kategorie angewandt wird - der Produktionspreis des staatlichen Sektors. Die Reproduktion des staatlichen Kapitals basiert auf einem verhältnismäßig hohen Niveau der Vergesellschaftung. Die Ziele und Grenzen der Reproduktion sind in diesem Wirtschaftssektor bedeutend breiter und beweglicher, und sein eigener Mechanismus besitzt in gewissem Maße die Fähigkeit, direkte und indirekte ökonomische Zusammenhänge zu schaffen, die zentralisiert werden und Züge der Planmäßigkeit erlangen. Man muß dabei im Auge behalten, daß die Funktionen des Preises immer widersprüchlich sind, deshalb ist ihre Koordinierung erforderlich, die Berechnung komplizierter Wechselbeziehungen in der Wirtschaft, die Fähigkeit, sich den Preismechanismus für die Entscheidung konkreter wirtschaftlicher Aufgaben im Rahmen der angenommenen Strategie der Wirtschaftsentwicklung zu nutzen zu machen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Preisdifferenzierung.

In der indischen Wirtschaftswissenschaft wird die Rentabilität als grundlegendes Prinzip der Zentrenbildung im staatlichen Sektor betrachtet. Angesehene Ökonomen, wie V. K. R. V. Rao, R. Jain, B. Bansal und S. Sinha, gehen davon aus, daß die Unternehmen des Staatssektors auf Rechnung des Staatshaushalts geschaffen werden und ansehnliche Beiträge in den Akkumulationsfonds einbringen müssen.

3 Tjul'panov, S. I. / Šejnis, V. L., Aktual'nye problemy političeskoj ékonomiki sovremenogo kapitalizma, Leningrad 1973, S. 155.

4 Gosudarstvennaja sobstvennost' i antimonopolističeskaja bor'ba v stranach razvitogo kapitalizma, Moskau 1973, S. 146 - 180.

Der Gewinn der staatlichen Unternehmen müsse als Quelle der Eigenfinanzierung sowie der erweiterten Reproduktion benutzt werden. Es wird hervorgehoben, daß wegen der ständig wachsenden Ausgaben des Staates für die ökonomische und soziale Entwicklung ein Verzicht auf die Rentabilität des Staatssektors mit der Zeit die Belastung durch direkte oder indirekte Steuern bedeutend ansteigen lassen könnte. Die Ökonomen lenkten die Aufmerksamkeit auch darauf, daß Gewinn und Rentabilität die zuverlässigsten Kriterien der Effektivität von Investitionen, Garantien gegen den Subjektivismus beim Treffen volkswirtschaftlicher Entscheidungen sowie bei der Beurteilung der Geschäftstätigkeit sind und als wichtiger Anreiz zur Vervollkommnung des Leitungsniveaus dienen.⁵ Die Befürwortung des Rentabilitätsprinzips fand seine Widerspiegelung im 3. und 4. Fünfjahrplan. Die Verfasser des 5. Fünfjahrplanes unterstrichen nochmals das Rentabilitätsprinzip als Grundprinzip für die Preispolitik des Staatssektors.⁶

Gegen eine solche Einstellung ist schwer etwas einzuwenden. Trotzdem scheint die Rentabilitätskonzeption in so allgemeiner Form nicht für die Ausarbeitung eines Preissystems und eines selbsttätigen Preismechanismus zu genügen, wenn man die Vorrangigkeit der sozialökonomischen Funktionen des Staatssektors und die objektiven Erfordernisse der Ware-Geld-Beziehungen berücksichtigt. Nicht zufällig suchen die indischen Ökonomen nach einer Basis für die Preisdifferenzierung. Das hängt mit der großen Verschiedenartigkeit der Staatsunternehmen zusammen, mit der Spezifik ihrer Verträge. Es ist offensichtlich notwendig, sie zu klassifizieren, ein System preisbildender Faktoren auszuarbeiten und die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Formationen der Wirtschaft, die häufig widersprüchlich eingeschätzt werden, zu analysieren. Einige Ökonomen, zum Beispiel K. R. Gupta, G. Keshava und R. Tripathy, legten eine solche Klassifikation einer Marktspezifik für die staatlichen Unternehmen zugrunde, die den Markt in Konkurrenzmarkt, monopolistischen und halbmonopolistischen untergliedert. Für den Konkurrenzmarkt empfehlen sie Marktpreise, heben sie die Zweckmäßigkeit der Gewinnmaximierung durch den Preismechanismus hervor. Auf dem monopolistischen und halbmonopolistischen Markt müsse das Prinzip eines "vernünftigen Gewinns" herbeigeführt werden, das einen wirtschaftlich unbegründeten Preiszuwachs ausschließe, der seinerseits die Preisbeziehungen und die reale Effektivität der Produktion verzerren und zur "Ausbeutung des Konsumenten" führen würde.⁷

Einen bedeutenden Beitrag zur Ausarbeitung einer Preiskonzeption für den staatlichen Sektor leistete der bekannte Ökonom Prof. V. Rimanandham. Er schlug sozialökonomische Kriterien der Preisklassifizierung vor, die er in vier Punkten zusammenfaßte:

- a) Preise, die das Wachstum der Akkumulation stimulieren,
- b) Preise, die eine bestimmte Wirtschaftssphäre finanziell stützen,
- c) Preise, die das Privatkapital stimulieren,
- d) Konkurrenzpreise.

⁵ Lok udyog, New Delhi, August 1969, S. 493; AICC Economic Review, New Delhi, September 1959, S. 70; ebenda, Januar 1962, S. 18; Bansal, B. L., Pricing Policies in Public Sector, Bombay 1968, S. 13.

⁶ Draft Fifth Five-Year Plan, 1974 - 1979, Part 1, New Delhi o. J., S. 60 f.

⁷ Gupta, K. R., Issues in Public Enterprises, Delhi 1969, S. 92; Keshava, G. P., Readings in the Operational Problems of Public Enterprises, New Delhi 1970, S. 96; Tripathy, R. N., Public Finances in Underdeveloped Countries, Kalkutta 1964, S. 262.

Er legte auch ein System preisbildender Faktoren zur Begründung des Preisniveaus vor (Spezifik der Produkte, Produktionsstruktur, Marktcharakter, Nachfrage, Einflußnahme auf die Verbraucher, Finanzergebnisse, Regierungssubventionen und andere Hilfe, soziale Auswirkungen).⁸

Gegen Ende der sechziger Jahre hatte sich ein bestimmtes theoretisches Arsenal angesammelt, und es entstand eine Preisbildungskonzeption. Sie bot die Möglichkeit, Ausgangsprinzipien der Preisdifferenzierung zu formulieren. Das geschah durch die Kommission für die Verwaltungsreform im Jahre 1967, die eine Reihe wichtiger Empfehlungen vorschlug:

- a) Die staatlichen Industrieunternehmen sollten sich bei der Preisfestsetzung vom Rentabilitätsprinzip leiten lassen und einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung des eigenen Kapitalaufwandes sowie für den Staatshaushalt erbringen.
- b) Die Staatsunternehmen sollten die Unkosten ersetzen und dürften kein Defizit zulassen, mit Ausnahme von besonderen, durch die Regierung bestimmten Fällen, die das Ziel haben, öffentliche Interessen zu befriedigen.
- c) Unternehmen, die dem öffentlichen Nutzen dienen, sollten großen Nachdruck auf Umfang und Qualität der Produktion oder Dienstleistungen, nicht aber auf den Gewinn legen.
- d) Bei der Preisfestlegung sollte die maximale Ausnutzung der Produktionskapazitäten und die Befriedigung der Nachfrage gewährleistet werden.
- e) Wenn die Regierung im öffentlichen Interesse ein Unternehmen verpflichtet, künstlich niedrige Preise festzusetzen, müssen seine finanziellen Verpflichtungen überprüft werden.
- f) Wenn Unternehmen unter den Bedingungen der Nichtkonkurrenz tätig sind oder der Kreis ihrer Kunden beschränkt ist, folgt das Preisniveau den entsprechenden Importwaren (landed cost) zuzüglich des festgelegten Gewinns zu den faktischen Produktionskosten (cost plus basis). Falls die ausländischen Importwaren in ihren Heimatländern Exportsubventionen erhalten haben, muß das Preisniveau überprüft werden. Da nicht jedes Unternehmen in der Lage ist, Waren auf der Basis der im Ausland angesetzten Kosten zu produzieren, ist es notwendig, Detailuntersuchungen hinsichtlich der Struktur seiner Produktionskosten vorzunehmen, um die zulässigen Abweichungen zu bestimmen.⁹

Ende 1968 gab das Finanzministerium im Regierungsauftrag eine Direktive heraus, in der die offizielle Ansicht über die verschiedenen Aspekte der Preispolitik dargelegt wurde. Die Regierung bestätigte das Rentabilitätsprinzip als Grundprinzip der Preisgestaltung im Staatssektor. Gleichzeitig wurde betont, daß Unternehmen, die ihre Tätigkeit auf Grundlage der Konkurrenz durchführen, in der Preispolitik vom Verhältnis von Angebot und Nachfrage ausgehen müssen. Ebenso willigte die Regierung ein, daß für die Unternehmen, die ein Monopol innehaben oder eine beherrschende Stellung auf dem Markt einnehmen, der Weltmarktpreis Grundlage für die Preisbildung sein soll. Die Regierung teilte jedoch nicht die Meinung der Verwaltungsreformkommission über die Methode der Anwendung der Weltmarktpreise. Während die Kommission vorgeschlagen hatte, den Cif-Preis als Preisbasis für die indischen Unternehmen zu betrachten, schlug die Regierung vor, der Weltmarktpreis für analoge Waren sollte der Maximalpreis (ceiling price) sein. Dabei wurde die Notwendigkeit bekräftigt, die Programme für Exportsubventionen und andere Faktoren, die zu künstlichen Preissenkungen im

⁸ Developing Economies, Tokio, Nr. 3/1968, S. 3 - 26.

⁹ Lok udyog, Dezember 1969, S. 1032.

Ausland führen könnten, zur Durchführung von Preiskorrekturen in Indien zu registrieren. Innerhalb dieses Grundprinzips sollte es gestattet sein, für zwei bis drei Jahre durch beiderseitige Übereinkunft bestimmte Preispräzisierungen zu erzielen.¹⁰ Die angeführte Direktive liegt der zur Zeit im staatlichen Sektor gebräuchlichen Preisdifferenzierung zugrunde.

Gehen wir nun näher auf die Preispolitik in den wichtigsten Zweigen des Staatssektors der indischen Wirtschaft ein. Hier sollen vor allem die Zweige der Infrastruktur betrachtet werden, auf die zwei Drittel der Aktiva des gesamten Staatssektors entfallen.¹¹ In diesen Zweigen entsteht auch der überwiegende Teil seiner Gesamtverluste. Seit 1966/1967 erleiden die Eisenbahnen Verluste. Nach den vorliegenden Angaben betragen sie 1972/1973 158 Millionen Rupies (Rs) und stiegen 1973/1974 auf 997 Millionen Rs.¹² Die Irrigationsunternehmen erlitten 1971/1972 Verluste in Höhe von 1 300 Millionen Rs gegenüber 145 Millionen Rs im Jahre 1960/1961.¹³ Die Verluste in der Erzeugung von Elektroenergie betragen 1968/1969 287 Millionen Rs und 1969/1970 26 Millionen Rs.¹⁴ Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, daß die Verluste der Industriebetriebe und kommerziellen Unternehmen der Zentralregierung 1971/1972 auf 154 Millionen Rs geschätzt wurden, daß sie jedoch 1972/1973 einen Nettogewinn von 198,5 Millionen Rs erbrachten.¹⁵

Die Politik gegenüber den Preisen in den Infrastrukturzweigen, die sowohl in den kapitalistischen wie auch in den Entwicklungsländern besonders stark durch sozialökonomische Faktoren beeinflußt werden, ist eine Arena heftigen politischen Kampfes. In den Bereichen der indischen Infrastruktur herrschen Niedrigpreise (price retention) vor, die auch die Hauptquelle der dort verbuchten Verluste sind. Die festgesetzten Eisenbahnfrachttarife liegen niedriger als in den entwickelten kapitalistischen Ländern. So betrug der Durchschnittstarif pro Tonnenkilometer Fracht in Indien 5,83 Paise (P.), in der BRD jedoch vergleichsweise 27,17 P., in England 15,43 P., in Frankreich 13,37 P., in Japan 9,76 P. und in den USA 7,95 P.¹⁶ Von 1950/1951 bis 1970/1971 stiegen der Durchschnittsfrachttarif pro Tonnenkilometer um 72 Prozent und der durchschnittliche Personentransporttarif pro Passagierkilometer um 69 Prozent. In der gleichen Zeit stiegen jedoch die Preise für Schwarzmetall auf das Dreifache, die für Zement auf das Zweieinhalbfache, die für Kohle auf das 2,4fache, für Dieselöl auf das Doppelte und für Elektroenergie auf das 1,9fache; die Ausgaben für den Arbeitslohn stiegen, umgerechnet auf jeden Beschäftigten, auf das 2,7fache.¹⁷

Den Einfluß der Vorzugstarife auf die finanzielle Lage der Eisenbahn zeigt folgender Vergleich: 1971/1972 betragen ihre Einbußen aus den Transporten zu Vorzugstarifen für die wichtigsten Güterarten (Getreide, Kohle, Futtermittel, Eisen-

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Commerce Yearbook of Public Sector, Bombay 1972, S. 36 f.

¹² Reserve Bank of India Bulletin, Bombay, April 1974, S. 740 - 746.

¹³ Report of the Irrigation Commission, hg. v. Ministry of Irrigation and Power, Bd. 1, New Delhi 1972, S. 262; Draft Fifth Five-Year Plan, a. a. O., S. 61.

¹⁴ Commerce Yearbook of Public Sector, a. a. O., S. 59.

¹⁵ Annual Report on Working Industrial and Commercial Undertakings of Central Government 1972/1973, New Delhi o. J., S. 16.

¹⁶ New Age, New Delhi, 5. 5. 1974.

¹⁷ The Economic Times, Bombay, 3. 3. 1972.

erze, Gips und Kalkstein, Holz, Zuckerrohr, Früchte und anderes) 1 242 Millionen Rs bei einem Gesamtverlust von 149 Millionen Rs.¹⁸ In den folgenden Jahren erwies sich der Einfluß dieser Tarife zusammen mit einer Reihe anderer ungünstiger wirtschaftlicher Umstände als entscheidend. Nach vorliegenden Schätzungen für 1972/1973 wurden beispielsweise 70 Prozent der Warengruppen entsprechend der festgesetzten Nomenklatur mit Verlust transportiert. 1972/1973 brachten 28 Prozent des Gesamtumfangs der Warentransporte Verluste ein, und 1973/1974 vergrößerte sich ihr Anteil auf 60 Prozent.¹⁹ Verluste verursachte der Transport von Getreide, Futtermitteln, Kohle, Eisenerz, Bambus, Zucker, Melasse, Zement, kalziniertem Soda, Holz, Erdöl, Kerosin, Lacken und Farben, Elektroausrüstungen sowie einer Reihe von anderen Waren. Auch auf den Personenstrecken ergeben sich Verluste (75 Prozent im Jahre 1970/1971).²⁰

In allen indischen Bundesstaaten sind niedrige Tarife für das durch die staatlichen Irrigationssysteme für die Landwirtschaft bereitgestellte Wasser festgelegt. Dabei werden in den ersten drei bis vier Jahren minimale Tarife erhoben, damit sich der Bauer an die Dienstleistungen der Irrigationsunternehmen gewöhnt. Im Staate Maharashtra wird im ersten Jahr allgemein keine Bezahlung für dasjenige Wasser gefordert, das Nahrungs- und Futtergetreide bewässert; für alle anderen Kulturen wird nur die halbe Bezahlung gefordert. In Westbengalen wird erst ab viertes Jahr der Wassernutzung der volle Tarif erhoben. Im Staate Madhya Pradesh wird im zweiten Nutzungsjahr nur ein Viertel des Tarifs erhoben, im Laufe der nächsten sieben Jahre die Hälfte. Trotzdem können sich, wie glaubhaft von der Irrigationskommission im Bericht für 1972 bezeugt wird, selbst bei so niedrigen und Vorzugstarifen nur wohlhabende Bauern die Bewässerung ihres Bodens erlauben. Nach Berechnungen der Kommission müßten die Tarife, allein um Verluste bei den Bewässerungsunternehmen zu vermeiden (das heißt, daß sie weder Gewinn noch Verlust hätten), so hoch sein, daß sie 5 bis 12 Prozent der Bruttoeinnahmen der Farmer erreichen würden, was fast dreimal so hoch wäre wie die zur Zeit gezahlten Beträge.²¹

Die Tarife für Elektroenergie sind in Indien im Durchschnitt höher als in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Jedoch auch diese Betriebe bringen, nach Angaben der Elektroenergiebehörden in den Staaten, Verluste. 1970/1971 überstieg der indische Durchschnittstarif für eine Kilowattstunde das Niveau von 1961/1962 um 51,5 Prozent. Der Gesamtindex des Engrospreises stieg auf 186,1.²²

In der Literatur wird manchmal die Meinung vertreten, daß der Preiszuwachs in der Infrastruktur gerechtfertigt sei, weil die Rentabilität gewährleistet sein müsse.²³ Dem kann man schwerlich zustimmen.

Die Verluste des staatlichen Sektors in der Infrastruktur entsprechen zur Zeit genau gesehen den Kosten für das Wachstum der indischen Wirtschaft und der progressiven Umgestaltung ihrer Struktur. Das schließt nicht die Notwendigkeit einer Rationalisierung der Tarife und nicht einmal eine gewisse Erhöhung aus, wenn

18 Reserve Bank of India Bulletin, April 1972, S. 663 - 666.

19 New Age, 5. 5. 1974.

20 Reserve Bank of India Bulletin, April 1972, S. 666.

21 Report of the Irrigation Commission, a. a. O., S. 271 - 277.

22 Index Number of Wholesale Prices in India, hg. v. Ministry of Industrial Development, New Delhi 1970.

23 Strany "tret'ego mira". Vnešneèkonomičeskie svjazi, finansirovanie razvitija, Moskau 1974, S. 79 f.

sie wirtschaftlich gerechtfertigt ist. Der Entwurf des 5. Fünfjahrplanes sieht eine bestimmte Erhöhung der Tarife für Elektroenergie, aber auch für Wasser aus den staatlichen Irrigationssystemen vor. Das Eisenbahnbudget für 1974/1975 sieht neue Tarifierhöhungen für den Fracht- und Passagierverkehr vor.²⁴ Es ist jedoch zweifelhaft, ob es zweckmäßig wäre, um der Überwindung der Verluste wegen auf einen schnellen und bedeutenden Zuwachs in dieser Sphäre zu verzichten, die eine wichtige stimulierende Rolle für die Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft spielt. Diese Zweige sind selbst "allgemeine Produktionsmittel", sie stellen keine Endprodukte her, arbeiten aber für die Industrie, die Landwirtschaft und die anderen Bereiche der Wirtschaft. Es scheint, daß hier das Hauptgewicht auf die Vergrößerung des Umfangs, die Verbesserung der Qualität und die Verbilligung der Dienstleistungen gelegt werden muß. Ob die Ausnutzung des Preismechanismus zur Gewinnmaximierung und darüber hinaus zur Erlangung einer Rentabilität in Höhe derjenigen des industriellen Sektors gerechtfertigt wäre, ist zu bezweifeln. Sicher, hier ist es unvermeidlich, daß das große Privatkapital die niedrigen Preise in seinem egoistischen Interesse ausnutzt. Aber man darf nicht vergessen, daß der wachsende Staatssektor, aber auch die anderen Formationen innerhalb der nationalen Produktion, die zum Wachstum der inneren Akkumulation beitragen sollen, die Produkte und die Dienstleistungen in der Infrastruktur brauchen. Vor allem darf man die Interessen der Landwirtschaft in diesem Zusammenhang nicht unterschätzen. Um die betrügerisch hohen Einnahmen des Großkapitals und der Oberschichten auf dem Lande einzuschränken, kann man Steuermechanismen und andere Maßnahmen mit Erfolg anwenden.

Außerdem muß man bei der Beurteilung des Preismechanismus und des Rentabilitätsniveaus im staatlichen Sektor die Unterschiede zwischen Brutto- und Nettogewinn berücksichtigen. Der Staatssektor Indiens ersetzt durch die Preishöhe die Produktionskosten und erzielt Bruttogewinne, sowohl insgesamt als auch in den einzelnen Zweigen. Die Verluste entstehen jedoch nach dem Abzug der Zinsen für die staatlichen Darlehen, die zwei Drittel der Aktiva im Staatssektor bilden. Nach Angaben von 1967/1968 erbrachten die Irrigationsunternehmen nach Ersatz der Produktionskosten 40,6 Millionen Rs Gewinn. Die zu zahlenden Zinsen betragen jedoch 606,5 Millionen Rs. Das bedeutete im Endergebnis einen Verlust von 565,9 Millionen Rs. Die Eisenbahnen erzielten 1973/1974 einen Bruttogewinn von 689 Millionen Rs, aber nach Abrechnung der Dividenden an den Staatshaushalt in Höhe von 1.686 Millionen Rs entstand ein Defizit von knapp 997 Millionen Rs.²⁵ Nach der Kennziffer Bruttogewinn erzielte der Staatssektor Gewinne, nach der Kennziffer Nettogewinn erlitt er Verluste. Der Staat erhält aus dem Staatssektor keine geringen Beträge in Form von Zinsen, die alle Verluste übersteigen. Folglich bedeuten die Verluste des Staatssektors noch nicht Verluste für den Staat überhaupt. Es entsteht ein eigentümlicher Scheinverlust, der den Anschein einer Nichteffektivität des staatlichen Sektors erweckt. Eine Tarifierhöhung zur Überwindung der Verluste würde deshalb in Wirklichkeit den Unternehmen überstürzt Lasten auferlegen, um die Regierung für das Grundkapital zu entschädigen, das sie dem staatlichen Sektor doch gerade eingeräumt hatte, um das große Programm der Wirtschaftsentwicklung des Landes durchzuführen. Selbstverständlich kann man den Bruttogewinn, wenn er nicht dazu ausreicht, nach Abzug der Zinsen und Steuern Gewinn zu realisieren, nicht für groß genug halten. Von diesem Standpunkt

²⁴ Draft Fifth Five-Year Plan, a. a. O., S. 60 f.

²⁵ Report of the Irrigation Commission, a. a. O., S. 262; Reserve Bank of India Bulletin, April 1974, S. 740 - 746.

aus ist die langfristige Linie der Regierung für das Wachsen der durchschnittlichen Bruttogewinnrate völlig gerechtfertigt.

Auf die Höhe der Produktionskosten wirken solche objektiven Faktoren wie hoher Kapitalumfang und große Ausgaben für die Unterhaltung des Wohnungsfonds sowie des sozial-kulturellen Komplexes wesentlich ein. Der Privatsektor hat keine analogen Ausgaben zu bestreiten. Folglich muß bei der Ausarbeitung der finanziellen Verbindlichkeiten der staatlichen Unternehmen und der Aufgaben zur Erreichung der Rentabilität der gesamte Komplex objektiver Grundlagen untersucht werden. Bei der Bewertung der Effektivität des Staatssektors darf man sie nicht ignorieren.

Sicher, die Verluste üben auch einen gewissen hemmenden Einfluß auf die Verwaltung aus, sie entstellen die Effektivitätsbewertung der Investitionen und der Ressourcenausnutzung und werfen auch in den Augen der Öffentlichkeit ein ungünstiges Licht auf den Staatssektor. All das sind jedoch Kosten des Wachstums einer rückständigen Wirtschaft. Dabei darf man nicht vergessen, daß die ganze Wirtschaft in Widersprüche verstrickt ist. Auf dem Markt prallen die verhältnismäßig isolierten und widersprüchlichen Interessen der Regierung, der Unternehmen und der Verbraucher aufeinander. Diese Interessen einander anzupassen ist unbedingt notwendig. Und es ist höchst zweifelhaft, ob diese komplizierte Aufgabe allein durch das einfache Wachsen der Rentabilität der Unternehmen und durch Preiserhöhungen gelöst werden kann.

Die Rentabilität ist das wichtigste lokale Kriterium der Effektivität von Industrie- und Handelsunternehmen, die in Indien in der Regel als Aktiengesellschaften organisiert sind. Das Preisniveau muß in diesem Bereich der Wirtschaft auf den gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand orientiert sein, um die Ersetzung der Produktionskosten zu sichern und ein vernünftiges Rentabilitätsniveau zu erreichen. Die Plankommission ging davon aus, daß die Staatsunternehmen am Ende des 3. Fünfjahresplanes (1965/1966) einen durchschnittlichen Bruttogewinn von 10 Prozent erreicht haben sollten. Sie sind jedoch noch weit davon entfernt. 1972/1973 betrug die Bruttogewinnrate 5,1 Prozent.²⁶ Wenn man von den positiven Ergebnissen der Geschäftstätigkeit 1972/1973 ausgeht (zum ersten Mal seit vielen Jahren wurde das Defizit überwunden und ein Nettogewinn von 198,5 Millionen Rs erzielt), kann man annehmen, daß die Staatsunternehmen sich dieser Grenze im Verlaufe des 5. Fünfjahresplanes (1974/1975 bis 1978/79) nähern werden.

Orientierung auf die Erhöhung der Rentabilität bedeutet jedoch keineswegs Verzicht auf die Anwendung des Preismechanismus zur Regulierung der Rentabilität in einer Reihe der wichtigsten Industriezweige, auf die Benutzung relativ niedriger Preise, wenn das vom Standpunkt der volkswirtschaftlichen Effektivität im Interesse der Wirtschaftsentwicklung notwendig ist. Hinter der durchschnittlichen Bruttogewinnrate von 5,1 Prozent in den industriellen und kommerziellen Unternehmen 1972/1973 verbergen sich große Unterschiede in den einzelnen Wirtschaftszweigen. So betrug in der Gruppe der Industrieunternehmen, in der sich der überwiegende Teil aller Investitionen des Staatssektors konzentriert, die Durchschnittsrate des Bruttogewinns 3,8 Prozent gegenüber 8,3 Prozent in der Gruppe der Dienstleistungsbetriebe. Auch zwischen den einzelnen Industriezweigen lassen sich überaus große Unterschiede erkennen. In der Schwarzmetallurgie und im Bergbau konnten die Einnahmen aus dem Verkauf der Produkte nicht die Produktionskosten decken, und es wurde, auch wenn man die Kennziffer Bruttogewinn

betrachtet, mit Verlust gearbeitet. Gleichzeitig arbeiteten andere Zweige nach dieser Kennziffer rentabel: die Erdölgewinnungs- und -verarbeitungsindustrie (15 Prozent Gewinn), der mittlere und leichte Maschinenbau (11,7 Prozent), der Bau von Transportausrüstungen (6,1 Prozent), der Schwermaschinenbau (4,1 Prozent), die chemische und pharmazeutische Industrie (3,8 Prozent).²⁷

Wie jedoch bereits erwähnt, erweisen sich die endgültigen Resultate der Geschäftstätigkeit erst nach Abzug der Zinsen für die Regierungsdarlehen aus dem Bruttogewinn.

Tabelle 1

Nettogewinn (+) oder Verlust (-) der industriellen und kommerziellen Unternehmen der Zentralregierung 1972/1973^x
(in Millionen Rs)

Zweig	Ergebnis
Industriebetriebe	- 71,5
Schwarzmetallurgie	- 332,5
Bergbau	- 134,4
Erdölgewinnung und -verarbeitung	+ 365,4
Chemie und Pharmazeutik	- 57,1
Schwermaschinenbau	- 28,3
Mittel- und Leichtmaschinenbau	+ 75,4
Transportausrüstungen	+ 80,0
Konsumgüter	- 40,5
Sonstige Zweige	+ 0,5
Handels- und andere Betriebe des Dienstleistungsbereichs	+ 270,0
Alle Unternehmen	+ 198,5

x Annual Report on Working Industrial and Commercial Undertakings of Central Government 1972, New Delhi 1973, S. 25 f.

Das heißt, der in den Handels- und anderen Betrieben des Dienstleistungsbereichs erbrachte Gewinn deckt den Gesamtverlust der Industrieunternehmen und ergibt einen Nettogewinn von 198,5 Millionen Rs. Solche führenden Industriezweige im Staatssektor wie die Schwarzmetallurgie, die Förderung verwertbarer Bodenschätze (außer der Erdölgewinnung), der Schwermaschinenbau sowie die Chemie und Pharmazeutik arbeiteten mit Verlust. Gleichzeitig vermochte die Erdölindustrie einen bedeutenden Nettogewinn zu realisieren. Ohne diesen würde das finanzielle Endergebnis der Geschäftstätigkeit der Industrieunternehmen noch schlechter aussehen.

Nach vorläufigen Angaben aus dem Rechnungsjahr 1973/1974 erzielten von 120 staatlichen Gesellschaften 81 Gewinne und 39 erlitten Verluste. Insgesamt betrug die Gewinnsumme dieser Gesellschaften 1 370 Millionen Rs und nach Zahlung der Zinsen 660 Millionen Rs. Große Gewinne hatten die Erdölgesellschaften "Indian Oil Corp." und "Oil & Natural Gas Commission", die Handelsgesellschaften (hier hatte den höchsten Gewinn die "Minerals & Metals Trading Corp.") und die Schiffahrtsgesellschaft "Shipping Corporation of India". Die höchsten Verluste hatten die Bergbaubetriebe (300 Millionen Rs); unter den anderen Verlustunternehmen

²⁷ Ebenda.

sind metallurgische Werke, Betriebe zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe, aber auch die Luftfahrtgesellschaften zu nennen,²⁸

Die Preispolitik übt bedeutenden Einfluß auf die Finanzergebnisse der Geschäftstätigkeit des Staatssektors aus. In dem Zusammenhang verdient das Problem der Stahlpreise Aufmerksamkeit. In diesem wichtigen Zweig, auf den fast ein Drittel aller Industrieinvestitionen des staatlichen Sektors entfällt, wurde in dem führenden indischen Unternehmen "Hindustan Steel" seit seinem Bestehen die Niedrigpreispolitik praktiziert. Die indische Regierung trug, als sie die Preise für Stahl limitierte, deren Einfluß auf die Verbraucher Rechnung (zwei Drittel der Produkte der Schwarzmetallurgie gehen in den staatlichen Sektor selbst). Sie bemühte sich, die Verwendung von Stahl in den sich schnell entwickelnden Zweigen der Wirtschaft zu stimulieren, wobei sie sich von Erwägungen volkswirtschaftlicher Effektivität leiten ließ. Hier muß man anmerken, daß in den entwickelten kapitalistischen Ländern ebenfalls Niedrigpreise für Stahl bevorzugt werden und die Schwarzmetallurgie ein wenig rentabler Zweig ist. So beträgt die Gewinnrate in der Stahlgießereiindustrie in den USA 3,5 Prozent, in Japan 1,3 Prozent, in der BRD 2,3 Prozent, in Belgien 1,0 Prozent, in Frankreich 2,4 Prozent und in England treten Verluste auf.²⁹ In Indien liegen die Stahlpreise bedeutend niedriger als in diesen Ländern. Der durchschnittliche Großhandelspreis pro Tonne Stahl betrug Ende 1971 (bei vergleichbaren Erzeugnissen) 717 Rs gegenüber 1 243 Rs in den USA, 1 085 Rs in England und 1 025 Rs in der BRD.³⁰

Immer, wenn die Regierung gezwungen war, eine Preiserhöhung zu sanktionieren (wegen der Inflation wurde das unvermeidlich), bemühte sie sich, die Preise möglichst niedrig zu halten. So stiegen die Produktionskosten je Tonne Stahl von 1964/1965 bis 1969/1970 um 33,6 Prozent, der Großhandelspreis um 21,5 Prozent.³¹ Von Januar bis Juli 1972 erhöhten sich die Produktionskosten pro Tonne Stahl um 100 Rs, aber die Preise stiegen nur um 43 Rs.³² Im September wurde aufgrund der galoppierenden Inflation eine Preiserhöhung um 75 Rs festgelegt.³³ Gleichzeitig wurde in anderen Zweigen der Wirtschaft, einschließlich des ganzen staatlichen Sektors, die Preislimitierung strikt eingehalten. Was die anderen Verbraucher betrifft, so wurde eine allmähliche Preiserhöhung unter Berücksichtigung des allgemeinen und des Zweigindex der Großhandelspreise beschlossen.³⁴ Am 31. März 1973 erreichten die Gesamtverluste der "Hindustan Steel" 2 510 Millionen Rs.³⁵ Nach Berechnungen des Finanzberaters der Gesellschaft, D. Narka, würde das Unternehmen bei Preisen, die die realen Produktionskosten widerspiegeln, nach Abzug der zu entrichtenden Zinsen rentabel, ohne Verlust arbeiten.³⁶

Die von der Regierung durchgeführte Politik der Stahlpreisbeschränkungen ist unter den gegenwärtigen Bedingungen gerechtfertigt. Der amerikanische Ökonom W. Johnson sprach sich zur Sicherung der Rentabilität der indischen Stahlindustrie für rasche Preissteigerungen um 10 bis 15 Prozent aus.³⁷ Ein solcher Vorschlag

28 Bulleten' inostranoj komerčeskoj informacii, Moskau, 24. 9. 1974.

29 The Economic Times, Bombay, 19. 8. 1972.

30 Capital, Kalkutta, 5. 8. 1971.

31 Lok udyog, November 1971, S. 765.

32 The Economic Times, 10. 8. 1972.

33 Annual Report ..., a. a. O., S. 251.

34 New Age, 18. 8. 1974.

35 Ebenda.

36 Nigam, R. K., Management of Public Sector in India, Bombay 1971, S. 250.

37 Johnson, W., The Steel Industry of India, Cambridge 1966, S. 92 - 94.

ist aber völlig von den realen Verhältnissen der indischen Wirtschaftsentwicklung losgelöst. Ihm liegt ein ausgesprochen kapitalistisches Kriterium der Effektivität zugrunde, das automatisch der Rentabilität gleichgesetzt wird. Ein solches Kriterium gibt es in der Schwarzmetallurgie der entwickeltsten kapitalistischen Länder schon lange, es wäre aber absurd, es auf indische Verhältnisse anzuwenden. Die volkswirtschaftliche Effektivität der "Hindustan Steel" unterliegt keinem Zweifel. In den zwanzig Jahren ihrer Tätigkeit stellte sie den übrigen Wirtschaftszweigen 12,8 Millionen Tonnen Roheisen, 22 Millionen Tonnen Stahl sowie viele andere Produkte in einem Gesamtwert von 35 940 Millionen Rs zur Verfügung. Die Gesellschaft exportierte mehr als 6 Millionen Tonnen verschiedener Produkte in 40 Länder der Erde und erwirtschaftete 2 140 Millionen Rs Devisen für das Land. In kurzer Frist entstand im Lande eine starke und sich entwickelnde Basis für eine einheimische Metallurgie. Die technischen Verfahren, die in ihren Werken angewandt werden, entsprechen dem Welthöchststand.³⁸

Ein anderer wichtiger Produktionszweig, in dem die Regierung die Preise limitiert, ist die Produktion von Mineraldünger. Indien ist hinsichtlich der Chemisierung der Landwirtschaft weit hinter den industriell entwickelten Ländern zurückgeblieben. Der Einsatz von Mineraldünger pro Hektar Bodenfläche erreicht dort nur 13,2 Kilogramm, gegenüber 400 in der BRD, 599 in Belgien und 749 Kilogramm in Holland.³⁹ Die Preise für die Hauptdüngersorten sind in Indien beträchtlich höher als in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Kauf und Einsatz von Dünger diente bisher im wesentlichen nur dem wohlhabenden Teil der Bauernschaft. Die Regierung bewilligte nur ungern Preiserhöhungen, weil sie bestrebt ist, den Düngerverbrauch zu stimulieren. Von 1961/1962 bis 1969/1970 stieg der allgemeine Preisindex auf 171,6 Punkte, während sich die Engrospreise für Düngemittel im Durchschnitt nur um 38,6 Prozent erhöhten.⁴⁰ Unter dem Einfluß der sich verschärfenden Inflation war die Regierung jedoch gezwungen, Erhöhungen des Engrospreises zu sanktionieren. Gleichzeitig wurden in den Staaten die Subventionen zur Stützung des realisierten Endpreises erhöht. Bei dem so gestalteten Engrospreis konnte der Hauptdüngerproduzent im Staatssektor, die "Fertiliser Corporation of India", den Bruttogewinn von 3,0 Prozent 1970/1971 auf 7,7 Prozent 1972/1973 und den Nettogewinn von 0,4 auf 2,5 Prozent anheben. Ein anderes Staatsunternehmen, "Fertilisers & Chemicals Travancore", bleibt bis jetzt nach allen Rentabilitätskennziffern ein Verlustgeschäft. Das dritte Unternehmen, "Madras Fertilisers", erreichte 1972/1973 5,4 Prozent Gewinn, aber nach der Zinszahlung ergab sich ein Verlust.⁴¹ Die Produktionsbetriebe plädierten für eine Preishöhe, die einen Bruttogewinn von 9 bis 10 Prozent sichern würde. Das Ministerium für Nahrungsmittel und Landwirtschaft, die Regierungen der Staaten und die Bauernorganisationen wandten sich jedoch dagegen. Die Preishöhe für Düngemittel beeinflusst die Produktivität und Akkumulation der Bauernwirtschaften beträchtlich. Die Preispolitik im staatlichen Sektor muß nicht nur das Wachstum der eigenen Akkumulation sichern, sondern auch ihr Wachstum in anderen Bereichen, vor allem im bäuerlichen Sektor der Wirtschaft, der den Hauptanteil am Nationaleinkommen des Landes erbringt. Die Bemühungen der Regierung, die Düngemittelpreise möglichst in Grenzen zu halten, sind also sehr begründet.

³⁸ New Age, 18. 8. 1974.

³⁹ Ebenda, 5. 7. 1974.

⁴⁰ Index Number of Wholesale Princes in India, a. a. O.

⁴¹ Annual Report ..., a. a. O., S. 33 - 35.

Wie bereits gesagt, ist im staatlichen Sektor Indiens die Tendenz zu beobachten, die Preise des kapitalistischen Weltmarktes (import-parity price) anzuwenden. Selbstverständlich kann man nicht negieren, daß in den Weltmarktpreisen bestimmte Stimuli zur Vervollkommnung der Wirtschaftlichkeit vorhanden sind, die mit den Auswirkungen des internationalen Handels auf die Produktion zusammenhängen und die "monopolistische Tendenzen" des Staatssektors einschränken. Sie bringen jedoch auch ernste Schwierigkeiten und Widersprüche hervor. So ist der Großhandelspreis für Erdöl und Erdölprodukte in Indien an den Weltmarktpreis gebunden. Im Jahre 1973 betrug der Verbrauch von Rohöl im Lande 20,5 Millionen Tonnen, wovon 13,4 Millionen Tonnen importiert wurden.⁴² Die Preise für das gekaufte Öl stiegen stark an. Wenn Anfang 1970 der durchschnittliche Fob-Preis für importiertes Erdöl 1,28 Dollar pro Barrel betragen hatte, so erreichte er 1974 10 Dollar.⁴³ Im Rechnungsjahr 1972/1973 verschlangen die Ausgaben für Ölimporte 11 Prozent der Deviseneinnahmen aus dem Export, 1974/1975 können sie nach vorliegenden Schätzungen 80 Prozent erreichen.⁴⁴ Aus diesen Gründen war die indische Regierung zu beträchtlichen Binnenpreiserhöhungen gezwungen. Wie bereits gesagt, ist die Erdölförderung und -verarbeitung im staatlichen Sektor hochrentabel, 1972/1973 erwirtschaftete sie hohe Gewinne. In dem genannten Rechnungsjahr betrug der Bruttogewinn bei der "Indian Oil Corp." 32,2 Prozent und der Nettogewinn 11,6 Prozent, bei der "Indian Oil International" 60 bzw. 33 Prozent; bei der "Indian Burma Petroleum Comp." 42,5 bzw. 9,5 Prozent; bei der "Labrisol India" 33,7 bzw. 22,8 Prozent und bei den "Madras Raffineries" 26,0 bzw. 17,3 Prozent.⁴⁵ Wenn die Erdölindustrie aus den Weltmarktpreisen auch Vorteile zog, so befinden sich andere Zweige, in denen der Weltmarktpreis verwendet wurde, in einer ganz anderen Lage. Die Regierung zahlte Subventionen an die Schiffsbauengesellschaft "Hindustan Shipyard", die Schiffe auf der Basis des Preises englischer Schiffsbauunternehmen verkaufte. Für die Zeit von 1971 bis 1981 wurde der Gesellschaft das Recht zugestanden, die Preise 5 Prozent über das Weltmarktniveau anzuheben, um eine Rentabilität von 4 bis 5 Prozent zu erzielen.⁴⁶ Das führende Schwermaschinenbauunternehmen im Staatssektor "Heavy Engineering Corporation" richtete seine Preise nach den Produktionskosten führender englischer Firmen (landed cost) und ist bisher nach allen Rentabilitätskennziffern ein Verlustgeschäft.⁴⁷ In ähnlicher Situation befand sich die "Mining and Elight Machinery Corporation".⁴⁸ Gleichzeitig konnten die Betriebe des Elektroschwermaschinenbaus "Heavy Electricals of India" und "Bharat Heavy Electricals" ihre Geschäftstätigkeit so vervollkommen, daß sie trotz des strengen Rahmens der "landed costs" auch 1972/1973 Nettogewinne von 73 bis 74 Millionen Rs verbuchten.⁴⁹

Die Kompliziertheit und Widersprüchlichkeit der praktischen Anwendung des Weltmarktpreises hängt auch mit den Schwierigkeiten zusammen, die sich ergeben, wenn indische und ausländische Waren gleichgesetzt werden, wobei der Einfluß

42 Government of India, Ministry of Petroleum and Chemicals, Report 1972/1973, New Delhi o. J., S. 1.

43 Ebenda, S. 2.

44 New Age, 13. 1. 1974.

45 Annual Report ..., a. a. O., S. 33 - 35.

46 Lok udyog, September 1971, S. 597.

47 Annual Report ..., a. a. O., S. 33 - 35.

48 Ebenda, S. 31 - 35.

49 Ebenda, S. 21.

der Subventionen für Exporte in kapitalistische Länder, der Kurs der Rupie und insbesondere die indirekte Besteuerung das Bild verzerren. Das führt dann dazu, daß die festgesetzten Preise häufig den errechneten (cost plus basis) angenähert werden. Darin zeigt sich, daß die Preisbildung nicht vom nationalen Wert losgelöst werden kann. Zugleich ist die Anwendung von Weltmarktpreisen in einer Reihe von Zweigen des Staatssektors zulässig und berechtigt. In dem Maße, wie der Staatssektor wächst und seine Effektivität sich steigert, wird in Zukunft die Preisbildung vorrangig von den nationalen gesellschaftlichen Produktionskosten ausgehen. Jetzt jedoch können, wenn die festgelegten Preise das Durchschnittsniveau der Rentabilität im staatlichen Sektor herabsetzen, die Gewinne der Unternehmen aus der Abteilung II der gesellschaftlichen Produktion und einigen anderen, die auf der Grundlage der Konkurrenz arbeiten, benutzt werden, um die Verluste zu "kompensieren". So haben die nationalisierten Textilbetriebe nach ihrem Übergang in den Staatssektor schon verheißungsvolle Resultate erbracht. Von Januar bis September 1973 haben 88 nationalisierte Textilbetriebe 56 Millionen Rs Nettogewinn erwirtschaftet. Solange sie in Privatbesitz waren, brachten sie chronisch Verluste ein.⁵⁰ Neben den Konkurrenzpreisen ist es in bestimmten Grenzen auch möglich, Monopolpreise anzuwenden, zum Beispiel bei der Produktion von Luxusartikeln, in einigen Dienstleistungsbereichen und anderen Fällen.

Wie bereits gesagt, hatten 1972/1973 die Dienstleistungsunternehmen einen Nettogewinn von 270 Millionen Rs, davon erbrachten 144,3 Millionen Rs die Handelsfirmen. Die zwei führenden Handelsbetriebe "State Trading Corporation" und "Minerals & Metals Trading Corporation" haben den Hauptanteil daran. Sie brachten 59,3 und 52,5 Millionen Rs ein. Gute finanzielle Ergebnisse erzielte auch die Hochseeschiffahrtsgesellschaft "Shipping Corporation of India", und zwar 80 Millionen Rs Nettogewinn.⁵¹

Die Funktionen der Preise im Staatssektor sind überaus vielgestaltig und widersprüchlich. Auf der einen Seite ist es notwendig, ein entsprechend großes Äquivalent auf der Grundlage des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwandes entsprechend dem Wertgesetz zu haben. Praktisch bedeutet das, daß die Unternehmen, wenn sie innerhalb der gesellschaftlichen Durchschnittsnorm des Aufwandes zur Herstellung der Produkte bleiben, die Möglichkeit erhalten müssen, die Produktionskosten durch den Preis zu ersetzen und einen bestimmten Gewinn auf das Kapital zu realisieren. Andererseits ist eine Umverteilung des Wertes objektiv notwendig. Das kann eine innere, innerhalb des Staatssektors selbst sein oder auch eine äußere, zwischen den Formationen, die die makroökonomischen (sozialökonomischen) Funktionen des staatlichen Sektors in der sich entwickelnden Wirtschaft verkörpert. Es ist anzunehmen, daß die Preisbildung in der gegenwärtigen Etappe der wirtschaftlichen Entwicklung Indiens allmählich die Äquivalenz für den Staatssektor insgesamt gewährleisten soll. In der Perspektive werden sich mit der Verstärkung und Festigung des Staatssektors die Bedingungen für ein rentables Wirtschaften in seinen einzelnen Zweigen herausbilden.

Das Wachsen der Effektivität des Staatssektors setzt die allmähliche Erhöhung seiner Rentabilität und die Vergrößerung seines Beitrages zum inneren Akkumulationsfonds voraus, unter den Einschränkungen, die ihm durch seine makroökonomischen, sozialökonomischen Verpflichtungen auferlegt sind. In der Hauptsache muß das durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Produk-

⁵⁰ New Age, 31. 3. 1974.

⁵¹ Annual Report ..., a. a. O., S. 21 f.

tionskosten geschehen. Eine vernünftige Preispolitik ist dabei von erstrangiger Bedeutung.

Das erfordert natürlich die Schaffung eines wirksamen Organisationsmechanismus zu ihrer Durchsetzung. Seine Notwendigkeit ergibt sich aufgrund der vielschichtigen Wirtschaft selbst. Es ist bekannt, daß in den entwickelten kapitalistischen Ländern die Preispolitik im Staatssektor meist entsprechend den Bedürfnissen der Reproduktion des Monopolkapitals angewandt wird. Eine Analyse der Preisbildungspraxis im Staatssektor Indiens gibt keinen Grund zu der Annahme, daß dort eine analoge Politik verfolgt würde. Natürlich profitiert das Privatkapital von den dort für eine Reihe wichtiger Produkte und Dienstleistungen festgelegten niedrigen Preisen; jedoch im gleichen Maße trifft das für den staatlichen Sektor selbst zu. In der Politik der indischen Regierung zeigt sich in letzter Zeit deutlich die Tendenz, die niedrigeren Formationen der Wirtschaft zu unterstützen. Schon aus diesen Gründen ist es zweifelhaft, daß die Preisbildung im Staatssektor staatsmonopolistischen Charakter erhalte und im Interesse des Großkapitals genutzt würde. Das bedeutet aber nicht, daß das Großkapital überhaupt nicht gedenkt, sich die Preispolitik des Staatssektors für seine Interessen zunutze zu machen. Diese Preispolitik ist keineswegs frei von staatsmonopolistischen Erscheinungen. Es ist völlig natürlich, daß man in einer aus vielen Formationen bestehenden Wirtschaft den Einfluß des großen nationalen Privatkapitals auf die Politik der Regierung beachten muß und daß man die komplizierten und widerspruchsvollen Wechselwirkungen des staatlichen und privaten Sektors ebenso in Betracht ziehen muß wie die Klassenzusammensetzung der Führungsschicht des Staatssektors. Obwohl es schwierig ist, in der indischen ökonomischen Literatur und in den offiziellen Dokumenten systematische Angaben zu finden, die diese Seite der Preisbildung beleuchten, werden in der demokratischen Presse oft Fakten angeführt, die probourgeoise Tendenzen im Staatssektor aufdecken. So verkaufte die Energiebehörde des Staates Uttar Pradesch den privaten Gesellschaften "Hindalco" und "Kanoria Chemicals" Elektroenergie zu Vorzugspreisen. Von 1962 bis 1971 verbuchte sie dadurch Verluste in Höhe von 173 Millionen Rs.⁵² Eine unbegründete Tarifenkung wurde in der Geschäftspraxis der Verwaltung des Staates Westbengalen aufgedeckt. Sie lieferte der Gesellschaft zur Elektrizitätsversorgung Kalkuttas, in der englisches Kapital dominiert, Energie zum Verlusttarif von 2, 0 bis 4, 2 P. je Kilowattstunde bei Produktionskosten von 5, 64 P. und erlitt große Verluste. Die Gesellschaft verkaufte die Energie jedoch im nichtindustriellen Bereich zu dem hohen Tarif von 18, 75 P. Da sie bedeutende Gewinne erzielte, umging sie die notwendige Rekonstruktion des Unternehmens und verhinderte dadurch die Überwindung des bestehenden starken Energiemangels in diesem Staat.⁵³ Bis jetzt sind in den Bilanzen der Energiebehörden der Staaten noch nicht eingetriebene Schulden privater Unternehmen und wohlhabender Bauern in Höhe von 1 443 Millionen Rs verzeichnet. Für diese Summen wurden keinerlei Zinsen aufgerechnet.⁵⁴ Eine Menge Fakten über Spekulationen mit auf dem Schwarzen Markt verkauften Stahl kamen zutage, der bei der "Hindustan Steel" zu niedrigen Preisen erworben und dann durch Händler dreimal so teuer an Privatbetriebe verkauft wurde.⁵⁵ Ähnliche Fälle wurden aus der Kohlenbranche bekannt, hier trat die Vereinigung der Kohlenindustrie in Erscheinung.⁵⁶ Die nationalisierten Privatbanken und die

52 New Age, 27. 1. 1973.

53 Ebenda, 6. 5. 1973.

54 Ebenda, 21. 7. 1974.

55 Ebenda.

56 Ebenda, 2. 6. 1974.

staatlichen Finanzorganisationen gewährten umfangreiche und Vorzugskredite an die private Industrie, das Handelskapital und an die wohlhabende Bauernschaft.⁵⁷ Auf der anderen Seite sind im staatlichen Sektor Fälle unbegründeter Preiserhöhungen zu beobachten, so bei den staatlichen Handelsorganisationen. Im August 1972 kam es im Parlament zu heftigen Debatten wegen der Preiserhöhungen der "State Trading Corporation" und der "Minerals & Metals Trading Corporation". Letztere wurde insbesondere bezichtigt, den Buntmetallpreis 20 bis 25 Prozent höher, als der Weltmarktpreis liegt, festgesetzt zu haben, um die Kostenziffern und damit die Basis für die Gewinnberechnung zu erhöhen. Der "State Trading Corporation" wurde vorgeworfen, beim Import und dem Verkauf von Medikamenten Gewinne von 200 bis 300 Prozent erhalten zu haben.⁵⁸

In jüngster Zeit nahm eine spezielle Arbeitsgruppe der Regierung ihre Tätigkeit auf, die die sozialen und finanziellen Verpflichtungen erarbeiten soll, die den staatlichen Unternehmen auferlegt werden, und die auf dieser Grundlage die Preispolitik im Staatssektor klar definieren soll. Das ist sehr wichtig. Im Lande wächst die Inflation. Der Großhandelspreisindex für alle Waren lag im Juni 1974 bei 301,7 Punkten (1961/1962 = 100).

Tabelle 2

Großhandelsindex für einzelne Warengruppen 1974⁺
(1961/1962 = 100)

Warengruppe	Index
Nahrungsgetreide	347,8
Industrielle Rohstoffe	332,7
Chemikalien	279,1
Industrielle Fertigprodukte	225,5
Maschinelle Ausrüstungen	227,3
Brennstoffe, Elektroenergie	286,8

+ New Age, 23. 6. 1974.

Bei derartig ungleichmäßigen Preisbewegungen verstärken sich die Tendenzen zu neuen Verteilungsverhältnissen in der Wirtschaft. Die Preisveränderungen gehen zu Lasten der verarbeitenden Industrie, in deren neuesten Zweigen sich die größten staatlichen Unternehmen konzentrieren. Deshalb ist die Ausarbeitung einer Preispolitik, die den Belangen dieser Zweige des staatlichen Sektors und auf dieser Grundlage jeder Gesellschaft und Corporation entspricht, dringend notwendig. Die Frage der Schaffung eines obersten Fach- und Kontrollorgans der Regierung für die Preisbildung im Staatssektor wird erörtert. Im Zusammenhang damit muß unterstrichen werden, daß die Beseitigung des Bürokratismus, des Lokalpatriotismus und vor allem der sozialen Korruption auf dem Gebiet der Preisbildung nicht möglich ist ohne eine tiefgründige Demokratisierung der Leitung des Staatssektors.

Die Konzeption und die Praxis der Preisbildung im Staatssektor Indiens gestalten sich entsprechend ihren Aufgaben im Kampf um die wirtschaftliche Selbständigkeit. Die Schaffung eines effektiven Preisbildungsmechanismus in einer aus vielen Formationen bestehenden Wirtschaft ist mit unzähligen objektiven und subjek-

⁵⁷ Ebenda, 4. 8. 1974.

⁵⁸ The Economic Times, 29. 8. 1972.

tiven Schwierigkeiten verbunden. Die Hauptschwierigkeit besteht darin, daß der Staatssektor nicht die Kontrolle über die Preisbewegungen ausüben, nicht die Inflation zügeln kann. Vorläufig zeigt er erst Tendenzen, die führende Formation in der Wirtschaft zu werden.

Die Schaffung eines vernünftigen Preissystems auf ökonomisch begründetem Niveau - das ist die wichtigste Bedingung für die Effektivität des staatlichen Sektors.

(Übersetzt von Ralf-Dietrich Jung)

ZUM EINFLUSS DES "WEALTH OF NATIONS" AUF DIE ÖKONOMEN DES DEUTSCHEN BÜRGERTUMS

Die ökonomischen Auffassungen des Christian Jacob Kraus

von Hermann Lehmann

Aufgabenstellungen und Streitpunkte

Kraus - ein progressiver deutscher Ökonom

Kraus' Auffassung von den objektiven Gesetzen

Kraus' Verteidigung der klassischen Werttheorie

Kraus' Parteinahme für antifeudale Reformen

Aufgabenstellungen und Streitpunkte

Vor zweihundert Jahren veröffentlichte Adam Smith (1723 bis 1790), der "Grundleger der politischen Ökonomie"¹, sein epochemachendes Werk "An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations". In der vormarxistischen Sozialanalyse ist es der umfassendste "Versuch, in die innre Physiologie der bürgerlichen Gesellschaft einzudringen".²

Marx schreibt: "Die Grundlage, der Ausgangspunkt der Physiologie des bürgerlichen Systems - des Begreifens seines innren organischen Zusammenhangs und Lebensprozesses - ist die Bestimmung des Werts durch die Arbeitszeit."³ Von dieser Wertbestimmung ausgehend, erforschte Smith die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse seiner Zeit und prägte die damalige "politische Ökonomie, die als eigne Wissenschaft erst in der Manufakturperiode aufkommt"⁴ und "wesentlich ein Kind des 18. Jahrhunderts"⁵ ist. Sein Buch ist die bedeutendste ökonomische Untersuchung aus der Zeit des Manufakturkapitalismus und zugleich das Hauptwerk der klassischen politischen Ökonomie des Bürgertums.

1 Marx, Karl, Aus der "Kritischen Geschichte", in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 217.

2 Derselbe, Theorien über den Mehrwert, in: ebenda, Bd. 26, 2, Berlin 1967, S. 162.

3 Ebenda, S. 163.

4 Derselbe, Das Kapital, Bd. 1, in: ebenda, Bd. 23, Berlin 1962, S. 386.

5 Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: ebenda, Bd. 20, a. a. O., S. 140.

Aus der entscheidenden wissenschaftsgeschichtlichen Bedeutung des "Wealth of Nations" erwuchs dessen Rolle in den Klassenkämpfen der vergangenen zwei Jahrhunderte.

Da das "Wealth of Nations" die Überlebtheit des Feudalismus und die Notwendigkeit seiner Überwindung in bislang nicht gekannter Gründlichkeit nachwies, lieferte es dem Bürgertum das für seine historische Mission unerläßliche theoretische Rüstzeug; infolgedessen wurde es auch Ziel heftiger reaktionärer Angriffe. Dieser Gesichtspunkt bestimmte in England und Frankreich bis etwa 1830, in Deutschland bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts in erster Linie die große Wirksamkeit des Werks.

In der folgenden Zeit beherrschten zwei andere Aspekte die geistige Auseinandersetzung um das "Wealth of Nations".

Einerseits verzichtete die bürgerliche politische Ökonomie in dem Maße, wie die Bourgeoisie an der politischen Macht beteiligt wurde, auf die Analyse der inneren Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Wirtschaft und wurde zur Vulgärökonomie. Damit verlor Smith' Argumentation nicht nur ihre Anziehungskraft auf bürgerliche Theoretiker. Diese gerieten sogar in Verlegenheit, wenn sie auf diejenigen Smithschen Erkenntnisse zu sprechen kamen, die sich aus der klassischen Arbeitswert- und Mehrwerttheorie ergeben. Vom Standpunkt der an der Macht beteiligten Bourgeoisie bedurfte sie der antifeudalen Ideologie nicht mehr. Angesichts der industriellen Entwicklung wiesen sie auch auf die begrenzte Gültigkeit der für den Manufakturkapitalismus getroffenen Aussagen im "Wealth of Nations" hin.

Andererseits entstanden das Industrieproletariat und der Marxismus als dessen ideologische und wissenschaftliche Waffe für den Kampf um die revolutionäre Beseitigung des Kapitalismus. Weil die klassische politische Ökonomie des Bürgertums, wie sie sich von William Petty (1623 bis 1687) bis David Ricardo (1772 bis 1823) herausgebildet hat, "den innern Zusammenhang der bürgerlichen Produktionsverhältnisse erforscht im Gegensatz zur Vulgärökonomie, die sich nur innerhalb des scheinbaren Zusammenhangs herumtreibt"⁶, ist sie eine Quelle des Marxismus. Wenn die bürgerliche politische Ökonomie heute Smith' klassische Analysen wissenschaftlich würdigen wollte, müßte sie auch deren Weiterführung und Aufhebung in der marxistischen politischen Ökonomie anerkennen. Vor allem deshalb wendet sich die Mehrzahl der bürgerlichen Ökonomen gegen die klassische Theorie von Smith.⁷

Diese drei Gesichtspunkte - die Progressivität des Werks, die vulgärökonomische Verleugnung der klassischen politischen Ökonomie, die klassische politische Ökonomie als Quelle des Marxismus - sind für eine marxistische Untersuchung über den Einfluß des "Wealth of Nations" unter den deutschen Ökonomen wichtig. Eine solche Untersuchung trüge nicht nur - in engerem Sinn theoriegeschichtlich gesehen - dazu bei, die Wirkungsgeschichte des "Wealth of Nations" und die Geschichte der politischen Ökonomie in Deutschland weiter aufzuhellen. Sie beleuchtete zugleich die Geschichte der Klassenkämpfe in Deutschland, das theoretische Verständnis der progressiven Kräfte, ihr Selbstverständnis als Voraussetzung für geschichtsbewußtes Handeln. Sie diene dazu, den geschichtlichen Zusammen-

⁶ Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, a. a. O., S. 95.

⁷ Vgl. Thal, Peter, 200 Jahre Adam Smith' "Reichtum der Nationen", in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Gesellschafts- u. sprachwiss. Reihe, Nr. 4/1975, S. 67 - 75.

hang zwischen dem Kampf der mit den Erkenntnissen des "Wealth of Nations" ausgerüsteten progressiven bürgerlichen Kräfte und dem Kampf der marxistischen Arbeiterbewegung tiefer zu erfassen; sie begegnete den bürgerlichen und sozialdemokratischen Versuchen, die damaligen Bestrebungen auf eine opportunistische Reformbewegung zurechtzustutzen, um heutige Reformrezepte historisch zu legitimieren.

Eine solche Untersuchung wäre Teil eines größeren Programms, dessen Realisierung noch zahlreiche Detailforschungen über den Einfluß des "Wealth of Nations" auf die ökonomischen, philosophischen und politischen Auffassungen erfordert. So ist der Zusammenhang zwischen klassischer politischer Ökonomie und klassischer deutscher Philosophie von marxistischer Seite ungenügend erforscht⁸; die drei Quellen des Marxismus - die klassische politische Ökonomie, die klassische Philosophie, der utopische Sozialismus - sind noch nicht im einzelnen unter dem Gesichtspunkt ihrer wechselseitigen Beeinflussung dargestellt. Ebenso fehlt eine eingehende Untersuchung über den Einfluß des "Wealth of Nations" auf den deutschen Liberalismus und besonders die preußischen Reformer. Aus der Vielzahl der Aufgabenstellungen sei außerdem angeführt, daß es Betrachtungen zum Verhältnis zwischen Goethe und Smith gibt, die fortzuführen sind.⁹

Nicht nur das umfassendere Programm, sondern selbst das enger umrissene Verhältnis der deutschen ökonomischen Theoretiker zu Smith bedarf tieferer Erforschung.¹⁰ Grenzt man diese Thematik weiterhin ein auf den Zeitraum seit der ersten deutschen Übersetzung des "Wealth of Nations" 1776/78 bis zur Revolution 1848, in dem die Stoßrichtung der bürgerlichen Klassenauseinandersetzung noch vorherrschend antifeudal war und daher noch keine allgemeine Wende der bürgerlichen politischen Ökonomie zur Vulgärökonomie erfolgte, so muß man zunächst mehrere Abschnitte mit unterschiedlichen Akzenten feststellen.

In den achtziger Jahren war es noch relativ still um Smith' politische Ökonomie. 1791 begann Christian Jacob Kraus (1753 bis 1807) seine ökonomischen Vorlesungen auf der Grundlage der Smithschen Theorie; veröffentlicht wurden sie erst 1808 und 1811 nach seinem Tode. Georg Sartorius (1765 bis 1828) begann ebenfalls 1791 Vorlesungen nach Smith' Theorie; sein "Handbuch der Staatswirthschaft, zum Gebrauche bey akademischen Vorlesungen nach Adam Smith's Grundsätzen ausgearbeitet", erschien 1796. Eine zweite Ausgabe unter dem Titel "Von den Elementen des Nationalreichthums und von der Staatswirthschaft, nach Adam Smith", erschien 1806. In den Jahren von 1800 bis 1804 brachte August Ferdinand Lueder (1760 bis 1819) drei Bände unter dem Titel heraus: "Über Nationalindustrie und

8 Vgl. Oncken, August, Adam Smith und Immanuel Kant, Leipzig 1877 (ein bürgerliches Standardwerk).

9 Vgl. Klingenberg, Anneliese, Goethes Roman "Wilhelm Meisters Wanderjahre", Berlin/Weimar 1972; dieselbe, Diskussionsbeitrag auf dem Kolloquium "200 Jahre Adam Smith' 'Reichtum der Nationen'", 20. 9. - 1. 10. 1975 in Halle.

10 Vgl. die bürgerlichen Untersuchungen Hasek, C. W., The Introduction of Adam Smith's Doctrines into Germany, New York 1925; Price, M. B. / Price, L. M., The Publication of English Humaniora in Germany in the Eighteenth Century, in: Modern Philology, Nr. 44/1955; Graul, Hugo, Das Eindringen der Smithschen Nationalökonomie in Deutschland und ihre Weiterbildung bis zu Hermann, rechts- u. staatswiss. Diss. Halle 1928; Erämetsa, Erik, Adam Smith als Mittler englisch-deutscher Spracheinflüsse, Helsinki 1961.

Staatwirtschaft. Nach Adam Smith bearbeitet". Diese Schriften waren in einer Zeit verstärkter kapitalistischer Entwicklung entstanden, 11

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts beeinflussten die Darstellungen auf der Grundlage des "Wealth of Nations" noch das bürgerliche Denken in Deutschland; daneben wurden freilich zunehmend die ins Deutsche übertragenen vulgären Smith-Popularisierungen von Jean Baptiste Say (1767 bis 1832) gelesen. Mit den Schriften besonders von Ludwig Heinrich Jakob (1759 bis 1827) setzte bereits eine Vermengung der Auffassungen von Smith und Say ein, ohne daß jedoch die klassischen Darstellungen von Smith verleugnet wurden. Gleichzeitig begann mit der intensiveren Diskussion um die Entwicklung der politischen Ökonomie an den deutschen Hochschulen eine umfangreiche Publikation antiklassischer vulgärökonomischer Vorstellungen.

Seit den zwanziger Jahren gab es, vor allem im Werk von Johann Heinrich von Thünen (1783 bis 1850), Versuche, ausgehend von Smith, die mit dem aufkommenden Industriekapitalismus entstehenden Fragen theoretisch zu erfassen.¹²

Am wenigsten befriedigt bei der kritischen Erfassung der deutschen Rezeption des Werks von Smith die bisherige marxistische Einschätzung des Abschnitts, der das Wirken von Kraus, Sartorius und Lueder umfaßt. Der Grund hierfür ist wohl vor allem darin zu suchen, daß die marxistischen Detailuntersuchungen nicht so weit gediehen sind, um die bürgerlichen Beurteilungen dieses Abschnitts vollends zu entkräften.

In bürgerlichen Darstellungen über die Geschichte der politischen Ökonomie erfahren die deutschen Interpreten des "Wealth of Nations" häufig eine abwertende Einschätzung als angeblich dogmatische, unkritische Anhänger von Smith. In diesem Zusammenhang ist die historische Quelle interessant. Erstmals wurden nämlich diese Einwände vorgebracht, als die Gegner der preußischen Reformen deren theoretisch-ökonomische Grundlage, das "Wealth of Nations", heftig angriffen und die deutschen Vertreter jener klassischen Lehre als Nachbeter falscher Auffassungen befuhdeten. Diese Einschätzung wurde kritiklos in die Literatur der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts übernommen und ist bis heute vor allem in zweitrangigen Lehrbüchern üblich.

Eine solche Charakteristik geht von der falsch gestellten Frage nach einer angeblich erforderlichen "Originalität" der erwähnten Ökonomen aus. Falsch ist diese Vorstellung deshalb, weil der Theoriehistoriker annehmen kann, daß Smith im wesentlichen die Erkenntnismöglichkeiten, die der englische Manufakturkapitalismus bot, ausschöpfte. Ungeachtet einzelner närrischer Schnitzer stieß Smith, wie Marx nachweist, bis zu den durch den damaligen objektiven Entwicklungsstand gezogenen Grenzen der theoretischen Analyse vor. Daher ging es in Deutschland, dessen wirtschaftliche Verhältnisse gegenüber England zurückgeblieben waren, in erster Linie um Verständnis, Verbreitung und Anwendung der klassischen politischen Ökonomie auf die konkreten Zustände.

11 Vgl. Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849, Berlin 1961, S. 25 ff.

12 Vgl. Lehmann, Hermann, Ricardos und Thünens Grenzanalyse auf der Grundlage der klassischen Arbeitswerttheorie, in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 1/1976.

Außerdem muß beachtet werden, daß bürgerliche Autoren unter einer angeblich schöpferischen Weiterbildung der Smithschen Auffassungen in der Regel deren Vermengung mit und Ersetzung durch Vorstellungen der Vulgärökonomie verstehen. Sie loben daher liberale Smith-Gegner als die eigentlichen, kritischen Schüler von Smith. Ihr Fehler besteht darin, daß sie alle liberal orientierten Ökonomen ausnahmslos zu einem großen Kreis von Smith-Anhängern zählen und dabei das grundsätzliche Kriterium für die Zugehörigkeit zur klassischen politischen Ökonomie, nämlich die Stellung zur Arbeitswert- und Mehrwerttheorie, ummünzen in ein Merkmal zur Unterscheidung zwischen "schöpferischen" und "dogmatischen" Anhängern. Wie sehr solche Autoren die Geschichte der politischen Ökonomie entstellen, wird zum Beispiel augenscheinlich, wenn sie Johann Friedrich Eusebius Lotz (1771 bis 1838), der seiner gegen Smith' klassische Auffassungen gerichteten Schrift den programmatischen Titel "Revision der Grundbegriffe der Nationalwirthschaftslehre" gab, zu den schöpferischen, undogmatischen Smith-Anhängern rechnen.

Dennoch hatten die deutschen Anhänger des klassischen Smith Verdienste um die Entwicklung der politischen Ökonomie in Deutschland. Die Situation in der ökonomischen Literatur am Ausgang des 18. Jahrhunderts war dadurch gekennzeichnet, daß der Physiokratismus bereits in den siebziger und achtziger Jahren, vor allem dank dem unermüdlichen Wirken von Johann August Schlettwein (1731 bis 1802)¹³, wesentlich dazu beigetragen hatte, die Positionen eines mit monetaristischen und merkantilistischen Vorstellungen durchsetzten feudalabsolutistischen Kameralismus zu erschüttern.¹⁴ Aber die Einseitigkeiten des Physiokratismus überhaupt und zudem seiner deutschen Variante hatten es unmöglich gemacht, einen endgültigen Sieg zu erringen über den kameralistischen "Brei von allerhand Allotriis, wie sie einem Regierungsreferendarius zum Staatsexamen nützlich sind".¹⁵ Unter diesen Umständen spielten die Übersetzungen des "Wealth of Nations" und die Bearbeitungen durch Kraus, Sartorius und Lueder eine große Rolle. Ohne sie ist die gesamte weitere Entwicklung der politischen Ökonomie in Deutschland nicht denkbar.

Selbst als sich nach der Errichtung des Zollvereins die deutschen Ökonomen um Anschluß an den neuesten ausländischen Wissensstand in der politischen Ökonomie bemühten¹⁶, griffen diese vielfach auf das "Wealth of Nations" und seine deutschen Darstellungen zurück. In welchem Maße Kraus, Sartorius und Lueder die politische Ökonomie in Deutschland über den Physiokratismus erhoben, zeigt noch das für fast jede neue Auflage überarbeitete "Lehrbuch der politischen Ökonomie" von Karl Heinrich Rau (1792 bis 1870), der, wengleich er die klassische Arbeits-

13 Vgl. Krebs, Alfred, J. A. Schlettwein, der "deutsche Hauptphysiokrat". Ein Beitrag zur Geschichte der Physiokratie in Deutschland, Leipzig 1909; Braunreuther, Kurt, Über die Bedeutung der physiokratischen Bewegung in Deutschland in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Ein geschichtlich-politökonomischer Beitrag zur "Sturm-und-Drang-Zeit", in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität Berlin, Gesellschafts- u. sprachwiss. Reihe, Nr. 1/1955/56, S. 15 - 65; Kuczynski, Jürgen, a. a. O., Bd. 10: Zur politökonomischen Ideologie in Deutschland vor 1850 und andere Studien, Berlin 1960, S. 19 - 33.

14 Vgl. Frankfurter gelehrte Anzeigen vom Jahr 1772, Leipzig 1971, S. 41 - 43, 146 - 149.

15 Engels, Friedrich, Karl Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1961, S. 469.

16 Vgl. ebenda, S. 468 f.

werttheorie nicht verstand, doch auf dem "Wealth of Nations" und den Darstellungen seiner deutschen Anhänger fußte. Raus Lehrbuch, das allerdings ebenfalls von Say stark beeinflusst wurde, hatte bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts die größte Verbreitung an den deutschen Universitäten.

Die bislang einzige Arbeit in der DDR, die sich unter anderem eingehender mit bürgerlichen Entstellungen der deutschen Smith-Rezeption befaßt, ist Peter Thals Schrift "Zur Stellung des klassischen bürgerlichen Ökonomen Adam Smith in der Geschichte der politischen Ökonomie". Der Verfasser stellt das propagandistische Wirken der Smith-Anhänger für den kapitalistischen Fortschritt auf Kosten ihrer theoretischen Wirksamkeit heraus: "Wenn den Nachbetern der Smithschen politischen Ökonomie in Deutschland ein Verdienst gebührt, dann dieses: Sie haben als Universitätslehrer den Nachwuchs für den preußischen Staatsdienst mit liberalen Ideen infiziert."¹⁷

Thal würde heute eine so schroffe Feststellung sicherlich nicht mehr treffen. Dennoch ist es für den wissenschaftlichen Meinungsstreit nicht ohne Bedeutung, die Ausgangsposition zur Diskussion zu stellen, die es möglich macht, den wissenschaftsgeschichtlichen Platz der Smith-Rezeption so gering zu schätzen.

Der Beurteilung liegt die Überlegung zugrunde, die niedrige Entwicklungsstufe des Manufakturkapitalismus in Deutschland habe das Verständnis der klassischen politischen Ökonomie von Smith derart behindert, daß lediglich liberale wirtschafts- und gesellschaftspolitische Gedankengänge, nicht aber die Erkenntnis über den Wert und den Mehrwert in Deutschland auf größeres Verständnis gestoßen seien. Diese Überlegung trifft zum Teil zu; sie kann aber nicht so umfassend akzeptiert werden, daß man aus ihr die angeführte Beurteilung für die Smith-Anhänger ableiten müßte.

Smith' ökonomisches Werk traf offensichtlich bei der Mehrzahl der meist feudal-absolutistisch orientierten deutschen Ökonomen auf Unverständnis. Dennoch dürfen nicht die progressiven bürgerlichen Denker vergessen werden, die den Boden für die Aufnahme des "Wealth of Nations" in gewissem Maße vorbereitet hatten. Smith' politische Ökonomie ist das Ergebnis eines vollentfalteten Manufakturkapitalismus. Eine manufakturkapitalistische Entwicklung gab es aber auch in Deutschland seit dem 16. Jahrhundert, wenngleich sie wegen der feudalen Hemmnisse nie das englische Niveau erreichte. Diese Entwicklung hatte bewirkt, daß die Erkenntnisstrahlen des feudalen ökonomischen Denkens im Rahmen der vor-klassischen bürgerlichen Ökonomie aufgehoben wurden und das Verständnis für das Wirken des Wertgesetzes und für die Rolle der Arbeit bei der Reichtumserzeugung wuchs.¹⁸

Dank diesen theoriegeschichtlichen Bedingungen gab es in den zwanziger Jahren des 18. Jahrhunderts sogar eine begrenzte Resonanz der ökonomischen Auffassungen von Pierre Le Pesant, sieur de Boisguillebert (1646 - 1714)¹⁹, von dem Marx

17 Thal, Peter, Zur Stellung des klassischen bürgerlichen Ökonomen Adam Smith in der Geschichte der politischen Ökonomie, Habil.-Schr. Halle-Wittenberg 1965, S. 203.

18 Vgl. Lehmann, Hermann, Ökonomische Erkenntnisse aus der Zeit der frühbürgerlichen Revolution. Betrachtungen zum 450. Jahrestag des deutschen Bauernkrieges, in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 7/1975, S. 1019 - 1037.

19 Vgl. Tautscher, Anton, Ernst Ludwig Carl (1682 - 1743), Der Begründer der Volkswirtschaftslehre, Jena 1939.

sagt, er "löst, wenn nicht bewußt, so tatsächlich den Tauschwert der Ware in Arbeitszeit auf, indem er den 'wahren Wert' (la juste valeur) durch die richtige Proportion bestimmt, worin die Arbeitszeit der Individuen auf die besondern Industriezweige verteilt wird, und die freie Konkurrenz als den gesellschaftlichen Prozeß darstellt, der diese richtige Proportion schafft".²⁰ Später wurden, wie schon erwähnt, die physiokratischen Ideen der klassischen politischen Ökonomie in Deutschland in breiterem Maße propagiert, so daß mit der stärkeren Entwicklung der kapitalistischen Manufakturen die Vorstellung über die klassische politische Ökonomie vertieft und damit auch prinzipiell der Inhalt des "Wealth of Nations" begriffen werden konnte.

Die Unterschätzung der deutschen Smith-Anhänger in unserer Literatur hängt auch damit zusammen, daß Marx, als er sich mit der klassischen politischen Ökonomie bekannt machte, die Originalschriften und nicht die deutschen Bearbeitungen las. Engels schreibt: "Er begann seine ökonomischen Studien 1843 in Paris mit den großen Engländern und Franzosen; von den Deutschen kannte er nur Rau und List und hatte genug an ihnen."²¹ In seiner Bibliothek befanden sich nach unserem heutigen Wissen keine Schriften von Kraus, Sartorius oder Lueder.²² Äußerungen über sie sind von ihm nicht bekannt.

Bei der Diskussion über die Bedeutung der Smith-Anhänger für die politische Ökonomie in Deutschland spielt auch eine historische Verwechslung eine gewisse Rolle. So weist Marx im "Kapital" auf die Bedingungen in Deutschland hin, "welche die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise bei uns hemmten, daher auch den Aufbau der modernen bürgerlichen Gesellschaft. Es fehlte also der lebendige Boden der politischen Ökonomie. Sie ward als fertige Ware importiert aus England und Frankreich; ihre deutschen Professoren blieben Schüler. Der theoretische Ausdruck einer fremden Wirklichkeit verwandelte sich unter ihrer Hand in eine Dogmensammlung, von ihnen gedeutet im Sinn der sie umgebenden kleinbürgerlichen Welt, also mißdeutet."²³

Unter der modernen bürgerlichen Gesellschaft versteht Marx in diesem Zusammenhang eindeutig die industriekapitalistische Gesellschaft. Seine Charakteristik trifft voll auf Rau, List und andere deutsche Autoren zu, die sich bemühten, die Erkenntnisse des frühen Industriekapitalismus aus England und Frankreich zu einer Zeit zu übernehmen, als sich Deutschland noch in einem Übergang vom Manufakturkapitalismus zum Industriekapitalismus befand. Sie bezieht sich aber nicht auf die deutschen Anhänger der politischen Ökonomie des Manufakturkapitalismus, die vor allem in den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts Smith' Erkenntnisse verbreiteten, ohne diese zu mißdeuten.

Unterschiedliche Meinungen gibt es über den Rang, der jedem der drei genannten Anhänger in der Wissenschaftsgeschichte zuzusprechen ist.

Überhaupt nicht verwunderlich ist es, daß bürgerliche Autoren geneigt sind, Sartorius und Lueder über Kraus zu stellen,²⁴ Sartorius lehrte von 1792 bis zu sei-

20 Marx, Karl, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, a. a. O., S. 40.

21 Derselbe, Das Kapital, Bd. 2, in: ebenda, Bd. 24, Berlin 1963, S. 14.

22 Vgl. Ex libris Karl Marx und Friedrich Engels, Schicksal und Verzeichnis einer Bibliothek, Berlin 1967.

23 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, a. a. O., S. 19.

24 Vgl. Erämetsa, Erik, a. a. O., S. 24.

nem Tod (1828), Lueder von 1810 bis 1814 an der Göttinger Universität, die, in dem durch Personalunion mit dem englischen Königshaus verbundenen Kurfürstentum Hannover gelegen, bei der Verbreitung fortschrittlicher Ideen in Deutschland eine große Rolle spielte. Sartorius hatte als Vertreter der letztlich vom Kapitalismus in ihrer Existenz bedrohten Handwerkerschicht gegenüber Smith bestimmte Vorbehalte.²⁵ Lueder als Repräsentant der schwachen, von der absolutistischen Reglementierung abhängigen Manufakturbourgeoisie, die infolge der politischen Ereignisse Furcht vor revolutionären Bewegungen und wirtschaftlicher Verunsicherung empfand, ging später auf die Positionen der antiklassischen Vulgärökonomie über.²⁶

Kraus, der Königsberger Professor und enge Freund Immanuel Kants, war ein verständiger Verteidiger der klassischen Auffassungen sowie ein glühender Gegner des feudalen Absolutismus und Wegbereiter der preußischen Reformen.²⁷

Von bürgerlicher und marxistischer Seite wird vor allem die praktische Seite des Krausschen Wirkens anerkannt, Hugo Graul meint, Kraus sei wohl "nicht so bar eigener Gedanken"²⁸ gewesen. "Trotzdem dünkt uns, daß er dadurch, daß er sich mit glühendem Eifer für die neue Lehre einsetzte, weil er sehr gut fühlte, „was seiner Zeit not tat, und indem er ihr nicht bloß zu gelehrter theoretischer Ausbreitung verhalf, sondern (sie - H. L.) darüber hinaus in seinen Schülern zu praktischen Impulsen zu intensivieren vermocht hat, seinen Namen unauslöschlich in die Annalen der deutschen Nationalökonomie geschrieben hat."²⁹

Thal erkennt diese Wirksamkeit an. "Es gebührt Kraus tatsächlich der Ruhm, die Ablehnung und das Stillschweigen gegenüber Adam Smith in Preußen durchbrochen zu haben."³⁰ Aber dann urteilt Thal über Kraus in aller Schärfe: "Letzten Endes

25 Vgl. Sartorius, Georg, Abhandlungen, die Elemente des National-Reichthums und die Staatswirthschaft betreffend, Göttingen 1806. - Sartorius legte seine Vorbehalte, die das Problem des unveränderlichen Wertmaßstabs und die Konkurrenzwirkungen betreffen, unabhängig von seiner Smith-Bearbeitung in diesem besonderen, gegen Lauderdale gerichteten (und nicht, wie mitunter behauptet wird, unter Lauderdale's Einfluß stehenden) Buch dar, um sie nicht "unbescheiden mit denen des gemeinschaftlichen Lehrers und Meisters, in jenem Auszuge, zu vermengen" (S. IV).

26 Vgl. Lueder, August Ferdinand, National-Oekonomie oder Volkswirtschaftslehre. Ein Handbuch zur Beförderung des Selbststudiums dieser Wissenschaft, Jena 1820. - Unter dem Einfluß von Hufeland und Lotz weist Lueder hier die klassische Arbeitswerttheorie schroff zurück.

27 Vgl. Milkowski, Fritz, Die Bedeutung von Christian Jacob Kraus für die Geschichte der Volkswirtschaftslehre, in: Schmollers Jahrbuch, 50. Jg. 1926; derselbe, Christian Jacob Kraus. Lehrer der Staatswirtschaft in der Übergangszeit in Preußen vom 18. zum 19. Jahrhundert, als Manuskript vervielfältigt, Potsdam 1968 (gekürzte Fassung: Christian Jacob Kraus, Eine längst fällige Korrektur zur Geschichte der Volkswirtschaftslehre, in: Schmollers Jahrbuch, 88. Jg. 1968, S. 257 - 297; Kühn, Erich, Der Staatswirtschaftler Christian Jacob Kraus und seine Beziehungen zu Adam Smith, Königsberg 1902; Leuchtgens, Heinrich, Staat und Gesellschaft bei Christian Jacob Kraus, phil. Diss. Gießen 1924.

28 Graul, Hugo, a. a. O., S. 78.

29 Ebenda, S. 79.

30 Thal, Peter, a. a. O., S. 187.

ist er nichts weiter als ein dogmatischer Nachbeter des großen Schotten gewesen. Seine persönliche Zutat beschränkt sich auf - dem eigenen Unverständnis und den zurückgebliebenen preußischen Zuständen geschuldeten - Abschwächungen und Vulgarisierungen der Smithschen Lehre.³¹

Weder der Vorwurf des "dogmatischen Nachbeters" noch die Beschuldigung, Kraus habe "Vulgarisierungen" der klassischen Lehre vorgenommen, treffen unseres Erachtens zu.

Als Hans von Auerswald (1757 bis 1833) nach Kraus' Tod dessen Vorlesungsmanskripte veröffentlichte, gab er lediglich den zu einem erheblichen Teil aus übersetzten Passagen des "Wealth of Nations" bestehenden Text ohne Kraus' Zusätze und Randbemerkungen wieder. Nur der Einblick in die gesamte Aufzeichnung, sofern sie noch erhalten ist, würde es also gestatten, ein genaueres Bild von den Vorlesungen zu entwerfen. Ohne außerdem die von Fritz Milkowski angeführten Manuskripte und Kolleghefte gründlich auszuwerten, wird es nicht möglich sein, ein abschließendes Urteil über Kraus zu fällen.³²

Aber schon ein gewissenhafter Vergleich der Auerswaldschen Veröffentlichung mit dem "Wealth of Nations" gibt interessante Aufschlüsse, wie sich Kraus die Gedanken- und Beweisführung des "Wealth of Nations" zu eigen machte. Er zeigt, daß Kraus nicht aus Unvermögen, selbständig zu denken, sondern aus dem tiefen Verständnis der klassischen politischen Ökonomie oftmals wörtliche Formulierungen von Smith übernahm. Dies aber war alles andere als "Nachbeten", denn es geschah nur dort, wo die Diktion von Smith als beste Möglichkeit empfunden wurde, die eigenen Vorstellungen exakt und treffsicher wiederzugeben.

Bezieht man Kraus' übrige Arbeiten und die in den "Vermischten Schriften" sowie in dem Bericht "Das Leben des Professor Christian Jacob Kraus" von Johannes Voigt auszugsweise wiedergegebenen Briefe und Aufzeichnungen ein, so muß man auf jeden Fall der Abwertung des Königsberger Professors entgegenreten. Über mehrere Jahre, besonders von 1799 bis 1802, enthält der Briefwechsel fast ausschließlich Mitteilungen und Erläuterungen volkswirtschaftlicher Gegenstände.³³

Selbst wenn man Äußerungen von Zeitgenossen, die Kraus persönlich kannten, mit der gebotenen Vorsicht aufnimmt³⁴, weil immerhin die unmittelbare Wirkung der Persönlichkeit eine unparteiische Wertung erschweren könnte, findet man auch andere, unverfängliche Einschätzungen, die nicht als Überbewertungen durch Zeitgenossen abgetan werden können.

Ein solcher Zeuge ist Karl Steinlein, dessen "Handbuch der Volks-Wirtschafts-Lehre" (Bd. 1, 1831, mit umfangreicher Bibliographie) für die theoriegeschichtliche Forschung sehr informativ ist. Keineswegs Smith-Anhänger, schreibt der Münchner Privatdozent 24 Jahre nach Kraus' Tod und lange nach jener Zeit, als

31 Ebenda, S. 188.

32 Vgl. Milkowski, Fritz, Christian Jacob Kraus, Lehrer der Staatswirtschaft..., Anm. S. 1 f.

33 Vgl. Voigt, Johannes, Das Leben des Professor Christian Jacob Kraus, öffentlichen Lehrers der praktischen Philosophie und der Cameralwissenschaften auf der Universität zu Königsberg, aus den Mitteilungen seiner Freunde und seinen Briefen, in: Kraus, Christian Jacob, Vermischte Schriften, T. 8, Königsberg 1819, S. 391.

34 Kühn, Erich, a. a. O., führt die Beurteilung durch Zeitgenossen auf die damaligen geringen ökonomisch-literarischen Kenntnisse zurück.

Smith' Buch als "die Bibel der ganzen Renovierungsperiode Deutschlands"³⁵ angesehen wurde, über Kraus' ökonomische Vorlesung: "Dieses Werk bekundet Kraus als einen selbstdenkenden Mann von tiefer Gelehrsamkeit, der die Gegenstände, über die er schrieb, sich vollkommen zu eigen machte, der damit aber auch zugleich ein an Ängstlichkeit grenzendes Bestreben verband, seine Ideen deutlich, jedoch mit Vermeidung alles unnötigen Wortaufwandes, wiederzugeben, wodurch zuweilen sein Stil dunkel und schwerfällig wird. Die Ordnung, welche er in den vier ersten Teilen seines Werkes befolgt, ist größtenteils die von Adam Smith.

Der fünfte Teil enthält die angewandte Staatswirtschaft, Kraus gehörte nicht bloß unter die theoretischen Staatswirte, sondern sein Hauptverdienst besteht in der durchaus praktischen Tendenz seiner Untersuchungen und in seinem Streben, die Lehre der Schulen in die wirkliche Welt einzuführen, "³⁶

Freilich mußte der Parteiläufer Says manche klassischen Aussagen als "dunkel" empfinden. Die Bemerkung über die Schwerfälligkeit im Sinn einer umständlichen, genauen Erfassung des Sachverhalts trifft auf viele Passagen der Krausschen Vorlesung zu. Schriftstellerische Eleganz auf Kosten einer exakten Aussage hatte Kraus nie angestrebt.

Aus Steinleins Einschätzungen von Sartorius und Lueder, die deren Besonderheiten richtig skizzieren, läßt sich ablesen, daß er Kraus als den bedeutendsten Kopf unter den deutschen Smith-Anhängern betrachtet.³⁷

Kraus - ein progressiver deutscher Ökonom

In einem in Königsberg erschienenen Nachruf heißt es über Kraus: "Sein Hörsaal war nicht nur von Jünglingen der angefüllteste, sondern ward auch in spätern Jahren von reifern und angesehenen Dienstmännern häufig besucht, besonders als er, den Umfang seiner Wirksamkeit enger steckend (er hatte zuvor über praktische Philosophie, griechische Schriftsteller, Geschichte und sein Lieblingsfach Mathematik gelesen - H. L.), sich mehr mit Darstellung und Erweiterung der Staatswirtschaft beschäftigte."³⁸

35 Luxemburg, Rosa, Zurück auf Smith! in: Gesammelte Werke, Bd. 1, 1, Berlin 1970, S. 729.

36 Steinlein, Karl, Handbuch der Volks-Wirtschafts-Lehre, Bd. 1, München 1831, S. 113.

37 Ebenda, S. 107: "Sartorius gebührt das Verdienst, als Schriftsteller und öffentlicher Lehrer Smith zuerst bei uns eingeführt und das Studium seines Werkes ... wesentlich erleichtert zu haben. - Besonders aber müssen hier die gründlichen Beurteilungen, welche Sartorius seit vielen Jahren in die Göttinger gelehrten Anzeigen liefert und ebenso ausgezeichnet und scharfsinnig als unparteiisch und leidenschaftslos sind, erwähnt werden." Ebenda, S. 107 f. über Lueder: "Dieser treffliche Kommentator Smiths, dessen sämtliche historische und politische Schriften von seltener Belesenheit und Gelehrsamkeit zeugen, hat sich vorzüglich bemüht, die einzelnen Sätze der Smithschen Lehren durch eine Menge Beispiele und statistische Notizen zu belegen und zu bewähren. Auch hat Lueder den Einfluß, welchen geistige Kultur und die Ausbildung des bürgerlichen Wesens auf die Beförderung des Wohlstandes und Reichtums der Völker haben, mit möglichster Sorgfalt hervorzuheben versucht."

38 Vgl. Kraus, Christian Jacob, Staatswirtschaft, Bd. 1, Königsberg 1808, S. XIV f.

Theodor von Schön (1773 bis 1856), der spätere Staatsminister und Oberpräsident von Preußen, dessen Vorgänger Friedrich Leopold von Schrötter (1743 bis 1815), Karl vom und zum Stein (1757 bis 1831), Hans von Auerswald, der Freund und Herausgeber der Krausschen Schriften, und der Minister Karl Gustav von Struensee (1735 bis 1804) sprachen mit größter Hochachtung von dem Lehrer Kraus und von dessen außerordentlich befruchtendem Einfluß auf seine Schüler. Schrötter hatte allen Stellenbewerbern für den Staatsdienst seines Bereiches zur Pflicht gemacht, "sich durch Krausens Zeugnisse zu legitimieren, daß sie seine Vorlesungen mit Nutzen gehört hätten".³⁹

Auerswald hebt den Zusammenhang zwischen Kraus' Wirken an der Königsberger Universität und den von Ostpreußen ausgehenden reformerischen Bestrebungen hervor. Der langjährige Umgang mit erfahrenen und denkenden Landwirten, mit unterrichteten Kaufleuten und wissenschaftlich gebildeten Finanzbeamten habe Kraus befähigt, "sich einen Reichtum fremder Erfahrungen zuzueignen, die Urteile vieler sachkundiger Männer unter sich und mit denen der vorzüglichsten Schriftsteller zu vergleichen, die er mit unermüdetem Fleiß und mit der Feder in der Hand studierte. Bereichert mit vielfachem in der Wirklichkeit gesammeltem Stoff; ausgerüstet mit einem Geiste, fähig, diesen Stoff zu prüfen, zu berichtigen, zu ordnen; durch Übung in der Mathematik und Philosophie zu einer Deutlichkeit im Vortrage gelangt, die dem Studium der Staatswirtschaft Jünglinge und Männer von verschiedenem Berufe gewann: hat der Verfasser durch einige seiner Schüler unverkennbar auf die neuesten Maßregeln der Regierung gewirkt; er hat nachdrücklicher als irgendein Kathederlehrer in das bürgerliche Leben eingegriffen."⁴⁰

Als die Reaktion später zum Angriff gegen die deutschen Vertreter der klassischen politischen Ökonomie vorging⁴¹, berichtet Karl August Varnhagen von Ense (1785 bis 1858), habe Stein über die großen Verdienste des inzwischen verstorbenen Königsberger Ökonomen gesprochen, "dessen Schriften er mir gab und empfahl und den er gegen neuere Angriffe mit Zorn verteidigte. In Berlin nämlich gab damals Heinrich von Kleist deutsche Blätter heraus, in welchen Adam Müller den Wert von Kraus sehr herabsetzte und ihn für einen bloßen Nachsprecher Adam Smiths erklärte, dessen Grundsätze, als den Gewerbefleiß zum Nachteil des Adels begünstigend, schon nicht mehr gelten sollten. Stein aber sagte von Kraus: 'Der Mann hat mehr getan, als diese Herren je verrichten werden. Die ganze Provinz hat an Licht und Anbau zugenommen, seine Belehrung drang in alle Zweige des Lebens, in die Regierung und Gesetzgebung ein. Hat er keine neuen glänzenden Ideen aufgestellt, so ist er dafür auch kein ruhmstüchtiger Sophist gewesen, und die einfache Wahrheit klar und rein vorgetragen, auf ihren richtigsten Ausdruck gebracht und Tausenden von Zuhörern erfolgreich mitgeteilt zu haben ist ein größeres Verdienst, als durch Geschwätz und Paradoxien Aufsehen zu erregen. Aber so verhält es sich nicht einmal: Kraus war kein Nachbeter, Kraus hatte eine unscheinbare und doch geniale Persönlichkeit, die seine Umgebungen mächtig ergriff, er hatte Blitze neuer Einsichten, großer Anwendungen und setzte uns durch sein unerwartetes Urteil oft in Erstaunen ...'⁴²

39 Ebenda, S. IV.

40 Ebenda, Bd. 5, Königsberg 1811, S. VI f.

41 Vgl. Müller, Adam, Über Christian Jacob Kraus (1810), in: Ausgewählte Abhandlungen, Jena 1931, S. 81 - 85.

42 Varnhagen von Ense, Karl August, Denkwürdigkeiten des eignen Lebens, Bd. 1, Berlin 1971, S. 407 f.

Über die wirtschaftlichen Verhältnisse der preußischen Provinz, die den Hintergrund für Kraus' erfolgreiches Wirken bilden, schreibt Mehring: "In Ostpreußen gab es so gut wie gar keine Fabriken, die Provinz lebte wesentlich vom Ackerbau; dünn bevölkert, wie sie war, produzierte sie in guten Jahren einen ansehnlichen Überschuß an Getreide, den sie ebenso wie Korn und Holz aus dem polnischen Hinterlande, mit dem sie durch bequeme Wasserstraßen verbunden war, nach Schweden, Holland und namentlich nach England verfrachtete. Aus England wieder erhielt sie, was sie an Industrie- und Kolonialprodukten brauchte; sie konnte es von dorthier leichter und schneller beziehen als aus den übrigen Provinzen des eigenen Staates, mit denen sie nur durch sehr kümmerliche Straßen verknüpft war."⁴³

Die dortigen Behörden, stellt Mehring fest, gehörten nicht "zu jenem Durchschnitt stumpfsinniger Bürokratie, die nicht zuletzt die Katastrophe des altpreußischen Staates verschuldet hatte. Der rege Handelsverkehr mit England und die Handelsfreiheit, die auch für die kornausführenden Junker in Ostpreußen ein lokales Ziel war, hatten den Lehren Adam Smiths ein großes Ansehen und eine weite Verbreitung in Ostpreußen verschafft. Dazu kam die bürgerliche Aufklärung, wie sie Kant vertreten hatte, und in diesem gebrochenen Spiegel auch das verführerische Bild der großen französischen Revolution. Der Minister v. Schrötter, der an der Spitze des ostpreußischen Provinzialdepartements stand, war ein naher Freund Kants gewesen, und ähnliche Gesinnungen wie er hegte sein jüngerer Bruder, Kanzler v. Schrötter, der interimistischer Justizminister war. Die bürgerlichen Räte der Provinzialdepartements, Friese, Morgenbesser, Wilckens, hatten sich ganz mit freihändlerischen oder selbst, wie Morgenbesser, mit republikanischen Gesinnungen durchdrungen."⁴⁴

Diese ostelbischen Anhänger des Freihandels hatten freilich Smith' Arbeitswerttheorie nicht verstanden. Der Bürgerliche Theodor von Schön, dessen adlige Namensform erst von seinem Vater herrührte, der fähigste Mitarbeiter Steins beim Reformwerk, gab zum Beispiel ein Jahr nach Kraus' Tod seine Übersetzung einer Schrift von James Maitland Earl of Lauderdale (1759 bis 1839) gegen Smith heraus. Aus Rücksicht gegenüber Kraus' Königsberger Verlag ließ er sie in Berlin erscheinen. Er hatte nicht ganz unrecht und nicht ganz recht, wenn er im Vorwort über Smith schreibt: "Man kann den großen Mann nicht mehr verherrlichen, als wenn man die einzelnen wenigen Mängel, die er zu haben scheint und auch wohl haben mag, klar darstellt, wenn man der Welt zeigt, daß trotz dieser Mängel seine Größe unerschütterlich ist; man dient dem großen Manne nur dann treu, wenn man alles, was gegen seine Meinung gesagt werden kann, würdigt und so ohne Rücksicht auf ihre Wahrheit zu verbreiten sucht."⁴⁵

Tatsächlich half Schön jedoch den Gegnern des Reformwerks, indem er das englische Originalauszugsweise übersetzte, aus dem sie ihre Ideen für den breit angelegten Kampf gegen Smith und Kraus schöpften. Diese Übersetzung bedeutet nicht Schöns Abfall von Smith und Kraus; sie charakterisiert lediglich die konkrete preußische Situation, in der sich die Auseinandersetzung um die klassische politische Ökonomie vor und nach 1806 abspielte.

43 Mehring, Franz, Jena und Tilsit. Ein Kapitel ostelbischer Junkergeschichte, in: Gesammelte Schriften, Bd. 6, Berlin 1956, S. 90 f.

44 Derselbe, 1807 bis 1812. Von Tilsit nach Tauroggen, in: ebenda, S. 176.

45 Lauderdale, Über National-Wohlstand, Berlin 1808, Vorrede des Übersetzers.

Kraus selbst überragte an Gedankentiefe diesen überaus interessierten Kreis von Smith-Anhängern, wie von allen aus persönlicher Bekanntschaft herrührenden Äußerungen über ihn bestätigt wird. Unter den deutschen Ökonomen war er der einzige, der das "Wealth of Nations" völlig im Smithschen Sinne erfaßte. Er brauchte sich nicht sklavisch an die englische Vorlage zu halten. Wo Smith' Gedanken systematischer dargelegt werden konnten, tat es Kraus, ohne seinen Lehrer zu vereinfachen oder zu verfälschen. Er gab selbständige Zusammenfassungen, eigene Erläuterungen im Smithschen Geist. Er kritisierte das vulgärökonomische Abweichen von der klassischen Theorie durch deutsche Zeitgenossen und benutzte die klassische Lehre nicht nur zur Beleuchtung der preußischen Zustände, sondern gleichermaßen zur praktischen Vertretung bürgerlicher Sozialinteressen und zum Kampf gegen den Feudalismus. Da Smith die Erkenntnismöglichkeiten für die politische Ökonomie im Manufakturkapitalismus ausgeschöpft hatte, war es prinzipiell unmöglich, die ökonomische Wissenschaft unter denselben, vorindustriellen Verhältnissen weiterzuführen. Was nach Adam Smith und vor David Ricardo für die Pflege und Läuterung der ökonomischen Wissenschaft in Deutschland getan werden konnte, das unternahm Kraus in seinen Vorlesungen, Gutachten, Artikeln und im Briefwechsel. Über seine Stellung zum "Wealth of Nations" schreibt Kraus 1797, er habe "mitten unter drohenden Gewittern schon seit sechs Jahren und vollends in der letztern Zeit ohne alle Hülle das einzige wahre, große, schöne, gerechte und wohlthätige System nicht nur vorgetragen, sondern einige herrliche Köpfe ... damit zu begeistern gewußt".⁴⁶ Er meint: "ein wichtigeres Buch als das von Adam Smith hat die Welt noch nicht gesehen; gewiß hat seit den Zeiten des Neuen Testaments keine Schrift wohlthätigere Folgen gehabt, als diese haben wird, wenn sie erst in aller Köpfe, die mit Staatswirtschaftssachen zu tun haben, mehr verbreitet und tiefer eingedrungen sein wird."⁴⁷

Kraus' Auffassung von den objektiven Gesetzen

Der erwähnte Königsberger Nachruf nennt Kraus einen "der geistreichsten, gelehrtesten, gemeinnützigsten und wohlwollendsten Männer".⁴⁸ Tatsächlich hätte die politische Ökonomie unter den damaligen deutschen Verhältnissen kaum einen fähigeren Theoretiker finden können als Kraus, der die Wirtschaftsverhältnisse unter der materialistischen Annahme objektiver Gesetze analysierte. Seiner Forschung könnte die Feststellung aus einem Artikel über den Kornhandel als Motto vorangestellt werden: "Erfahrung ist die Feuerprobe jeder Theorie, welche, wie sonnenklar sie auch bewiesen scheine, mangelhaft und unrichtig sein muß, insoweit sie sich mit Tatsachen nicht räumen läßt."⁴⁹

In einem Artikel "Über die Hoffnung, daß es besser werde mit dem Menschengeschlecht" geht Kraus davon aus, daß der an objektive Gesetze der Natur und Gesellschaft gebundene Mensch diese erkennen und ihnen gemäß handeln müsse, um die gesellschaftliche Entwicklung voranzubringen. "Es ist nicht zu leugnen, daß auch wir an Naturgesetze gebunden sind, und zwar nicht nur, inwiefern wir den übrigen lebenden Wesen ähnlich, sondern auch, inwiefern wir denjenigen Regungen des Gemüts und der Geistestätigkeit fähig sind, worin das Wesen der Menschheit besteht. Es ist ferner nicht zu leugnen, daß wir selbst in Ansehung der Art,

46 Vgl. Voigt, Johannes, a. a. O., S. 388.

47 Ebenda, S. 373.

48 Vgl. Kraus, Christian Jacob, a. a. O., S. XIII.

49 Derselbe, Vermischte Schriften, Bd. 1, Königsberg 1808, S. 226.

wie wir jene Regungen fühlen und in jene Tätigkeit uns setzen, gewissermaßen von äußern Umständen, d. h. von der Beschaffenheit der uns umgebenden Menschen, von den Dingen und Geschäften abhängen, mit denen wir zu tun haben. Doch auf der andern Seite können wir es ebensowenig leugnen, daß der Gebrauch unserer Seelenkräfte einzig und allein von unserm Willen abhängt. Diesem Willen Bewegung, Richtung, Kraft zu erteilen, besitzen wir jene drei eigentümlichen Vorzüge unseres Geschlechtes, das Vortrefflichste, was wir kennen, nämlich Vernunft, durch die wir die Ursachen und Gesetze erkennen können, denen nicht bloß das Weltall, sondern auch jeder Mensch, selbst unser ganzes Geschlecht gewissermaßen unterworfen ist; dann Freiheit, nach der wir das Erkannte nach Belieben zu unserm besten anzuwenden vermögen; endlich den uns eingepflanzten Vervollkommungstrieb, der uns unablässig anspricht, alle Kräfte unseres Geistes, vornehmlich aber jene edlern, die uns zur Erkenntnis des Wahren, zur Liebe des Schönen, zur Achtung gegen das Rechte und Gute führen, zu üben und, nie gesättigt durch das, was wir errangen, unermüdet weiter zu streben."⁵⁰

Ein solcher wissenschaftlich-analytischer Standpunkt mußte es Kraus verbieten, den bürgerlich-kapitalistischen Forderungen die höhere ideologische Weihe durch Berufung auf allgemein-vernünftige Menschheitsrechte zu geben. Vielmehr ging er von der zeitbedingten, aus der konkreten historischen Situation erwachsenen Motivation dieser Forderungen aus: Er erkannte, daß die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung den Feudalismus - zum Teil auch mit Unterstützung der Feudalherren - untergrub und die antifeudalen ideologischen Forderungen der erstarkenden Bourgeoisie aus diesem Prozeß erwachsen. "Wenn Smith den Untergang des Feudalwesens zuschreibt dem Geschmack, den die Lehnherren an Fabrikaten gewannen, so läßt sich damit wohl auch reimen . . . , daß das Bedürfnis der Souveräns, Geld zu haben, hauptsächlich dazu beigetragen hat, indem fast nur in Städten Geld zu finden war. Nach Erfindung des Schießpulvers war die Landesbeschützung nicht mehr möglich ohne Geld. Das Exempel von Venedig, Genua, den Niederlanden usw. reizte die Souveräns, das neue Staatswirtschaftssystem anzunehmen und folglich dem Feudalwesen immer mehr Abbruch zu tun. Die Rücksicht auf Menschheitsrechte trat erst später ein und war Folge, nicht Ursache jenes Systems."⁵¹

Dieser materialistischen Einstellung entspricht auch Kraus' Wissenschaftsauffassung, durch die er sich von jenen zeitgenössischen und zahlreichen späteren Ökonomen unterscheidet, die die nationalen Besonderheiten überbewerten. Die Hauptaufgabe der politischen Ökonomie sei es, "das Wesen und den Ursprung des Nationalvermögens zu enthüllen oder zu erklären, teils, worin das Einkommen einer Nation und ihr daraus erwachsendes Vermögen eigentlich bestehe; teils, welches die notwendige und allgemeine Bedingung sei, wovon beides überall und immer abhängt, unangesehen der mancherlei zufälligen und besondern Umstände, die darauf Einfluß haben können; wie zum Beispiel Klima, Boden, Lage, wie Staatsverfassung und Nationalsitten, wie Reichtum oder Armut des benachbarten und entfernten Auslandes, mit welchem die Nation in Verkehr steht, und dergleichen."⁵²

In Abwehr der verbreiteten reinen Begriffsentwicklung in der ökonomischen Literatur zweit- und dritrangiger Verfasser hebt Kraus hervor: "Bei der Auflösung dieses Problems gilt es keineswegs bloß um Entwicklungen von Begriffen, son-

50 Ebenda, Bd. 4, Königsberg 1809, S. 290 ff.

51 Ebenda, Bd. 2, Königsberg 1808, S. 120 f.

52 Derselbe, Staatswirtschaft, a. a. O., S. 4.

dern hauptsächlich um Erforschung der (wenn man sie so nennen darf) Naturgesetze, welchen der verschiedene Gang der Nationalwirtschaft unterworfen ist."⁵³

Die theoretische Analyse habe, wie weit sie sich auch über die Praxis erhebe, immer nur dieser Praxis zu dienen, schreibt Kraus, und zwar "gleich der mathematischen Theorie der Bewegung, die nur darum zu den einfachsten Ideen aufsteigt und unter beständigen Abstraktionen zu den zusammengesetzteren Fällen herabgeht, damit es ihr gelinge, die Bewegungen der wirklichen Welt desto genauer erklären und berechnen zu können, soll auch die Theorie der Staatswirtschaft, indem sie das Nationalvermögen in seine Elemente zerlegt und die Beschaffenheit und die Ursachen desselben in ihrer einfachsten Gestalt aufzufassen sucht, dabei immer auf den Zweck hinaussehen, daß sie uns in den Stand setze, die vorliegenden Erfahrungen, betreffend den wirklichen Vermögenszustand der verschiedenen Länder, desto besser einzusehen und gegebene staatswirtschaftliche Maßregeln desto richtiger zu beurteilen."⁵⁴

Kraus' Verteidigung der klassischen Werttheorie

Für die politische Ökonomie, stellt Kraus fest, sei die Arbeitswerttheorie von Smith von grundlegender Bedeutung. "Die Einheit und das Maß des Tauscherts, das Smith erfunden hat, ist so wichtig für Staatswirtschaft als die von Galilei erfundene Einheit für Geschwindigkeit in der Physik. Und die Vorstellung, da man Arbeit als absoluten Wert und Grundmaß des Werts aller Dinge ansieht, verhält sich zu der gewöhnlichen Vorstellung, da Geld als absoluter Wert und Grundmaß des Wertes von allen Dingen, auch von der Arbeit, angesehen wird, wie die Kopernikanische oder Newtonsche Astronomie zu der gemeinsinnlichen, nach welcher die Erde im Mittelpunkt der Welt steht und Sonne und Sterne sich um sie herumdrehen."⁵⁵

Aus Smith' Feststellung, daß das Nationaleinkommen gleich dem Wert des jährlichen Ertrags aus Boden und Arbeit sei, schließt Kraus: "Die wahre echte Vermehrung des Nationalreichtums besteht allein in der Vermehrung werthafter Güter zu dem mindestmöglichen Kostenpreise; und die echte Maxime der Staatswirtschaft ist, zu machen, daß alle nützlichen Dinge so wohlfeil als möglich erzeugt und verkauft werden; nämlich reell oder absolut wohlfeil in Hinsicht auf die letzten Ursachen aller Preise (oder auf die produktiven Kräfte der Arbeit, des Verlaages und des Bodens, beide letztere als Bedingungen der Arbeit betrachtet), nicht bloß relativ in Hinsicht auf andere Sachen."⁵⁶

Das Einkommen, stellt Kraus fest, hänge von Arbeitsmenge und -produktivität ab und die Arbeitsproduktivität vor allem von dem als Kapital eingesetzten Mehrprodukt: "Denn nur, sofern ein Vorrat von Lebensmitteln vorhanden ist, der über den Bedarf derjenigen, welche ihn hervorgebracht haben, hinausreicht, kann die Zahl der arbeitenden Hände und sonach die Menge der Arbeit sich vermehren; und nur sofern diese Hände sich in verschiedene Arten von Arbeit teilen und jeder in dem

53 Ebenda.

54 Ebenda, S. 5.

55 Derselbe, Vermischte Schriften, Bd. 2, a. a. O., S. 102 f.

56 Ebenda, S. 125 f. - Kraus übersetzt "capital" mit "Verlag", um sich von der in Deutschland noch nicht überwundenen merkantilistischen Gleichsetzung des Kapitals mit dem Geldkapital abzugrenzen.

besonderen Beruf, dem er sich mehr oder weniger ausschließlich widmet, eben dadurch eine größere Gewandheit und Einsicht erlangt und mancherlei vorteilhafte Verfahrensarten und Werkzeuge erfindet, kann die Wirksamkeit der Arbeit sich verstärken; nämlich kann mit gleicher Arbeit in gleicher Zeit ein größerer Ertrag geliefert werden. ⁵⁷

Kraus faßt zusammen: "Die notwendige und allgemeine Bedingung also, wovon in jedem Lande die Zunahme des Einkommens seiner Bewohner abhängt, ist ihr zunehmender Verlag, insonderheit ihr zunehmender Vorrat an Lebensmitteln, Materialien und Werkzeugen, der zur Beschäftigung der Arbeiter dient. ⁵⁸

Die klassische Arbeitswerttheorie vertritt Kraus konsequent in seiner gesamten ökonomischen Vorlesung. Dabei ist er ebenso wie Smith bemüht, bis zu den letzten Ursachen der sozialen Prozesse vorzustoßen. Er übernimmt voll Smith' Erkenntnisse, was bei allen, die damals aus Smith' "Wealth of Nations" lernten, der Fall war. ⁵⁹ So betont er, daß dem Arbeiter in der vorkapitalistischen Warenproduktion das Produkt seiner Arbeit ganz gehört habe und daß unter kapitalistischen Verhältnissen der Profit, der sich nach anderen Gesetzen bestimme als der Arbeitslohn, einen Abzug vom Arbeitsprodukt darstelle. "In diesem Zustande der Dinge gehört dem Arbeiter das Produkt seiner Arbeit nicht allemal ganz, sondern er muß es in den meisten Fällen mit dem Verlagsseigner, der ihn beschäftigt, teilen. ⁶⁰

Wie für Smith gelten auch für Kraus die Erkenntnisstrahlen des Manufakturkapitalismus. Die Unmöglichkeit, den Begriff der abstrakten Arbeit zu fassen, spiegelt sich in Smith' Suche nach einem absoluten Wertmaßstab wider. ⁶¹ Kraus nimmt auch in dieser Hinsicht Smith' Überlegung auf. "Es gibt etwas, was für den Menschen in allen Zeitaltern und Ländern einen wesentlichen, ursprünglichen, unwandelbaren Wert hat, und das ist die Freiheit und Ruhe, die er aufopfern, und die Mühe und Beschwerde, die er übernehmen muß, wenn er arbeitet. Dieser Wert, welchen die Arbeit für jeden hat, der sie leistet, beruht nicht wie der Wert so manches andern Dinges auf Phantasie, sondern auf unmittelbarer Empfindung. Er ist nicht von etwas anderm abgeleitet, vielmehr ist er die Quelle, woraus allem andern ursprünglich Wert zufließt. Er ist es, der, indem er sich den Resultaten

57 Derselbe, Staatswirthschaft, a. a. O., S. 8 f.

58 Ebenda, S. 9.

59 Das gilt z. B. für Jakob, Ludwig Heinrich, Grundsätze der National-Oekonomie oder National-Wirtschaftslehre, Halle 1805, S. 69 f.: "Natur und menschlicher Fleiß vereinigen sich fast allenthalben in Hervorbringung wertvoller Dinge: ist aber die Natur gemein und jedem umsonst zugänglich, so wird für ihren Anteil nichts gegeben. Der Wert wird dann bloß durch die angewandte Arbeit bestimmt. Ist aber der Teil der mitwirkenden Natur Eigentum und kann also nicht jeder beliebig zum Besitz derselben gelangen, so gibt der, welcher die Naturkräfte in seiner Gewalt hat, sie nicht umsonst weg, sondern sie werden nun einer gewissen Quantität Arbeit gleich geschätzt, ohne welche sie oder ihre Wirkung nicht erlangt werden kann." Als Professor in Halle hat Jakob Vorlesungen auf der Grundlage der Smith-Bearbeitung von Sartorius gehalten, dennoch vertritt er in dem angeführten Zitat eine Auffassung, die Smith' und SAYS Lehren vermengt.

60 Kraus, Christian Jacob, Staatswirthschaft, a. a. O., S. 153 f.

61 Vgl. Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 26, 3, Berlin 1968, S. 132.

der Arbeit mitteilt, ihnen das Hauptelement ihres Werts gibt. Soweit die Menschennatur überall und immer wesentlich dieselbe ist, muß auch der auf diese Natur sich gründende Wert der Arbeit überall und immer wesentlich derselbe sein.⁶² Smith und Kraus verwechseln den von der abstrakten Arbeit geschaffenen Wert mit dem Wert der Arbeitskraft.

Innerhalb der Erkenntnissschranken gibt es sogar einzelne Überlegungen in Kraus' Vorlesungen, die nicht nur dank dem mathematischen Verständnis exakter formuliert sind, sondern auch eine außerordentliche Konsequenz in der Beachtung der Smithschen Grundsätze bezeugen. Vergleicht man zum Beispiel die Kapitel über die Kapitalprofite von Smith und Kraus⁶³, so erkennt man Kraus' Eigenständigkeit auf der Grundlage der Smithschen Theorie.

Für die vorkapitalistische und die kapitalistische Warenproduktion nimmt Smith bekanntlich die Wertgröße des Produkts als durch die Arbeit gegeben an; mit dem Aufkommen kapitalistischer Zustände müsse der Arbeiter aber den Mehrwert dem Kapitalisten und dem Grundbesitzer unentgeltlich überlassen. In den weiteren Darlegungen betrachtet Smith jedoch meist nicht die Gesetze des Mehrwerts; im 9. Kapitel beschränkt er sich gänzlich darauf, die Bewegungen der besonderen Formen Profit und Rente, deren Fallen und Steigen aus der Konkurrenz und der Bildung lokaler Raten zu erklären. Da unter manufakturkapitalistischen Bedingungen Produktionserweiterung bei beschränkter Arbeitskräftezufuhr allgemein zu Lohnerhöhungen führte, traf Smith' Beobachtung zu, daß größere Kapitalkonkurrenz höhere Löhne und niedrigere Profite ergebe.

Aber Kraus bleibt bei der Betrachtung der Konkurrenzbedingungen nicht stehen, Er dringt zur ursprünglichen, nicht erst durch die Konkurrenz vermittelten Gegensatzlichkeit der Einkommensarten Arbeitslohn und Profit vor, indem er den von Smith später unbeachtet gelassenen Gesichtspunkt beibehält, daß der durch die lebendige Arbeit geschaffene Wert in Arbeitslohn und Mehrwert aufgeteilt wird.

So hebt Kraus die Existenz des Mehrwerts hervor, den er hier Profit nennt. "Profit ist von dem durch Anwendung eines Verlages hervorgebrachten Einkommen der Teil, der dem Anwender des Verlages zukommt. Hatte der Anwender den Verlag geborgt, so nennen wir gleichwohl das, was ihm zukäme, wenn er solchen nicht geborgt, sondern eigen besessen hätte, seinen Verlagsprofit, ohne darauf zu achten, daß er vielleicht selbst nur den Teil davon so nennt, welcher ihm nach Abzug der für den geborgten Verlag entrichteten Zinsen übrig bleibt."⁶⁴

Aus dieser Überlegung ergibt sich für Kraus, daß der Profit bei höherem Kapitalangebot und größerer Arbeitskraftnachfrage nicht nur sinkt, weil die Preise der konkurrierenden Waren fallen, sondern in erster Linie, weil der höhere Lohn bei gegebenem Wert zwangsläufig den Mehrwert verringert: "Die Zunahme des Verlages, die den Arbeitslohn erhöht, strebt den Profit zu erniedrigen, und zwar auf eine doppelte Weise. Erstens schon dadurch, daß sie den Lohn steigert, dessen Erhöhung allemal auf Kosten des Profits geht, indem was an Lohn mehr gegeben wird, von dem Profit abgerechnet werden muß, so wie dagegen, was an Lohn erspart wird, dem Profit wächst. Zweitens dadurch, daß die mit dem zu-

62 Kraus, Christian Jacob, Staatswirtschaft, a. a. O., S. 83.

63 Smith, Adam, An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, Buch 1, Kap. 9; Kraus, Christian Jacob, Staatswirtschaft, a. a. O., Abschnitt 2, Kap. 3, Abteilung 2.

64 Kraus, Christian Jacob, Staatswirtschaft, a. a. O., S. 249.

nehmenden Nationalverlage zunehmende Konkurrenz der mehrern und vermögendern Gewerbleute diese nötigt, sowohl beim Einkauf dessen, was sie für ihre Gewerbe brauchen, höhere Preise zu zahlen, als auch beim Verkauf dessen, was sie abzusetzen haben, sich mit niedrigeren Preisen zu begnügen. "65

Indem Kraus die sich unmittelbar aus der klassischen Arbeitswerttheorie ergebende Gegensätzlichkeit von Arbeitslohn und Profit (Mehrwert) an die erste Stelle setzt und unmißverständlich formuliert, spricht er keine neue, über Smith hinausgehende Erkenntnis aus. Aber er legt eine logische Folgerung der klassischen Werttheorie bloß, die bei Smith an den entsprechenden Parallelstellen überwuchert wird durch die Beschreibung von Marktvorgängen. Dieses Beispiel zeigt, mit welcher Konzentration auf das Wesentliche sich Kraus die Smithsche Theorie und Denkweise zu eigen gemacht hatte.

Die strenge Wahrung der klassischen Positionen veranlaßte Kraus, jede Vulgarisierung der politischen Ökonomie und Versöhnung von Smith einerseits mit Jean Baptiste Say, Nicolas François Canard (1755 bis 1833) und Lauderdale andererseits konsequent zurückzuweisen, wie sie beispielsweise durch Christian von Schlözer angestrebt wurde. Zwei Jahre vor seinem Tod lernte er noch die "Anfangsgründe der Staatswirthschaft" Christian von Schlözers (1774 bis 1831) kennen, eine der ersten Schriften in der nun einsetzenden vulgärökonomischen Springflut, die den deutschen Literaturmarkt überschwemmte. "66

Schlözer überträgt schematisch einige Erscheinungsformen des Kapitals auf alle wirtschaftlichen Bereiche. Er verwischt die Gegensätzlichkeit im kapitalistischen Grundverhältnis, indem er Kapital und Lohnarbeit begrifflich vermengt. So unterteilt er das Kapital in dringliches und persönliches oder Kunstkapital, den Profit in Lohn und Zins, den Lohn für komplizierte Arbeit in Unterhaltskosten (Lohn für natürliche Arbeit), Ersatz für Erlernungskosten (Kunstkapital) und Anteil am reinen Kapitalgewinn, den Lohn für ungelernete Arbeit in Unterhaltungskosten und reinen Arbeitsgewinn.

Kraus' Auszüge und kritische Randbemerkungen sind erhalten. "67 Vom klassischen Standpunkt der kapitalistischen Produktion verurteilt er Schlözers Versuch, diese vulgärökonomie mit Smith' Namen zu verbinden. "Es ist wahr, es gibt unter den in Smiths Sinn genährten Kapitalien manche, die bloß zu Werkzeugen dienen, wie Hammer, Zange, Weberstuhl", aber es sei "besser, Dinge überhaupt ohne Rücksicht auf ihre Natur, bloß nach Maßgabe ihrer Bestimmung, Kapitale zu nennen, sie mögen beschaffen sein, wie sie wollen. "68

Wenn schon die mit großen Kosten erlernte Arbeitsfertigkeit ein persönliches oder Kunstkapital genannt würde, meint Kraus, indem er Schlözers Überlegung fortsetzt und damit ad absurdum führt: "Warum heißt nicht auch die natürliche Kraft eines erwachsenen Menschen ein Kapital so gut als seine erworbene Geschicklichkeit, da die Erlangung von jener so gut als von dieser einen Aufwand von Gütern gekostet hat? "69

65 Ebenda, S. 260.

66 Schlözer, Christian v., Anfangsgründe der Staatswirthschaft oder die Lehre von dem Nationalreichthume, Bd. 1, Riga 1805, Bd. 2, Riga 1807.

67 Allerdings hat Auerswald Auszüge und Kritik unterschiedslos, durchgehend numeriert unter der Überschrift "Staatswirthschaftliche Bemerkungen" angeführt; erst aus einem Vergleich mit Schlözers Buch wird ersichtlich, welche Passagen Kraus' kritische Kommentierung darstellen.

68 Kraus, Christian Jacob, Vermischte Schriften, Bd. 2, a. a. O., S. 107.

Schlözer gibt einen Teil der Entlohnung für dieses "Kapital" an ungelerner Arbeitskraft als reinen Arbeitsgewinn aus. Ironisch fragt Kraus: "Freilich, je mehr der Lohnherr durch den Arbeiter erwirbt, desto mehr kann er ihm an Lohn geben; aber gibt er darum auch wirklich mehr?"⁷⁰

Mit dem Hinweis, daß der Mehrwert (Kraus sagt: Profit) das Primäre, der Zins das Abgeleitete sei und Arbeitslohn keinen Mehrwert enthalten könne, lehnt Kraus Schlözers Theorie ab. "Was gewinnt man damit für die wissenschaftliche Staatswirtschaft: a) daß man den Profit zerlegt in Geldzins und Lohn, b) daß man den Lohn zerlegt in den notwendigen Unterhalt und in den andern Teil, der entweder Profit von dem auf Erlernung der künstlichen Arbeit angelegten Kapital oder Ersatz für das bei der Arbeit stattfindende Risiko ... oder Vergeltung der Unannehmlichkeit bei der Arbeit ist? Profit ist das Prius, Zinsen das Posterius, die ohne Profit im ganzen nicht statthaben können. - Der notwendige Unterhalt ist etwas sehr Unbestimmtes, was sein Minimum betrifft. Es läßt sich auch in der Arbeit selbst nicht wohl unterscheiden das, worauf sich der notwendige Unterhalt beziehen soll und was Schlözer natürliche Arbeit nennt, von dem, was in derselben Arbeit künstlich, mißlich, unangenehm ist."⁷¹

Kraus' Parteinahme für antifeudale Reformen

Wie Kraus in der ökonomischen Theorie konsequent den Standpunkt des progressiven Bürgertums vertrat, so war er eifrig um die Durchsetzung antifeudaler Reformen bemüht. 1799 schreibt er an Auerswald, damals Kammerpräsident in Westpreußen: Will man die Natur der Dinge und der Menschen kennen, "so muß man durchaus auf Länder wie Nordamerika, England und andere sehen, nicht um nur zu sagen: so müßte oder könnte es auch hier sein, sondern um scharf einzusehen, was in der Natur der Dinge und der Menschen liegt und worauf man also, wenn man diese Natur wirken ließe, auch wohl rechnen könnte."⁷²

Aber die feudalen Verhältnisse behindern solche Entwicklung, stellt Kraus fest. Im einzelnen führt er dazu aus: "Die herrlichsten Fabriken im preußischen Staat, die Uhrfabriken in Neufchatel, die Metallfabriken im Sauerlande, die erstaunlichen Leinenfabriken im schlesischen Gebürge (in allen Ländern, wo Herrenrechte usw. herrschen, sind die Gebürge gepropft voll industriöser Menschen, weil da die Herrenrechte nicht hinreichen) ... alles dies ist ohne die mindeste Teilnehmung des Staatés entstanden, und er würde wohl tun, sich auch jetzt nicht darin zu mischen. Dagegen unsere Bergwerksfabriken zur Gewinnung von Kupfer, Alaun usw., sind, soweit sie nicht ohne Monopol bestehen können (denn bis zu dem Punkt, zu welchem sie von selbst gehen würden, sind sie nützlich), ein Schlund, eine Armenanstalt, die das Publikum auf seine Kosten unterhalten muß ..."⁷³

An anderer Stelle ruft Kraus aus: "Wann wird man aufhören, den sogenannten gemeinen Mann als das liebe Gras anzusehen, das nur zum Treten und Abmähen für die Kammern und Zwingherrn da ist ..."⁷⁴

Als 1802 durch eine Kabinettsorder die Aufhebung der Erbuntertänigkeit zur Sprache gebracht wurde, glaubte Kraus die Entwicklung fördern zu können und setzte

69 Ebenda, S. 108.

70 Ebenda, S. 109.

71 Ebenda, S. 117 f.

72 Ebenda, S. 157 f.

73 Ebenda, S. 209 f.

74 Ebenda, S. 234.

sich in einem Aufsatz mit allen Einwendungen auseinander, in denen die Aufhebung als nachteilig, ungerecht und unbillig bezeichnet wird. So war ein Haupteinwand, daß auf den Gütern ohnedies Mangel an Gesinde und Arbeitern herrsche, der durch die in Aussicht genommene Reform nur noch vergrößert werde.

Dieser Menschenmangel, antwortet Kraus, daure nur an, weil die Untertänigkeit fortbestehe. "Es mangelt also wohl eigentlich auf diesen Gütern nur an solchen Menschen, die um Spottlohn dienen und für ein Hungerleben arbeiten sollen. Und an solchen wird es ewig mangeln, so wie es ewig an der Ware fehlen wird, die man nicht ihrem vollen Werte nach bezahlen will."75

Nach eingehender Betrachtung bemerkt Kraus: "Bei unbefangenen Nachdenken muß es jedermann einleuchten, daß die herkömmliche Macht des Gutsherrn über die unfreien Eingebornen seines Guts nichts andres ist als ein Recht, Unrecht zu tun ... "76

Da es im Unterschied zum kapitalistischen England in Deutschland auf die grundsätzliche Stärkung der kapitalistischen Verhältnisse in allen Wirtschaftsbereichen ankam, übernahm Kraus in seiner Vorlesung nicht Smith' abschließendes, fünftes Buch des "Wealth of Nations" über die Einkünfte des Herrschers oder des Staats. Nach seiner in Anlehnung an Smith erfolgten Betrachtung der Arbeit, des Kapitals, dem "verschiedenen Gange der Bereicherung bei verschiedenen Nationen", des Merkantilismus und Physiokratismus weicht er nun von Smith ab und behandelt praktische Fragen der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels. Er benutzte diese Vorlesungen, um unermüdlich auf die Notwendigkeit wirtschaftlicher Reformen hinzuweisen.

So sagt Kraus bei der Darlegung landwirtschaftlicher Probleme seinen Hörern unverblümt: "Die Hauptsache ist immer: die Privatgefängenschaft muß aufhören; es muß jeder Mensch auf dem Lande seine Herrschaft wählen dürfen; so gut wie die Herrschaft frei ihre Arbeiter."77

Kraus beweist mit Hilfe der Arbeitswerttheorie: "Die uneingeschränkte Freiheit des innern Getreidehandels zwischen allen Plätzen und Gegenden eines Landes zu allen Zeiten, selbst bei der größten Teuerung, ist sowohl für die Konsumenten als für die Produzenten die vorteilhafteste Einrichtung."78

In der Industrie empfiehlt Kraus die ungehinderte kapitalistische Verwendung produktiver Arbeiter, deren hohe Entlohnung keineswegs, wie oft behauptet wurde, den Fleiß vermindern würde. Er sieht einen hohen Lebensstandard als günstige Bedingung für den weiteren wirtschaftlichen Fortschritt an. Vor allem wünschte die Verbesserung der Lebensverhältnisse "für die zahlreiche Klasse des Landvolks und der untern Stände, imgleichen für die mittleren Bürgerklassen, wie man in Ländern sieht, die frei von Leibeigenschaft und Dienstzwang und fortschreitend zum Vermögen sind. Überhaupt ist nützlich, daß Wohlleben die Kapitalien fortdauernd erhalte und durch Sparsamkeit und Gewerbfleiß (welche beide bei dem Wohlleben nicht nur bestehen, sondern gerade durch dasselbe gedeihen) den Anwachs der Kapitalien vermehre."79

75 Ebenda, Bd. 1, a. a. O., S. 178.

76 Ebenda, S. 200 f.

77 Derselbe, Staatswirtschaft, Bd. 5, a. a. O., S. 57.

78 Ebenda, S. 144.

79 Ebenda, S. 232.

Kraus war wie Smith ein Sprecher des gesamten Bürgertums, dessen grundlegendes Interesse an der kapitalistischen Entwicklung zu dieser Zeit auch mit den Interessen der ausgebeuteten Klassen übereinstimmte. Kraus und Smith traten daher nachdrücklich für das Interesse der ländlichen und städtischen Arbeiter an der vollständigen Reproduktion ihrer Arbeitskraft ein und kritisierten zugleich Sonderinteressen der Handels- und Manufakturbourgeoisie, die die vorindustrielle, noch gering entfaltete Konkurrenz zur Erhöhung ihrer Gewinne einzuschränken bestrebt war.

Bei der Einschätzung der Grundbesitzerinteressen werden Smith' Darlegungen von Kraus ergänzt. Smith hatte festgestellt, daß die bürgerliche Klasse der Grundbesitzer, deren Revenue sie keine Arbeit koste, infolge der Sorglosigkeit und Sicherheit ihrer Lage der Trägheit verfallte, die sie allzuoft unfähig mache, ihre mit der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung übereinstimmenden Interessen richtig zu vertreten. Kraus setzt hinzu, daß die preußischen, feudalen Grundbesitzer nicht aus Unkenntnis, sondern aus ihrem feudalen Interesse sich gegen jeden gesellschaftlichen Fortschritt stellen, "Besitzen sie vollends, wie es in vielen Ländern der Fall ist, erbliche Vorrechte in Hinsicht auf ihre Grundeinsassen sowohl als auf die übrigen Staatsgenossen, so werden sie durch Rücksichten auf solche besondere Vorrechte nur zu oft an der unbefangenen Beherzigung des reinen (das heißt kapitalistischen - H. L.) Landeignerinteresse gehindert und selbst bei richtiger Einsicht in dasselbe zu Beschlüssen bestimmt werden können, die jenem sowohl als dem gesamten Nationalinteresse widerstreiten."⁸⁰

Aus eigener bitterer Erfahrung sagt Kraus: "Auch hat man sie oft genug jeden Antrag zurückweisen oder vereiteln sehen, der darauf ausging, Einrichtungen zu ändern, durch welche das wahre Lebensprinzip der Staatswirtschaft entkräftet wird, nämlich die Unfreiheit des Landvolks aufzuheben und die Käuflichkeit des Bodens für jeden, der ihn bezahlen kann und dem der Eigner ihn überlassen will, einzuführen; sogar wenn ein solcher Antrag von einem gerechten und weisen Regenten an sie als seine Vasallen kam."⁸¹ Bei britischen Grundbesitzern im Ober- und Unterhaus gebe es solche feudalen Rücksichten nicht. Daher könne es nur auf Mangel an Kenntnis zurückzuführen sein, wenn sie gegen ihr eigenes und das gesellschaftliche Interesse auftreten.

Daß Kraus seine antifeudale Gesinnung auch politisch-propagandistisch wirksam vertrat, läßt sich aus den Erinnerungen eines Republikaners ersehen. Garlieb Merkel (1769 bis 1850) schreibt 1817, als die bürgerliche Opposition gegen die Monarchie aufbegehrte: "Große Schicksale, Erschütterungen, die das völlige Verschwinden manches Volkes zur Folge haben können, scheinen Deutschland bevorzustehen. Jeder Staat wird der ganzen Zahl seiner guten, talentvollen Köpfe, die denn doch im Grunde überall die wahre Nationalmacht sind, bedürfen, um nur sein Bestehen zu sichern. Erinnern Sie sich aber wohl noch des Rechenexempels, das uns der berühmte Kraus in Königsberg einst vorlegte? Er sagte: 'Die Natur, die nichts von Adel oder Bürgerlichkeit weiß, bringt überall unter einer gegebenen Menschenmasse ungefähr eine gleiche Zahl von guten Köpfen hervor. Nehmen wir mit großer Liberalität an, jeder zehnte sei ein solcher, so haben wir unter tausend Köpfen hundert gute. Da der Adel aber, auch wo er am häufigsten ist, nur ein Hundertteil der Staatsbürger ausmacht, so kann es unter jenem Tausend nur zehn Adlige und unter diesen nur einen guten Kopf geben. Gibt man dem Adel nun das ausschließliche Vorrecht auf die wichtigsten Stellen im Staate, so gehen von

80 Ebenda, Bd. 2, a. a. O., S. 259.

81 Ebenda.

jedem Hundert guten Köpfen neunundneunzig für die verloren, denn die neun dummen Adligen haben soviel Recht, sie zu erhalten, als der eine talentvolle. Lassen Sie aber Zeiten eintreten, wo dringende Not des Staates die Rücksichten aufhören macht, wo um seines Bestehens willen das Volk danach ringen muß, jene Stellen nach Talenten, nicht nach der Geburt verleihen zu sehn, so stehen in diesem Kampf neunundneunzig gute Köpfe aus dem Volk gegen einen solchen aus dem Adel und 891 Beschränkte aus dem ersteren gegen neun solche aus dem letzteren. Siegt die Mehrzahl schnell, so ist der Adel gewiß, siegt sie langsam, der Staat höchstwahrscheinlich verloren.'⁸²

Das theoretische und praktische Wirken des hervorragenden deutschen Ökonomen Kraus wurde von der Bourgeoisie nicht völlig vergessen, aber später entstellt. Zunächst verstärkten die reaktionären Gegner der klassischen politischen Ökonomie nach der preußischen Niederlage von 1806 ihre Angriffe und verhöhnten Kraus als einen geistlosen Nachbeter von Smith. Kraus' Verteidiger gaben jedoch dessen Vorlesungen, Artikel, einige Briefe und nachgelassene Aufzeichnungen heraus und widerlegten damit die reaktionären Verleumdungen. Bis zur Jahrhundertmitte finden sich in Lehrbüchern der politischen Ökonomie noch zahlreiche Hinweise auf Kraus' Schriften.

Mit der verstärkten Industrialisierung und dem endgültigen Übergang der gesamten bürgerlichen Ökonomie auf die Positionen der Vulgärökonomie wandelte sich endgültig deren Stellung zu den Smith-Anhängern. So erwähnt Wilhelm Roscher mehr nebenbei die klassischen Auffassungen von Kraus; dieser gehöre "zu denjenigen Schriftstellern, die man sehr unterschätzen würde, sofern man ihre literarische Tätigkeit als die bedeutendste Seite ihres Wirkens voraussetzte".⁸³ Er habe vor allem "durch seine Schüler, welche zum Teil unter den Gehülfen Steins hervorragten, zur Wiederaufrichtung des gefallenen Preußens einen mächtigen Beitrag geliefert".⁸⁴ Ähnliche Versuche, den Smith-Anhänger vornehmlich als einen reformbeflissenen Preußen darzustellen, wurden bis in die jüngste Zeit unternommen.⁸⁵

Ihr gebrochenes Verhältnis zur klassischen politischen Ökonomie setzt heutige bürgerliche Ökonomen außerstand, solche bedeutenden Vertreter wie Smith und dessen Schüler Kraus richtig einzuschätzen. Indem sie Kraus in den zu vernachlässigenden Theoretiker und den zu würdigenden Reformers zertrennen, verdecken sie die Wahrheit, daß sich jede Parteinahme für sozialen Fortschritt nur dann auf der Höhe der Zeit befindet, wenn sie auf dem sicheren Fundament der wissenschaftlichen Erkenntnis begründet ist. Kraus kämpfte in seiner Zeit auf der Grundlage der tiefsten wissenschaftlichen Einsichten für die Überwindung des Feudalismus; sein Einsatz für einschneidende Reformen ist ein Teil der Wirkungsgeschichte des "Wealth of Nations". Indem die marxistische Theoriegeschichtsschreibung die von bürgerlichen Autoren entworfene Vorstellung über die geringe Resonanz

82 Merkel, Garlieb, Über Deutschland, wie ich es nach einer zehnjährigen Entfernung wieder fand, Riga 1818, in: *Freimütiges aus den Schriften Garlieb Merkels*, Berlin 1959, S. 397 f.

83 Roscher, Wilhelm, *Geschichte der National-Oekonomie in Deutschland*, München 1874 (Reprint New York/London 1965), S. 608 f.

84 Ebenda, S. 614.

85 Siehe Vopelius, Marie-Elisabeth, *Die altliberalen Ökonomen und die Reformzeit*, Stuttgart 1968, S. 23 - 28; vgl. dazu Lehmann, Hermann, *Um die klassische politische Ökonomie des Bürgertums*, in: *Jahrbuch für Wirtschafts-geschichte* 1972, T. 3, S. 223 - 232.

des Smithschen Werks in Deutschland korrigiert, weist sie auf den zu jeder Zeit wesentlichen Zusammenhang zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und progressivem Wirken im Klassenkampf hin.

Diskussionen

Diskussionen

ZUR ROLLE DER STADT IN DER ANTIKEN KLASSENGESELLSCHAFT

von Peter Musiolek

In meinen thesenartigen Darlegungen, anknüpfend an Aussagen von Karl Marx und angeregt durch Bemerkungen von E. Ch. Welskopf, kann natürlich die komplexe Problematik der antiken Stadt nur angedeutet werden. Der Hinweis auf diese Problematik ist auch mit der Hoffnung verbunden, daß die Zusammenhänge zwischen antiker Produktionsweise, antiker Stadt und antiker Sklaverei stärker diskutiert werden.

Die antike Klassengesellschaft war nicht die erste städtebildende Klassengesellschaft: Der Prozeß der Entstehung der Stadt war aufgrund des Anwachsens der Produktivkräfte in der Landwirtschaft, der sich entwickelnden Arbeitsteilung und des Austausches zuerst in der altorientalischen Klassengesellschaft möglich geworden.¹

Im 11. Kapitel "Polis und Politik" ihres 1957 erschienenen Buches "Die Produktionsverhältnisse im alten Orient und in der griechisch-römischen Antike", in dem sie die Aussagen von Marx und Engels zur Charakterisierung der antiken Stadt zusammenstellte und kommentierte, machte Elisabeth Charlotte Welskopf auch auf die Unterschiede zwischen der Stadt im Alten Orient und in der Antike aufmerksam, auf die Marx und Engels hingewiesen haben.² Marx formulierte in "Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie": "Die asiatische Geschichte ist eine Art indifferenter Einheit von Stadt und Land; (die eigentlich großen Städte sind bloß als fürstliche Lager hier zu betrachten, als Superfötation über die eigentlich ökonomische Konstruktion)..."³ Er führte weiter dazu aus: "Die eigentlichen Städte bilden sich hier neben diesen Dörfern bloß da, wo besonders günstiger Punkt für auswärtigen Handel; oder wo das Staatsoberhaupt und seine Satrapen ihre Revenu (Surplusprodukt) austauschen gegen Arbeit, sie als labour-funds verausgaben."⁴

1 Vgl. z. B. Adams, R. M., The Evolution of Urban Society, Chicago 1966; Diakonoff, I. M., Economy of the Ancient Oriental City (Western Asia, 3 rd - 2 nd millennia B. C.). Beitrag zum V. Internationalen Wirtschaftshistorikerkongreß, Leningrad, 10. - 14. 8. 1970, Sonderdruck Moskau 1970; City invincible, hg. v. C. H. Kraeling/R. M. Adams, Chicago 1958.

2 Welskopf, Elisabeth Charlotte, Die Produktionsverhältnisse im alten Orient und in der griechisch-römischen Antike, Berlin 1957, S. 352.

3 Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1974, S. 382.

4 Ebenda, S. 377.

Für die antike Stadt betonte Marx, daß sie der Sitz, das Zentrum für die Grundeigentümer gewesen ist. Der Acker war Territorium der Stadt.⁵ Er hob hervor: "Die klassische alte Geschichte ist Stadtgeschichte, aber von Städten, gegründet auf Grundeigentum und Agrikultur ... in der antiken Welt ist die Stadt mit ihrer Landmark das ökonomische Ganze."⁶ Deshalb war der Privatgrundeigentümer zugleich städtischer Bürger⁷, und die antike Stadt hatte dadurch den eigentümlichen Charakter einer Gemeinschaft von Grundeigentümern, die in der Stadt eine gesonderte Existenz besaß.⁸

So wie die altorientalische Stadt den strukturbestimmenden altorientalischen Eigentumsverhältnissen entsprach, wo das Eigentum am Hauptproduktionsmittel Boden als Eigentum einer zusammenfassenden Einheit in Person eines Despoten, eines Würdenträgers oder institutionalisiert als Tempel erschien und der unmittelbare Produzent somit nicht individueller Eigentümer sein konnte, so entsprach die antike Stadt den antiken Eigentumsverhältnissen, wo das Gemeindemitglied Privateigentümer seiner Parzelle wurde.⁹ Zur Möglichkeit der Entwicklung von Privateigentum erklärte Marx: "Je weniger faktisch das Eigentum des Einzelnen nur verwertet werden kann durch gemeinsame Arbeit - also z. B. wie die Wasserleitungen im Orient -, je mehr der rein naturwüchsige Charakter des Stammes durch historische Bewegung, Wandrung gebrochen; je mehr ferner der Stamm sich entfernt von seinem ursprünglichen Sitz und fremden Boden okkupiert, also in wesentlich neue Arbeitsbedingungen tritt und die Energie des Einzelnen mehr entwickelt ist ..., um so mehr die Bedingungen gegeben, daß der Einzelne Privateigentümer von Grund und Boden - besonderer Parzelle - wird, deren besondere Bearbeitung ihm und seiner Familie anheimfällt. Die Gemeinde - als Staat - ist einerseits die Beziehung dieser freien und gleichen Privateigentümer aufeinander, ihre Verbindung gegen außen, und ist zugleich ihre Garantie ... Voraussetzung bleibt hier für die Aneignung des Grund und Bodens Mitglied der Gemeinde zu sein, aber als Gemeindemitglied ist der Einzelne Privateigentümer."¹⁰ Die Umwandlung von Gemeineigentum in Parzelleneigentum konnte sich durchsetzen, "weil in Griechenland und Rom nicht das Wasserregulierungssystem, sondern das Ein-Mann-Instrument des Pfluges das ausschlaggebende Produktionsmittel für den Ackerbauern wurde ..."¹¹ Es darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß sich die antike Produktionsweise in einem Gebiet herausbildete, wo eine Form altorientalischer Entwicklung vorausgegangen war.¹² Mit der antiken Produktionsweise, bedingt durch die antike Eigentumsform, entstand die antike Form des Staates, in Griechenland die polis, in Rom die res publica. So wie die antike Produktionsweise sich entwickelte, ihren Höhepunkt und ihre Grenzen erreichte, dann dem Niedergang zustrebte, so veränderten sich auch die

5 Vgl. ebenda, S. 378.

6 Ebenda, S. 382 f.

7 Vgl. ebenda, S. 383.

8 Vgl. ebenda, S. 384.

9 Zur Unterscheidung der beiden Produktionsweisen vgl. Kreißig, Heinz, Zwei Produktionsweisen, "die der kapitalistischen vorhergehen" (Thesen), in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift (im folgenden: EAZ), Jg. 10, 1969, S. 362 f.

10 Marx, Karl, a. a. O., S. 378 f.

11 Welskopf, Elisabeth Charlotte, a. a. O., S. 213.

12 Bockisch, Gabriele, Voraussetzungen und Anfänge der antiken Produktionsweise im alten Griechenland, in: EAZ, Jg. 16, 1975, S. 209 f.

polis, die res publica, die soziale, politische, ökonomische Organisation. Die griechische polis kulminierte im 6. und 5. Jahrhundert v. u. Z., die römische res publica im 2. Jahrhundert v. u. Z. Darauf folgten die Zeit der Krise, dann die Ablösung dieser Staatsformen durch den Territorialstaat.¹³

Meist wird die polis als Stadtstaat bezeichnet. Oft bezeichnet man sie aber auch als Stadt, was ich für nicht gerechtfertigt halte.¹⁴

Polis, die ursprüngliche Bezeichnung für die Akropolis, wurde die Bezeichnung für den antiken griechischen Staat. Asty wird in der Ilias (21, 611; 22, 1; 22, 198) und der Odyssee (7, 2; 7, 14; 17, 5; 25, 201) teils als Synonym für polis gebraucht, teils aber auch da schon von der polis unterschieden (Il. 6, 287; 17, 194; Od. 8, 494).

Asty scheint die innere Stadt, die Haupt-Stadt zu bedeuten; denn als Thukydides bei Ausbruch des Peloponnesischen Krieges schildert, wie die Athener, welche nicht innerhalb der Stadtmauern wohnten, sich jetzt hinter diese zurückziehen mußten, schreibt er: "Bei ihrer Ankunft in der Stadt (to asty) fanden die wenigsten dort Wohnung ..." (2, 17). Bei Aristoteles ist mit asty Athen, gegenüber dem Peiraieus gemeint (Arist. Politika 1303 b, 12). Asty im Plural bedeutet "die Wohnsitze, die Wohnstätten"; interessanterweise hat "wastu" im Sanskrit die gleiche Bedeutung.¹⁵ Asteios (städtisch) - die Herkunft des Adjektivs vom Substantiv asty verblaßte - wird zum Gegensatz von agroikos (ländlich, bäurisch) und kennzeichnet den vornehmen, gebildeten Städter.

Im Hellenismus hat polis die Bedeutung von Stadt; polis, die städtische Siedlung, der Stadtkern, ist von der chora umgeben, dem zu der polis gehörigen Land, das mit jener eine Einheit bildet. Die polis verlor aber ihre politische Selbständigkeit, sie wurde in Territorialstaaten eingegliedert. Es hing vom Wohlwollen der Herrscher ab, den poleis eine Pseudoautonomie zu gewähren. In der Blütezeit der klassischen polis aber war die Autonomie der polis ein wichtiges Kriterium. Sparta war eine mächtige polis, ein städtisches Zentrum aber fehlte.

Die mit der Stadt als politischem, kulturellem und ökonomischem Zentrum verbundene weitere Entwicklung von Arbeitsteilung, Spezialisierung und Austausch, die Evolution von Warenzirkulation zur Warenproduktion, der Aufschwung der Ware-Geld-Beziehungen, die Verwandlung von Bürgern in Warenproduzenten und von Sklaven in Ware, fehlen in Sparta völlig. Auch andere poleis verharrten in dem archaischen Zustand der auf Landwirtschaft basierenden Ackerbürgerstadt. In

13 Die Krise der polis, woran sich zeigte, daß die Polisform zum Entwicklungshemmnis geworden war, ist von Welskopf, Elisabeth Charlotte, Soziale Gruppen- und Typenbegriffe, in: Hellenische Poleis, hg. v. E. Ch. Welskopf, Berlin 1974, Bd. 4, ausführlich behandelt worden. Vgl. auch Pečírka, Jan, Eine neue Darstellung der Geschichte der griechischen Polis, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 2; vgl. Gluskina, L. M., Studien zu den sozialökonomischen Verhältnissen in Attika im 4. Jh. v. u. Z., in: EIRENE, Bd. 12, 1974, S. 111 f., wo auch hervorgehoben wurde, daß die Krise der poleis "keinesfalls eine Krise des griechischen Sklavenhaltersystems im ganzen war".

14 Vgl. Musiolek, Peter, Zur antiken Produktionsweise im alten Griechenland, in: EAZ, Nr. 16, 1975, S. 299; vgl. Jähne, Armin, Drei Grundlinien der Polisentstehung, in: ebenda, S. 306.

15 Diesen Hinweis verdanke ich János Harmatta, Budapest.

engem Zusammenhang mit der Herausbildung der Stadt steht die Entwicklung der Sklaverei. Erst durch die Voraussetzungen der Warenproduktion wird die Sklaverei zum bestimmenden Verhältnis innerhalb der antiken Produktionsweise, wird sie Basis der Produktion.¹⁶

Für Rom, ursprünglich eine Ackerbürgerstadt, bürgerte sich der Terminus urbs ein, Oppidum, das durch Wall und Graben eingeschlossene Gebiet, der Gegensatz zu "ager", tritt als Begriff zurück. Bis in die Kaiserzeit ist municipium ein häufig gebrauchter Terminus für Stadt, der dann durch colonia ersetzt wird. Schließlich treten res publica (seit Hadrian gibt es den curator rei publicae, den Stadtverwalter für Finanzen) und civitas als allgemeine Bezeichnungen für die Stadt hervor; in den romanischen Sprachen bleibt civitas als Terminus für Stadt erhalten.

Die Stadtentwicklung, die Ausbreitung des Städtewesens, setzte in Rom, im römischen Reich ab 2. Jahrhundert v. u. Z. ein; größer als die Zahl der Termini für die Stadt ist die Vielfalt an Abstufungen in deren Rechtsstatus.

Ab 212 u. Z., mit der constitutio Antoniniana, gleichen sich diese Unterschiede allmählich aus.

Noch im 4. Jahrhundert u. Z. spricht Libanios vom römischen Imperium als von "den Städten" (Or. 2, 26; 14, 25; 18, 104).

In Rom, im römischen Reich hatte sich mit den Städten die antike Produktionsweise voll ausgebildet; die Blütezeit der antiken Klassengesellschaft in Rom ab 2. Jahrhundert v. u. Z. war auch der Höhepunkt der Sklaverei.

Der Niedergang der Städte zeigte den Niedergang der antiken Produktionsweise an, und auch die Sklaverei verlor ihre ökonomische Bedeutung.

16 Vgl. Günther, Rigobert, Kritische Bemerkungen zu Argumenten für eine einheitliche Gesellschaftsformation der vorkapitalistischen Klassengesellschaften, in: EAZ, Nr. 14, 1973, S. 267 f. - Günther unterscheidet: 1, die Stufe der Zersetzung des Gemeineigentums und der Herausbildung der antiken Produktionsweise, 2, die Stufe des freien Parzelleneigentums selbstwirtschaftender Bauern, der kleinen Bauernwirtschaft und des unabhängigen Handwerksbetriebs ..., 3, die höchste Entwicklungsstufe dieser Gesellschaft, auf der sich die Sklaverei der Produktion bemächtigt hatte und auf der die Sklaverei zum bestimmenden Verhältnis innerhalb der antiken Produktionsweise wurde, 4, die Stufe der Kolonatsentwicklung, der Patrozinien und des damit verbundenen exterritorialen Großgrundbesitzes, auf der die Sklaverei allmählich wieder ihre ökonomische Bedeutung verlor.

PROBLEME BEI DER ERFORSCHUNG DER WIRTSCHAFTSGESCHICHTE KLEINASIENS IN RÖMISCHER ZEIT

von Hagen Fischer

Ein flüchtiger Blick auf die zu diesem Thema bereits erschienenen umfangreichen Monographien könnte zu der Annahme verleiten, daß die Geschichte der kleinasiatischen Halbinsel nach ihrer Inbesitznahme durch das Imperium Romanum im wesentlichen erschlossen ist. In der Tat stehen bereits hervorragende Standardwerke, von führenden Fachleuten verfaßt, zur Verfügung. Diese grundlegenden Darstellungen haben längst in bestimmten Richtungen Maßstäbe gesetzt. Dennoch wird man vielleicht doch diesen oder jenen Aspekt neu überdenken müssen. So leidet Rostovtzeffs Wirtschaftsgeschichte des Hellenismus stellenweise darunter, daß dieser Autor in der alten Geschichte vermeintliche Analogien zu anderen Gesellschaftsordnungen, so zum Feudalismus, Kapitalismus und Imperialismus, erkennen zu können glaubt, die man als Anachronismen werten muß. Das gilt erst recht von der weniger spezifizierten Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte der römischen Kaiserzeit des gleichen Autors. Ähnlich vereinfachenden und zum Teil irreführenden Neigungen zu ahistorischen Vergleichen begegnet man in der Wirtschaftsgeschichte des Altertums vom Paläolithikum bis zur Völkerwanderung der Germanen, Slawen und Araber von Heichelheim. Leider bieten die drei Bände auch nicht jenen universalhistorischen Abriß, den man anhand des Titels erhoffen könnte. Der Nutzen des uns besonders interessierenden dritten Bandes der englischen Ausgabe wird aber auch dadurch eingeschränkt, daß deren Anmerkungsapparat recht allgemein gehalten ist, was das Auffinden von Belegen für wichtige Einzelkriterien oftmals sehr erschwert. Das trifft auch auf die ältere deutschsprachige Ausgabe zu, Ranowitschs verdienstvolle Forschungen aus marxistischer Sicht zum Vorderen Orient, namentlich in hellenistischer Epoche, müssen gewisse, unverschuldete Abstriche hinnehmen. Sie wurden im wesentlichen im zweiten Weltkrieg abgeschlossen. Daher war es dem Verfasser im allgemeinen nur möglich, die vor 1939 erschienene Literatur zu verarbeiten.

Magie, dessen zweibändige "Roman rule in Asia minor" 1949/1950 veröffentlicht wurde, hat sich vorwiegend zur Aufgabe gemacht, die territoriale und verwaltungsmäßige Entwicklung der Halbinsel darzustellen. Aus diesem Grunde war es ihm naturgemäß schwer möglich, ökonomische Entwicklungstendenzen und -verbindungen herauszustellen. Entsprechendes gilt für die zehn Jahre früher erschienene Abhandlung Broughtons über "Roman Asia minor". Trotz - oder vielleicht gerade wegen der Materialfülle, durch die sich dieses Werk besonders auszeichnet, erscheint die Entwicklung Kleinasiens darin relativ statisch.

Zieglers Arbeit über die Beziehungen zwischen Rom und dem Partherreich schließlich beschränkt sich, wie ihr Untertitel bereits besagt, auf einen Beitrag

zur Geschichte des Völkerrechts, das heißt auf eine juristische Sicht. Zwar kann auch dieser Aspekt viele Anregungen für die Forschung bieten, aber eben doch nur auf dem politischen Sektor. Ökonomische Probleme kommen zu kurz.¹

So wird schon an dieser groben und vereinfachenden Würdigung ausgewählter Standardliteratur² sichtbar, daß die Wirtschaftsgeschichte Kleinasiens in römischer Zeit ein Thema mit vielen offenen Fragen ist, auf die einzugehen sich lohnt. Auch ist es gerade unsere Epoche, welche den Zusammenbruch des Kolonialsystems und die wachsende Aktivität der sogenannten Entwicklungsländer beobachtet. Daraus aber erwächst mehr denn je die Notwendigkeit, auch die ältere Geschichte außer-europäischer Völker und Länder nicht irgendwie als Randkultur³ mitzubehandeln, sondern zu versuchen, sie aus ihrer Sicht zu schreiben. Dieser Aspekt der Parteilichkeit mußte den erwähnten bürgerlichen Darstellungen verständlicherweise aus unterschiedlichsten Gründen fernliegen. Wir können heute auch nicht mehr die Einschätzung Hegels übernehmen, der in seiner Philosophie der Weltgeschichte urteilte: "Das Zusammentreffen beider Völker (der Griechen und Römer - H. F.), die Epoche der von Herodot sogenannten medischen Kriege, ... macht den historischen Übergang von der orientalischen zur griechischen Welt."⁴ Von hier an, so könnte man daraus schließen, werde die Geschichte der orientalischen Völker welthistorisch uninteressant. Ganz im Gegenteil sind jedoch viele Aspekte römischer Innen- und Außenpolitik ohne die Kenntnis der Situation in den zeitgleichen vorderasiatischen Reichen schwer erklärbar. So erschien es gerade für den hier gewählten Abschnitt der Wirtschaftsgeschichte Kleinasiens lohnend, bestimmte Erscheinungen einmal unter dem Blickwinkel antiker und iranischer Begegnung zu untersuchen. Einige dieser Probleme sollen im folgenden herausgegriffen werden.

1. Bei der Untersuchung von Abhängigkeitsverhältnissen in der Landwirtschaft sind für unseren Raum angesichts dessen, daß Sklaven im produktiven Bereich weitgehend fehlten, die sogenannten Kolonen häufig Gegenstand von Diskussionen gewesen. Dabei ist verschiedentlich versucht worden, sie in die Nähe von Sklaven zu rücken. Schon die faktische Schollenbindung der kaiserlichen Kolonen, wie wir sie etwa aus lydischen Inschriften kennen, sollte aber zu denken geben, auch wenn diese Quellen andererseits vermuten lassen, daß diese Schollenbindung gesetzlich

1 Rostovtzeff, M. I., Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte der hellenistischen Welt, Bd. 1 - 3, Darmstadt 1955 ff.; derselbe, Gesellschaft und Wirtschaft im Römischen Kaiserreich, Bd. 1 - 2, Leipzig o. J.; Heichelheim, F. M., An ancient economic history from the palaeolithic age to the migrations of the Germanic, Slavic and Arabic nations, Bd. 3, Leiden 1970 (Neudruck der deutschen Ausgabe von 1938: Leiden 1968); Ranowitsch, A. B., Der Hellenismus und seine geschichtliche Rolle, Berlin 1958; Magie, David, Roman rule in Asia minor to the end of the third century after Christ, Bd. 1 - 2, New Jersey 1950; Broughton, T. R. S., Roman Asia minor, in: An economic survey of ancient Rome, Bd. 4, New Jersey 1959; Ziegler, Karl-Heinz, Die Beziehungen zwischen Rom und dem Partherreich, Ein Beitrag zur Geschichte des Völkerrechts, Wiesbaden 1964.

2 Eine ausführliche Würdigung der erstgenannten Werke vgl. neuerdings bei Kreißig, Heinz, Prolegomena zu einer Wirtschaftsgeschichte des Seleukidenreiches, in: Klio, Bd. 56, 1974, S. 521 ff.

3 So bei Abriss der Geschichte antiker Randkulturen, hg. v. W. D. v. Barloewen, München 1961.

4 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, Die orientalische Welt, Berlin 1970.

nicht bestand.⁵ Wir erkennen ferner, daß auch kaiserliche Kolonen von Leistungen an die Stadt nicht verschont wurden, während private ganz augenscheinlich durch die Besitzer der Güter, die sie bearbeiteten, in dieser Hinsicht weitestgehend geschützt wurden. Allein durch die Möglichkeit, solche Lasten unmittelbar aufgebürdet zu bekommen, ist jedoch klaggestellt, daß ein Kolone nicht nur nicht de jure, sondern auch in der Praxis dem Sklaven nicht gleichgestellt wurde. Hingegen ist die Situation des Sklaven in für ihn günstiger Hinsicht verändert worden. Auf diesen sehr diffizilen und keineswegs gradlinigen Prozeß kann hier nicht näher eingegangen werden. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang nur die Ehe von Sklaven, das Kontubernium, dessen mindestens formelle Anerkennung mit dem Sklavenlos der antiken Produktionsweise schwer vereinbar ist. Nach den uns überlieferten Inschriften existierte das Kontubernium sowohl bei Sklaven im Besitz eines privaten Begüterten (KP II, 138) als auch bei kaiserlichen Sklaven, wobei diese Gemeinschaft bei kaiserlichen Herren wahrscheinlich früher anerkannt worden ist als bei einem Unfreien in privatem Besitz. Diese Sanktionierung einer an sich verpönten "Ehe" von Sklaven (seien sie in der Verwaltung oder in anderen Institutionen tätig) sowie die zahlreichen, bereits bei Ranowitsch erwähnten Aufwertungen von "Rechten" für Sklaven⁶ lassen eher den Schluß zu, von einer Annäherung des Sklavenstatus an den des Kolonen, oder allgemeiner, den Quasi-Freien, zu sprechen, als umgekehrt.

2. Es soll nun der Problemkreis einer zeitweisen oder mehr kontinuierlichen Verschlechterung der ökonomischen Situation angesprochen werden. Untersuchungen über die wirtschaftliche Lage müssen sowohl die Poleis und sonstige Städte als auch die ihr angeschlossenen Ländereien umfassen. Sie müssen aber auch die exterritorialen Landstriche berücksichtigen, einschließlich der Gebiete Innerkleinasiens. Allerdings ist namentlich für letztere, die "ethne", das Material außerordentlich dürftig. Immerhin kann soviel gesagt werden: Die Quellen ergeben ein sehr differenziertes Bild vom Wechsel zwischen ökonomischem Niedergang und wirtschaftlichem Wiederaufstieg, das keineswegs nur durch die Stichworte Bürgerkriege und "goldene" Friedensjahre des Prinzipats umreißenbar ist. Das trifft nicht nur auf die Lage der Städte zu.

Einerseits hat es über den gesamten Zeitraum in Kleinasien nie, also auch während der römischen Republik nicht, einen generellen ökonomischen Niedergang gegeben. Andererseits läßt es die Quellsituation nicht zu, von einer ständigen Prosperität der folgenden Jahrzehnte zu sprechen: Es sei zweifellos so, betont Magie, daß im Vergleich zu der großen Masse Armer, über welche die existierenden Dokumente nichts aussagen, die Zahl der wohlhabenden Familien, die in den Quellen als Stifter und Beamte erscheinen, sehr begrenzt war. Es sei fernerhin unbestreitbar, daß eine große Kluft zwischen den Reichen in den Städten und den weniger begüterten Landbürgern existiert habe.⁷ Diese sozialen Differenzierungen mußten um so stärker zunehmen, je unsicherer die wirtschaftliche Lage

5 Keil, Josef / Premerstein, Anton v., Bericht über eine (zweite, dritte) Reise in Lydien, Wien 1908 ff. = Denkschriften, hg. v. Kaiserliche Akademie der Wissenschaften Wien (im folgenden: KP I, KP II, KP III), vgl. hier bes. KP I, 16 B, KP III, 55; Günther, Rigobert, Entstehung des Kolonats in Italien, in: Klio, Bd. 43 - 45, 1965, S. 249 - 260; Held, Wieland, Lex Manciana - ein Zeugnis für die Kolonatsverhältnisse im römischen Reich zu Beginn des 2. Jahrhunderts u. Z., in: Das Altertum, Nr. 11/1965, S. 223 - 233.

6 Ranowitsch, A. B., Aufsätze zur alten Geschichte, Berlin 1961, S. 72.

7 Magie, David, a. a. O., S. 658.

des Landes insgesamt wurde. Versuchen wir hierfür einige zeitliche Ansätze zu finden. Wie aus Magies Äußerungen zur Quellensituation ersichtlich, werden wir von den herrschenden Schichten auszugehen haben. Zunächst läßt sich nachweisen, daß die Bautätigkeit im späten zweiten und frühen dritten Jahrhundert nachließ. Zwar entstanden in Pergamon, Ephesus, Philadelphia und anderen Städten noch neue Tempel, Statuen, Gymnasien und dergleichen, aber dabei handelte es sich eben um Prunkbauten einer relativ kleinen Schicht, während zur Verbesserung der ökonomischen Bedingungen niederer Schichten wenig getan wurde. Das lag kaum an den parthischen Königen, die nach Vologases I., dem Zeitgenossen der Kaiser Nero und Vespasian, keine größere Aktivität gegen Westen mehr entwickeln konnten und bis zu den Tagen Marc Aurels keine Heere mehr über den Euphrat schickten. Aber auch dann gelang es ihnen nicht, die überkommene Machtverteilung zu verändern. Es waren andere Gründe, die dazu beitrugen, daß der Gegensatz zwischen der großen Masse Armer und einer geringen Minderheit wohlhabender Familien, die noch als Bauförderer und - was nachdenklicher stimmt - Wohltäter genannt werden, ständig krasser wird. Für die Unsicherheit der sozialen Lage in bestimmten Gegenden spricht es, wenn Dion Chrysostomos die Situation der Begüterten als nicht in jedem Falle beglückend ansieht, und das sogar im Verhältnis zum Leben der Unfreien.⁸

Für die zweite Hälfte des zweiten Jahrhunderts lassen sich leicht Indizien finden. Erwähnt sei nur die (dem Vernehmen nach aus Hatra) eingeschleppte Pest, die sich durch ihre hohe Sterbequote verhängnisvoll auswirkte, wozu noch die Folgen einer Lebensmittelknappheit kamen. Auch die Bedrohung durch die Bastarner gehört hierher. Deshalb erscheinen uns die Versicherung, daß Marc Aurel diese Provinzen danach mit außerordentlicher Milde und Güte behandelt habe⁹, ebenso wie verschiedentlich bezeugte Hilfen der Kaiser für Erdbebenopfer schon seit Augustus nicht sehr vielversprechend. Zwar deuten die zahlreichen gerade nach dem Ende der Bürgerkriege gefundenen Ehrenurkunden auf ein rasches Aufblühen der Städte hin. Doch schon stellen sich wieder Zeugnisse unkorrekter Provinzveranstaltungen ein: So läßt Kaiser Nero das Abhalten von Spielen durch die Statthalter oder Prokuratoren verbieten; sie sollten nicht die Möglichkeit haben, sich auf diese Art Popularität zu verschaffen, mit der sie im Falle einer Anklage wegen Willkür und Bestechung operieren konnten. Nero ordnete an, daß in der von ihm beherrschten Provinz kein Magistrat oder Prokurator ein Schauspiel mit Gladiatoren, wilden Tieren oder ein anderes Spiel durchführen und auf diese Weise um die Gunst der durch solche Bestechung nicht weniger als durch pekuniäre Raffsucht geschädigten Untertanen buhlen dürfe.¹⁰ Auf dieser Linie eines gesteigerten Aufwandes dürften auch die sich rasch mehrenden Zeichen für wachsende Geldschwierigkeiten der Städte liegen.¹¹ Der soeben zitierte Kaiser Nero ließ weiterhin ver-

8 Dion Chrysostomos 14, 10 f.

9 Scriptorum Historiae Augustae 17, 1: Ergo provincias (post haec) ingenti moderatione ac benignitate tractavit.

10 Vgl. dazu Tacitus, Annales 13, 31, 3, wonach Nero anordnete: ... ne quis magistratus aut procurator in provincia, quam obtineret, spectaculum gladiatorum aut ferarum at quod aliud ludicrum ederet, nam ante non minus tali largitione quam corripendis pecuniis subiectos adfligebant, dum, quae libidine deliquerant, ambitu propugnant.

11 Die Finanzsituation beispielsweise in Mylasa wurde schon unter Oktavian so prekär, daß seitens der römischen Administration dringende Maßnahmen geboten schienen. (Vgl. Magie, David, a. a. O., S. 442.)

bieten, daß Provinzialversammlungen Delegationen entsenden, um ehemalige Proprätoren oder Prokonsulen zu loben - eine Maßnahme, die doch wohl nicht nur den Statthalter davon abhalten sollte, auf solche Zeugnisse im Falle seiner späteren gerichtlichen Verfolgungen zu bauen, sondern auch übergroße finanzielle Aufwendungen einzelner Provinzteile zu verhindern suchte. Die Zeichen beginnender Inflationswirtschaft der Städte, deren wichtigste Zeugen die Prokuratoren zur Zeit des Plinius sind, setzen doch schon recht früh ein.

Gegen Ende des Prinzipats hatte auch, wie bereits erwähnt, die "pax Romana" im wesentlichen aufgehört zu bestehen. Dafür ist die Unterstellung der Provinz Bithynia-Pontus unter den Kaiser ein deutlicher Hinweis, führten doch die westlichen Routen der großen Heerstraßen, die via Paphlagonien und Galatien Armenien zum Ziel hatten, durch Bithynien. In Armenien war es schon 172 n. u. Z. wieder unruhig geworden, als der römerfreundliche König gestürzt wurde; 175/176 folgte eine Rebellion in Syrien, und der junge Partherherrscher Vologases IV. versuchte, unter Ausnutzung der von ihm durch den römischen Thronprätendenten Niger erbetenen Hilfe, sein Reich wieder bis zum Euphrat auszudehnen. Auch wenn die Konflikte der Prinzipatszeit nur lokale Bedeutung hatten, wurden die Städte bei Requirierungen herangezogen, was schon um die Zeitenwende zu großen finanziellen Belastungen einiger Orte geführt hatte. Weitere Aufwendungen kamen hinzu, so die Kosten für Straßenbauten, die den Städten seit der Herrschaft der Severer aufgebürdet wurden. Auch die Ernährungslage trägt zeitweise nicht dazu bei, das aus Quellen gelegentlich abgeleitete Bild einer durchgängigen Prosperität der Städte im Prinzipat zu untermalen. So ordnete die Regierung Kaiser Domitians, als ein zwar weinreiches, jedoch getreidearmes Jahr registriert werden mußte, durch ein Edikt drastische Einschränkungen des Weinbaues in den Provinzen zugunsten des Getreides an. Er glaubte, daß die Mühe gar zu sehr auf Wein verwandt, das Getreide jedoch vernachlässigt worden sei. So befahl er, daß niemand in Italien den Wein erneuern sollte und in den Provinzen die Weinstöcke bis auf einen Rest von höchstens der Hälfte abgehauen werden sollten.¹²

Dieses Edikt war für die Provinz Asia, genauer West-Kleinasien, sehr bedeutsam, da hier Produktion und Export von Wein eine wichtige Rolle spielten. Allerdings wurde Asia schließlich gesondert behandelt. Dennoch kann man dem Edikt eine objektive Motivation nicht absprechen: Es zeigte sich namentlich in Pisidien zur Zeit seines Erlasses und später in Prusa/Bithynien, daß der Getreidemangel, den dieses Gesetz beseitigen sollte, schwerwiegende Folgen hatte und zu Teuerungen und Unruhen führte. Vorstehende Bemerkungen galten der Kaiserzeit. Über die Verwüstungen, Steuererpressungen usw. in der untergehenden Republik braucht hier im einzelnen nicht meditiert zu werden, da derartige Vorfälle in deren historischem Erscheinungsbild bereits als symptomatisch empfunden werden. Ein kurzer Hinweis soll vielmehr Gegenteiligkeiten gewidmet sein. So hatten einheimische Gemeinwesen in manchen Fällen durchaus die Möglichkeit, Zahlungsverpflichtungen zu umgehen. Antonius beispielsweise erhielt, bevor die Parther ins Land einfielen, sicher nur Bruchteile des geforderten Betrages von den kleinasiatischen Städten. Ähnlich erging es Brutus und Cassius. Als sie starben, be-

12 Sueton, Domitian 7, 2: Ad summam quondam ubertatem vini, frumenti vero inopiam, existimans, nimio vinearum studio neglegi arva, edixit, ne quis in Italia novellaret utque in provinciis vineta succiderentur, relicta, ubi primum dimidia parte.

standen seitens tributpflichtiger kleinasiatischer Gebiete noch beträchtliche Zahlungsrückstände, die in der Folgezeit kaum beglichen worden sein dürften. Ferner gibt es zahlreiche Zeugnisse, daß nach dem Untergang des einen Gewaltherrschers sein Nachfolger den zuvor gedemütigten Gemeinden Vergünstigungen gewährte. Die harte Steuerpolitik der Römer hat nichtsdestoweniger das ihre dazu beigetragen, daß es dem Arsakidenreich möglich war, unter Einsatz relativ geringer Mittel große Teile Kleinasiens und Syriens zu besetzen. Es hing mit innerpolitischen Schwierigkeiten und der Gesamtstruktur der Arsakiden zusammen, wenn die Erfolge nicht dauerhaft waren. Gerade weil man sich aber römischerseits nicht des kleinasiatischen Territoriums, auch keineswegs aller Städte, sicher sein konnte, mußte einem Antonius daran gelegen sein, des Pompeiusunvermittelt erlassene "Städteordnung" zu ändern. Wenigstens in den schwach hellenisierten Gebieten Kleinasiens war sie verfehlt. Antonius mußte annehmen können, daß die von ihm eingesetzten Klientelfürsten loyaler zu ihm ständen als Kommunen unterschiedlichster Abhängigkeitsformen, deren Einfluß zahlreiche Territorien nie erreicht hatte, ganz abgesehen von deren sehr beschränkten Möglichkeiten zur Selbstverteidigung. Daß einige Städte den Truppen eines Pakoros und Labienus - wohl weitgehend aus wirtschaftlichen Motiven - erbitterten Widerstand geleistet haben, spricht, da es sich hier um Einzelfälle handelt, nicht unbedingt dagegen. Allerdings muß die Frage zunächst offenbleiben, inwieweit die Klientelherrscher den Antonius aus freien Stücken und inwieweit sie ihn nur notgedrungen unterstützten. Doch auch hier dürften neben offensichtlichen politischen Beweggründen solche auf wirtschaftlichem Sektor vorgelegen haben wie etwa bei den Königen Armeniens und der Athropatene.

Diese - zwangsläufig unvollständigen - Angaben gestatten vielleicht den Schluß, daß die Ursachen der wirtschaftlichen Misere der Spätzeit, die schon im ersten und zweiten Jahrhundert ihre Schatten vorauswirft, andere sind als zur Zeit der untergehenden Republik. War es damals Raub, ist es jetzt übermäßiger Aufwand, der zu einer starken sozialen Differenzierung entscheidend beitrug. Steigende Unruhen wegen mangelnder Nahrungsmittel deuten in manchen Städten jedenfalls darauf hin. So ist es kein Widerspruch, wenn der Luxus in verschiedenen Städten dem Anscheine nach noch zunimmt, während vom Kaiser eingesetzte Kuratoren die Wirtschaftsführung wichtiger Städte - so Ephesos unter Hadrian - überwachen, andere Städte zum Erwerb zusätzlicher Geldmittel Konzessionen erbitten - so Amisos unter Trajan - und die Kaiser sich weigern, größere Geldgeschenke anlässlich ihrer Inthronisation usw. entgegenzunehmen. Hierher gehört auch die Begrenzung der Kosten für städtische Feiern: So wurden in Lydien aus relativ später Zeit zahlreiche Agonen-Stelen gefunden, die auf einen, gemessen an den damals vorhandenen Mitteln, unverhältnismäßig hohen Aufwand hindeuten.

Zusammenfassend zeigt sich, daß die genannten Krisenmomente nur partiell wirksam waren. Doch auch in der Republik waren zu keiner Zeit alle Teile der kleinasiatischen Halbinsel von Plünderungen, Ausbeutung seitens unredlicher Administratoren und dergleichen mehr betroffen oder gar von ökonomischem Ruin bedroht. In einigen Gebieten herrschte vielmehr durchaus über längere Zeit Ruhe. Ferner wissen wir aus Texten, namentlich durch Strabo, daß die Folgen etwaiger Ausraubungen eines Gebietes erstaunlich schnell überwunden werden konnten.

3. Ein letzter Hinweis sei der Kontinuität ökonomischer und sozialer Einrichtungen bzw. Traditionen gewidmet. Dabei führt die Alternativfrage "Übernahme aus Orientalischem oder Neuordnung aus römisch- bzw. auch griechisch-antikem Bereich?" häufig nicht weiter. So ist - um wieder ein Beispiel herauszugreifen - die Frage der Übernahme von Königsländereien des Vorderen Orients aus hellenisti-

scher Zeit durch die Principes nicht pauschal zu beantworten. Bekanntlich konnte in seleukidischer Ära bereits Kronland verkauft werden, Entsprechend dürfte sich das Besitztum der Krone schon zu Beginn der Okkupation Kleasiens durch die Römer sehr vermindert haben. Andererseits scheint das hauptsächlich nur für Gebiete zu gelten, wo sich die Hellenisierung stärker bemerkbar gemacht hatte. Das sind Landstriche in West- und zum Teil in Südkleinasien. So haben die Römer schon kurze Zeit nach der Niederschlagung der sozialen Revolte des Aristonikos die ehemaligen Kronländer der Attaliden nicht mehr als staatlichen Besitz betrachtet. Doch läßt sich offenbar nicht mit letzter Sicherheit feststellen, wie weit Aufteilungen bzw. Verkäufe ehemaligen Königlandes bis in römische Zeit tatsächlich gediehen. Zumindest scheint die Intervention Ciceros gegen derartige Vorhaben weitestgehend von Erfolg gekrönt gewesen zu sein.¹³ Auf jeden Fall lassen sich seit der Regierungszeit des Augustus zahlreiche große kaiserliche Güter nachweisen, auch in Kleinasien. Es gibt viele Belege, daß ihre Zahl bis zur Severerdynastie, also dem Ende der hier zu behandelnden Zeitspanne, durch Konfiskationen und Verkäufe wächst. Es ist jedoch auch unbestreitbar, daß mit der Erweiterung des Römischen Reiches nach Osten eine direkte Übernahme königlicher Ländereien durch den Prinzipat erfolgte. Es scheinen sich Parallelen zu den Besitzungen parthischer Könige anzudeuten, so etwa, wie wir sie aus den Quellen für Artabanus III. und Vologases IV. herauslesen können.¹⁴ Allerdings bedarf diese Problematik noch eingehender Untersuchungen. Diese letzte These soll daher nur als Möglichkeit verstanden werden.

Mit diesem Hinweis auf die oft diffizile Quellenlage bei Untersuchungen über an sich bekannte wirtschaftshistorische Erscheinungen seien diese Erläuterungen zu einigen Passagen der Wirtschaftspolitik des Imperium Romanum in Kleinasien abgeschlossen. Lediglich am Rande sei noch vermerkt, daß sich etwa für den Ursprung der Handwerkerkollegien¹⁵ oder selbst der Kolonen¹⁶ in der wissenschaftlichen Literatur ebenfalls keine einhellige Meinung durchzusetzen vermochte. Allerdings lassen sich namhafte Autoren und auch hinreichend gewichtige Quellen anführen, die auch hier auf nicht-römische Traditionen schließen lassen. Ähnliches gilt für die Steuerpolitik der römischen Republik, auch wenn deren Praxis andere Folgen hatten, als zuvor bei hellenistischen Dynastien eingetreten waren.¹⁷

13 Cicero, De lege agraria I, bes. 2, 6 u. 3, 9.

14 Bokšanin, A. G., Partija i Rim, Bd. 2, Moskau 1966, S. 128 ff.

15 Nach Poland, F., Geschichte des griechischen Vereinswesens, Reprint Leipzig 1967, S. 124 ff., entstanden die Berufsvereine erst in römischer Zeit. Eine andere Auffassung vertritt Ramsay, W. M., The cities and bishoprics of Phrygia, Bd. 1, Oxford 1895, S. 105 ff.

16 Kreißig, Maschkin, Rostovtzeff und andere nehmen an, daß sich diese soziale Kategorie in hellenistischer Zeit herausbildete (Kreißig, Heinz, Hellenistische Grundbesitzverhältnisse im oströmischen Kleinasien, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 1, S. 202; Maschkin, N. A., Römische Geschichte, Berlin 1953, S. 502; Rostovtzeff, M. I., Gesellschaft und Wirtschaft im Römischen Kaiserreich, a. a. O., Bd. 2, S. 3 ff.).

17 Rostovtzeff, M. I., Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte der hellenistischen Welt, a. a. O., bes. S. 641, 763 f., 1346; Il'inskaja, L. S., Literaturnoe nasledie Cicerona kak istočnik dlja izučenija položeniya maloaziatskich provincij Rima v konce respubliki, in: Vestnik drevnej istorii, Nr. 3/1966, S. 151 ff.

Es bleibt am Schluß die Hoffnung auszusprechen, daß die hier behandelten Probleme und die wegen der Komplexität des Themas notwendigerweise nur in lockerem Zusammenhang dazu konzipierten Bemerkungen gezeigt haben, vor welchen Schwierigkeiten eine sozialhistorische Forschung des Altertums noch steht, und zu weiteren Untersuchungen auf den im Rahmen dieser Ausführungen skizzierten Gebieten anregen.

Literaturkritik

ANTIKOMMUNISMUS UND OBJEKTIVITÄT

Zur Darstellung der Wirtschaftsgeschichte der DDR in:

Gerd Leptin, Die deutsche Wirtschaft nach 1945. Ein Ost-West-Vergleich

Leske-Verlag, 2. Auflage Opladen 1971, 81 Seiten

von Jörg Roesler

Das Buch, Anfang der siebziger Jahre von einem prominenten, seit fast zwei Jahrzehnten publizierenden "Ostexperten" der BRD geschrieben, erhebt den Anspruch, "ein ungeschminktes Bild der Verhältnisse" zu zeichnen, die Situation in der DDR so zu schildern, "wie sie wirklich ist und die tatsächliche Meinung der Bevölkerung" zum Ausdruck zu bringen. (S. 5)¹ Das Bedürfnis des Bundesbürgers nach objektiver Information über den anderen deutschen Staat in Rechnung stellend, hat Leptin mit seinem Buch zweifellos Erfolg gehabt, wie die Neuauflage seiner Schrift bereits ein Jahr nach ihrem ersten Erscheinen beweist.

Mit seinen - in der Vorbemerkung ausdrücklich formulierten - "Bestrebungen um Objektivität" (S. 5) ist Leptin durchaus kein Außenseiter der bundesdeutschen DDRologie, deren Art und Weise der Geschichtsschreibung über die DDR seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre nicht unwesentlichen Wandlungen unterworfen ist.

In den fünfziger Jahren betrachtete das Monopolkapital der BRD die DDR entsprechend der imperialistischen Strategie des "roll back" als relativ kurzfristig überwindbare Erscheinung. Die herrschenden Kreise der BRD glaubten, auf eine ernsthafte Analyse der politischen und ökonomischen Verhältnisse in der DDR verzichten zu können, da sie mit deren baldiger Liquidierung rechneten. Sie beschränkten sich ganz einfach auf die Diffamierung der Wirtschafts- und Lebensverhältnisse in der DDR, die dem Bundesbürger als unerträglich und in einer permanenten Krise befindlich geschildert wurden, um die beabsichtigte "Befreiung" als humane Tat deklarieren zu können. Dabei schenkte man konkreten Fragen der "Transformation" des sozialistischen Systems in der DDR in ein kapitalistisches nach dem "Tag X" besondere Beachtung.²

1 Alle in Klammern gesetzten Seitenzahlen im Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

2 Vgl. dazu insbesondere Propp, Peter Dietrich, Zur Transformation einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs in eine Marktwirtschaft, (West-) Berlin 1964. - Die Rückführung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR in eine kapitalistische "Marktwirtschaft" war in der BRD und Westberlin beinahe obligates Thema jeder umfangreicheren Darstellung der Wirtschaftsentwicklung der DDR. Vgl. dazu auch Bosch, Werner, Marktwirtschaft - Befehls-

Erst etwa 1966/67 wurde begonnen, eine spezielle DDR-Forschung an den wissenschaftlichen Institutionen der BRD aufzubauen. Für diesen Schritt gab es eine Reihe gewichtiger Gründe. Die wachsenden Erfolge der Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft, die zunehmende Verbreitung der Ideen des Marxismus-Leninismus und die Zuspitzung der inneren Widersprüche in der BRD und den übrigen kapitalistischen Ländern, vor allem aber die Einsicht der herrschenden Kreise der BRD, daß eine Annexion der DDR im Ergebnis einer militärischen Aktion nicht zu realisieren sei, verschärften die Auseinandersetzung auf ideologischem Gebiet und stellten höhere Anforderungen an das Niveau der BRD-Literatur über die DDR. Bereits im Jahre 1962 schrieb J. Bochenski, einer der führenden westlichen Sowjetologen: Es sei "höchste Zeit zu verstehen, daß, solange man den Kommunismus an der Peripherie, mit physischen Mitteln der Agitation usw. bekämpft, und nicht imstande ist, nach seinem Geist zu greifen, er über die freie Welt eine große Überlegenheit besitzt."³ In der ideologischen Diversion trat daher an die Stelle offen restaurativer Parolen ein verfeinerter Antikommunismus, der scheinbar von einer Anerkennung der politischen und ökonomischen Verhältnisse in den sozialistischen Ländern ausging, um von dieser Position aus die sozialistische Ideologie um so wirksamer bekämpfen zu können.

Leptin möchte jedoch auch mit den Schreibern der neuen Richtung der "DDR-Analyse" nicht in einen Topf geworfen werden. Von ihnen behauptet er, daß sie "bedauerlicherweise ... den selbst verkündeten Ansprüchen nicht immer" gerecht werden (S. 5). "Es ist offensichtlich", so resümiert Leptin weiter, "daß die Überwindung politischer und ideologischer Vorurteile zwar eine notwendige, mitnichten aber eine hinreichende Voraussetzung für eine abgewogene Darstellung der DDR-Verhältnisse ist. Die materialmäßigen und methodischen Schwierigkeiten sind zumeist von erheblich größerer Bedeutung, zumal gerade sie häufig zu nicht ausreichend begründbaren Wertungen verleiten" (S. 5). Leptin geht es um eine abgewogene Darstellung, wenn er auch einräumt, dem Fehler voreiliger Wertung nicht in jedem Fall entgangen zu sein (S. 5).

Leptins Buch, das trotz seines weiter gefaßten Titels fast ausschließlich der DDR gewidmet ist, "weil immer noch davon ausgegangen werden muß, daß hier ein relatives Informationsdefizit besteht" (S. 5), behandelt in erster Linie drei Probleme aus der Wirtschaftsgeschichte der DDR:

- die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse,
- die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft und
- Probleme des Wirtschaftswachstums, der Wirtschaftsstruktur und des Lebensstandards der Bevölkerung.

Obwohl Leptin der letzteren Thematik die größere Seitenzahl widmet, liegt der Aussagewert und die Aussagekraft seiner Schrift vor allen Dingen in der Behandlung der ersten beiden Schwerpunkte, denen dementsprechend auch unsere Hauptaufmerksamkeit gilt. Doch zunächst einige Bemerkungen zum dritten Themenkomplex.

Am ehesten bleibt Leptin noch bei der Behandlung dieser Thematik seinem im Vorwort verkündeten Streben nach "Objektivität" treu. Zwar stützt auch er sich

wirtschaft. Ein Vergleich der Wirtschaftsordnungen in West- und Mitteldeutschland, Mainz 1961.

3 Bochenski, Joseph M., Der freie Mensch in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West, in: Das Parlament, Nr: 11/1962, Beilage, S. 111.

auf tendenziöses Material der BRD-Statistik sowie "Berechnungen" einiger wegen ihres Antikommunismus berühmter Autoren, wie zum Beispiel Gleitze, doch weist er einleitend zu den jeweiligen Abschnitten (S. 48, 63 f.) "auf die durch das Fehlen aussagekräftiger Nachkriegsstatistiken sowie methodische und erfassungstechnische Unterschiede" in der DDR- und BRD-Statistik bedingten Schwierigkeiten bei der Auswertung des Zahlenmaterials hin. Er kommt dabei zu dem Schluß, "daß man hinsichtlich der Möglichkeit eines wirtschaftlichen Vergleichs zwischen der Bundesrepublik und der DDR skeptisch sein muß, Entsprechend vorsichtig sollte man daher auch mit den Ergebnissen umgehen" (S. 64).

Trotzdem enthält das Kapitel zur Entwicklung der DDR-Wirtschaft und des Lebensstandards ihrer Bevölkerung einiges, wodurch sich das Buch Leptins wohlthuend von vielen ähnlich gelagerten Beiträgen anderer BRD-Publizisten abhebt. Da ist zum Beispiel die Erkenntnis des Autors, daß "sowohl vom Potential wie von der Wirtschaftsstruktur her die Grundlagen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in der SBZ weit ungünstiger waren als in den Westzonen bzw. in der Bundesrepublik". (S. 54) Das ist - nebenbei bemerkt - eine Einschätzung, welche die sozialistische Geschichtsschreibung schon vor Jahren gegeben hat.⁴ Das trifft ebenso auf die von Leptin anerkannte Benachteiligung der DDR gegenüber der BRD bei der Entwicklung der Außenwirtschaft nach 1945 bis in die fünfziger Jahre zu (S. 57). Und schließlich gesteht der Autor auch ein, daß die angeblich die Wirtschaft beider Länder gleich hart treffenden Spaltungsproportionen das westdeutsche Wirtschaftswachstum aufgrund des Vorhandenseins einer schwerindustriellen Basis kaum schädigten, für die rohstoffarme DDR aber ein außerordentliches Handicap bedeuteten (S. 52).

Diese Erkenntnis, genauer gesagt, die Anerkennung der von der marxistischen Geschichtswissenschaft längst festgestellten Tatbestände, sind auch für bundesrepublikanische Verhältnisse kein Novum. Bereits in einem 1966 in der BRD herausgegebenen Buch des Amerikaners Hans Apel⁵ wird mit vielen Dogmen der antikommunistischen Historiographie der fünfziger Jahre gebrochen. Doch daß sich eine reale Einschätzung der wirtschaftlichen Startbedingungen der DDR in einer für den breiten Leserkreis geschriebenen "allgemeinverständlichen Darstellung", als die Leptin sein Buch verstanden haben will (S. 11), wiederfindet, zeugt von der Macht der Tatsachen und veranschaulicht die Möglichkeiten der sozialistischen Ideologie, den sorgsam um die BRD-Bevölkerung gebreiteten Vorhang der geistigen Manipulation zu durchlöchern.

Die Durchsetzung der Wahrheit angesichts des scheinbar allumfassenden Lügengewebes der monopolistischen Manipulation in der BRD ist allerdings ein langwieriger Prozeß. So kann es sich Leptin noch erlauben, die in den fünfziger Jahren aufgestellten Behauptungen über die ein volles Jahrzehnt währende "Ausbeutung" der DDR durch die Sowjetunion mittels Demontagen, Reparationslieferungen und Zahlung von Besatzungskosten zu wiederholen (S. 53 ff.), wenn er sich auch ge-

4 Vgl. dazu z. B. Müller, Hans / Reißig, Karl, Wirtschaftswunder DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1968, S. 29 ff.; Barthel, Horst, Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik in der Nachkriegsperiode (1945 - 1949/50), wirtschaftswiss. Habil.-Schr., Humboldt-Universität, Berlin 1968, S. 167; Falk, Waltraud / Richter, Gerhard / Schmidt, Wilhelm, Wirtschaft - Wissenschaft - Welthöchststand, Berlin 1969, S. 121 ff.

5 Vgl. Apel, Hans, Wehen und Wunder der Zonenwirtschaft, Köln 1966.

zwungen sieht, entsprechende DDR-Berechnungen zur Reparationsfrage zu erwähnen und die Unsicherheit von BRD-Schätzungen anzuerkennen.⁶

Anerkennen muß Leptin auch, daß die ökonomische Position der DDR gegenüber der BRD nicht nur hinsichtlich der Ausgangsbedingungen 1945 ungünstiger war⁷, sondern daß die DDR auch in der Folgezeit benachteiligt wurde, wenn er schreibt: "Zu dieser schlechten Ausgangssituation kamen im weiteren Verlauf Schwierigkeiten bzw. Benachteiligungen hinzu, die es in Westdeutschland entweder gar nicht oder noch nicht in dem Ausmaß gab wie im östlichen Teil Deutschlands" (S. 53).

Leptin analysiert in diesem Zusammenhang drei Bereiche: Reparationen und Besatzungskosten (S. 53 ff.), außenwirtschaftliche Probleme (S. 57 ff.) und die Arbeitskräftesituation (S. 60 ff.). Von einem Autor, der für eine "abgewogene Darstellung der DDR-Verhältnisse" plädiert, kann man durchaus verlangen, daß er auch auf die zusätzlichen Probleme eingeht, die der DDR gerade in der Außenwirtschaft und hinsichtlich der Arbeitskräftesituation durch die Störtätigkeit des Imperialismus entstanden. Leptin verliert aber kein Wort zum Beispiel über die von der BRD aus betriebene Sabotagepolitik in volkseigen gewordenen ehemaligen Konzernbetrieben⁸, die wiederholten empfindlichen Störungen des Außenhandels der DDR mit der BRD und anderen imperialistischen Staaten⁹ oder die über ein Jahrzehnt lang geführten Warenzeichenprozesse, mit denen versucht wurde, DDR-Markenerzeugnisse vom kapitalistischen Weltmarkt zu verdrängen.¹⁰ In Leptins

6 Eine gründliche Darstellung der Reparationsfrage und ihrer Auswirkungen auf die Wirtschaft der DDR gibt Horst Barthel. (Barthel, Horst, a. a. O., S. 88 ff.)

7 Noch 1964 behauptete Gleitze das Gegenteil. (Vgl. Gleitze, Bruno, Die Industrie der Sowjetzone unter dem gescheiterten Siebenjahrplan, Berlin 1964, S. 3 ff.)

8 Eine Gruppe konzernhöriger ehemaliger Angestellter der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft und der Deutschen Solvay-Werke AG, die sich bei uns in Positionen des Staats- und Wirtschaftsapparates eingeschlichen hatten, spielte z. B. ihren Auftraggebern zwischen 1945 und 1948 Geld- und Sachvermögen im Werte von über 100 Millionen DM zu. (Vgl. DDR - Werden und Wachsen. Zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1974, S. 171.) Die Schuldigen, soweit man ihrer habhaft werden konnte, wurden im April 1950 verurteilt. (Vgl. Benjamin, Hilde, Erinnerungen an die Konzernprozesse im Jahre 1950, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 6/1969, S. 967 ff.)

9 Von imperialistischer Seite wurde der Handel zwischen der DDR und BRD 1948/49, 1951 und 1960 unterbrochen. Jedesmal waren erhebliche Produktionsumstellungen ("Störfreimachung") innerhalb der DDR sowie verstärkte Hilfeleistungen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder notwendig, um ernsthafte Störungen des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses in unserer Republik zu vermeiden. (Vgl. Die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin o. J., S. 295; DDR - Werden und Wachsen, a. a. O., S. 374.) Auch in den übrigen Jahren wurde der Ost-West-Handel durch ein 1950 von der BRD eingeführtes kompliziertes Ausschreibungs- und Genehmigungsverfahren sowie durch ein amerikanisches Exportembargo auf der Grundlage des Battle Act vom Oktober 1951, dem sich auch die BRD anschloß, gehemmt. (Vgl. Kohlmeier, Gunther, DDR und RGW, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 2, S. 48.)

10 Der VEB Carl Zeiß Jena, eines der Ziele derartiger juristischer Manöver, wurde z. B. zwischen März 1954 und Februar 1962 in 72 Gerichts- und 69 Verwaltungsverfahren um die bekannten Zeiß-Warenzeichen verwickelt. Vorüber-

Buch findet sich kein Hinweis über den durch einen manipulierten Wechselkurs angeregten Schleichhandel mit Lebensmitteln und industriellen Konsumgütern aus der DDR nach Westberlin¹¹, keine Zeile über die sogenannte Grenzgängerei¹² und die systematische Abwerbung von Facharbeitern, Spezialisten aller Art und Wissenschaftlern aus der DDR,¹³ Einen Wirtschaftskrieg der BRD gegen die DDR (als Bestandteil des globalen Wirtschaftskrieges des Imperialismus gegen das sozialistische Lager) hat es, so muß der Leser aus der Lektüre von Leptins Buch schließen, nicht gegeben. Eine verzeihliche Unterlassungssünde? Das Ergebnis einer jener "voreiligen Wertungen", vor denen sicher zu sein auch Leptin keinen Anspruch erhebt? (S. 5) Wohl kaum, wenn man die Größe des durch den Wirtschaftskrieg angerichteten Schadens bedenkt¹⁴ und wenn man berücksichtigt, daß auch im Westen zu dieser Problematik bereits vor dem Erscheinen von Leptins

gehend war diesem Betrieb, dessen Erzeugnisse auf dem Weltmarkt hochgeschätzt sind, die Benutzung des traditionellen Warenzeichens in der BRD, Österreich, den Niederlanden, der Schweiz und Dänemark durch gerichtliche Entscheidung untersagt. Der Export in diese Länder mußte unter erschwerten Bedingungen durch die Vertriebsgesellschaften Jena-Optik-GmbH und Saale-Glas GmbH unter neuen bzw. ohne Warenzeichen erfolgen. (Zentrales Staatsarchiv, Abt. I.)

- 11 Über den durch Westberliner und BRD-Schieber und Schieberringe organisierten Schleichhandel wurden neben Lebensmitteln vor allem Buntmetalle und hochwertige Industriewaren, Filmkameras, optische Geräte, Schreibmaschinen, Jenaer Glas, Kunstgegenstände und Musikinstrumente verschoben. Ein Hinweis auf den Umfang dieses Schleichhandels ergibt sich aus der Tatsache, daß zwischen 1953 und 1960 von den Zollorganen der DDR Waren im Werte von 9 Millionen DM beschlagnahmt wurden. Der tatsächliche Umfang des in Richtung Westberlin gehenden Schleichhandels war beträchtlich größer; denn nur eine von 10 000 zwischen der DDR und Westberlin verkehrenden Personen wurde kontrolliert. (Vgl. Altmann, Eva, Zu einigen Bedingungen der Wirkung des Sozialismus in der DDR auf die westdeutschen Arbeiter, in: Einheit, Nr. 9/1962, S. 82.)
- 12 Etwa 4 % der bis zum 13. 8. 1961 in Westberlin Beschäftigten waren "Grenzgänger", d. h. DDR-Bürger aus Berlin (80 %) sowie den Bezirken Potsdam (15 %) und Frankfurt (5 %), die auf der Grundlage des manipulierten Wechselkurses durch ihre Arbeit in Westberlin ein höheres Einkommen hatten als die in den volkseigenen Betrieben arbeitenden Werktätigen mit gleicher beruflicher Qualifikation. Ihr Anteil an der arbeitsfähigen Bevölkerung der DDR-Hauptstadt belief sich im ersten Halbjahr 1961 auf 14,3 Prozent. (Zentrales Staatsarchiv, Abt. I.)
- 13 Vgl. 25 Jahre Deutsche Demokratische Republik - ein Vierteljahrhundert Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Thesen. Aufruf, Berlin 1974, S. 19. - Von besonderem Schaden für die Volkswirtschaft der DDR erwies sich die Abwerbung von Wissenschaftlern. Allein zwischen dem 1. 1. und dem 31. 7. 1960 verließen z. B. 65 Angehörige der technischen Intelligenz aus dem Bereich Elektronik die DDR. (Vgl. Teumer, Werner, Grundzüge der ökonomischen Strategie und Taktik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom Frühjahr 1960 bis zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse Ende 1962, phil. Diss., Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1968, S. 87.)
- 14 In den Thesen zum 25. Jahrestag der DDR heißt es dazu: "Die aggressive Politik des Imperialismus fügte der DDR außerordentlich großen Schaden zu,

Buch Darstellungen vorlagen,¹⁵ Zeigte bereits die Art und Weise, wie Leptin die Entwicklung der Wirtschaft und des Lebensstandards der DDR behandelt, daß die vom Autor propagierte "Überwindung politischer und ideologischer Vorurteile" ihm selbst beträchtliche Schwierigkeiten bereitet, so wird dies noch deutlicher, wenn Leptin in seinem Buch die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse in der DDR darstellt.¹⁶ Das ist nicht verwunderlich, denn die Umgestaltung des Eigentums an den Produktionsmitteln ist eine der Grundfragen der sozialistischen Revolution und steht deshalb im Zentrum der ideologischen Auseinandersetzung. Leptin verzichtet in seinem Buch im Gegensatz zu vielen anderen BRD-Autoren¹⁷ darauf, jede Maßnahme der Partei der Arbeiterklasse und des Arbeiter- und Bauern-Staates zur Schaffung sozialistischer Eigentumsverhältnisse in der DDR als Schritt zur Vertiefung einer angeblichen ökonomischen Krisensituation darzustellen. Er kommt in vielen Fällen nicht umhin - und auch das unterscheidet sein Buch von vielen, thematisch ähnlich gelagerten westdeutschen Publikationen über die DDR -, erhöhte Produktivität, schnelleres Wachstumstempo und verbesserte Lebensbedingungen als direktes Ergebnis der sozialistischen Umgestaltung zu konstatieren. So bemerkt er zum Beispiel zur Entwicklung der Landwirtschaft nach der vollständigen Vergenossenschaftlichung im Frühjahr 1960, "daß die Bauern mit der LPG zufrieden sind und gar nicht wieder als selbständige Landwirte arbeiten wollen", und findet das "durchaus verständlich" (S. 20). Von einer Anerkennung der Realität zeugen auch seine Bemerkungen zur Herausbildung halbstaatlicher Betriebe (S. 22 f.).

Es entsteht allerdings der Eindruck, daß Leptin fürchtet, mit der Billigung von Ergebnissen der sozialistischen Wirtschaftspolitik der DDR zu weit gegangen zu

vergrößerte die Schwierigkeiten, die beim Aufbau des Sozialismus überwunden werden mußten und erschwerte die Verbesserung der Lebenslage ihrer Bevölkerung." (25 Jahre Deutsche Demokratische Republik, a. a. O., S. 19.) Den Gesamtschaden des Wirtschaftskrieges für die DDR beziffert Hans Müller auf etwa 100 Mrd. Mark. Er fährt fort: "Das sind 120 Stahlwerke zu je 1 Million t Produktionskapazität oder das Dreifache der gesamten Stahlkapazität der BRD." (Müller, Hans, DDR - das sind wir, Berlin 1974, S. 19.) Allein der durch die Grenzgängerei angerichtete Schaden belief sich nach Berechnungen von Eva Altmann innerhalb von 10 Jahren auf 6 Mrd. Mark. (Vgl. Altmann, Eva, a. a. O., S. 81 f.) In der BRD nahm als erster Fritz Baade zum Umfang des durch den Wirtschaftskrieg der BRD verursachten Schadens Stellung. Im Jahre 1965 äußerte er dazu: "Ich gehe von der Produktion aus, die gerade von den Kadern gesichert werden kann, die systematisch mit Versprechungen von vorteilhaften Lohnbedingungen oder aus anderen Gründen herübergezogen wurden. Wenn die Zahlen stimmen, die der Westen in dieser Hinsicht veröffentlichte, dann hat die DDR potentiell bis 85 Milliarden Mark verloren." (Zit. nach Müller, Hans / Reißig, Karl, a. a. O., S. 338.)

15 Eine umfangreiche und sehr beweiskräftige Arbeit über den Wirtschaftskrieg des Imperialismus gegen die sozialistischen Länder veröffentlichte 1968 Adler-Karlsson, Vgl. Adler-Karlsson, Gunnar, Western Economic Warfare 1947 - 1967, A Case Study in Foreign Economic Policy, Uppsala 1968.

16 Vgl. Leptin, Gerd, Die deutsche Wirtschaft nach 1945. Ein Ost-West-Vergleich, 2. Aufl. Opladen 1971, Abschnitt B I: Privateigentum oder Sozialisierung - die Auseinandersetzung um die Eigentumsordnung, S. 9 - 26.

17 Vgl. z. B. Thalheim, Karl C., Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, Berlin 1964, S. 7.

sein, seinen Ruf als "unparteiischer Beobachter" aufs Spiel gesetzt zu haben, wenn er eine oben zitierte Bemerkung über die Zufriedenheit der LPG-Bauern mit der neuen Ordnung anschließend durch den Satz abzuschwächen versucht: "Man darf solche Äußerungen jedoch nicht verallgemeinern und für typisch halten" (S. 20).

Noch deutlicher kommt Leptins "Streben nach Objektivität" bei der Behandlung des freiwilligen Eintritts der Einzelbauern in die LPG zum Ausdruck, wenn er einerseits feststellt, daß in der DDR "kein Gesetz verabschiedet wurde, welches den Bauern den Beitritt zu einer LPG zur Pflicht machte". "Andererseits", fährt er fort, "ist es nicht falsch, wenn im Westen von einer Zwangskollektivierung gesprochen wird, insofern auf die Bauern jahrelang ein intensiver, politischer, psychischer und besonders ökonomischer Druck ausgeübt wurde (S. 19). Das Hauptargument, mit dem Leptin den "Zwangscharakter" der Vergenossenschaftlichung in der DDR zu begründen sucht, ist aber ein anderes. "Daß die andere, hartnäckigere Hälfte (der Einzelbauern der DDR - J. R.) dann im Verlauf von nur 3 1/2 Monaten zum Eintritt bewogen werden konnte, zeigt deutlicher als jedes Einzelbeispiel den allgemeinen Zwangscharakter dieser Maßnahmen" (S. 19). Daß Leptin die Dialektik vertraut ist und er das Gesetz des Umschlags von Quantität in Qualität kennt, ist nicht zu erwarten. Daß er sich selbst keine andere Erklärung für die Bereitschaft der Bauern der DDR zur sozialistischen Großraumpolitik geben kann, mag sein. Aber daß er sein eigenes Nichtbegreifen-Wollen oder -Können zum Hauptpunkt der Beweisführung des "Zwangscharakters" der Vergenossenschaftlichung in der DDR macht, ist eine Fehlleistung, die einem Publizisten, der sich selbst "die Überwindung politischer und ideologischer Vorurteile" gegenüber der DDR bescheinigt, schlecht ansteht.

Wie bei der Frage der Vergenossenschaftlichung schließt Leptin auch in anderen Teilen des Abschnitts über die Errichtung der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR unter dem Deckmantel des "Strebens nach Objektivität" immer wieder Kompromisse mit seinen offen antikommunistischen Vorgängern bei der Darstellung der Wirtschaftsgeschichte der DDR, wenn er zum Beispiel die Veränderungen der Eigentumsverhältnisse auf dem Lande in Zusammenhang mit der Bodenreform beschreibt als "Änderungen, von denen eine große Zahl von Menschen teils positiv, teils negativ betroffen wurde" (S. 17). Wer wurde negativ betroffen? 11 697 Kriegsverbrecher, Naziaktivisten und Junker, die dem deutschen Volk jahrzehnte- und jahrhundertlang geschadet hatten. Und wen betraf die Bodenreform "positiv"? 559 089 Werk tätige, in ihrer Mehrzahl Landarbeiter, landlose und landarme Bauern sowie Umsiedler, Personengruppen also, die bis dahin Ausbeutungsobjekte und Opfer der Politik gerade jenes Häufleins Enteigneter waren.¹⁸ Das waren die tatsächlichen Vorgänge, über die sich der bundesrepublikanische Leser wenigstens teilweise auch bei Leptin informieren kann, wenn er sich die Mühe macht, die auf der nächstfolgenden Seite abgedruckte, bezeichnenderweise unkommentierte Statistik "Bilanz der Bodenreform" aufmerksam zu studieren (S. 18).

In einigen Fällen übernimmt Leptin sogar direkt Behauptungen aus dem Lügenarsenal der "SBZ-Spezialisten" der fünfziger Jahre; Behauptungen, von denen er wahrscheinlich meint, daß man sie auch heute noch dem Leserpublikum in der BRD servieren kann. Dazu gehört in Zusammenhang mit der Umgestaltung der

¹⁸ Zahlen vom 1. 1. 1950. Vgl. Vom Werden unseres Staates, Bd. 1: 1945 - 1949, Berlin 1966, S. 320 ff.

Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft vor allem die Behauptung, daß der (im Frühjahr 1960 beendete) Zusammenschluß der bäuerlichen Einzelbetriebe zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bereits 1945 im Rahmen der Bodenreform durch die viel zu kleinen Betriebsgrößen der Neubauernstellen (im Durchschnitt 8,1 Hektar) ökonomisch vorbereitet wurde. (S. 18) Bei dieser immer wieder von BRD-Autoren aufgetischten Behauptung ist eine gewisse Demagogie nicht zu übersehen, stand doch im Mittelpunkt der Ende der fünfziger Jahre in der DDR geführten Diskussion um die volle Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft das Argument, daß die bäuerlichen Einzelbetriebe zu klein seien, um eine weitere Steigerung der Produktion und der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft zu gewährleisten.¹⁹ Waren im Jahre 1960 die einzelbäuerlichen Betriebe der DDR tatsächlich "viel zu klein" für eine weitere Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und des Lebensstandards auf dem Lande, so traf das für die unmittelbaren Nachkriegsjahre keineswegs zu. Die auf dem Lande vorhandene Technik, soweit sie die Kriegszerstörungen und den Abtransport in den Westen überstanden hatte, war so gering, daß sie bei der Bodenbestellung kaum ins Gewicht fiel. Künstlicher Dünger kam nur in geringen Mengen zur Anwendung.²⁰ Beim Überwiegen der Handarbeit auf dem Lande hing aber die Höhe der Erträge wesentlich von der Anzahl der Arbeitskräfte je Hektar ab, und diese war natürlich um so größer, je größer die Anzahl der Neubauern war, die auf dem ehemaligen Junkerland siedelten. Daß die damaligen Überlegungen der Partei der Arbeiterklasse die Betriebsgröße betreffend richtig waren, bestätigte die weitere Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion in der DDR nach der Bodenreform. Dank einer Wirtschaftspolitik, die zu hohen Erträgen durch den Verkauf der über den Plan hinaus produzierten Güter als "freie Spitzen" anregte, konnten die Bauern der DDR trotz unzureichender Mechanisierung und Chemisierung bei der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion bedeutende Erfolge erringen und bis 1950 den Vorkriegsstand des Hektarertrags wieder erreichen.²¹ In welchem Maße gerade die Bodenreform die guten Arbeitsergebnisse in der Landwirtschaft der DDR stimulierte, zeigt ein Vergleich der damaligen SBZ mit den Westzonen, in denen die Bodenreform unter Bruch des Potsdamer Abkommens nicht durchgeführt wurde. Der Prozeß der Wiedererreichung des Vorkriegsstandes

19 Der durchschnittliche Arbeitsaufwand in Stunden je Dezitonne betrug Ende der fünfziger Jahre in der DDR

	<u>in der LPG</u>	<u>beim Einzelbauern</u>
bei Getreide	3,15	7,60
bei Kartoffeln	1,90	3,10
bei Zuckerrüben	1,80	2,60

(Müller, Hans/Reißig, Karl, a. a. O., S. 317.)

20 Durch Produktionsrückgänge in der chemischen Industrie sank der Düngemittelverbrauch in der SBZ auf ein Minimum. Er betrug 1945/46 im Vergleich zu 1937/38 bei Phosphat (P_2O_5) 6,1 %, bei Kalk (CaO) 9,1 %, bei Stickstoff (N) 25,4 % und lag nur bei Kali mit 141,9 % über dem Vorkriegsniveau. (Barthel, Horst, a. a. O., Anhang, S. 40.)

21 Hektarerträge auf dem Gebiet der DDR (in dt)

<u>Fruchtart</u>	<u>1934/38</u>	<u>1950</u>
Weizen	24,6	25,4
Roggen	17,1	18,7
Kartoffeln	173,0	181,2
Zuckerrüben	291,0	273,1

(Dörnberg, Stefan, Die Geburt eines neuen Deutschland, Berlin 1959, S. 231.)

vollzog sich dort, besonders in der amerikanischen und französischen Besatzungszone, weitaus langsamer.²² Übrigens verschweigt Leptin, wenn er von der "Unwirtschaftlichkeit von Anfang an" der durch die Bodenreform geschaffenen Landwirtschaftsbetriebe spricht, daß 1949 in der BRD mehr als 1,2 Millionen Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche bis zu 5 Hektar existierten; Betriebe also, die in ihrer Größe eindeutig unter dem von Leptin angeprangerten "Bodenreformstandard" der DDR lagen.²³

Zeigen diese Einzelbeispiele bereits deutlich, wie Leptin wiederholt seinen postulierten Grundsätzen "einer abgewogenen Darstellung der DDR-Verhältnisse" (S. 5) untreu wird, so ist er grundsätzlich nicht in der Lage, die Wirtschaftspolitik des sozialistischen Staates gegenüber dem privaten Sektor unvoreingenommen einzuschätzen. Seine klassenmäßige Beschränktheit und seine eindeutige Parteinahme für die imperialistische Gesellschaft kommen darin zum Ausdruck, daß er die administrativen und ökonomischen Maßnahmen der Regierung der DDR zur Förderung des sozialistischen Sektors bzw. zur Zurückdrängung privatkapitalistischer Betriebe (wie unterschiedliche Versorgung mit Materialien und Ausrüstungsgegenständen sowie differenzierte Besteuerung und Preisgestaltung, zum Beispiel bei der Bezahlung von MTS-Leistungen durch LPG und Einzelbauern) als Diskriminierung charakterisiert (S. 19). Leptin mutet dem Leser ein großes Maß Naivität zu, wenn er ihm glauben zu machen versucht, daß man die Aktivitäten des sozialistischen Staates daran messen könne, inwieweit er ein "fair play" zwischen den Betrieben der kapitalistischen und sozialistischen Eigentumsform organisiert. Gerade im Schutz und in der Förderung des sozialistischen Eigentums besteht eine der Hauptfunktionen des sozialistischen Staates. Das anzuerkennen sollte sich Leptin doch bequemen, ob es ihm nun angenehm ist oder nicht.

Von der Fehlinterpretation bis zur Fälschung ist kein weiter Schritt, und so ist es nicht verwunderlich, wenn Leptin an die Periode der Enteignung der Monopolkapitalisten und Kriegsverbrecher 1945 bis 1948 eine "zweite Phase der Sozialisierung" reiht, die bei ihm von 1949 bis 1955 reicht und die "in Zusammenhang mit der Bewirtschaftungsgesetzgebung und dem Steuerrecht ... eine Fülle von Ansatzpunkten für Enteignungen" bot. Da im "Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" zu diesem Problem bereits Stellung genommen wurde²⁴, sei hier nur beiläufig darauf hingewiesen, daß während Leptins "zweiter Sozialisierungsphase" die Bruttoproduktion der privatkapitalistischen Betriebe weiter anstieg²⁵ und am Ende dieser Periode in der Industrie der DDR noch 13 782 Privatbetriebe (neben 5 716 volkseigenen und 339 genossenschaftlichen Unternehmen) existierten.²⁶ Soviel zu Leptins Darstellung der Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse in der DDR.

Am stärksten tritt bei Leptin der Gegensatz zwischen seinem im Vorwort gegebenen Versprechen, politische und ideologische Vorurteile bei der Darstellung der ökonomischen Entwicklung der DDR fallenzulassen, und seinen Ausführungen im

22 Vgl. Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen, Berlin 1948, S. 30 f.

23 Vgl. Statistisches Jahrbuch 1955 der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1955, S. 271.

24 Vgl. Roesler, Jörg, Die Rolle der Planung und Leitung bei der Umgestaltung der privaten Industrie und des Handwerks in der Übergangsperiode, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 2, S. 213 ff.

25 Die Bruttoproduktion in Meßwerten erhöhte sich von 5,4 Mrd. auf 6,5 Mrd. DM. Vgl. Statistisches Jahrbuch 1955 der Deutschen Demokratischen Republik, a. a. O., S. 125.

26 Ebenda, S. 121.

Buch selbst in dem der sozialistischen Planwirtschaft gewidmeten Abschnitt zutage²⁷, obwohl gerade in diesem Teil die sachliche Information auf den ersten Blick zu überwiegen scheint. So wird im Unterabschnitt "Entwicklung und Grundstruktur des Planungsapparates" unter Benutzung von DDR-Quellen und -Literatur ein kurzer, für den BRD-Leser sicherlich recht informativer und im wesentlichen richtiger Abriß der Struktur der Leitungs- und Planungsorgane der DDR geboten. Auch der folgende Abschnitt "Die Wirtschaftspläne und ihr Zustandekommen" enthält für den interessierten bundesrepublikanischen Leser sicher sehr nützliche Angaben über die Art und Weise der Planaufstellung und -kontrolle, wobei die sachliche Darstellung allerdings nicht konsequent durchgehalten und manchmal auf die traditionellen Argumente der offen antikommunistischen "Ostforschung" zurückgegriffen wird.²⁸ Im Abschnitt "Probleme der sozialistischen Planwirtschaft und die Wirtschaftsreformen" berührt Leptin durchaus echte Probleme der DDR-Planung der fünfziger und sechziger Jahre, wenn er auf solche "planungstechnischen Schwierigkeiten" eingeht, wie die Abstimmung zwischen zentraler zweigorientierter und komplexterritorialer Planung, zwischen Mengen- und Wertplanung sowie der Planung des Aufkommens und Ergebnisses der Produktion (Bilanzierung) (S. 43). Die Darstellung zeugt von einem bis zu einem gewissen Grade realistischen Herangehen Leptins, und es ist sicherlich aufschlußreich, wenn ein bundesrepublikanischer Wissenschaftler, der immerhin schon fast zwei Jahrzehnte die Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik der DDR verfolgt, keine Anzeichen einer Konvergenz zwischen der Ökonomik der BRD und der Deutschen Demokratischen Republik sehen kann (S. 47). Des Autors Realismus in Einzelfragen der Einschätzung der Planwirtschaft und Planungspolitik der DDR wird allerdings beträchtlich dadurch abgewertet, daß Leptin seine Aussagen zu Einzelproblemen einbindet in eine Theorie der Planung, die Ursachen und Aufgaben der sozialistischen Planwirtschaft verfälscht, ja die tatsächlichen Verhältnisse geradezu auf den Kopf stellt, worauf im folgenden näher eingegangen werden soll.

Leptin stützt sich in seinen grundsätzlichen Aussagen zur sozialistischen Planwirtschaft auf seinen Lehrmeister K. Paul Hensel, der für sich in Anspruch nimmt, Walter Euckens Lehre von der "Zentralverwaltungswirtschaft" weiter ausgebaut und wissenschaftlich fundiert zu haben. Seine "Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft" legte Hensel bereits 1954 dar.²⁹ Zwar wurde inzwischen selbst von bürgerlicher Seite anerkannt, daß Hensel von "verfehlten Grundgedanken" ausgeht und seine Beweisführung "auch im einzelnen widerspruchsvoll" ist³⁰, doch ist die Brauchbarkeit der Theorie von der Zentralverwaltungswirtschaft für die bürgerliche Apologetik nach wie vor unumstritten, weshalb auch Leptin dankbar auf sie zurückgreift.

Von Hensels Theorie, auf die in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen werden soll³¹, sind zwei Aspekte für die Beurteilung der Haltung Leptins zur so-

27 Leptin, Gerd, a. a. O., Abschnitt B II: Marktwirtschaft oder Planwirtschaft - die Auseinandersetzung um die Lenkungsordnung, S. 27 - 47.

28 So folgt Leptin in der Darstellung des Siebenjahrplanes völlig Gleitze (Gleitze, Bruno, a. a. O.) und Thalheim (Thalheim, Karl C., a. a. O.)

29 Hensel, K. Paul, Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, Stuttgart 1954.

30 Vgl. Hirsch, Hans, Mengen- und Preisplanung in der Sowjetunion, Zürich 1957, S. 25 f.

31 Eine Darstellung des Inhalts und der ideologischen Funktion der "Zentralver-

zialistischen Planwirtschaft in der DDR besonders bemerkenswert. Einmal geht die "Theorie von der Zentralverwaltungswirtschaft" davon aus, daß es im Ermessen des jeweiligen Staates liegt, sich für die Planwirtschaft oder ihr Gegenteil, die "Marktwirtschaft", zu entscheiden. Es gebe demzufolge keine objektiven Kriterien (wie zum Beispiel Eigentumsverhältnisse, Vergesellschaftungsgrad der Produktivkräfte), die den Übergang von der einen zur anderen Form des Wirtschaftens, zum Beispiel von der staatsmonopolistischen "Marktwirtschaft" zur sozialistischen Planwirtschaft, erfordern bzw. noch nicht erlauben. Zweitens wird der Unterschied zwischen kapitalistischer Marktwirtschaft und sozialistischer Planwirtschaft formal auf "die Lösung des Koordinationsproblems" (S. 27) reduziert, das heißt auf die Frage, ob die volkswirtschaftlichen Proportionen von einem Planungsorgan zentral oder durch Käufer und Verkäufer auf dem Markt hergestellt werden, wobei die Form des Eigentums an den Produktionsmitteln als unwesentlich angesehen wird.

Ausgehend von Hensels formalen Unterscheidungsmerkmalen zwischen "Marktwirtschaft" und Planwirtschaft, kommt Leptin zu folgenden Feststellungen bezüglich der Entwicklung der Planung in der DDR: "Während im Bereich der Eigentumsordnung die Nachkriegsentwicklung in der SBZ/DDR tiefgreifende Veränderungen mit sich brachte, verlief die Entwicklung der Lenkungsordnung weitaus kontinuierlicher. Zur Einführung der sozialistischen Planwirtschaft brauchte der marktwirtschaftliche Koordinationsautomatismus nicht erst abgeschafft zu werden, er bestand ohnehin nicht mehr. Zum Teil bereits vor dem Kriege, in verstärktem Maße aber während des Krieges war er in immer mehr Bereichen durch die kriegswirtschaftlichen Bewirtschafts-Vorschriften außer Kraft gesetzt worden. Diese Bestimmungen wurden auch nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches nicht abgeschafft, sondern insbesondere auf allen für die Versorgung der Bevölkerung wichtigen Gebieten ... von den Besatzungsmächten eher noch verschärft." (S. 32) Unter diesen Umständen "genügte einige organisatorische Anpassungen, um aus der Kriegswirtschaft des Deutschen Reiches die sozialistische Planwirtschaft der DDR zu machen" (S. 32). Man wird eine solche "wissenschaftlich fundierte" Tatsachenverdrehung kaum für möglich halten. Aber der Höhepunkt der Leptinschen Apotheke³² ist erst erreicht, wenn Leptin der "konservativen" DDR die Entwicklung in der BRD gegenüberstellt und sie wie folgt charakterisiert: "Einen Bruch mit dieser Entwicklung (gemeint ist die faschistische Kriegswirtschaft - J. R.), genauer gesagt einen Abbruch dieser Entwicklung und insoweit eine revolutionäre Veränderung, gab es nur in der Bundesrepublik" (S. 32, Hervorhebungen im Original). Demnach hat also die Währungsreform in Westdeutschland eine Revolution eingeleitet, deren Hauptheld Prof. Erhard war!

Deutlicher als in anderen Fragen läßt Leptin bei seiner Darstellung der Anfänge der sozialistischen Planwirtschaft erkennen, daß er trotz des von ihm erhobenen Anspruchs auf wertfreie Betrachtungsweise überall dort, wo es ihm opportun er-

waltungswirtschaft" gibt Fiedler. (Vgl. Fiedler, Ernst, Die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft - Leitbild imperialistischer Propaganda und Politik gegen die sozialistische Planwirtschaft der DDR bis zur Mitte der sechziger Jahre, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 2, S. 273 ff.)

³² Leptins Auffassung in dieser Frage ist keineswegs originell. Bereits 1964 z. B. will Gleitze angeblich auffallende Ähnlichkeiten zwischen dem Siebenjahresplan der DDR und dem faschistischen Vierjahresplan beobachtet haben. (Gleitze, Bruno, a. a. O., S. 5.)

scheint, die alten Klischees, wie zum Beispiel die Totalitarismuskonzeption³³, unmodifiziert von den militant antikommunistischen Ideologen übernimmt.

Die Unhaltbarkeit derartiger Auffassungen - die, so absurd sie auch klingen, in der Bundesrepublik durch jahrzehntelange antikommunistische Hetze, Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus usw. weit verbreitet sind - läßt sich allein schon auf der Grundlage von Lenins Bemerkungen zur sozialistischen Wirtschaftsführung nachweisen.³⁴ Daraus geht hervor, daß der Übergang zur Planwirtschaft nicht nur eine Frage der Einstellung der herrschenden Klasse zur Planung der Volkswirtschaft ist, sondern bei einem bestimmten Entwicklungsgrad der Produktivkräfte, der durch einen beträchtlichen Grad der Vergesellschaftung der Produktion gekennzeichnet ist, objektives Erfordernis wird. Diesem objektiven Erfordernis der Produktivkräfte kann allerdings nur Rechnung getragen werden, wenn einige weitere Voraussetzungen erfüllt sind, von denen die wichtigsten die politische Macht der Arbeiterklasse und das gesellschaftliche sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln sind. Das bedeutet, daß eine echte Planung der gesamten Wirtschaft nur unter den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaftsordnung verwirklicht werden kann.

Die Planung ist objektiv bestimmt nicht nur bezüglich ihrer Voraussetzungen und Grundlagen, sondern auch hinsichtlich ihrer Methoden und Ziele. Auch wenn von seiten der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse die Voraussetzungen gegeben sind, kann nicht willkürlich, das heißt Wunschvorstellungen über die Produktionsziele folgend, geplant werden, sondern Ziel, Tempo und Umfang der im Plan festgelegten Produktionsentwicklung haben sich an den objektiven ökonomischen Gesetzen des Sozialismus zu orientieren, von denen das ökonomische Grundgesetz und das Gesetz der planmäßig-proportionalen Entwicklung die bedeutendsten sind. Dem widerspricht nicht, daß die Planung (Planaufstellung, Planverwirklichung, Plankontrolle) ein subjektiver Faktor³⁵ ist, bewußte Tätigkeit des Menschen, schöpferisches Handeln, dessen Erfolg wesentlich davon abhängt, wie weit die Arbeiterklasse und alle Werktätigen in den Planungsprozeß einbezogen werden.

Was den Übergang vom kapitalistischen Wirtschaftssystem zu sozialistischer Planwirtschaft betrifft - den Prozeß also, den Leptin auch in seinem Buch behandelt,

33 Vgl. Lozek, Gerhard, Genesis, Wandlung und Wirksamkeit der imperialistischen Totalitarismus-Doktrin, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 4/1966, S. 525 ff.

34 Lenin befaßte sich in einer Vielzahl von Reden und Aufsätzen mit den Problemen der Planung. In diesem Zusammenhang seien nur genannt: Lenin, W. I., Über den einheitlichen Wirtschaftsplan, in: Werke, Bd. 32, Berlin 1961, S. 132 ff.; derselbe, Bericht über die Tätigkeit des Rates der Volkskommissare, in: Werke, Bd. 31, Berlin 1959, S. 483 ff.; derselbe, Rede in der gemeinsamen Sitzung des gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, des Moskauer Sowjets und des Gesamtrussischen Gewerkschaftskongresses, in: Werke, Bd. 28, Berlin 1959, S. 410 ff.

35 Zum subjektiven Faktor äußert sich Čagin wie folgt: "Der subjektive Faktor ist ein bestimmter Grad von Bewußtheit, Organisiertheit und Energie der Menschen, der für die Erreichung ihrer Ziele erforderlich ist ... Der subjektive Faktor ist nicht nur Bewußtsein, nicht nur Ziel, sondern zugleich Handlung ..." (Čagin, B. A., Der subjektive Faktor, Struktur und Gesetzmäßigkeiten, Berlin 1973, S. 48 f.)

so müssen unseres Erachtens folgende Bedingungen gegeben sein, bevor die von Lenin geforderte "Umwandlung des ganzen Wirtschaftsmechanismus in eine einzige große Maschinerie, in einen Wirtschaftsorganismus, der so arbeitet, daß sich Hunderte Millionen Menschen nach einem einzigen Plan richten"³⁶, vollzogen werden kann:

1. politische Voraussetzung: die Erringung der Macht durch die Arbeiterklasse und die Errichtung der Diktatur des Proletariats;
2. sozialökonomische Voraussetzung: das Vorhandensein gesellschaftlichen Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln (die Beherrschung der Kommandohöhen der Wirtschaft durch die Arbeiterklasse);
3. organisatorische (planmethodische, leitungsmäßige) Voraussetzungen. Dazu gehören
 - die Bildung eines Netzes von Planungs- und Leitungsorganen,
 - die Ausarbeitung einer Methodik der Planaufstellung, mit deren Hilfe der volkswirtschaftliche Reproduktionsprozeß wirksam gesteuert werden kann,
 - die Errichtung eines effektiven Systems der Plankontrolle zwecks Durchsetzung und Aufrechterhaltung der Plandisziplin.

Gehen wir von diesen - auf den Erkenntnissen Lenins beruhenden - Grundsätzen aus, dann kann es nicht schwerfallen, Leptins Behauptung von der faschistischen Kriegszwangswirtschaft als einer Art Planwirtschaft zu widerlegen. Keine der von uns genannten Voraussetzungen trifft auf den faschistischen Vierjahresplan oder die Arbeit des Speerschen sogenannten Planungsamtes zu, denn das Ziel der imperialistischen Wirtschaftspolitik, die Sicherung und Steigerung des Profits der führenden Monopole, ist unvereinbar mit der Verfolgung gesamtgesellschaftlicher Interessen, genauso wie die monopolistische Konkurrenz und Anarchie eine gesamtwirtschaftliche Regulierung oder gar Planung nicht zuläßt.³⁷

Daraus ergibt sich aber auch - um wieder zu Leptin zurückzukehren -, daß von einem "Abbruch" der Entwicklung der Lenkungsmethoden beim Übergang vom Faschismus zur Bundesrepublik nicht die Rede sein kann, vielmehr eine sozialökonomische und - was die Spitzen des Monopolkapitals betrifft - sogar eine personelle Kontinuität zu verzeichnen ist.³⁸ Daß die Formen und Methoden der staatsmonopolistischen Lenkung in Westdeutschland einerseits unter dem Druck des sozialistischen Lagers, welches mit der DDR und der ČSSR seine Vorposten unmittelbar an der Ostgrenze der Bundesrepublik hat, andererseits unter der veränderten "inneren" Aufgabenstellung (Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirt-

³⁶ Lenin, W. I., Referat um Krieg und Frieden, in: Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 76 f.

³⁷ Zur "Planung" im Faschismus vgl. insbesondere: Kuczynski, Jürgen, Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918 bis 1945, Berlin 1965, S. 156 ff.

³⁸ Diese Kontinuität zeigte sich u. a. auch darin, daß das vom faschistischen Reichsnährstand organisierte Zwangsablieferungssystem für landwirtschaftliche Erzeugnisse in Westdeutschland noch Jahre nach der Kapitulation die Grundlage der offiziellen Landwirtschaftspolitik war, während das Zwangsablieferungssystem auf dem Gebiet der heutigen DDR bereits im Juni 1945 aufgehoben wurde. (Vgl. Befehle der SMAD. Sammelheft, Berlin 1945, S. 29.) Zur personellen Kontinuität vgl. bes. Engelmann, Bernd, Das Reich zerfiel, die Reichen blieben, Berlin 1974.

schaft) nicht unbedeutende Änderungen erfuhr, berührte das Wesen des Monopolkapitalismus in Westdeutschland kaum.³⁹

Ganz im Gegensatz zur Entwicklung in der Bundesrepublik erfolgte in der DDR eine echte Revolutionierung der Wirtschaftsführung, die möglich wurde, weil vorher die Eigentums- und Machtverhältnisse grundsätzlich geändert worden waren. Der Übergang zur sozialistischen Planwirtschaft in der DDR vollzog sich allerdings nicht - wie Leptin das dem Lesepublikum der BRD weismachen möchte - aus rein subjektiven Erwägungen, "weil die führenden Kommunisten in ihren konkreten Zielsetzungen und Maßnahmen ... von dem sowjetischen Vorbild und dem Versuch es nachzuahmen bestimmt wurden" (S. 16), sondern - in Auswertung der Leninschen Lehren und mit kameradschaftlicher Hilfe der sowjetischen Genossen - gemäß den objektiven Bedingungen, das heißt in Abhängigkeit vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse. Diese Feststellung schließt durchaus ein, daß die Partei der Arbeiterklasse die Planung von vornherein als das einzige geeignete Mittel zur Lösung der ökonomischen Probleme Nachkriegsdeutschlands betrachtete und in dieser Frage in bestimmtem Umfang auch von den bürgerlichen Parteien unterstützt wurde.⁴⁰ Die Bedingungen für eine sozialistische Planwirtschaft konnten im wesentlichen bis 1948/50 geschaffen werden.

Was die politischen Voraussetzungen betrifft, so waren diese mit der Errichtung des Arbeiter-und-Bauern-Staates nach der Gründung der DDR 1949 gegeben.⁴¹

39 Vgl. Der Imperialismus der BRD, Berlin 1971, S. 69 ff.

40 Wilhelm Külz, der damalige Vorsitzende der LDP, erklärte z. B. in einem "Gedanken zu einer neuen Wirtschaftsordnung" überschriebenen Artikel in der "Wirtschaft" (Die Wirtschaft, Nr. 3/1946, S. 69), "daß die deutsche Wirtschaft noch auf lange Zeit hinaus einer planvollen Lenkung bedarf". Die von Külz in diesem Artikel angeschnittenen Fragen, ob die Planung im Nachkriegsdeutschland eine sich aus Faschismus und Kriegsfolgen ergebende zeitweilige Erscheinung sei oder aber zu einer neuen Gesellschaftsordnung führe, war ein in den ersten Nachkriegsjahren vielfach zwischen den Kommunisten und ihren Bündnispartnern in der Presse der SBZ diskutiertes Problem, an dem sich auch westdeutsche Persönlichkeiten, wie z. B. der bayrische Wirtschaftsminister Zorn, beteiligten. (Vgl. Zorn, Rudolf, Wirtschaftsplanung - eine deutsche Lebensfrage, in: Die Wirtschaft, Nr. 8/1947, S. 256.) Die Diskussion um die Planung erreichte 1948 ihren Höhepunkt, als die von reaktionären Kreisen der LDP und CDU gegen eine konsequente gesamtwirtschaftliche Planung gerichteten "Angriffe" zum von der SED ausgearbeiteten Zweijahrplan veröffentlicht wurden. Die reaktionären Kräfte in diesen Blockparteien sahen sich jedoch noch im selben Jahr zum Rückzug gezwungen. (Vgl. Benedix, Eilfriede, Die Tätigkeit der Deutschen Wirtschaftskommission [DWK] und ihre Bedeutung für die Festigung und Weiterentwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung [Juni 1947 bis zur Gründung der DDR], phil. Diss. Berlin 1961, S. 138 ff.) Diese Auseinandersetzungen erwähnt Leptin mit keinem Wort. Sie passen einfach nicht in sein Konzept, demzufolge es überhaupt zu keiner echten Diskussion über die zukünftige Wirtschaftsordnung kommen konnte.

41 Vgl. Klassenkampf - Tradition - Sozialismus, Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, Grundriß, Berlin 1974, S. 582.

Eine wichtige Etappe auf diesem Weg stellte die Übergabe gesetzgeberischer Vollmachten an die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) aufgrund des Befehls Nr. 32 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom 9. März 1948 dar, durch den erstmals nach dem Kriege ein zentrales, mit allen Vollmachten ausgestattetes Organ zur Wirtschaftsleitung in der sowjetischen Besatzungszone entstand.⁴² Der Prozeß der Herausbildung und Festigung der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern unter Teilnahme anderer Schichten des Volkes seit Kriegsende und ihre Weiterentwicklung zur Diktatur des Proletariats im Zuge der volksdemokratischen Revolution in der DDR war möglich dank der konsequent leninistischen Politik von KPD und SED in der Frage der Vereinigung der Arbeiterparteien und der Bündnispolitik mit den Bauern und den anderen antifaschistisch-demokratischen Kräften. Dieser Prozeß wurde begünstigt und beschleunigt durch die Tatsache, daß auf dem Gebiet der DDR ein sozialistischer Staat, die Sowjetunion, für die Durchsetzung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens verantwortlich war und in den Jahren 1945 bis 1949 die oberste Regierungsgewalt ausübte.

Der sozialistische Charakter der Besatzungsmacht schuf gleichfalls günstige Voraussetzungen für die Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher entsprechend den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens. Am 23. Juli 1945⁴³, bereits wenige Wochen nach Aufnahme ihrer Tätigkeit, ließ die SMAD sämtliche kapitalistischen Banken schließen.⁴⁴ Von noch größerer Bedeutung waren die Befehle Nr. 124 und 126 der SMAD vom 30. und 31. Oktober 1945 über die Beschlagnahme und Übernahme des Eigentums der Kriegsverbrecher und Naziorganisationen. Diese Befehle⁴⁵ bildeten die juristische Grundlage für die von der Arbeiterklasse der DDR und ihrer Partei angestrebte Schaffung volkseigener Betriebe.⁴⁶ Wichtige Initiativen in dieser Richtung waren die Verordnung der sächsischen Landesverwaltung über die entschädigungslose Enteignung der Betriebe des Flick-Konzerns vom 29. Oktober 1945⁴⁷ und vor allem der Volksentscheid im Land Sachsen zum Gesetz über die Übergabe von Betrieben der Kriegs- und Naziverbrecher in das Eigentum des Volkes, in dem sich 82,42 Prozent der 3,7 Millionen Abstimmungsberechtigten für eine entschädigungslose Enteignung aussprachen.⁴⁸ Von Bedeutung waren weiterhin die Gesetze über die Nationalisierung sämtlicher Bergwerks-

42 Vgl. Benedix, Elfriede, a. a. O., S. 66 f.

43 So wurden in den ersten Nachkriegsjahren bedeutende Teile der wirtschaftlich-organisatorischen, kulturell-erzieherischen und der Schutzfunktion des Staates durch Offiziere der SMAD wahrgenommen. (Vgl. dazu Tjulpanow, S. I., Die Rolle der Sowjetischen Militäradministration im demokratischen Deutschland, in: 50 Jahre Triumph des Marxismus-Leninismus, Berlin 1967, S. 30 ff.)

44 Vgl. Befehle der SMAD, a. a. O., S. 28 f.

45 Ebenda, S. 204.

46 Durch Befehl Nr. 154/181 der SMAD wurden die aufgrund der Befehle 124 und 126 sequestrierten und konfiszierten Betriebe "zur Nutzung für die volkswirtschaftlichen Belange Deutschlands" den demokratischen Verwaltungsorganen der SBZ übergeben. (Krause, Werner, Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der DDR, Berlin 1958, S. 58.)

47 Ebenda, S. 44 f.

48 Ebenda, S. 64 ff. - Entsprechende Enteignungsgesetze wurden in der Folgezeit auch in sämtlichen anderen Ländern der SBZ von den Landesregierungen beschlossen.

betriebe und Bodenschätze, welche die Landesregierungen der SBZ im Mai und Juni 1947 beschlossen.⁴⁹ Eine endgültige Regelung darüber, welche der von der sowjetischen Besatzungsmacht beschlagnahmten und von den Ländern verwalteten Betriebe volkseigen werden und welche in privatkapitalistischen Händen bleiben sollten, erfolgte mit dem Befehl Nr. 64 der SMAD vom 17. April 1948.⁵⁰ Es wurden 3843 Industriebetriebe in Volkseigentum überführt. Diese Zahl umfaßte etwa 8 Prozent der meldepflichtigen Industriebetriebe, welche 39,0 Prozent der industriellen Bruttoproduktion der SBZ erzeugten.⁵¹ Aus dieser Angabe ist ersichtlich, daß es sich in erster Linie um Großbetriebe handelte. Letzteres traf auch auf die neben den volkseigenen Betrieben in den ersten Nachkriegsjahren entstandenen, von Organen der sowjetischen Besatzungsmacht geleiteten Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) zu.⁵² Ihr Anteil an der Bruttoindustrieproduktion belief sich 1948 auf 22,0 Prozent. SAG- und VE-Betriebe zusammen erzeugten 61,0 Prozent der Bruttoproduktion, wobei ihr Anteil in den entscheidenden Zweigen der Grundstoffindustrie weit höher lag.⁵³ Damit befanden sich die Kommandohöhen der Volkswirtschaft im wesentlichen bereits im Frühjahr 1948 nicht mehr in den Händen des Privatkapitals.⁵⁴

49 Auch in diesem Fall ging das Land Sachsen allen anderen voran. Im Unterschied zu den Maßnahmen zur Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher bestrafen die Gesetze vom Mai/Juni 1947 alle privaten Eigentümer, die über Schlüsselstellungen in der Volkswirtschaft verfügten.

50 Vgl. Vom Werden unseres Staates, a. a. O., S. 232.

51 Krause, Werner, a. a. O., S. 83.

52 Die SAG-Betriebe gingen aus laut Potsdamer Abkommen zur Demontage vorgesehenen Rüstungsbetrieben hervor, deren Produktion in zunehmendem Maße der Wirtschaft der DDR zur Verfügung stand. Diese Betriebe spielten in den Folgejahren eine wichtige Rolle bei der ökonomischen Stärkung unserer Republik sowie der Entwicklung der sozialistischen Arbeitsmoral, Produktionsdisziplin und Wirtschaftsführung. Die insgesamt 196 SAG-Betriebe wurden der DDR in 4 Etappen (74 Betriebe im Februar 1947, 23 Betriebe im Mai 1950, 66 Betriebe im Mai 1952 und 33 Betriebe im Januar 1954) größtenteils modernisiert und ausgebaut zurückgegeben. (Vgl. Hecht, Bernhard, Entstehung, Charakter und Bedeutung der sowjetischen Aktiengesellschaften in Deutschland, in: Zwei Jahrzehnte deutsch-sowjetische Beziehungen, 1945 - 1965, Berlin 1965, S. 95.)

53 Der Anteil der volkseigenen und SAG-Betriebe betrug damals 97 % in der Metallurgie, 95 % im Bergbau, 93 % in der Energieerzeugung und 79 % in der chemischen Industrie. (Krause, Werner, a. a. O., Tab. 14, gegenüber S.108.)

54 Durch einige im Sommer/Herbst 1948 vorgenommene Korrekturen, die sich bei der Überprüfung der bisher erfolgten Enteignungen als notwendig erwiesen hatten, sowie die im Herbst 1948 auf Anweisung der DWK vorgenommene Enteignung derjenigen Betriebe der Grundstoffindustrie, die im Frühjahr 1948 nicht in Volkseigentum übergegangen waren, erhöhte sich die Anzahl der VEB nochmals um 580 bzw. 557 Betriebe. In der Mehrzahl handelte es sich dabei jedoch um kleinere Betriebe, so daß sich durch diese Nationalisierungsmaßnahmen keine wesentlichen Veränderungen in der Gesamtstruktur, gemessen an der Bruttoproduktion, ergaben. (Vgl. Die Wirtschaft, Nr. 16/1948, S. 515, u. Nr. 17/1948, S. 544.) Im ersten Quartal 1951 betrug die Anzahl der VEB 4353. (Fragen des Aufbaus eines einheitlichen demokratischen, friedliebenden deutschen Staates, Berlin 1952, S. 105.)

Gleichzeitig mit den politischen und sozialökonomischen Grundlagen einer sozialistischen Volkswirtschaftsplanung entwickelten sich deren organisatorische Voraussetzungen. Die in dieser Hinsicht auf dem Gebiet der DDR zu überwindenden Schwierigkeiten waren insofern besonders groß, weil - ganz im Gegensatz zu Lepitins Theorie von einer "Kontinuität planwirtschaftlicher Lenkungsmethoden" im Osten Deutschlands - völlig von vorn begonnen werden mußte und keine wirtschaftspraktischen und kadermäßigen Voraussetzungen für den Aufbau einer Planung vorhanden waren.⁵⁵ Eine außerordentliche Hilfe für die deutschen Kommunisten, die sich zu Planern qualifizieren mußten, war ihre Anleitung durch die sowjetischen Wirtschaftsoffiziere der SMAD. Bruno Leuschner, der als stellvertretender Leiter der Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung in der DWK in den Nachkriegsjahren verantwortlich war für die Zusammenarbeit der DDR-Planer mit der SMAD, schätzte sie, auf die erfolgreiche Entwicklung der DDR im ersten Fünfjahrplan zurückblickend, so ein: "Nur mit der täglichen Hilfe der sowjetischen Genossen in den ersten Jahren und durch die systematische Beratung bis zum heutigen Tage haben wir in der Wirtschaft und in der staatlichen Planung diese Ergebnisse erzielen können."⁵⁶ Die ersten kurzfristigen, nur einzelne Bereiche der Volkswirtschaft umfassenden Wirtschaftspläne der Jahre 1945 bis 1947 wurden von der SMAD nicht nur bestätigt und verbessert, sondern - unter der Anwendung der sowjetischen Planungswissenschaft auf die konkreten Bedingungen der SBZ - zum Teil auch ausgearbeitet, wie zum Beispiel die im IV. Quartal 1947 zusammengestellten Produktionspläne für wichtige Erzeugnisse.⁵⁷

Der Anteil der demokratischen Organe an der Leitung und Planung der Volkswirtschaft vergrößerte sich in dem Maße, wie es gelang, eigene Planungsorgane aufzubauen und diese mit der Arbeiterklasse ergebenden Kadern zu besetzen, die bereits über ein bestimmtes Maß an Erfahrung in der Wirtschaftsführung verfügten. Große Bedeutung für die Heranbildung von Leitungskadern kam den durch Befehl Nr. 17 der SMAD vom 27. Juli 1945 geschaffenen Deutschen Zentralverwaltungen⁵⁸ (für Industrie, Finanzen usw.) zu, die als beratende Organe der Besatzungsmacht unter anderem die Tätigkeit der Anfang Juli 1945 entstandenen fünf Landes- und Provinzialverwaltungen der SBZ⁵⁹ zu koordinieren hatten. Bereits Ende 1945 wurden in diesen Organen sowie in den Städten und Kreisen Abteilungen für Wirtschaftsplanung geschaffen⁶⁰, die in Zusammenarbeit mit der SMAD bzw. den Deutschen Zentralverwaltungen erste Wirtschaftspläne aufstellten. Trotz der im April 1947 geschlossenen Vereinbarung zwischen den wirtschaftsleitenden Organen der Länder und den Deutschen Zentralverwaltungen über eine engere Zusammenarbeit bei der Aufstellung und Durchsetzung von Produktions-, Erfassungs- und Verteilungsplänen⁶¹ gelang es in den ersten Jahren nicht, die von der SMAD, den deut-

55 Über die Anfangsschwierigkeiten der Planung selbst in dem in dieser Beziehung am besten gestellten Land Sachsen berichtet anschaulich Fritz Selbmann in seinen Erinnerungen. (Vgl. Selbmann, Fritz, Anfänge der Wirtschaftsplanung in Sachsen, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 1/1972, S. 76 ff.)

56 Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1954, S. 765.

57 Zentrales Staatsarchiv, Abt. I.

58 Vgl. Dokumente zur Staatsordnung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 2, Berlin 1959, S. 71.

59 Vgl. Befehle der SMAD, a. a. O., S. 19.

60 Vgl. Vom Werden unseres Staates, a. a. O., S. 110.

61 Ebenda, S. 188.

schon Zentralverwaltungen und den Ländern ausgearbeiteten Wirtschaftspläne in genügendem Maße zu koordinieren⁶², was unter anderem darauf zurückzuführen war, daß die Deutschen Zentralverwaltungen den Ländern gegenüber keine bzw. ungenügende Weisungsbefugnisse besaßen. Um von den kurzfristigen Teilplänen zur umfassenden längerfristigen Volkswirtschaftsplanung übergehen zu können, war die Errichtung eines zentralen Planungsorgans notwendig, das mit gesetzgeberischen Vollmachten ausgestattet war. Nachdem alle Versuche der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Schichten im Osten Deutschlands, die deutsche Wirtschaftseinheit - unter anderem durch die Schaffung eines alle vier Besatzungszonen umfassenden wirtschaftsleitenden Organs⁶³ - aufrechtzuerhalten, am Widerstand der imperialistischen Kräfte und der rechten Führer der Sozialdemokratie in Westdeutschland, die bereits die Spaltung vorbereiteten, gescheitert waren, erfolgte im Juni 1947 die Gründung der Deutschen Wirtschaftskommission der SBZ. Dieses Planungsorgan war zunächst nur mit Koordinierungsaufgaben betraut. Durch den Befehl Nr. 32 der SMAD vom 12. Februar 1948 erhielt es das Recht, für alle deutschen Organe der sowjetischen Besatzungszone verbindliche Verfügungen und Instruktionen zu erlassen sowie deren Durchführung zu kontrollieren.⁶⁴ Die Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung der im März und November 1948 nochmals erweiterten Deutschen Wirtschaftskommission wurde in Zusammenhang mit der Bildung der Regierung der DDR gemeinsam mit dem Statistischen Zentralamt und der Hauptverwaltung für Wissenschaft und Technik in das Ministerium für Planung eingegliedert.⁶⁵ Entsprechend der führenden Rolle, die der zentralen staatlichen Planung in der sozialistischen Gesellschaftsordnung zukommt, wurde das Ministerium für Planung am 8. November 1950 zur Staatlichen Plankommission umgestaltet. Der Staatlichen Plankommission als unmittelbar dem Ministerrat verantwortliches Organ unterstanden seitdem alle Fachministerien in bezug auf die Planung der Volkswirtschaft.⁶⁶

Aus der Entwicklung der Leitungs- und Planungsorgane in der DDR bis zum Beginn der fünfziger Jahre geht eindeutig hervor, daß der Reorganisation der DWK im Frühjahr 1948 insofern besondere Bedeutung zukam, als dadurch die wesentlichen Voraussetzungen für eine echte, den gesamten volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß umfassende Planung geschaffen wurden, während die Weiterentwicklung der zentralen Planungsorgane 1949 und 1950 in erster Linie der Konsolidierung und dem Ausbau der 1948 geschaffenen Leitungsstruktur dienten. Zusammenfassend kann somit festgestellt werden, daß auf dem Gebiet der DDR die notwendigen politischen, sozialökonomischen und wirtschaftsorganisatorischen Voraussetzungen für die Durchsetzung der sozialistischen Planwirtschaft bis 1948 bzw. 1950 mit Hilfe und Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht geschaffen wurden. Das beweist auch die Wirtschaftspraxis. Der erste Fünfjahrplan (1951 bis 1955) war nach seiner Zielstellung⁶⁷ bereits ein die gesamte Volkswirtschaft umfassender Perspektivplan des Aufbaus des Sozialismus in der DDR, nachdem

62 Zentrales Staatsarchiv, Abt. S.

63 Vgl. Leuschner, Bruno, Zentrales Amt für Wirtschaftsplanung, in: Die Wirtschaft, Jg. 1946, S. 109 f.

64 Vgl. Benedix, Elfriede, a. a. O., S. 66 ff.

65 Vgl. Struktur der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 1. 11. 1949, in: Ministerialblatt 1949, S. 2.

66 Gesetzblatt der DDR, 1950, S. 1 135 f.

67 Vgl. Unser Fünfjahrplan des friedlichen Aufbaus, hg. v. Amt für Information der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, o. O. o. J.

Halbjahrplan (zweites Halbjahr 1948) und Zweijahrplan (1949/50) wesentliche Erfahrungen bei der zentralen Steuerung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses vermittelt hatten.⁶⁸ Die angeführten Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaftsführung zeugen von dem zielstrebigen Aufbau eines Leitungs- und Planungssystems auf dem Gebiet der DDR, von der Meisterung eines komplizierten Prozesses der Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft, der sich unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse und mit aktiver Unterstützung der Werktätigen, insbesondere der Arbeiter in den Betrieben⁶⁹, vollzog. Bei der Bestimmung des Tempos des Übergangs zur sozialistischen Planwirtschaft ließ sich die Partei der Arbeiterklasse vom Grad der Festigung der neuen Staatsmacht und dem Entwicklungsstand der Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte leiten. Sie war dabei unter Umständen auch bereit, weitergehende Zielsetzungen zunächst zurückzustellen, wenn die objektiven Bedingungen für deren erfolgreiche Realisierung nicht gegeben waren.⁷⁰ Bei der Entwicklung der Planwirtschaft wurden Partei und demokratische Selbstverwaltungsorgane von der sowjetischen Besatzungsmacht beraten und tatkräftig unterstützt.

So ergibt sich, betrachtet man die tatsächliche Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft, ein völlig anderes Bild als jenes, welches Leptin dem BRD-Leser vorhält, wenn er vom Entstehen der sozialistischen Planung in der DDR als Ergebnis der "organisatorischen Anpassung" der faschistischen Kriegswirtschaft an die neuen Verhältnisse entsprechend den Wünschen und Forderungen der sowjetischen Besatzungsmacht schreibt, wobei zu bemerken ist, daß über diese Zeit genügend veröffentlichtes Material vorliegt. Leptin kann sich deshalb keineswegs mit "materialmäßigen Schwierigkeiten" herausreden, wenn er als einzigen "Beweis" seiner Behauptungen die selbst im eigenen Lager umstrittene "Zentralverwaltungswirtschaftstheorie" anbietet.

So muß denn - zum Abschluß der Analyse von Leptins Buch - festgestellt werden, daß der Autor - weit entfernt von der sich selbst gestellten Aufgabe, "zur Überwindung politischer und ideologischer Vorurteile" gegenüber der DDR in der BRD beizutragen - bei der Behandlung der wesentlichen Entwicklungsprobleme der DDR-Wirtschaft die lange Reihe der verfälschenden BRD-Publikationen zu diesem Thema fortsetzt und sich in vielen Fragen, trotz höflicher Formulierungen, in Übereinstimmung befindet mit offen antikommunistischen Autoren.

Leptins über weite Passagen realistische Schilderungen bzw. Einschätzungen der Entwicklung der DDR-Wirtschaft erhalten in diesem Zusammenhang - gewollt oder

68 Vgl. Roesler, Jörg, Die Verteilung der Entscheidungsbefugnisse zwischen den wirtschaftsleitenden Organen und Betrieben des zentralgeleiteten Maschinenbaus bei der Aufstellung des Jahresproduktionsplanes 1948 - 1958, wirtschaftswiss. Diss., Humboldt-Universität, Berlin 1968, S. 33 ff.

69 Einen Überblick über die Mitarbeit der Arbeiter an der Wirtschaftsplanung in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre gibt Dietmar Keller (Keller, Dietmar, Lebendige Demokratie, Berlin 1971, insbesondere der Abschnitt über die Arbeit der Betriebsplanungsausschüsse, S. 112 ff.),

70 Auf dem 2. Parteitag der SED im September 1947 wurde die Ausarbeitung eines 3-Jahrplanes (1948 - 1950) in Erwägung gezogen. (Vgl. Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages, Berlin 1947, S. 324.) Ende Oktober 1947 arbeitete die DWK an einem Wirtschaftsplan für das ganze Jahr 1948, der dem Zweijahrplan vorausgehen sollte. (Ulbricht, Walter, Zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Aus Reden und Aufsätzen, Bd. 2: 1945 - 1950, Zusatzbd., Berlin 1971.)

ungewollt - die Funktion, dem mißtrauisch gewordenen BRD-Leser die antikommunistischen Propagandalügen über die DDR so zu servieren, daß sie glaubhaft erscheinen.

Somit reiht sich Leptins Buch - trotz aller seiner Beteuerungen in der Vorbemerkung - ein in jene für die zweite Hälfte der sechziger und die erste Hälfte der siebziger Jahre typischen BRD-Publikationen über die DDR, in denen unter dem Deckmantel der Objektivität die alte antikommunistische Zielsetzung weiter verfolgt wird.

NEUE TENDENZEN DER SOZIALGESCHICHTSFORSCHUNG
IN DER BRD

Wilhelm Treue, *Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit in zwei Bänden, 1700 - 1972*

Alfred Kröner Verlag, 3. stark erweiterte Auflage Stuttgart 1973,
720, 350 Seiten

Deutsche Sozialgeschichte, Dokumente und Skizzen, Bd. 2: 1870 - 1914,
hg. v. Gerhard A. Ritter u. Jürgen Kocka

Verlag C. H. Beck, München 1974, 458 Seiten

*Proletarische Lebensläufe. Autobiographische Dokumente zur Entstehung der
Zweiten Kultur in Deutschland, Bd. 1: Anfänge bis 1914,* hg. v. Wolfgang
Emmerich

Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 1974, 403 Seiten

Sozialgeschichte Heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag,
hg. v. Hans-Ulrich Wehler

Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1974, 669 Seiten

von Jürgen Kuczynski

Die Wirtschafts- und die sogenannte Sozialgeschichte scheinen in der BRD zu blühen. Viele Bücher kommen heraus, und ihre Titel sind interessant. Aber nur wenige Bücher, deren Titel glänzen, sind Kupfer (von Gold gar nicht zu reden).

Und zu diesen wenigen gehört bestimmt nicht Treues *Wirtschaftsgeschichte*. Nur eines tröstete mich bei seiner Lektüre: Nachdem ich den ersten Band von 720 Seiten durchgelesen hatte, nahm ich seufzend den zweiten Band in die Hand und stellte dann ganz erfreut fest, daß er zwar ebenso dick wie der erste Band ist; aber das liegt am Papier; er umfaßt nur 350 Seiten.

Treue ist ein typisches Beispiel für die Feststellung Lenins, daß die bürgerlichen Historiker zwar noch überaus nützliche Spezialarbeiten zu leisten in der Lage sind, sie aber, sobald sie sich auf das Gebiet der Theorie bzw. Philosophie wagen, völlig versagen. Warum hat Treue nicht nach seiner Geschichte der Schraube eine solche des Hammers und dann der Säge geschrieben? Aber nein, er mußte theoretisieren und philosophieren und sich antikommunistisch betätigen, und dann kommt eine solche niveaulose *Wirtschaftsgeschichte* heraus wie die hier angezeigte. Doch ich möchte ihm nicht unrecht tun. Bisweilen hat man den Eindruck - im Gegensatz zur Zeit seiner Schraubenarbeit -, daß Treue auch nicht mehr in der Lage ist, die einfachsten Tatsachen richtig darzustellen.

Für jede Unfähigkeit Treues sei nur ein Beispiel gegeben, Im ersten Band stellt er auf Seite 100 fest: "Nach ersten Ansätzen im Anschluß an Laws Debakel trat die physiokratische Bewegung eindrucksvoll an die Öffentlichkeit, als ihr Führer Quesnay 1755 sein 'Tableau économique', die grundlegende Schrift dieser Lehre, 1756 seine 'Maximes générales du gouvernement économique d'un royaume agricole' und einige Jahre später die programmatischen Artikel 'grains' und 'fermier' für die Enzyklopädie schrieb." Faktisch erschien das Tableau nicht 1755, sondern 1758, faktisch erschienen die Maximes nicht 1756, sondern 1767, faktisch erschienen die Artikel Grains und Fermier nicht einige Jahre später, sondern einige Jahre früher, nämlich 1757 und 1756. Von vier Datenangaben vier falsch! (Man erkennt damit im Zusammenhang auch die Bedeutungslosigkeit der Literaturangaben am Ende jeden Bandes für die Darstellung Treues. Denn er gibt dort die Werke von G. Weulersse, in denen natürlich die Daten richtig sind; und wenn ein Assistent diese Seite seines Buches zusammengestellt hat, hätte dieser auch in jedem ordentlichen Handbuch die entsprechenden Daten finden können.)

Was aber seine Fähigkeit zum "Philosophieren" betrifft, so seien nur zwei Bemerkungen zur französischen Revolution von 1789 zitiert - zuerst die Feststellung auf Seite 143: "Klassenkämpferische Erscheinungen im eigentlichen Sinne gab es allerdings erst seit 1793." Offenbar war die Konfrontation von Bürgertum und Adel 1789 keine "klassenkämpferische Erscheinung" für Treue, der unter Klassenkämpfen anscheinend nur Kämpfe der Arbeiter und Bauern versteht. Was für ein Schritt zurück hinter die großen Leistungen von Thiers und Thierry, Guizot, Mignet und Michelet vor 150 Jahren! Die zweite Bemerkung aber ist in ihrer Art einzig in der Literatur der letzten Jahrzehnte (S. 157): "Wirtschaftlich wollte die Revolution Entwicklungen vollenden und abschließen, die sich in den letzten Jahren des Ancien Régime bereits angebahnt hatten. Wie Revolutionen zuweilen siegen, wenn sie nicht mehr nötig sind und die Umstände bereits zur Erreichung ihrer wichtigsten Ziele geführt haben, so auch diese große Revolution, die andererseits für einen totalen Umsturz zu früh aus dem Gären der Revolutionswirtschaft in die ganz speziellen engen und zeitgebundenen Bedingungen der Kriegswirtschaft einmündete, so daß die französische Wirtschaft nicht nur bis 1792/93, sondern bis 1815 keine 'normalen' Jahre erlebt hat und auch, abgesehen von der Landwirtschaft, keine ökonomische Revolution." Die ganze französische Revolution war überflüssig, offenbar ein Mißverständnis der Weltgeschichte!

Da hat der zweite Band der Deutschen Sozialgeschichte in Dokumenten und Skizzen doch ein anderes Niveau - ein höheres Niveau sowohl gegenüber Treue wie auch dem ersten Band, den wir vor einiger Zeit im "Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" besprochen haben.

Völlig wirr allerdings ist das methodologische Vorgehen.

Zur gleichen Zeit, als dieses Buch erschien, hatte einer der beiden Herausgeber, J. Kocka, in einer Besprechung, für die er den Auftrag hatte, einen Autor der DDR unter allen Umständen und mit allen Mitteln "herunterzumachen", die Theorie aufgestellt, daß man in einer historischen Darstellung bei Zitaten aus Quellen, seien es Analysen von Marx und Engels oder zeitgenössische Reden, Briefe usw. von anderen, Angaben über "Entstehungssituationen, die Informiertheit und Absicht des Verfassers, den Blickwinkel der Quellen etc." machen müsse, daß man sie nicht "selbst sprechen lassen" dürfe - andernfalls sei man kein gebildeter Historiker. Selbstverständlich sind die Forderungen von Kocka in Einzelfällen völlig berechtigt - nämlich immer dann, wenn es dem Historiker nicht gelingt, Quel-

len zu finden, die man für sich selbst sprechen lassen kann. Aber im allgemeinen sollte ein fähiger Historiker in der Lage sein, zum Beispiel eine "Sozialgeschichte Deutschlands" so zu schreiben, daß er die meisten Zitate im Text für sich selbst sprechen lassen kann.

Man hätte nun meinen sollen, daß Kocka diese seine These um so strikter befolgt, wenn es sich nicht um eine geschichtliche Darstellung, in die solche Zitate eingefügt werden, sondern um einen reinen Dokumentenband handelt. Aber gerade in der Einleitung zu diesem Band stellen Kocka und Ritter fest (S. 4): "Sehr verschiedene Quellengattungen wurden durchsucht und benutzt: Autobiographien, Tagebücher, Briefe, Erhebungen, Jahrbücher, Erlebnisberichte, Skizzen und sozialwissenschaftliche Abhandlungen von Zeitgenossen, Gedichte, Romane, Zeitungen, publizistische Zweckliteratur, Parlamentsdiskussionen und Statistiken, sowohl Überreste als auch für die Nachwelt bestimmte Überlieferung. Die quellenkritischen Probleme können in diesem Rahmen nicht diskutiert werden, sie wurden bei der Auswahl mitbedacht, in besonders problematischen Fällen in einer Anmerkung oder in der Kommentierung der Aufmerksamkeit des Lesers empfohlen; in der Regel dürften die in den einzelnen Quellenüberschriften und Fundortangaben enthaltenen Informationen hinreichen, den kritischen Leser auf die jeweilige Perspektivität des Dokuments hinzuweisen." Die "Fundortangaben" bestehen im Titel des Buches, aus dem zitiert wird, und die "Quellenüberschriften" lauten etwa "Besuch im Kaufhaus Wertheim in Berlin 1903", was ja ebenfalls nicht sehr aufschlußreich hinsichtlich "Entstehungssituation" oder "Blickwinkel der Quelle" ist. Doch meine ich, daß die wenigen Worte zu einigen Quellen in den Einleitungen zu den einzelnen Kapiteln gar nicht selten ausreichen, um im Großen und Ganzen die Bedeutung der Quellen vom Standpunkt der Herausgeber einschätzen zu können, was natürlich nicht bedeutet, daß man ihren Standpunkt teilen muß.

Die Dokumente, die sie geben, sind allgemein unter Fachleuten bekannt. Ungedruckte Quellen wurden nicht benutzt. Das heißt aber nicht, daß eine solche Zusammenstellung nicht nützlich ist.

Die Gliederung jedoch gibt zu ernststen Bedenken Anlaß. Was ist der Sinn des zweiten Teils, der "Arbeitswelt" überschrieben ist, in dem das erste Kapitel "Verkehr, Handel, Banken" mit einem Abschnitt "Erlebnis des Zeppelins 1908", das zweite Kapitel "Technik und Industrie" mit einem Abschnitt "Alfred Krupp an Kaiser Wilhelm I. 1871: Wir leben in der Stahlzeit" und das dritte "Industrielle Arbeitsverhältnisse" behandelt -

wenn der vierte Teil "Klassen, Schichten und Konflikte" behandelt und es in der Einleitung zu seinem ersten Kapitel "Soziale Unterschichten" heißt (S. 243): "Die in diesem Kapitel abgedruckten Quellen sollen die Dimensionen des Lebens der sozialen Unterschichten - Wohn- und Essensgewohnheiten, Einkommensverhältnisse und Haushaltsbudgets, Krankheiten, sexuelle Verhaltensweisen und Freizeitgestaltung, Schule, Lebenserwartungen und Vorstellungswelt - und die erheblichen Unterschiede im sozialen Status der Angehörigen dieser Schichten schildern." Die zuvor in anderen Teilen des Buches behandelten Arbeitsverhältnisse der Industriearbeiter und "die Situation der Landarbeiter" aber "werden dabei ausgespart, wie auch die im 13. Kapitel dokumentierten politischen und gesellschaftlichen Konflikte, die sich aus dem Emanzipationsstreben der Unterschichten und deren Abwehr durch die Herrschenden ergaben."

Völlig verwirrt aber wird man, wenn die Autoren dann fortfahren: "Zu den Unterschichten zählen wir hier gewerbliche Lohnarbeiter, Heimarbeiter, Dienstboten, aber auch Randexistenzen, wie Asylbewohner, Vagabunden und Prostituierte. Sie

unterscheiden sich von bürgerlichen Gruppen dadurch, daß sie entweder über keinen regelmäßigen und auskömmlichen Lebensunterhalt verfügten oder ihren Lebensunterhalt durch unselbständige Handarbeit oder andere untergeordnete Tätigkeiten verdienten. Die Grenze zwischen den sozialen Unterschichten und den Kleinbürgern ist nicht exakt zu bestimmen. So unterscheiden sich z. B. die oft zum Kleinbürgertum gerechneten unteren Beamten, die mit Routinesachen befaßten einfachen Angestellten und viele der ohne Gesellen und maschinelle Hilfsmittel arbeitenden, oft am Rande des Elends lebenden Kleinmeister (vgl. Nr. 7 und 8 und 10. Kapitel, Nr. 2) in ihrer ökonomischen Lage nicht vom Industriearbeiter, wenn sie sich auch meist in ihrer Selbsteinschätzung vom Proletariat bewußt distanzieren und kleinbürgerliche Verhaltensweisen zu kopieren versuchten. Andererseits konnten hochqualifizierte Facharbeiter der Industrie eine durchaus kleinbürgerliche Existenz führen (Nr. 17). "Sind die "gewerblichen Lohnarbeiter", von denen doch auch im zweiten Teil die Rede ist, nun eine "soziale Unterschicht" oder sind sie ein Teil der Arbeiterklasse? Gehört man zu einer Klasse oder Schicht aufgrund objektiver Umstände oder entsprechend der "Selbsteinschätzung"?

Doch kritisieren wir nicht weiter. Denn zusammenfassend kann man sagen: Der Nutzen einer solchen Dokumentensammlung in der BRD sollte nicht unterschätzt werden. Es wäre falsch, unsere Maßstäbe an ein solches in der BRD erschiene- nes Buch zu legen. Auch sollte man feststellen, daß es nützlich wäre, wenn bei uns mehr Werke dieser Art erschienen. In dieser Beziehung, in der Veröffentlichung von solchen Dokumentenwerken, ist uns die westdeutsche, ja ganz allgemein die bürgerliche Geschichtsschreibung entschieden quantitativ überlegen.

Und diese Überlegenheit trifft leider in jeder Beziehung zu, wenn es um die Veröffentlichung von Autobiographien, von eigenen Lebensdarstellungen von Arbeitern, Handwerkern, Bauern und Menschen aus anderen Schichten der werktätigen Massen geht. Wir haben die schönen Studien von Ursula Münchow über die frühen deutschen Arbeiterautobiographien. Aber wenn wir von der selbstverständlichen Neuauflage von Bebel "Aus meinem Leben" absehen, dann ist das wohl auch alles, was wir an Autobiographien aus der Arbeiterklasse im 19. Jahrhundert herausgegeben haben. Dieser Zustand ist doch sehr bedauerlich für uns. Insbesondere auch nach dem Beispiel, das uns Bebel gegeben hat, der ja nicht nur eine eigene Autobiographie geschrieben, sondern auch andere dazu ermutigt hat.

Vielleicht regt uns nun Wolfgang Emmerichs Buch über Proletarische Lebensläufe, das den Untertitel "Autobiographische Dokumente zur Entstehung der Zweiten Kultur in Deutschland, Band 1: Anfänge bis 1914" hat, dazu an. In seiner Einleitung spricht der Herausgeber mit Recht von einem "Geschichtsverlust der Arbeiterbewegung" in der BRD und, nachdem er auf ein 1962 erschiene- nes Buch, in dem bereits von einem solchen Verlust die Rede ist, hingewiesen hat, bemerkt er (S. 11): "Dieser Zusammenhang der Arbeiterklasse mit ihrer eigenen Geschichte und der ihrer politischen Bewegung ist auch mehr als zehn Jahre später, trotz offensichtlich verschärfter Klassenauseinandersetzung, noch kaum wiederhergestellt. Die abhängig Arbeitenden in der BRD wissen in ihrer großen Mehrheit relativ wenig über die Geschichte ihrer eigenen Kämpfe, über ihre Erfolge und Niederlagen, über Kultur und Lebensweise, Bewußtsein und politische Organisation vergangener Generationen von Arbeitern. Die entscheidende Ursache dafür ist die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen unter der Herrschaft des Faschismus in Deutschland, wodurch das 'kollektive Gedächtnis der Massen' an ihre eigene Geschichte weitgehend ausgelöscht wurde. Weite Teile der Arbeiterklasse wurden ihrer sozialen und politischen, in einer großen historischen Tra-

dition verankerten kollektiven Identität beraubt. Die Unterdrückung der kommunistischen Linie der Arbeiterbewegung nach 1945 in den Westzonen bzw. in der BRD sowie die sehr wirksame Verbreitung der Ideologie des Antikommunismus haben diese Tendenz verstärkt. Diese Situation spiegelt sich übrigens auch in der Verwaltung des politischen und literarischen Erbes der deutschen Arbeiterbewegung durch die Sozialdemokratische Partei der BRD, die sich insgesamt eine sehr einseitige historische Tradition zurechtgezimmert hat."

Mit Recht meint der Herausgeber, daß eine Auswahl aus "proletarischen Selbstdarstellungen" dazu beitragen könne, das Geschichtsbewußtsein vieler Arbeiter wieder zu beleben. Über das "Material" bemerkt er (S. 14); "Die literarische Gattung Autobiographie gilt im allgemeinen als gründlich erforscht. Es gibt umfassende Handbücher über sie, die den Ruf von Standardwerken der Germanistik genießen, sowie umfangreiche Bibliographien. Es zeigt sich jedoch, daß die bürgerliche Wissenschaft, entgegen ihren eigenen Forderungen nach Wertfreiheit und gesellschaftlicher Neutralität, bereits in der Objektauswahl nicht neutral ist. Sie ignoriert bzw. diskriminiert literarische Quellen aus anderen sozialen Klassen, zumal wenn deren Form ihren eigenen ästhetischen Vorstellungen nicht entspricht. Die dieser Dokumentation zugrunde liegenden Nachforschungen haben ergeben, daß es - bei sehr weiter Auslegung des Begriffs - weit über dreihundert Arbeiterautobiographien und autobiographische Skizzen gibt; bei enger Auslegung dürften es immerhin mehr als hundertfünfzig sein."

Fast alle "Proletarischen Lebensläufe", die hier gesammelt sind, sind schon veröffentlicht - im Gegensatz etwa zu John Burnetts Sammlung Useful Toil, Autobiographies of working people from the 1820s to the 1920s (Allen Lane, London 1974, 364 Seiten). Dieser schreibt in seinem Vorwort: "Von den autobiographischen Auszügen, die folgen, sind mehr als die Hälfte noch nicht veröffentlicht. Sie kamen (und noch fast hundert weitere) als Antwort auf Briefe in der Presse, und die Reaktion deutet an, daß noch eine weit größere Menge unentdeckt ist" (S. 19).

Sicherlich ist die Situation in dieser Beziehung nicht anders in der BRD und der DDR. Sicherlich sind hier noch wundervolle Entdeckungen zu machen - aber mit jedem Jahr weniger. Sollten unsere Historiker der Arbeiterbewegung sich nicht mit aller Energie solchen Nachforschungen widmen? und erst recht unsere Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei den Bezirks- und Kreisleitungen der SED!

Auf dem Einband des Buches, das Emmerich herausgegeben hat, steht nicht nur der Titel, sondern auch ein Zitat aus der Selbstbiographie von Adelheid Popp, dem österreichischen Arbeitermädchen, zu der Bebel ein Vorwort geschrieben hat. Sie sagt: "Ich schrieb die Jugendgeschichte einer Arbeiterin nicht, weil ich sie als etwas individuell Bedeutsames einschätzte, im Gegenteil, weil ich in meinem Schicksal das von hunderttausenden Frauen und Mädchen des Proletariats erkannte, weil ich in dem, was mich umgab, was mich in schwere Lagen brachte, große gesellschaftliche Erscheinungen wirken sah." Mehr oder weniger dessen bewußt, sind viele solche Selbstdarstellungen geschrieben.

Und gut hat Emmerich ausgewählt - viel besser als der oben erwähnte Burnett, in dessen Sammlung Hausbedienstete eine viel zu große Rolle spielen.

"Sozialgeschichte Heute" ist eine Sammlung von 33 Artikeln, über die der Herausgeber schreibt (S. 20 f.): "Als diese Festschrift geplant wurde, stand von vornherein fest, daß Beliebigkeit der Beiträge ausgeschlossen sein sollte. Deshalb

wurde darum gebeten, sich auf die drei Problemkreise zu beschränken, die Hans Rosenberg selber durch Forschung und Darstellung mit aufgehell hat, mithin:

Gesellschaft und Wirtschaft im 19. und 20. Jahrhundert,
Bürokratie seit dem 17. Jahrhundert und
Liberalismus im 19. Jahrhundert.

Natürlich war bei keinem dieser Komplexe an eine Beschränkung auf die deutsche Geschichte gedacht. Im Gegenteil: Vergleichende Studien zur Problematik der ständischen und industriellen Gesellschaft, der Bürokratie und der Sozialgeschichte liberaler Ideen, zu den wirtschaftlichen Trendperioden seit dem 19. Jahrhundert und zur historischen Theorie dieser Prozesse waren erwünscht. Schnell stellte sich jedoch heraus, daß sich diese drei Schwerpunkte nicht gleichgewichtig bildeten. Die große Mehrheit der Beiträge gehört in den Bereich einer Sozialgeschichte, die die Entwicklung von Gruppen, Schichten und Klassen, Institutionen, Prozessen und Konflikten dergestalt analysiert, daß gesellschaftliche Fragen mit wirtschaftlichen und politischen Problemen, empirische Analysen mit theoretischen Erörterungen verbunden werden. Der komparative Aspekt dominiert in einem Viertel der Beiträge."

Viele der Aufsätze sind interessant in der Fragestellung oder in der Analyse, da sie irgendwie von marxistischen Gedankengängen beeinflußt sind oder sie sich gegen solchen Einfluß wehren. Manche bringen auch völlig neues Material oder rücken bedeutsame Gestalten in anderes Licht oder ziehen sie gar erst aus dem Dunkel der Vergangenheit hervor, wie etwa gleich die erste Studie, die sich mit John Millar of Glasgow (1735 bis 1810) beschäftigt.

Für die Auseinandersetzung mit marxistischen Wissenschaftlern ist recht typisch Jürgen Kockas Aufsatz über "Preußischer Staat und Modernisierung im Vormärz: Marxistisch-leninistische Interpretationen und ihre Probleme".

Kocka setzt sich mit der These, daß der Staat das Instrument der herrschenden Klassen ist, auseinander. Er meint, daß eine solche Auffassung manch neue Einblicke, gerade auch in die Geschichte des Vormärz, gegeben habe, und fährt dann fort (S. 215): "Andererseits verführt dieser theoretische Bezugsrahmen dazu, hemmende Wirkungen staatlicher Politik - die zudem noch gern überbetont werden - ausschließlich als Ausfluß der feudalen Klassenabhängigkeit des vormärzlichen Staates zu deuten. So wichtig und bisher unterbelichtet dieser Faktor sein mag, so unerläßlich bleibt die Frage, ob - an einem Beispiel - die staatliche Gängelung von Aktiengesellschafts-Gründungen nicht mindestens ebenso stark einem Kontrollinteresse der herrschaftsgewohnten Bürokratie als solcher, also nicht ausschließlich, oder nicht einmal primär, einer adelsfreundlichen Interessengebundenheit der Beamten, entsprang. Eine solche, m. E. zu bejahende Frage läßt sich aber überhaupt nur stellen, wenn man von der Möglichkeit eines spezifisch bürokratischen Standes-, Klassen- oder Gruppeninteresses der Bürokratie ausgeht, welches nicht völlig in einem adligen oder bürgerlichen Klasseninteresse aufgeht. Gerade diese Fragestellung ist aber in einem theoretischen System sehr schwer möglich, welches auch einen bürokratischen Staatsapparat lediglich - oder doch ganz überwiegend - als Herrschaftsinstrument der herrschenden Klasse begreift, also die Eigenständigkeit von Bürokratie a priori verneint. Schließlich ist ja auch denkbar und wahrscheinlich, daß mangelnder Überblick und falsche Einschätzung von neuen Situationen manche Entscheidungen der Beamten beeinflussen."

Kein Marxist würde leugnen, daß mangelnder Überblick und falsche Einschätzung, auch Dummheit und Starrsinn die Entscheidungen der herrschenden Klassen, ih-

rer Minister oder hoher Beamter beeinflusst haben. Kein Marxist würde leugnen, daß gewisse Staatsmaßnahmen auch den spezifischen Interessen einer Staatsbürokratie entsprechen. Aber das heißt doch nicht, daß deswegen der Staat nicht das Instrument der herrschenden Klasse ist.

Indem statt der auf Jahrtausende praktischer Erfahrung beruhenden marxistischen Theorie vom Staat ein Popanz vorgestellt wird - daß nämlich alle Handlungen des Staates ausschließlich aus dem wohlüberlegten, tiefdurchdachten, von ihrem Standpunkt aus präzise definierten Interesse der herrschenden Klassen resultieren -, wird eine Basis gefunden für einen Angriff, der völlig an der Theorie des Marxismus-Leninismus vorbeigeht, und zugleich ein Ausgangspunkt gesucht, um über die Rolle des Staates Verwirrung zu stiften, indem nun nämlich gewissermaßen gleichberechtigt nebeneinander gesetzt werden: Rolle der herrschenden Klasse, selbständige, "klassenunabhängige", Bewegung der Bürokratie, der Zufall der Fehler, die gemacht werden, usw.

Eine ähnliche Tendenz findet sich in gar manchen anderen Aufsätzen dieses Bandes.

Und doch sind viele von ihnen interessant und nützlich zu lesen. Wenn Kocka ein Buch über die Rolle der Bürokratie im Staat schreiben würde, würde ich wissen, daß seine Philosophie Unsinn ist, daß er die Rolle der "Bürokratie um der Bürokratie willen" maßlos überschätzen würde. Da aber die Bürokratie selbstverständlich auch ihr "Eigenleben" hat, woran ein Marxist natürlich niemals zweifelt, und da dieses Eigenleben sich zweifellos in dieser oder jener Staatsmaßnahme auswirken wird, würde ich das Buch sofort durcharbeiten, weil es viel nützlich Material enthält wie auch manch kluge Gedanken, die zur Vertiefung in diesem oder jenem Detail, auch zur Richtigstellung unter Umständen meiner Auffassung betreffend diesen oder jenen Einzelakt eines Staates, führen könnten.

Nach der Lektüre eines Buches wie der "Sozialgeschichte Heute" ist man wieder bekümmert, zu sehen, wie wirr so manche der jüngeren Gesellschaftswissenschaftler in der BRD mit all ihrer Begabung, mit all ihrem Forschungseifer sind und wie Tüchtiges sie leisten könnten, wenn sie von den Grundlagen des Marxismus-Leninismus ausgehen würden.

MASSENKOMMUNIKATION UND DEMOKRATIE IN DEN ZWÄNGEN DER MONOPOLHERRSCHAFT

Zu Problemen einer marxistischen Politischen Ökonomie der Massenmedien im Kapitalismus

Holzer, Horst, *Gescheiterte Aufklärung? Politik, Ökonomie und Kommunikation in der Bundesrepublik Deutschland* = Texte und Studien zur Soziologie, Bd. 3

R. Piper & Co. Verlag, 2. Aufl. München 1972, 268 Seiten,
Preis: 19,80 DM

von Horst Handke

1971 kam die erste Auflage dieses Buches heraus. 1972 folgte ihr bereits eine zweite. 1974 war das Buch - nebst anderen Büchern des Autors - aus einer großen Bibliothek wie der Münchner Staatsbibliothek verschwunden: durch Dauerleihe des Bayerischen Ministeriums für Unterricht und Kultus, eine Art "rauchloser Bücherverbrennung", wie dieser Vorgang unter Angehörigen der Münchener Universität bezeichnet wurde.¹ Allein daraus läßt sich entnehmen, wie sehr das Thema und die Ausführungen dazu auf das Interesse einer großen Leserschaft stießen und wie ein Teil der herrschenden Klasse in der BRD, der die Worte "Demokratie" und "Freiheit" im Übermaß strapaziert, reagierte. Tatsächlich liegt mit diesem Buch in der Flut zur Literatur der Kommunikationssoziologie, zur Medienwissenschaft - oder wie immer man die Wissenschaft nennen will, die sich in den letzten Jahrzehnten im Zusammenhang mit der stürmischen Entwicklung der Massenkommunikationsmittel herausgebildet hat - eine der bemerkenswertesten Publikationen vor.

Holzer unternimmt den Versuch, vom marxistischen Standpunkt aus auf politökonomischer Grundlage Probleme der Kommunikationssoziologie und der Medienwissenschaft theoretisch-systematisch abzuhandeln. Zu diesem Zweck verarbeitet er umfangreiches Schriftgut aus den verschiedensten Wissenschaftsdisziplinen, aus den Bereichen Soziologie und Politische Ökonomie, Politikwissenschaft und Staats- und Rechtslehre, Psychologie und Sozialpsychologie. Da er in vorbildlicher Weise logisches und historisches Vorgehen verbindet, bezieht er auch Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft in seine Untersuchung ein. Nicht zuletzt benutzt er in breitem Maße soziologisch-empirisches Material einer Reihe von Meinungsforschungsinstituten, wie des Instituts für Demoskopie, des DIVO-Instituts, des EMNID-Instituts und von Infratest. Auf dieser Grundlage werden zentrale Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung aufgegriffen, Fragen des Ver-

¹ Siehe dazu auch die Reportage von Stillmann, Günter / Moll, Jochen, Die rauchlose Bücherverbrennung, in: Neue Berliner Illustrierte, Nr. 47/1974, S. 20 - 23.

hältnisses von Ökonomie und Politik, von Demokratie und Massenkommunikation, von Gesellschaftsstruktur und Massenmedien.

Bei der Darlegung der Probleme berücksichtigt Holzer die wichtigste bürgerliche Literatur, insbesondere der sechziger Jahre. Ein Teil der genannten Buchtitel reicht zeitlich weiter zurück, Ihre Autoren gehören bereits zum "klassischen" Repertoire der bürgerlichen Ideologie, etwa auf dem Gebiet der Soziologie Adorno, Horkheimer und Herbert Marcuse, also Vertreter der Frankfurter Schule, Kornhauser, Lipset und Parsons aus den USA, auf dem Gebiet der Politikwissenschaften Leibholz, Loewenstein oder auch Tannenbaum aus den USA, auf dem Gebiet der Staatswissenschaften Maunz und Ridder, schließlich auf dem Gebiet der Psychologie und Sozialpsychologie Freud, Fromm und Reich.

Holzer prüft die Arbeiten dieser Autoren auf ihren Gehalt an Realität, verwendet einiges, was zur Erhellung von Tatbeständen beizutragen vermag, und setzt sich mit anderem kritisch auseinander. Im Unterschied zur überwiegenden Mehrheit der bürgerlichen Ideologen führt er auch marxistische Literatur und insbesondere die Klassiker des Marxismus-Leninismus an, ohne, wie zum Beispiel Habermas oder andere Vertreter spätkapitalistischer und "neomarxistischer" Richtungen, vorzugeben, "an Marxsche Grundbegriffe" "lose anknüpfen" zu wollen.² Im Gegenteil, Holzer führt den Nachweis, daß er von Marx nicht bloß etwa einige Zitate abschreiben möchte, sondern daß er die marxistisch-dialektische Methode beherrscht. Das verleiht ihm von vornherein eine Überlegenheit über die zumeist rein formalen Betrachtungsweisen der wichtigsten bürgerlichen Autoren, soweit sie zu seinem Thema etwas zu sagen haben. Dabei wird folgendes Phänomen sichtbar: Viele der bürgerlichen Autoren von Rang und Namen haben sich in irgendeiner Weise mit Marx oder dem Marxismus beschäftigt. Sie haben dabei nicht nur den Versuch unternommen, Marx zu verfälschen oder bürgerlich zu interpretieren, sondern sie haben auch teilweise marxistisches Gedankengut aufgegriffen, ohne marxistische Termini zu verwenden. Indem Holzer häufig das Vokabular der bürgerlichen, linksbürgerlichen, "systemkritischen" oder "neomarxistischen" Autoren verwendet, dient ihm diese Begriffswelt zur Darlegung marxistischer Auffassungen, zur Widerlegung bürgerlicher Theorien auf ihrem eigenen Feld.

So sind es zwei Dinge, die es dem Leser nicht leicht machen, sich durch das Buch hindurchzufinden. Erstens erfordert die inhaltliche Verarbeitung eines so breiten Wissensgebietes an sich bereits hohe gedankliche Konzentration auch vom Leser. Zweitens kommt der Begriffsapparat hinzu. Die Übernahme zahlreicher Termini aus dem gegenwärtigen bürgerlichen Denken läßt die Ausführungen zeitweilig in Gefahr geraten, nicht nur schwer verständlich, sondern auch begrifflich unscharf zu sein. Diese Gefahr ist um so eher zu verstehen, wenn man weiß, daß nicht wenige bürgerliche Autoren einen komplizierten, manchmal auch mit Vorbedacht auf Neuerung und Präntion bedachten Stil bevorzugen. Manchmal ist es schwierig zu unterscheiden, inwiefern ein solcher Stil der absichtlichen Verdunklung von Tatbeständen und Zusammenhängen oder einer größeren wissenschaftlichen Präzision dient. Im vorliegenden Fall läßt sich sagen, daß eindeutig die Erhellung von Tatbeständen dominiert. Soweit Holzers Buch als Lehrbuch an den Hochschulen in der BRD verwendet wird, könnte die Darstellung in den gängigen Begriffen der modernen bürgerlichen Gesellschaftswissenschaften sogar ein Vorteil sein.

2 Habermas, Jürgen / Luhmann, Niklas, Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Frankfurt (Main) 1971, S. 277.

Holzer behandelt als zentrales Thema das Verhältnis von Massenkommunikation und Demokratie. Im ersten Kapitel wird das Verhältnis von "Massenkommunikation und Demokratie als Problem einer kapitalistisch organisierten Industriegesellschaft" vorgestellt. Damit wird zugleich ein entscheidendes Problem der Entwicklung der Massenmedien angesprochen, nämlich ihre Rolle bei der politischen Willensbildung einer Gesellschaft, die einerseits immer arbeitsteiliger, differenzierter, letzten Endes mehr vergesellschaftet wird und andererseits der Herrschaft von relativ kleinen ökonomischen und politischen Machtgruppen ausgeliefert ist. Wenn Holzer, H. D. Müller folgend, erklärt, "daß die in Massen produzierende und in Massen konsumierende Gesellschaft auch im Bereich der Kommunikation große Apparate braucht, um sich zu verständigen", und dann die Frage stellt: "Offen bleibt nur, wie sich Konzentration und politische Freiheit, Großapparat und Demokratie miteinander verbinden lassen ..."³, so werden damit wesentliche Widersprüche genannt, die vor allem mit der Funktion der Massenkommunikationsmittel als Träger und Vermittler von Informationen, Bildung und Unterhaltung im staatsmonopolistischen Kapitalismus zusammenhängen.

Der sogenannte öffentliche Auftrag der Massenmedien, ihre konstitutive Funktion als Forum geistiger Auseinandersetzung, wurde im Grundgesetz der BRD insofern verankert, als diese Medien dort als "unabdingbare" Instrumente der Selbstbestimmung" bezeichnet werden (S. 11)⁴. Doch wie kann die "Selbstbestimmung" des Menschen, wie können "Freiheit" und "Demokratie" in einer Gesellschaft verwirklicht werden, in der ein Teil der Massenmedien in Privatbesitz ist und ein anderer Teil auf die vielfältigste Weise ebenfalls mit der Privatwirtschaft verflochten, wenn nicht von dieser abhängig ist? Schritt für Schritt deckt Holzer die bundesdeutsche Realität auf und zeigt ihren Widerspruch zu den verfassungsmäßig garantierten Ansprüchen.

Die Aktualität und besondere Brisanz des Themas werden deutlich, wenn Holzer darauf verweist, wie sehr sein Anliegen mit der Diskussion verbunden ist, die in der BRD angesichts des permanenten und unaufhaltsamen Aufstiegs des Springer-Konzerns zum westdeutschen Prototyp einer hochindustrialisierten Kommunikationsfabrik geführt wurde (S. 9). Die Ende der sechziger Jahre zu einem Höhepunkt treibenden Aktionen gegen den Springer-Konzern verliefen ergebnislos. Sie beweisen, daß die Forderungen nach Enteignung zutiefst demokratisch und in der Perspektive sozialistisch waren und heute noch sind. Sie zeigen, wie recht Holzer hat, wenn er nach den Chancen fragt, die die Verwirklichung des Verfassungsanspruchs in einer Gesellschaft wie der BRD haben kann, und wenn er verlangt, daß dem Rechnung zu tragen ist, "was in der Politökonomie staatsmonopolistischer Kapitalismus und in bezug auf die innergesellschaftliche Auseinandersetzung verdeckte Klassenherrschaft genannt werden kann" (S. 13 f.).

Nachdem Holzer auf diese Weise seinen Ausgangspunkt umrissen hat, geht er im zweiten Kapitel - "Soziologische Analytik I - Funktionalistische Konzeptualisierungen des gesellschaftlichen Zusammenhangs von Massenkommunikation und Demokratie" - darauf ein, welche Stellung der Massenkommunikation in den gesellschaftspolitischen Konzeptionen der bürgerlichen Soziologen und Politologen zu-

3 Müller, Hans Dieter, Der Springer-Konzern. Eine kritische Studie, München 1968, S. 17.

4 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

gewiesen wird. Dabei wird deutlich, daß in fast allen bedeutsameren Konzeptionen von der "Industriegesellschaft", der "pluralistischen Gesellschaft" oder "pluralistischen Demokratie" die Massenkommunikationsmittel einen bedeutsamen Platz einnehmen. Die Massenmedien erscheinen geradezu als "Voraussetzung und Garantie" für die Entwicklung des gesellschaftlichen "Pluralismus" und die Entwicklung "demokratischer Persönlichkeiten" (S. 85), man könnte auch sagen: generell für die Durchsetzung demokratischer Zustände.

An dieser bürgerlichen Auffassung ist soviel richtig, daß die Massenkommunikationsmittel tatsächlich die einzigen Informationsträger sind, die große, differenzierte Gesellschaften schnell und umfassend zu unterrichten imstande sind. Insofern nun die bürgerliche Gesellschaft die geschichtliche Bühne mit dem Anspruch auf "Demokratie" betritt - Marx schrieb bekanntlich schon, daß die "demokratische Republik" die "wahre Form" der Herrschaft der Bourgeoisie sei⁵ -, ist es logisch, daraus abzuleiten, daß auch die allgemeinsten und wichtigsten Informationsmittel in den industriell entwickelten Gesellschaften für eine Verbesserung der Demokratie einzusetzen seien.

In diesem historischen Zusammenhang spielt das Verhältnis von Demokratie und Massenkommunikation bei der Entwicklung einer bürgerlichen Soziologie der Massenkommunikation nicht zufällig eine zentrale Rolle. Dies geschah zunächst weniger in der "kulturkritischen" Sicht, die sich vor allem nach dem zweiten Weltkrieg gegen die zunehmende "Industrialisierung" und "Vermarktung" des Kultur- und Medienbereichs wandte, sondern in einer positivistisch-pragmatischen Sicht, wie sie bereits in den zwanziger Jahren vorzufinden ist und bei der die Absicht, den herrschenden Schichten Hilfestellung und praktische Hinweise für die Steuerung und Lenkung durch Massenkommunikationsmittel zu geben, im Vordergrund steht. In der Auseinandersetzung mit dem Hitler-Faschismus, das heißt unter dem Blickwinkel, wie der nationalsozialistischen Propaganda zu begegnen sei, wie dieser gegenüber das Engagement für eine "Demokratie" amerikanischen Musters gestärkt werden könne, erfuhr diese Richtung der Kommunikationssoziologie einen starken Aufschwung. Im Vergleich mit dem Hitler-Faschismus konnte den Verfechtern eines amerikanischen Demokratie-Konzepts zwar ein fortschrittlicher Akzent beigemessen werden, aber sie blieben selbstverständlich dem monopolkapitalistischen System in den USA verhaftet. Das Demokratie-Verständnis bewegte sich etwa auf der Linie Schumpeters, der - in der Wiedergabe Holzers - die Demokratie lediglich als ein "Arrangement von Institutionen und Regeln" ansah, innerhalb dessen die Staatsbürger in periodisch wiederkehrenden Wahlentscheidungen jene zu bestimmen hatten, die die politische Herrschaft ausüben sollten.⁶ In Anlehnung daran macht Holzer deutlich, daß in einem solchen Demokratie-Begriff die "Herrschaft des Volkes im Sinne einer Befreiung von allen undurchsichtigen und unkontrollierten Machtverhältnissen" kaum Platz hat (S. 25). "Verbesserung der Demokratie" - das kann man den Äußerungen Holzers ohne weiteres entnehmen - ist demzufolge nur auf der Grundlage einer Demokratie-Konzeption mit antiimperialistischem Charakter möglich, im Auftreten gegen die Verwässerung und den Abbau demokratischer Rechte.⁷

5 Marx, Karl, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 - 1850, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 7, Berlin 1960, S. 40.

6 Vgl. Schumpeter, Joseph, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 2. Aufl. Bern 1950, S. 384, 428.

7 Vgl. Manipulation, Die staatsmonopolistische Bewußtseinsindustrie, 2. durchges. Aufl. Berlin 1969, S. 475.

Damit ist Grundlegendes zur bürgerlichen Demokratie überhaupt gesagt, soweit die Massenkommunikationsmittel eine formale Demokratie propagieren, handeln sie nur als Teil dieser für die Masse "undurchsichtigen und unkontrollierbaren Machtverhältnisse", helfen sie, diese Machtverhältnisse zu stärken. Wenn aber eine demokratische Aufgabenstellung bedeutet, die Bürger, das Publikum, so zu informieren, daß sie zu rationalen Entscheidungen darüber befähigt werden, formale Demokratie in reale zu verwandeln, dann muß gesagt werden, daß diese Aufgabenstellung von den meisten Massenmedien der BRD nicht wahrgenommen wird. Zwischen einer solchen Aufgabenstellung und den materiellen Existenzbedingungen der Massenmedien in der BRD herrscht eine so tiefe Kluft, daß das Wirken für mehr Demokratie letzten Endes diese materiellen Bedingungen der Massenmedien berührt. Deshalb erklärt Holzer, es müsse gesichert sein, daß die demokratische Aufgabe der Massenmedien nicht von deren Existenzbedingungen in Frage gestellt werden dürfe (S. 37).

Das dritte Kapitel - "Systematische Entfaltung des Verhältnisses von Massenkommunikation und Demokratie in der BRD" - nimmt den größten Teil des Buches ein. Holzer überprüft zunächst, wie die theoretischen Konzeptionen der bürgerlichen Massenkommunikationssoziologie dem Selbstverständnis der westdeutschen Demokratie, also in erster Linie ihren wesentlichen Verfassungsprinzipien, entsprechen. Er stellt dann dieses Demokratie-Verständnis und damit die entscheidenden Argumente der bürgerlichen Forschung den faktischen Bedingungen der politischen Herrschaft und ökonomischen Verfassung in der BRD gegenüber. Schließlich stellt er dar, wie unter diesen Bedingungen der theoretische Anspruch der Massenkommunikationsmittel als funktionaler Bestandteil dieses "demokratischen" Systems zu bewerten ist, welche Aktivitäten die Massenkommunikationsmittel entwickeln und welche Wirkung sie auf das Publikum ausüben.

Von besonderem Interesse dürfte für den Wirtschaftshistoriker die ausführliche Interpretation der historischen Wurzeln der gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialstruktur der BRD sein. Dabei geht es weniger darum, daß hier für den marxistisch gebildeten Leser wesentlich neue Fakten geboten werden, sondern daß Holzer im wesentlichen bekannte Fakten unter dem Gesichtspunkt ihrer Bedeutung für die Entwicklung der bürgerlichen Demokratie und Massenkommunikation im imperialistischen Deutschland untersucht und damit die Fragwürdigkeit des bürgerlichen Demokratie-Verständnisses auch anhand ihrer historischen Wurzeln nachweist.

Zentraler Bezugspunkt in Holzers "historiographischem Exkurs" ist die historische Entwicklung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik und damit die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und seines Verhältnisses zur Demokratie als politischer Staatsform. Mit Blickrichtung auf die bürgerlichen Autoren stellt er zunächst mit Recht fest, daß diejenigen, die den Begriff "staatsmonopolistischer Kapitalismus" als ideologische Floskel werten, praktisch das veränderte Verhältnis von Politik und Ökonomie undiskutiert lassen (S. 86). In diesem veränderten Verhältnis nimmt - und das hat grundsätzliche Bedeutung für das bürgerliche Demokratie-Verständnis - die zunehmende Entmachtung des Parlaments, wie überhaupt der Abbau der bürgerlichen Demokratie, einen wichtigen Platz ein. Die Entscheidungen verlagern sich immer mehr auf die politische Exekutive und die mit dieser eng verflochtenen ökonomischen Machtgruppen (S. 90).

Es kann hier nur angedeutet werden, daß sich vor dem Hintergrund dieser Prozesse die bürgerlichen Ideologen über die "Krise des Parlamentarismus" oder die "Krise der westlichen Demokratie" streiten und dabei das eigentliche Wesen dieses Prozesses, die zunehmende Herausbildung staatsmonopolistischer Herr-

schaftsformen, umgehen. Es ist gerade die verstärkte Entwicklung dieser Herrschaftsformen, der ökonomische Zwang zu staatlichen Eingriffen in den Produktionsprozeß und der damit verbundene staatlich-bürokratische Interventionismus, die zu dieser Krise führen (S. 83). Nur wenn man diese Krise als "speziellen Ausdruck neuer Wechselbeziehungen zwischen Politik, Ökonomie und Klassenkampf"⁸ sieht, nicht aber als einen von den sozialökonomischen Bedingungen losgelösten, technisch-organisatorischen Industrialisierungs- und Bürokratisierungsprozeß, nur dann wird man eben diese "Organisationsprinzipien" mit ihren "politisch-ökonomischen Bedingungskonstellationen" nicht stillschweigend hinnehmen können, - wie Holzer es formuliert -, sondern die Frage stellen, welche ökonomischen Verhältnisse geändert werden müssen, um Demokratie als eine Form politischer Herrschaft, die tendenziell auf die "Chancengleichheit aller" hinauslaufen muß, zu verwirklichen (S. 91). Die bürgerlichen Politologen geben jedoch statt dessen nur Antworten auf die Frage, welches politische System besser als das bisher geltende auf das sich objektiv verändernde Verhältnis von Ökonomie und Politik paßt, und sie kommen zu Lösungen der Art, daß sie eine weitere Stärkung der Exekutive - etwa durch Ausbau der Präsidialgewalten und weitere Einschränkung der parlamentarischen, letzten Endes demokratischen Rechte - vorschlagen⁹, also eine politische Stärkung des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Holzer zeigt auch die ganze Fragwürdigkeit solcher bürgerlichen Thesen, wieder vom "pluralistischen Charakter der industriellen Gesellschaft", wenn "abseits der vordergründigen öffentlichen Auseinandersetzung" die ökonomischen und politischen Machtgruppen "kooperieren", "um die gegenwärtige gesellschaftliche Struktur zu stabilisieren" - so ein Zitat von J. Bergmann¹⁰ -, oder des Theorems von Konsensus und Konflikt, das angesichts der tendenziellen Ausschaltung einer prinzipiellen politischen Opposition und der sich gegenseitig stützenden "monopolistisch organisierten Macht- und Einflußzentren in Wirtschaft, Politik und Kultur" völlig inhaltlos wird (S. 102, 229).

Unter dem widersprüchlichen Verhältnis von Ökonomie und Politik entwickeln sich auch die Massenkommunikationsmittel. Holzer geht nicht explizit darauf ein, doch es ist ganz offensichtlich, daß ihre Herausbildung und wachsende politische und ökonomische Rolle die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus förderte. Bis zum ersten Weltkrieg vollzog sich das Wachstum der Massenkommunikationsmittel weitgehend auf privatwirtschaftlicher Basis - eine gewisse Ausnahme bildete das halbamtliche Nachrichtenbüro W. T. B. Mit dem Aufkommen von Film und Rundfunk änderte sich das. Die Gründung der UFA gegen Ende des ersten Weltkrieges zeigte ebenso das gemeinsame Bemühen von wirtschaftlichen und politischen Machtgruppierungen zentrale bewußtseinslenkende Institutionen ins Leben zu rufen, wie das in den zwanziger Jahren beim Tauziehen um den die ersten Schritte machenden Rundfunk zum Ausdruck kam.

Die Geschichte der Massenkommunikationsmittel ist zugleich die Geschichte monopolistischer und staatsmonopolistischer Organisationen im Bewußtsein vermit-

8 Schuhmacher, Kurt, Neue Funktionen des Staates bei der Regulierung der Klassenbeziehungen, in: Maier, Lutz, u. a., Staatskapitalismus ohne Perspektive, Frankfurt (Main), S. 229.

9 Hennis, Wilhelm, Parlamentarische Opposition und Industriegesellschaft, in: derselbe, Politik als praktische Wissenschaft, München 1968, S. 124.

10 Bergmann, Joachim, Konsensus und Konflikt - Zum Verhältnis von Demokratie und industrieller Gesellschaft, in: Das Argument, Februar 1967, S. 53 f.

telnden Sektor, angefangen bei den ersten großindustriellen Produktionsformen in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts, der Massenpresse, bis hin zu den hochgezüchteten Kommunikationsmonopolen unserer Zeit, den Multimedia-Konzernen, und den audio-visuellen Illusionsmonopolen, den vielfältig mit Privatkapital verknüpften Hör- und Sehfunkanstalten. Sie zeigt einige Besonderheiten, die die Relevanz dieser Institutionen für die Erhaltung der monopolistischen Wirtschaftsverfassung erklären, und nicht nur das, sondern die auch die doppelte Rolle dieser Institutionen als "Verwalter der Öffentlichkeit" und als möglicher "demokratiebildender" Instanz im Kern enthalten.

Der grundlegende Widerspruch, der in der kapitalistischen Produktion enthalten ist, bekommt in dem Produkt der Massenkommunikationsmittel seine besonderen Züge. Nicht nur, daß seit Beginn des Kapitalismus das Produkt der "geistigen Vermittlung" zur Ware wird, die sich von allen anderen Waren durch ihre direkt ideologische Bedeutung unterscheidet, deren Gebrauchswert darin besteht, ihren Käufern Informationen, Meinungen, Vorstellungen, mit einem Wort: Ideologie, zu liefern¹¹, nicht nur, daß damit eine Ware produziert wurde, die nicht wie jede andere einfach verbraucht oder abgenutzt werden kann, sondern die in Aktionen, Handlungen umsetzbar ist - nein, mit dem Übergang zur Massenproduktion und zur Produktion für die Massen erhalten diese Produkte eine allgemeine gesellschaftspolitische Relevanz, beginnen sie, eine allgemein "öffentliche" Funktion auszufüllen. Soweit ihre Produktion privatwirtschaftlich betrieben wird, also profitorientiert ist, steht dem die "öffentliche Aufgabe" der Massenkommunikationsmittel gegenüber, besteht der Widerspruch, die "ökonomische Notwendigkeit" der Profitgewinnung mit der "öffentlichen Aufgabe" "harmonisieren" zu müssen (vgl. S. 193, 118).

Doch wie ist die "öffentliche Aufgabe" zu verstehen? Die häufige Verwendung des Begriffs "öffentlich" - nicht nur in dem Buch von Holzer -, sein Zusammenhang mit "Öffentlichkeit", "öffentlicher Aufgabe", "öffentlichem Interesse" und "öffentlicher Meinung", also durchweg zentralen Begriffen auch einer politischen Ökonomie der Massenmedien, machen einige besondere Bemerkungen dazu notwendig. Ohne diese Begriffe problematisieren zu wollen, sind sie auf den ersten Blick unbestimmt und deshalb für die Verschleierung gesellschaftlicher Tatbestände besonders geeignet. Es bedarf zweifellos einer Verständigung darüber, was darunter zu verstehen ist.

Man kann voraussetzen, daß von "öffentlichen Aufgaben", "öffentlichen Interessen" und "öffentlicher Meinung" nur dort die Rede sein kann, wo auch "Öffentlichkeit" existiert. Deshalb muß man vor allem von diesem Begriff ausgehen. Ein Ausgangspunkt für das Erfassen der "Öffentlichkeit" liegt dort, wo Menschen in gesellschaftliche Beziehungen zueinander treten. Nach Meinung des sowjetischen Philosophen und Soziologen Uledow sind unter "Öffentlichkeit" "allgemein bestimmte Formen von Kollektivität der Menschen in Gestalt gesellschaftlicher Organisationen und Vereinigungen" zu verstehen, "die sich auf Grund gemeinsamer Interessen und Ziele bilden",¹² In dieser Allgemeinheit schließt "Öffentlichkeit" auch "Privatheit" ein, zum Beispiel die "Kollektivität" der Familie, und das ist insoweit richtig, als die Sozialisation in der Familie beginnt, hier die ersten Vorstellungen von der sozialen und kulturellen Wirklichkeit aufgebaut werden. "Privat-

11 Vgl. Bessonov, B. N., Ideologija duchovnogo podavlenija, Moskau 1971, S. 163.

12 Uledow, A. K., Die öffentliche Meinung. Eine Studie zum geistigen Leben der sozialistischen Gesellschaft, Berlin 1964, S. 19.

heit" und "Öffentlichkeit" korrespondieren dementsprechend miteinander. Dabei ist die erstere der letzteren untergeordnet.

Wichtig an der Definition, die Uledow gibt, ist weiter, was unter "gesellschaftlichen Organisationen und Vereinigungen" zu verstehen ist, "die sich auf Grund gemeinsamer Interessen und Ziele bilden". Uledow meint zweifellos nicht nur Gruppierungen, die bewußt, aufgrund bestimmter Wünsche der Beteiligten geschaffen werden, sondern er geht von der marxistischen Auffassung aus, daß zweierlei Typen menschlicher "Gemeinschaften", "sozialer Gruppierungen", existieren: "Gemeinschaften", die sich unabhängig vom Willen und Bewußtsein der beteiligten Menschen bilden (Klassen, Völker, Nationen) und "Gemeinschaften", die bewußt geschaffen werden (Parteien, Familien, Verbände).¹³ Das schließt nicht aus - wie hinzugefügt werden muß -, daß auch dieser bewußten Kollektivität bestimmte objektive Ursachen zugrunde liegen.

Der sowjetische Soziologe Semjenow charakterisiert diese unterschiedlichen menschlichen Gemeinschaftsformen wie folgt: Die "Gemeinschaften" der ersten Gruppe sind nach seiner Meinung durch eine Reihe objektiver Merkmale verbunden. Sie bilden die ethnische und soziale Struktur der Gesellschaft. Als Besonderheit hebt er hervor, daß in diesen "Gemeinschaften" alle Seiten der gesellschaftlichen Verhältnisse, ökonomische, soziale, politische und geistige, in Erscheinung treten. Die "Gemeinschaften" der zweiten Gruppe bilden sich nach Semjenow durch objektive und subjektive Ursachen heraus.¹⁴ Abweichend von Semjenow, der als charakteristisch für diese Gemeinschaften ansieht, daß in ihnen nicht alle Seiten der gesellschaftlichen Verhältnisse zum Ausdruck kommen, ließe sich als Besonderheit hervorheben, daß in ihnen in der Regel besondere, von den Produktionsverhältnissen abgeleitete Verhältnisse, soziale, politische, geistige und kulturelle - je nach dem Zweck, zu dem diese "Gemeinschaften" gebildet werden -, eine dominierende Rolle spielen.

Die "Öffentlichkeit" umfaßt also eine Vielzahl von Kollektivitätsformen. Doch dem Problem einer Begriffsbestimmung kann man nur näherkommen, wenn man innerhalb der Vielzahl der Beziehungen die entscheidenden - und das sind in der Klassengesellschaft die Klassenbeziehungen - hervorhebt. Der Begriff der "Öffentlichkeit" wird im marxistischen Verständnis vor allem zur Aufdeckung der Klassenbeziehungen verwendet. Bestimmend in der "Öffentlichkeit" ist die Klasse, die Träger der fortgeschrittensten gesellschaftlichen Ideen ist, die der bewußteste und fortgeschrittenste Teil der Gesellschaft ist. Damit erst verliert der Begriff die Unverbindlichkeit, die bürgerlichen Bestimmungen der "Öffentlichkeit" eigen ist. Es gibt deshalb auch kein "öffentliches Interesse" an sich, keine "öffentliche Aufgabe" an sich, "Öffentliche Interessen" und "öffentliche Aufgaben" spiegeln unter den Bedingungen der Klassengesellschaft stets bestimmte Klasseninteressen und Klassenziele wider.

Doch da der Begriff der "Öffentlichkeit" nicht an eine einzige Klasse gebunden ist, sondern das wechselseitige Verhältnis der Klassen und Schichten zueinander zum Ausdruck bringt, umfaßt er nicht nur das die Klassen Trennende, sondern auch das verschiedene Klassen miteinander Verbindende. Das Interesse am Frieden ist so ein allgemeines "öffentliches Interesse", das über alle Klassen und Schichten hinweg heute sogar Teile der Monopolbourgeoisie erfaßt, auch wenn unter-

¹³ Ebenda, S. 45.

¹⁴ Semjenow, W. S., Kapitalismus und Klassen. Die Erforschung der Sozialstruktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft, Berlin 1972, S. 25 f.

schiedliche Auffassungen über die Wege zur Wahrung des Friedens bestehen möglichen.

Nach dieser Präzisierung des Begriffs "Öffentlichkeit" läßt sich noch einmal das von Holzer erörterte Problem der "öffentlichen Aufgabe" der Massenmedien aufgreifen. Die drei Ebenen, auf denen Holzer seine Untersuchung aufbaut (die Ebene der bundesdeutschen Realität, die Ebene des Anspruchs, wie sie durch die Verfassung gegeben ist, und die Ebene der bürgerlichen Selbstdarstellung und Interpretation der Verfassung, lassen sich auch auf den Zusammenhang von "Öffentlichkeit" und Massenmedien anwenden. Da wäre zunächst die "Öffentlichkeit", wie sie in der bundesdeutschen Realität in Erscheinung tritt: auf der einen Seite relativ kleine ökonomische und politische Machtgruppen, die über die wesentlichen "Medien" verfügen, um "öffentlich" wirksam zu werden, auf der anderen Seite die Masse der Bevölkerung, der der Zugang zu diesen Medien oder zumindest ein bestimmender Einfluß darauf versperrt ist. Des weiteren wäre der generelle Anspruch der bürgerlichen Demokratie zu nennen, allen Bürgern das Recht auf "freie Meinung", also auf "öffentliches" Wirken, auf Wirken in der "Öffentlichkeit", zu garantieren, ein Recht, das unter den heutigen Möglichkeiten eines Auftretens in der "Öffentlichkeit" und einer "Öffentlichkeitswirkung" ohne Einbeziehung der Massenmedien nur unvollkommen zu realisieren ist. Und schließlich muß das Problem "Öffentlichkeit und Massenmedien" in der bürgerlichen Selbstdarstellung gesehen werden, die den Widerspruch zwischen Realität und Anspruch durch solche Konzeptionen, wie die von der "pluralistischen Gesellschaft", zu überdecken sucht. Doch diese Konzeptionen, die vom "Pluralismus" der Meinungen, Einstellungen, Interessen und Ideologien und ihrer "öffentlichen" Auseinandersetzung ausgehen, können weder die gesellschaftlich relevanten Meinungen, Einstellungen, Interessen und Ideologien noch den unterschiedlichen Einfluß und die unterschiedliche Macht der einzelnen sozialen Gruppen in dieser "öffentlichen" Auseinandersetzung ausreichend erklären (S. 229). "Öffentlichkeit" - genauer "Spiegel der Öffentlichkeit" - wären im gegenwärtigen Selbstverständnis vorrangig die Massenmedien, und gerade dort werden gemeinhin die entscheidenden "öffentlichen" Auseinandersetzungen nicht widergespiegelt, bzw. sie erscheinen in entstellter Form. So läßt sich folgern, daß die Verfassung in der BRD zwar eine "öffentlich-demokratische" Zielsetzung, eine Zielsetzung im Interesse der Masse der Bevölkerung, vorsieht, daß aber die ökonomische und politische Realität mit ihren antagonistischen Klassengegensätzen einer solchen Zielsetzung entgegensteht und die bürgerliche Selbstdarstellung und Interpretation der Verfassung auch keine praktischen Hinweise zur Überwindung dieser Gegensätze zu geben vermag. Diese Selbstdarstellung bewegt sich lediglich im Rahmen der bestehenden Institutionen und auf den Bahnen einer rein formalen Betrachtungsweise.

Unter diesen Umständen sind Holzers Rückschlüsse, die er vor allem am Ende des dritten Kapitels und im vierten Kapitel - "Soziologische Analytik II - Systemtheoretische Überlegungen im Verhältnis von Massenkommunikation und Demokratie" - bringt, desto bedeutsamer. Sie geben zusammenfassend Antwort auf die Frage, die im Buchtitel "Gescheiterte Aufklärung?" gestellt wird und die beinhaltet, inwieweit die kapitalistischen Massenkommunikationsmittel in der BRD - von Organen der revolutionären Arbeiterbewegung ist hier nicht die Rede - in die staatsmonopolistischen Zwänge von Politik und Ökonomie eingeordnet sind und inwieweit innerhalb dieser Zwänge Aufklärung, Aufklärung für die Entwicklung demokratischer Persönlichkeiten, die Mitbestimmung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens einschließt, möglich ist. Holzer kommt keineswegs zu dem Ergebnis, daß die offen postulierten verfassungsmäßigen Zielsetzungen in der Kommunikation in der BRD umgestoßen werden müssen, sondern daß vielmehr

die tatsächlichen Verhältnisse diesen Zielsetzungen von der "öffentlichen Aufgabe" der Massenmedien, ihrer eminent sozialpolitischen Funktion als "Agenten der Demokratisierung der Gesellschaft" (S. 13) nicht entsprechen, daß diese Zielsetzungen und Funktionen lediglich nicht realisierbar sind, solange nicht Veränderungen vor allem in der ökonomischen Struktur erfolgen, daß es gilt - hier folgt Holzer E. Siepmann¹⁵ - eine wirtschaftliche Demokratie zu begründen, weil nur von einer solchen eine politische Demokratie ausgehen könne. Das aber ist - auch das ist Holzer klar - ein langer und allmählicher Prozeß der Revolutionierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft und ihrer Verwandlung in eine sozialistische (S. 226 f.).

Doch Holzer bleibt nicht bei allgemeinen Aussagen über künftige Wege der Entwicklung stehen. Er zeigt konkrete Möglichkeiten, wie unter den Bedingungen des heutigen staatsmonopolistischen Systems in der BRD Fortschritte in Richtung auf eine Realisierung verfassungsmäßig verankerter Ansprüche durchgesetzt werden können. Daß dabei auch bei Holzer den Massenmedien - aufgrund ihrer zentralen Stellung innerhalb des bewußtseinvermittelnden Sektors - eine entscheidende Aufgabe zukommt, ist selbstverständlich. Mehr noch, nach seiner Meinung ist das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft ohne "Demokratisierung" der kapitalistischen Massenmedien nicht erreichbar. Es ist deshalb sogar ganz besonders in diesem Sektor notwendig, die demokratischen Elemente zu stärken, um die Demokratie-Entwicklung allgemein zu fördern. Dabei könnte die öffentlich-rechtliche Verfassung eines Teils der Massenmedien eine Hilfe sein. Zu den provisorischen Hinweisen, die Holzer zur Umstrukturierung der Massenmedien gibt, gehören: Aktivierung der inner- und überbetrieblichen Mitbestimmung und damit Politisierung der Öffentlichkeit, Abbau der unmittelbaren Abhängigkeit der Medien von der Werbeindustrie durch Einrichtung von Anzeigengenossenschaften und Installierung einer inner-institutionellen Mitbestimmung der Journalisten durch Formulierung von Redaktionsstatuten und Etablierung von Redaktionsräten (S. 227).

Es muß hervorgehoben werden, daß dies Hinweise sind, die sich nicht nur völlig im Rahmen der bürgerlichen Verfassungswirklichkeit bewegen, sondern die auch aufgrund ihrer engen Begrenzung auf die Massenmedien nichts über die Schaffung einer "wirtschaftlichen Demokratie" in anderen Wirtschaftsbereichen aussagen. Infolgedessen wäre auch erst in der Praxis zu erproben, inwieweit sich allein dadurch eine "Verbesserung der Demokratie" erreichen ließe. Immerhin gibt es Beispiele in industriell entwickelten kapitalistischen Ländern, wo neue Massenmedien tatsächlich in den Dienst der Massen gestellt werden. So wird in der italienischen Stadt Bologna, in der die Kommunisten seit Jahren an der Spitze der Verwaltung stehen, der Versuch gemacht, ein kommunales Kabelfernsehen einzuführen, das zunächst Übertragungen auf die wichtigsten Plätze der Stadt vornimmt und später auch in Klubs, Cafés und Wohnungen installiert werden soll. An der Programmgestaltung dieses Fernsehens werden die Vertreter der Gewerkschaften, der studentischen und anderen Massenorganisationen sowie namhafte Kulturschaffende beteiligt.¹⁶

Als Fazit bleibt: Wenn bürgerliche Autoren behaupten, daß Demokratie und demokratische Institutionen unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen

15 Siepmann, Eckhard, DER SPIEGEL oder die Nachricht als Ware, in: Schneider, Michael/Siepmann, Eckhard, DER SPIEGEL oder die Nachricht als Ware, Frankfurt (Main)/(West-)Berlin 1968, S. 19.

16 Vgl. Fernsehen im Dienste der Massen, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 9/1975, S. 1294.

Revolution, der Technisierung, der Apparatisierung und Bürokratisierung des modernen Lebens sich überlebt haben oder zwangsläufig reduziert werden müssen, dann stellt Holzer dem die Gegenthese entgegen, daß alle demokratischen Elemente in den bürgerlichen Demokratie-Gesellschaften bestärkt und weiterentwickelt werden müssen. Das ist - so kann hinzugefügt werden - zugleich die beste Vorbereitung der sozialistischen Gesellschaft, denn Sinn und Inhalt der sozialistischen Demokratie bestehen in der Teilnahme immer breiterer Massen an der Leitung und Lenkung gesellschaftlicher Prozesse, in ihrer immer stärkeren Hinwendung zu gesellschaftlichen Angelegenheiten.

Holzer gehört heute zu den führenden und profiliertesten Kommunikations- und Medienforschern der BRD. Er hat dies nicht nur durch dieses Buch, sondern auch durch eine Reihe anderer Veröffentlichungen nachgewiesen.¹⁷ 1974 stand er jedoch nicht wegen seiner wissenschaftlichen Leistungen im Blickpunkt der Öffentlichkeit, sondern wegen eines Schreibens des Bayerischen Ministeriums für Unterricht und Kultus, in dem er widerrechtlich seiner Lehrverpflichtungen an der Universität München entbunden wurde. Als einziger Grund war angegeben: seine Mitgliedschaft in der DKP.¹⁸ Damit fand ein Kesseltreiben seinen vorläufigen Abschluß, das schon seit Jahren gegen Holzer inszeniert wurde.¹⁹ Und Holzer ist kein Einzelfall! Er ist nur ein Beispiel in der langen Kette der seit 1969 ausgesprochenen Berufsverbote, die sich vor allem gegen Angehörige des Schul- und Hochschulbereichs richten, die aber auch viele andere, Juristen, Ärzte, Theologen, Journalisten sowie Arbeiter und Betriebsjugendvertreter, treffen.²⁰

Anhand dieser Praxis wird im Grunde nur das bestätigt, was Holzer in seiner Arbeit ausgeführt und nachgewiesen hat: daß an die Organisationsprinzipien der kapitalistischen Gesellschaft nicht gerührt werden darf, daß eine politische Opposition auf harmlose Kritik bzw. Formulierung von Präventivmaßnahmen zur Erhaltung der ökonomischen und politischen Stabilität des herrschenden Systems reduziert werden soll, daß das, was eigentlich demokratische Willensbildung im Kapitalismus nur heißen kann, nämlich konsequente Auseinandersetzung gesellschaftlicher Klassen über Sinn und Zweck gegebener institutioneller Bedingungen und deren Weiterentwicklung, von seiten der herrschenden Klasse als überflüssig empfunden und als dysfunktional - stärkend und gefährlich - betrachtet wird (S. 107).

17 Hier sei vor allem verwiesen auf Holzer, Horst, Illustrierte und Gesellschaft. Zum politischen Gehalt von "Quick", "Revue" und "Stern", Freiburg i. Br. 1967; derselbe, Massenkommunikation und Demokratie in der Bundesrepublik, Opladen 1969; derselbe, Kommunikationssoziologie, Reinbek 1973; derselbe, Kinder und Fernsehen. Materialien zu einem öffentlich-rechtlichen Dressurakt, München 1974.

18 Vgl. dazu das Faksimile des Schreibens des Bayerischen Ministeriums für Unterricht und Kultus v. 11. 4. 1974 und weitere Angaben über das Kesseltreiben gegen Holzer bei Stillmann, Günter / Moll, Jochen, a. a. O.

19 Siehe dazu die Haltung der Universitäten in Bremen (1971) und Oldenburg (1972) und der Pädagogischen Hochschule in Westberlin (1973), wiedergegeben in: Der Kampf gegen das Berufsverbot. Dokumentation der Fälle und des Widerstands, hg. v. Horst Bethge u. Erich Roßmann, Köln 1973, S. 140, 284 f., 294.

20 Reiches dokumentarisches Material zur Berufsverbotspraxis findet sich ebenda, S. 279 ff.

Ein aktuelles Buch also? Mehr noch, ein Buch von wissenschaftlichem Rang, dessen Autor durch die politische Reaktion in der BRD bescheinigt wurde, wie tief der Wahrheitsgehalt seiner Aussagen ist. Doch die gegen Buch und Autor gerichteten Maßnahmen werden die Diskussion über die Rolle der Massenmedien im staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Aufgabe bei der Entwicklung einer realen Demokratie nicht unterbinden können, sondern im Gegenteil noch stärker in das Blickfeld der Öffentlichkeit rücken.

EINE NEUE DARSTELLUNG DER GESCHICHTE DER GRIECHISCHEN POLIS

Hellenische Poleis. Krise - Wandlung - Wirkung, Bd. 1 - 4

hg. v. Elisabeth Charlotte Welskopf

Akademie-Verlag, Berlin 1974, 2296 Seiten, mehrere Phototafeln,
Preis 240,- M

von Jan Pečírka

"In der vorliegenden gemeinschaftlichen Arbeit vieler Autoren wird ein in der modernen Forschung nach Inhalt und Form neuer Versuch der Analyse und Darstellung griechischer Geschichte gemacht. Die Beschränkung auf einen relativ kurzen Zeitraum der Krise und Wandlung macht die Spezialuntersuchung der Entwicklung auf nahezu allen Gebieten menschlicher Tätigkeit und zugleich für die Siedlungsgruppen hellenischer Poleis von Nordkaukasien bis Spanien möglich."

Der in diesen Einleitungssätzen des Vorworts (Bd. 1, S. IX)¹ von der Herausgeberin vorgefaßte Plan ist auf den mehr als zweitausend Seiten des besprochenen Werkes erfüllt worden; sechzig Autoren aus vierzehn Ländern zählen zu den Mitarbeitern. Chronologisch konzentrieren sich nach Absicht der Herausgeberin die meisten Beiträge auf das ausgehende 5. Jahrhundert und das 4. Jahrhundert v. u. Z. Diese zeitliche Begrenzung wird jedoch zweifellos zu Recht nicht streng eingehalten, denn die chronologischen und Periodisierungsgrenzsteine unterscheiden sich insbesondere am westlichen und östlichen (Schwarzmeer-) Rand der griechischen Oikumene von denen im Balkanischen Griechenland. So sind zum Beispiel für die Poleis dieser Randgebiete nicht Philipps oder Alexanders von Makedonien Eingriffe von entscheidender Bedeutung, sondern die Entwicklung und Bewegungen der "barbarischen" Nachbarstämme sowie im Westen später Roms.

Die sachlichen, faktischen und territorialen Ausmaße des Werkes zwingen mich zur Auswahl. Es wäre auch nicht angängig, annähernd siebenzig Studien einfach zu resümieren, Studien, deren Umfang sich von einigen wenigen Seiten bis zu kleinen Monographien von hundert und ausnahmsweise auch über zweihundert Seiten bewegt und deren Charakter sehr verschiedenartig ist: Von analytischen Studien über narrative Beiträge und Übersichten reicht er bis zur monographischen Bearbeitung oder Zusammenfassung eines bestimmten Problems, bis zur Geschichte einer bestimmten Polis oder eines bestimmten Gebietes. Meine der Thematik dieses Jahrbuches angepaßte Auswahl führt - entgegen dem Anliegen der Herausgeberin - zu einer gewissen Störung der Einheitlichkeit des Werkes. Die Beschränkung auf das genau definierte - ökonomische - Gebiet ermöglicht jedoch andererseits, einem zweiten Anliegen der Herausgeberin nachzukommen, nämlich, den

1 Alle Seitenangaben im Text beziehen sich auf das hier besprochene, durchlaufend nummerierte vierbändige Werk,

geographisch weit ausholenden Griff des Werkes für "die Entdeckung von Analogien und Differenzierungen, wesentlichen Zusammenhängen und Zufälligkeiten" (S. IX) intensiver auszunutzen, Vorerst aber ist vonnöten, wenigstens eine knappe Inhaltsübersicht des ganzen Werkes vorzulegen.

Hauptanliegen des Werkes ist, wie bereits angeführt, eine allseitige Untersuchung jener Phase der griechischen Geschichte, die gemeinhin Krisenperiode der Polis genannt wird. Die Einleitung besteht aus zwei Abhandlungen, die sich auf den Peloponnesischen Krieg beziehen, Titel und Inhalt der ersteren, von Elisabeth Charlotte Welskopf verfaßten, begründet programmatisch die Wahl der oberen zeitlichen Grenze des Werkes: "Der erste Peloponnesische (Archidamische) Krieg und der Nikiasfrieden als Abschluß einer Periode. Offene Probleme" (Bd. 1, S. 1 - 4). Die Verfasserin sieht, und meines Erachtens zu Recht, die allgemeinen Ursachen des Peloponnesischen Krieges in der Unfähigkeit der alten "Vormacht Sparta mit ihrem Verbündeten Korinth" und des "neuen hegemon Athen", einen dauernden, tragfähigen Zustand des friedlichen Nebeneinanders zu verwirklichen (S. 1). Der Nikiasfrieden nach den ersten zehn Jahren des Krieges stellt den Abschluß einer Epoche und zugleich den Beginn einer neuen Epoche vor: "Ein 'Unentschieden' von 50 Jahren ist durch das erste Kriegsjahrzehnt bestätigt worden, in dem die Kämpfe ... nicht als Vernichtungskrieg, sondern als Balancekampf geführt worden waren" (S. 2). Doch die "offenen Probleme" dauerten an und führten zur Fortsetzung des Krieges, in dessen Verlauf Krisenzeichen zutage traten: "Die realen Schwierigkeiten der Sklavenhaltung wuchsen", "die Klassenkämpfe der Bürger verschärften sich" (S. 4). Das Scheitern des Nikiasfriedens bewies endgültig, daß "das Unentschieden", daß ein Gleichgewicht beider Machtgruppen nicht tragbar war.

Es begann der langdauernde Kampf um die Vorherrschaft in Griechenland. Einige seiner Formen sind bereits in der kurzen Periode von 421 bis 415 angedeutet; mit deren "Politischen Bewegungen und Tendenzen" befaßt sich in der zweiten Abhandlung der Einleitung Charles D. Hamilton (Bd. 1, S. 5 - 24). Er stellt "das Anwachsen von Parteikämpfen in vielen Städten" fest, ferner eine Tendenz der großen Poleis zur Ignorierung der Interessen der kleinen, einen "merklichen Anstieg von Intrigen, Perfidie und Täuschungsmanövern" sowie die ersten Anzeichen einer durch Spartas Ignorierung der Interessen mehrerer bedeutender Verbündeten hervorgerufene Zersplitterung der peloponnesischen Liga. (Hier würde ich - stärker, als es Hamilton tut - die Bedeutung des von den Griechen selbst herbeigerufenen oder zumindest von ihnen beschleunigten persischen Eingriffes hervorheben.) Die Versuche einer Bildung kleinerer Machtgruppen mit abgegrenzten Einflußsphären schufen die Vorbedingungen zu ständigen Konflikten und häufigem Parteiwechsel in den Kämpfen um die Hegemonie, die letztlich jeden erfolgreichen Widerstand gegen Makedonien verhindern mußten (S. 21 f.).

Eine andere wichtige politische Tendenz der Jahre nach dem Nikiasfrieden - und hier greifen wir bereits nach dem nächsten Teil des ersten Bandes - untersucht Eduard D. Frolov in seinem umfangreichen monographischen Beitrag "Tyrannis und Monarchie im Balkanischen Griechenland" (Bd. 1, S. 231 - 459). Wir wollen uns mit der kurzen Inhaltsangabe begnügen: "Tendenzen zur Tyrannis in Athen und Sparta am Ausgang des 5. Jahrhunderts v. u. Z." (Alkibiades, die Vierhundert, die Dreißig, Lysander, Klearchos), die Tyrannis in Thessalien, Phokis und Peloponnes. Der nächste Teil von Frolovs Beitrag ist der Behandlung der unteruchten Frage in der politischen Publizistik des 4. Jahrhunderts (Isokrates, Xenophon) gewidmet, der dritte dem Kongreß von Korinth im Jahre 338/337, in welchem der Verfasser mit Recht einen politischen Akt sieht, der Philipps faktischen

Sieg nur legalisieren sollte (S. 453). Der Kongreß von Korinth "gehört weniger in die Geschichte der eigentlich hellenischen, als vielmehr in die Geschichte der makedonischen Großmachtspolitik" (S. 454). Seine Klauseln drücken vor allem makedonische Interessen aus: Diesen werden auch die Beschlüsse über den inneren Frieden der griechischen Poleis untergeordnet. "Die Beachtung der Interessen der wohlhabenden Schichten Griechenlands konnte hier politisch nur eine Nebenrolle spielen, sie war Mittel zum Zweck" (S. 453).

Der Peloponnesische Krieg auf der einen und der makedonische Sieg auf der anderen Seite bilden den chronologischen Grundrahmen für die übrigen Beiträge des ersten Bandes. Sie sind in dem Untertitel "Klassen, Verfassungen, Bündnissysteme" zusammengefaßt und beziehen sich mit Ausnahme von Frolovs Monographie und eines Beitrages zur Geschichte Spartas (G. Bockisch) auf die Geschichte Athens. Sie behandeln Sklavenhaltung und arbeitende Freie, Fragen der Landwirtschaft und des Grundeigentums, der Liturgien, des Außenhandels, der Entwicklung der Banken und des Geldumlaufs. Auf alle diese Fragen soll in dieser Besprechung noch genauer eingegangen werden. Der Rest des Bandes besteht aus Abhandlungen über die Verfassungsgeschichte Athens (Reinhard Koerner), über politische Prozesse (Claude Mossé) und den Zweiten Attischen Seebund (Hans-Dieter Zimmermann).

Im zweiten Band - Untertitel "Hellenisierung, Hellenen und Barbaren" - erweitert sich unser Blickfeld über das Gebiet des Balkanischen Griechenlands hinaus; den Entwicklungsformen der Poleis im Balkanischen Griechenland wird die Entwicklung der übrigen Teile der griechischen Welt gegenübergestellt, wobei aus bereits erwähnten Gründen der chronologische Grundrahmen des Werkes in beiden Richtungen des öfteren überschritten wird. Fünf Studien beziehen sich auf die "Poleis in den Schwarzmeergebieten" (Dimitrij Pavlovič Kallistov, Julia Kruškol, Alexandra Ștefan, Vladimir Iiescu), sieben auf die "Poleis am Westbecken des Mittelmeeres" einschließlich der Beziehungen zwischen Griechen und Etruskern bzw. Puniern (Eugenio Manni, Franco Sartori, Franco Ghinatti, Mario Torelli, István Hahn, Monique Clavel-Lévêque, Alberto Balil), fünf Abhandlungen gelten den "Poleis am Ostbecken des Mittelmeeres" einschließlich des hellenistischen Ostens (Velizar Velkov, Alexandre Fol, Dolores Hegyi, Joachim Oelsner, Heinz Kreifig), und eine weitere Studie ist den Griechen in Indien gewidmet (Walter Ruben). Auch auf einige dieser Untersuchungen wollen wir später zurückkommen.

Ein wichtiger, sämtlichen Studien dieses Bandes gemeinsamer Charakterzug ist die systematische Untersuchung der Griechen, und zwar nicht isoliert, sondern im Kontext der Lokalgemeinschaft, der Wechselwirkung zwischen Griechen und nicht-griechischer Ortsbewohnerschaft: Die ökonomische und allgemein zivilisatorische Entwicklung dieser örtlichen Bevölkerung ist von großer - ja zuweilen entscheidender - Bedeutung für die Geschichte der griechischen Poleis in jenen Gebieten.

Die dreiundzwanzig Beiträge des dritten Bandes umfassen das sehr ausgedehnte Gebiet der kulturellen und ideologischen Sphäre, das der Untertitel "Soziologische Probleme, Religion und Aufklärung, Theater, Literatur, Kunst, Musik, Sport, Mode" charakterisiert. Der vierte Band schließlich, auf dessen Studien wir ebenfalls vereinzelt zurückkommen werden und dessen Inhalt der Untertitel "Technik, Fachwissenschaften, Philosophie" zusammenfaßt, bringt Beiträge zur Geschichte der Technik (Helmut Wilsdorf), der chemischen Theorie (Wilhelm Strube, Irene Strube), der Medizin (Jutta Kollesch), Mathematik (Hans Wußing), zur Geschichte der Steinschrift (Eberhard Erxleben), ferner Betrachtungen über Philosophenpersönlichkeiten und -schulen (Welskopf, Ekkehard Schwarzkopf, Marie Simon), darunter zwei zu den Anschauungen des Aristoteles über die Poleis (Aristid Dovatur,

Olaf Gigon) und eine zu den ökonomischen Ansichten der Theoretiker des 4. Jahrhunderts v. u. Z. (Peter Musiolek). Der Band - und das ganze Werk - schließen mit einer Abhandlung der Herausgeberin, betitelt "Soziale Gruppen- und Typenbegriffe. Klasse, Stand, Schicht, Privatmann, Individualität. - Hellenen und Barbaren, Polis und Territorialstaat", in der gewisse Ergebnisse des Gesamtwerkes zusammengefaßt werden.

Der vierte Band enthält auch ein umfassendes Register (S. 2181 - 2296): fast neunzig Seiten "Wichtige Stichwörter", ferner je ein Verzeichnis der Personennamen und der geographischen Begriffe. Das Register erleichtert sehr zweckvoll die Orientierung im ganzen umfangreichen und reichgegliederten Werk und erfüllt damit die ihm in der Einleitung von der Herausgeberin gestellte Aufgabe (S. X), nämlich, dem Leser behilflich zu sein, "die Beziehungen nach den verschiedensten Richtungen hin aufzuspüren".

Nun wollen wir zu dem Komplex derjenigen Abhandlungen zurückkehren, die sich speziell mit der Wirtschaftsthematik und -entwicklung befassen. Hier gilt es, für die untersuchte Periode den Charakter der ökonomischen Entwicklung zu analysieren und so deren Anteil an der Krise der Polis festzustellen. Um dem Leser die Orientierung zu erleichtern, will ich versuchen, meinen eigenen Standpunkt bei der Beurteilung des Problems "Krise der Polis", das das Leitmotiv des überwiegenden Großteils aller Studien des besprochenen Werkes bildet, möglichst knapp darzulegen.²

Meiner Meinung nach ist es notwendig, den sehr allgemeinen und letzten Endes sehr unbestimmten Begriff der "Krise der griechischen Polis" zu konkretisieren und gleichzeitig in zwei Richtungen zu differenzieren. Erstens muß die Individualentwicklung sowohl der verschiedenen griechisch besiedelten Gebiete als auch die der einzelnen Poleis, besser gesagt der Poleis von verschiedenem Typus, ins Auge gefaßt werden. So ist für das Balkanische Griechenland die Entwicklung in Athen von der in den übrigen Staaten scharf zu unterscheiden. In anderem Zusammenhang ist Frolov in seinem bereits zitierten Beitrag zur späten Tyrannis (Bd. 1, S. 398) zu Folgerungen gelangt, die in dieselbe Richtung weisen: "Den führenden hellenischen Poleis - Athen, Sparta, Theben und Korinth - ist es allerdings gelungen, in dieser Periode jede länger währende tyrannis zu vermeiden. In den übrigen Gebieten und Städten aber, wo Polis und Republik weniger entwickelt, demokratia oder oligarchia weniger verfestigt waren, kam es relativ häufig zu tyrannischer Herrschaft. Diese Entwicklung zeugt von einer größeren "Stabilität" der Hegemonialmächte, die zweifellos mit deren Vormachtstreben und - zumindest im Fall Athen - mit der ökonomischen Ausbeutung der in ihre Machtsphäre fallenden Poleis in Zusammenhang steht.

Zweitens muß zwischen der Wirtschaftskrise und der Krise derjenigen politischen (bzw. politischen und sozialen) Struktur unterschieden werden, die sich in Griechenland aus der relativ primitiven Agrargesellschaft der archaischen Periode entwickelte und die die Griechen Polis nannten. Ich zitiere aus Gert Audrings Beitrag (S. 128 f.): "Wegen des unterschiedlichen historischen Entwicklungstempos und des jeweils besonderen Zusammenwirkens der an der Entwicklung beteiligten

² Vgl. Pečírka, Jan, The Crisis of the Athenian Polis in the Fourth Century B. C., Referat für den XIV. Internationalen Historikerkongreß, San Francisco 1975, erscheint vollständig in: EIRENE, Nr. 14/1976.

gesellschaftlichen Größen und Faktoren ist eine klare Unterscheidung zwischen der politischen Krise und den neuen ökonomischen Entwicklungstendenzen im Rahmen der Polis nötig, auch wenn letztlich beide Seiten im lebendigen Geschichtsprozeß einander durchdringen." (Hervorhebung von mir - J. P.) Da man die Beziehung zwischen politischer und ökonomischer Sphäre in der Vergangenheit oft sehr vereinfacht, als eine Art bloßer Parallelbewegung dargestellt hat, wurde aus einer politischen (bzw. politischen und sozialen) Krise auf eine ihr zugrunde liegende Wirtschaftskrise geschlossen. Tatsächlich ist aber meines Erachtens im Gegenteil die Krise der athenischen Polis durch eine Wirtschaftsentwicklung bewirkt worden, die insbesondere dank dem Bestehen des athenischen Seereiches vom 5. Jahrhundert an über den Rahmen der Polis hinausführte und mit deren Geschlossenheit und statusgebundener sozialer Struktur kollidierte. Eine wichtige Rolle spielte dabei das Anwachsen der Warenproduktion und der Geldwirtschaft, auch wenn - gemessen am Maßstab der kapitalistischen Entwicklung - beide im primitiven Stadium verblieben.³ Wir wollen also im weiteren die Entwicklungstendenzen auf den einzelnen Gebieten des Wirtschaftslebens der griechischen Poleis und vor allem Athens verfolgen - letzterem sind auch die meisten Wirtschaftsfragen behandelnden Studien des besprochenen Werkes gewidmet.

Doch müssen wir zuvor noch eine interessante Anregung erwähnen, die im Zusammenhang mit der eben dargelegten Ansicht zur Krise der athenischen Polis für das Verständnis der spezifischen Entwicklung der Hegemonialmacht Athen im 4. Jahrhundert v. u. Z. von Wichtigkeit ist. Wir finden sie in der Abhandlung von Mossé "Die politischen Prozesse und die Krise der athenischen Demokratie" (Bd. 1, S. 160 - 187) sowie in der schon erwähnten abschließenden Studie der Herausgeberin. In ihren Ausführungen über den athenischen Demos stellt Welskopf in Band 4 auf Seite 2147 fest, daß nicht einmal "innerhalb der weniger bemittelten Schichten des Demos" eine "Einheitlichkeit ökonomischer, politischer und militärischer Funktionen, Interessen und Stellungnahmen" bestand. "Ein Teil des Demos, die Bauern, blieb durch Grundeigentum und Wirtschaftsweise vornehmlich im Kreis der oikonomiké, ein anderer Teil wurde, vor allem in der Stadt, in Ware-Geld-Verhältnisse, in Handel und Flottendienst hineingerissen." Und fügen wir noch hinzu, daß sich, während die oikonomiké dank dem Bodenbesitzmonopol vollständig in den Händen der Bürger verblieb, in zunehmendem Maße Nichtbürger - Metoiken und Fremde - an der chrematistiké beteiligten (vgl. Welskopf, Bd. 4, S. 2148). So hat die Herausgeberin auf eine mehr allgemeine, theoretische Ebene die Schlußfolgerungen von Mossé gehoben, die in ihrem Beitrag versucht, die tieferen Ursachen der politischen Gerichtsprozesse im Athen des 4. Jahrhunderts aufzuspüren und zu ermitteln, was für Konflikte auf diese Weise ausgetragen wurden. Sie kommt zu dem Schluß, daß die Erinnerung an den Kampf der Demokratie mit der Oligarchie im ausgehenden 5. Jahrhundert nur zu Beginn des 4. Jahrhunderts noch lebendig war. "Im 4. Jahrhundert gab es in Athen keine oligarchische 'Partei' mehr, und die Ursache für den Zusammenstoß von politischen Gegnern war jedenfalls nicht mehr das Problem der politeía" (Bd. 1, S. 172). Die in Athen bestehende Regierungsordnung wurde von allen Teilnehmern des politischen Lebens anerkannt ("und nur in den philosophischen Schulen oder in bestimmten rhetorischen

3 Vgl. dazu insbes. den Beitrag Musiolk, Peter, Ökonomische Überlegungen der Philosophen und Publizisten im 4. Jahrhundert, im besprochenen Werk, Bd. 4, S. 1910 - 1926, sowie die in derselbe, Probleme und Tendenzen der Warenproduktion in der Athenischen Polis ..., phil. Diss. Humboldt-Universität, Berlin 1972, S. 20 ff., gesammelten Aussprüche von Marx und Engels.

Schriften fuhr man fort, die Souveränität des Demos zu rechtfertigen oder zu kritisieren¹⁾). Der politische Streit, der Athens öffentliche Meinung entzweite, stammte aus einem anderen Gebiet: Es war die Haltung zur athenischen Hegemonie und zu den aus dieser hervorgehenden Beziehungen zu den übrigen Hegemonialmächten - zu Sparta, Theben und dem König von Persien. Da standen einerseits die Verfechter der Hegemonie Athens im Ägäischen Meer (die "die einzige Garantie für sein inneres Gleichgewicht" vorstellte) und andererseits die Vertreter einer vorsichtigen, zurückhaltenden Außenpolitik, die nicht den Unwillen der übrigen Hegemonialmächte hervorrufen sollte, einander gegenüber. "Schematisch ausgedrückt, kann man sagen, daß die erste Richtung sich auf die Masse des städtischen Demos stützte, auf alle diejenigen, die von Einkommen profitierten, die aus der arché flossen. während die zweite die Bauern hinter sich hatte, die des Krieges und der Zerstörung müde waren, sowie die Mehrheit der Besitzenden, der Reichen, auf denen das Gewicht der eisphoraí und der trierarchía ruhte" (S. 172). Ich kann hier Mossés Ausführungen nicht in Einzelheiten nachgehen und aufzeigen, wie sie die einzelnen politischen Gerichtsprozesse des 4. Jahrhunderts nach diesem Leitsatz interpretiert. Hervorheben möchte ich nur die prinzipielle Bedeutung ihrer Auffassung der politischen Kämpfe im damaligen Athen (wobei sie unter anderem an Raphael Sealey und Chiara Pecorella Longo anknüpft). Für die Herausbildung der politischen "Linien" der einzelnen Gruppen (Mossé spricht, meines Erachtens absolut zu Recht, von "Parteiungen", nicht von "Parteien") waren nicht soziale Probleme, wie zum Beispiel der Gegensatz zwischen arm und reich, unmittelbar entscheidend, sondern der Meinungsstreit um die Grundrichtung der athenischen Außenpolitik. Hinter diesem stehen freilich die grundlegenden Lebensinteressen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen Athens, wie dies übrigens schon im Streit um Krieg oder Frieden während der ersten Phase des Peloponnesischen Krieges zum Ausdruck gekommen war. Nur für den kurzen Zeitabschnitt zwischen dem Zerfall des zweiten athenischen Seebundes und dem Konflikt mit Philipp, da der Stand der staatlichen Finanzen Athens Hauptproblem bildete, deutet Mossé den politischen Kampf in Athen als Auseinandersetzung zwischen denjenigen, die, von den Armen unterstützt, die Finanzlage auf Kosten der Reichen bessern wollten, und den "Wortführern der Besitzenden", die die Einkünfte der Polis mit "wirkungsvolleren und auf jeden Fall zeitgemäßerem Mitteln" heben wollten, wie dies zum Beispiel Eubulos anstrebte (S. 178).

Von Wilsdorfs drei Beiträgen, die unter dem Titel "Technik und Arbeitsorganisation" (Bd. 4, S. 1727 - 1821) zusammengefaßt sind, bringt der erste den griechischen Text (der schwerste der wenigen Druckfehler ist in Kapitel 10 auf Seite 1732 unterlaufen, wo nach den Worten toú mesou eine ganze Zeile fehlt), ferner die Übersetzung und Deutung von einigen Kapiteln der im aristotelischen Corpus überlieferten, doch nicht von ihm stammenden Schrift Mechaniká. Der wenig bekannte und technisch sehr interessante Text (unter anderem über Zahnradübersetzungen, Mastbaumhöhe, Ziehbrunnen) ist von aufschlußreichen Zeichnungen begleitet; bei der Zeichnung des Nußknackers auf Seite 1735 fehlt eine Erklärung der Unterschiedlichkeit der Buchstabenzeichen im griechischen und im deutschen Text.

Wilsdorfs dritte Abhandlung, "Technische Neuerungen in der Phase des Niedergangs der Polis" (mit 23 Bildern), bespricht nacheinander Landwirtschaft und Gartenbau, Bauwesen, Schiffbau und Seewesen, Kriegstechnik und neue Waffen, "kleine Erfindungen und große Techniker", Medizintechnik und Sprache der Technik. Er legt eine ganze Reihe interessanter Details vor, neben bekannten Schlußfolgerungen, daß nur gelegentliche Neuerungen in der Agrartechnik, dagegen aber be-

deutende Neuerungen im Schiffbau (Tertieren und Penteren) und in der Kriegstechnik vorkamen; die letzteren führen uns indes bereits aus der Welt der Polis in hellenistische Machtgebilde. In seiner allgemeinen Einleitung über die Beziehung der Entwicklung der Technik zu der der Polis ist meines Erachtens Wilsdorfs Blick durch seine lineare Postulierung der Krise getrübt bzw. durch seine Bemühung zu erklären, warum "in den Einzelbeispielen ... sich Fortschritte ebenso spiegeln wie Stagnation" (S. 1787), warum also das Bild nicht eindeutig schwarzgefärbt ist. Auch dünkt es mir etwas eigentümlich, wenn man (S. 1789) die Entwicklung des technischen Schrifttums mit - der Krise der Polis erklären will: "Ursache eines solchen kann ja sehr leicht eine Anweisung sein, wie drückend gewordenem Mangel abgeholfen werden könnte. Die schriftliche Fixierung von technischen Errungenschaften muß keineswegs aus der Fülle resultieren, sondern kann gerade in der Notzeit begründet sein" (S. 1789). Das ist in Einzelfällen sicher möglich, doch grundsätzlich steht die Entfaltung des technischen Schrifttums vor allem mit der Gesamtentwicklung des wissenschaftlichen, theoretischen Schrifttums, das sich in der untersuchten Periode vor allem an Aristoteles und dessen Schule knüpft, in Zusammenhang.

Wilsdorfs interessantester Beitrag ist sein zweiter, "Technik und Arbeitsorganisation im Montanwesen während der Niedergangsphase der Polis" (mit 37 Abbildungen), der in knapper Form die Förderung bzw. Produktion von Eisen und Stahl, Kupfer, Zinn und Zink, vor allem aber die Silbergewinnung im Bergrevier von Laureion in Attika behandelt und eine Fülle lehrreicher technischer Details sowie eine Übersichtsliste der "Bergbauereignisse in Laureion" von 413 bis 307/306 vorlegt. Die Studie gibt eine sehr anschauliche Vorstellung von der Förderungstechnik und der größtenteils durch Sklaven verrichteten Bergarbeit im Laureion des 4. Jahrhunderts. Abschließend wird in der Studie Philipps II. die Reorganisation der Goldgewinnung im Pangaion-Gebirge erwähnt. Hier sowie in den Ausführungen über Laureion findet der Leser mehrere anregende Gedanken über die von den Althistorikern oft vernachlässigte Bedeutung des Geldes und damit der Edelmetallförderung für die Kriegführung. Wichtig für unser Hauptanliegen ist Wilsdorfs Schlußfolgerung, um so wichtiger, als sie von einem Autor stammt, der eine Allgemeinkrise postuliert (S. 1773): "Immerhin scheint die begründete Aussicht auf erheblich höheren Gewinn dann im Verlauf des 4. Jahrhunderts das technische Hilfsmittel im Bergrevier von Laureion zu einer begrenzten Entwicklung einiger Formen gebracht zu haben."

Die neuen Ausgrabungen in Attika erweitern Wilsdorfs Thema um einige interessante Erkenntnisse. Erst nach Beendigung der Niederschrift der besprochenen Arbeit ist ein zusammenfassender Bericht über die Ausgrabungen eines Landgutes in Vari veröffentlicht worden, der unter anderem instruktive technische Details über die Bienenzucht bringt.⁴ Dagegen vermisste ich in der Abhandlung über Montanwesen eine Erwähnung der wichtigen Studie Hoppers'⁵ ebenso wie der neuen belgischen Ausgrabungen im Bergwerksgebiet in Thorikos (seit 1967). In den Ausgrabungsberichten⁶ sind neue Informationen nicht nur über die Silbergewin-

4 Vgl. Jones, John Ellis / Graham, Alexander John / Sackett, L. Hugh, An Attic Country House below the Cave of Pan at Vari, in: British School of Athens (im folgenden: BSA), Nr. 68, 1973, S. 355 - 452; Graham, Alexander John, Beehives from Ancient Greece, in: Bee World, Nr. 56, 1975, S. 64 - 75.

5 Hoppers, Robert J., The Laurion Mines: A Reconsideration, in: BSA, Nr. 63, 1968, S. 293 - 326.

6 Thorikos, Bruxelles 1967 ff. - Vorläufig sind von diesen Ausgrabungsberichten 7 Bde. erschienen.

nung und -bearbeitung, sondern auch über das Leben in einem der Gebietszentren, in der Siedlung Thorikos, enthalten.

Der Landwirtschaft sind drei insgesamt gewichtige Beiträge gewidmet. Gert Audring schreibt "Über Grundeigentum und Landwirtschaft in der Krise der athenischen Polis" (Bd. 1, S. 108 - 131), Alexandra Stefan über "Die Getreidekrisen in den Städten an den westlichen und nördlichen Küsten des Pontos Euxeinos in der hellenistischen Zeit" (Bd. 2, S. 648 - 663), und Franco Ghinatti über "Einige Spezialprobleme der Landwirtschaft in Magna Graecia" (Bd. 2, S. 774 - 822).

Audring, dessen Ansicht über die Notwendigkeit einer Unterscheidung zwischen politischer Krise und ökonomischer Entwicklung ich oben zitiert habe, beschreibt in den Einführungsseiten seiner Abhandlung den Stand der attischen Landwirtschaft zu Beginn und im Verlaufe des Peloponnesischen Krieges. Den Kern seiner Ausführungen bildet (Bd. 1, S. 113 ff.) eine Analyse der ökonomischen Entwicklungstendenzen der bäuerlichen Kleinbetriebe auf der einen und des Großgrundeigentums auf der anderen Seite sowie eine Untersuchung des Einflusses dieser Entwicklungstendenzen auf die soziale Stellung und politische Haltung der mit dem Grundeigentum verknüpften Schichten. Er geht dabei von dem Gedanken aus, daß die Politik und Militärtaktik des Perikles zu Beginn des Peloponnesischen Krieges bedeuten: "Attika war als politisches Reservoir und als Versorgungsgrundlage für Athen zweitrangig geworden", und er betont auch für das 4. Jahrhundert "das zunehmende Zurückbleiben der Landwirtschaft hinter dem Aufblühen des Athener Handels und Gewerbes". Diese ungleichmäßige Entwicklung äußerte sich in politischen Differenzen zwischen den Bürgern von Athen (vgl. dazu die bereits erwähnte Studie Mossés). Audring stimmt der heute schon von vielen Forschern (zum Beispiel Vladimir Nikolaevic Andreev, Moses I. Finley) vertretenen Ansicht bei, daß weder von einer Landflucht ruinierter Kleinbauern im Attika des 4. Jahrhunderts noch einer Konzentration von Grundbesitz größeren Ausmaßes die Rede sein kann. Seine Analyse der Literaturquellen über bäuerliche Kleinbetriebe und größere Gutsbetriebe (hier vor allem Xenophons Oikonomikos) führt ihn zu dem Ergebnis: "Im ökonomischen Bereich vollzieht sich die Entwicklung der Landwirtschaft sehr langsam, verglichen mit dem Entwicklungstempo der an die Stadt gebundenen Ökonomie. Alle Neuerungen im agrarischen Bereich erscheinen letztlich als Folge von Fortschritten, die die landbeherrschende Stadt macht ... Damit erscheint der agrarische Bereich im Grunde genommen als im Nachtrab befindlich." Er besaß keine Voraussetzungen für neue Entwicklungsrichtungen (Bd. 1, S. 129). Aus dieser relativen Deklassierung der Landwirtschaft geht hervor, daß der Kleinbauer, "der einst am Aufstieg der Polis mitmachte", sich jedoch im 4. Jahrhundert nicht selten "am Rande des gewiß sehr niedrigen Existenzminimums" (S. 115) bewegte und zur Rückständigkeit verurteilt war (vgl. den bekannten Typus des grobschlächtigen agroikós in der Literatur) und nicht nur das Interesse am politischen Geschehen, sondern auch die Fähigkeit, dieses zu verstehen, eingebüßt hat. Ganz ähnlich ist dann das Hauptanliegen des begüterten Landmanns nicht mehr die Stützung der Polis, sondern der Schutz des eigenen Besitzes. "Damit schied ein wesentlicher Teil der Athener Bürgerschaft aus dem Entwicklungsprozeß der Polisdemokratie aus, die folglich neue Charakterzüge annahm." (S. 129)

In Audrings Sicht ist somit die politische Krise Athens im 4. Jahrhundert durch keine ökonomische Krise bewirkt worden ("eine akute Zuspitzung der Widersprüche im Gefüge der Athener Gesellschaft fehlte", bemerkt Audring in der Untersuchung der Lage der Kleinbauern auf Seite 118), sondern, wenn ich des Verfassers Schlüsse wiedergeben darf, durch die "übermäßige" Entwicklung der mit den Ware-Geld-Beziehungen verknüpften Wirtschaftszweige auf Kosten der mit dem Bo-

deneigentum verbundenen Gebiete, die die Grundlage der sozialen und politischen Form der Polis gebildet hatten und - zum Unterschied von den ersteren - auch im 4. Jahrhundert Alleindomäne der Bürger blieben.

Die Literaturquellen für die Geschichte der Landwirtschaft sind keineswegs zahlreich und überdies größtenteils auf Attika beschränkt. Die weitere Forschung wird nicht zuletzt auf eine Erweiterung der Quellenbasis um Inschriften und um die zunehmenden archäologischen Funde gerichtet sein müssen: Außerhalb des Gebietes von Attika sind wir fast ausschließlich auf diese angewiesen. Stefans Abhandlung gründet sich so vor allem auf der Deutung epigraphischer Quellen. Getreidekrisen sind auch aus dem Balkanischen Griechenland wohlbekannt, insbesondere in den dreißiger und zwanziger Jahren des 4. Jahrhunderts aus Athen. Ihre Ursache war sichtlich eine Störung des Gleichgewichts zwischen der eigenen landwirtschaftlichen Erzeugung Attikas und der durch die Kriegseignisse in der Ägäis sowie das Sinken der Vormacht Athens behinderten Einfuhr. Die Konfrontierung dieser Ursachen mit denjenigen der Getreidekrisen im nördlichen und westlichen Schwarzmeergebiet ist recht aufschlußreich. Stefans nicht viele Seiten umfassende, aber inhaltsreiche und konzentrierte Studie behandelt zuerst Chronologie, Umstände und Intensität der Krisen in einer ganzen Reihe pontischer Poleis (Histria, Byzantion, Olbia, Kyzikos, Sestos, Odessos, Apollonia, Herakleia, Kallatis, Messambria), hierauf die zu deren Milderung getroffenen Maßnahmen (Errichtung eines öffentlichen Versorgungsdienstes mittels Darlehen reicher Privatmänner zum Getreideankauf bzw. mittels billigen Getreideverkaufs an die Städte, wofür die Kaufleute öffentliche Ehrungen und Privilegien genossen), schließlich die Richtungen des Getreide i m p o r t s (!) nach den pontischen Poleis, der mitunter selbst aus dem Mittelmeerraum stammte.

Nach den zur Verfügung stehenden Quellen entstanden die Getreidekrisen in den pontischen Städten später als zum Beispiel in Attika, das heißt erst im 3. und 2. Jahrhundert v. u. Z. Ihre Ursache sowie die Gründe für die mit jenen Krisen einhergehenden Hungersnöte dürfen "weder in der begrenzten Produktivität der Landwirtschaft noch in den Störungen des Seehandels mit Getreide gesucht werden, sondern in der lokalen Zerrüttung der Getreideproduktion" (Bd. 1, S. 649). Diese wurde vom wachsenden Druck der Barbaren und deren zerstörerischen Einfällen in die Landwirtschaftsgebiete der Poleis ausgelöst. Belege dafür bilden einerseits die entsprechenden Klauseln in den Verträgen zwischen Poleis und Barbaren, andererseits die häufigen Fälle, in denen die Sicherheit für die Landwirtschaft von den Barbaren für Geld erkaufte wurde. Die Hauptursache der Krisen war somit die Unfähigkeit der Poleis, ihre Gebiete gegen äußere Feinde erfolgreich zu verteidigen.

Die ausführliche Studie Franco Ghinattis behandelt nacheinander die Landwirtschaft, ihre Voraussetzungen und Organisation in dem Gebiet von Sybaris, von Siris-Herakleia und von Metapontion (es ist bedauerlich, daß nicht einmal einfache Orientierungslandkarten beigelegt sind). Die systematisch und komplex durchgeführte Erforschung samt Luftaufnahmen und geographischer Untersuchung ermöglicht eine Rekonstruktion des antiken Klimas, der naturgegebenen Verhältnisse, der Wasserwirtschaft und des Verlaufs der Meeresküste in der Antike. Ähnlich wie bei den Ausgrabungen an der westlichen und nördlichen Schwarzmeerküste beschränken sich die archäologischen Untersuchungen und Ausgrabungen nicht auf die städtischen Zentren, sondern umfassen - zum Beispiel unter der Leitung von D. Adameşteanu in Metapontion - auch das weite Gebiet der landwirtschaftlichen chora, so daß eine Rekonstruktion der antiken Siedlungsstruktur möglich ist. Auf dem Gebiet von Sybaris hatte sie "den Charakter eines strahlenförmigen Maschen-

netzes, ... wobei die Dörfer sich längs der wichtigeren Verkehrslinien erstreckten". Im Territorium von Siris-Herakleia herrschte ein viereckiges Netzwerk vor; über die Tempelgrundstücke in jenem Gebiet, ihre Ausmaße und Ausstattung unterrichten uns die bekannten Tafeln von Herakleia (IG XIV 645), zu denen der Verfasser der Studie an einem anderen Ort einen umfassenden historischen Kommentar herausgegeben hat.⁷ Im Territorium von Metapontion wurde ebenfalls ein rechteckiges Grundstückssystem entdeckt, das durch Kanäle eines Meliorations(?) -systems zerteilt ist; auf mehreren dieser Grundstücke wurden Landgüter aus dem 6. bis 3. Jahrhundert v. u. Z. lokalisiert und in einigen Fällen auch archäologisch erschlossen. Zum Binnenland hin waren diese Territorien durch befestigte Stützpunkte gegen die einheimischen Völkerschaften geschützt, die die Griechen in das angrenzende Hügel- und Gebirgsgelände verdrängt hatten. Trotz der zahlreichen politischen und militärischen Zusammenstöße der in dem Gebiet zwischen Kroton und Taras liegenden Poleis konnte die gut organisierte Landwirtschaft, vor allem der Getreideanbau, aber auch Wein- und Olivenbau, gut gedeihen. Doch das "ausgewogene Verhältnis zwischen Stadtkern und Landgebiet, dessen Bevölkerung eine angemessen gegliederte Struktur hatte, ... hat sich ... infolge verschiedener Umstände sehr bald verschlechtert; zu ihnen gehören z. B. das Eindringen immer größerer Mengen von Nichtgriechen, der heftige Bürgerzwist, der Aufstieg der an den Rand verdrängten Völker, so daß die ursprüngliche Einheit schließlich geschwächt und zerstört wurde" (Bd. 2, S. 795 f.). Man hat es demnach mit einem Vorgang zu tun, der in vielem der Entwicklung der pontischen Poleis gleicht, zu dem aber hier noch die Verschlechterung der Umweltverhältnisse (unter anderem die Ausbreitung der Malaria) hinzutrat und dem dann die römische Besetzung und Kolonisierung ein Ende bereiteten; das bedeutete auch eine völlig neue Epoche für die Landwirtschaft (Latifundien).

Drei Beiträge sind speziell der Problematik der Sklaverei und freien Arbeit gewidmet: Iza Biezuńska-Małowist "Formen der Sklavenarbeit in der Krisenperiode Athens" (Bd. 1, S. 27 - 45), Welskopf "Gedanken und politische Entscheidungen der Zeitgenossen der Krisenperiode Athens über Charakter und Entwicklung der Sklaverei" mit "Zusammenfassende Bemerkungen" (Bd. 1, S. 46 - 91) und Zimmermann "Freie Arbeit, Preise und Löhne" (Bd. 1, S. 92 - 107).

Biezuńska-Małowist legt eine nützliche Übersicht (mit Bibliographie) des Standes der Erforschung der Sklaverei in der untersuchten Zeit, der Termini und Formen der Sklaverei, der Zahl und Beschäftigung der Sklaven vor und hebt dabei die Haussklaverei und die Sklaverei in der handwerklichen Produktion hervor, wo "wir an der Wende vom 5. zum 4. Jahrhundert und im 4. Jahrhundert auch gewisse spezifische Erscheinungen wahrnehmen" (Bd. 1, S. 33). Die Zahl der Haussklaven war in Attika im 4. Jahrhundert angestiegen, auch wenn sie stets weit hinter den römischen Ausmaßen blieb, und gerade jener enge tägliche Kontakt mit gewissen Haussklaven (wie zum Beispiel Erzieher, Kinderwärtnerinnen und Verwalter) führt dazu, daß man beginnt, "der Person des Sklaven eine gewisse Achtung entgegenzubringen" (S. 35); diese Haltung findet dann in den theoretischen Ansichten über die Sklaverei ihren Niederschlag. Sicherlich mit Recht schenkt die Verfasserin ihre besondere Aufmerksamkeit den "Sklaven, die nicht bei ihrem Eigentümer arbeiteten, sondern ihm nur Einkünfte brachten" (S. 36), das heißt einerseits denjenigen, die von ihren Herren vermietet wurden, andererseits denjenigen, die selbständig arbeiteten und ihrem Herrn bestimmte Abgaben von ih-

⁷ Uguzzoni, Arianna/Ghinatti, Franco, *Le tavole greche di Eraclea* (Die griechischen Tafeln von Herakleia), Rom 1968.

rem Verdienst leisteten; in diese zweite Kategorie gehörten auch jene Sklaven, die in den athenischen "Banken" höchste Vertrauensposten innehatten. Ohne sie eindeutig zu lösen, wirft hier die Verfasserin die wichtige Frage auf, ob diese Formen der Sklaverei eine Krise der Sklavenwirtschaft vorstellen, wie E. Cicotti und nach ihm viele Forscher annahmen. Wenn ich sie richtig verstehe, neigt die Verfasserin heute mehr zu der Ansicht, daß die Sklavenvermietung, die es auch in anderen Gebieten und zu anderen Zeiten gab, kein Ausdruck einer Krise sei, sondern "mit dem hohen Wert der Sklaven in Athen und dem Arbeitskräftemangel, der zum Teil mit der Abneigung der armen Freien gegen abhängige Arbeit, gegen Arbeit bei irgendeinem Arbeitsherrn" in Zusammenhang steht (S. 41).

Eine theoretische Verallgemeinerung dieser Entwicklung bietet Welskopf auf Seite 86, wo sie zeigt, daß diese Entwicklung mit der Intensivierung der Ware-Geld-Beziehungen zusammenhängt. Der Besitzer eines Mietsklaven wird auf diese Weise zum Rentner, im Fall der lohneinbringenden Sklaven wird der Sklave "in begrenzter Beziehung ökonomisch aus dem bloßen Objekt zum Subjekt; eine neue Form wirtschaftlicher Aktivität entsteht innerhalb des Sklavereiverhältnisses, dessen herkömmlicher Form widersprechend und die Entwicklung vorantreibend". So entsteht "die ökonomische Abhängigkeit des Eigentümers vom lohneinbringenden und vom geschäftsführenden Sklaven". Welskopfs Beitrag würde mit seiner Fülle von Material und Anregungen wohl eine selbständige Besprechung verdienen. Er führt freilich schon in eine außerökonomische, wenn auch mit der Ökonomik verbundene Sphäre und behandelt die Diskussion über die Sklaverei, die Ansichten zur Sklaverei von Homer bis zu den Theoretikern des 4. Jahrhunderts v. u. Z. und die daraus resultierenden Anweisungen, wie man die Sklaven behandeln soll, die Erwägungen antiker Autoren über die Möglichkeiten einer Verhinderung der Gefahr von Sklavenaufständen usw. Ich will jedoch wenigstens eine knappe Information über den Inhalt der Studie geben. Die behandelten Themen sind in drei Fragekreisen zusammengefaßt: "A. Probleme der Sklavenbeschaffung", "B. Probleme der Betriebs- und Haushaltsführung mit versklavten Arbeitskräften", "C. Theorie der Sklaverei als Polis-Institution und des Sklaven als sozialer und ökonomischer Erscheinung; Menschennatur des Sklaven". Die gesamte Problematik wird zuerst auf den Seiten 49 und 50 stichwortartig resümiert, hierauf ausführlich analysiert. Dabei geht es der Verfasserin vor allem um den Niederschlag der genannten Probleme in den Meinungen der Zeitgenossen, so zum Beispiel im ersten Fragenkreis unter anderem um "die Meinungen darüber, ob es für den Eigentümer nun günstiger sei, erwachsene Sklaven zu kaufen oder etwa Sklavenkinder, auch kriegsgefangene, geraubte, gekaufte oder gefundene Kinder aufzuziehen ... " (Bd. 1, S. 53) Aus dem zweiten Fragenkreis mag folgende Beobachtung angeführt werden: "Die Kunst des Eigentümers, seine Sklaven durch gewährte Vorteile und angedrohte Nachteile zu williger Arbeit zu manipulieren, wurde von Xenophon sehr hoch bewertet" (S. 65). Der dritte Fragenkreis schließlich befaßt sich unter anderem mit den Ansichten des Aristophanes, Euripides, der Sophisten und vor allem des Aristoteles.

Im ersten, "Arbeitende Freie" betitelten Teil seines Beitrages behandelt Zimmermann verschiedene Sozialgruppen unter denjenigen Bewohnern Attikas, die sich durch eigene Arbeit ernährten. Dabei gilt seine Hauptaufmerksamkeit den sogenannten *thêtes*, die er als "eine Gruppe, die besitzlose und Leute mit einem für die Lebenshaltung nicht ausreichenden Mindestbesitz umfaßte", definiert, ferner deren Arbeitsgelegenheiten, Lebensbedingungen, politische Bedeutung, gesellschaftliche Stellung usw. Im zweiten Teil - "Löhne und Preise" - legt Zimmermann Materialien vor (und gibt gewisse Ansichten wieder), die sich auf die Lösung der wegen Mangels an statistischen Angaben äußerst schwierigen Frage des

Lebensstandards in Athen beziehen. Durch einen Vergleich der bekannten Löhne und Preise (in übersichtlicher Tabellenform) gelangt er zu dem Schluß, daß im 4. Jahrhundert v. u. Z. die Preise schneller stiegen als die Löhne. Er fügt jedoch bei der Wiedergabe der Meinungen von Historikern über den Mindestlohn im 5. und 4. Jahrhundert selbst hinzu: "All diese Überlegungen entbehren noch einer tragkräftigen Grundlage" (Bd. 1, S. 104). Ich selbst möchte hier bemerken, daß in einem Wirtschaftssystem, das nicht auf Lohnarbeit und Warenproduktion beruht, mit derartigen statistischen Angaben sehr vorsichtig umgegangen und vor allem erst deren Vergleichbarkeit geprüft werden muß.

Die letzte Gruppe von Beiträgen, die wir berühren wollen, gilt dem wichtigen Gebiet des Finanz- und Geldwesens. In seinem "Die Liturgien in der Krisenperiode Athens. Das Problem von Finanzsystem und Demokratie" (Bd. 1, S. 147 - 159) benannten Aufsatz untersucht Siegfried Lauffer insbesondere die "Allgemeine Bedeutung (der Liturgien) für die sozialökonomische und politische Geschichte" Athens. Er verfolgt die Entwicklung der Liturgien von den Tagen des aristokratischen Staates bis zu deren Abschaffung im ausgehenden 4. Jahrhundert v. u. Z. und teilt sie in zwei Perioden. Bis ins frühe 5. Jahrhundert waren die Liturgien und die Bekleidung kostspieliger Staatsämter (das Archontat usw.) "Sache des gleichen Personenkreises, der auch die herrschende Schicht verkörperte. Die Träger einer leitourgía oder eines Amtes dienten mit ihrer Leistung ihrer eigenen Staats- und Herrschaftsordnung, die dadurch zugleich dem Volk gegenüber gerechtfertigt schien" (S. 148). In der Epoche der entwickelten Demokratie wurden die Liturgien zu einer den betreffenden Bürgern auferlegten Pflicht, deren Grundlage die demokratische Auffassung bildete, "daß die besitzenden Klassen zu liturgischen Leistungen für die Polis verpflichtet seien. Die leitourgía als Vermögensabgabe gehörte zu den staatsbürgerlichen Pflichten der Besitzenden ..." (S. 150). Mit den neuen Grundsätzen der Finanzpolitiker der zweiten Hälfte des 4. Jahrhunderts trat auch der neue Grundsatz auf, "die Höhe der (Staats)ausgaben nach festen (Staats)einnahmen zu bemessen und zu diesem Zweck einen öffentlichen 'Haushalt' aufzustellen", während "in der herkömmlichen Poliswirtschaft ... umgekehrt die Ausgaben durch besondere Einnahmen wie die leitourgíai gedeckt wurden" (S. 155). Lauffer deutet hier einige Entwicklungszüge des Steuersystems der Polis an (er berührt auch andere Formen von staatlichen Einkünften - den phoros, die eisphorai, die Steuern der Metoiken, die Rendite der Sklavenarbeit usw.), dessen Behandlung noch ein gewichtiges Desideratum bleibt. Strittig ist seine Schlußfolgerung, daß sich die Demokratie durch Annahme des Liturgiensystems selbst schadete, da sie abhängig blieb von den reichen Bürgern, die Lauffer als "beherrschte" Schicht betrachtet. Im 5. Jahrhundert, zur Zeit von Athens Seemacht, und teilweise auch im 4. Jahrhundert waren die Interessen der reichen und der armen Bürger von Athen bis zu einem gewissen Grade identisch. Der Staats-, Verwaltungs- und Machtapparat einschließlich der Armee war zur Ausbeutung (und notfalls Unterdrückung) der Sklaven, Fremden und Mitglieder des athenischen Reiches bestimmt, und die Erhaltung dieses Apparates diente somit sämtlichen athenischen Bürgern, der herrschenden Gruppe sowohl in Attika als auch im attischen Seebund. Fraglos zog ein wesentlicher Teil der reichen Bürger - trotz des Bestehens der Liturgien - mehr Nutzen aus dem Reich als die armen Bürger.

Raymond Bogaerts Beitrag trägt den paradoxen Titel "Die Krise der Banken in Athen im 4. Jahrhundert v. u. Z." (Bd. 1, S. 521 - 530) - paradox, da der Verfasser in seiner Monographie "Banques et banquiers dans les cités grecques" selbst geschrieben hat: "Les changeurs sont devenus banquiers et connaissent

au IV^e siècle, surtout à Athènes ... , une prospérité remarquable. "⁸ Der hypnotisierende Einfluß der Theorie der allgemeinen Wirtschaftskrise im 4. Jahrhundert tritt hier besonders augenfällig zum Vorschein. Tatsächlich bringt Bogaert eine sehr interessante Übersicht der bekannten Bankrotte in Athen und deren Ursachen. Und es ist sehr lehrreich, daß diese Ursachen - neben individuellen Fehlern der "Bankiers", einschließlich ihres übertriebenen persönlichen Luxus - im wesentlichen außerökonomische sind: eine militärische oder politische Lage, die die Seefahrt gefährdet, eine Störung der inneren Ruhe des Staates und ähnliches.

Die Studie von Edith Schönert-Geiss, "Die Geldzirkulation Attikas im 4. Jahrhundert v. u. Z." (Bd. 1, S. 531 - 550), besteht aus zwei Teilen. Den ersten bildet eine geographisch gegliederte Tabelle der bekannten Münzfunde, die athenische Münzen enthalten, und zwar sowohl in sämtlichen von Griechen besiedelten Gebieten als auch in den nichtgriechischen Staaten Kleasiens, in Syrien, Palästina, dem Perserreich, und in Ägypten. Auf diese Weise ist das Verbreitungs- und Zirkulationsgebiet athenischen Geldes in der Zeit von ungefähr 400 bis zu Alexander erfaßt. Im zweiten Teil werden die Münzfunde historisch gewertet. Die Verfasserin sieht sicherlich zu Recht die Ursachen der Wandlungen der Umlaufintensität, insbesondere des Sinkens des Umlaufs athenischen Geldes im 4. Jahrhundert, nicht nur in der athenischen Wirtschaft (unter anderem in der Produktionskapazität der Bergwerke in Laureion) und Vormachtstellung, sondern auch in der politischen und Machtentwicklung derjenigen Gebiete, in denen die Münzen gefunden wurden, so im Westen zum Beispiel in der Machtentwicklung von Syrakus, Karthago, dem Einfluß Korinths usw. Komplizierter erscheint die Lage im orientalischen Gebiet, wo auch der Inhalt der Funde (außer ganzen Münzen auch deren Fragmente, Silberschmuck usw.) beweist, daß es sich hier vor allem um Thesaurierung von Silber als Edelmetall handelte, während die lokalen Imitationen athenischer Münzen von deren Beliebtheit zeugen. In diesem Punkt verlangen Schönert-Geiss' Schlußfolgerungen - zum Beispiel betreffs des athenischen Handels in Ägypten - noch weitere Nachforschungen. Ihre Allgemeinfolgerung jedoch, daß die Münzfunde beweisen, "wie sehr Athens wirtschaftliche Vormachtstellung im Ausland zurückgegangen und wie wenig die Stadt in der Lage gewesen war, diese während des 4. Jahrhunderts zurückzuerobern", ist zweifellos gültig.

Die ausführliche Abhandlung Eberhard Erxlebens, "Die Rolle der Bevölkerungsklassen im Außenhandel Athens im 4. Jahrhundert v. u. Z." (Bd. 1, S. 460 - 520), steckt sich das Ziel, zur Lösung einer Frage beizutragen, die mir für die Beurteilung der Beziehung von Athens ökonomischer Entwicklung zur Krise der Polis sehr wichtig erscheint, nämlich, "auf welchen Gebieten die Bürgerschaft Athens ihre wesentlichen Potenzen hatte". Er untersucht daher "Art und Umfang der Beteiligung der verschiedenen Klassen der athenischen Bevölkerung - Bürger, Metoiken, Fremde, Sklaven - am wichtigsten Zweig des athenischen Handels, am Außenhandel, im 4. Jahrhundert" (S. 460). Erxleben konzentriert sich vor allem auf die Frage der Finanzierung des Überseefernhandels Athens, die der Staat völlig in privaten Händen ließ. Im ersten und zweiten Teil der Abhandlung werden bekannte (sichere und unsichere) Fälle von Seedarlehen aufgezählt und kurz kommentiert, um die Untersuchung der "sozialen Stellung der am Außenhandel beteiligten Personen, insbesondere der Kreditgeber im Seedarlehen" zu ermöglichen (S. 462). Die weiteren Teile behandeln "Die soziale Stellung der Kreditgeber", "Ansätze zur Gesellschaftsbildung" (zum Unterschied vom Bankwesen existierten

8 Bogaert, Raymond, Banques et banquiers dans les cités grecques, Leyden 1968, S. 410.

diese bis zur Alexanderzeit praktisch überhaupt nicht), "Banken und Seedarlehen" (eine kritische Analyse von Bogaerts These, der die Beteiligung der Trapeziten am Seedarlehen rigoros ablehnt), "Der staatliche Schutz des Handels" (gilt bloß den für die Ernährung der Bevölkerung wichtigen Importwaren und dem Schiffbau, in den übrigen Fällen beschränkte sich der Staat höchstens auf eine Kontrollfunktion).

Ich will hier nur ein Problem hervorheben, nämlich das der sozialen Stellung der am Außenhandel Beteiligten und des Anteils der Bürger und Nichtbürger an diesem Handel, einerseits als emporoi und naúkleroí, andererseits als Kreditgeber. Erxleben unterscheidet drei Entwicklungsphasen. In der ersten, im 5. Jahrhundert vor der Zeit des Perikles (für das 6. Jahrhundert ist die Lage wegen Mangels an Quellenmaterial unklar), lag die aktive Handelstätigkeit sowie die Finanzierung des Handels in den Händen athenischer Bürger. In der zweiten Phase erfolgt, im Zusammenhang mit dem Aufstieg des Reiches, wie bereits Hasebroek aufgezeigt hat, "der fast vollständige Übergang der aktiven Handelstätigkeit in die Hände der athenischen Metroiten und Fremden. Athens Bürger beschränken sich im Außenhandel auf die Rolle des Kreditgebers" (Bd. 1, S. 501). In der dritten Phase schließlich erscheinen Fremde und Metroiten auch unter den Kreditgebern, und zwar vor allem von der zweiten Hälfte des 4. Jahrhunderts an, auch wenn zahlenmäßig die Bürger noch immer überwogen. Für die Zeit von 420 bis 320 hat Erxleben insgesamt, "wenn man die Höchstwerte zugrunde legt, 41 Athener, 11 Metroiten, 16 Fremde, 1 Sklaven-Agent als Seedarlehensgeber" gezählt (S. 502). Seine Schlüsse bestätigen so für das 4. Jahrhundert die allmähliche Herausbildung einer Schicht von Reichen, die aus athenischen Bürgern und Nichtbürgern bestand, so daß die Statusgrenzen überschritten wurden, die die Grundlage der Polis bildeten.⁹ Ähnliche analytische Studien in der Art der besprochenen sind auch für andere Gebiete des Wirtschaftslebens Athens im 4. Jahrhundert v. u. Z., in der die Metroiten eine bedeutende Rolle spielten, höchst erforderlich (vgl. S. 501).

Ich gestatte mir die Schlußfolgerung, daß der weitaus überwiegende Teil der besprochenen Beiträge des vorliegenden Werkes eine Bestätigung ist für die Unrichtigkeit der These von der Wirtschaftskrise der Polis, und insbesondere der athenischen Polis, im 4. Jahrhundert im traditionellen Sinne des Wortes und daß einige dieser Beiträge darauf hindeuten, daß eine, ja vielleicht eine der wichtigsten Ursachen der Krise der athenischen Polis als sozialer und staatlicher Form im 4. Jahrhundert in einer Überwucherung der statusgebundenen und in sich geschlossenen Polisstruktur durch die ökonomische (und politische) Entwicklung zu suchen ist. Dabei waren die am stärksten wirkenden ökonomischen Prozesse mit der Entwicklung der Geld-Ware-Beziehung verknüpft (vgl. dazu die Anmerkungen der Herausgeberin des besprochenen Werkes, Bd. 4, S. 2147, über die Spaltung des athenischen Demos "in Leute der oikonomiké und der chrematistiké"). Von dieser Erkenntnis geht der letzte Beitrag aus, den wir noch kurz streifen wollen, obgleich er bereits ins Gebiet der Ideologie hinüberreicht, Musioleks "Ökonomische Überlegungen der Philosophen und Publizisten im 4. Jahrhundert v. u. Z." (Bd. 4, S. 1910 - 1926). Er zeigt nämlich, daß vor allem Plato und Aristoteles sich der Unvereinbarkeit der wirtschaftlichen Entwicklung Athens einerseits - deren mit der Entfaltung der Geld-Ware-Beziehungen verknüpfte Einzelzüge Musiolek im ersten Teil seiner Überlegungen knapp zusammenfaßt - mit der traditionellen Po-

⁹ Vgl. Pečírka, Jan, a. a. O., und die dort zitierten Arbeiten von Mossé, Claude.

lisstruktur andererseits bewußt waren. Während Xenophon versuchte, "die durch die Tauschwertbeziehungen entstandenen Möglichkeiten sowohl für die Polis als auch für den einzelnen zu nutzen" (S. 1921), bemüht sich Plato, "das Gewinnstreben, die chrematistiké, von der Bürgergemeinschaft fernzuhalten" (S. 1923). Aber weder er noch der realistischere Aristoteles konnten die Fähigkeit besitzen, den Widerspruch zu lösen, der zwischen der Entwicklung der Polisökonomik und der Polisstruktur herrschte. "Die Ausbreitung und Intensivierung der Tauschwertbeziehungen ebenso wie die Entwicklung und Intensivierung der organisatorischen und fachlichen Arbeitsteilung war damals ein Fortschritt. Durch die Arbeitsteilung und Spezialisierung, durch die Rationalisierung und Organisation in der Produktion begann sich eine neue gesellschaftliche Produktivkraft zu entwickeln. Diese Entwicklung widersprach aber der Praxis und Ideologie der Polis als Bürgergemeinschaft und mußte deshalb über die Polis hinausführen, beziehungsweise die Grundprinzipien der Polis sowohl politisch als auch ökonomisch zerstören" (S. 1925).

Der Herausgeberin, den Autoren und dem Verlag ist zu danken für diese marxistisch konzipierte neue Darstellung der Geschichte der griechischen Polis, die eine Fülle von Anregungen vermittelt und die Diskussion bereichert.

Betriebsgeschichte

DIE ÖKONOMISCHE PROPAGANDA FÜR DAS PRODUKTIONSAUFGEBOT IM BEZIRK HALLE (1961/1962)

von Erwin Könnemann

Die mit der Sowjetunion und den sozialistischen Bruderländern abgestimmte Aktion vom 13. August 1961 zum Schutz der Staatsgrenze der DDR gegenüber der BRD und Westberlin erhellte blitzlichtartig das zugunsten des Sozialismus veränderte Kräfteverhältnis. Nachdem die wesentlichsten Aufgaben der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR gelöst und die sozialistischen Produktionsverhältnisse erfolgreich nach außen gesichert waren, mußten die Folgen der offenen Grenze beseitigt werden.

Im folgenden soll gezeigt werden, welchen Beitrag die Bezirksparteiorganisation Halle leistete, um die Volkswirtschaft der DDR zu stabilisieren und die Auswirkungen der ökonomischen Aggression der Imperialisten gegen die DDR zu überwinden, wie sie die hierzu gefaßten Beschlüsse des Zentralkomitees der SED durchsetzte und durch welche politisch-ideologischen Mittel und Methoden sie die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen des Bezirkes befähigte, diese großen Aufgaben zu bewältigen.

Der Bezirk Halle umfaßte 74 Städte und 657 Gemeinden. Die Bezirksparteiorganisation der SED zählte damals 191 000 Mitglieder und Kandidaten.¹ Das war eine große Kraft, die die gesellschaftliche Entwicklung bewußt zum umfassenden Aufbau des Sozialismus leiten und zugleich einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Weltsozialismus leisten konnte.

Den Kommunisten des Industriebezirkes Halle, der nach dem Bezirk Karl-Marx-Stadt den höchsten Anteil an der industriellen Warenproduktion der DDR aufwies, fiel bei der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes und der Exportverpflichtungen besondere Verantwortung zu. Hier war ein bedeutender Teil der Chemieproduktion der DDR konzentriert, aber auch die Metallurgie und die metallverarbeitende Industrie des Bezirkes hatten einen relativ hohen Anteil an der Volkswirtschaft der DDR. Neben Chemie Giganten wie den Leuna-Werken, dem Chemischen Kombinat Buna, dem Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld, der Filmfabrik Wolfen, dem Mineralölwerk Lützkendorf und dem Hydrierwerk Zeitz muß das Mansfeld Kombinat "Wilhelm Pieck", der einzige Kupferproduzent der DDR, genannt werden. Mit 23 000 Werktätigen zählte dieser Betrieb zu den größten der DDR. Die Erzeugnisse aus dem Walzwerk Hettstedt, dem Eisenhüttenwerk Thale, dem Waggonbau Ammendorf, der Maschinenfabrik Halle, den halleischen Pumpenwerken, dem Elektromotorenwerk Dessau und vielen weiteren volkseigenen Betrieben sind nicht nur in der DDR bekannt, sondern auch im Ausland sehr gefragt. Vom Fleiß

¹ Bezirksparteiarchiv (im folgenden: BPA) Halle, IV/1/8.

und der Schöpferkraft der Werktätigen im Industriebezirk Halle, von ihrer Bewußtheit, hängt also in nicht geringem Maße das Lebensniveau in der DDR ab. Daraus ergibt sich, welche große Verantwortung die Bezirksparteiorganisation für exakte Plan- und Termintreue in den Industriebetrieben² zu tragen hatte. Um ihr gerecht zu werden, kam es zu diesem Zeitpunkt in besonderem Maße auf eine neue Qualität der Erziehung der Werktätigen zum klassenbewußten Handeln an, wobei der Entwicklung des ökonomischen Denkens eine besondere Rolle zukam.

1. Die Widerspiegelung des neuen Kräfteverhältnisses im Denken und Handeln der Werktätigen des Bezirkes Halle

Viele Einwohner des Bezirkes Halle brachten spontan ihre Genugtuung über die von der Parteiführung der SED und dem Ministerrat der DDR angeordneten Maßnahmen, durch die die Grenzen der DDR so gesichert wurden, wie es für einen souveränen Staat üblich ist, zum Ausdruck und fühlten sich erleichtert, weil es den Imperialisten nicht gelungen war, den "Wirtschaftskrieg" und den mit allen Mitteln angefachten "Nervenkrieg" in einen "heißen Krieg" zur Annexion der DDR umzuwandeln. Noch am 13. August - einem Sonntag - trafen sich in den meisten Großbetrieben die Funktionäre der SED, der Gewerkschaften und leitende Kader der Betriebe. Sie schufen gemeinsam Klarheit über alle mit den Schutzmaßnahmen zusammenhängenden Fragen, um sofort und an den folgenden Tagen zum Schichtbeginn, in Abteilungsversammlungen und am Arbeitsplatz die neue Situation und die sich daraus ergebenden Aufgaben mit den Werktätigen zu diskutieren. Auf Kundgebungen und in Resolutionen, die die Bezirkspresse und die Betriebszeitungen veröffentlichten, unterstützten die Werktätigen nachdrücklich die Beschlüsse der Parteiführung und der Regierung. Im VEB Paraffinwerk "Vorwärts" in Hohenmölsen verpflichteten sich die Arbeiter bereits am 13. August, eine Hochleistungsschicht zu fahren, und im VEB Braunkohlenwerk Halle wurde beschlossen, im August die höchste monatliche Planerfüllung zu erreichen. Im Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen, die für den 17. September 1961 festgesetzt waren, brachten viele Werktätige schon jetzt ihren Entschluß zum Ausdruck, den Kandidaten der Nationalen Front ihre Stimme zu geben und mit "vollen Händen", das heißt mit erfüllten Plänen, an die Wahlurnen zu treten.³

Die Diskussionen über die Grenzsicherungsmaßnahmen waren aber nur ein Teil der kontinuierlich und komplex durchgeführten politisch-ideologischen Arbeit; der Wahlaufruf der Nationalen Front und der Entwurf des neuen Programms der KPdSU waren bereits veröffentlicht worden. Die Sekretäre und Büromitglieder der Kreisleitungen, insbesondere der von Halle, Dessau und Mansfeld, zogen bei der ideologischen Arbeit in den Großbetrieben die sich aus diesen Dokumenten ergebenden Schlußfolgerungen und verbanden sie mit den Erfordernissen zur Lösung der ökonomischen Aufgaben. Dazu gehörte, die Pläne allseitig zu erfüllen, die Versorgung der Bevölkerung zu sichern, die Auflagen für die Konsumgüterproduk-

2 Auf die Landwirtschaft des Bezirkes wird hier nicht näher eingegangen, um die Problematik für einen Beitrag dieses Umfangs nicht zu sehr auszuweiten.

3 Vgl. das Kommuniqué der außerordentlichen Sitzung des Demokratischen Blocks, in dem nicht nur den "zur Sicherheit der Staaten des sozialistischen Lagers eingeleiteten Maßnahmen" zugestimmt wurde, sondern auch konkrete Schritte genannt wurden, um die DDR "nun erst recht zu stärken und zu festigen". (Freiheit, 14. 8. 1961.)

tion zu erfüllen und vor allem die imperialistischen Störmanöver gegen die Wirtschaft der DDR zu überwinden. All das verlangte, jedem Parteimitglied seine erhöhte Verantwortung bewußt zu machen.

Der Aufruf der Brigade "Otto Krahmann" aus dem VEB Kabelwerk Oberspree in Berlin vom 30. Juli 1961, die deutschen Imperialisten und Militaristen mit Taten in der sozialistischen Produktion zu schlagen, hatte auch in Betrieben des Bezirkes Halle breiten Widerhall gefunden. So hatte sich im VEB Eisenhüttenwerk Thale die Brigade Winkler bereits vor dem 13. August verpflichtet, besondere Anstrengungen für den Frieden zu unternehmen und einen Planvorsprung von 19 Tagen herauszuarbeiten.⁴ Am 21. August berichtete die Partelleitung des Eisenhüttenwerkes über das weitere Bemühen der Betriebsparteiorganisation, Klarheit über die Perspektive des Sozialismus in der Welt und in der DDR zu schaffen und Erscheinungen der Arbeitsbummelei zu überwinden. 32 Kollektive und einzelne Werktätige verpflichteten sich, die Pläne allseitig zu erfüllen und dazu beizutragen, die Wirtschaft der DDR von imperialistischen Störmanövern unabhängig zu machen.⁵

Dieser Bericht aus dem Eisenhüttenwerk zeigt, daß die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse den Zusammenhang zwischen den Maßnahmen zur Sicherung des Friedens am 13. August und der Notwendigkeit der allseitigen Stärkung der DDR erkannt hatten. In diesem Zusammenhang muß auch die Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft gesehen werden.

Am 16. August 1961 hatte der Zentralrat der FDJ angesichts der gefährlichen Provokationen an der Staatsgrenze der DDR, insbesondere von Westberlin aus, den Beschluß gefaßt, unter der Losung: "Das Vaterland ruft! Schützt die sozialistische Republik!" die FDJ zur Stärkung der bewaffneten Kräfte der Arbeiter-und-Bauern-Macht aufzubieten.

Nach Beratungen der Bezirksleitung der SED mit den Kreisleitungen bildeten die Betriebe in Leuna, Schkopau, Eisleben, Halle, Hettstedt, Zeitz und im Kreis Quedlinburg sofort Kampfstäbe, deren Mitglieder mit der Arbeiterjugend über die Notwendigkeit diskutierten, den Ehrendienst in der Nationalen Volksarmee aufzunehmen. Vielfach wurden vor Arbeitsbeginn Appelle durchgeführt. In den Leunawerken erklärten sich bis zum 18. August 79 Jugendliche bereit, sofort die Reihen der NVA zu verstärken, 38 wurden Mitglied der Kampfgruppen und 7 nahmen die Arbeit als VP-Helfer auf. Im VEB Chemische Werke Buna verpflichteten sich bis zum 20. August 193 FDJler, sofort ihren Ehrendienst in der NVA aufzunehmen. In Flugblättern, in Betriebszeitungen und im Betriebsfunk der Großbetriebe wurden Stellungnahmen von Jungarbeitern verbreitet, die mit ihrer Freiwilligenmeldung ihren bewußten Einsatz für die Sicherung des Friedens deutlicher machen wollten. Arbeiter, die bereits seit längerem in den Reihen der NVA ihren Dienst versahen, teilten in Briefen den Arbeitskollegen ihren Entschluß mit, daß sie freiwillig ihre Dienstzeit verlängert hatten. Bis zum 31. August hatten sich im Bezirk bereits 3 000 Jugendliche zur NVA gemeldet, am 18. September waren es 12 122. Die ehrenvolle Verpflichtung, noch im Jahre 1961 aus dem Bezirk Halle ein FDJ-Regiment zum Schutz der Republik aufzustellen, wurde erfüllt; denn mehr als 15 000 Jugendliche folgten bis zum 5. Oktober dem Aufruf des Zentralrates der FDJ zum Schutze der Republik.

4 Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv (im folgenden: IML, ZPA), IV/2/5/767.

5 Ebenda.

Für viele Jugendliche bedeutete die Aufnahme des Dienstes in der NVA keine leichte Entscheidung. Manche hatten bereits Zusagen für Studienplätze an Universitäten und Hochschulen erhalten⁶, oder persönliche Probleme, wie Eheschließungen, plötzliche Todesfälle in der Familie und dergleichen mehr, erschwerten ihren Entschluß. Vornehmlich waren es jedoch politisch-ideologische Fragen, mit denen sich die Betriebsparteiorganisationen auseinandersetzen mußten. Die Befürchtung, daß Krieg drohe, sowie das Argument, daß "der Verdienst bei der NVA gering" sei und man "lieber gleich die Wehrpflicht" einführen solle⁷, spielten eine große Rolle. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand jedoch die Stellung jedes einzelnen zur DDR und zum Sozialismus. Diese Grundfrage wurde positiv beantwortet. Aber auch betriebliche Schwierigkeiten mußten gelöst werden. Unter der relativ großen Zahl von Jugendlichen, die sich für den Ehrendienst in der NVA entschieden hatten, befanden sich viele qualifizierte Arbeitskräfte, die jetzt in der Produktion fehlten. Dennoch mußten die Pläne voll erfüllt und darüber hinaus erreicht werden, daß ungeachtet der Freiwilligenmeldungen der aktivsten FDJler die umfangreichen politisch-ideologischen Aufgaben des Jugendverbandes nicht vernachlässigt wurden.

Der 13. August zeigte den deutschen Imperialisten und Militaristen die Grenzen ihrer Macht. Gleichzeitig war er eine entscheidende Bewährungsprobe für die SED und die mit ihr befreundeten Parteien sowie für alle Massenorganisationen. Nachdem die Pläne der herrschenden Kreise der BRD gescheitert waren, forcierten die Massenmedien der BRD ihre Hetzpropaganda gegen die DDR. Dennoch setzte sich in der DDR immer mehr die Erkenntnis durch: Nicht die mit den Schutzmaßnahmen verbundenen persönlichen Härten für eine Reihe von Bürgern waren das charakteristische Ergebnis des 13. August, sondern hier wurde eine Schlacht für den Frieden geschlagen und gewonnen. Mit dieser Erkenntnis festigte sich auch die Einsicht, daß der Sozialismus wirkungsvoll geschützt werden und die DDR ihren eigenen Beitrag zur Sicherung des Friedens verstärken mußte.

In den Abteilungsparteiversammlungen, auf Foren und in Belegschaftsversammlungen setzten sich die Genossen der SED kämpferisch mit der imperialistischen Propaganda und solchen Auffassungen auseinander, daß "beide Seiten einen Pflock zurückstecken" müßten. Sie legten das aggressive Wesen des Imperialismus sowie die Unversöhnlichkeit der beiden entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen in der DDR und der BRD dar. Auf die Forcierung der imperialistischen Propaganda war es auch zurückzuführen, daß teilweise in den Kaufhäusern der großen Städte in der ersten Woche nach dem 13. August vorwiegend von der Landbevölkerung Hamsterkäufe getätigt wurden. Ferner stiegen die Spareinlagen aus Furcht vor einem bevorstehenden Geldumtausch sprunghaft an.

In dieser Situation konzentrierte sich die Bezirksparteiorganisation darauf, das Vertrauen der Werktätigen in die Politik des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates

6 Der Jugendfreund Bernd Melzer aus dem VEB Chemische Werke Buna hatte am gleichen Tag, als das FDJ-Aufgebot bekannt wurde, eine Zusage zum Studium erhalten. Lange hatte er sich im Selbststudium darauf vorbereitet. Er nahm sein Studium am 1. September jedoch nicht auf, sondern erklärte, daß es jetzt "keine wichtigere Aufgabe für ein Mitglied des sozialistischen Jugendverbandes gäbe, als die DDR mit der Waffe in der Hand zu schützen", er werde "später studieren". (Vgl. Buna-Jugend folgt dem FDJ-Aufgebot, in: Aufwärts, 22. 8. 1961.)

7 Vgl. Unser Werk. Hydrierwerk Zeitz. Betriebsgeschichte 1937 - 1962, o. O. o. J. (Zeitz 1963), S. 202.

der deutschen Geschichte zu festigen, in geduldigen, offensiven Diskussionen bestehende Unklarheiten zu überwinden und deutlich zu machen, daß die Macht der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten in der DDR nicht mehr zu brechen war. Im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit stand die Festigung der Ergebnisse der Übergangsperiode und entsprechend dem marxistisch-leninistischen Prinzip der Einheit von Ideologie, Politik und Ökonomie die Stabilisierung der ökonomischen Basis.

2. Die Durchführung des Produktionsaufgebotes 1961

Bereits am 6. September 1961 hatten die Genossen unter den Elektrodendrehern des VEB Elektrokohle in Berlin zur Beseitigung der Planschulden die Arbeiter und die Intelligenz in den Betrieben der DDR zu einem Produktionsaufgebot aufgerufen. Der Grundgedanke dieses Aufrufes war die Steigerung der Arbeitsproduktivität unter der Losung: "In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr produzieren."

Das Produktionsaufgebot war eine "zeitbedingte, durch die Situation des Jahres 1961 hervorgerufene Notwendigkeit"⁸, um die infolge der offenen Grenze entstandenen Disproportionen zwischen Akkumulation und Konsumtion, zwischen Warenangebot und Kaufkraft, zwischen Lohn und Arbeitsproduktivität in möglichst kurzer Zeit zu überwinden. Die Bezirksparteiorganisation legte mit Unterstützung der größten Klassenorganisation der Werktätigen, des FDGB, den Arbeitern und Angestellten sowie den Angehörigen der Intelligenz das Wesen des Produktionsaufgebotes dar, durch eine umfassende Produktionsinitiative die DDR zu stärken und damit den Frieden sicherer zu gestalten. Unmittelbar nach der Veröffentlichung des Aufrufes der Berliner Elektrodendreher ergriffen die Bezirksleitung und die Kreisleitungen der SED des Bezirkes Halle Maßnahmen, "um allen Werktätigen die Bedeutung des Produktionsaufgebotes zu erläutern.

Der Bezirksvorstand des FDGB berichtete im Sekretariat der Bezirksleitung der SED Halle, wie in den Leuna-Werken, im Mansfeld Kombinat, im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld, im Elektromotorenwerk Dessau, im Mineralölwerk Lützkendorf, im Zementwerk Karsdorf und im Baukombinat Halle Sekretäre des FDGB in Brigaden und Meisterbereichen gemeinsam mit den betrieblichen Leitungen erste Beratungen durchgeführt und Beispiele geschaffen hatten.

Die Vertreter der chemischen Großbetriebe, der Maschinenbaubetriebe in Halle und Dessau und des Eisenhüttenwerkes Thale berichteten über Auseinandersetzungen mit Werktätigen, die die Arbeitsdisziplin verletzt hatten. In den Leuna-Werken zeigte sich in den ersten Vertrauensleuteversammlungen, daß die Arbeiter bereit waren, die westdeutschen Militaristen mit sozialistischen Taten in der Produktion zu schlagen, im Kampf um die Planerfüllung Reserven aufzudecken und die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Die Arbeiter kritisierten aber auch die Arbeitsweise der Leitungen und forderten eine Verbesserung der Organisation des Arbeitsablaufes.

Im Mansfeld Kombinat "Wilhelm Pieck" verbreitete die Kreisleitung der SED ein Flugblatt mit der Verpflichtung der Jugendbrigade "Wilhelm Pieck" im Thomas-Müntzer-Schacht, täglich 24 Wagen Kupferschiefer mehr zu fördern, 300 Tonnen Kupfer über den Plan zu liefern und damit einen Beitrag zu leisten, um die Volks-

⁸ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 8, Berlin 1966, S. 294.

wirtschaft der DDR weitgehend unabhängig von Importen aus kapitalistischen Ländern zu machen. Ein detailliertes Arbeitsprogramm sah unter anderem die volle Auslastung des Arbeitstages, die Beseitigung der Stillstands- und Wartezeiten sowie die Erarbeitung technischer Arbeitsnormen vor. Die in dem Arbeitsprogramm formulierte Erkenntnis der jungen Mansfeldkumpel, je stärker die DDR, desto sicherer der Frieden, lag auch der Verpflichtung der Hettstedter Walzwerker zugrunde, bis zum Jahresende 12 000 Tonnen Stahl mehr zu walzen. Viele Verpflichtungen ähnlichen Inhalts ließen sich anführen. Sie waren ein Ergebnis der verstärkten politisch-ideologischen Wirksamkeit der Bezirksparteiorganisation auf ökonomischem Gebiet. Die Bezirksleitung der SED hatte bereits früher den 6. September 1961 zum Tag der Plankontrolle erklärt. Er sollte nicht zu einer formalen ökonomischen Überprüfung benutzt werden, sondern zur Vertiefung der klassenmäßigen Erziehung der Werktätigen auf der Grundlage des anfangs erwähnten Aufrufes der Brigade "Otto Krahnemann" vom Juli 1961 dienen. Aus dieser über einen langen Zeitraum wirkenden Bewegung zur Stärkung der Republik entwickelte sich das Produktionsaufgebot auch im Bezirk Halle.

Bis zum 11. September verpflichteten sich 2 500 von etwa 18 000 Brigaden im Bezirk, am Produktionsaufgebot teilzunehmen. Es gab allerdings auch Tendenzen einer formalen "Anschlußbewegung": Einige Arbeitskollektive verfaßten lediglich eine den Aufrufen vom 30. Juli und 6. September zwar zustimmende Resolution, ohne jedoch konkrete Verpflichtungen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu übernehmen. Auch Erscheinungen der Selbstzufriedenheit und Auffassungen wie die, es sei "nichts mehr drin" bzw. das sei alles nichts Neues, mußten überwunden werden.

Kernpunkt der Diskussionen war indes die Befürchtung zahlreicher Werktätiger: "Man will uns ans Geld". Daher mußte zuerst in Abteilungsparteiorganisations- und Grundorganisationsversammlungen der SED und dann in Belegschaftsversammlungen Klarheit über den Charakter der Arbeit im Sozialismus geschaffen werden. Ein Beispiel, das für zahlreiche andere steht, ist der Brief des APO-Sekretärs Gustav Gies aus dem VEB Pumpenwerke Halle, den die "Freiheit", das Organ der Bezirksleitung der SED, veröffentlichte. Als qualifizierter Former erfüllte Genosse Gies seine Norm durchschnittlich mit 240 bis 250 Prozent. Obwohl er sich zunächst sagte: "Gehst du an das Problem heran, geht es an dein Geld", begriff er nach einiger Zeit mit Unterstützung seiner Parteiorganisation, daß es darauf ankam, "die Leistung an den bereits erreichten Lohn heranzuführen", und wie notwendig es war, daß die Genossen Ernst machten und ein persönliches Beispiel gaben.⁹

Ähnlich war die Situation im VEB Waggonbau Ammendorf. Die Brigade Jungblut hatte sich Mitte September verpflichtet, die Arbeitsproduktivität bei Einhaltung des Durchschnittslohnes um 2 Prozent zu erhöhen und entsprechend der Losung "Meine Hand für mein Produkt" Qualitätsarbeit zu leisten sowie persönliche Konten für den Material- und Werkzeugverbrauch einzuführen. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität wurde nicht durch Mehrarbeit, sondern durch rationelle Ausnutzung der Arbeitszeit und durch die Anwendung der Seifert-Methode erreicht. Diese sah vor, die Stillstands- und Wartezeiten durch bessere Organisation des Produktionsablaufes und durch die Ausschöpfung von Reserven zu überwinden. Dabei forderte die Brigade von der Werkleitung in ganz konkreten Punkten, den Ar-

⁹ Vgl. Gies, Gustav, Die Sache machte mir zu schaffen, in: Freiheit, 4. 11. 1961, S. 1.

beitsablauf und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Bedeutsam war die Erkenntnis der Brigade, daß es nicht genügt, wenn nur einzelne Brigaden Verpflichtungen übernehmen, sondern daß es darauf ankommt, alle Kollegen in den Abteilungen in diesen Kampf einzubeziehen und alle Reserven zu nutzen.

Das war wirklich die zentrale Aufgabe: die gesamte Arbeiterklasse und nicht nur die fortgeschrittensten Brigaden in diese große Bewegung zur Stärkung der ökonomischen Basis der DDR einzubeziehen. Die Bezirksleitung bildete daher unter Leitung von Büromitgliedern spezielle Arbeitsgruppen aus ehrenamtlichen Funktionären, die in Schwerpunktbereichen eingesetzt wurden. Ein Einsatz im Grenzkreis Quedlinburg zeitigte einen beachtlichen Aufschwung. Bis zum 17. September, dem Tag der Kommunalwahlen, waren statt der anfänglich 38 bereits 251 Brigaden Verpflichtungen mit einem ökonomischen Nutzen von 1 Million Mark eingegangen. Die Bezirksleitung verallgemeinerte die Erfahrungen dieser Arbeitsgruppe und erarbeitete einen Maßnahmenplan zur allseitigen Durchsetzung der führenden Rolle der Partei im Produktionsaufgebot. Die Genossen stellten sich an die Spitze, um die ganze Klasse zu befähigen, ihre Verantwortung im Produktionsaufgebot wahrzunehmen. Im Mansfeld Kombinat führten die Genossen vor Arbeitsbeginn kurze Kampfpappelle durch, in denen sie sich konkrete Aufgaben stellten und sich mit neuen Argumenten ausrüsteten.

Im Zuge der Wahlvorbereitung sprachen das Mitglied des Zentralkomitees der SED und 1. Sekretär der Bezirksleitung, Bernard Koenen, und die Büromitglieder vor den Werktätigen der Großbetriebe und in den größeren Städten. In Bitterfeld waren es 18 000, in Wolfen 10 000, in Buna 8 000, in Merseburg 25 000, in Leuna 15 000, in Weißenfels 20 000, in Zeitz 15 000, in Dessau 50 000 und in Halle 100 000 Menschen, die an diesen Kundgebungen teilnahmen. Hier wurden ihnen die Politik der Partei und die großen Zusammenhänge erläutert, ohne die Schwierigkeiten zu ignorieren, die aufgrund der Mißernte in der Versorgung eingetreten waren. In Verbindung mit dem Entwurf für das neue Programm der KPdSU, der wissenschaftlich exakt den Kommunismus als Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung auswies, wurde den Werktätigen der Sozialismus als Perspektive der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR, die fester Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft ist, erläutert.

Auf ihrer 9. Tagung am 17. Oktober 1961 legte die Bezirksleitung der SED fest, daß der am gleichen Tage beginnende XXII. Parteitag der KPdSU in Seminaren mit allen Leitungsmitgliedern unter folgenden Aspekten ausgewertet werden sollte:

- Das veränderte Kräfteverhältnis in der Welt und das unaufhörliche Wachstum des sozialistischen Lagers, dessen fester Bestandteil die DDR ist.
- Die Bedeutung des Programms der KPdSU zum Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion für die Beschleunigung der Entwicklung auf dem Wege zum Sieg des Sozialismus in der DDR.
- Die Stärkung der DDR im Produktionsaufgebot als wichtigster Beitrag der Werktätigen zum Weltsozialismus.

Alle Kreisleitungsmitglieder wurden verpflichtet, in diesem Sinne vor den Werktätigen aufzutreten und an einer Grundorganisationsversammlung teilzunehmen. Den Tag der Eröffnung des XXII. Parteitages nahmen viele Brigaden zum Anlaß, die Einhaltung der abgegebenen Verpflichtungen zu kontrollieren und neue Taten in der sozialistischen Produktion zu leisten. In vielen Schreiben und Telegrammen bekundeten sie ihre brüderliche Verbundenheit mit der Partei Lenins.

Die sozialistische Brigade "Nikolai Mamai" aus dem VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld, die bereits 1959 durch die von ihr ausgelöste Bewegung, sozialistisch zu leben, zu lernen und zu arbeiten, bekannt geworden war, sandte einen Brief an den XXII. Parteitag, in dem sie berichtete, wie die Arbeiter gemeinsam mit der wissenschaftlich-technischen Intelligenz durch Mechanisierung die schwere körperliche Arbeit im Elektrolysebetrieb erleichterten. In sozialistischer Gemeinschaftsarbeit hatten die "Mamais" einen Weg gefunden, die Produktion von Aluminium pro Tag und Ofen um 7 Kilogramm zu erhöhen. Sie schrieben: "Wir wissen, daß der Sozialismus den Kapitalismus durch höhere Arbeitsproduktivität schlagen muß ..., daß ständig die Technik verbessern, auch den Frieden sichern heißt".¹⁰

Die Arbeiter des VEB Elektromotorenwerk Dessau erklärten, daß die Beschlüsse des XXII. Parteitages für sie nicht nur Ansporn sind, sondern Grundlage für die weitere Arbeit. Sie verpflichteten sich, 46 000 Minuten Arbeitszeit noch im IV. Quartal des Jahres 1961 einzusparen. Das war an und für sich ein positiver Beschluß. Aber in diesen und ähnlichen Verpflichtungen kam eine Tendenz zum Ausdruck, die vornehmlich im Maschinenbau und in der Metallurgie anzutreffen war, lediglich Arbeitszeit "zurückzugeben" und das Produktionsaufgebot so zu einer Art "Schenkungsbeziehung" zu machen. Auf der Wirtschaftskonferenz am 10. und 11. Oktober 1961 in Berlin und im "Brief des Zentralkomitees an alle Grundorganisationen in Industrie, Bauwesen, Verkehrs- und Verbindungswesen, in den Konstruktions- und Projektierungsbüros sowie in den wissenschaftlichen Institutionen zum Produktionsaufgebot" vom 23. Oktober wurden solche Methoden, "aus den im Tischkasten befindlichen Reserven einige Minuten abzugeben, ohne die Normzeiten zu verändern", ohne zugleich durch Mechanisierung, Fließfertigung und wissenschaftlich organisierte Produktion die Arbeitsproduktivität und damit die Rentabilität der Betriebe zu erhöhen, zurückgewiesen.¹¹ Ein wesentliches Anliegen des Produktionsaufgebotes bestand also darin, möglichst rasch die neue Technik einzuführen und so die Erweiterung des Reproduktionsprozesses zu beschleunigen.

Eine große Bedeutung für die Verallgemeinerung der Erfahrungen des Produktionsaufgebotes und für die Klärung der Perspektive des Sozialismus in Deutschland hatte die 14. Tagung des Zentralkomitees der SED, die vom 23. bis 26. November 1961 in Berlin stattfand. Die Bezirksleitung organisierte sofort nach dieser Tagung, die die Ergebnisse des XXII. Parteitages mit den Kampferfahrungen der SED verknüpfte, eine Beratung mit den Kreissekretären über den Einsatz der Mitglieder der Bezirksleitung und der Kreisleitungen bei der Durchführung von Aktivtagungen in Großbetrieben. In den dort gehaltenen Referaten stand neben vielen anderen politischen Grundfragen die ökonomische Politik der Partei unter dem Aspekt im Mittelpunkt, daß sich im Produktionsaufgebot und in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit der neue sozialistische Mensch herausbildet, der bewußt sein Können und seine Fähigkeiten einsetzt, um höhere Ergebnisse in der Produktion zu erreichen.

In Halle, Leuna, Dessau, Eisleben und Wolfen arbeiteten die Referenten und Diskussionsredner in den Aktivtagungen die Einheit von Wissenschaft, Technik, Produktion und Neuerertum heraus. Sie erläuterten anschaulich, daß die Schüssel erst gefüllt sein muß, ehe man aus ihr löffeln kann. Das trug dazu bei, daß im-

¹⁰ Zitiert nach Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 636.

¹¹ Dokumente der SED, Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. 8, Berlin 1962, S. 480 f.

mer mehr Arbeiter die technischen Arbeitsnormen akzeptierten und begannen, nach Bestwerten zu arbeiten. In der Filmfabrik Wolfen übernahmen 360 von 469 Brigaden im November 1961 konkrete Verpflichtungen; damit beteiligten sich 8786 Belegschaftsmitglieder, unter ihnen mehr als 50 Prozent Frauen, am Produktionsaufgebot. Der ökonomische Nutzen der Verpflichtungen belief sich auf über 5,7 Millionen Mark.¹²

Mitte Dezember 1961 beriet die Bezirksleitung auf ihrer 10. Tagung über die Umsetzung der Beschlüsse des 14. Plenums und zog zugleich Bilanz über die Planerfüllung und den Stand des Produktionsaufgebotes. Das Vertrauen in die Politik der Partei war gewachsen, und ihre Kampfkraft hatte sich weiter erhöht. Die Vorzüge der engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion wurden immer mehr Werkstätten bewußt. Aus dem richtungweisenden Referat von Bernard Koenen, das in der "Freiheit" vom 18. und 19. Dezember 1961 veröffentlicht wurde, verdienen vor allem jene Passagen eine besondere Akzentuierung, in denen sich der Referent mit der vielfach anzutreffenden Auffassung auseinandersetzt, die Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion sei "nur aus unseren Schwierigkeiten und aus den Anschlägen der Bonner Ultras gegen unsere Wirtschaft geboren". Der 1. Sekretär der Bezirksleitung betonte, daß diese Zusammenarbeit vielmehr "eine objektive Notwendigkeit" ist, die sich aus dem Charakter des Sozialismus ergibt. Sie erlaubt der DDR "den schnellen Übergang zur spezialisierten und standardisierten Großproduktion, sichert unsere Rohstoffversorgung und den planmäßigen Absatz der Produktion. Die Übernahme der vielfältigen wissenschaftlichen Erfahrungen der Sowjetunion wird es uns ermöglichen, noch schneller auf verschiedenen Gebieten zum Weltniveau in Wissenschaft und Technik vorzustoßen."¹³

Diese Worte sind heute noch so aktuell wie damals. Bernard Koenen leitete aus diesen grundsätzlichen Feststellungen die Forderung nach Termintreue und Einhaltung der Exportverpflichtungen, besonders gegenüber der Sowjetunion, ab. Insgesamt konnte er im Produktionsaufgebot wesentliche Fortschritte feststellen. Aber noch verhielt sich die Steigerung der Arbeitsproduktivität zu der des Lohnes wie 2:1, während ein Verhältnis von 6:1 vorgesehen war. 80 Prozent der Betriebe hatten den geplanten Durchschnittslohn überschritten. Die Verwirklichung der Losung "In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr zu leisten" stellte sehr hohe Anforderungen an das Bewußtsein der Arbeiterklasse.

Bernard Koenen führte in diesem Zusammenhang die beispielhafte Haltung des Genossen Gies an, der sich zu einem ehrlichen Standpunkt durchgerungen und aufgründ seines persönlichen Vorbilds als Genosse einen Durchbruch im VEB Pumpenwerke Halle erzielt hatte. Als ebenso beispielgebend nannte Bernard Koenen die Zementanlagenbauer in Dessau, die die Arbeitsproduktivität nicht wie vorgesehen um 9,8 Prozent, sondern um 12 Prozent erhöhten.¹⁴

In Auswertung der 14. Tagung des ZK der SED und der Dezembersitzung der Bezirksleitung forderten die fortgeschrittensten Arbeitskollektive durch die Betriebszeitungen ihre Kollegen auf, die "Karten offen auf den Tisch zu legen" und dem Arbeiter-und-Bauern-Staat gegenüber ehrlich zu sein. Im VEB Hydrierwerk

12 Geschichte des VEB Filmfabrik Wolfen, Berlin 1969, S. 233.

13 Koenen, Bernard, Die Aufgaben der Bezirksparteiorganisation zur Durchführung der 14. Tagung des Zentralkomitees, in: Freiheit, 18. 12. 1961.

14 Vgl. ebenda; siehe auch Wir schaffen 12 % statt 9,8 %, in: Freiheit, 11. 12. 1961.

Zeit wiesen Arbeiter beispielsweise nach, daß es Brigaden gab, die sich durch ungerechtfertigte Normen in den letzten Jahren unrechtmäßige Einnahmen in Höhe eines "Trabant" verschafft hätten. Daher forderten sie: "Wir wollen ehrlich Geld verdienen, jedoch nicht auf Knochen der Kollegen, sondern durch die besten Arbeitsmethoden und Neuerungen."¹⁵ Die sozialistischen Brigaden verkörperten beispielhaft die neue Einstellung zur Arbeit und die qualitativ veränderten Beziehungen der Kollegen untereinander. Die Bezirksparteiorganisation sah daher ihre wichtigste Aufgabe darin, solche Menschen zu erziehen, die in revolutionärer Unuldksamkeit den Kampf gegen alle Rückstände und Überbleibsel kapitalistischer Vergangenheit im Denken führten und in der sozialistischen Arbeit Normen auch für das tägliche Leben setzten. Ein hervorragendes Beispiel dafür war die Bewegung, die durch die Brigade Porstmann ausgelöst wurde.

Am 14. Dezember 1961 hatten sich die Mitglieder der Brigade Siegfried Porstmann aus einem Installationsbetrieb in Karl-Marx-Stadt mit einem offenen Brief an ihre Kollegen im VEB Wohnungsbau Rostock gewandt. Sie schrieben: "Eure Normen sind nicht ehrlich. Unserer Meinung nach müßtet Ihr für Euer Geld mehr leisten können"¹⁶, denn vier Installateure von Karl-Marx-Stadt erbrachten die gleiche Leistung wie elf in Rostock. In der gesamten Republik müßten daher für gleiche Arbeit gleiche Normen festgelegt werden, die auf den besten Werten beruhten. In allen Betrieben und Industriezweigen der DDR entwickelte sich daraufhin eine umfangreiche Diskussion.

Im Bezirk Halle spielte der Brief der Schweißerbrigade Sperling vom VEB Reichsbahnstahlbau Dessau an den VEB Elektromotorenwerk und den VEB Waggonbau sowie den VEB Zementanlagenbau Dessau eine ähnliche Rolle wie die Initiative der Brigade Porstmann. Die Brigade Sperling leistete mit acht Kollegen die gleiche Arbeit wie zwölf Kollegen in den erwähnten Betrieben, wobei die Brigade Sperling nach einem Normenkatalog arbeitete, den Wissenschaftler des über die Grenzen der Republik hinaus bekannten Zentralinstituts für Schweißtechnik in Halle ausgearbeitet hatten.

Das Bezirksorgan der SED "Freiheit" berichtete ausführlich über die Bewegung, nach Bestwerten zu arbeiten und die modernste Technik in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zwischen Neuerern, Wissenschaftlern und Technikern durchzusetzen.¹⁷ Die Brigade "Mamai" hatte sich beispielsweise das Ziel gesetzt, durch Mechanisierung und Qualifizierung eine Steigerung der Pro-Kopf-Produktion von 132 000 Mark im Jahre 1961 auf 170 400 Mark im Jahre 1962 zu erreichen. Sie arbeitete im Alu-Werk I, während das Alu-Werk II hinter ihrer Leistung zurückblieb. Die Belegschaft des Alu-Werkes I forderte nun die Kollegen des Alu-Werkes II zu einem Wettbewerb auf, beschloß aber gleichzeitig, zehn gute Arbeiter und Neuerer für längere Zeit in das Alu-Werk II zu delegieren, um dort ihre guten Erfahrungen in die Tat umzusetzen.

Eine solche Handlungsweise stellte einen bedeutsamen bewußtseinsmäßigen Fortschritt dar. Das Produktionsaufgebot erreichte allmählich eine höhere Stufe. Eine entscheidende Voraussetzung dafür bildete das Wachsen der Kampfkraft der Partei. Am 13. Oktober 1961 hatte das Sekretariat des Zentralkomitees der SED einen Beschluß zur "Verbesserung der Arbeit und Anleitung der Grundorganisa-

¹⁵ Unser Werk, a. a. O., S. 199.

¹⁶ Neues Deutschland, 14. 12. 1961.

¹⁷ Vgl. Erst aus Verlegenheit - jetzt sind wir ehrlich, in: Freiheit, 22. 12. 1961; vgl. auch Wir beseitigen die Polster, in: ebenda, 30. 12. 1961.

tionen" gefaßt. Entsprechend diesem Beschluß hatte die Bezirksleitung eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, die sich nun auswirkten. Dazu gehörten solche wie: die Parteiaktive stärker einzubeziehen, die Beschlüsse gründlicher zu erläutern, den Einsatz ehrenamtlicher Instruktoren zu erweitern, die ständige Berichterstattung vor dem Büro durchzusetzen und die Kollektivität der Leitungen zu sichern. Die Leitungen nahmen auf ihren Sitzungen regelmäßig zum Produktionsaufgebot Stellung und berichteten, was das Produktionsaufgebot noch hemmt, wieweit der wissenschaftlich-technische Fortschritt durchgesetzt ist, wie die Genossen im Produktionsaufgebot wirken, wie die Qualität der Leitungen zu verbessern wäre und welche Initiativen die Werktätigen entwickeln.

Seit dem 14. Plenum setzte sich das Prinzip "Neue Technik - neue Normen" immer mehr durch. Die Arbeiter erkannten, daß nicht mehr "Knochenarbeit" erforderlich war, sondern die wissenschaftliche Durchdringung des Produktionsprozesses, die Einführung nutzbringender Technologien, die Anwendung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, die Durchsetzung der Mitrofanow-Methode und die Fließfertigung. Hier sei nur angedeutet, daß die Mitrofanow-Methode mit dem Übergang von der technologischen Bearbeitung von Einzelteilen zur Gruppenbearbeitung entscheidende Bedeutung für die Mechanisierung und Rationalisierung hatte. Manche Wirtschaftsfunktionäre hatten jedoch Vorbehalte, weil die Mitrofanow-Methode nicht nur innerhalb eines Betriebes, sondern innerhalb ganzer Industriezweige erhebliche Umstellungen im Produktionsablauf mit sich brachte und damit auch eine Reihe von Schwierigkeiten und Risiken zu überwinden waren. Also kam es darauf an, die politisch-ideologische Tätigkeit zu intensivieren, um Klarheit in den Köpfen zu schaffen.

Diesem Ziel diente auch die kulturelle Massenarbeit, die Buchbesprechungen und Vorträge in Klubhäusern, die Tätigkeit in den Zirkeln schreibender Arbeiter, die sich unter anderem auch mit der Problematik des Produktionsaufgebotes befaßten. Im VEB Chemische Werke Buna hatte es ein besonders gutes Beispiel gegeben. Das Amateurfilmstudio des Werkes stellte bereits 14 Tage nach dem Aufruf der Berliner Elektrodendreher im September 1961 den Film "Kostbare Zeit" her, der das Produktionsaufgebot popularisierte. 1962 drehte das Filmstudio die Satire "Himmelfahrt", die Bummelanten aufs Korn nahm. Eine große Rolle spielte in fast allen Betrieben das Buch der sowjetischen Schriftstellerin Galina Nikolajewa "Schlacht unterwegs", in dem die Verhaltensweisen von Kommunisten im gesellschaftlichen Leben, in der Produktion und im persönlichen Bereich schildert wurden. Auch die Bitterfelder Geschichten des halleischen Schriftstellers Erik Neusch fanden große Resonanz. In den Theatern wurden Stücke gespielt wie "Das ist Diebstahl", "Lohndrücker" und "Frau Flinz", die Arbeiterpersönlichkeiten in den Mittelpunkt stellten und zur Diskussion herausforderten.

Aufgrund der vielfältigen politisch-ideologischen Wirksamkeit zeichnete sich zu Beginn des Jahres 1962 ein Aufschwung in der Aktivität der Werktätigen, insbesondere unter der Arbeiterklasse, ab. Fragen der Arbeitsdisziplin wurden offener diskutiert, die mittleren Leitungskader im Betrieb, die Meister und Abteilungsleiter, bezogen eindeutiger Positionen, die Angehörigen der Intelligenz, insbesondere die jüngeren, zeigten eine größere Bereitschaft, für die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu kämpfen. Die Massenorganisationen erhöhten ihre Aktivität, und die Frauen traten im Produktionsaufgebot stärker in Erscheinung. Letzteres war zweifellos eine Folge des Kommuniqués des Politbüros der SED vom 16. Dezember 1961 "Die Frauen - der Frieden und der Sozialismus", das die hervorragenden Leistungen der Frauen und Mädchen würdigte und sie aktivierte.

Am 30. Januar 1962 führte die Bezirksleitung eine Frauenkonferenz durch; die Sekretariate der Bezirksleitung und der Kreisleitungen schätzten regelmäßig die Wirksamkeit der eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Frauen und Mädchen ein. Positive Ergebnisse zeigten sich besonders deutlich in solchen Großbetrieben, in denen zahlreiche Frauen arbeiteten, wie in Leuna, Schkopau, Coswig, Bitterfeld, Wolfen, Dessau und Weißenfels.

Im VEB Gummiwerk "Elbe" in Wittenberg nahmen zum Beispiel von 1 298 beschäftigten Frauen 1 173 am Produktionsaufgebot teil, 34 Frauenbrigaden standen im Kampf um den Titel einer "Brigade der sozialistischen Arbeit".¹⁸ Im VEB "Banner des Friedens" sowie im VEB Ketten- und Nagelwerke, beide in Weißenfels, wuchs die Zahl der von Frauen eingereichten Verbesserungsvorschläge. Das war in vielen Betrieben so, denn die Frauen hatten ein besonderes Interesse an der Durchsetzung des wissenschaftlichen Fortschritts, unter anderem deshalb, weil damit oft Arbeitserleichterungen verbunden waren. Die gesellschaftliche Würdigung ihrer Arbeit und die Auseinandersetzungen mit überholten Auffassungen mancher Männer in den Massenmedien der DDR und auch in den Betrieben ermutigten sie, sich zu qualifizieren, politisch stärker hervorzutreten und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.

3. Die Entwicklung des Produktionsaufgebotes zu einer Massenbewegung im Jahre 1962

Das Sekretariat des ZK der SED faßte in dem Beschluß vom 21. Februar 1962 die im Jahre 1961 und zu Beginn des Jahres 1962 gesammelten Erfahrungen zusammen. Unter der Losung "Gründlich denken - wirtschaftlich rechnen - technisch verbessern - ehrlich arbeiten" sollte das Produktionsaufgebot zu einer alle Werktätigen umfassenden Massenbewegung werden. Mit Hilfe des Zentralkomitees der SED, des Bundesvorstandes des FDGB, der zentralen staatlichen Organe und der VVB Werkzeugmaschinen schufen die Betriebsparteiorganisation, die Gewerkschaftsorganisation und die Werkleitung des VEB Großdrehmaschinenbau "8. Mai" in Karl-Marx-Stadt ein Beispiel dafür, wie das Produktionsaufgebot, das bisher nur durch die fortgeschrittensten Brigaden verwirklicht worden war, auf höherer Stufe weitergeführt werden konnte.¹⁹

Am 15. März 1962 beschloß das Parteiaktiv des VEB Großdrehmaschinenbau "8. Mai" ein Programm, das die Einbeziehung aller Brigaden und Abteilungen in das Produktionsaufgebot vorsah. Kernstück dieses Planes war der bilanzierte Plan "Neue Technik", die systematische Verwirklichung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zur Hebung der Arbeitsproduktivität. Der Aufruf der Werktätigen des VEB Großdrehmaschinenbau "8. Mai", der auch im Bezirk Halle großen Widerhall fand, leitete die zweite Etappe des Produktionsaufgebotes ein. Er wurde kurz vor der 15. Tagung des Zentralkomitees der SED (21. bis 23. März 1962) veröffentlicht, die den Entwurf des Dokuments "Die geschichtliche Aufgabe der DDR und die Zukunft Deutschlands" beriet. In diesem Dokument wurden der Klassencharakter der nationalen Frage und die gesetzmäßige sozialistische Perspek-

¹⁸ IML, ZPA, IV/2/5/770.

¹⁹ Vgl. Schulz, Gerhard/Stubenrauch, Klaus, Der Kampf der Betriebsparteiorganisation um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Die Initiative des VEB Großdrehmaschinenbau "8. Mai" Karl-Marx-Stadt im Produktionsaufgebot, Berlin 1962.

tive der DDR im Bunde mit der Sowjetunion und den übrigen sozialistischen Ländern sowie die Unversöhnlichkeit von Imperialismus und Sozialismus nachgewiesen. Während sich die DDR als Staat des Friedens und des Sozialismus entwickelte, in dem die Ursachen für Kriege, Krisen und soziale Unsicherheit beseitigt waren, herrschten in der BRD die gleichen Klassenkräfte weiter, die zwei Weltkriege ausgelöst hatten. In "Roten Treffs" während der Frühstückspausen in den Betrieben und in zahlreichen Versammlungen im Bezirk Halle wurden diese und andere Grundfragen im Zusammenhang mit dem Aufruf vom 15. März 1962 diskutiert, und die Einheit von politischer, ökonomischer und ideologischer Aufgabenstellung wurde herausgearbeitet.

In einer Beratung mit allen Abteilungsleitern und Mitgliedern der Kreisleitungen am 26. März 1962 betonte die Bezirksleitung der SED Halle, daß die Klärung solcher politischen Grundfragen mit den konkreten Maßnahmen verbunden werden mußte, wie sie die 15. Tagung des ZK der SED im Hinblick auf die systematische Ausnutzung aller Vorzüge der sozialistischen Ökonomik gefordert hatte. Die Veröffentlichung der Entschließungsentwürfe der Kreisdelegiertenkonferenzen wurde als eine gute Methode empfohlen, um eine gewisse Enge, die sich bei der Durchführung der Parteigruppenwahlen gezeigt hatte, zu überwinden und eine breite Diskussion über die Hauptaufgaben zu erreichen. Neue Formen der Massarbeit entwickelten sich. So fanden zum Beispiel in den Maschinenbaubetrieben in wenigen Wochen 5 000 Aussprachen im kleinen Kreis mit insgesamt zirka 94 000 Werktätigen statt. Anhand von Erfahrungen aus ihrem eigenen Leben legten vielerorts Arbeiter und Angehörige der Intelligenz dar, wie unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht ihr Leben einen politischen Inhalt bekam.

Die Diskussionen wurden belebt und theoretisch vertieft, als die 16. Tagung des Zentralkomitees der SED Ende Juni 1962 den Entwurf eines Grundrisses zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung veröffentlichte. In dem Dokument wurden die Grundfragen der Strategie und Taktik der deutschen Arbeiterbewegung im Kampf um die politische Macht dargelegt, Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen und zugleich die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, insbesondere die der KPdSU, verallgemeinert. Das durch den Grundriß vermittelte Geschichtsbewußtsein spielte eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Werktätigen. So beschloß die Jugendbrigade "Fritz Weichert" aus dem VEB Leuna-Werke, den Grundriß sorgfältig zu studieren, weil besonders die jungen Arbeiter "die Geschichte ihrer Klasse, den opferreichen Kampf und die Erfahrungen kennen müssen".²⁰ In ihrem Arbeitsbereich bauten einst ihre Väter "den ersten Panzerzug der deutschen Arbeiterklasse, mit dem sie sich 1921 gegen die bewaffneten Kräfte des deutschen Imperialismus und Militarismus zur Wehr setzten".²¹ Die jungen Reparaturschlosser erreichten durch Verbesserungsvorschläge eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um 16,2 Prozent.²²

Die Neuerer, Rationalisatoren, Erfinder und Arbeiterforscher gingen daran, in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mit der Intelligenz den wissenschaftlich-technischen Fortschritt entsprechend dem Plan "Neue Technik" durchzusetzen und angesichts des seit 1960 verschärften Wirtschaftskrieges die Volkswirtschaft der DDR von Importen aus dem kapitalistischen Ausland unabhängig zu machen. Diese ökonomische Aggression, die mit Embargomaßnahmen, mit der kurzfristigen Kün-

20 Freiheit, 16. 8. 1962.

21 Ebenda.

22 Ebenda.

digung von Handelsabkommen, Währungsmanipulationen und Abwerbungen von Spezialisten aller Art der DDR großen Schaden zugefügt hatte und in Verbindung mit der psychologischen Kriegführung die Annexion der DDR durch den BRD-Imperialismus vorbereiten sollte, zwang die Bevölkerung der DDR zu großen Opfern. Die Imperialisten versuchten nicht nur Unruhe und Unzufriedenheit in der DDR zu provozieren, sondern die DDR auch wegen Nichteinhaltung von Lieferverpflichtungen den ausländischen Handelspartnern gegenüber als unzuverlässig zu diffamieren sowie Störungen in der Volkswirtschaft der RGW-Länder hervorzurufen. Die Sowjetunion hatte bereits 1960/1961 für die DDR eine bestimmte Reserve angelegt, Rohstoffe, Halbfabrikate und Produkte auf Lager produziert, um im Falle eines erneuten Abbruchs der Handelsbeziehungen durch die BRD rasch Ausgleichslieferungen vornehmen zu können.²³ Diese selbstlose Handlungsweise der Sowjetunion kam auch in dem Handelsabkommen vom 5. März 1962 zum Ausdruck. Die Sowjetunion gewährte der DDR einen riesigen Warenkredit in Höhe von 1,3 Milliarden Valuta-Mark, der es der DDR ermöglichte, leichter die schwierigen Probleme zu meistern, die mit der Überwindung der durch die aggressive Politik des Imperialismus entstandenen ökonomischen Verluste und mit der durch die beginnende wissenschaftlich-technische Revolution erforderlich werdenden Änderungen des Produktionsprofils der Volkswirtschaft der DDR verbunden waren. Die Praxis zeigte den Menschen in der DDR, wer ihr Freund und wer ihr Feind war. Die Freundschaft mit dem Lande Lenins wurde in steigendem Maße als Lebensfrage des deutschen Volkes erkannt.

Das von der Partei- und Staatsführung gestellte Ziel, die Volkswirtschaft der DDR von den erpresserischen Manövern der Imperialisten unabhängig zu machen, aktivierte die Schöpferkraft der Arbeiterklasse und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, deren beste Vertreter sich in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit darum mühten, einheimische Rohstoffe einzusetzen und neue Verfahren anzuwenden. Die Einführung sowjetischer Werkzeugmaschinen, die Umstellung auf andere Rohstoffe und Halbfabrikate, der Übergang von den herkömmlichen DIN-Normen auf die sowjetischen GOST-Normen warfen indes auch eine Reihe ideologischer Probleme auf. Da wurde argumentiert, daß man die benötigten Ersatzteile nicht selbst produzieren müsse, weil sie ja nicht aus der BRD, sondern aus anderen kapitalistischen Ländern kämen; oder, die Handelsbeziehungen hätten sich doch wieder normalisiert, daher wäre die Störfreimachung nicht mehr erforderlich, vielmehr würde der "innerdeutsche Handel" gestört. Vielfach handelten Wirtschaftsfunktionäre auch nach dem Grundsatz: Weltniveau ist Westniveau.²⁴ Die Parteiorganisationen mußten sich mit derartigen Fragen auseinandersetzen und deutlich machen, daß die Störfreimachung nicht eine Sache der Materialauswechslung, sondern Klassenkampf war. Ein Großteil von Betrieben hatte vor 1945 zu kapitalistischen Konzernen gehört; das Ringen um die Unabhängigkeit von wirtschaftlichen Störmanövern und die ökonomische Stärkung der DDR im Produktionsaufgebot waren daher vom Kampf gegen die Konzernideologie nicht zu trennen und mit der Überwindung von aus dem Kapitalismus überkommenen Anschauungen und Moralbegriffen verbunden.²⁵

Das Leben lehrte die Werktätigen, daß das Hauptmittel, die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus wirksam werden zu lassen, darin bestand,

²³ Vgl. Teumer, Werner, Die ökonomische Politik der SED von 1960 bis 1962, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 4/1969, S. 422 ff.

²⁴ Vgl. BPA Halle, IV/501/74.

²⁵ Vgl. hierzu Geschichte des VEB Filmfabrik Wolfen, a. a. O., S. 232 f.

die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Arbeitsteilung der RGW-Länder zu verstärken, wie sie die Ersten Sekretäre der kommunistischen und Arbeiterparteien dieser Länder auf der am 6. und 7. Juni 1962 in Moskau durchgeführten außerordentlichen RGW-Tagung vereinbart hatten. Der Erste Sekretär der Bezirksleitung Halle, Bernard Koenen, betonte daher im Rechenschaftsbericht auf der 6. Bezirksdelegiertenkonferenz Ende Juni 1962, daß die neue Etappe der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems die noch engere wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit aller sozialistischen Länder erfordere. Der Berichtsteller konnte eine eindrucksvolle Bilanz der konkreten Ergebnisse im Produktionsaufgebot ziehen, die zeigte, daß ein neues sozialistisches Denken die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen erfaßt hatte und die große Mehrheit der Arbeiterklasse des Bezirkes die Politik der Partei richtig verstand.

Bernard Koenen wies aber auch darauf hin, daß sich noch viele Partei- und Wirtschaftsleitungen lediglich mit der Erfüllung des Bruttoproduktionsplanes zufriedengaben. Wie eine Parteiorganisation im Produktionsaufgebot den Kampf führte, schilderte der Referent am Beispiel des VEB Ketten- und Nagelwerke Weißenfels, wo fünf Jahre lang der Plan nicht erfüllt wurde. Die Arbeitsorganisation und die Technologie befanden sich auf einem niedrigen Niveau. Ein großer Teil der Ketten wurde manuell gefertigt bei Normerfüllungen von über 300 Prozent und Durchschnittslöhnen von 1 500 Mark im Monat. Die Parteiorganisation ging davon aus, daß die Erreichung einer hohen Arbeitsproduktivität ein komplizierter Prozeß ist, der nicht durch die Formulierung eines formalen "Kampfprogramms" erfolgreich geführt werden kann, sondern der im ganzen Betrieb mit der Klärung der politischen Grundfragen begonnen werden muß. So entstand eine exakte Konzeption für die Führung des Produktionsaufgebotes und die Ausschöpfung aller Reserven. Genossen, die sich im Produktionsaufgebot passiv verhielten oder gegen die beschlossene Linie auftraten, mußten sich in Mitgliederversammlungen verantworten. Das Betriebslektorat trug ebenfalls dazu bei, in Zusammenkünften der Werktätigen und in entsprechenden Artikeln der Betriebszeitung die Rolle der neuen Technik im Sozialismus zu klären und die breite Anwendung der Neuerermethoden zu popularisieren. Zum Zeitpunkt der Delegiertenkonferenz war die Mehrmaschinenbedienung fester Bestandteil der Fertigungstechnik und der Produktionsorganisation des Betriebes. Die Parteiorganisation organisierte den Aufbau von dreizehn Fließstraßen, die zum 13. Jahrestag der Republik in Betrieb genommen werden sollten, um dadurch eine weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität von 34 Prozent zu erreichen. Der Produktionsplan wurde mit 103,1 Prozent erfüllt, und die Steigerung der Arbeitsproduktivität betrug im Vergleich zum vorangegangenen Jahr 12,5 Prozent.

Zeigte sich an diesem Beispiel, wie durch Verwirklichung der führenden Rolle der Partei, eine gute Leitungstätigkeit und ein hohes Niveau der massenpolitischen Arbeit der Gewerkschaften große Erfolge erreicht werden konnten, so gab es auch noch Betriebe, die im Produktionsaufgebot zurückblieben, weil die Parteiorganisationen nicht offensiv genug die politische Auseinandersetzung unter allen Belegschaftsmitgliedern führten und den Wirtschaftsfunktionären zuwenig halfen, sozialistische Leitungsmethoden durchzusetzen.

Die Bezirksleitung orientierte daher darauf, die Erfahrungen der Besten zu verallgemeinern sowie die Beherrschung und volle Ausnutzung von Wissenschaft und Technik als das zentrale Problem bei der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte zur schnellen Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erkennen. Dementsprechend sah der Maßnahmeplan der Bezirksleitung vom 13. Juli 1962 für die Durchführung der Beschlüsse der 6. Bezirksdelegiertenkonferenz und der 16. Ta-

gung des Zentralkomitees vor, in den Betrieben technisch-ökonomische Konferenzen durchzuführen und Komplexbrigaden einzusetzen, die den Kreisleitungen helfen sollten, die besten Erfahrungen bei der Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus zu popularisieren; zugleich wurden Maßnahmen eingeleitet, um eine Massenbewegung für die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu entfalten und die Neuprofilierung der Produktion zu erreichen. Entscheidende Hinweise dafür gab das Zentralkomitee der SED am 1. August 1962 in einem Brief an die Grundorganisationen der Industrie, des Bauwesens und des Verkehrs- und Verbindungswesens. Dort wurde dargelegt, wie bei strengster Sparsamkeit mit dem Material bedarfsgerecht produziert werden muß, wie im Produktionsaufgebot eine höchstmögliche Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielt und damit eine weitere Stärkung der ökonomischen Grundlagen der DDR erreicht werden kann.²⁶ Es ging in der beginnenden Plandiskussion für den Volkswirtschaftsplan des Jahres 1963 darum, die Verantwortung der Parteiorganisationen zu erhöhen, um alle Werktätigen zur bewußten Erfüllung der wirtschaftlichen und politischen Aufgaben zu befähigen.

In diesem Zusammenhang mußten sich die Betriebsparteiorganisationen im Bezirk Halle mit solchen Auffassungen auseinandersetzen, wie: "Je höher der Plan ist, um so mehr müssen wir arbeiten, also sachte treten." Die Parteiorganisationen wandten sich konsequent gegen diese "weichen Pläne" sowie auch gegen die vor allem in den mittleren Betrieben auftretende Tendenz, bei der Realisierung des Planes "Neue Technik" nur zu sehen, welche Investitionen erforderlich wären, ohne indes die schöpferischen Gedanken der Werktätigen für die Kleinmechanisierung genügend zu nutzen und alle Reserven aufzuspüren.

Der Prozeß der klassenmäßigen Erziehung, der unmittelbar nach den Sicherungsmaßnahmen des 13. August unter schwierigen Bedingungen verstärkt worden war, fand also auch im Jahre 1962 seine kontinuierliche Fortsetzung. Voller Stolz recheneten die Arbeitskollektive des Industriebezirkes Halle, wie überall in der DDR, die Ergebnisse ihrer Arbeit, die Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Produktionsaufgebot anlässlich des 13. Jahrestages der DDR im Oktober 1962 ab. Ihre Leistungen fanden auf der 17. Tagung des Zentralkomitees der SED, die vom 3. bis 5. Oktober 1962 stattfand, eine hohe Wertschätzung.

Auf dieser Tagung wurde der Entwurf des Programms der SED vorgelegt. Das war der Auftakt zu einer gründlichen Aussprache über die Erfordernisse des umfassenden Aufbaus des Sozialismus, über die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in enger Verbindung mit dem sozialistischen Weltsystem sowie über die Vertiefung der sozialistischen Demokratie auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Die Kreisleitungen der SED organisierten Parteiaktivtagungen, auf denen die Überleitung des Produktionsaufgebotes in den sozialistischen Massenwettbewerb zu Ehren des VI. Parteitages sowie die Weiterführung der Volksaussprache mit allen Schichten der Bevölkerung beraten wurden.

Die Stadtleitung der SED Halle zeigte am Beispiel des VEB Pumpenwerke Halle, wie eine Grundorganisation den Kampf um wissenschaftlich-technischen Höchststand, Weltniveau und Devisenrentabilität, höchste Qualität der Erzeugnisse und Senkung der Selbstkosten führen muß. In allen Großbetrieben des Bezirkes fanden Lektionszyklen über das Wirken der ökonomischen Gesetze, wie des Wertgesetzes und des Gesetzes der proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft, statt, und in Mitgliederversammlungen sowie im Parteilehrjahr wurde der Entwurf des Pro-

²⁶ Vgl. Dokumente der SED, a. a. O., Bd. 9, Berlin 1963, S. 73 ff.

gramms der SED unter dem Aspekt behandelt, warum es notwendig ist, die Grundaufgabe unserer Epoche in der DDR im Programm verbindlich festzulegen, und welche Schlußfolgerungen sich hieraus ergeben, um alle Menschen für die Lösung der Aufgaben zu gewinnen.

In den Grundorganisationen entwickelte sich der politische Meinungsstreit als Ausdruck des Wachstumsprozesses der Betriebsparteiorganisationen. Fragen tauchten auf, warum vom Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse und nicht vom Sieg des Sozialismus gesprochen werde. Unklarheiten wie die, der Aufbau des Sozialismus habe den kleinbürgerlichen Schichten mehr gegeben als den Arbeitern, jene hätten das meiste Geld; oder: die Perspektive interessiere nicht so sehr, gegenwärtig besser zu leben sei wichtiger, wurden in geduldiger Aufklärungsarbeit überwunden.

Die Auseinandersetzung mit alten, der sozialistischen Gesellschaftsordnung wesenfremden Denk- und Lebensgewohnheiten, die Erziehung zur Ehrlichkeit gegenüber der Arbeiter- und Bauern-Macht, zur gegenseitigen sozialistischen Hilfe und zur Herbeiführung der Einheit von gesellschaftlichen und persönlichen Interessen war daher, wie der Rechenschaftsbericht der Bezirksleitung an die 6. Bezirksdelegiertenkonferenz gefordert hatte, eine vorrangige Aufgabe jeder Partei- und Gewerkschaftsorganisation. In der Tat bildete eine lebensvolle politisch-ideologische Massenarbeit die Voraussetzung für die erfolgreiche Entfaltung von Masseninitiativen, wie sie auch das Produktionsaufgebot kennzeichneten.

Das Produktionsaufgebot war keine für den Sozialismus typische Form des Appells an die Arbeiterklasse, sondern eine zeitbedingte Erscheinung, in der sich vielfältige schöpferische Initiativen der Werktätigen zur politischen und ökonomischen Stärkung der DDR und zur Sicherung des Friedens vereinigten. Es handelte sich beim Produktionsaufgebot nicht um die Beseitigung von dem Sozialismus gesetzmäßig innewohnenden Widersprüchen, sondern um solche, die in der konkreten Situation Anfang der sechziger Jahre entstanden waren. Unter der Führung der SED und mit der Kraft des FDGB sowie mit Unterstützung der befreundeten Parteien unternahmen die Werktätigen bei zeitweilig gleichbleibendem Lohn besondere Anstrengungen, um die Produktion zu steigern. Was ursprünglich nur die fortgeschrittensten Arbeitskollektive, die sozialistischen Brigaden, auszeichnete, war im Laufe des Jahres 1962 zur allgemeinen Erkenntnis eines großen Teiles der Werktätigen geworden, nämlich, daß gesellschaftliche Erfordernisse und persönliche Interessen in Übereinstimmung gebracht werden müssen.

Diese Einsicht erwies sich als eine wichtige Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung. Daher konnte aufgrund der im Produktionsaufgebot erreichten Erfolge und des gewachsenen Klassenbewußtseins die Losung: "In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr produzieren" zurückgezogen werden. Die SED führte den sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des VI. Parteitages unter der Losung: "Was der Gesellschaft nützt, muß auch für den Betrieb und den einzelnen von Vorteil sein."²⁷ Dieser sozialistische Wettbewerb leitete eine höhere Stufe der Masseninitiative ein, bei der es nicht um breitere Teilnahme, sondern um qualifizierte Arbeit ging. Die Werktätigen des VEB Chemische Werke Buna und des VEB Leuna-Werke, des VEB Mansfeld Kombinat "Wilhelm Pieck" und andere Großbetriebe vollbrachten hierbei hervorragende Leistungen.

²⁷ Vgl. Müller, Hans / Reißig, Karl, Wirtschaftswunder DDR. Ein Beitrag zur ökonomischen Politik der SED, Berlin 1968, S. 357 ff.

Die Durchführung des Produktionsaufgebotes bestätigt den Erfahrungsgrundsatz, daß komplizierte Situationen am besten gemeistert werden, wenn die Vorhut der Arbeiterklasse allen Werktätigen offen die Lage darlegt und mit ihnen gemeinsam nach Wegen sucht, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Während anfangs ein Teil der Arbeiter, der Genossenschaftsbauern und der Intelligenz dem Produktionsaufgebot abwartend oder unter dem Einfluß der imperialistischen Propaganda sogar ablehnend gegenüberstand, entwickelte es sich aufgrund der in vielfältigen Formen beharrlich geführten politisch-ideologischen Massenarbeit zu einer echten Volksbewegung, durchdachten viele Werktätige der DDR ihre Stellung zum Sozialismus neu. Dabei festigte sich ihre sozialistische Einstellung zur Arbeit. Die Erkenntnis, die sich nicht zuletzt durch die Hilfe der Sowjetunion ausbreitete, daß das Zeitalter des Sozialismus unwiderruflich auch in unserem Lande begonnen hatte, bestimmte zunehmend das Denken und Handeln der Werktätigen.

FORSCHUNGSBERICHTE

SOZIALE VERÄNDERUNGEN IN DER LANDWIRTSCHAFT DER BRD

Zu einigen Problemen und Ergebnissen der marxistischen Forschung in der DDR

von Sigrid Dillwitz

Die Bauernschaft in den entwickelten kapitalistischen Staaten hat im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte eine Entwicklung genommen, die das Interesse der marxistischen und der bürgerlichen Agrarwissenschaft in starkem Maße auf sich zog.

Dabei galt die Aufmerksamkeit zunächst besonders den Kleinbetrieben, die mit Beginn der fünfziger Jahre zu Hunderttausenden ruiniert und zur Betriebsaufgabe gezwungen wurden. Seit Mitte der sechziger Jahre sind jedoch die mittleren und größeren bäuerlichen Betriebe bis zu 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN) ebenfalls in das Blickfeld der Untersuchungen gerückt, weil hier - wenn auch zunächst nicht so deutlich wie bei den Kleinbetrieben - soziale Veränderungen sichtbar wurden, die zu neuen Wertungen ihrer sozialökonomischen Stellung zu zwingen scheinen. Es sind in dem Zusammenhang vor allem zwei Prozesse, die die sozialen Veränderungen in der Bauernschaft verursachen. Erstens zersetzt die Ende der vierziger Jahre begonnene sprunghafte Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte¹ die kleine Warenproduktion und auch die kapitalistische Kleinproduktion von innen heraus und drängt zur Großproduktion mit einem hohen Einsatz an fixem und konstantem zirkulierendem Kapital, und zweitens zielen die Profitinteressen solcher stark konzentrierter Monopole wie der landwirtschaftlichen Produktionsmittelindustrie, der Nahrungsmittelindustrie und des Handels von außen - von den Bedürfnissen der monopolistischen Industrie her - zum Teil auf den gleichen, zum Teil auf anderen Wegen in dieselbe Richtung. Im Ergebnis beschleunigte sich der kapitalistische Konzentrationsprozeß in der Landwirtschaft außerordentlich und brachte die sozialen Strukturen in Bewegung.

Es liegen in der Bundesrepublik einige Hundert zum Teil sehr materialintensive und regional ins Detail gehende Arbeiten vor, die die Veränderungen in der westdeutschen Landwirtschaft unter verschiedenen, in der Mehrzahl unter betriebswirtschaftlichen Aspekten beschreiben und ihre künftige Entwicklung zu erfassen suchen. Dabei hat die bürgerliche Agrarwissenschaft und -geschichtsschreibung nicht nur ihre fast ein Jahrhundert lang vorherrschende Theorie von der Stabili-

1 Siehe dazu Manukjan, A., Neues in der kapitalistischen Landwirtschaft, in: So-wjetwissenschaft, Gesellschaftswiss. Beiträge, Nr. 11/1963, S. 1192; Recht-ziegler, Emil, Neue Entwicklungstendenzen der Produktivkräfte in der Land-wirtschaft der entwickelten kapitalistischen Länder, wirtschaftswiss. Diss. Humboldt-Universität (HU) Berlin 1965, publiziert unter dem Titel: Neue Ent-wicklungstendenzen in der Landwirtschaft der kapitalistischen Staaten, Berlin 1968.

tät und Überlegenheit der bäuerlichen Wirtschaft "behutsam" zu korrigieren bzw. umzufunktionieren, sie hat auch für die Agrarpolitik Wege zu finden, auf denen der Konzentrationsprozeß im Interesse der Monopole forciert werden kann, ohne einen offenen sozialen Konflikt hervorzurufen, der die Bauern politisch an die Seite des Proletariats führen könnte.

Für die marxistische Gesellschaftswissenschaft sind die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Landwirtschaft und die Veränderungen in der sozialökonomischen und Klassenstruktur der Agrarbevölkerung sowohl von grundsätzlich theoretischem als auch von aktuell-politischem Interesse. Das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft herzustellen und zu erweitern ist eine der wichtigsten politischen Aufgaben der revolutionären Arbeiterbewegung in ihrem Kampf gegen das Monopolkapital.² Eine Voraussetzung hierfür bildet die Kenntnis der objektiven Entwicklungsgesetze der landwirtschaftlichen Produktivkräfte, die Analyse der Klassenverhältnisse auf dem Lande sowie der Lage und der Interessen der einzelnen Gruppierungen innerhalb der Bauernschaft.

Es sind in der DDR bisher mehr als dreißig größere Untersuchungen über den Konzentrations- und Differenzierungsprozeß in der westdeutschen Landwirtschaft in seiner Wirkung auf die landwirtschaftlichen Produzenten vorgelegt worden.³ In der Mehrzahl handelt es sich um Dissertationen an landwirtschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Leipzig und Berlin. Mit Quellenpublikationen, neuen Fragestellungen und zusammenfassenden Darstellungen ist besonders das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) Berlin hervorgetreten.⁴

Einige wenige Arbeiten (insgesamt sechs) entstanden in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, als die soziale Bewegung sich mit dem Ruin der Kleinbauern und der massenhaften Abwanderung der Landarbeiter in die Industrie gerade erst ankündigte. Unter ihnen ragen die Dissertationen von G. Müller über die Lage der Kleinbauern⁵ und von P. Hess über die ökonomischen Grundlagen der ländlichen

- 2 Zum Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus der Gegenwart vgl. Der Imperialismus der BRD, von einem Autorenkollektiv unter Leitung v. Otto Reinhold, Berlin 1971, S. 605 ff.; Müller, Gerhard/Nuhs, Hans-Georg, Aktuelle Probleme der marxistisch-leninistischen Lehre vom Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft im Kapitalismus, in: IPW-Forschungshefte, Nr. 1/1974, S. 127 ff.
- 3 Berücksichtigt sind hier nur Arbeiten, die sich direkt oder als Folgeerscheinung anderer Prozesse mit Veränderungen der sozialen Struktur der Landwirtschaft der BRD beschäftigen.
- 4 Vgl. besonders DWI-Berichte, Nr. 7 u. 11/1969; 7 u. 12/1970; 2, 3, 4, 7 u. 11/1971; 2/1972; IPW-Berichte, Nr. 1, 2, 5 u. 9/1972; 4, 5, 8 u. 11/1973; 4, 5, 7, 10, 11 u. 12/1974; 2/1975, sowie die DWI- bzw. IPW-Forschungshefte Nr. 2/1966, 4/1969 u. 1/1974. - Seit 1971 besteht an diesem Institut ein Forschungskreis, der sich mit den Entwicklungstendenzen und Erscheinungen der Landwirtschaft der kapitalistischen Länder Westeuropas und insbesondere mit der Landwirtschaft der BRD befaßt.
- 5 Müller, Gerhard, Die Ausbeutung, Ruinierung und Verelendung der Kleinbauern in Westdeutschland nach dem II. Weltkrieg, wirtschaftswiss. Diss., Karl-Marx-Universität (KMU) Leipzig 1955, gedruckt unter dem Titel: Zur Lage der Kleinbauern in Westdeutschland, Berlin 1956.

Klassen in Westdeutschland⁶ besonders hervor. Die meisten Arbeiten stammen aus den sechziger Jahren. Hier setzen die Dissertationen von H. Schilling zu den Grundzügen und Erscheinungsformen des Konzentrationsprozesses unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus⁷ und ein Gesamtüberblick über die neuen ökonomischen und sozialen Erscheinungen in der Landwirtschaft mehrerer kapitalistischer Staaten von E. Rechtziegler⁸ Zäsuren. Die jüngste Publikation zur Agrarstruktur liegt uns mit einem Forschungsheft des Instituts für IPW aus dem Jahre 1974 vor, das Ergebnisse von der 5. Tagung der Internationalen Agrargruppe 1972 in Budapest enthält.⁹ Es ist - nicht zuletzt wegen der eingehenden Analyse der sozialökonomischen Struktur der Bauernschaft der BRD von J. Kleinsorge und H. Schilling - eine Bilanz der bisherigen Forschungsergebnisse und eine konzentrierte Darstellung der aufgeworfenen theoretischen Grundfragen, Aufgabenstellung und spezieller Untersuchungsgegenstand gruppieren die vorliegenden Arbeiten um die folgenden Themen bzw. Probleme:

1. Die neuen Erscheinungen in der kapitalistischen Landwirtschaft werden aus einer Gesamtschau unter Beachtung der ökonomischen und politischen Haupttriebkkräfte und der Auswirkungen sowohl auf die Produktionsgrundlagen als auch auf die Produktionsverhältnisse dargestellt. Besondere Beachtung erfahren die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution im Agrarbereich und die Herausbildung der vertikalen Integration als Ausgangspunkt für den entstehenden staatsmonopolistischen Agrar-Industrie-Komplex. Hier sind besonders die bereits erwähnte Dissertation¹⁰ sowie eine weitere Publikation von E. Rechtziegler¹¹,

6 Hess, Peter, Über die Klassenstruktur in der westdeutschen Landwirtschaft und die bürgerliche Apologetik in der Agrarfrage, wirtschaftswiss. Diss. HU Berlin 1956, gedruckt unter dem Titel: Ökonomische Grundlagen der ländlichen Klassen in Westdeutschland, Berlin 1957.

7 Schilling, Horst, Der kapitalistische Konzentrationsprozeß in der Landwirtschaft. Seine Grundzüge und deren Durchsetzung in Westdeutschland unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der 3. Etappe der allgemeinen Krise, landwirtschaftl. Diss. KMU Leipzig 1963.

8 Rechtziegler, Emil, a. a. O.

9 Die Internationale Agrargruppe ist eine Arbeitsgruppe der Problemkommission für multilaterale Zusammenarbeit der Akademien der Wissenschaften sozialistischer Länder bei der Erforschung des heutigen Kapitalismus, mit der Aufgabe, eine kollektive Monographie über "die Landwirtschaft der Länder Westeuropas: Ökonomische und soziale Prozesse unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution" vorzubereiten. Das IPW-Forschungsheft Nr. 1/1974 unter dem Titel: Soziale Prozesse in der kapitalistischen Landwirtschaft. Zu den Veränderungen in der Klassenstruktur der landwirtschaftlichen Bevölkerung unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution im staatsmonopolistischen Kapitalismus, enthält vier Beiträge: Nadel, Semen N., Die Klassenstruktur der landwirtschaftlichen Bevölkerung in den Ländern Westeuropas, S. 6 - 25; Sipos, Aladár, Tendenzen und Perspektiven der Migration der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in den entwickelten kapitalistischen Ländern, S. 26 - 48; Kleinsorge, Johann/Schilling, Horst, Veränderungen in der sozialökonomischen Struktur der Bauernschaft der BRD, S. 49 - 126; Müller, Gerhard/Nuhs, Hans-Georg, a. a. O., S. 127 - 153.

10 Rechtziegler, Emil, a. a. O.

11 Derselbe, Westdeutsche Landwirtschaft im Spätkapitalismus. Die agrarpolitische Konzeption des Finanzkapitals und die Beherrschung der westdeutschen

die Habilitationsschrift von P. Hess¹² mit ihren theoretischen Fragestellungen sowie der Sammelband "Bauern im Bonner Bundesstaat" mit einer breit gefächerten Problematik der ökonomischen und politisch-sozialen Erscheinungen in der westdeutschen Landwirtschaft¹³ zu nennen.

2. Es wird der Prozeß der Konzentration des Kapitals und der Produktion in der Landwirtschaft entweder umfassend theoretisch oder in einzelnen Erscheinungsformen und in den wesentlichen sozialen Zusammenhängen untersucht. Dieser Problematik sind die Dissertationen von W. Beilicke¹⁴, E. Schmidt¹⁵, H. Schilling¹⁶, M. Matthes¹⁷, R. Milachowski¹⁸ und G. Hoell¹⁹ gewidmet.

3. Die Ausplünderung der Landwirtschaft durch das Monopolkapital, ihre Formen, Methoden und das Ausmaß der Ausbeutung sowie die agrarpolitischen Steuerungen untersuchten G. Vogel²⁰, G. Speer²¹, K. Arnold²², W. Rosenberg²³, W. Schwei-

Landwirtschaft durch Staat und Monopole, in: DWI-Forschungshefte, Nr. 4/1969.

- 12 Hess, Peter, Wirkungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf die Landwirtschaft, in: Probleme des ökonomischen Inhalts und der Hauptseiten des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland, Kollektiv-Habil.-Schr. Institut für Gesellschaftswiss. Berlin 1965, gedruckt unter dem Titel: Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1967.
- 13 Bauern im Bonner Bundesstaat, Abwege, Irrwege, Auswege, Beiträge zur Lage und Perspektive der westdeutschen Bauern, hg. v. Institut für Agrargeschichte der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissensch., Berlin 1968.
- 14 Beilicke, Werner, Zur Zentralisation des Grund und Bodens unter dem Einfluß des monopolistischen Staatsapparates in Deutschland, unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in Westdeutschland, wirtschaftswiss. Diss. HU Berlin 1962.
- 15 Schmidt, Erika, Die Spezialisierung der Agrarbetriebe in Westdeutschland und ihr Einfluß auf die soziale und klassenmäßige Entwicklung in der westdeutschen Landwirtschaft, wirtschaftswiss. Diss. HU Berlin 1963.
- 16 Schilling, Horst, a. a. O.
- 17 Matthes, Manfred, Die Rolle der Aussiedlung und flächenmäßigen Vergrößerung der Aussiedlungsbetriebe bei der Beschleunigung des Konzentrationsprozesses in der westdeutschen Landwirtschaft, wirtschaftswiss. Diss. KMU Leipzig 1963.
- 18 Milachowski, Ruth, Die Entwicklung der Pachtverhältnisse unter den Bedingungen der Bonner Agrarpolitik, wirtschaftswiss. Diss. Hochschule für Binnenhandel Leipzig 1963.
- 19 Hoell, Günter, Erscheinungsformen und Ursachen des raschen kapitalistischen Konzentrationsprozesses in der westdeutschen Landwirtschaft, untersucht während des Zeitraumes von 1950 bis 1963, wirtschaftswiss. Diss. Hochschule für Ökonomie Berlin 1964.
- 20 Vogel, Gustav, Die Unterordnung und Ausbeutung der westdeutschen Landwirtschaft durch die Monopole, wirtschaftswiss. Diss. HU Berlin 1957, gedruckt unter dem Titel: Agrarpolitik der Monopole, Berlin 1957.
- 21 Speer, Gerhard, Die werktätigen Bauern Westdeutschlands unter dem Joch des Finanzkapitals, ing. -ök. Diss. Technische Hochschule (TH) Dresden 1957.
- 22 Arnold, Karl, Neoliberalismus und Agrarpolitik, landwirtschaftl. Habil. -Schr. Jena 1960.
- 23 Rosenberg, Werner, Strukturwandel und Rationalisierung, ein Instrument des

ger²⁴, A. Podrabski²⁵ und J. Kleinsorge²⁶. Unter dem besonderen Aspekt der Zusammenarbeit industrieller und landwirtschaftlicher staatsmonopolistischer Führungsgremien gehört auch die Arbeit von J. Hentschel²⁷ in diesen Zusammenhang. Agrarpolitische Aspekte und Probleme der Unterordnung der Landwirtschaft unter die Verwertungsbedürfnisse des Monopolkapitals spielen auch in allen bisher genannten Arbeiten eine Rolle, ohne jedoch ausschließlicher Untersuchungsgegenstand zu sein.

4. Ausgangspunkt und Hauptgegenstand der Analyse sind die Betriebsgrößen- bzw. die sozialökonomische Struktur und die Klassenverhältnisse in der Landwirtschaft der BRD. Dabei liegen als Untersuchungen zu einzelnen Gruppen landwirtschaftlicher Produzenten vor: die Dissertationen von G. Müller zur Lage der Kleinbauern²⁸, von A. Schiener zur Politik gegenüber den Landarbeitern²⁹, von E. Ludwig über die Lage der werktätigen Bäuerinnen³⁰, von A. Amelang zu den Betrieben mit einer Betriebsfläche von über 100 Hektar³¹, von A. Siebert zu den Nebenerwerbslandwirten³² und schließlich von F. Zimmermann zur Großbauernfra-

westdeutschen Imperialismus zur Vertreibung der Klein- und Mittelbauern und zur Schaffung einer kapitalistischen Großraumwirtschaft, landwirtschaftl. Diss. HU Berlin 1961.

- 24 Schweiger, Werner, Der Handel mit ausgewählten Agrarprodukten und landwirtschaftlichen Produktionsmitteln auf dem westdeutschen Binnenmarkt, unter besonderer Berücksichtigung der Rolle des Handelskapitals bei der zusätzlichen Ausplünderung der Bauern, wirtschaftswiss. Diss. KMU Leipzig 1965.
- 25 Podrabsky, Annemarie, Die Einfuhr- und Vorratsstellen der westdeutschen Landwirtschaft als Mittel staatsmonopolistischer Agrarpolitik, wirtschaftswiss. Diss. Halle 1965.
- 26 Kleinsorge, Johann, Die staatsmonopolistische Agrarkreditpolitik - ein wesentlicher politischer und ökonomischer Hebel zur umfassenden Integration und allseitigen Beherrschung der westdeutschen Bauern im spätkapitalistischen Herrschaftssystem, landwirtschaftl. Diss. Akademie der Landwirtschaftswiss. Berlin 1970. (Zusammenfassung in DWI-Berichte, Nr. 2/1971.)
- 27 Hentschel, Johannes, Die Rolle und die Aufgaben der "Verbindungsstellen Industrie/Landwirtschaft" im System der staatsmonopolistischen Agrarpolitik des westdeutschen Monopolkapitals, wirtschaftswiss. Diss. KMU Leipzig 1964.
- 28 Müller, Gerhard, a. a. O.
- 29 Schiener, Alfons, Eine Auseinandersetzung mit der reformistischen "konstruktiven Landarbeiterpolitik" der rechten Führer der westdeutschen Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF), Diss. Institut für Gesellschaftswiss. Berlin 1960, publiziert unter dem Titel: Konstruktive Landarbeiterpolitik? Eine Auseinandersetzung mit reformistischer Politik, Berlin 1962.
- 30 Ludwig, Elise, Die soziale Lage der werktätigen Bäuerinnen in Westdeutschland, wirtschaftswiss. Diss. KMU Leipzig 1964.
- 31 Amelang, Albert, Die ökonomischen und politischen Positionen der Agrarkapitalisten über 100 ha Betriebsfläche und der Differenzierungsprozeß unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland, wirtschaftswiss. Diss. KMU Leipzig 1966.
- 32 Siebert, Amadeus, Die Stellung und Bedeutung der Nebenerwerbslandwirte in der westdeutschen Landwirtschaft, landwirtschaftl. Diss. HU Berlin 1965, gedruckt unter dem Titel: Nebenerwerbslandwirte im staatsmonopolistischen System Westdeutschlands, Berlin 1966.

ge 33. Eine Darstellung der Gesamtstruktur der westdeutschen Landwirtschaft, die Relationen der sozialen Gruppen zueinander und in der Bewegung des Differenzierungsprozesses haben P. Hess sowie S. Münch für den Zeitraum bis zur Mitte der fünfziger Jahre vorgelegt. 34 Die nächsten Gesamtanalysen folgten dann zehn Jahre später mit der Veröffentlichung von E. Rechtziegler über Strukturwandlungen in der Landwirtschaft der BRD³⁵ und der Habilitationsschrift von G. Hoell³⁶. Den bisherigen Abschluß bildet der schon erwähnte Beitrag von J. Kleinsorge und H. Schilling 1974³⁷, der die sozialen Veränderungen im Gesamtzeitraum von mehr als zwanzig Jahren anhand einer großen Zahl von ökonomischen Kennziffern zum Teil in neuer Kombination zueinander verfolgt.

5. Schließlich seien die Arbeiten genannt, in deren Mittelpunkt die Auseinandersetzung mit der westdeutschen bürgerlichen Agrarstrukturtheorie steht. W. Parske³⁸ und H. Welack³⁹ befaßten sich mit der Demagogie, die mit dem Begriff des bäuerlichen Familienbetriebes getrieben wird, während G. Müller⁴⁰, G. Rutloh⁴¹ und W. Kliem⁴² verschiedene bürgerliche ökonomische Theorien über die Ent-

33 Zimmermann, Fritz, Die Großbauernfrage in Westdeutschland und ihre Bedeutung für die westdeutsche Arbeiterklasse (1963 - 1965), Diss. Institut für Gesellschaftswiss., Berlin 1966.

34 Hess, Peter, Über die Klassenstruktur in der westdeutschen Landwirtschaft ..., a. a. O.; Münch, Siegfried, Untersuchungen zum Betriebsgrößenproblem in der Landwirtschaft der kapitalistischen Länder, landwirtschaftl. Diss. HU Berlin 1957.

35 Rechtziegler, Emil, unter Mitarbeit von Peter Jacobi, Westdeutsche Landwirtschaft im Strukturwandel. Die Klassenverhältnisse in der westdeutschen Landwirtschaft und ihre staatsmonopolistische Regulierung, in: DWI-Forschungshefte, Nr. 2/1966.

36 Hoell, Günter, Zu wesentlichen Veränderungen der Agrarstruktur in Westdeutschland unter dem Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution und des staatsmonopolistischen Kapitalismus (untersucht für den Zeitraum 1950 - 1967), wirtschaftswiss. Habil.-Schr. Hochschule für Ökonomie Berlin 1968.

37 Kleinsorge, Johann/Schilling, Horst, a. a. O.

38 Parske, Wolfgang, Einige Untersuchungen über den kapitalistischen Konzentrationsprozeß in der westdeutschen Landwirtschaft und seine Verschleierung durch die bürgerliche Theorie vom "bäuerlichen Familienbetrieb", landwirtschaftl. Diss. HU Berlin 1959, gedruckt unter dem Titel: Die Lüge über den bäuerlichen Familienbetrieb. Untersuchung über die Lage der werktätigen Bauern in Westdeutschland, Berlin 1960.

39 Welack, Herbert, Die bürgerliche Pseudotheorie vom bäuerlichen Familienbetrieb, Instrument zur Verschleierung des kapitalistischen Konzentrations- und Differenzierungsprozesses in der westdeutschen Landwirtschaft, landwirtschaftl. Diss. HU Berlin 1965.

40 Müller, Gerhard, Der kapitalistische Charakter der agrarpolitischen Grundlagen der bürgerlichen landwirtschaftlichen Betriebslehre, landwirtschaftl. Diss. HU Berlin 1963.

41 Rutloh, Gerda, Ökonomische Theorien der katholischen Soziallehre über die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft, wirtschaftswiss. Diss. HU Berlin 1964.

42 Kliem, Wolfgang, Theoretisches System und ideologischer Gehalt der ländlichen Soziologie in Westdeutschland, unter besonderer Berücksichtigung des Stadt-Land-Gegensatzes, phil. Diss. KMU Leipzig 1965.

wicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft auf ihren ideologischen Gehalt und ihre politisch-soziale Aussage untersuchten.

Alle genannten Arbeiten stützen sich in ihrer Quellenbasis auf das in der Bundesrepublik veröffentlichte statistische Material, vornehmlich auf die landwirtschaftlichen Betriebszählungen von 1949, 1960 und (soweit bereits bekannt) 1971, auf die seit 1956 jährlich erstatteten Agrarberichte der Bundesregierung und auf verschiedene in der BRD bzw. im Rahmen der EWG redigierten Statistiken und statistischen Jahrbücher⁴³. Sie beziehen sich mit einer Ausnahme⁴⁴ stets auf das Gesamtterritorium der BRD. Wie wichtig die Erforschung der lokalen und territorialen Zustände und Prozesse ist, braucht angesichts der historisch überkommenen unterschiedlichen Agrarstruktur und in Anbetracht der industriellen Ballungsräume mit ihren Einflüssen auf die Landwirtschaft nicht betont zu werden. In dieser Beziehung bleibt noch manche Frage in unserer Forschung offen.

In den vorgelegten Arbeiten wurde bei der Analyse der sozialen Veränderungen und der Klassenverhältnisse in der Landwirtschaft der BRD eine große Zahl von Einzelproblemen und Detailfragen aufgegriffen: so zum Beispiel die Frage, ob die theoretischen Begründungen für das Zurückbleiben der Landwirtschaft hinter der Industrie und für den daraus entspringenden Gegensatz zwischen Stadt und Land im Kapitalismus und Imperialismus heute - unter Berücksichtigung besonders der Tatsache, daß seit einigen Jahren das Wachstumstempo der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft das der Industrie weit übersteigt - noch ausreichen können und welche Faktoren und Triebkräfte sowohl für das zeitweise Zurückbleiben der Landwirtschaft als auch für ihr sprunghaftes Aufholen in der Gegenwart im einzelnen ausschlaggebend waren bzw. sind; oder Fragen, die einzelne Gruppen landwirtschaftlicher Produzenten betreffen, zum Beispiel, wie die stark anwachsende Gruppe der Nebenerwerbslandwirte mit einer zum Teil stark spezialisierten landwirtschaftlichen Marktproduktion bei gleichzeitiger Aufnahme von Lohnarbeit durch den Betriebsinhaber klassenmäßig einzuordnen ist; und anderes mehr.

Neben den Detailproblemen kristallisierten sich einige zentrale Fragen heraus, die - mehr oder weniger prononciert - in allen Untersuchungen der sozialen Strukturverhältnisse in der Landwirtschaft von unterschiedlichen speziellen Gegenständen, Ausgangspunkten und Aspekten her berührt wurden. Da ist zunächst die Frage, auf welche Weise sich der Konzentrationsprozeß im Zuge der Revolutionierung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte und unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus vollzieht und ob er aus den bisher gebräuchlichen ökonomischen Kennziffern und Indizes heute noch ablesbar ist. Damit eng verbunden ist die Frage, welchen Einfluß der Konzentrationsprozeß und besonders

43 Statistisches Jahrbuch der BRD, hg. v. Statistischen Bundesamt Wiesbaden; Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesregierung Deutschlands, hg. v. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; Jährliche Berichte der Bundesregierung über die Lage in der Landwirtschaft, hg. v. Bundesrat, Drucksachen, Bonn 1956 ff.; daneben auch Agrarstatistik, hg. v. Statistischem Amt der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1955 ff.; Agrarstatistisches Jahrbuch, hg. v. Statistischem Amt der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 1970 ff.

44 Vogel, Heinz, Der kapitalistische Konzentrationsprozeß in der bayerischen Landwirtschaft unter den Bedingungen der Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland, Diss. Hochschule für Landwirtsch. Bernburg 1962.

die Unterordnung der Landwirtschaft unter die Interessen des Industrie- und Handelskapitals auf die Richtung und den Charakter des Differenzierungsprozesses der Bauernschaft ausübt, und schließlich, welche neuen Bedingungen und Möglichkeiten sich durch Veränderungen in der sozialökonomischen Struktur der landwirtschaftlichen Produzenten bzw. durch die Veränderungen der Klassenverhältnisse im Dorf für das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft ergeben. Die konkrete Analyse und Interpretation der Betriebsgrößen- bzw. sozialökonomischen Struktur führt notwendig zu der Frage nach den Kriterien für die Beurteilung des sozialökonomischen Charakters des Landwirtschaftsbetriebes bzw. nach den ökonomischen und anderen Kennziffern, in denen sich die Kriterien ausdrücken. Diese Frage ist zwar nicht grundsätzlich neu. Sie ist durch Marx für die kapitalistischen Produktionsverhältnisse prinzipiell theoretisch geklärt und von Lenin unter den Bedingungen des sich herausbildenden Monopolkapitalismus im einzelnen untersucht und beantwortet worden. Sie stellt sich aber im Zusammenhang mit dem schnellen Fortschritt der agraren Produktivkräfte, der ebenso raschen Verringerung der Zahl der landwirtschaftlichen Produzenten bei einer nur langsam fortschreitenden Konzentration des Bodens und schließlich auch im Zusammenhang mit der wachsenden Verflechtung zwischen Agrarwirtschaft und Industrie auf eine neue Weise. Veranlaßt wurde die Fragestellung zunächst durch ein Detailproblem: Wie nämlich nach dem starken Rückgang der landwirtschaftlichen Lohnarbeit seit Anfang der fünfziger Jahre der sozialökonomische Charakter jener Betriebe einzuschätzen sei, die mit einer (für westdeutsche Verhältnisse) relativ großen landwirtschaftlichen Nutzfläche, mit einem hohen Einsatz von fixem und konstantem zirkulierendem Kapital, bei einer wachsenden Produktion für den Markt und ohne Lohnarbeiter wirtschaften. Es zeigte sich aber im Verlauf der weiteren Forschungen, daß nicht nur die Abgrenzung nach oben - zwischen kleinen Warenproduzenten und kapitalistischen Betrieben (das heißt hier zwischen Mittel- und Großbauern) -, sondern auch die nach unten - zwischen bäuerlichen kleinen Warenproduzenten und landwirtschaftlicher Produktion von Proletariern - unter den veränderten Bedingungen eine erneute Prüfung und Diskussion der Einklassungskriterien erfordert.

Auf das Problem des sozialökonomischen Charakters einzelner Größengruppen landwirtschaftlicher Betriebe, speziell der Abgrenzung zwischen einfachen und kapitalistischen bäuerlichen Warenproduzenten und der dabei anzuwendenden Kriterien, soll im weiteren etwas ausführlicher eingegangen werden.

Die Sozialstruktur des Kapitalismus mit ihren zwei konträren Gruppen - den Kapitalisten als den Eigentümern von Produktionsmitteln und Ausbeutern von Lohnarbeit und den Lohnarbeitern als Nichteigentümern von Produktionsmitteln und Verkäufern ihrer Arbeitskraft - sowie der dazwischen operierenden Gruppe der einfachen Warenproduzenten als Eigentümer von Produktionsmitteln, mit (im wesentlichen) einfacher Reproduktion bei vorherrschender eigener Arbeit - ist ein Modell, das in der Realität nur an den äußeren Polen in so eindeutiger Gestalt vorkommt. In sich sind alle drei sozialökonomischen Gruppen vielschichtig gegliedert. Bei den einfachen Warenproduzenten insbesondere sind die Konturen durch Übergangsformen zur kapitalistischen Warenproduktion ebenso wie durch solche zur Lohnarbeit, durch Grenzfälle, Elemente nichtkapitalistischer Produktionsverhältnisse und durch die fortwährende differenzierende Bewegung, in der sich alle Warenproduzenten infolge ihrer Unterwerfung unter die kapitalistischen Marktgesetze befinden, sehr unscharf.⁴⁵ Die marxistisch-leninistische Wissen-

⁴⁵ Vgl. Semjenow, W. S., Kapitalismus und Klassen. Die Erforschung der Sozial-

schaft geht bei der Analyse der konkreten sozialökonomischen Struktur und der Klassenverhältnisse von objektiven Kriterien aus, von denen die entscheidenden der Platz des Menschen in dem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, das Verhältnis zu den Produktionsmitteln, die Stellung im Produktionsprozeß und die Art der Erlangung sowie die Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum sind.⁴⁶ Die in den Kriterien widergespiegelten sozialen Beziehungen drücken sich im Bereich der Produktion in einem komplizierten System ökonomischer Kennziffern aus, die zum Teil direkt, zum großen Teil nur indirekt und in Kombinationen mit nachgeordneten Faktoren einen entsprechenden sozialökonomischen Sachverhalt deutlich werden lassen und so eine Zuordnung zu einer der drei sozialökonomischen Gruppen gestatten. Welche Kennziffern dabei für die konkrete Untersuchung ausgewählt werden, das hängt im besten Falle von ihrer Aussagekraft, häufig aber auch von methodisch-technischen Fragen (zum Beispiel ihrer Quantifizierbarkeit) sowie von dem Zustand der Statistik ab. Als gebräuchlichste ökonomische Kennziffern für die Strukturanalyse in der Landwirtschaft werden bisher trotz vieler kritischer Hinweise über ihre Unzulänglichkeiten⁴⁷ der Umfang der landwirtschaftlichen Nutzfläche (ab und zu in Verbindung mit den Pachtverhältnissen in Ermangelung einer Grundeigentumsstatistik), die Größe des Viehbestandes, der Grad der Maschinenanwendung bzw. der Mechanisierung, die Verwendung von Düngemitteln und ähnliches sowie der Umfang der Lohnarbeit in Relation zur Familienarbeit und der Haupt- und Nebenerwerb der Betriebsleiter verwendet, das heißt die Betriebsgröße ausgedrückt in ihrem Aufwand an vergegenständlichter und lebendiger Arbeit bei einem bestimmten Grundfonds an Produktionsmitteln sowie die Selbständigkeit bzw. Unselbständigkeit des Betriebsinhabers im Produktionsprozeß. Versuche, das Produktionsergebnis (Produktionsumfang, Anteil der Marktproduktion, Verkaufserlös, Einkommen in Relation zum Betriebsaufwand, Verschuldung und ähnliches) in die Bestimmung des sozialökonomischen Charakters des Betriebes einzubeziehen, sind bisher gering⁴⁸ und von den Quellen her auch erst in neuerer Zeit möglich. In der Reihe ökonomischer Kennziffern zur Qualifizierung der sozialökonomischen Betriebsgröße sind zwei besonders herausgehoben, und zwar der Umfang der landwirtschaftlichen Nutzfläche und die Verwendung von Lohnarbeit. Dabei ist der hervorragende Platz des Flächenumfanges im Rahmen der Strukturanalyse nur zum Teil durch seinen Aussagewert für die sozialökonomischen Verhältnisse bedingt, viel-

struktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft, Berlin 1972, S. 80 ff.; siehe auch Kuczynski, Jürgen, Soziologie des imperialistischen Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1962, T. 2, S. 26 ff.

- 46 Vgl. Lenin, W. I., Die große Initiative, in: Werke, Bd. 29, Berlin 1970, S. 410.
- 47 Vgl. derselbe, Die Agrarfrage und die Marxkritiker, in: Werke, Bd. 5, Berlin 1955, S. 101 ff.; derselbe, Das kapitalistische System der modernen Landwirtschaft, in: Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 435 ff.; derselbe, Neue Daten über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft, I. Folge, Kapitalismus und Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 51 f.; Bellicke, Werner, a. a. O., S. 29 ff.; Hoell, Günter, Zu wesentlichen Veränderungen ..., a. a. O., S. 131 ff.; Nadel, Semen N., a. a. O., S. 10 ff.; Kleinsorge, Johann/Schilling, Horst, a. a. O., S. 52 ff.
- 48 Vgl. Rechtziegler, Emil, Westdeutsche Landwirtschaft im Strukturwandel, a. a. O.; Kleinsorge, Johann/Schilling, Horst, a. a. O.; Zimmermann, Fritz, a. a. O.

mehr dagegen durch seine Verwendung als Ordnungsfaktor für die Gliederung der Betriebe in sogenannte "Größengruppen nach der landwirtschaftlichen Nutzfläche" in der deutschen Statistik. Über die Mangelhaftigkeit der Fläche als Maßstab für die Betriebsgröße im Sinne einer sozialökonomischen Kategorie und auch als Gliederungsgrundlage ist schon sehr viel Kritisches angemerkt worden,⁴⁹ Es besteht kein Zweifel darüber, daß der Flächenumfang als ausschließliche Kennziffer für die sozialökonomische Kennzeichnung der Betriebe unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen völlig unzureichend ist. Trotzdem münden alle Analysen der landwirtschaftlichen Sozialstruktur bis heute darin, die mit Hilfe anderer qualitativer aussagekräftiger Daten ermittelte sozialökonomische Struktur in Flächengrößen - das heißt in einer Betriebsgrößenstruktur auf der Grundlage des Umfangs der LN auszudrücken bzw. die Betriebsgrößenstruktur nach der LN nach einem bestimmten um die Jahrhundertwende für das Deutsche Reich erarbeiteten Schema mit sozialökonomischen Inhalten zu identifizieren. Das geschieht in der Weise, daß bestimmte Betriebsgrößengruppen nach dem Umfang der LN mit bestimmten sozialökonomischen Gruppen gleichgesetzt werden - so zum Beispiel die Betriebsgrößengruppe 2 bis 5 Hektar LN mit den Kleinbauern, 5 - 20 Hektar LN mit mittelbäuerlichen und 20 - 100 Hektar LN im allgemeinen mit großbäuerlichen Betrieben. Dieses Verfahren hängt zwar in erster Linie mit dem statistischen Gliederungsprinzip und der unzureichenden statistischen Erfassung von anderen Produktionskennziffern zusammen, hat aber eine Wurzel auch in der Wertung, die dem Boden als Hauptproduktionsmittel in der Landwirtschaft zugemessen wird. Die Anschauung darüber, welchen Aussagewert der Flächenumfang bei dem gegenwärtigen Niveau der Produktivkräfte hat, gehen dabei recht weit auseinander. So schätzt P. Hess in bezug auf die Verhältnisse in der BRD (1956) ein, daß die "bewirtschaftete Fläche heute ein zuverlässigerer Maßstab für die Größe einer Wirtschaft ist, als dies vor fünfzig Jahren der Fall war"⁵⁰, während G. Hoell, J. Kleinsorge, H. Schilling und andere meinen, die landwirtschaftliche Nutzfläche sei bei dem gegenwärtigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte als Kriterium für die sozialökonomische Betriebsgröße unzulänglicher denn je⁵¹, man könne heute von einem "völligen Umbruch in den Relationen zwischen Arbeitskräften, Boden und Technik" sprechen⁵². Von der Jahrhundertwende bis in die fünfziger Jahre dagegen seien die Korrelationen zwischen der Wirtschaftsfläche eines Betriebes, dem Umfang und dem Entwicklungsniveau der sonstigen Produktionsmittel, dem Bedarf und Einsatz an Arbeitskräften sowie dem erzielten Einkommen verhältnismäßig eindeutig gewesen, so daß direkt von der Betriebsgrößenstruktur (nach der LN) auf die sozialökonomische Struktur habe geschlossen werden können,⁵³ Was die Zeit vor fünfzig Jahren angeht, so ist die Einschätzung zweifellos nicht ganz zutreffend hier ist P. Hess zuzustimmen. Denn an die Verhältnisse um die Jahrhundertwende hat Lenin gerade den Widerspruch zwischen den auf der Flächengröße beruhenden Einschätzungen und der tatsächlichen sozialökonomischen Struktur aufgedeckt.⁵⁴ Für die nachfolgenden Jahrzehnte fehlen allerdings entsprechende Analysen, und die Literatur behilft sich notgedrungen und ohne weitere Versuche ei-

49 Vgl. Anm. 47 der vorliegenden Arbeit.

50 Hess, Peter, Ökonomische Grundlagen der ländlichen Klassen in Westdeutschland, a. a. O., S. 52.

51 Vgl. Hoell, Günter, Zu wesentlichen Veränderungen ..., a. a. O., S. 131, 164.

52 Kleinsorge, Johann/Schilling, Horst, a. a. O., S. 84.

53 Vgl. ebenda, S. 52.

54 Vgl. die in Anm. 47 genannten Arbeiten Lenins.

ner Abgrenzung mit der Gleichsetzung von Großengruppen nach der LN und bestimmten sozialökonomischen Gruppen, wobei völlig offen ist, wieweit diese Gleichsetzung den realen sozialökonomischen Gegebenheiten entspricht.

Als das entscheidende Kriterium der Abgrenzung zwischen kapitalistischen und einfachen Warenproduzenten gilt in Kombination mit anderen Kennziffern die Beschäftigung von Lohnarbeitern. Dieses Kriterium gründet sich auf die Tatsache, daß die Aneignung von Mehrwert aus Lohnarbeit in Gestalt von Profit das wesensbestimmende Merkmal der kapitalistischen Produktionsweise ist. In den Analysen zur landwirtschaftlichen Sozialstruktur und zum Differenzierungsprozeß der Bauernschaft um die Jahrhundertwende hat Lenin dieses Kriterium insofern präzisiert, als er nicht die Beschäftigung von Lohnarbeitern schlechthin, sondern das Überwiegen der Lohnarbeit gegenüber der Familienarbeit als Kriterium für die kapitalistische Warenproduktion in der Landwirtschaft - hier speziell als Grenze zwischen dem kapitalistisch produzierenden Großbauern gegenüber dem Prototyp des einfachen Warenproduzenten in der Landwirtschaft, dem Mittelbauern - ansah.⁵⁵ Für das Deutsche Reich lag diese Grenze um die Jahrhundertwende, in landwirtschaftlicher Nutzfläche ausgedrückt, regional unterschiedlich zwischen 10 und 20 Hektar LN.⁵⁶ Seit den fünfziger Jahren (in den USA bereits wesentlich früher) ist die Zahl der Lohnarbeiter in der Landwirtschaft aus verschiedenen Ursachen, in der Hauptsache infolge der Mechanisierung der landwirtschaftlichen Produktion, außerordentlich rasch zurückgegangen - in der BRD im Zeitraum von 1949 bis 1971 um fast 75 Prozent.⁵⁷ Die Masse der Betriebe zwischen 20 und 50 Hektar LN und ein Teil der Betriebe zwischen 50 und 100 Hektar LN, die bis dahin aufgrund der Beschäftigung mehrerer ständiger Lohnarbeiter als kapitalistisch produzierende Großbauern einzuschätzen waren, wirtschaften heute ohne ständige und zum überwiegenden Teil auch ohne zeitweilig beschäftigte Lohnarbeiter.⁵⁸ Über die Folgerungen, die sich daraus für die Charakterisierung des sozialökonomischen Typs dieser Betriebe ableiten, vor allem aber über das Gewicht, das die Beschäftigung von ständigen Lohnarbeitern im Verhältnis zur Familienarbeit als das entscheidende Kriterium der Abgrenzung zwischen kapitalistischer und einfacher Warenproduktion gegenwärtig hat, variieren die Auffassungen. Einhellig geht die Meinung aber dahin, daß die Beschäftigung von ständigen Lohnarbeitern in landwirtschaftlichen Betrieben als Kriterium für die Aneignung von Mehrwert, für die Erzielung von Profit an Eindeutigkeit eingebüßt hat. Semen N. Nadel, der als das sicherste Kriterium für die Zugehörigkeit des Landwirtes zur Bourgeoisie das Ausmaß des von ihm realisierten Mehrwertes ansieht, ordnet den Einsatz von Lohnarbeit im Betrieb, auch das Verhältnis zwischen der Zahl der Lohnarbeiter und der Familienarbeitskräfte nur als eine ökonomische Kennziffer neben anderen ein, als das entscheidende Kriterium - sozusagen als das Zünglein an der Waage - möchte er es nicht erkennen.⁵⁹ Nadel begründet diese Nichtidentität von erzieltm Mehrwert und ständiger Beschäftigung von Lohnarbeitern im Landwirtschaftsbetrieb zunächst damit, daß der Mehrwert sich in

55 Vgl. Lenin, W. I., Das kapitalistische System der modernen Landwirtschaft, a. a. O., S. 441.

56 Vgl. Dillwitz, Sigrid, Die Struktur der Bauernschaft von 1871 bis 1914. Dargestellt auf der Grundlage der deutschen Reichsstatistik, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 9, Berlin 1973, S. 76 ff., 81 f.

57 Kleinsorge, Johann/Schilling, Horst, a. a. O., S. 68.

58 Vgl. ebenda, S. 97 f.

59 Vgl. Nadel, Semen N., a. a. O., S. 10.

verschiedenen Eigentumsformen verbirgt, nämlich in denen des Unternehmerrgewinns, der Rente, des Zinses und anderer, daß aber auch innerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes bei dem hohen Grad der Mechanisierung und dem damit verbundenen hohen Anteil an vergegenständlichter Arbeit am gesamten Arbeitsaufwand nicht nur das variable, sondern in gleicher Weise der Aufwand an konstantem Kapital berücksichtigt werden muß, schließlich daß unter den Bedingungen der verzweigten Kooperation zwischen der Landwirtschaft und anderen Wirtschaftszweigen die direkte Verwendung von Lohnarbeit nicht den tatsächlichen Umfang der Ausbeutung fremder Arbeitskraft widerspiegelt. Nadel kommt zu dem Ergebnis, daß in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe der Produktivkräfte große landwirtschaftliche Betriebe ohne Lohnarbeiter bzw. mit einem ganz geringen Umfang von Lohnarbeit eine riesige Menge von Waren auf den Markt werfen und Profit erzielen. Dieser Profit könne sowohl aus Dienstleistungen von Industrie und Handel stammen als auch aufgrund des technisch-ökonomischen Vorlaufs dieser Betriebe über den Markt indirekt realisiert werden.⁶⁰ Das wesentlichere Kriterium sei also die Erzielung von Profit. Ähnliche Gedanken werden von P. Hess, G. Hoell, S. Münch und anderen in unterschiedlicher Akzentuierung formuliert.⁶¹ Daß im Zuge der Verflechtung von Industrie und Landwirtschaft und bei fortschreitender Arbeitsteilung zwischen ihnen die Beschäftigung von Lohnarbeitern im landwirtschaftlichen Betrieb nicht die einzige Quelle der Aneignung von Mehrwert zu sein braucht, sondern eine Form der Ausbeutung unter anderen, haben P. Hess und G. Hoell besonders hervorgehoben⁶², und auch in anderen Arbeiten werden verschiedene Formen der indirekten oder verdeckten Nutzung fremder Arbeitskraft genannt⁶³. An erster Stelle stehen dabei industrielle Vorleistungen und direkte Dienstleistungen (zum Beispiel Saatgutaufbereitung, Futtermittelzubereitung, Schädlingsbekämpfung, Düngemittelversorgung und Düngung, Vorleistungen für die Maschinenanwendung und Maschinenarbeiten, Transporte usw.). Der Umfang industrieller Vor- und Dienstleistungen, hier also Bezug von Produktionsmitteln und die Inanspruchnahme von Dienstleistungen ohne Investitionen, Abschreibungen und Zinsen, betrug nach Hoell 1965 bereits 43 Prozent des Produktionswertes der westdeutschen Landwirtschaft.⁶⁴ In anderen kapitalistischen Ländern liegt der Anteil noch wesentlich höher, bei insgesamt steigender Tendenz. Aber trotz der Hinweise auf den wachsenden Umfang der Dienstleistungen auch bei anderen Autoren⁶⁵ ist der Prozeß der Ausgliederung landwirtschaftlicher Arbeitsprozesse aus der unmittelbaren Produktion des Landwirtschaftsbetriebes in seinen Auswirkungen auf die sozialen Veränderungen der Landwirtschaft noch weitgehend unerforscht, letztlich auch die Frage, inwieweit der Landwirtschaftsbetrieb als Nutzer von Dienstleistungen tatsächlich an der Ausbeutung der im Dienst-

60 Vgl. ebenda, S. 10 ff.

61 Vgl. Hess, Peter, Ökonomische Grundlagen der ländlichen Klassen in Westdeutschland, a. a. O., S. 17, 87, 91 ff.; Münch, Siegfried, a. a. O.; Hoell, Günter, Erscheinungsformen ..., a. a. O., S. 12 ff.; derselbe, Zu wesentlichen Veränderungen ..., a. a. O., S. 115 ff., 123; Schilling, Horst, a. a. O., S. 143 f.

62 Vgl. Anm. 61.

63 Vgl. Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Autorenkollektiv unter Leitung v. R. Gündel, Berlin 1967; Welack, Herbert, a. a. O., S. 78; Rechtziegler, Emil, Neue Entwicklungstendenzen ..., a. a. O., S. 74.

64 Hoell, Günter, Zu wesentlichen Veränderungen ..., a. a. O., S. 57, nach: Agrardienst, Nr. 39/1968, S. 4.

65 Rechtziegler, Emil, Neue Entwicklungstendenzen ..., a. a. O., S. 74.

leistungsbetrieb beschäftigten Lohnarbeiter partizipiert. Auf die Möglichkeit, daß hochmechanisierte und rationalisierte Landwirtschaftsbetriebe ohne Beschäftigung von Lohnarbeitern indirekt über den Markt an der Ausbeutung der in der Landwirtschaft Beschäftigten beteiligt sein können, haben auch H. Schilling und G. Hoell hingewiesen.⁶⁶ Auch in der jüngsten Publikation verneint H. Schilling eine solche Möglichkeit theoretisch nicht, hält sie aber nach den untersuchten Kennziffern für die Landwirtschaft der BRD nur in Ausnahmefällen für Betriebe, die in ihrer Kapitalausstattung, Spezialisierung und Wirtschaftsführung weit über dem Durchschnitt liegen, für realisierbar.⁶⁷ Nicht mehr aufrechterhalten werden dagegen Einschätzungen, daß Landwirtschaftsbetriebe ohne unmittelbare Ausbeutung von Lohnarbeitern einen kapitalistischen Charakter haben, wenn ihre Mechanisierung, die ihnen in Form der Differentialrente II einen Profit garantiert, aus akkumuliertem Mehrwert stammt, den sie aus früherer Lohnarbeit realisierten.⁶⁸ Auch Bemerkungen, daß das Kriterium für den kapitalistischen Charakter des Betriebes nicht schlechthin der Umfang der Lohnarbeit, sondern die Verbindung von Lohnarbeit und Mechanisierung sein müsse, da ein höheres Niveau der Produktivkräfte den Grad der Ausbeutung erhöht⁶⁹, haben nur dann Bedeutung, wenn Lohnarbeit überhaupt verwendet wird.

In der Diskussion um den Rang der Lohnarbeit in der Reihe der Kennziffern zur Abgrenzung der kapitalistischen von der einfachen bäuerlichen Warenproduktion vertreten G. Müller, E. Rechtziegler, F. Zimmermann und in dem neuesten Beitrag auch J. Kleinsorge und H. Schilling am deutlichsten die Meinung, daß auch bei Einräumung der Möglichkeiten von verschleieter und indirekter Teilnahme an der Ausbeutung fremder Arbeitskraft der Umfang der Lohnarbeit im Verhältnis zur Familienarbeit im Landwirtschaftsbetrieb nach wie vor das direkteste und eindeutigste Kriterium für die Feststellung seines sozialökonomischen Charakters ist.⁷⁰ Die Analyse der sozialen Struktur in der Landwirtschaft der BRD anhand verschiedener miteinander in Beziehung gesetzter ökonomischer Kennziffern - wie dem Umfang der landwirtschaftlichen Nutzfläche, dem Nebenerwerb, der Art und Höhe des Einkommens, dem Umfang des Betriebskapitals, der Nettoinvestitionen im Verhältnis zur Neuverschuldung und der Beschäftigung von Lohnarbeitern - hat diese Meinung gefestigt. J. Kleinsorge und H. Schilling konnten feststellen, daß landwirtschaftliche Betriebe in der BRD bis zu 50 Hektar LN und zum Teil darüber hinaus ohne Lohnarbeiter trotz einer hohen Ausstattung mit Boden, Vieh, Maschinen usw. nicht mehr imstande sind, erweitert zu reproduzieren, bzw. daß ihre Möglichkeiten zur erweiterten Reproduktion sehr begrenzt sind.⁷¹

Je nach dem Stellenwert, den die Beschäftigung von Lohnarbeitern im System der anderen ökonomischen Kennziffern zur Beurteilung des sozialökonomischen Typs

66 Vgl. Schilling, Horst, a. a. O., S. 143 f.; Hoell, Günter, Zu wesentlichen Veränderungen ..., a. a. O., S. 156.

67 Vgl. Kleinsorge, Johann/Schilling, Horst, a. a. O., S. 107 f.

68 Vgl. u. a. Parske, Wolfgang, Die Lüge über den bäuerlichen Familienbetrieb, a. a. O., S. 130.

69 Vgl. ebenda, S. 129.

70 Vgl. Müller, Gerhard, Staatsmonopolistischer Kapitalismus und Großbauern in Westdeutschland, in: Einheit, Nr. 6/1965; Rechtziegler, Emil, Westdeutsche Landwirtschaft im Strukturwandel, a. a. O., S. 41 ff.; Zimmermann, Fritz, a. a. O., S. 77 ff., 133 ff.; Kleinsorge, Johann/Schilling, Horst, a. a. O., S. 54, 96.

71 Vgl. Kleinsorge, Johann/Schilling, Horst, a. a. O., S. 104, 122.

der Landwirtschaftsbetriebe einnimmt, wird bei der Darstellung der Sozialstruktur der westdeutschen Landwirtschaft die Grenze zwischen den mittelbäuerlichen und großbäuerlichen Betrieben entweder wie bisher allgemein üblich um 20 Hektar LN belassen - das geschieht dann, wenn die Beschäftigung von Lohnarbeitern nicht als ein entscheidendes Kriterium der Abgrenzung zwischen einfachen und kapitalistischen Warenproduzenten angesehen wird - oder aber wesentlich nach oben, bis auf 50 und mehr Hektar LN verschoben⁷², nämlich dann, wenn in diesen Betrieben Landarbeiter nicht beschäftigt sind.

In den Arbeiten, die sich auf Daten der jüngsten Entwicklung stützen können, überwiegt die Einschätzung, daß die am Ende der vierziger Jahre noch kapitalistisch produzierenden Betriebe zwischen 20 und 50 Hektar LN im Zuge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Konzentrationsprozesses in der Landwirtschaft ihren großbäuerlich-kapitalistischen Charakter verloren haben und sozialökonomisch als einfache Warenproduzenten mittelbäuerlichen Typs zu klassifizieren sind.⁷³ Wenn diese mittelbäuerlichen Betriebe - wie auch die übrigen (kleineren) Gruppen einfacher Warenproduzenten - heute einen beträchtlich größeren Umfang an Produktionsmitteln, besonders auch an Boden besitzen als um die Jahrhundertwende oder noch vor wenigen Jahrzehnten, so hängt das zweifellos mit dem allgemeinen Entwicklungsniveau der Produktivkräfte zusammen. Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution haben sich die Bedingungen, eine Produktion aufrechtzuerhalten, vom Umfang der Produktionsmittel her wesentlich verändert.

Die Wertung der Lohnarbeit im bäuerlichen Betrieb zwingt außerdem zu Schlußfolgerungen über den Verlauf des kapitalistischen Differenzierungsprozesses innerhalb der Bauernschaft. Es geht dabei um die Frage, ob der Prozeß der Differenzierung der einfachen Warenproduzenten heute noch zum Proletariat auf der einen und zum Kapitalisten auf der anderen Seite führt, ob vor allem der Aufstieg eines kleinen Teils der Mittelbauern zu Großbauern noch für möglich gehalten wird, oder ob mit dem Übergang einer immer größeren Zahl von Großbauern in die einfache Warenproduktion auch der Differenzierungsprozeß aufhört, ein Prozeß der Polarisierung zu sein, und seine Entwicklung in eine einzige Richtung - vom Großbauern über den Mittelbauern in den Nebenerwerb bis in das Proletariat - nimmt.

Diese letzte Möglichkeit wird in der Literatur mehr und mehr als sicher angenommen.⁷⁴ Dabei spielt für die Beurteilung der Entwicklungsrichtung der Differenzierung außerdem eine wirtschaftliche und soziale Erscheinung eine Rolle, die wir bisher nur am Rande erwähnt haben: die vertikale Integration bzw. Kooperation zwischen Industrie- und Handelsmonopolen und landwirtschaftlichem Betrieb. Die vertikale Integration, die bei E. Rechtziegler in ihren verschiedenen Formen recht ausführlich beschrieben wird⁷⁵, ist in ihrer sozialen Wirkung als direkte

72 Eine völlige Übereinstimmung zwischen Umfang der LN und sozialökonomischem Typ wird selbstverständlich von niemandem angenommen.

73 Vgl. Kleinsorge, Johann/Schilling, Horst, a. a. O., S. 121 f.; Zimmermann, Fritz, a. a. O., S. 129 ff.; Rechtziegler, Emil, Westdeutsche Landwirtschaft im Strukturwandel, a. a. O., S. 41.

74 Vgl. Müller, Gerhard, Staatsmonopolistischer Kapitalismus und Großbauern in Westdeutschland, a. a. O.; Rechtziegler, Emil, Westdeutsche Landwirtschaft im Strukturwandel, a. a. O., S. 62 f.; Zimmermann, Fritz, a. a. O., S. 59 ff.; Kleinsorge, Johann/Schilling, Horst, a. a. O., S. 11.

75 Vgl. Rechtziegler, Emil, Neue Entwicklungstendenzen ..., a. a. O., S.

Unterordnung des Landwirtschaftsbetriebes unter die ökonomische Gewalt des Monopols erkannt, wobei die bäuerlichen Betriebe zu speziellen Abteilungen des Monopolbetriebes, die Bauern zu De-facto-Lohnarbeitern mit mehr oder weniger eigenen Produktionsmitteln werden⁷⁶. Es handelt sich unter sozialem Aspekt also um einen Prozeß der Proletarisierung aller Gruppen landwirtschaftlicher Produzenten, die in die vertikale Integration einbezogen sind. Bei der großen Bedeutung, die der vertikalen Integration für die Herausbildung der kapitalistischen Großproduktion in der Landwirtschaft in Gestalt eines staatsmonopolistischen Agrar-Industrie-Komplexes zugemessen wird, ist zu erwarten, daß von hier weitere entscheidende Veränderungen in der Sozialstruktur der Landwirtschaft ausgehen werden. Das setzt für die Untersuchung der landwirtschaftlichen Sozialstruktur und der Klassenverhältnisse einen wesentlich weiteren Rahmen,

Es wurde weiter oben schon kurz angedeutet, daß die sozialen Verhältnisse in der kapitalistischen deutschen Landwirtschaft, insbesondere was die bäuerlichen Produzenten betrifft, für die Zeit von der Jahrhundertwende bis in die fünfziger Jahre bisher wenig untersucht sind. Die agrarhistorische Forschung hat hier nachzuholen, wobei Kontinuität in Entwicklungsrichtungen ebenso wie revolutionäre Umbrüche in der Entwicklung der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Produzenten in der Gegenwart deutlicher würden. Die Arbeiten zu den sozialen Veränderungen in der Landwirtschaft der BRD geben hier Anregungen sowohl in der theoretischen Fragestellung als auch in den Untersuchungsmethoden.

163 ff.; derselbe, Westdeutsche Landwirtschaft im Spätkapitalismus, a. a. O., S. 82 ff.

⁷⁶ Vgl. Kleinsorge, Johann/Schilling, Horst, a. a. O., S. 110 ff.; siehe auch Neelsen, Karl, Wirtschaftsgeschichte der BRD. Ein Grundriß, Berlin 1971, S. 99 f.

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

WIRTSCHAFTSGESCHICHTE UND UMWELT IN AKTUELLER UND HISTORISCHER SICHT

Festliches Kolloquium zu Ehren von Hans Mottek am 25. September 1975 in Berlin

Anlässlich des 65. Geburtstages von Hans Mottek veranstaltete der Bereich Wirtschaftsgeschichte der Sektion Marxismus-Leninismus an der Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin, gemeinsam mit der Klasse Umweltschutz und Umweltgestaltung der Akademie der Wissenschaften der DDR ein festliches Kolloquium.

Freunde, Mitarbeiter und Schüler von Hans Mottek sprachen zu neuen Problemen ihrer Arbeit. Vor mehr als fünfzig Wissenschaftlern und Praktikern aus den verschiedensten Einrichtungen der DDR und dem Ausland trug Lothar Baar (Hochschule für Ökonomie, Berlin) die Laudatio vor, die das Kolloquium eröffnete.

Lothar Baar sprach über den Wissenschaftler und Menschen, an dem wir seine Parteilichkeit und wissenschaftliche Konsequenz schätzen, "die schöpferische Unruhe, die stets von ihm ausgeht und eine wissenschaftliche Atmosphäre anregt. Wir bewundern immer wieder seine Vitalität und Entdeckerfreude, aber auch seinen Elan und Optimismus, womit er Schwierigkeiten überwindet."

Nach seinen juristischen Studien in Freiburg und Berlin vertreibt die faschistische Diktatur den dreiundzwanzigjährigen Mottek aus seiner begonnenen beruflichen Entwicklung in das Exil. In den Jahren des Exils wird er 1935 Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands und trägt in verschiedenen Organisationen politische Verantwortung. In England schließlich gehört er zu den Mitbegründern der Freien Deutschen Jugend.

1946 kehrt er aus dem Exil zurück und ist von nun an unter jenen Aktivisten der ersten Stunde zu finden, die den Aufbau demokratischer Selbstverwaltungsorgane in ihre Hände nahmen.

Mit 37 Jahren beginnt er eine Aspirantur an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1950 promoviert er erfolgreich bei Jürgen Kuczynski zum Thema "Die Ursachen der preußischen Eisenbahnverstaatlichung des Jahres 1879 und die Vorbedingungen ihres Erfolges".

Im Herbst 1950 erfolgt die Berufung an die Hochschule für Ökonomie. Seit nunmehr 25 Jahren ist damit der Lebensweg von Hans Mottek mit der Entwicklung der Hochschule für Ökonomie verbunden, deren anerkannte Stellung auch auf sein erfolgreiches Wirken zurückzuführen ist.

"Wir wußten damals noch nicht", so Lothar Baar, selbst Student des im wahrsten Sinne des Wortes ersten Studienjahres an der Hochschule für Ökonomie, "aber wir spürten doch, mit welcher wissenschaftlichen Leidenschaft sich Hans Mottek dem Aufbau einer neuen Wissenschaftsdisziplin widmete. Noch gab es kein umfassendes marxistisches Hochschullehrbuch zur 'Wirtschaftsgeschichte Deutschlands', noch gab es keinen Forschungsvorlauf, kein Forschungskollektiv. Er forschte,

lernte lehrend, sammelte Erfahrungen. Es war dies jene Zeit, als oft der Tag nicht ausreichte und nachts die Gedanken systematisiert und formuliert wurden, die wir am folgenden Morgen in der Vorlesung aufnehmen sollten. "

1954 wird Hans Mottek zum Professor mit vollem Lehrauftrag berufen, und bereits 1957 erscheint der erste seiner drei Bände umfassenden "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands". Mit diesem Werk, dessen zweiter Band 1964 und dessen dritter Band 1974 erschienen, wurde er über die Grenzen der DDR hinaus bekannt und hat wesentlich zur internationalen Anerkennung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR beigetragen. Seine umfangreiche Forschungstätigkeit fand in vielen Publikationen Niederschlag, die nicht zuletzt auch zur Profilierung des "Jahrbuches für Wirtschaftsgeschichte" beitragen.

1969 wurde Hans Mottek zum Korrespondierenden und 1971 zum Ordentlichen Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR gewählt.

Heute ist Hans Mottek neben seiner Tätigkeit an der Hochschule für Ökonomie Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates für Umweltforschung bei der Akademie der Wissenschaften der DDR. Hier ist es sein Verdienst, Wissenschaftler verschiedener Fachgebiete zur interdisziplinären Zusammenarbeit geführt zu haben. Die Probleme der Umweltgestaltung sind jenes Gebiet, auf dem Hans Mottek die enge Verbindung von wirtschaftshistorischer Forschung, ökonomischer Theorie und Lösung aktueller Fragen in die Wirklichkeit umsetzt. Dieser Aufgabe widmet er sich auch als Mitarbeiter des Internationalen Instituts für angewandte Systemanalyse in Wien.

Für seine Leistungen wurde Hans Mottek mit hohen Auszeichnungen durch Partei und Regierung geehrt. 1960 erhielt er den Vaterländischen Verdienstorden in Silber, 1968 den Nationalpreis und 1975 den Vaterländischen Verdienstorden in Gold. Die Hochschule für Ökonomie verlieh ihm 1970 die Ehrendoktorwürde.

Nach der Laudatio wurden insgesamt zwölf Festbeiträge gehalten. Eine Reihe weiterer Beiträge liegen schriftlich vor.¹ Die Themen der Vorträge waren außerordentlich vielfältig, aber alle gruppieren sich um zwei Grundprobleme: erstens die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen und zweitens die Wechselwirkung zwischen Mensch bzw. Gesellschaft und Umwelt.

Günter Hoell (Hochschule für Ökonomie, Berlin) betonte, daß Mottek stets die Wechselbeziehungen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen als sehr komplizierte widersprüchliche dialektische Einheit erforscht habe, wohingegen in der Literatur in nicht geringem Maße recht mechanistische Auffassungen zu finden seien.

Hoell sprach unter diesem Gesichtspunkt zur sogenannten "grünen Revolution" in den Entwicklungsländern. Nach einem kurzen geschichtlichen Rückblick zur Entstehung des Begriffs "grüne Revolution" "entrümpelte" er ihn von den "bürgerlich verzerrten Ausdeutungen" und formulierte seinen Inhalt als einen "bestimmten Fortschritt in der Pflanzenproduktion von Entwicklungsländern, vorrangig der Getreideerzeugung, der auf der Anwendung neuer hochproduktiver Sorten vor allem bei Weizen und Reis, teilweise auch bei Mais beruht und mit einer Intensivierung der Agrarproduktion verbunden ist".

Hoell führte unter anderem aus: "Unter dem Aspekt der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen handelt es sich hierbei folglich um eine ein-

1 Alle Beiträge, auch die schriftlich vorliegenden, werden in der Schriftenreihe "Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR" veröffentlicht.

seitige Entwicklung der Produktivkräfte, vor allem der materiell-technischen Basis der Landwirtschaft im Rahmen der hergebrachten Produktionsverhältnisse. Insofern ist auch der Terminus 'Revolution' eng begrenzt aufzufassen. " Es bilde sich ein zunehmend tiefer werdender Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, der zur Lösung dränge. Das sei auch die Basis der Entwicklung und der Grenzen der "grünen Revolution".

Zwei Aspekte hob Hoell dabei hervor. Erstens sei von Bedeutung, daß die "grüne Revolution" eine spezifische Erscheinungsform der wissenschaftlich-technischen Revolution in der Landwirtschaft einer Reihe von Entwicklungsländern sei, wobei diese in den industriell entwickelten Ländern auch die Landwirtschaft intensiv erfaßt habe. Das sei ein Unterschied zur industriellen Revolution. Zugleich spielten bestimmte hochintensive Pflanzensorten eine große Rolle, die von Hoell unter Bezugnahme auf Brown mit der Rolle der Dampfmaschine in der industriellen Revolution verglichen wurden. Zweitens sei zu beachten, daß sich durch die Auflösung der Naturalwirtschaft und Entwicklung der Warenproduktion sozialökonomische Bedingungen herausgebildet hätten, die den Anbau dieser Sorten ermöglichten.

Hoell machte Ansatzpunkte deutlich, die die soziale Problematik der "grünen Revolution" betreffen und die schließlich dazu führen, daß sie an der Masse der armen Bauern vorbeigehen muß. Solche Aspekte betrafen die Anforderungen an die Intensivierung des Ackerbaus, denen die Masse der bäuerlichen Produzenten aufgrund ihrer geringen Kaufkraft nicht entsprechen kann. Sie betrafen weiter die Anforderungen an das Qualifikationsniveau und schließlich die Bestrebungen der Großgrundbesitzer und Agrarkapitalisten zur Ausdehnung der Anbaufläche durch Vertreibung der Pächterbauern.

Hoell kam aufgrund dieser Tatsachen zu der Schlußfolgerung, daß die "grüne Revolution" die soziale Differenzierung im Dorf verstärke. Die überholten Produktionsverhältnisse seien zu einer Fessel für die Entwicklung der Produktivkräfte geworden. Dieser Widerspruch könne nicht durch eine "grüne", sondern müsse durch eine soziale Revolution gelöst werden.

Der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen widmete auch Siegfried Richter (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) seinen Beitrag. Allerdings untersuchte Richter hierbei einen ganz spezifischen Aspekt - nämlich die Entwicklung der Arbeitsteilung in der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution.

Richter stellte zunächst die verschiedenen Stufen der Arbeitsteilung in ihrem Zusammenhang mit der Entwicklung der Arbeitsinstrumente dar. Er geht von der theoretischen Überlegung aus, daß sich die Formen der Arbeitsteilung mit dem Übergang zu automatisierten Produktionsmethoden wandeln werden. Nach Richter entfällt im Verlauf dieses Prozesses die technische Basis für die bisherige professionelle Scheidung zwischen körperlicher und geistiger Arbeit. Unter sozialistischen Verhältnissen werde sich deshalb die Arbeitsteilung auf die schöpferischen Tätigkeiten erstrecken.

Ein zweites Problem, das Richter zur Debatte stellte, war die Frage, inwieweit die Sonderung der Produktionsgattungen (Agrikultur, Industrie) im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution im Sozialismus einem Wandel unterworfen sein dürfte. Die traditionelle Aufgliederung der gesellschaftlichen Arbeit über Zweige, die sich am Produkt orientieren und wie sie gegenwärtig noch üblich sei, setze dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt Schwierigkeiten entgegen. Ökonomisch und technisch anpassungsfähiger sei eine Spezialisierung der Zweige,

die sich an der Funktion im gesellschaftlichen Produktionsprozeß orientiere. Richter verwies auf Vorstellungen, die in ähnlicher Art in der DDR bereits 1967 in Form der sogenannten "zentralen Fertigung" entwickelt worden seien.

Probleme der Arbeitsteilung spielten auch eine Rolle in dem Beitrag von Walter Becker (Hochschule für Ökonomie, Berlin) zum Thema "Der Einfluß der Motorisierung des Straßenverkehrs auf den Verlauf der zyklischen Entwicklung in den kapitalistischen Hauptländern".

Becker ging in Übereinstimmung mit den Aussagen des dritten Bandes der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands" davon aus, daß sich nach 1873 die großen Anlagemöglichkeiten für Kapital in den Eisenbahnen, der Schwerindustrie und in einigen anderen Bereichen nahezu erschöpft hatten. Neue Impulse gingen erst von der Entwicklung der Produktivkräfte aus, die sich im Aufbau neuer Industriezweige sowie technischer und technologischer Entwicklungslinien zeigten. Es waren Faktoren, die den zyklischen Aufschwung nach 1890 wesentlich beeinflussten. Becker stellte dann die These auf, daß auch die Motorisierung des Straßenverkehrs als ein solcher Faktor anzusehen sei, bisher aber kaum untersucht wurde.

Im Verlaufe der sehr detaillierten Darstellung des Zusammenhanges zwischen der Motorisierung des Straßenverkehrs und der zyklischen Entwicklung der kapitalistischen Hauptländer wurden von Becker die Ursachen und Folgen der Motorisierung des Straßenverkehrs herausgearbeitet. Zu den Folgen zählte er insbesondere die rasche Beschleunigung des Vergesellschaftungsprozesses der Produktion, die mit der Konzentration der monopolistischen Produktionsverhältnisse und tiefgehenden Veränderungen der Arbeitsteilung verbunden ist; die Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Kapitals in einer Reihe traditioneller Zweige bei gleichzeitiger Beschleunigung des Übergangs zum intensiven Wirtschaftswachstum, die Verstärkung der Labilität der kapitalistischen Weltwirtschaft durch die Herausbildung der Autoindustrie zu einer Schlüsselindustrie bei gleichzeitiger Entstehung neuer Krisenherde im kommunalen Sektor. "Keine andere Industrie", so formulierte Becker, "beschäftigte direkt oder indirekt mehr Arbeiter, Angestellte, Techniker und Konstrukteure als die Autoindustrie." Auf der Basis seiner Untersuchungen gelangt Becker zu zwei wesentlichen Schlußfolgerungen. Erstens sei es durch die spezifische Art der Massenmotorisierung gelungen, die zyklischen Aufschwünge zu erleichtern, ja im gewissen Umfang überhaupt erst zu ermöglichen. Der Preis dafür sei eine gewaltige Deformation der kapitalistischen Gesellschaft gewesen. Zweitens sei ein Ende des Motorisierungsprozesses keineswegs in Sicht, vor allem deshalb, weil das kapitalistische System keine neuen Anlagemöglichkeiten für Kapital findet, die so profitabel wie durch Massenmotorisierung zu realisieren wären. Die Folgen eines Motorisierungsstopps würden unter den gegebenen Bedingungen wahrscheinlich die der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 übertreffen.

Auch der Beitrag von Heinz Wehner (Karl-Marx-Universität Leipzig) beschäftigte sich mit der Verkehrsproblematik. Das zeigt deutlich, daß die Beziehungen zwischen industrieller Entwicklung und Veränderung des Transportwesens für die wirtschaftshistorische Forschung von immenser Bedeutung sind und keinesfalls als ausreichend erforscht gelten können. Das gilt nicht nur für die Geschichte, sondern auch und besonders für die Gegenwart.

Wehner ging in seinen Ausführungen davon aus, daß Mottek das Eisenbahnwesen, den ohne Zweifel wichtigsten aller neuen Verkehrsträger des Industriekapitalismus des 19. Jahrhunderts, gründlich untersucht hat. Bisher nur angedeutet seien jedoch die Fortschritte in der Binnenschifffahrt, der Seeschifffahrt bzw. im Post-

und Fernmeldewesen, Untersuchungen, die dazu von Verkehrshistorikern durchgeführt worden seien, hätten dabei zunächst grundsätzlich die Mottek'schen Thesen über die Bedeutung der Eisenbahnen in Deutschland belegt. Sie hätten jedoch zugleich sehr interessante Ergebnisse hinsichtlich der Entwicklung der beiden Schifffahrtbereiche gebracht, die man als durchaus gegensätzlich bezeichnen könne. Wehner verwies auf folgende Perioden:

In den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts sei eine rasche Entwicklung der Binnenschifffahrt festzustellen, die sich vor allem im rasch steigenden Bedarf nach Schiffsraum geäußert habe. Die Seeschifffahrt habe im gleichen Zeitraum eine relativ geringe Entwicklung verzeichnet, wobei einige Wachstumsimpulse von der Verkehrslage im Inland und in der Binnenschifffahrt ausgegangen seien. In den fünfziger und sechziger Jahren dagegen habe sich dieses Verhältnis umgekehrt. In der Binnenschifffahrt sei kein erneuter spürbarer Aufschwung infolge der wirtschaftlichen Gesamtsituation zu beobachten. Teilweise sei sie durch die Konkurrenz der Eisenbahnen völlig erloschen. Jedoch zeige die Seeschifffahrt in diesem zweiten Abschnitt einen nicht unerheblichen Fortschritt. Die Ursachen dafür sah Wehner in dem gewachsenen Angebot an weltmarktfähigen Produkten durch die deutsche Industrie sowie in den ersten Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung.

Auf die Wechselwirkung zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern hatte auch Becker hingewiesen. Er zeigte, daß mit der Motorisierung des Straßenverkehrs die Entwertung des Eisenbahnkapitals begonnen habe. Nach 1914 sei schließlich auch die Auseinandersetzung zwischen Schiff und Bahn in eine neue Etappe getreten.

Wehner verwies in seinem Beitrag auf die wichtige Forderung wissenschaftlicher Arbeit, über das eigene Spezialgebiet hinauszuschauen, wenn man dauerhafte wissenschaftliche Ergebnisse anstrebt. Wehner hob hervor, daß die von Mottek durchgeführte Gesamtanalyse der Wirtschaft selbst für Spezialisten unterschiedlichster Fachgebiete zu überraschenden Ergebnissen führt und neue Fragestellungen aufwirft.

Thomas Kuczynski (Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Berlin) stellte methodologische Überlegungen zum Thema "Wirtschaftsgeschichte und Mathematik" an. Er ging davon aus, daß die Mathematik vielfach mit Messen und Zählen gleichgesetzt werde, und formulierte dann: "Die Identifikation der Mathematik mit dem rein Quantitativen, Zahlenmäßigen ist zwar weit verbreitet, aber falsch. Eine hervorragende praktische Widerlegung dieser Auffassung finden wir in den Arbeiten von Hans Mottek. Es seien hier nur genannt seine Aufsätze 'Zu einigen Fragen der Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer gesellschaftlichen Bedingungen', 'Die Wahl der richtigen Technik' und 'Die Gründerkrise'.⁺ In all diesen Aufsätzen wird mit mathematischen Methoden gearbeitet, ohne daß wir irgendeine konkrete Zahl finden. Vielmehr werden ökonomische und wirtschaftshistorische Zusammenhänge mit Hilfe von bestimmten Relationen und Modellen dargestellt."

+ Mottek, Hans, Zu einigen Fragen der Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer gesellschaftlichen Bedingungen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1964, T. 2/3, S. 182 ff.; derselbe, Die Wahl der richtigen Technik und die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern, in: ebenda 1968, T. 1, S. 11 ff.; derselbe, Die Gründerkrise, Produktionsbewegung, Wirkungen, theoretische Problematik, in: ebenda 1966, T. 1, S. 51 ff.

In seinen Ausführungen stellte Thomas Kuczynski dazu eine Reihe weiterer Überlegungen an, die die Forderung beinhalteten, in wirtschaftshistorischen Arbeiten stärker mit mathematischen Methoden zu arbeiten.

Otto Bittmann (Zentralinstitut für Berufsbildung, Berlin) sprach zum Thema "Schule und Wirtschaftsgeschichte. Zur Interdependenz von Schule und Wirtschaftsgeschichte im kapitalistischen Deutschland". Bittmann behandelte das Berufsbildungswesen. Hier sei der Zusammenhang von Schule und Wirtschaftsgeschichte so eng, daß er nicht übersehen werden könne. Bittmanns Ausführungen liefen in zwei Thesen zusammen:

Erstens, das berufliche Bildungswesen stehe im kapitalistischen Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts ganz im Schatten des allgemeinen Bildungswesens. Zweitens, Bildung und Ausbildung blieben völlig getrennt.

Diese Thesen begründete Bittmann mit der Darstellung des Zusammenhangs von kapitalistischen Produktionsverhältnissen und Arbeitsteilung. Seinen Niederschlag habe dieser Zusammenhang in der sozialpolitisch fixierten dreigliedrigen Gestaltung des Schulsystems gefunden. Im 20. Jahrhundert seien, bedingt durch die sich entwickelnde Fließbandarbeit, die Qualifikationsanforderungen gesunken. (Becker hatte jedoch auf die gleichzeitige Gegentendenz hingewiesen, auf das absolute Wachstum der Qualifikation der Arbeitskräfte. Offensichtlich ist in dieser widersprüchlichen Entwicklung die Entstehung der Berufsbildungstheorie zu sehen.) Bittmann setzte den Beginn der Herausbildung der Theorie der Berufsbildung an den Anfang unseres Jahrhunderts und charakterisierte sie als am handwerklichen Leitbild orientiert. Sie habe die beruflich-gesellschaftliche Wirklichkeit des Kapitalismus negiert und demzufolge die Trennung von Bildung und Ausbildung nicht aufheben können.

Auch die Entstehung von Lehrwerkstätten leitete Bittmann aus dem Entwicklungsstand der Arbeitsteilung ab. Die ersten Lehrwerkstätten seien relativ zeitig entstanden, hätten aber erst Ende der zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts größere Bedeutung erlangt. Abschließend verwies Bittmann darauf, daß die Berufsschule der Unternehmerwillkür ausgeliefert geblieben sei und sich mehr und mehr in ein Instrument der politischen Beeinflussung der heranwachsenden Arbeitergeneration entwickelt habe - eine Situation, die auch für die Berufsbildung der Bundesrepublik typisch sei.

Alfred Schröter (Hochschule für Ökonomie, Berlin) ging auf ein ganz spezielles Problem des dritten Bandes der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands" ein und stellte seinen Vortrag unter das Thema "Zum Verhältnis von Theorie und Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus".

Schröter stellte fest, daß die Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus von Mottek überaus komplex angefaßt wurden, das heißt, er wandte sich nicht nur den als Höhepunkten erkannten Erscheinungen zu, sondern - darauf lenkte er auch seine Schüler - zugleich seinen äußerlichen Tiefpunkten. Daß diese Form der Analyse die einzige ist, die die wirtschaftliche Entwicklung richtig widerspiegeln kann, belegte Schröter am Beispiel der sogenannten Theorie der wellenförmigen Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Nur die Auseinandersetzung mit dieser Theorie und den ihr zugrunde liegenden Erscheinungen habe es ermöglicht, im dritten Band der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands" die These aufzustellen, daß die Entwicklung des monopolistischen und des staatsmonopolistischen Kapitalismus ein zusammengehöriger Prozeß ist, in dem sich das Gewicht von privatmonopolistischer zu staatsmonopolistischer Regulierung zunehmend verlagert, oh-

ne daß weder früher noch heute das eine ohne das andere existiert hätte - eine These, die inzwischen auch in der theoretischen Literatur zu finden sei.

In einem zweiten Teil seines Vortrages untersuchte Schröter dann die Beziehungen: Kriegsvorbereitung - Krieg - staatsmonopolistischer Kapitalismus unter dem Aspekt der gegenwärtigen Revolution im Militärwesen. Er kam dabei zu Feststellungen, die insbesondere die Diskussion unter Politökonomien anregen dürften:

Schröter stellte fest, daß heute die Beeinflussung der Wirtschaft durch die Rüstung weitaus größer sei als früher. Heute durchdringen die Anforderungen und Wirkungen von Rüstung und Kriegsvorbereitung bereits alle Bereiche der Volkswirtschaft, ohne daß aktive Kampfhandlungen begonnen hätten. Breite und Tiefe dieser Durchdringung sowie die Abhängigkeit einer modernen Kriegführung von dem Funktionieren ihrer ökonomischen Grundlagen habe dazu geführt, die Volkswirtschaft diesen Bedürfnissen stetig dienstbar zu gestalten, sie als ökonomische Mobilmachungsbasis, als permanent kriegsbereit zu entwickeln. Wenn es also einen militärisch-industriellen Komplex gäbe, so meinte Schröter, dann lägen seine Wurzeln weniger im ökonomischen System des Kapitalismus, auch nicht im Gesamtinteresse des Monpolkapitalismus, sondern eher in politischen Ursachen, die darin bestünden, daß das Gesamtinteresse des Monopolkapitalismus sich in einer Einschränkung der Rüstung durch staatliche Maßnahmen äußern könnte. Die weitere Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus wäre demnach heute weniger von einer Zunahme der Militarisierung abhängig. Das Militärische dringe in alle ökonomischen Prozesse ein und löse sich damit als besonderer Faktor auf.

Schröters Ausführungen zeigen einerseits, daß die These vom künstlichen Markt - dem Rüstungsmarkt -, wie sie im dritten Band der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands" aufgestellt wird, berechtigt ist. Andererseits zeigt er die neue Qualität, die dieser künstliche Markt heute hat.

Die Beiträge, die dem zweiten thematischen Schwerpunkt des Kolloquiums, den Wechselwirkungen von Mensch bzw. Gesellschaft und Umwelt gewidmet waren, zeigten durch die Breite der Themenstellung, daß die Umweltforschung ein Ausmaß angenommen hat, das unbedingt auch methodologische Überlegungen zu Struktur, Gegenstand und Einordnung umweltwissenschaftlicher Forschung erfordert. Solche Überlegungen stellte Hans Mottek bereits in verschiedenen Publikationen zur Diskussion. Daß es dabei unterschiedliche Auffassungen gibt, ist natürlich und widersprach sich auch in den Referaten.

Edgar Lehmann (Akademie der Wissenschaften der DDR) sprach zum Thema "Historische Aspekte in der Umweltforschung". Die - heute leider reaktiv seltene - Berücksichtigung geschichtlicher Aspekte in der Umweltforschung könne zu neuen Einsichten in der Gestaltung der Umwelt und zur rascheren Herausbildung eines Umweltbewußtseins führen. Lehmann stellte die These auf, daß der Mensch heute eine von Grund auf veränderte Stellung zu seiner Umwelt eingenommen habe, die man als "neue historische Dimension" bezeichnen könne. Die absolute Neuartigkeit der Stellung des Menschen in seiner Umwelt sei dadurch gekennzeichnet, daß er die Gestaltung der Lebensvorgänge und ihrer möglichst stetigen Verbesserung nur durch ökonomisches Handeln in den Grenzen vornehmen könne, die die Ökologie naturgesetzlich setzt. Andererseits dürfe nicht übersehen werden, daß viele der fast unübersehbaren aktuellen Aktivitäten der Untersuchungen von Luft, Wasser, Boden usw. oft auf einzelne Wirtschaftszweige orientiert seien. Der Wert der Mottekschen Arbeiten bestehe unter Berücksichtigung dessen vor allem darin, daß sie nicht unmittelbar, noch nicht ausgesprochen, aber eindringlich mittelbar

auf einen Kardinalpunkt hinweisen, der in der Umweltforschung angesichts einer betäubenden Fülle von einzeldisziplinär gewonnenen Ergebnissen heute leicht übersehen werde, auf die Bedeutung echter verantwortlicher geschichtlicher Entscheidung.

Das Problem der verantwortlichen geschichtlichen Entscheidung wurde von Ullrich (Akademie der Wissenschaften der DDR) aufgegriffen. Er stellte die Hauptaufgaben der Umweltforschung in anschaulicher Weise dar und begründete die Verantwortung der einzelnen Fachdisziplinen für die Umweltgestaltung. In seinem Beitrag klang an, daß der Umweltforschung ein eigenständiger Hintergrund fehle, und gerade dies erhöhe die Verantwortung der Fachwissenschaftler, wobei insbesondere dem Hochschullehrer neue Aufgaben erwüchsen.

Mit grundsätzlichen Fragen der Umweltforschung beschäftigte sich auch der Beitrag von Ursularenate Renker (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg). Ihr Thema lautete: "Zum Begriff 'Umwelt' aus ärztlicher Sicht." Renker belegte zunächst die These, daß Fragen der Umweltverschmutzung oder - positiv ausgedrückt - Fragen der Reinhaltung der Umwelt nicht neu sind, mit interessanten historischen Beispielen. Bereits bei den Phöniziern mußten die Färber ihr Gewerbe außerhalb der Wohnviertel betreiben, weil die faulenden Purpurnuscheln erheblich belästigten. Im alten Rom mußten nach dem Metellischen Gesetz die Walker und Gerber, die faulenden Urin verwendeten - ein bis in die jüngste Zeit nicht unübliches Verfahren -, ihre Werkstätten entweder vor den Toren Roms oder in abgelegenen Vierteln aufschlagen; es war ihnen jedoch gestattet, in der Stadt an den Straßenecken Urinsammelgefäße aufzustellen.

Als theoretischen Ausgangspunkt von Renker muß man jedoch ihre Bestimmung des Terminus "Umwelt" ansehen. "Umwelt ist für den Menschen alles, was außerhalb seines Organismus existiert." Ausgehend davon legte sie die Komplexität von Umweltforschung und Umweltgestaltung dar und begründete, warum es heute nicht allein darum gehen kann, die Schadfaktoren der Umwelt zu minimieren. Die Umwelt müsse so gestaltet werden, daß die planmäßige Entwicklung der Lebens- und Produktionsgrundlagen gesichert ist. Die Umwelt müsse den Menschen anregen, sich in ihr aufzuhalten, sie zu genießen und sie aktiv zu gestalten.

Renker betonte in diesem Zusammenhang die Bedeutung der sozialen und gesellschaftlichen Umwelt. Sie erhob die Forderung, nicht mit allgemeinen, nicht genau zu definierenden Begriffen ökonomisch aufwendige Veränderungen zu begründen, sondern wissenschaftlich exakt auszuweisen, was damit zu erreichen ist.

Horst Paucke und Heinz Kroske (Forschungsstelle Umweltgestaltung der Akademie der Wissenschaften der DDR) sprachen in ihrem gemeinsam vorbereiteten und von Paucke vorgetragenen Referat zum Thema "Kosten-Nutzen-Problematik von Maßnahmen in Umweltschutz und Umweltgestaltung".

Ausgangspunkt war die Feststellung von Karl Marx, daß "die assoziierten Produzenten ... ihren Stoffwechsel mit der Natur ... unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen".² In dem Referat wurden Fragen untersucht, auf die die wirtschaftswissenschaftliche, insbesondere politökonomische Theorie gegenwärtig noch keine eindeutige Antwort zu geben vermag. Drei Probleme spielten in den Ausführungen eine besondere Rolle: Erstens verwies Pauke auf den auch in der politischen Ökonomie des Sozialismus vorhan-

² Marx, Karl, Das Kapital, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 828.

denen Meinungsstreit über den produktiven oder nichtproduktiven Charakter der Arbeit zur Beseitigung von Umweltschäden. Er legte die verschiedenen Argumente dar und äußerte die Meinung, daß es zur Zeit noch nicht möglich sei, alle Maßnahmen, die die Umwelt betreffen, eindeutig in die eine oder andere Kategorie des Charakters der Arbeit einzuordnen.

Zweitens stellte Paucke die Frage, ob der Produktionsprozeß mit dem fertigen Produkt abschließt oder erst mit der Beseitigung der nachteiligen Nah- und Fernwirkungen der Produktion beendet ist. Die Beantwortung dieser Frage sei bei den derzeitigen Dimensionen des Stoffwechselprozesses zwischen Mensch und Natur von besonderem Interesse, weil die Nebenwirkungen der Produktion zu deren Hemmnis werden können. Die Untersuchung dieses Problems faßte Paucke in Thesen zusammen, deren erste lautet, daß der Produktionsprozeß mit dem Produkt ende, und deren letzte zu diesem Ausgangspunkt zurückführt und sagt: "Die Erkenntnis, daß der Produktionsprozeß mit dem Produkt endet, und die These, daß die Abfallbeseitigung zum Produktionsprozeß gehöre, bilden damit einen dialektischen Widerspruch, der sich in der Produktion auf höherer Stufenleiter auflöst und zu einer untrennbaren Einheit verschmilzt." Paucke betonte ausdrücklich, daß seine Ableitungen einer weiteren Präzisierung bedürfen, und formulierte zugleich die gegenwärtigen Aufwendungen für Umweltschutz und Umweltgestaltung als einen Wechsel auf die Zukunft.

Drittens beschäftigte sich Paucke mit Problemen der Kosten-Nutzen-Rechnung. Anhand praktischer Ergebnisse wies er die Notwendigkeit nach, die Grenzen der ökonomischen Analyse zu erweitern. Nachdrücklich unterstützte er die von Mottek angeregte Gegenüberstellung der Kosten des Umweltschutzes und derjenigen der Umweltschädigung, um eine präzise Vorstellung von der realen Größe des Wachstums des Nationaleinkommens zu erhalten.³ Denn letztlich sei nach Mottek, darauf nahm Paucke ausdrücklich Bezug, der prinzipielle Ausgangspunkt im Sozialismus das Gesamtinteresse der Gesellschaft, das auch in Aufwand-Nutzen-Analysen zum Ausdruck kommen müsse.

Das Kolloquium zeichnete sich durch eine außerordentliche Breite der Thematik in den Vorträgen sowie dadurch aus, daß zahlreiche theoretische Fragen aufgeworfen und mit Sachkenntnis diskutiert wurden. Es war gleichzeitig beredter Beweis der Aussage Motteks in der Einleitung zum ersten Band der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands": "Kenntnis der ökonomischen Vergangenheit ist Voraussetzung für das Verständnis der ökonomischen Gegenwart und darum auch für die Gestaltung der ökonomischen Zukunft."⁴

Deutlich wurde aber auch die Tatsache, daß wirtschaftshistorische Forschung nur dann eine wirkliche Grundlage für die Lösung heutiger und künftiger Probleme bieten kann, wenn sich der Historiker den Entscheidungen der Gegenwart und den Fragen der Zukunft stellt. In vielen Beiträgen wurde Motteks Vorbildwirkung als Wissenschaftler und Hochschullehrer gewürdigt, und Wehner verband diese Würdigung mit dem Dank vieler Tausender Studenten, denen das Studium von Motteks Arbeiten half, ihr marxistisch-leninistisches Weltbild zu festigen.

3 Mottek, Hans, Zu einigen Grundfragen der Mensch-Umwelt-Problematik, in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 1/1972, S. 36 - 43.

4 Derselbe, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Ein Grundriß, Bd. 1: Von den Anfängen bis zur Zeit der Französischen Revolution, 5. Aufl. Berlin 1971, S. 1.

In seiner Erwiderung auf Laudatio und Referate betonte Mottek, daß ihn der Erfolg des Kolloquiums, der Dank seiner Mitarbeiter und Schüler, die Anerkennung seiner Arbeit ermutige und verpflichte. Seine Aufgaben für die Zukunft sehe er insbesondere darin, über Verallgemeinerungen in der Wirtschaftsgeschichte hinaus zu unmittelbaren Beiträgen für die ökonomische Theorie zu gelangen. Er wies dabei vor allem auf die Krisentheorie hin, die noch manche Lücke aufweise, was nicht zuletzt aus der mangelnden Berücksichtigung wirtschaftshistorischer Tatsachen entspringe. Neue Fragen seien entstanden, zum Beispiel zum Verhältnis ökologischer und ökonomischer Krisen im Kapitalismus und andere.

Das Kolloquium zeigte in der Vielfalt der Beiträge, wie sich die Komplexität des Wirkens von Hans Mottek auf die wissenschaftliche Arbeit seiner Mitarbeiter und Schüler auswirkt. Die innere Verbindung zwischen den einzelnen von der Thematik her sehr unterschiedlichen Beiträgen ist ein Beleg dafür.

Michael Laschke

Quellen

und Materialien

BERICHT ÜBER EINE IM AUFTRAG DER MÄHRISCHEN LEHENS BANK
DURCHGEFÜHRTE KOMMERZIALREISE - EINE ZEITGENÖSSISCHE BE-
STANDSAUFNAHME ZUR WIRTSCHAFTSLAGE MITTELEUROPÄISCHER
STÄDTE UM DIE MITTE DES 18. JAHRHUNDERTS (TEIL III)

Aufgrund der archivalischen Quelle ediert und eingeleitet

von Gustav Otruba

Industrie und Handel im norddeutschen Gebiet (Itinerar Rostock bis
Braunschweig)¹

Rostock - Wismar - Lübeck - Hamburg - Altona - Lüneburg - Braun-
schweig

Handelspolitische Erwägungen der Quellenautoren zum Itinerar Rostock
bis Braunschweig

Industrie und Handel im norddeutschen Gebiet (Itinerar Ro-
stock bis Braunschweig)²

Der vierzigste Ort ist

§ 165 Rostock

Diese Stadt hat ehehin gleichfalls unter die Hanser-Städte gehört, hat aber nach der Hand sich unter die Protection derer Herzoge von Mecklenburg begeben müssen, welche darinnen eine wie wohl ziemlich schlechte Wohnung haben und auch eigene Garnison halten, daß also die Bürger sich mit ihren bestätigten Handlungs Freiheiten begnügen müssen, in Sachen der Oberherrlichkeit aber nichts zu sagen haben, wiewohl es nun dadurch von den vorigen Flor sehr herab gekommen, so treibet der Ort gleichwohl noch ziemliche Handlung und ist auch mit allerlei Gewerbs-Leuten zu innerlicher Notdurft wohl besetzt, mithin volkreich an ein so anderen vermöglichen Handels-Leuten fehlet es ebenso wenig, massen verschiedene eigene Schiffe auf der See unterhalten.

- 1 Zu Gesamtanlage, Charakter und Bedeutung der Quelle vgl. Otruba, Gustav, Bericht über eine im Auftrag der Mährischen Lehensbank durchgeführte Kommerzialreise ..., Einführung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsbeschichte 1975, T. 3.
- 2 Österreichisches Staatsarchiv, Wien, Abteilung Hofkammerarchiv, Hs. 298, Bl. 7 ff., §§ 165 - 227.

§ 166 Die Haupt-Verschleisse von Rostock ad extra über die Ost-See sind Holz, Getraid und Baum-Früchte, item allerlei Bouteilles und Glas-Werk. Herein von der See hingegen kommen zum stärksten die Häringe, Rotschere und Sardellen, sodann russische rohe Rind-Häute, Franz-Brandwein, schwedisches Eisen, norwegische Fisch-Schmalz, dann endlichen Caffé, Zucker und andere holländische Spezereien. Die frische Baum-Früchte und sonderheitlich Aepfel werden in kleinen Fässeln oder Tonnen in Specie nach Moßcau verführet, eine solche Tonne ohngefähr in der Größe eines Eimers. Von Moschanskern kostete 1 1/2 Reichstaler, von ordinari-Aepfeln dargegen 32 Schilling oder 2/3 Reichstaler. Die grössere Bouteilles von ohngefähr 2 Quart kosteten 4, und die kleinere von 1 Quart 3 Schilling. Die Häringe waren in Rostock die Tonne zu 6 Reichstaler, die Rotschere ein Päckl von 34 Pfund Rostocker Gewicht 1 Reichstaler 12 Schilling. Die Sardellen in Schodi ein Fäßl von beiläufig 4 Pfund zu 8 Schilling. Die Russische Rindhäute ein Stück pro 2 Reichstaler 16 Schilling. Der Franz-Brandwein die Kanne 18 Schilling. Das schwedische Stab-Eisen das Schiff-Pfund pro 26 Mark, das Fisch-Schmalz die Tonne pro 16 Reichstaler. In Rostock wird auch Pfundleder gemacht, und das Pfund pro 15 Schilling verkauft, weilen nun das zum Muster mitgehabte Mährische nicht nur in der Qualität besser, sondern auch im Preiß viel wohlfeiler gefallen, so hat ein starker Leder-Negotiant namens Georg Felix Erdling sich anheischig gemacht, eine Probe davon kommen zu lassen und hiernach ein weiteres Negoceanzustossen.

Es gehen übrigens von Fabricatis auf diesen Platz in stärkeren Zug die Berliner wollene Plüsch in hohen Farben die Elle à 18 gute Groschen, die ordinari Couleuren à 11 gute Groschen, weiß à 9 gute Groschen, item Englische Taborets das Stück 38 Brabander Elle lang 11/16 detto breit und gestreifte Lustrins das Stück pro 35 Ellen lang und 5/8 breit. Der erstere pro 13 1/2 Reichstaler, der letztere à 8 1/2 Reichstaler. Schweitzer Gangang der Stab zu 17 gute Groschen, worüber Muster sub Nr. 56 beigeleget werden. Nebst diesen auch allerlei französischer Seiden und Englische Wollen-War.

§ 167 Die ansehnlichste Kauf-Leute sind der Michael Eberhard Lehren, Peter Heinrich Langer, Franz Heinrich Schretter und Johann Friedrich Pißß, welche sowohl in ein-so anderen Leinen als Tuch-Waren bei erster Gelegenheit einen Versuch zu machen versprochen haben.

§ 168 Buch und Rechnung wird teils in Talern zu 48 Schilling, der Schilling 12 Pfennig, teils in Marken, Schilling und Pfennigen geführet. Der Taler ist dem hierländigen Reichstaler oder 1 Gulden 30 Kreuzer gleich. Ein hiesiger Gulden machet 1 1/3 Gulden Mecklenburger oder auch 2 Mark 16 gute Groschen oder 32 Schilling, indem 1 1/2 Mark einen Mecklenburger Gulden machet. Die roulirende Land-Münzen bestehen meistens in doppelten und einfachen guten Groschen Stücken, in Schilling, halben Schilling und Sechsteln, ferner ist eine kleine Kupfer Münz allda, welche 3 Pfennig gilt. Der Cours derer Ducaten ware zu 2 3/4 Taler, derer Louis d'Or zu 5 Talern, die Schwedische Oer-Stücke um 1/2 percento schlechter als courrant. Die 2 gute Groschen-Stücke hingegen um 1 percento besser, die 2/3 Stück um 3 percento und das dennische Courant-Geld um 14 percento besser.

§ 169 Die Mauten sind generaliter in dem Mecklenburgischen 1 1/2 percento. Die Fracht aus oder nach Moßcau kostet zu Wasser bei einem Last 12 in 14 Reichstaler, nach Amsterdam 8 bis 10 Reichstaler, bis Hamburg zu Land das Schiff-Pfund 4 Reichstaler.

§ 170 Sechs Rostocker Ellen werden nach Aussage der Kaufleute 5 Brabandern gleich gerechnet. Ein Schiff-Pfund bestehet aus 320 Pfund, haltet 20 Liß-Pfund, deren eines 16 Pfund ausmachet, das Pfund hat 32 Loth. Blei und Eisen ist jedoch ausgenommen, als bei welchen das Schiff Pfund nur 280 Pfund betraget. Der Flachs wird nach dem Stein gewogen, welcher aus 20 Pfund bestehet, die Wolle und Federn aber wieget man nach kleinen Stein à 10 Pfund. Die Kauf-Leute rechnen das Rostocker Gewicht dem Hamburger gleich, wann es aber genau genommen wird, so ist das Hamburger noch etwas über 5 percento geringer. In der Getraid-Maß ist der Rostocker Last um 16 percento grösser als der Hamburger mit dem Wißmarer hingegen gleichhaltend. Ein solche Last haltet 96 Rostocker Schöffel und werden 12 Schöffel ein Drönet genennet, die nasse Maß ist wie im Hamburg.

Der ein und vierzigste Ort ist

§ 171 Wißmar

Diese Stadt ist seit dem fatalen schwedischen Periodo fast in gänzlichen Verfall geraten und ohneracht die Situation überaus angenehm und wohl gelegen ist, dermalen sehr schlecht bewohnt, auch ausser dem wenigen so mit Schweden verkehret wird, fast kein Negotium vorhanden. Die nachfolgende Capi, welche jedoch in keiner grossen Quantité bestehen werden die Beschaffenheit mehr erklären. Die Gegend hat etwas einschürige Wolle, der Centen à 18 Reichstaler, die Tonne des Rigauer Lein-Samen, so dahin kommen, kostete 8 Reichstaler, das in loco fabricirte Pfund-Leder wird das Pfund pro 12 Schilling verkauft; der Franz-Brandwein kommet ein 3/4 Oxhof à 32 Reichstaler. Die englischen Tücher kosten die Brabander Elle 3 Reichstaler 16 Schilling. Die Aachner von 36 bis 40 gute Groschen. Man fande auch holländische Leinwanden, die Webe von 68 Wißmarer Ellen in Sorten von 17 bis 36 Reichstaler. Ausserdeme etweliche Sortimente von Seiden-Waren, als Damast, Droquet, Gros de Neapel, Lustrin, Peruviens, Atlas, Sammet, Taffet, Plüsch, auch anderen wollenen Zeugen und hatten unter denen vorgezeigten mitgehabten Mustern die seidene Bänder, Gingangs und leinene Canefas, dann ordinari Tücher, endlich auch das Pfund-Leder Approbation gefunden, mithin haben die in denen etwelchen Stunden des Aufenthalts besuchte beste Kaufleute namens Johann Caspar Feldhusen, Ehrenreich Caspar Hißenbeck, Carl Heinrich Hornemann, Ludolph Wilhelm Bottmann, Christian Ludwig Hund und Peter Feldhusen etwas zu committiren sich anheischig gemacht.

§ 172 Buch und Rechnung wird ebenfalls wie in Rostock in Talern und Schilling geführt und unter der Münze ist ebensowenig ein Unterschied, das Gewicht und Maß verhaltet sich auf gleiche Art, 19 Wißmarer Ellen machen 16 Brabander netto sonst rechnet man auch zwei derlei Ellen auf einen französischen Stab.

§ 173 Der Zoll ist überhaupt von auswärtigen Gütern 3 percento. Die Wißmarer ziehen die berührte Seiden-Tuch und Leinen-Waren von Leipzig, bis wohin 40 Meilen gerechnet und für das Schiff-Pfund 5 1/2 Reichstaler bezahlet werden.

Der zwei und vierzigste Ort ist

§ 174 Lübeck

Diese Stadt ist in der Handlung die größte nach Danzig an der Ost-See, deme selbst Hamburg zu Vermeidung des Sunds die in ermeldte Ost-See abgehende Feilschaften nacher Lübeck sendet, oder auch was aus Schweden, Moscau, Lief-land, Polen, Danzig und Königsberg genommen wird, gleichwie alle andere Oberländische Handels-Leute über Lübeck ziehet. Von dort aus bringet man die Waren theils über Hamburg, theils auch über Lauenburg auf die Elbe.

Es solle zwar Lübeck mit seinem vorigen Glücks-Stand, als es noch die Hauptstadt des Hanse Bundes war, nicht mehr zu vergleichen sein, so tun auch die empor gehobene Schifffahrten derer Dänen und Schweden die Handlungen der Städte so viel möglich einschränken. Allein die mühesame Kaufmannschaft und ihr ansehnliches Vermögen, mithin ergebige Kräfte samt der oben beschriebenen glücklichen Situation erhalten dennoch ein gar ansehnliches Negotium. Es ist also dieser Ort noch immer lebhaft und stark bewohnt, haltet eine Börse und ist mit Waag-Häusern und Korn-Speichern gar wohl versehen. Die Eilfertigkeit hat nur einen Tag zu Aufenthalt verstattet, in welcher kurzen Zeit man folgende Entdeckungen gemacht hat.

§ 175 Die Manufacturen des Orts bestehen in Pfund-Leder, in Corduan, dann in einigen Tuch- und wollenen Zeug Sorten. So wird auch allda Segl-Leinwand verfertigt und dieweilen Lübeck eine Aemula von Hamburg ist, so sind auch Zucker Raffinerien daselbst angeleget. Die Preise des erzeugenden Zuckers waren zur Zeit nach dem Anschluß sub Nr. 57. Eine andere Art der Local-Nahrung ist das Schiff-Bauen sowohl an Kriegs- als Kauffartei-Schiffen, welche meistens nach Spanien verkauft werden. Man findet übrigens allda Häring, die Tonne so genanntes 2 Circel-Gut à 28 Mark Lübisches, Lübisches-Holländischer Käse das Pfund à 3 Schilling detto allerlei Farb-War, als gemahlenes Blauholz 100 Pfund pro 15 Mark, detto Rot-Holz der Centen pro 15 Mark, geraspelter Fernabok 100 Pfund à 26 Mark, Indigo gefeuertes Gut das Pfund à 9 Mark; der holländische Zucker ware das Pfund fein Raffinat à 8 1/2 Schilling, ordinari raffinirt à 8 Schilling, fein Melis à 7 Schilling, Caroliner Reiß der Centen pro 10 Mark 8 Schilling, Marienberger Flachs das Liß Pfund à 3 Mark und 4 Schilling, Rogitscher detto à 4 Mark 4 Schilling, 12 köpfiger detto eben das Liß Pfund pro 3 Mark 2 Schilling, der 9 köpfige hingegen à 1 Reichstaler. Das insonderheit nach Schweden verführt werdende Getraid ware im Preis der Schöffel Weizen à 40 Schilling, ein Schöffel Korn à 26 Schilling. Man findet allda holländische Leinwanden, die Webe von 10 bis 30 Reichstaler, dann Schlesische von 10 bis 25 Reichstaler. Das Fisch-Schmalz aus Norwegen kostet die Tonne 40 Mark, rohe Ochsen-Häute aus Moßcau das Stuck der grösseren Sort à 6 und der kleineren à 5 Mark, gläserne Bouteilles, die man in grosser Zahl verführet, die grösseren zu 2 Quartierln à 4 Schilling, die kleinere à 1 Quartir 3 Schilling. Die einschürige Wolle aus dem benachbarten Lande der Centen 48 Mark, eine Tonne Rigauischer Lein-Samen pro 21 Mark, von denen oben angeführten Flachs-Sorten sind Proben sub Nr. 58 und über die auf dem Platz gangbare Tücher und ein so andere Wollen-Zeuge sub Nr. 59 beigeleget.

§ 176 In Leder-Negotio ist berühmt der Hermann Schulz, welcher mit dem Mährischen Pfund Leder eine Prob zu machen versicherte. In Wolle und Flachs Georg Fridrich Neltin, dann ein anderer namens Teltinger. In Fisch-Waren und Holländer Käsen Mathias Eckhof und Eckermann, item Catten seelige Wittib. In Specereien Johann Christian Schloss, Johann Wolde, welcher in Specie in gar grossen Ansehen ist und zugleich Wechsel führet. In Lübecker Zucker Andreas Nicolaus Lang, in Cotton Peter Destorf, in Seiden- und Wollen Zeug War Fridrich Wilhelm Pielhagen, Walter et Monseni und Heinrich Vuhrmann. Endlich in Leinen War Heinrich Vierliche, Gottlieb Mathias Carell dann Ferstenau seelige Wittib.

§ 177 Nach Kopenhagen wird von hier viel zu Sohlen verschnittenes Leder gebracht, weilen alldort ein guter Absatz ist und vor ein Paar Sohlen 9 Köpper Taler oder eine Platte bezahlet. Die Danziger bringen rohe Häute, dann Korn und Waitzen nach Lübeck und laden dafür Zucker, Cafféé und andere Materialien. Von hier aus wird viel Lein-Samen nacher Frankreich und sodann zurück Franz-Wein und detto Brand-Wein geführt. Man findet immer zu viele Schiffe in denen Canä-

len bei der Stadt, welche der Trave Fluß machet und worauf die Güter bis an den Ort Trave Münde wie zu Danzig bis an die Weichsel-Münde gebracht werden, allwo der ankommende Last Schiffe sich vor Anker legen, ihrer schweren Ladung auf Pramen sich entbürden und sodann erst einlaufen. Auf dem nemlichen Fluß werden etliche Meilen weit die schwere Güter gegen Hamburg zu, dann endlich vollends bis dahin auf 2 rädrichten Wagen oder Karn, die einen grossen Last durch geschickte Packung in das Gleich-Gewicht auf ihren Axen tragen und wegen des grossen Sandes sehr commode sind, geführt, gleichwie auf der anderen Seiten vermittels des Flusses Stegnitz die Waren nacher Lauenburg und sodann auf die Elbe gebracht werden.

Die Holländer sind fast die stärksten in der Ost-See und frequentiren auch Lübeck sehr stark, nehmen so mit von dannen allerlei Schiff-Bau-Holz, rohe Häute, Getraid, Eisen, Wolle dann Flächs und Hanf, wofür sie wiederum allerlei holländische Specerei, Cotton, Nesseltücher, Leinwanden, Käs und auch andere ostindische Waren bringen.

§ 178 Die Maut ist sehr leidentlich indeme überhaupt sowohl fremde als einheimische von Gütern, so zu Land kommen, nicht mehr als ein $1/2$ percento und von denen zu Wasser $1 \frac{1}{2}$ percento bezahlen. Dieses wird jedoch beobachtet, daß die fremde in Lübeck an Niemand andern als Insaßen der Stadt verkaufen dürfen, wiewohl dieses zu keiner gar sonderlichen Hindernuß gereicht, weilen man genügsame Leute findet, die gegen einer leidentlichen Provision den Namen hergeben.

Die Fracht nach Stockholm ist pro ein Last 42 Schilling, nach Danzig vor ein Schiff Pfund $1 \frac{2}{3}$ Reichstaler. Nach Petersburg vor ein Schiff-Pfund 4 $\frac{1}{2}$ Rubel, nach London vor ein Schiff-Pfund 6 in 7 Schilling Sterlings, nach Lissabon pro eine Kiste von beiläufig 5 Centen 6 in 7 Crosados, nach Amsterdam vor ein Schiff-Pfund 25 Mark, nach Hamburg vor ein Schiff-Pfund 38 Schilling, nach Leipzig pro detto 7 Reichstaler und nach Nürnberg 9 $\frac{2}{3}$ Reichstaler.

§ 179 Buch und Rechnung wird in Mark, Schilling und Denaren geführt. Die Mark zu 16 Schilling und der Schilling zu 12 Denari Lübisch gerechnet. Die in Lübeck geprächte Münz bestehet in einfach und doppelten Ducaten, deren einer 7 und respée 14 Mark machet, in Species Talern à 3 Mark 9 Schilling, in Courant-Talern à 3 Mark in 2 und 1 Mark-Stuck, dann in 1, 2, 4 und 8 Schilling Stucken, in gleichen 3 und 6 Denari Stucken, ansonsten gehen daselbst alt französische Louis d'Or, Spanische Pistollen, Preußische Fridrichs d'Or und Braunschweigsche Carls d'Or. In der damaligen Valuta à 12 Mark 4 Schilling mit der Beobachtung, daß, wann selbige gegen Lübecker Courant-Geld umgesetzt werden, man 23 percento Disconto leidet. Die fremde Ducaten gehen eben zu 7 Mark. Es roulieren nicht minder ganze, halbe und viertel Reichstaler à 48, 24 und 12 Schilling mit 19 percento avanzo gegen Courant. Item ganze und halbe Louis blanc zu 3 Mark 6 Schilling und so nach proportion in Wechsel gegen Courant mit 18 percento Disconto in Albertus- und Creuz-Talern à 3 Mark mit 14 percento aggio.

Dännische Cronen à 17 Schilling mit 6 percento aggio.

Von allen übrigen dännischen Münzen ist nur die halbe Valuta dessen, wofür sie aus allen übrigen dännischen Münzen ist nur die halbe Valuta dessen, wofür sie ausgeprächt sind gegen Lübecker Courant Geld. Das hollsteinische und Hamburger Courant Geld ist mit dem Lübecker von einerlei Wert, die neuen zwei und ein Drittel Stuck werden à 2 und 1 Mark gerechnet mit 11 percento Disconto. Schwedische Carolinen, der Einfache à 1 Mark, die doppelte à 2 Mark und die halben à 8 Schilling, wann sie aber gegen Lübecker Corant verwechslet werden, so wird 2 percento aggio bezahlt. Die schwedische Zehen und 5 Oer-Stücke gehen zu 7 und $3 \frac{1}{2}$ Schilling und auf solche Weis die 4 und 2 gute Groschen Stuck. Die russische Rubeln gelten 46 Schilling und richtet man sich überhaupt in denen Münz-Sorten nach dem Hamburger Cours. In der Ellen-Maß ist zwischen Hamburg die

Differenz kaum 3/8 percento, um welchen Teil die Lübecker Elle grösser, wohngegen das Gewicht in Lübeck um 1/2 percento geringer als das Hamburger geachtet wird. Ein Schiff-Pfund haltet 300 Pfund und ein Liß-Pfund 15 Pfund. In der Getraid-Maß hat ein Last 8 Drönet, 1 Drönet 3 Tonnen, 1 Tonne 4 Schäffel, ein Schäffel 4 Fässer, ein Faß 2 Hümten und ein Hümt 4 Spint. Die Malz-Maß ist 16 percento und die Haber-Maß 23 percento grösser als die übrige Getraid-Maß. In fließenden Dingen hält ein Fuder 6 Ohmen, ein Ohm hat 20 Viertl, ein Viertl 2 Stübichen, ein Stübichen 4 Quartiers, ein Quartiers 2 Blanken, 1 Blanke 2 Orte. Ein Tonne Bier hat 24 Viertl und der Brandwein ist im Gefäß zu 30 Viertl. Ein Rolle Stock-Fisch bestehet aus 180 Stück, ein Wall aus 80 Stuck und eine Mandel, wie hier Landes in 15 Stuck. Ein Steige bestehet aus 20 Stuck.

In Wechsel gibt man nach Amsterdam 112 Taler Courant vor 100 Taler Cassa, nach Hamburg vor 118 Taler Courant, 100 Taler Banco oder 100 1/2 Taler Courant vor 100 Taler Hamburger Courant. Die Wechsel Briefe in Lübeck haben wie in Hamburg 12 respect-Täge und hat Lübeck eine besondere gedruckte Wechsel-Ordnung, welche wegen ihrer Kürze hier sub Nr. 60 beugebogen wird.

Der drei und vierzigste Ort ist

§ 180 Hamburg

Die Importanz der Handlung in Hamburg und die Vielheit derer dabei vorkommenden Gegenstände ist so groß, daß man mit Nutzen ein Jahr zubringen und dennoch täglich etwas Neues erlernen könnte. Man wird wenig europäische See-Häfen finden, wohin nicht Hamburger Schiffe laufen, und es ist keine Nation dieses Welt-Teils, welche in maritimo etwas tuet und mit Hamburg nicht einige Verkehrungen hätte. Die unvergleichliche Lage machet diese Stadt zu einem Haupt-Emporio von Teutschland und aus der Erfahrung ist bekannt, daß der Ober- und Niedersächsische, der Oesterreichische, der Fränkische, Bayrische und Westfälische Kreis nebst denen Böhemischen Erblanden meist alle Specereien, Droquerien und andere Materialien über Hamburg gezogen und dargegen allerlei Producta et Fabricata eben über solchen Ort versendet haben. Diese Umstände haben nicht nur allein den durch den Hansee-Bund erlangten Lustre ermeldter Stadt erhalten, sondern der Untergang so vieler Hansee Städte hat die Hamburger Handlung von Zeit zu Zeit noch in ein grösseres Wachstum gebracht. Der Ort ist also groß, vest, geld und an allerlei Handwerks- und Handels-Leuten volkreich. Die Elbe und so wohl von derselben als der Alster angefüllte Canäle sind mit Schiffen immerzu bedeckt. Die Versammlung auf der Börse ist eine der zahlreichsten und wimmelt alles von Negotianten, mit einem Wort, man findet eine unaufhörliche Bewegung von allerhand Nationen und Menschen, die Geld zu verdienen beflissen sind.

§ 181 Der Vorteil, welchen Fabriquen einem Staat bringen können, wird in Hamburg nicht ausser acht gelassen, indeme man sich mit allem Fleiß darauf verlegt. Eine der beträchtlichsten Zucker-Raffinerie oder daselbst so benamste Zucker Beckerei, darinnen haben sie es so weit gebracht, daß ein wichtigen Teil Teutschlands die gesamte kaiserlich königlichen Erbländer, Polen, Schweden, Moßcau und übrige nordische Provinzien denselben von dort aus abgenommen haben. Die Zahl derer Raffinerien ist daher so hoch angewachsen, daß man über 300 zehlet, die zwar lauter Privati unterhalten, wovon aber verschiedene ungemein stark und so wohl eingerichtet sind, daß sehr namhafte Quanta darinnen erzeugt werden. Ein Speciale hierbei ist die besondere Industrie und Wirtschaft mit welcher man alles und jedes ungemein zu Nutzen zu bringen weiß, indeme der abtropfende Syrup so lang nur etwas darinnen steckt immerhin extrahiret wird. Die Wohlfeilkeit der Preise wird das angeführte sattsam bestättigen. Dann ein

Hamburger Pfund von dem ff Fino kostet nur 15 1/2 Denari, flämischer ff raffin 14 detto, ordinari detto 13 in 13 1/2 Denari flämisch, fein klein Melis 12 1/2 in 3/4 und fein groß detto 11 3/4 Denari in flämisch. Lumpen-Zucker fein à 11 Denari-flämisch, der geringere zu 10 3/4 detto Denari. Brauner Candis zu 11 1/4 bis 12 3/4 Denari flämisch, der gelbe detto à 12 1/4 bis 14 3/4, der weisse detto aber à 16 3/4 bis 19 3/4, endlich der farin-Zucker braun à 8 bis 8 1/2 Denari flämisch, der gelbe detto hingegen zu 9 bis 9 1/2 detto Denari. Es scheint aber, daß die Hamburger Zucker-Verschleisse allbereiit ihren höchsten Periodum werden erreicht haben, indeme wegen der Fiumeser Zucker-Fabrique schon wirklichen über einen merklichen Abbruch geklaget und noch ein weit mehreres besorget wurde.

Der König von Preussen ist auf gleiche Gedanken verfallen und lasset ohnfehlbar mit guten Fortgang, weilen schon damalen alle Einfuhr des Hamburgischen Zuckers in die Preussische königliche Länder verboten ware, ebenfalls Zucker sieden, wahrhaftig vor Hamburg ein harter Stoß. Die Hamburger Zucker-Becker hatten sich unter denen verschiedentlich mit ihnen geführten Discursen herausgelassen, wie daß die behörige zusamm Versetzung derer Zucker-Rohr-Sorten und einen Haupt-Vorteil in dem Zucker-Backen verschaffe und verursache, daß sowohl die Qualität als Quantität nutzbarer herausfallet. Die Behutsamkeit, womit diese Leute ihre Geheimnussen bewahren, hat in der kurzen Zeit ein mehreres unvermerkt herauszubringen nicht verstattet.

§ 182 Die Cotton und Zitz-Druckerei ist in Hamburg ebenfalls ungemein in Flor. Die Materie nemlich das Cammer- oder Nessel-Tuch kommet aus Ostindien und wird alsdann erst in Hamburg gebleicht, folgar zum Drucken zugerichtet. Die Bleichen sind meistens an der Alster, bestehen in viereckigen Plätzen von einem solchen Raum den die Ausbreitung eines ganzen Stuck Cottons der Länge nach erfordert. Diese sind mit Wasser-Gräben etwa ein Paar Schue breit umzogen, daß man das Wasser zu begissen aller Orten bei der Hand und die überflüssige Früchte hinwiederum dahin ihren Abzug hat. An gedachtem Fluß sind ferner gewisse abschüssige Bühnen, worauf der Cotton, wie hier Landes das Getraid unter beständigem Anfeuchten gedroschen und geschlagen wird. Die sub Nr. 61 beigefügte Charte zeigt verschiedene Sorten und ihre Feine an. Es sind auch ein Paar Muster dabei, wie solche zum Drucken praepariret sein müssen. Die Preise sind folgende: Die Extra feine Englische Zitze kosten die Brabander Elle 1 Reichstaler, feine detto à 20 bis 23 gute Groschen, halbfeine zu 17 bis 18 gute Groschen, die vest Blaue à 13 gute Groschen, die 4färbige 10 1/2, dreifärbige 9 1/2 und die zweifärbige ordinari à 9 1/4 gute Groschen. Die Cotton bestehen eben in 4färbigen à 8 3/4 gute Groschen, 3färbige à 8 1/2 gute Groschen, Violet à 8 1/4, ordinari à 7 3/4 und die geringste à 5 3/4 bis 6 1/2 gute Groschen Ein Brabander Elle. Ausser diesen werden auch Leinwanden gedrucket in Stucken zu 15 Brabander Ellen mit Couleuren das Stuck zu 4 Reichstaler 8 gute Groschen. So genannte Porcelain-Leinwanden blau und weiß das Stuck 4 Reichstaler. Erst ohnlängst ist noch eine besondere Art von gedruckten Zitzen aufgekommen, welche einen gefärbten Grund haben, E. G. Paille, Silberfarb etc. die dermalen einen grossen Absatz finden und wovon 2 Muster sub Nr. 62 beigefüget werden. Die Breite ist 6 Wiener Viertl weniger ein 16. Teil und kostet die Brabander Elle 1 Reichstaler.

§ 183 Die bekannte Hamburger Strümpfe werden fast in ganz Europa ausgebreitet, die Preise und Gattungen sind folgende: vierdratige kurze Mann-Strümpfe von allerlei ordinari Farben das Dutzend von 6 1/4 Reichstaler, detto lange à 8 1/3 Reichstaler, detto kurze Frauen-Strümpfe à 5 1/3 Reichstaler, 6dratige lange Manns Strümpfe à 10 3/4 Reichstaler, kurze 4dratige Frauen-Strümpfe hochrot

à 6 1/3 Reichstaler, Camaschen Nr. 44 à 11 Reichstaler, Nr. 48 à 12 und Nr. 64 à 16 Reichstaler. Auf englische Art gestreift gestrickte Strümpfe von Nr. 40 bis Nr. 80 à 10 bis 20 Reichstaler in Wiener Courant.

§ 184 Die Hamburger Cron-Räsche kommen stark auf die Leipziger Messe und finden daselbst ungemeinen Abzug, ein Stück à 29 Yards, kostet in ordinari Farben 12 1/2 bis 16 Reichstaler, in hohen Farben à 19 3/4 bis 24 Reichstaler. Eine andere Gattung ist à 31 Yards in ordinari Farben à 17 3/4 bis 18 Reichstaler, detto in hohen Farben als Cremoisin und Scharlach à 26 bis 27 3/4 Reichstaler Franco Leipzig gegen contente Bezahlung in Wiener Courant. Die Muster sind sub Nr. 63 beigegefüget, anhebenst auch allerlei Wollen Felpen wie solche in zimlicher Menge in quali et praetio verfertigt werden hinzugesetzt. Die Gattungen gehen von 2 bis 3 Mark.

§ 185 Ein Notorium sind die zahlreichen Erzeugungen der vielen Seiden-Felpen, wovon die besondere Muster Chartre die Gattungen samt dem Preiß sub Nr. 64 exhibiret. Dann sub Nr. 65 derer Sammet-Sorten von allerlei Facon, womit die Stadt Hamburg besonders excelliret nicht minder die vielerlei Plüsche, welche in loco verfertigt werden und aus der Muster-Chartre sub Nr. 66 zu ersehen sind. Endlich gewißer Sarges de Soy oder hierlandes benamseter Croissées laut allegati sub Nr. 67.

§ 186 In dem dasigen Zucht und Arbeits-Haus wird auch Segel-Leinwand fabriciret und ist zu solchem Ende eine Machine in Form eines Grauppen Stampfs aufgerichtet, welche von 2 Personen getreten und in Bewegung gebracht wird, so fort durch das Stampfen oder Pochen den Hanf mit einer besonderen Leichtigkeit recht gelind und gefüg machet, womit er besser versponnen und das Garn in dem Weben desto vester zusammen geschlagen werden könne. Ein Stück solcher Segel-Leinwand haltet 60 Hamburger Elle und die Breite ist ein Wiener Elle, im Preiß à 36 bis 40 Mark. Das gesponnene Garn hierzu wird in etwas gebleicht sodann zu einer Werfte die schlicht von Mehl und Lein gemacht, wodurch der Faden wie eine Seite wird. Die Qualität kommet der Venetianischen sehr nahe und übersteiget gar weit die sonst in der Gegend Hamburg gemacht werdende detto Leinwanden, da so viel schlechter sind wie solanes die Muster sub Nr. 68 erweisen, Dargegen aber auch im Preiß viel weniger gelten, massen die Hamburger Elle der Sort A zu 4 Schilling, der Sort B zu 3 und der Sort C zu 2 1/2 Schilling flämisch verkauft wird.

§ 187 Ansonsten ist auch ein Eisen-Guß-Werk vor nicht gar langer Zeit aufgerichtet worden, worinnen sonderheitlich allerlei Kriegs-requisita, darneben aber auch Ofen-Platten und verschiedenes Kuchengefäß gegossen werden. Die Preise von 2, 3, und 4 pfündigen Kugeln sind pro 100 Hamburger Pfund à 6 Mark 8 Schilling, von 5 bis 24 pfündigen detto à 5 Mark. Von Bomben von 50 bis 300 pfündigen 100 Pfund à 6 Mark 12 Schilling. Von Haubitzen von 12 bis 36 Pfund à 8 Mark. Von Granaden von 4 bis 8 Pfund à 16 Mark 12 Schilling, von Stangen-Kugeln à 16 Mark. Alle Kugeln werden calibermässig rund, ohne daß ein Gußrand daran zu fühlen, geliefert und die Bomben, Haubitzen und Granaden sind nach der neuesten Art ohne Niet-Löger. Es wird meistens bestellte War verfertigt und auf jeglichen Accord ein Drittel oder Viertel anticipiret. Der Guß fallet sehr schön aus und ist die Materie recht flüssig, daß keine Pori zuruckbleiben. Das meiste Eisen hierzu jedoch muß aus Schweden genommen werden.

§ 188 Diese sind die beträglichsste Hamburger Fabriquen, welche in das Comerciale einschlagen und von einiger Consideration sind. Verschiedene dererselben gleichwie die meisten Zucker-Raffinerien werden von denen Meistern auf eigene

Unkosten geführt, welche sodann von ihren Fabricatis Niederlagen aufrichten, die schwächeren hingegen werden von Kaufleuten verlegt. Noch andere unterhalten die Kaufleute auf eigene Kosten. Der ganze Verhalt ist gemeinlich dieser. Der mittellose Fabricant arbeitet erstlich bei einem Kaufmann in einer unterhaltenden Fabrique, hat er einigen Verdienst auf solche Weise zusammengebracht, so richtet derselbe nach seinen Kräften ein kleines Werk auf und lasset sich durch Kaufleute verlegen. Wachsen nun dergestalten seine Mitteln, daß solche auf ein eigenes Sortiment zureichen, so fanget er an, selbst zu verkaufen, woraus dann endlich viele zu solchen Kräften kommen, daß sie das Fabrique-Wesen aufheben und Kaufleute machen.

§ 189 Der Handwerks-Stand ist übrigens in Zünfte verteilt und haltet die Reichs-Generalia zu seiner Richtschnur, wiewohl durch den Hamburger Magistrat nach Befund viele Specialia hinzu gesetzt werden. Es ist übrigens die Zahl derselben sehr groß, ohnerachtet die Lebens-Mittel ziemlich teuer und zugleich zu der Stadt gemeinsame Notdurften wichtige Abgaben zu entrichten sind. Man haltet es damit folgender massen: Ein jeglicher gleich wann er Burger wird, muß ein Eid abschwören, daß er zu dem gemeinen Beitrag jedesmal sein Vermögen klar und richtig an Tag legen wolle, welches alljährlich sodann geschiehet, und nach Bewandnuß der Erfordernuß die Schätzung gemachet, sofort der repartirte Betrag abgefordert wird. Ein sicherer Kaufmann gestunde, daß seine Rata solcher massen sich auf 1000 Gulden jährlich belaufe.

§ 190 Man erfuhre ferner in Supplementum des 181. et 185. §vi, daß in denen Sammet-Fabriken ein Gesell des Tags gemeinlich eine Elle verfertige und hievon ein Mark Macher-Lohn bekomme. Nicht minder, daß 100 Gulden Zucker-Formen 17 bis 18 Mark und 1000 Pfund französische Erde, welche man auf den Zucker in die Formen zur Reinigung brauchet 7 Mark kosten.

§ 191 Ausser denen angeführten werden in geringerer Beträchtlichkeit nach allerlei andere Seiden-Waren item Gold- und Silberne Borten und Spitzen, Hüte, dann etwelche Cameel Haarene, Baumwollen und andere Wollen-Zeug-Sorten verfertigt. So auch viel rohe Seide zur Verarbeitung gefärbet und zu recht gemachet.

§ 192 Von denen Hamburger Negotien hat man folgende Nachrichten eingeholet. Es sendet nemlich Hamburg nach Lissabon allerhand Seiden- und wollene Manufacturn, insonderheit Sammet und Felpen, gedruckte Cottone und Zitze, verschiedene Leinwanden als Friedländer, ein Stuck 72 Ellen lang und 7/4 Hamburger Ellen breit, dann rohe und weisse Schock Leinwanden 6/4 breit. Breßlauer blau Ballen Engelsberger 7/4 breite Leinwanden, ein Stuck zu 84 Ellen gebleicht und rohe Hartmannsdorfer in der Länge 72 Ellen und breit 7/4, item ein andere Sort 8/4 breite so genannte gestreifte Reis-Decken. Aus der Schweiz 6/4 6/2 Viertl, und 7/4 breite Schleier so wohl glatt als klein geblümte und groß geblümte, glatte, gestreifte, geblümte, grob und feine Cannefaß aus Sachsen und aus der Schweiz allerlei geblümte Mouseline gebleicht, und rohe 5/4 breite Leinwanden und so genannte Dauloß. Westfälische Leinwanden als Erfurter 5/4 breite, halb gebleichte Oßnabrucker, Borchholthausner, Rävensperger, Decklenburger rohe detto 9/8 und 5/4 breite Braunschweiger und Hildesheimer, andere rohe in halben Schock ebenfalls zu 4/4, 9/8 und 5/4 breit, die man Blexen zu nennen pfliget und woraus Sangaletten gemachet werden, item rohe 8/4 breite sogenannte Schock Tücher, dann 5/4 breite gebleichte Halb Lacken, mehr Warendorfer, Greifenberger, Lilienfelder, Nillhausner, Jaurische Rouannes und Bretagnes, dahin gehet ferner allerlei Papier Moscovitischer Juchten, Nürnberger Kramerei, verarbeitetes Kupfer, Spielkarten, Stahl, Pulver und Blei, liefländischer Flachs etc. Dagegen

kommt von Lissabon Salz, Zucker-Rohr, brasilianischer Taback, Campech-Holz, Fernabock und andere Farb-Hölzer, brasilianische Kue- und Ochsen-Häute, portugiesische Wolle, item Oliven, Oel, Wein, Aneiß, Rosinen, Feigen, Imger, Indigo Cochenille, Pomeranzen, Citronen und Sineser Aepfeln, Limonischalen nebst anderen verschiedenen Confecturn, Droquerien und Medicinalien. Es kommen auch daher Berlen, Diamanten und Edelgestein.

§ 193 Nach Spanien und von dannen ist beinahe das nemliche Negotium und laufen die Schiffe meistens nach und von Sevilla, Cadix und Malaga, und wird ausser den schon specificirten auch Wachs, Reif-Holz und Glas dahin gebracht, gleichwie in Specie noch die spanische Wolle, Ebenholz, wie auch Gold und Silber nacher Hamburg geladen wird. Das Silber ist entweder in ganz grossen länglichten Klumpen oder in gemünzten Stucken von Achten Schmelz Tiegl, geraucherte Schuncken und Fleisch, ja sogar Braunschweigische Mume und Zerbster Bier pflegt man nach Spanien zu führen.

§ 194 Aus Frankreich kommt Wein, Essig, Castanien, Papier, Saffran, Nuß-Baum-Holz, Brandwein, Oliven, Oel, Capern, Seifen, Mandeln, Feigen, Rosinen, Grünspan, Caffé in Sorten, Cotton, Türkisches Garn, levantisches Wachs nebst verschiedenen Woll- und Seiden Tuch und Zeug-Sorten, Gold und Silber Waren, auch anderen Galanterien, worgegen nach Frankreich allerlei Masten, Bretter, Taufel-Holz, Nürnberger Kram-War, Aniß, Amidam-Garn, Stahl, Blech, Messing, Drat, Pech, Teer, Flachs, Hanf, Sengsen und verschiedene Cannefaßen gangbar sind.

§ 195 Aus Italien bringet man levantischen Caffé, Cotton, Baumwollen-Garn, Römischen Alaun, Aniß, Schwefel, Seide, feine Lack, levantisches Wachs, allerlei wohlriechende Wässer und Medicinalia nebst allen anderen levantischen Waren, auch der verschiedene Seiden-Fabricata, an wessen Stelle wiederum dahingehet Moscovitische Juchten und alle andere Arten von Leder-Sorten, doch muß die erstere von ganz leichten Häuten sein, Flachs, Hanf, polnisches Wachs, Talk, Trann, Teer, Fischbein, Caviar, Kupfer, Schwedisches Eisen, Stahl, Blech, Zinn, Blei, Stockfisch, Lachs, Häring, einige wollene ordinari Tücher und Serges wie auch Leinwanden.

§ 196 Engelland bringet allerlei Gewürz, West- und Ost-Indische Waren und Spezereien als braun und weisen Ingwer, Zwefer, Carolinischen Reiß, vielerlei Tücher, dann Wollen- und Seiden-Zeug, Manufacturen, Zinn, Blei, Glas, Stein-Kollen, Schleif-Steine, worgegen Engelland grosse Partiyen von Schlesischen und Westfälischen wie auch gewisse böheimische Arnauer Leinwanden, dann Braunschweigische und Hildesheimer, item Schlesische gebleicht und ungebleichte Garne, hungarische Potasche und Raifen-Stäbe nihmt, dieweilen Wollen-Manufacturum dahin einzuführen gänzlich verboten ist.

§ 197 Von Amsterdam kommen alle holländische Waren, welche aus denen Amsterdamer Preiß-Couranten am besten zu ersehen sind und ziehet dargegen allerlei Holz-Werk, Wachs, Honig, Kupfer, Eisen, Stahl, Messing und Eißen-Drat, Leder-Werk, Getraid, Pech und Theer, Garn, auch vielerlei Leinwanden, Potasch, Antimonium, Arsenicum, Glas, Blech und Blau-Farb.

§ 198 Aus denen kaiserlichen Erblanden kommet dahin Queck-Silber, Kupfer, Potasche, Antimonium, Weinstein und etwas Tockeyer Wein, worgegen aber fast alle Specereien und Zucker entweder directe oder mediante Breßlau von Hamburg abgenommen werden, welches auf gleiche Art in ganz Ober- und Nieder-Sachsen und andere anliegende Reichs-Creise geschiehet. Wie dann in diesem Articul auch das Haupt-Negotium nacher Rußland und übrige nordische Länder bestehet, wie-

wohlen noch darneben vielerlei Wollen und Seiden, Stoffes und Manufacturs-Sorten, worunter in Specie die Sammete und Strümpfe ihren gar ausgebigen Gang haben.

§ 199 So viel man en detail von dem Hamburger Negotio durch die Zeit des kurzen Aufenthalts in nähere Erfahnuß bringen können, so zeigt erstlich die sub Nr. 69 beifügende Preiß-Courant sehr viele und wohl die meiste Species an, mit Bemerkung sowohl des Werts als der Bewandnuß des Verkaufs, darinnen sind auch die Wechsel- und Geld-Cours samt denen Assurancen zu ersehen. Zu wissen ist jedoch, daß, dieweilen ermeldte Preiß-Couranten auf der Pörse durch vereinbarten Ratsschluß der gesamten Kaufmannschaft gemachet werden, man durch Special-Behandlungen mit denen Kaufleuten gemeinlich unter dem ausgesetzten Preiß an noch verkaufen könne. Wessenthalben teils zu Erkenntnus derer auf solche Weis erforschten Preise, teils derer darinnen nicht begriffenen verschiedenen Waren und anderen vorgekommenen Sonderlichkeiten annoch folgende Bemerkungen so, wie sie vorgefallen, beigerucket werden. Von Berlin kommen ganze Schiffe mit Glas-Bouteilles nach Hamburg in zweierlei Gattungen als grössere zu 2 Quartierl pro 4 Schilling, kleinere halb so grosse à 3 Schilling. Von in Hamburg gangbaren französischen Seiden Droqueten $\frac{3}{4}$ breit in ordinari Farben kostet der Stab 2 Reichstaler 16 gute Groschen. Von Halb Seiden-Grisseten eben $\frac{3}{4}$ breit die Brabander Elle 17 gute Groschen in Louis d'Or, bezahlet gegen Contant und ohne Sconto. Die Charte sub Nr. 70 zeigt hievon Muster gleichwie der nachfolgende Numerus 71. Die Qualität derer englischen geblünten, feinen Sattins das Stuck à 30 Yards $\frac{4}{4}$ breit in ordinari Farben à 28 Reichstaler, in hohen à 32 Reichstaler; derer geblünten und gewässerten $\frac{5}{4}$ breiten Cossianten in ordinari Couleuren das Stuck à 7 $\frac{3}{4}$ Reichstaler, in hohen à 10 Reichstaler, derer $\frac{3}{4}$ breiten Everlestines das Stuck 30 Yard haltend à 30 Reichstaler, dann figurirten Amiens von gleicher Länge und Breite das Stuck zu 40 Reichstaler, derer Brochirten Tabouretes $\frac{3}{4}$ breit und 23 Yard lang, das Stuck in ordinari Couleuren à 12 $\frac{1}{2}$ Reichstaler, in hohen Farben à 13 $\frac{1}{2}$ Reichstaler. Man bringet Indianische Schnupftücher dahin und sind in einem Stuck 7 Tüchl in Preiß à 7 Reichstaler. Die holländische Leinwanden gehen die Brabander Elle à 10 gute Groschen bis auf 2 Reichstaler; Thee und Caffé ist in allen Sorten zu haben, dessen Preise in dem Allegato sub Nr. 72 zu ersehen sind. Aus dem Mecklenburgischen kommen nicht minder Schiffe mit Bouteilles wie oben von Berlin bereits gemeldet worden, annebenst auch sehr viel hartes Holz, dessen ein Faden so 2 Klafter ausmachet 14 Mark gettet. Man gebrauchet jedoch mehr Torf, wovon ein schwerer von vier Pferden gespannter Wagen 6 Reichstaler kostet. Die grossen Haiden in dasigen Landen, gleichwie die bekannte Lüneburger Haide werden hauptsächlich in niedrig- und feuchten Orten mit Torf machen genutzt, von wannen sodann die ausgestochen und trockene Zigel auf die Elbe gebracht und somit nach Hamburg geführet werden. Von denen nach Hamburg kommenden in Lüneburgischen gemacht werdenden Leinwanden sind Muster und Auskünfte über die Preise oder wo man auch die Muster nicht haben können die Gattungen und Preise sub Nr. 73 bemerket. Der Holländer Käse hat das Schiff Pfund 32 Mark, der Emder Käse aber 10 $\frac{1}{2}$ Reichstaler gegolten und 100 Stuck Austern kosteten 1 Mark. Das importante Negotium mit ausländischen als englischen, Leydner und Aachner Tüchern mithin deren Quale und die Preise erkläret die Muster Charte sub Nr. 74 wo dann auch die sehr gangbare Ratine und Friese beigefüget sind. Der Indigo gefeuertes Gut ware zu 18 $\frac{1}{4}$ Schilling zu haben. Die holländischen Taback-Pfeifen werden über Hamburg weit und breit verführet und kosten 100 Stuck derer Ellen langen 3 Mark 12 Schilling, der $\frac{5}{4}$ langen aber 4 Mark 12 Schilling, die $\frac{3}{4}$ lange 44 Schilling und die ordinari kurze 28 Schilling; Bleiweiß der Hamburger Centen à 17 Mark, eng-

lische Erden der Centen à 7 Mark, Sandel-Holz der Centen à 23 Mar, das Pfund Zinober zu 42 Schilling.

§ 200 Von dem Leinwand-Negotio sind folgende Special-Auskünfte erhoben worden. Die Westphalische Leinwand bestehet in dreierlei Sort nemlich in roher Pack-Leinwand, wovon ein Stuck 60 Hamburger Ellen haltet im Wert pro 1 Reichstaler 16 gute Groschen, in gebleichter das Stuck zu 20 detto Ellen pro 1 Reichstaler und etwas besser detto zu 1 Reichstaler 16 gute Groschen. In denen stärksten Quantis jedannoch gehen die Bretagnes und bestehet hievon ein Sortiment gewöhnlich in 8 Kisten, wo da in jeder Kiste 125 Stuck befindlich, jedes Stuck hält 12 Breßlauer Ellen, in jeder Kiste sodann ist die War um $\frac{1}{8}$ Mark Banco in quali feiner, daß also die geringste Kiste-War das Stuck in 14 Schilling Banco schlechter als die beste Kiste ist. Aus diesen ergibt sich also, daß ein Sortiment aus 200 Schock in 1 000 Stuck bestehet. Man pfleget auch Sortimente von 4 Kisten mithin von 100 Schock und also 500 Stuck zu machen. Diese Leinwanden sind nach der Bestellung von dreierlei Breiten nemlich $\frac{5}{4}$, $\frac{6}{4}$ et $\frac{7}{4}$ breit, die $\frac{5}{4}$ breite gingen damalen nach der oben bemerkten feine von 2 Mark 8 Schilling Banco bis 3 Mark 4 Schilling Banco, die $\frac{6}{4}$ breite von 2 Mark 12 Schilling Banco bis 4 Mark detto, die $\frac{7}{4}$ breite von 4 Mark 8 Schilling bis 6 Mark 8 Schilling Banco. Der Verkauf geschiehet gegen Contant und ohne Disconto in Banco, die Muster hievon à 5 $\frac{1}{2}$ Viertel Hamburger Elle breit werden in dem Allegato sub Nr. 75 beigebogen und ist auch über ein solches Sortiment ein Conto finto zu Ersehung derer Spesen beigefüget. Die zweite sehr gangbare Sorte ist die so genannte Jaurische Leinwand, wovon das Sortiment in 6 Kisten bestehet, jede Kiste hält 200 Stuck oder 50 Schock, mithin das Sortiment 1 200 Stuck oder 300 Schock, jedes Stuck hält 15 Breßlauer Ellen und ist $\frac{6}{4}$ breit. Die Kisten sind mehrmalen in der Feine um $\frac{1}{8}$ Reichstaler Banco unterschieden, daß also die geringste Kiste um $\frac{5}{8}$ Reichstaler Banco schlechter als die feinste ausfallet. Ein Schock oder 4 Stuck gelten mit dem angeführten Unterschied 3 $\frac{1}{4}$ bis 5 $\frac{1}{2}$ Reichstaler Banco. Der Verkauf ist zwar eben Contant in Banco allein bei dieser War werden 8 $\frac{2}{3}$ percento Disconto passiret, auch hievon ist eine Muster-Charte und beigeruckter Conto finto sub Nr. 76 allegiret. Die dritte nicht minder corrente Leinwand-Gattung sind die Blatilles Royales, von welchen das Sortiment gleichfalls zu 6 Kisten gewöhnlich ist, jede Kiste hat sodann 50 Stuck, oder Schock à 60 Breßlauer Ellen, folglich enthalten alle 6 Kisten 300 Schock, die feine ist mehrmalen um $\frac{1}{8}$ Reichstaler Banco in jeder Kiste unterschieden, wie bei vorhergehenden Jaurischen Leinwanden gedacht worden, die Breite betragt $\frac{6}{4}$ und die Preise sind das Schock von 4 $\frac{1}{4}$ Reichstaler bis 6 $\frac{1}{2}$ Reichstaler Banco und dieses pro Contant ohne allen Disconto in Banco, das Allegatum sub Nr. 77 zeigt wiederum die Muster und den Conto finto. Manchmal werden auch halbe Blatilles Royales à 30 Ellen das Stuck, mithin 100 Stuck in einer Kiste verlanget, welches jedoch alle übrige Bewandnuß in nichts anderen veränderet, als daß diese letztere in halber Breite wie ein Buch zusammengelegt und in einem Bogen dunkelblaues Papier eingeschlagen aber gar nicht gebunden werden, worgegen die ganze Schock in ganzer Breite geleget und 3 auch 4 mal gebunden sind. Weilen nun an dem Legen und Packen gleichfalls sehr viel gelegen ist, so hat man von denen obbenannten 3 Sorten ganze Stuck zu überkommen, endlich Mittel und Wege gefunden mithin selbige zur künftigen Richtschnur mitgebracht. Die aus Böhheim kommende Arnauer Leinwanden sowohl roh als gebleichte 72 Ellen haltend sind ebenmässig sehr angenehm und corrent in Hamburg.

Nach Lissabon und London gehet annoch eine gewisse Sort Leinwand Daullas genannt; eine Kiste davon haltet 60 bis 70 Stuck und jedes Stuck 56 Breßlauer Ellen in Preiß von 3 Mark 8 Schilling bis 4 Mark, in der Packung werden selbige glatt

geleget, man hat jedoch hievon keine Muster erhalten können. Zu bemerken ist ferner, daß auch die Blatilles Royales meistens nach Lissabon und London, die Bretagnes nach Cadix und die Jaurische Leinwanden nach Italien ihren Zug haben. Die schlesische sowohl glatt als geblünte Schleier finden zwar gleichfalls ihren Anwert, jedoch in keiner gar grossen Quantität, die Kiste hält insgemein 100 Stuck in 4 Numeren in Preiß à 6 bis 8 Mark Banco. Es leiden aber selbe 8 $\frac{2}{3}$ percento Rabat.

§ 201 Das Garn-Negotium gehet am stärksten nach Engelland und sind die Braunschweigischen dann sogenannte Böhheimischen, welche aber alle aus Preußisch Schlesien kommen, meistens in Gang. Die Versendung geschiehet in Fässern von verschiedener Grösse nach denen Gattungen der Garne, dann also werden die Garne deren ein Bund 7, 7 $\frac{1}{2}$, 8, 8 $\frac{1}{2}$ und 9 Pfund wieget zu 280 bis 300 Bund in ein Faß gepacket, deren 6, 6 $\frac{1}{2}$ und 7 Pfund ein Bund wiegenden kommen 350 bis 360 Bund in ein Faß, die 5, 5 $\frac{1}{2}$ und 6 Pfund schwere 400 bis 425 Bund in ein Faß, die 4 $\frac{1}{2}$, 4 und 5 $\frac{1}{2}$ Pfund schweren 500 bis 550 Bund in ein Faß, die 3 $\frac{1}{2}$, 4 und 4 $\frac{1}{2}$ pfündigen 600 bis 650 Bund in ein Faß; die 2, 2 $\frac{1}{2}$, 3, 3 $\frac{1}{4}$ pfündigen 800 bis 900 Bund in ein Faß. Jeder Bund hält 20 Lop oder Strenne, ein Strenn halt 10 Gebünd und jedes Gebünd 90 Faden, der Faden aber ist 3 $\frac{3}{4}$ Braunschweigischen Elle lang. Man erfuhre jedoch, daß weder auf die Länge des Fadens noch auf die Zahl durchgängig sicherer Conto zu machen sei, sondern in ein so andren Sortimenten man sich mit etlich 80 Fäden in einem Gebund und 3 $\frac{1}{2}$ Elle in der Länge vergnügen müsse. Von denen Braunschweigischen Garnen sind 3 Hauptgattungen, benanntlich die erste bestehet in denen allerbesten 3 Cronen Brand oder Quint essenz-Garn, die zweite in denen allerbesten doppelt Cronen-Garn und die 3te in denen best Emkelten Brand-Cron-Garn, wo dann bei erteilender Commission jedesmal die Gattung, welche Sort gemeinet sei, benennet und auch das Gewicht derer Bünde specificiret wird. Es ware nicht möglich Proben oder Muster von denen Garnen zu überkommen, indeme die Fässer in Hamburg nicht eröffnet, sondern so, wie sie gepacket sind, versendet werden und lasset sich endlich auch aus dem specificirten Gewicht die Qualität erforschen, von denen Preissen aber aller vorbemerkten Gattungen ist ein Vormerk sub Nr. 78 beigebogen. Der Erkauf geschiehet gegen Contant jedoch Franco Fracht nach Hamburg oder Altona.

§ 202 Es sind in der oberen allbereits allegirten Muster-Charte nur Leydner und Achner-Tücher zu finden, zumalen aber auch die englische Tücher einen sehr starken Debit haben, so zeigt derselben Qualität das Allegatum sub Nr. 79 die Breite ist durchgehends $11\frac{1}{4}$ Brabander und der Preiß die Brabander Elle à 9 Mark. Item folget noch eine andere Muster-Charte sub Nr. 80 über feine Achner Tücher $10\frac{1}{4}$ Brabander breit und die detto Elle à 5 Mark 8 Schilling. Man findet auch ansehnliche Vorräte von Holländischen Stameten oder wie man solches hier Landes teils Spanoglets, teils Blitze zu nennen pfeget, die gestreifte sind $10\frac{1}{2}$ Viertel breit und kostet die Hamburger Elle 2 $\frac{1}{2}$ Reichstaler, die geblitzte sind nur $5\frac{1}{4}$ breit à 1 Reichstaler 8 gute Groschen. Die operirt oder geblünte eben $5\frac{1}{4}$ breit à 1 Reichstaler 6 gute Groschen. Ferner führet man Castor gleichfalls $5\frac{1}{4}$ breit die gedachte Hamburger Elle à 1 Reichstaler 20 gute Groschen. Die Muster sub Nr. 81 erklären das Mehrere.

§ 203 Die vielerlei sowohl halbseidene als ganz wollene Zeug Sorten, welche Hamburg in seinem Commercio gebraucht, sind in das Allegatum sub Nr. 82 gebracht worden. Man findet darinnen extra feine Camelots, deren das Stuck 24 Yards haltet und $3\frac{1}{4}$ breit sind, zu 25 Reichstaler. Andere $5\frac{1}{4}$ breite etwas geringere in der Länge à 39 Yards pro 23 $\frac{1}{3}$ Reichstaler, feine $4\frac{1}{4}$ breite und 30

Yards haltende Tabins à 15 $\frac{1}{3}$ Reichstaler. Von gleicher Breite und Länge feine halb seidene Herbiens. $\frac{7}{8}$ breite extra feine halb seidene Droquets à 24 $\frac{1}{2}$ gute Groschen, der Stab detto etwas geringere à 21 $\frac{1}{2}$ gute Groschen, derlei Milains à 16 gute Groschen, wie auch Terzenelle à 13 $\frac{1}{2}$ gute Groschen. Extra feine $\frac{4}{4}$ breite geblümete Sattin oder wollene Damast das Stuck à 30 Yards in ordinari Couleur à 26 $\frac{1}{2}$ Reichstaler, in hohen Farben à 31 $\frac{1}{2}$ Reichstaler, derlei etwas geringere $\frac{7}{8}$ breite und 28 Yards lange in ordinari Couleur à 16 Reichstaler, in hohen detto à 21 $\frac{1}{2}$ Reichstaler, noch eine dritte Sort ordinari Settiens von vorhergehender Länge und Breite in ordinari Couleur à 12 $\frac{1}{2}$ Reichstaler, in hohen Farben à 17 $\frac{1}{2}$ Reichstaler. Brochirte Taborets das Stuck à 28 Yards $\frac{7}{8}$ breit à 12 $\frac{1}{2}$ Reichstaler, Floretas von gleicher Länge und Breite à 9 $\frac{1}{2}$ Reichstaler in ordinari Farben, in höhern detto à 10 $\frac{1}{2}$ Reichstaler. Gestreifte Callemang in vorbemercker Länge und Breite à 11 $\frac{1}{4}$ Reichstaler, glatte detto in gemeldter Breite, doch nur 27 Yards lang in ordinari Farben à 12 $\frac{1}{4}$ Reichstaler und in hohen à 14 $\frac{1}{2}$ Reichstaler gestreifte Camelots 30 Yards lang, $\frac{3}{4}$ breit à 9 $\frac{1}{2}$ Reichstaler, detto geflamte à 10 $\frac{3}{4}$ Reichstaler, Englische Crepes des Dames $\frac{4}{4}$ breit und 33 Yards lang à 13 Reichstaler, englischer Damies $\frac{5}{12}$ Viertel breit und 30 Yards lang in ordinari Couleur à 12, und in hohen detto à 14 Reichstaler; Holländische Plüsch, die Elle von 29 bis 30 gute Groschen, $\frac{5}{4}$ breite Cossians das Stuck à 34 Brabander Elle in ordinari Farben à 7 $\frac{1}{3}$ Reichstaler und hochroten à 10 $\frac{1}{2}$ Reichstaler. Englische $\frac{4}{4}$ breite Wollen-Droquets melirte die Brabander Elle à 8 $\frac{1}{3}$ gute Groschen, gefärbte à 7 $\frac{1}{2}$ bis 8 gute Groschen. Alle vorbemerkte Preise sind in Wiener Corrent gegen Contant und sonder Rabat verstanden. Man besorgete, daß die Seide vermög dermalig Umständen in Engelland aufschlagen, mithin jede Sort, worzu Seide nötig ist, künftig teurer zu stehen kommen würde. Was noch über dieses für englische Wolle und halb-Seiden, dann Holländische, Schweitzer und Ost-Indische Waren gangbar sind, ist aus der sub Nr. 83 beigefügten Specification zu ersehen.

§ 204 Das Leder-Negotium ist von grosser Importanz in Hamburg. Es wird zwar, wie bereits Meldung geschehen auch einiges Pfund-Leder in Hamburg gemacht, allein das englische Pfund-Leder hat den größten Debit, darneben wird auch Lükker-Leder verschlissen, die Saffiane finden gleichmässig einen guten Abzug. Das englische Pfund-Leder kostete damals das Pfund 13 Schilling Banco, das Lükker aber 2 Mark Banco. Die rote Saffiane in grösseren Häuten kosteten 10 Stuck 14 Reichstaler Courant, die mittlere aber 11 Reichstaler, die gelbe detto 10 Stuck, der grösseren 10 Reichstaler, die mittlere 6 in 7 Reichstaler und die gar kleine 4 Reichstaler Courant. Es kommet viel Maroccanischer Saffian nacher Hamburg, man hat einige Prob-Muster von bemeldten Leder aufzubringen sich beflissen und leget selbe sub Nr. 84 bei. Aus der Levante kommet gesponnenes Cameel-Haar in 4 Sorten nacher Hamburg, wie sotanes die Muster Charte sub Nr. 95 exhibiret. Nr. 1 kostet ein Hamburger Pfund 4 Mark 4 Schilling, ist es aber gedoppelt, so kostet es 4 Mark 8 Schilling, Nr. 2do à 5 Mark gedoppelt à 5 Mark 6 Schilling, Nr. 3tio à 5 Mark 8 Schilling gedoppelt à 5 Mark 14 Schilling, Nr. 4to à 7 Mark 8 Schilling gedoppelt à 7 Mark 14 Schilling. Von gefärbten Sorten ist Nr. 5to ein Pfund à 4 Mark 10 Schilling, Nr. 6to à 5 Mark 8 Schilling, Nr. 7mo à 6 Mark und Nr. 8vo à 8 Mark. Man bringet es in ganzen Ballen, welche in Häute eingenäht sind.

Die Spanische Wolle, welche in fünferlei Sorten nacher Hamburg gebracht wird, hat folgende Preise: Nr. 1mo kosten 100 Hamburger Pfund 112 Mark Banco, Nr. 2do das detto Gewicht 130 Mark Banco, Nr. 3tio detto 115 Mark Banco, Nr. 4to 185 Mark Banco, Nr. 5to 196 Mark Banco, die Qualität ist aus der Beilag sub Nr. 86 zu entnehmen.

§ 205 Es ist noch ein Haupt Negoce zu berühren, und dieses geschieht mit dem Geld. Die Stadt Hamburg lasset alle Münz-Sorten rouliren, sie mögen in dem Gehalt gut oder schlecht sein, mit der alleinigen Beobachtung, daß selbe einen unterschiedenen Valor haben, dieser Valor in Geltung aber ist nicht jederzeit nach dem Wert proportioniret, sondern es steigt und fällt derselbe, wie der Preiß einer anderen Ware, wann selbiger mehr oder weniger gesucht wird. Auf daß aber die Hamburger ihr gutes und so genanntes schweres Geld beibehalten, so ist dessen Wert gegen anderen Münz-Sorten auf einen solchen Grad gesetzt, daß dessen Ausfuhr niemanden anreizet, da nun übrigens die coursirende schlechte Gelder E. g. die preussischen Münzen nirgends mehr als in ihren eigenen Lande gelten. Daher wann ein Kaufmann eine Zahlung in Preussischen Landen hat, so suchet er Preussisches Geld, sind viel deroselben, welche ein gleiches bedarfen, so wird es auch etlich percento höher angebracht, als gewöhnlich ist. Ist aber die Münz auf dem Platz überhäufet, und von denen Inwohnern ohne Nachteil nicht auf andere Plätze zugebrauchen, so fallet der Cours. Die damalige Geld-Course sind in der oben angeführten Preiß-Courant sattsam zu entnehmen und solle auch respectu des Gelds weiter unten noch ein mehreres bemerket werden.

§ 206 Die berühmteste Kaufleute, welche man zum Teil in Erfahruß gebracht, zum Teil von Person kennen lernen, auch mit ihnen Verabredungen gepflogen, sind unter denen Wechslern Philipp Heinrich Stänglin und Sohn, dieser besorget auch den Verschleiß des hungarischen Kupfers, meldete aber, daß derselbe der Ursache abnehme, dieweilen die Qualität des Kupfers nicht mehr so gut wie vorhin sein solle, als welcher Vorzug in der Güte dasselbe vorhin so annehmlich gemacht habe, daß ohneracht des höheren Preises selbes noch immerhin gesucht wurde, daher sofern man diesen Debit beibehalten will, erforderlich seie, daß wegen Herstellung der vormaligen Güte die unverzüglich und erstliche Ordre gegeben werde. Peter Hüß und Sohn, welcher untereinem eine Niederlage von Material- und Specerei auch Farb-Waren haltet und da die Niederleger und Grossirer meistens und fast durchgehend zugleich ein Wechsel-Negotium treiben, so kan man dieselbe unter folgender Benennung ihrer Handlungen unter einem finden. Also sind in diversen Seiden- und Wollenen, dann Indianischen Waren, item feinen Leinwandn Johann Heinrich Petefeur et Compagnon Heinrich Kühl, Peterson, Stampfe, Wad und Müller, Martens und Rieß. In Fisch-Waren als Austern, Pücklingen, Muscherln etc. Johann Joachim Brackl. In Sammet und Seiden Felpen so zugleich eigene Fabriquen unterhalten Johann Andrée Fadenholz, Heinrich Altmann, Dietrich Mayer, Philipp Springer, Johann Georg Grivé, Isaac Stockmann und Valentin Vegener & Scherrmann. Thée Verlegere sind Johann Philipp de Dobeler und Carl Metkasse. In Cotton und Zitzen auch gedruckten Leinwand, welche ebenfals mit Teil ihre eigene Druckerei haben, Hermann Johann Wuverisch, Franz Peter Imstock, Johann Christian Pichel et Compagnie, Weber und Badensteher, König und Petsold, Johann Peter Zumfelden. In weissen und gedruckten Cotton Johann Kranke. In Material, Specerei, Farb, auch Fisch-War Andrée Schulz und Sohn, Rotenburg und Permann Compagnie, Düssen et Köppmann, welche sonderlich im Mineralischen Farben als Bleiweis, Zinnober etc. excelliren und dabei ein starken Debit mit denen Holländischen Taback-Pfeifen hat die Gebrüder Steckelmanns, Ludolph Lutgen, Perent und Most, Düssen und Zetemann, Brentano, Lavezzari, Püchel, Johann Heinrich seelige Wittib, Nicolaus Hintsche, Jörg Heinrich Pusch, Hermann Wellmann, Joachim Christian Rodax, Christian Linau, David Friedrich Klug, Georg Schulz, Wilhelm Klamer, Gottlieb Amsink. In Holländer und Emter Käse Johann Albrecht Traun, Franz Mittelmann. In Hamburger Strümpfe, Camaschen, Cron-Raschen und Wollen-Felpen Paul Görz seelige Wittib et Sohn, Gustav Lütgen seelige Wittib. In Tüchern und Rattinen Fridrich

Binnemann und Christoph Wilhelm Krück, In Pfund-Leder, Juchten und Saffian Jacob Benjamin Wagner, Baumbach und Timpfel, Heinrich Pichler, Bratau, Pausch und Werner, welcher zugleich raue Futterwerk führet. In Garn und Leinwanden Wolf de la Haize und Tonsch, Gräfelholz. Dieser führet unter einem Segel Leinwand, Perrent Rose et Fertatell, Johann Gottlieb Gerhard, Ackermanns Gebrüdere, Pasankot, Tourton, Johann Mitholf, Purves, Hombory, Holsad, deren die Meiste Engelländer sind, der benannte Gerhard aber ist derjenige, welcher sich zu Instradirung der k. k. Erbländischen Fabricaten als Pfund-Leder, ordinari Tüchern und verschiedenen Leinwanden an meisten anheischig gemacht und auch von ein so anderen Proben committiret hat,

Commissionairs, welche meistens en Commission et Spedition nebst Wechsel ihr Gewerh treiben, sind die Gebrüder Bretani, Hyss et Sylves, Carl Lavezari, Lachambre, Wiliam Boroos, Stefan Wolfelten, Jacob Posanket, Carl Metgalf, Decimus Halsey und sind wiederum die letzten 5 Engelländer, so mit Garn und Leinwanden zu tun haben. Anton Ludwig Wenzing handelt am stärksten mit Cameel-Haar.

§ 207 Es ist nicht ohne, daß die specificirte Kaufleute nur einen kleinen Teil in diesem grossen Handels Platz gegen jene Mänge, so auf der Pörse zu ersehen ist, ausmachen, allein mehrere kennen zu lernen würde eine ganz andre Zeit erforderet haben. Man hat auch respectu dieser mit denen eingezogenen Nachrichten sich begnügen müssen, daß selbe in guten Renommée stehen, in ihren Waren-Lagern sehr wohl assortiret sind und sonst in dem Umgang Vernunft und Klugheit bezeigt haben, die sonderheitlich acreditirte Handels-Häuser Stenglin und Sohn, Baumbach und Dümpfelt, dann Johann Gottlieb Gerhard haben zu genauerer Bekanntschaft Gelegenheit gegeben, und der letztere wann seine gegebenen Versicherungen als eines geborenen Breßlauer anderst aufrecht sind, machte viele Anerbietungen, deren Erbländischen Leinwanden und anderen Fabricaten in Verschleiß beförderlich zu sein. Hamburg überhaupt stehet in gar guter Achtung und die Banquerottes daselbst sind wegen der haltenden guten Ordnungen nicht so gar gemein. Wegen Betrug und Bevortelung ist der Platz auch nicht übel berüchtiget, man muß jedoch den Tratto des Platzes verstehen, massen man mit Leuten zu tun hat, die sehr fein sind und alle Vorfällenheiten ungemein zu ihren Vorteil anzuwenden wissen. Dann also zum Exempel, wann eine War erkaufet wird, welche einen Rabat vonposito 8 percento leidet, so wird der Hamburger Handelsmann in der Berechnung keineswegs von 100 Talern oder Mark Banco 8 abziehen, sondern den Satz solcher gestalten formiren, daß er von 108 Talern 8 rabatiret, welches in grossen Summen einen merklichen Unterschied verursacht. Machet nun ein unkündiger Käufer einen anderen Anschlag vor Committirung der Ware, so wird die alsdann überkommende Rechnung ihm den eingebildeten Nutzen ganz anderst zeigen und dergestalten verhältet es sich mit anderen feinen Handels-Griffen. Alles Exterieur ist bei denen Hamburger Negotianten ansehnlich, ihre Kleider und Wäsche sind von dem feinsten Zeug, die Häuser nett und auf das zierlichste meubliret, sie besitzen die kostbarste mit Statuen und Wasser Werken ausgezierte Gärten. Ordinari Kost und Tractament ist zwar wirtschaftlich und ziemlich eingeschränkt, allein ihre Gastmahle sind an Speisen, Getränk und übrigen Auszierungen desto delicateser und prächtiger.

§ 208 Die Hamburger Banque ist nach der Amsterdamer und Venetianischen eine der renommirtesten. Ihr Credit ist überaus groß und das Vermögen niemandem bekannt, ein Haupt-Vorteil für Hamburg dabei ist, daß, dieweilen fast alle und die erheblichste Zahlungen durch die Banque laufen und keine andere als anässige Bürger ihre Rechnung darinnen haben, dadurch denen Hamburgern der

größte Teil des Negotii in die Hände gespielt wird. Wer einmal ein Capital in der Banque stehen hat, so aber in lauter vollhaltigen und gewichtigen Species-Geld eingelegt werden muß, der tractiret sodann den Überrest mit lauter Ab- und Zuschreibungen, hierzu wird erfordert, daß er die Summa der Ab- und Zuschreibung oder geschehen sollenden Bezahlung auf ein Zettul bemerket und diesen entweder selbst in Person oder mittelst erteilter Vollmacht an den Buchhalter der Banque überreiche, welche Vollmacht sodann nicht länger als ein Jahr in Kräften bleibt, das Ab- und Zuschreiben geschieht unentgeltlich, wann aber jemand auf seine Rechnung eine Baarr Zahlung aus der Banque in Species-Geld tun lasset, so muß derselbe 1 5/8 pro Mille schwinden lassen, so aber in der Tat nicht mehr als 5/8 pro Mille austrägt, dieweilen wann jemand E. g. 1 000 gerechte und vollwichtige Species, es seien hernach ganze, halbe oder viertl Taler einleget, demselben hiervor 1 001 Taler gut geschrieben werden. Erkühnet mansich mehr, als man in der Banque stehen hat, zu assigniren, so muß ein solcher wegen derlei unzulässigen Unternehmung von jeden 100 Mark 3 Mark Straf erlegen, damit aber die Banque auf solche Weise zu keinem Schaden komme, so hat der Buchhalter, welcher die Assignationes annimmt und allezeit ein Summarische Bilanz aller Interessenten bei Händen, welche bevor einzusehen eine seiner größten Schuldigkeiten ist. Denen Officianten bei der Banque pflügen die Kauf-Leute alljährlich nach Proportion der habenden Mühe eine willkürliche Discretion zu geben. Wenn aber einer zum ersten Mal eine Rechnung oder Conto mittelst einer Einlag in der Banque anfängt, so hat er hiervor 500 Taler zu bezahlen. Die Ab- und Zuschreibung geschehen nur vormittags, folgar, wer sich nicht bis 12 Uhr meldet, muß bis den andern Tag warten, gegen Gold- und Silber-Pfänder wird auf Geld weg geliehen und nicht mehr hievon, als 3 percento Interesse bezahlet. Die Beschreibung des Verhalts und deren Beobachtungen bei der Banque, gleichwie die Wechsel-Ordnung, Assecurance und Hawerei Rechnung, dann auch Mackler-Ordnung, nebst einer Tax von der Mackler Courtaggio sind bekannt und gedruckte Piecen.

§ 209 Zoll und Mauten sind sehr leidentlich, dann so zahlen die Transite Güter durch oder über Hamburg nur 2 Schilling vom Stuck. Es können auch dieselben 6 Monat ohne weiterer Bezahlung liegen bleiben, werden selbige aber binnen 6 Monaten weiter nicht versendet oder auch in loco verkauft, so bezahlen die, so über die See kommen nach Unterscheid von dem Wert 11/12, 1 1/2 auch 2 1/2 bis 3 percento, die aber von Magdeburg und aus dem Reich nur 3/8 percento. Die Hamburger Bürger endlichen, so etwas auf eigene Rechnung einführen, sind gänzlichen frei. Wann nach denen Umständen die Schiffe ein Convoj nötig haben, so wird gemeinlich von einem Last 1 Reichstaler bezahlet, man hätte sehr gern ein Individual Vormerk über die Species derer Waren und die zu entrichtende Gebühr zu Händen gebracht, allein keiner derer Kaufleuten wollte damit herausrucken sondern sagten, daß man den Unterscheid ex praxi lernen müsse.

§ 210 In Betref derer Frachten sind folgende Erforschungen geschehen. Nach Cadix bezahlet ein Kistel von beiläufig 5 Centen 8 Ducaten, nach Lissabon ein Detto 7 Crussados, nach Leipzig auf der Axe ein Schiff Pfund à 320 Pfund 6 bis 7 Reichstaler, nach Dresden und Pirna ein detto Schiff Pfund zu Wasser 36 bis 40 gute Groschen, nach Unterschied der Zeit und Witterung, nach Nürnberg ein Schiff Pfund 9 Reichstaler, nach London ein Collo von ungefähr 3 Centen 6 Schilling Sterling, nach Petersburg über Lübeck ein Schiff Pfund 5 Rubel, nach Danzig eben über Lübeck ein Schiff Pfund 2 bis 2 1/2 Reichstaler. Es ist zu bemerken, daß wegen derer Differenzen, so zwischen Chur-Sachsen und dem König von Preußen entstanden, als letzterer die Zölle und Mauten erhöht hatte, anstatt der vormaligen Strasse über Magdeburg ein Ausweg mit Umgehung des königlich preu-

ßischen Territorii über Braunschweig genommen werde, durch welchen aber die Fracht bis Leipzig von dem Schiff-Pfund auf 8 bis 9 Reichstaler bis dato zu stehen kommet, indeme dieser Zug als ein neuer Anfang noch verschiedenen Beschwerlichkeiten unterlieget, dann die Wege sind noch nicht in gut- und gangbaren Stand gesetzt. Die Fuhr Leute der Gegenden unkundig, es ermanglen zu Dato die erforderliche Wirtshäuser und Einkehrungen, die Fütterung aus Mangel der noch nicht eingerichteten Zufuhr ist weder wohlfeil noch auch zureichend und was der gleichen allererst zu beheben kommende Anstände mehr sind. An deren Hinwegraumung jedoch man mit allem Ernst arbeitet und von der Stadt Leipzig, welcher an der Communication am meisten gelegen ist, sogar auf Unterhaltung einen namhaften Zahl Pferde und Fuhr-Wägen, welche die Kaufmannsgüter durch diesen neuen Weg gegen eine leidentliche Fracht, obgleich mit etwelchen eigenen Verlust führen sollen, angetragen worden, die Territorial-Herrn, deren Gebiete durch ermeldten neuen Weg betreten wird, tun ferner mit Besserung der Strasse, Auf- bauung der Wirtshäuser und Beischaffung derer übrigen bereits oben recensirten Hilfs-Mittel ganz willig alle hülffreiche Hand bieten. Es sind daher schon wirklichen zu der Leipziger Michaelis Messe die Speditiones über Braunschweig geschehen, so der leztbenannten Stadt zum ungemeinen Aufnehmen gereichen wird. Man rechnet von Hamburg bis Leipzig 42 Meillen, wann aber die Strasse durch den beschriebenen Umweg genommen werden muß so dürfte es etwas über 50 Meillen betragen, zwischen Nürnberg und Hamburg rechnet man 52 Meillen und die Fracht von Schiff-Pfund ist 9 Reichstaler, da nun die Weite nach Leipzig durch diesen neuen Weg solcher massen nicht grösser wäre, so lasset sich hoffen, daß auch die schon dermalen gleichstehende Fracht successive noch wohlfeiler fallen werde. Von Lübeck bis Hamburg ist Land-Fracht von 1 Schiff-Pfund 36 bis 37 Schilling. Von Hamburg nach Lübeck hingegen ein Courent Taler oder 3 Mark folgar in kaiserlicher Münz 1 Gulden 48 Kreuzer. Nach Frankreich werden von einem Schiff-Pfund 22 Livres bezahlet und nach Holland von einem detto 3 Reichstaler. Von Hamburg bis Brünn vom Schiff-Pfund 10 Reichstaler. Über Braunschweig mithin auf der neuen Strasse über bis Prag 9 bis 10 Reichstaler. Von den Praemien derer Assuranzen ist nicht nötig etwas zu melden, weilen selbe aus dem oben sub Nr. 69 allegirten Preis Courant zu ersehen sind.

§ 211 Buch und Rechnung wird in Hamburg in Mark und Schilling Lübisch geführt und haltet jede Mark 16 Schilling, ein Schilling aber 12 Denari Lübisch. Das Geld ist entweder Banco oder Courant und das Courant-Geld entweder schwer oder leicht, das Banco-Geld ist gemeiniglich um 17 percento besser als Courant schweres Geld, das leichte Geld aber ist nach seinem Unterscheid 10 bis 25 percento schlechter, als Hamburger Courant. In leichten Geld gilt ein Species Taler oder Louis Blanc 4 Mark 1 Gulden Rheinisch 2 Mark, 1/2 Gulden 1 Mark und 1 Reichstaler oder 1 Gulden 30 Kreuzer 3 Mark 1 Ducaten 8 1/4 Mark, 1 Louis d'Or Fridrich d'Or oder Carl d'Or 15 Mark, worgegen in Banco ein Species Taler nur 3 Mark haltet, wie hievon bereits oben bei Erwernung des Hamburger Geld-Handels gedacht worden und aus dem heraus kommenden Preiß-Courant, wie die sub Nr. 88 beigelegte unter der Rubrique von Geld Course das Mehrere jederzeit zu erholen ist. Sonsten kommen auch Pfund und Schilling dann Grood flämisch in Rechnung vor und ein Pfund flämisch haltet 20 Schilling detto, ein Schilling 12 Grood oder Pfennig flämisch, 1 Pfund flämisch haltet 2 1/2 Taler oder 7 1/2 Mark, der Zeit musten vor 100 Talern Banco 140 Reichstaler Wiener Courant bezahlet werden.

In Natura geprägte Hamburger Münze bestehen in doppelten und einfachen Ducaten dann ganz, halb und viertel Portugaleser, so da Schau Stücke zu 10, 5, und 2 1/2 Ducaten sind, dann Species Talern item 2 und 1 Mark, auch 8, 4, 2 und 1

Schilling Stuck, item Sechsling und Dreiling zu 6 und 3 Denari, welches die kleinsten Münz ist, wo im übrigen, wie schon in anderen Orten gedacht allerlei fremde Münz-Sorten rouliren, in der Ausprägung der Ducaten und Talern wird der Reichs-Fuß beobachtet, die viele dahinkommenden Spanische Stücke von 8 werden nach dem Cöllnischen Markgewicht gewogen, wo dann 2 Mark sotanen Gewicht allezeit für 17 Stuck von achten gerechnet werden, deren jegliches mit 48 Schilling Banco bezahlet wird, 67 Ducaten sollen gleichfalls eine vorbeschriebene Cöllnische Mark wiegen, das Species-Geld auszuführen ist zu Confiscation verboten.

§ 212 Das Handels-Gewicht bestehet in Schiff-Pfund, deren eines 2 1/2 Centen oder 280 Pfund, zur Fuhr aber 320 Pfund machet, ein Centen hat 8 Liß-Pfund und 1 Liß-Pfund 14 oder zur Fuhr 16 Hamburger Pfund, das Pfund hat 2 Mark, das Mark 16 Lot 4 Quintl und das Quintl 4 Denari. 14 Stein Flachs und 28 Stein Wolle oder Federn machen 1 Schiff-Pfund, woraus der Unterschied des großen Steins à 20 Pfund und des kleinen à 10 Pfund erhellet. Die Paria sind 22 Hamburger Pfund geben 19 Wiener, eine Tonne Butter Schmalband haltet 224 Pfund, Bucket-Band aber 280 Pfund 1 Pipe Oel 820 Pfund.

§ 213 In Getraid halt ein Last 3 Wippel, 1 Wippel 10 Schäffel, ein Schäffel 2 Faß und 1 Faß 2 Hümnden. 1 Hümde aber 4 Spünd und 1 Spund hat 4 grosse Maß, eine grosse aber 4 kleine Maß nach dem Gewicht rechnet man 1 Schäffel Waitzen auf 170 Pfund Korn 160 Pfund, die Gersten 190 Pfund und den Haber auf 156 Pfund. In der nassen Maß in Wein, Brandwein und Bier halt ein Fuder 6 Ohm, 1 Ohm 4 Anker, 1 Anker 5/4, und 1/4 2 Stübichen, 1 Stübichen 4 Quartierl und 1 Quartierl zwei Össel, 1 Faß Wein wird auf 4 Oxhöf gerechnet, wiewohlen die Oxhöf mit französischen Weinen nicht gleich sind, sondern zu 32 bis 34 Viertel halten, mithin bevor jedesmal visiret werden. 1 Tonne Hamburger Bier halt 48 Stübichen und eine schmale Tonne 32 detto, ein Both Spanischer Wein haltet 96 bis 100 Stübichen, ein Booth Sect 120 bis 125 Stübichen und ein Booth Malvesir 140 Stübichen, 1 Quartele Tonne Tran halt 2 Tonnen und eine Tonne Tran 32 Stübichen oder 228 Pfund. Die Hamburger Elle wird sub Nr. 87 beigeleget und tun 6 Hamburger 5 Brabander, so werden auch 4 Hamburger für 3 Wiener gerechnet, wiewohlen nach der genauen Rechnung 23 Hamburger mit 17 Wiener allererst die Paria constituiren.

§ 214 Lüneburger Salz, Rotscher, Häring, Ter, Pech, Tran, Stein Kollen und andere Tonnen Waren werden zu Lasten à 12 Tonnen geführet, von dem französischen, spanischen und portugesischen Salz aber haltet ein Last 18 Tonnen, Stuckwaren werden zu grossen und auch kleinen 1 000 gezehlet, ein grosses Tausend hat 5 Ringe, ein Ring 2 grosse Hundert, ein grosses Hundert 2 Schock, ein Schock 3 Steigen und 1 Steige 20 Stuck, wogegen ein kleines Tausend wie gewöhnlich in 10 Hundert oder 50 Steigen mit 1 000 Stuck sich zerteilet. In dem Bau Holz Verkauf gehet man nach Schock, wo dann jedes Schock 60 Gravelen hat, Es wird ferner eine Proportion nach der Dicke gehalten, nach welcher auch die Länge allezeit proportioniret sein muß. Die Webe Leinwand hat 72 Ellen und 1 Steige haltet 20 Ellen, 1 Zimmer hat 40 und 1 Dächer 10 Stuck, man hat auch noch bei verschiedenen Waren sichere Ausmessungen der Tara, als wie gesetzt bei einem Sack Baumwolle 4 percento, bei dem Alaun 10 percento, bei der Smolte 8 percento, andere Rabate sind ebenfalls aus der Preiß-Courant zu erlernen, wo selbst nicht minder alle Wechsel-Course wochentlich herausgegeben werden, der Uso mit Wien ist 14 Tag Sicht mit dem Acceptations Tag, dann auch bisweilen 4 Wochen a dato, ja dieweilen der Cours in Wechsel sowohl als in Geldern ofter veränderet, daß eine Woche das Publicum hievon zu avertiren zu lang fallen würde, so werden hierüber zweimal die Woche eigends gedruckte Zettuln heraus gegeben,

wie solche vom 19ten Septembris anni praeteriti in Copia sub Nr. 88 zu ersehen sind.

§ 215 Ein Hamburger Negotiant hat die in dem Allegato sub Nr. 89 beifügende Muster Spallier-Damaste zur Probe mitgegeben und verlanget, daß im Fall diese Qualität in denen kaiserlichen Erbländen erzeiget würde, ihm von denen Preisen Nachricht gegeben werden mögte, dieweilen er damit einen namhaften Verschleiß machen könnte. Der zu größten Torto der Hamburger Handlung königlich dänischer Seits angelegte in der Ordnung folgende vier und vierzigste Ort

§ 216 Altuna

ist allbereits zu solchen Kräften erwachsen, daß man denselben mit gänzlichen Stillschweigen nicht vorbeigehen kann. Derselbe liegt an den Elbe-Strom und ist in seinem Umfang merklich grösser als Wien innerhalb seiner Ring-Mauren, mit zierlichen Häusern, Kirchen und anderen Publiquen Gebäuen, dan einer Universität versehen, und von dem Hamburger Tor kaum 500 Schritt weit entfernt, daß also vor einen Überfall sicher zu sein, die Hamburger Tore jedesmal noch bei hellen Tage gesperrt werden, wornach niemand, wer er immer seie, mehr hineingelassen wird. Die grosse Freiheit, welche die Altunaer Innwohnere genissen und die geringe Abgaben so sie zu praestiren haben, hat diesen Ort zu solchem Wachstum gebracht. Man entrichtet ein ganz wenig und dieses ist lediglich auf das Getränke als Wein, Bier und Brandwein geschlagen, wer also in Hamburg nicht fortkommen kan, begibet sich nach Altuna, wodurch endlichen allerlei Kaufleute entstanden, die eben diejenige Waren wie die Hamburger führen, sonderheitlich aber mit Speditionen ihre Verdienste machen, dieweilen alle dahin kommende fremde Waaren nichts entrichten. Indessen ist gleichwohlen der Unterschied zwischen Hamburg und Altuna noch sehr groß, indeme der erstere Ort einen allzu guten und langwürigen Grund hat, dann die Handlung hat daselbst schon ihren Zugang, die Kaufleute haben ein übergrosses Vermögen und aller Wechsel gehet über Hamburg. Bei dieser gleich gemeldten Stadt machet die Elbe und Alster einen Porto, allwo die Schiffe viel versicherter liegen, welchen Altuna nicht hat. Die Stadt selbst ist mit vielen Canälen durchschnitten, daß die Waren bis an die Magazins gebracht werden können, welches bei Altuna so auf einer Anhöhe situiret ist, nicht practicabl, dergestalten findet sich an dem letzteren Ort keine Pörse, sondern die Altunaer Kaufleute frequentiren die Hamburger. Eine Haupt-Sache endlichen ist die Hamburger Banque mittelst welcher die meisten Negotia geschlossen werden und wordurch denen Hamburger Negotianten fast alle Handlungs Geschäfte in die Hände kommen, mithin geschehen ausser denen vorerwehnten verschiedenen Speditionen die beträchtlichste Handlungen Unternehmungen derer Altunaer noch immer mittels Hamburg.

§ 217 Viel grösseren Nachteil empfindet die oft wiederholte Reichs-Stadt in Consideration derer Fabriquen, weilen der Handwerksmann viel wohlfeiler in Altuna lebet. Man findet also an diesem Ort alle Arten von Fabricanten, welche in Hamburg zu finden sind. Ja die Sitz- und Cotton-Druckerei ist fast noch besser in Altuna in Sonderheit seit deme, da einer so aus Engelland gekommen und selbst ein treflicher Zeichner und Maler ist, darneben denen beschwerlichsten Farben die Festigkeit zu geben weiß, sich an diesem Ort niedergelassen und selbst vor die Hamburger Kaufleute alle Händ voll zu tun hat. Da in übrigen vermög derer beschreibenden Umständen Altuna mit Hamburg in denen Capi übereinkommet und seine so zu sagen meiste Dependence von gemeldten Ort hat, so wird dahier eine überflüssige Wiederholung unterlassen und blos allein angeführet, daß allhier als ein Speciale viel Saife gemachet und alsdann weiter zu See verführet werde. Man packet selbige in Fässel von 58 Hamburger Pfund, deren eines 7 Mark kostet.

§ 218 Man rühmte folgende Handels-Häuser, als Claus Heinrich Mayer, Johann Gottlob Tischler, Heinrich Schnüsses & Sohn und Johann Otto Egers, welcher letzterer insonderheit ein erfahrene und versirter Mann ist, welcher in seiner Jugend in der Barbarei verschiedene Jahr lang gefangen gewesen, folgar von dortigen Gegenden und dem affricanischen Negotio aller genaue Kenntnuß, sodann aber auch Portugall, Spanien, Holland und Engelland besucht hat. Es ist ein Vergnügen seine gründliche Beurteilungen und practische Cognitiones anzuhören. Einige Unglücks Fälle jedoch haben ihn in seinem Vermögen heruntergesetzt und da die Altonaer Kaufleute von denen Hamburger keiner Hülfe sich zu versehen haben, sondern letztere vielmehr wünschet alle zu grund richten zu können, so wäre der Vorsichtigkeit wegen sich mit ihm in ein grosses Creditum eben nicht einzulassen.

§ 219 Buch und Rechnung wird in Talern, Mark und Schilling geführt, ein Taler gilt 6 Mark und 1 Mark 16 Schilling, der Schilling 3 Witten und 1 Witte 4 Denari. 2 Dännische Mark machen nach ihrer Währung 1 Hamburger Mark oder Mark Lübisich. Geprächte Münzen sind Species Ducaten, Taler, dann vierfache, doppelte, einfache und halbe Cronen, deren eine zwei Mark geltet, item ganz und halbe Kopf Stücke, wie auch Schilling Stücke zu 1, 2, 4 und mehr Schilling. Ein Schiff-Pfund hat 20 Liß-Pfund, ein Liß-Pfund aber 16 Pfund, der Centen halt 100 Pfund. Es ist das Gewicht um 3 percento geringer als das hiesige, die Elle Maß aber ist um 10 1/2 percento grösser als in Hamburg. Ein Handelsmann hat jedoch zu beobachten, daß er bei dem Kauf und Verkauf jedesmal die dännische Maß und Gewicht ausdrücke, weilen auch gar viel nach dem Hamburger verkauft wird. Der fünf und vierzigste Ort ist

§ 220 Lüneburg

Welcher nur in Consideration kommet, weil von hier aus alle Waren entweder nach Hamburg zu Wasser abgehen oder aber von dannen auf solche Weise gebracht und so dann weiter auf der Axe in andere Länder verführet werden. Die beste und sicherste Spediteurs in Lüneburg sind der Gottfried Joachim Mayer, Johann Müller, Hofmann seelige Wittib, Johann Stein und Franz Blumenthal.

§ 221 Hier hat man erfahren, was für Mauten auf ein Faß Potasch pro 13 1/2 Centen von Brünn bis Lüneburg vorkommen, als benanntlich in Böhheim zu Teutschbrod 3 Gulden 23 Kreuzer zu Reitzenhan, allwo man das Gewicht schon auf 17 Centen gerechnet Sächsische Gebühr 4 Gulden 15 Kreuzer. In Leipzig pro 15 Centen accihs 7 Gulden 30 Kreuzer, transito auf der Waag 1 Gulden 24 Kreuzer, Waag-Geld 1 Gulden 6 1/2 Kreuzer, zusammen also 16 Gulden 38 1/2 Kreuzer. Die Fracht zu Wasser von Hamburg bis Lüneburg ist im Sommer pro 1 Schiff-Pfund 3 bis 4 gute Groschen. In dem Winter aber 6 gute Groschen. Von Lüneburg über Braunschweig nach Leipzig wird von 1 Schiff-Pfund 6 Reichstaler nach Dresden aber 7 bis 8 Reichstaler gezahlet. Bis Prag gibt man 8 1/2 Reichstaler und bis Brünn 10 1/2 Reichstaler, nach Nürnberg ist das gewöhnliche Fracht-Lohn im Sommer 7 Reichstaler im Winter aber 9 Reichstaler zu Abfuhr der Güter von Lüneburg bis Brünn rechnet man im Winter 5 und im Sommer 4 Wochen, - dann überhaupt von einem Wagen, welcher mit 14 bis 16 Schiff-Pfund beladen an allerlei Mauten und Gebühren 10 bis 14 Gulden. Man sagte ferner, daß die mit Gütern nach Wien abgehende Fuhr Leut gemeinlich Kupfer zuruck laden und mit Frei-Passen versehen werden, mitfolglich die Fracht nicht mehr dann 7 bis 8 Reichstaler koste. Die Speditions-Gebühr inclusive der Lüneburger Maut betraget auf 1 Schiff-Pfund 6 gute Groschen, wornach aber das Post-Porto a parte vergütet werden muß. Gewicht und Maß ist wie in Hamburg. Was noch von Lüneburg directe com-

mittiret werden kan, sind Brücken, das halbe Fässel zu 2 1/2 Reichstaler, dann Ender Käse das Schiff-Pfund à 18 in 19 Reichstaler.

§ 222 Der oben angeführte Spediteur Gottfried Joachim Mayer hat sich überaus freundlich und dienstfertig bezeigt, mitfolglichs aus seiner weitschichtigen Correspondenz nachfolgende sehr renommirte Handels-Häuser in Cadix, Sevilla, Lisabone, Milbao, Pajon, Porto, Lion, Nantes und London mitgeteilet, welche in Garn und Leinwanden die betrüglichste Remessen committiren und dargegen hinwiederum verschiedene Waren sowohl ihrer Länder als von Ost- und West Indien senden. Benanntlich in Cadix den Henrich Groothen, Claudius & Innocentius Mori, Joseph Mano et Compagnie, Beumer et Espinasse ist das Haus von Peter Martens und Sohn in Amsterdam, Jean Victor, Raphael et Pelikington, Praoc et Abere Freres, Johann Heinrich Ellermann, Paul Caters Wolff et Compagnie. In Sevilla Grand Dunphy et Compagny, White et Pluncker, Antoni Games, Keers & Nuytens, Lurenz Jacobs et Compagnie, Jean d'Herbe, Eduardo a Barriera. In Lissabonne Piere Busino, Franz Heinrich Schutte, Metzner et Poppe, Meyer Dirks & Steemann. In Bilbao Francois Recacochia. In Bajone Piere Larue, Julin la Coste, Jean Daguerre, Bernd Ducasse. In Porto Severin & Seoyer, Berckenhout, Soltau & Berekenhout. In Lion Henrich Scherer, Scheidlin Fingerlin & Compagnie. In Nantes Cornelius Wor. In London Richard Barwell, Desschamps & Guiteau, Dixon & Mée, John Dorrien et Compagnie, Zach Philipp Fonnereau, Furstenau & Schroeder, Abraham Henckell, Howard & Kirchmann, Lang & Hakmann, Gideon Maynard, Georg Eduard Pakingham, Johann & Eduard Payne, Nathaniel Voogd, Henri Vouglet, Amyand Uhthoff & Rücker, Thomas Walton & Bouchier, Willian Willy, Thomas Hilt, Benza Webl, John Dupree.

§ 223 Die weitere Reise ist über die Lüneburger Haid nacher Zell für sich gegangen und hat man auf bemeldeter sonsten sehr betrübt und mager anzusehende Haide bemerket, daß sehr viel Torf gemachet werde, welcher in Zigel ausgestochen auf gestellet und dergestalten in der Luft und Sonne getrocknet, so nach auf die Elbe gebracht und bis nach Hamburg geföhret wird, von wessen Verkauf bei Hamburg schon Meldung geschehen. Es ist ein besonderes wurzelreiches Kraut oder Gras so auf den guten Torf gebenden Erdreich wachset, welches gar kenntlich aussiehet, mithin auch in hiesigen Ländern ohnfehlbar zu finden sein muß, wir sotanes aus dem allegato sub Nr. 90 entnommen werden kann. Der arme Landmann hat in dieser Wüstenau seine beste Nahrung fast hievon und hilfet auch den Holz-Mangel hiedurch ab.

§ 224 In Zell hat man sich wegen Eilfertigkeit auf die Leipziger Messe gar nicht aufgehalten in dem sechs und vierzigsten Ort

Braunschweig

aber nur etwelche Stunden verweilet und die Bestätigung erhalten, was bei Hamburg von dem Braunschweigischen Garn umständlichs angeführet worden.

§ 225 Der Ort ist ziemlich groß und wohl gebauet, so sollen auch viele wohlhabende Kaufleute allda sein. Die angeführte kurze Verweilung aber hat nur mit dem Heinrich Werner & Archenholz sich zu besprechen verstattet, welcher ein sehr starkes Assortiment von Garne hat und ganze Fässer davon an die englische Facteurs in Hamburg versendet. Vermöge dessen gegebener Auskunft ist der bei Hamburg geschehenen Beschreibung des Garns wie schon gesagt nichts weiteres beizurucken, als daß die größte Unordnung unter denen Spinners-Leuten so wohl in Betref der Qualität als Unrichtigkeit der Waifung in Fäden und Gebinden unterwalte.

§ 226 Man führet Buch und Rechnung allda in Talern, Marien Groschen und Denaren, 1 Taler hat 36 Marien-Groschen und 1 Marien Groschen 8 Denare. Der Taler ist eben so viel, als hier Landes 1 Gulden 30 Kreuzer. Der Marien Gulden gilt 20 deto Groschen und 1 guter Groschen hat einen halb Marien Groschen, die geprächte Münzen bestehen in denen bekannten Carl d'Or, Species Talern und Gulden, dann 6, 3, und 2 Marien-Groschen Stücken. Das Gewicht ist um 3 1/2 percento kleiner als in Hamburg, der Centen hat 114 Pfund, ein Liß Pfund hat 14 einzelne Pfund. In der Ellen-Maß geben 6 Braunschweiger 5 Brabander. Ein Bund Garn hat 20 Löpfe, ein Kauf-Lopf hat 900 und ein Werk-Lopf 1 000 Haspel Fäden.

§ 227 Braunschweig ist sonderheitlich wegen seiner zwei Messen berühmt, deren die erste den Montag nach Lichtmeß und die zweite den Montag nach Laurentii gehalten wird. Es wird hierauf auch einiger Wechsel getrieben, als nacher Berlin, Leipzig etc. Der Uso hierbei ist 14 Täg nach der Acceptation.

Handelspolitische Erwägungen der Quellenautoren zum Itinerar Rostock bis Braunschweig³

Undecimo: Man übergeheth von Pommern wie auch denen See Städten Wißmar und Rostock sich in Reflexionen auszulassen, dieweilen nach aller Beschaffenheit weder ein Commercium dahin, noch von dannen leichtlich zu hoffen ist und die Beschaffenheit der Sache zu erklären eine Wiederholung der Relation wäre.

Lübeck ist zwar eine ansehnliche Handelsstatt, die aber nur in soweit in Consideration kommet, wann man entweder einige Waren, welche auf der Ost-See kommen, an sich bringen oder etwelche dahin verschleissen will, weilen sodann zu Evitirung des Sunds Lübeck vor Hamburg den Vorzug hat. Man kan zu dato kein anderes verschleißbares Capo specificiren, als Pfund-Leder, womit allda grosse Debite über die See geschehen, die übrige daselbst gangbare Feilschaften sind in der Relation specificiret und erforderten bevor eine Calculirung in wie weit diesfällig mit Lübeck etwas vorzügliches vorzunehmen wäre? Welches der gegenwärtig enge Zeit-Raum nicht gestattet hat, man wendet sich also zu der berühmten Handels-Stadt Hamburg und bemerket hievon eben nur in denen hauptsächlichen Dingen woraus einiger Nutzen zu ziehen ist.

1. daß zumalen die Hamburger in ihren Zucker-Bekereien in Behuf der Wohlfeilheit gar speciale Handgriffe besitzen, wo absonderlich wie in denen 181. § mehreren Inhalts zu ersehen in Extrahirung des Syrups und Versetzung der Zucker Rohr-Sorten das meiste gelegen sein soll, in dem Fall bei der Fiumeser Fabrique noch keine sattsame Cognition disfällig vor handen sein sollte, einige geschickte Personen von dannen an sich zu ziehen viel Nutzen bringen würde, die zu überkommen nunmehr desto füglichere Gelegenheit ist, als nicht nur allein die verminderte Zucker-Einfuhr in die kaiserlich-königlichen Länder, sondern auch der gänzliche Verbott in die königlich preußische Staaten die all zu zahlreiche Hamburger Zucker Becker ausser Nahrungs Stand setzet.

2. So zahlreich auch die in Hamburg verfertigte Fabricata sind, so wenig findet man dannoch, daß hievon etwas mit Vortheil in die kaiserlichen Länder zu bringen seie; es müßte nur wegen einem sich hervortuenden sehr vorteilhaften Barrato etwas verwilliget werden können, sondern ohngeachtet viele Hamburger Manufac-

3 Ebenda, Hs. 300, Reflexionen über die beschriebene Commercial-Reise durch Hungarn, Slavonien, Syrmien etc. samt angehängten verschiedenen unmaßgebigen Vorschlägen (Auszug).

ta mit denen in Ober Sachsen erzeugenden übereinkommen, so raten die oben angeführte Umstände wegen des polnischen Negotii dennoch jedesmal ein, die Abnahmen lieber Sachsen, als Hamburg zu gönnen. Die gemachte Beschreibung derer Hamburger Fabricaten wird jedoch darzu dienen, daß man das quale et premium dadurch in Erkenntnuß bringet, so fort auf die Nachfolge und Annehmlichkeit desto beflissener sein kan.

3. tio: In dem 186ten § ist die Zubereitung des Hanfs zu finden, wie solcher zur Verspinnung und Verfertigung des Segel Leinwand erfordert ist, man hoffet hiedurch in denen disfälligen künftigen Proben besser zu reussiren und der beliebten Venetianischen gleich zu kommen.

4. to: Die Beträglichkeit des Hamburger Negotii ist ungemein, auch mehr, als zu bekannt für was vor namhafte Summen Geldes diese Stadt verschiedenen Waren jährlich in die kaiserlichen Erbländer versendet habe und zu dato versende. Anerwogen bis nun für alle holländische und Engelländische Waren kein besserer Zug als über Hamburg in diese Länder gewesen, noch anderst werden kan, es würden dann die Holländer dahin vermoget, daß selbige Schiffe directe nacher Triest oder wie man sich in den zehenden Punct bereits aus gelassen, wenigst nach Livorno oder Genua von wannen die weiteren Transporten auf dem Poo geschehen könnten, auslaufen liessen.

5. to: Die Verschleisse, welche mediante Hamburg mit Garn und allerlei Leinwänden geschehen, sind sehr wichtig wie sotanes die §i. 192, 196, 199, 200 und 201 beschreiben. Der Beschaffenheit nach können selbe ganz leicht durchaus in denen kaiserlich-königlichen Erblanden verfertigt werden. Eine einzige Sort benanntlich die böhmische Arnauer Leinwänden haben aus denen Erblanden zu dato einen Gang, aller Überrest kommet aus Ober-Sachsen und Schlesien, dann aus dem Lüneburg- und Braunschweigischen, wiewohl bekannt ist, daß auch Garn und Leinwänden aus Böhmen und Mähren mediante Schlesien und Sachsen dahin gelange. Man ist beflissen gewesen, die Gattungen mit allen notigen Umständen, auch wohin jegliche gangbar seie, zu erforschen, auch mit denen disfälligen Negotianten Bekanntschaften zu machen. Es ware jedoch gar wohl zu bemerken, daß die Hamburger ihre alte Bekanntschaften und zugleich Glaubens Genossen nicht leicht zu verlassen gesonnen sind, zudem der Hamburger Negotiant die neue Anfänge sehr knap halten, den besten Nutzen allein ziehen, mithin denen dahin einen Handel antragenden meistens nur die Mühe mit einen sehr schmalen Verdienst zueignen wolle. Der dasige Negotiant Johann Gottlieb Gerhard, der eben in Garn und Leinwänden handelt und von Geburt ein Breßlauer ist, hat sich sehr freudwillig erzeiget und ist mit vielen sehr guten Auskünften an Hand gegangen, mit fernerer Anheischigmachung auch die Verschleisse befördern zu wollen. Es wird also darauf ankommen, in wie weit bei einer vornehmenden Probe sich der gute Erfolg hervor tun werde. Nach diesseitiger Meinung wird davorgehalten, daß jederzeit am fürträglichsten wäre, wann directe mit denen abnehmenden Nationen benanntlich denen Holländern, Engelländern, Spaniern und Portugesen das Negotium angestossen würde, und obgleich die Holländer und Engelländer ebenmässig ihre Factoreyen in Hamburg haben, so sind die bestelte dennoch Leute, welche ohne Vorwissen ihrer Principalen nichts neues unternehmen. In dem 222. §^o hat man viele in Cognition gebrachte vornehme Handels-Häuser aus Engelland, Spanien und Portugal specificiret, die unter die besten gerechnet werden sollen, es kommete also darauf an, daß sich mit ihnen in Correspondenz gesetzt, auf Verlangen von jeglicher Sort eine kleine Probe übersendet und endlich der Antrag dahin gemachet würde, daß sie die Ware, wo nicht in Triest, doch in Livorno abzunehmen sich entschliesseten, so da um so leichter vor sich gehen können würde,

wann auf diesem Weg eine Gegenwar, als E. G. aus Spanien und Portugal die Wolle instradiret werden sollte. Das aller erste aber ist, daß man nun mehro vermög der erlangten Cognition und Mustere die Waren nach ihrer Erforderung zu Stand bringe und einige Vorräte zu sammeln die Mittel ausfindig mache.

6. to: Der 206^{te} §us enthaltet eine Anmerkung daß der Verschleiß des hungarischen Kupfers in Hamburg abzunehmen beginne, weil die Qualität nicht mehr so gut wie vorhin sein solle. Der Preis des hungarischen ist höher, dan alles anderen Kupfers, welchen dem ohneracht bloß allein die gute Qualität noch immer erhalten hat, nach dermalen veränderter Condition aber kan derselbe nicht mehr annehmlich sein. Wessentwegen in dem Fall an ermeldten Verschleiß gelegen, die Herstellung der vormaligen Güte fördersamst anzuordnen wäre.

7. mo: Nach dem 204. ten §^o sind allda grosse Debite mit Pfund-Leder zu machen so jedoch in der Qualität sehr gut sein muß. Es sind hievon, wie auch einge ordnari Tüchere Bestellungen geschehen, folgar zu diesem Negotio der Anfang gemacht worden.

8. vo: In den 205. ten §^o ist ferner die Bewandnuß des Gelds-Negotii beschrieben. Es wird dadurch ein Beispiel gegeben, daß ohne Praejudice der geprägten guten eigenen Münzen und Besorgung einer schädlichen Ausfuhr alle Geld-Sorten mittelst Beobachtung des alleinigen Unterschieds, welchen der Valor determiniret und der noch darinnen sich veränderet, wie diese und Münze mehr oder weniger gesucht wird, roulliren können. Zu Erhaltung des guten Geldes jedoch ist zugleich vorgesehen, daß in gewissen Fällen kein anderes als solches annehmlich ist, dann dergestalten nimt der Banco kein anderes Geld als voll gewichtige alte Species Taler, wodurch die meiste Negotia durch die Banque gehen müssen. In denen publicquen Abgaben und Praestationen wird gleichfalls kein anderes als gut und schweres Geld angenommen und endlich sehr viele Waren sind nicht anders als eben in dergleichen Courant zu erkaufen. Man überlasset hoher Erwägung, ob aus diesem Verhalt nicht eine Richtschnur zu nehmen und in teils Gegenden auch geringere Münzen, wie wohl nur nach ihren Wert rolliren zu lassen, vielleicht besser als manchen Handel und Wandel gar ruckstellig zu machen, ratsam seie, dann zumalen das Geld ein gemachliches Surrogatum des ehemaligen Tausch Handels ist, so behält es noch immer gewissermassen die Eigenschaft einer Ware, welche je mehr sie gesucht wird, desto einen grösseren Wert sie überkommet, mithin auch je mehr sie immer Landes notwendig ist, desto weniger selbe aus Handen gelassen wird. Allein diese Materie ist von allzu grossen Umfang, als daß man sich ohne Weitläufigkeit allhier darüber auslassen könnte.

9. no §^o 208^{vo} werden ein so andere Nachrichten von dem Hamburger Banco gegeben, welchen man nebst dem Amsterdamer und Venetianer unter die berühmteste zehlet. Es brauchet hier keine Deductiones, was für wichtige Vorteile dadurch der Handlung zuwachsen. Man will lediglich die Commodität berühren, welche denen Negotianten durch blosses Ab- und Zuschreiben widerfahret. Ein Banco erhaltet ferner wie schon gemeldet, das gute Geld und verschaffet endlichen einen ansehnlichen Schatz, zugleich also den Fond, woraus unzählige Nutzbarkeiten bestritten werden können; weil die Fides publica sodann zugleich mit Negotiret, wie dann der Banco in Hamburg auch auf Gold und Silber-Pfänder gegen 3 percento Geld vorleihet und von nicht minderer Consideration ist, daß dadurch auch denen Inländern gewisser Massen die Negotia in die Hände gespielet werden können. Man glaubete also, daß in denen übrigen Commercial Dispositionen auch diese sehr heilsame beizusetzen und ein Commerciens-Banco nach Erfordernuß der hiehländigen Situation zu errichten wäre.

Duodecimo: Bei denen Handels-Städten Altuna, Lüneburg und Braunschweig soll man lediglich bemerken, daß ersterer Ort gute Speditours habe, mittelst welcher, weil es gleichsam ein Frei-Stadt ist, man wohlfeiler als durch die Hamburger bedienet werden kan. Es ist auch Gelegenheit für die königlich Dänische Compagnie, ein so andere Leinen Waren zu verschleissen. Lüneburg dargegen ist der Speditions-Ort zu denen Landes Transporten und was von dannen auf und von Hamburg zu Wasser kommet. In dem 223. ten §^o wird über die Erzeugung des Torfs Auskunft gegeben und bei Braunschweig wird von denen daselbstigen considerablen Garn-Handl Meldung getan.

ARCHIVALISCHE NACHWEISE ÜBER DIE NUTZUNG NATÜRLICHEN ORGANISCHEN MATERIALS ZUR DÜNGUNG ALTMÄRKISCHER WÖLBÄCKER

von Max Linke

In der langen Periode der Ackerkultur standen der Landwirtschaft über Jahrhunderte nur geringe Mengen organischen Düngers zur Verfügung. Frühzeitig griff man deshalb auf organisches Material aus nicht ackerbaulich genutzten Gebieten zurück, um die Ackerböden aufzubessern. Wälder, Heiden, Grasländereien, ja selbst die Moore mit ihren Schilfbeständen wurden ausgebeutet. Die hierbei gewonnene organische Substanz trug wesentlich zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit bei, aber dennoch erwiesen sich mehrjährige Brachen als notwendig. Dabei interessiert weniger die Zeitdauer der Brache als vielmehr der Umstand, daß sich über längere Zeit unterschiedliche Düngergaben für dorferne und dorfnaher Felder (Dauerackerland) - analog zu niedersächsischen Befunden - in unterschiedlichen Bodenprofilen widerspiegeln mußten.

Ehe im folgenden die Plaggen-, Streu- und Heidekrautnutzung in der Altmark untersucht wird, soll hinsichtlich der Plaggen eine Begriffserklärung vorangestellt werden.

Unter Plaggen versteht man Schollen, die aus einer Wald- oder Wiesenbodenauf-
lage und dem obersten Teil des mineralischen A-Horizontes bestehen. Die Auflage selbst kann sich als Bestandsabfall aus Laub- oder Nadelstreu oder einem Gemisch beider Stoffe zusammensetzen. Die Plagge ist demnach eine Mischung aus organischer und mineralischer Substanz. Sie kann eine Stärke von über 10 Zentimeter erreichen. In der zeitgenössischen Literatur bezeichnet man als "Plaggen die mit einer eigenen Art Eisen (Plaggfisen) abgehauenen Grasnarben, deren sich der Landmann zum Einlegen in die Viehställe und als Düngervermehrung bedient",¹ Die Entnahmeflächen wurden das Plaggenmatt genannt. Bezogen auf die Gewichtseinheit, ist demnach der Anteil organischer Substanz in der Plagge geringer als in reiner Waldstreu, denn bei dieser wird mit Hilfe einer Harke nur die organische Auflageschicht entfernt.² Die Plaggen wurden allgemein in zehnbis zwanzigjähriger Rotation im Plaggenmatt gehauen. Auf wertvolleren, sich leichter regenerierenden Böden war eine fünfjährige, auf extrem schlechten Böden aber auch eine vierzigjährige Rotation üblich. Häufig hatten die Bauern in der "Gemeinheit" eine Plaggenmattstelle zur persönlichen Nutzung erhalten.

1 Danneil, Johann Friedrich, Wörterbuch der altmärkisch-plattdeutschen Mundart, Salzwedel 1859, S. 156.

2 Käubler, Rudolf, Wölbäcker im Revier Schlagenthin bei Genthin, in: *Hercynia*, N. F., Bd. 4, 1967, S. 133 - 145.

Heidekraut und Streu konnten in kürzeren Zeitabständen von derselben Stelle entnommen werden, denn hier erlitt der Boden eine wesentlich geringere Schädigung als beim Plaggenhau. Die Heidekrautentnahme begann allerdings erst relativ spät, als sich infolge des Raubbaues an den Wäldern, wozu auch die Plaggenwirtschaft zu zählen ist, die Heideareale vergrößerten³ und damit eine Entwicklung einsetzte, für die natürliche Faktoren nicht ausschlaggebend waren.

Über die Plaggennutzung außerhalb der Altmark liegt eine recht umfangreiche Literatur vor.

Aus dem 18. Jahrhundert berichtete Hansen über das Abmähen des Heidekrautes, um Einstreu zu gewinnen⁴, und erwähnte in einer späteren Auflage seines Buches, daß Erdschollen "mit ihren Wurzeln und daran hängenden moorrichtem Erdreich in sogenannten Plaggen abgehauen und die Plaggen im Winter dem Vieh in den Ställen untergestreut, auch ebenfalls in den Sommernächten zur Lagerstätte für das Vieh auf dem Hofplatz nicht weniger zur Vermengung mit dem Dünger ... angewendet" würden.⁵

Enckhausen klagte 1879 über verstärkte Plaggenverwendung⁶, obwohl sie bereits dreißig Jahre vorher als schädlich erkannt worden war. Auf die Verwendung unterschiedlicher Werkzeuge für Heidekraut- und Plaggengewinnung machte Salfeld 1882 aufmerksam. Während das Heidekraut "mit einem eigentümlichen Instrument - Twicke genannt - vom Boden zu trennen" sei, verwende der Plaggenhauer ein zwar ähnliches, aber dickeres und stärkeres Werkzeug.⁷

Im 20. Jahrhundert mehren sich die Arbeiten, die über den in Nordwestdeutschland üblich gewesenen oder noch umgehenden Plaggenhieb berichten. An erster Stelle sind hier die Arbeiten Niemeiers⁸ zu nennen. Außerdem gehen Graebner⁹,

3 Mortensen, Hans, Zum Landschaftsbegriff "Heide" in Nordwestdeutschland und im deutschen Osten, in: Nachrichten der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, Math.-Phys. Klasse, 1941, S. 76 - 83.

4 Hansen, Johann Friedrich, Staatsbeschreibung des Herzogtums Schleswig, Hamburg 1758.

5 Derselbe, Vollständigere Staatsbeschreibung des Herzogtums Schleswig, Flensburg 1770, S. 27.

6 Enckhausen, F., Die landwirtschaftlichen Verhältnisse im Fürstentum Lüneburg, Celle 1879.

7 Salfeld, August, Die Kultur der Haidflächen Nord-West-Deutschlands, 3. Ausg. Hildesheim 1882, S. 26 ff.

8 Niemeier, Georg, Fragen der Flur- und Siedlungsformenforschung im Westmünsterland, in: Westfälische Forschungen, Bd. 1, Nr. 2/1938, S. 124 - 142; derselbe, Die Altersbestimmung der Plaggenböden als kulturgeographisches Problem, in: Geographischer Anzeiger, 40. Jg. 1939, S. 237 - 245; derselbe, Gewinnfluren - Ihre Gliederung und die Escherkertheorie, in: Petermanns Geographische Mitteilungen, 90. Jg. 1944, S. 57 - 74; derselbe, Von Plaggen und Plaggenböden, in: Jahrbuch des Emsländischen Heimatvereins, Bd. 3, 1955; derselbe, C 14 - Datierungen der Kulturlandschaftsgeschichte Nordwestdeutschlands, in: Abhandlungen der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft, Bd. 11, 1959, S. 87 - 120; derselbe, Bodenkundliche Differenzierungen in Flurwüstungen, in: Erdkunde, Bd. 21, Bonn 1967, S. 278 - 286.

9 Graebner, Paul, Die Heide Norddeutschlands, in: Die Vegetation der Erde, Bd. 5, 2. Aufl. Leipzig 1925.

Lerch¹⁰, Böckenhoff-Grewing¹¹, Peters¹², Baasen¹³, Mager¹⁴, Tacke¹⁵, Ostermann¹⁶, Freckmann¹⁷, Sellke¹⁸, Brunken¹⁹ sowie Imeyer und Wrede²⁰ auf das Plaggenhauen ein.

Für die Altmark fließen die Nachrichten weitaus spärlicher. Es steht aber nach der ausführlichen Durchsicht der Archivalien außer Zweifel, daß auch die altmärkischen Wölbäcker mit Plaggen, Laub- und Nadelstreu, Heidekraut sowie in sicher wesentlich geringerem Umfang mit Torf, Moos, Gras und Schilf gedüngt worden sind.²¹

Betrachten wir zuerst das ehemalige Forstamtsrevier Klötze. Über die Heide- und Plaggenentnahme aus den Wäldern um Klötze liegen Nachrichten aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts vor. 1779 wurde dem Förster und seinem Holzknecht, die offensichtlich für die Aufsicht bei der Plaggenentnahme zuständig waren, ein Anteil an den gehauenen Heiden und Plaggen als Teil ihrer Vergütung zuerkannt. Diese Anweisungen wiederholten sich in den folgenden Jahren.²² In einer Beschreibung des Forstreviers Klötze vom Oktober 1777²³ für allerdings nur einen Forstort wird vermerkt: "Holz, Heide und Plaggen sind herrschaftlich". Aus allen übrigen Forstorten wurde nach dieser Beschreibung nur Holz entnommen. In einer Dienstvorschrift vom Jahre 1777 wurde den Förstern die Auflage erteilt, gegen das unbefugte Heide- und Plaggenhauen einzuschreiten; denn die Forstbediensteten des Amtes Klötze hatten, obwohl es ihre Pflicht war, Auswärtige anzu-

- 10 Lerch, Hans, Hessische Agrargeschichte des 17. und 18. Jahrhunderts, Hersfeld 1926.
- 11 Böckenhoff-Grewing, Josef Johann, Landschaft und Bauerntum im Kreise Hümmling, Diss. Jena 1927.
- 12 Peters, August, Die Wirtschaftssysteme der Lüneburger Heide, in: Landwirtschaftliches Jahrbuch, Bd. 67, 1928, S. 823 - 905.
- 13 Baasen, Karl, Niedersächsische Siedlungskunde, Oldenburg 1930.
- 14 Mager, Friedrich, Entwicklungsgeschichte der Kulturlandschaft des Herzogtums Schleswig in historischer Zeit, Bd. 1, Breslau 1930.
- 15 Tacke, Bruno, Die Humusböden der gemäßigten Breiten, in: Handbuch der Bodenlehre, Bd. 4, Berlin 1930, S. 124 - 184.
- 16 Ostermann, Karl, Die Besiedlung der mittleren oldenburgischen Geest, in: Forschungen zur deutschen Landes- und Volkskunde, Bd. 28, Nr. 2/1931.
- 17 Freckmann, Wilhelm, Die Maßnahmen zur Kultivierung des Bodens, in: Handbuch der Bodenlehre, Bd. 9, Berlin 1931, S. 1 - 92.
- 18 Sellke, Max, Die Böden Süd-Niedersachsens, in: Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft zum Studium Niedersachsens, Reihe B, Nr. 12/1935.
- 19 Brunken, Oskar, Das alte Amt Wildeshausen, in: Oldenburger Forschungen, Nr. 4/1938.
- 20 Imeyer, Friedrich/Wrede, Günther, Die Bauernschaft Nahne, in: Heimatkunde des Osnabrücker Landes in Einzelbeiträgen, Nr. 1/1951.
- 21 Auf Plaggendüngung östlich der Elbe zwischen Tangermünde und Havelberg, die bis in das 20. Jahrhundert in Gebrauch war, sowie auf einen noch "östlicheren Saum" um Bad Wilsnack, wo ebenfalls "das Wort 'plaggen' in Gebrauch war und teilweise noch ist", wies Käubler hin, (Käubler, Rudolf, Fundamentaler neuzeitlicher Offenland-Wald-Wechsel in der Altmark, in: Hercynia, N. F., Bd. 9, 1972, S. 275 - 278.)
- 22 Staatsarchiv Magdeburg, Rep. A, 23 c II, Nr. 71.
- 23 Ebenda.

zeigen²⁴, mit diesen gemeinsame Sache gemacht und nur ein bescheidenes Pfandgeld erhoben. Eine ziemlich umfassende Darstellung aller mit der Plaggennutzung zusammenhängenden Fragen liegt in einer umfangreichen Bitt- und Beschwerdeschrift der Gemeinde Lockstedt (MTB Klötze Ost) vor, deren Rechte auf Heide- und Plaggenentnahme eingeschränkt werden sollten. Die Gemeinde hatte dieses Material seit mindestens 1730 aus dem herrschaftlichen Forst geholt, da die Äcker "steinigt, bergicht, kaltgründig und überhaupt von sehr schlechter Beschaffenheit"²⁵ waren. Als Werkzeuge wurden Heideeisen und Plaggeneisen benutzt.

Die unberechtigte Plaggenentnahme ging aber wohl in großem Ausmaß weiter, denn in einem weiteren Erlaß wurde angeordnet, daß Heideplaggen, die am Tage gehauen, aber erst in der Nacht abgefahren würden, pro Fuder mit einem Taler Pfandgeld zusätzlich zu belegen seien.²⁶ Aus dem in diesen Belegstellen genannten Begriff "Heide" darf in Analogie zur Heidekrautentnahme in den übrigen Teilen der Altmark geschlossen werden, daß man auch hier Heidekraut entnommen hat, das womöglich samt der Wurzel herausgerissen wurde.

Aus dem Raum Salzwedel liegen Nachrichten über Plaggenentnahme von der Gemeinde Diesdorf vor, die in Teilen des Forstreviers Wohld noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts geplaggt hat.²⁷ Eine zeitgenössische Beschreibung des Plaggenhauses im Amt Diesdorf aus dem Jahre 1772 erläutert die Plaggenentnahme wie folgt: "Der Plaggenhieb geschieht 2 Zoll tief in die Erde, er nimmt also die Oberfläche mit den daraufliegenden Saamen und jungen Pflanzen, die zum Theil noch gantz unsichtbar sind, hinweg ... hieraus ergiebet sich also nathürlicherweise, daß kein Ausschlag erfolgen kann, wenn der Saamen nicht liegen bleibt."²⁸ Die statt dessen durch den Oberforstmeister vorgeschlagene Heidekrautentnahme ließ sich nach Ansicht des Amtes Diesdorf nicht verwirklichen, weil nur "gantz dicke kurtze Heyde Stummeln vorhanden" gewesen seien.²⁹ Das Plaggenhauen muß in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in dieser Gegend noch weit verbreitet gewesen sein, denn im Text heißt es weiter, "daß aber nach hiesigen kaltgründigen Terrain das Plaggenhauen ganz unentbehrlich ..., ist überall bekannt genug ..., damit das kaltgründige und an sich unfruchtbare Land noch einigermaßen dadurch in Geil und Gahre gebracht und außerdem nicht gantz umsonst beackert werde".³⁰ Das Forstdepartement des Generaldirektoriums antwortete darauf am 18. März 1773: "Plaggenhauen kann nicht verboten werden ..., wenn es recht dirigiert wird, wird es zum besten Nutzen geruhen, nämlich wenn diejenigen Gegenden, die mit Holtz-Saat bestellet werden sollen, durchgängig und genau abgeplaggt werden, weil dadurch der Boden von all dem, was ihn hindert, den Holtz-Saamen anzunehmen, befreiet wird."³¹ Unter "recht dirigieren" verstand man das Verbot, in Schonungen zu plaggen.

Eine der wenigen Ortsangaben findet sich in dieser Akte bei weiteren Auseinandersetzungen der Diesdorfer Bauern mit denen von Schadewohl. Die Diesdorfer hatten das Plaggenrecht in dem an die Schadewohler angrenzenden Teil des For-

24 Ebenda.

25 Ebenda, Nr. 84.

26 Ebenda, Nr. 397.

27 Ebenda, Rep. C, 30, Salzwedel A, Nr. 1615.

28 Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 F, Nr. 627.

29 Ebenda.

30 Ebenda.

31 Ebenda.

stes Viere. Gegenwärtig sind hier ausgesprochen minderwertige Böden vorhanden, die möglicherweise eine Auswirkung der intensiven Plaggenentnahme sind.

Im Diesdorfer Forst plaggten weiter die Bauern aus Lüdelsen sowie die Bewohner der Schäferei Neustall. Auf eine Anzeige des Abbendorfer Försters entgegneten die Bauern, daß "im gantzen Amt Diesdorf ... ohne Plaggen kein Acker gedüngt werden" könne.³²

Etwas weiter zurück führt eine Akte vom Februar 1737. Hiernach beanspruchten die Eichhorster Bauern einen Forstort zur Plaggenentnahme, in dem Schadewohler Bauern seit "undenklichen Jahren" Plaggen gehauen hatten.³³

Wegen Ablösung des Plaggenhiebrechtes im Diesdorfer Forst sollten, wie eine weitere Quelle vermeldet, die Lüdelsener Bauern ein Waldstück im Diesdorfer Königsforst erhalten, denn die Bauern dieser Gemeinde plaggten seit mehr als vierzig Jahren in den Diesdorfer Wäldern.³⁴

Ein weiterer Hinweis auf Plaggenhieb in der westlichen Altmark befindet sich in den Akten der Försterei Ferchau.³⁵ Im Jahre 1843 berichtete der Förster: "In den vor etwa 25 bis 30 Jahren angelegten Birkenbeständen konnte sich aber ebenfalls nur wenig Humus erzeugen, weil meisttheils die Schlagflächen abgeplaggt worden sind und dadurch die obere Humuserdeschicht zur landwirtschaftlichen Benutzung weggenommen wurde."³⁶ Die Plaggen wurden teils an den Pächter des damaligen Schulamtes Dambeck "zur Conservation des Düngers" abgegeben, teils verkauft.³⁷ Trotz freundlicher Unterstützung durch den Ferchauer Förster konnte der Platz, an dem die erwähnten Birken gestanden haben, nicht mehr lokalisiert werden.

Die Gemeinde Wiersdorf nordöstlich von Dähre beschränkte 1825 die Plaggenentnahme auf zwei Tage pro Woche.³⁸

Weiter im Osten hat Plaggenentnahme in den Waldungen des Amtes Arendsee stattgefunden. Im Zusammenhang mit einem Streitfall wegen Holzdevastationen wird 1743 erwähnt, daß Zienau im Arendseer Forst in fraglichem Holz (am Arendsee-Harper-Weg - M. L.) "Plaggen gehauen ... seit 50 und mehr Jahren".³⁹ Das Plaggenhauen war Gewohnheitsrecht geworden und stieß hier erst um 1800 auf größeren Widerstand von seiten der Forstbehörden, weil "es zum Besten der Forst schlechterdings nothwendig sey, sich des Plaggenhauens soviel wie möglich zu enthalten". Ein Protokoll vom 30. September 1779 gestattet das Plaggenhauen "nur noch auf einigen dazu unschädlichen Örtern ... sowie in den bedürftigsten

32 Ebenda, Nr. 2344.

33 Ebenda, Nr. 2358.

34 Ebenda, Nr. 2345.

35 Herrn Förster Grosigebauer sei für die Überlassung der Akten und die freundliche Beratung an dieser Stelle herzlich gedankt.

36 Akte aus dem Jahre 1843, Bl. 12.

37 Akte aus dem Jahre 1866.

38 Staatsarchiv Magdeburg, Rep. V 30, Salzwedel A, Nr. 1623.

39 Kiwitz, Martin, u. a., Ergebnisse der Standortserkundung im Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb Salzwedel, Schwerin 1959, unveröff. Ms. - Herr Landforstmeister Dr. Bieberstein, Direktor des VEB Forstprojektorie Potsdam, der dieses Material zur Verfügung stellte, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Fällen".⁴⁰ Die Beamten des dortigen Amtsgutes ließen die Einwohner von Ziemendorf im Rahmen der Forstdienste, die diese Gemeinde zu leisten verpflichtet war, Plaggen hauen, da die Böden der Amtsäcker wenig fruchtbar waren. Nach längerem Streit gestattete der Oberforstmeister 1789 die weitere Entnahme außerhalb der Schonungen.⁴¹

Im Amt Tangermünde wurde der Plaggenhau im Jahre 1786 verboten.⁴² Auch für die Gemeinden Burgstall, Dolle, Uchtdorf, Klinke und Mahlpfuhl erfolgte das generelle Verbot des Plaggenhaues an "gefährlichen Orten". Gemeint sind hier wiederum die Schonungen.⁴³ Mit diesen relativ wenigen Angaben sind die über Plaggennutzung informierenden Quellen erschöpft. Über diese Beispiele hinaus scheint die Plaggenverwendung jedoch in der Altmark weiter verbreitet gewesen zu sein, denn die Kriegs- und Domänenkammer erließ am 26. Oktober und am 2. November 1786 ein allgemeines Verbot des Plaggenhauens.⁴⁴ Ein weiterer Erlaß vom 17. November 1787 geht noch einmal auf diese Anordnung ein und vermerkt, daß "insbesonders aber das den Forsten höchstschädliche Wundhacken oder Plaggen ohne Ausnahme nirgends gestattet werde". Dieses Verbot betraf Schonungen aller Art sowie das Bohnen- und Hopfenstangenholz. Im "hohen Holz" wurde die Plaggentnahme weiterhin erlaubt.⁴⁵

Betrachtet man die geographische Lage der in den oben angeführten Quellen genannten Plaggenörter, so drängt sich der Schluß auf, daß, da wir es mit grenznahen Räumen zu Niedersachsen zu tun haben, hier ein Grenzsaum vorliegt, in dem auf den Böden der sandigen Endmoränen das Plaggenhauen als Kulturform, von Westen und Norden kommend, im stärkeren Umfang in Gebrauch war. Das schließt nicht aus, daß auch in anderen Gebieten geplaggt worden ist.⁴⁶ In der zentralen Altmark, darunter sollen die an diesen Grenzsaum anschließenden Gebiete verstanden werden, wurde der Plaggenhieb, nach den sehr seltenen archivalischen Belegen zu urteilen, wahrscheinlich weniger intensiv und sicher auch regional begrenzter betrieben.

Neben dem Plaggenhau ist das Laub- und Kiefernadelharken zur Gewinnung von Einstreu in den Viehstall und nachfolgender Verwendung als Dünger im Schwange gewesen. Die Quellenlage ist für diese Art der Waldnutzung allerdings noch schlechter.

Im Werrelholz bei Osterwohl wurde gegen eine Entrichtung von neun "Laubgänsen" an das Kloster Diesdorf 1760 Laub gesammelt.⁴⁷ Ob diese Laubgänse eine regelmäßig erfolgte Vergütung darstellen und ob das gesammelte Laub Bestandsabfall im Sinne der Waldstreu war, konnte nicht überprüft werden. Das Laubsammeln kann auch von Sträuchern und Bäumen, zum Beispiel zur Heugewinnung erfolgt sein.⁴⁸ Auch Mager erwähnt die Verwendung frischen und getrockneten

40 Siehe dazu ebenda, S. 104 ff.

41 Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 F, Nr. 1377.

42 Ebenda, Nr. 313.

43 Ebenda.

44 Ebenda, Nr. 101.

45 Ebenda, Nr. 628.

46 Das geht andeutungsweise hervor aus ebenda, Nr. 313. Vgl. hierzu Käubler, Rudolf, Plaggenböden und Plaggenmattböden in der Altmark, in: Hercynia, N. F., Bd. 3, 1966, S. 333 - 339.

47 Kiwitt, Martin, u. a., a. a. O., S. 106.

48 Um Heu zu gewinnen, war im Erzgebirge noch während des ersten Weltkrieges

Laubes als Viehfutter.⁴⁹ Am 19. Mai 1807 suchte die Gemeinde Schrampe bei Arendsee um Erlaubnis nach, Nadeln und Moos harken zu dürfen, weil

1. ihre schlechten Äcker jedes Jahr Dünger erfordern würden,
2. die Gemeinde zuwenig Stroh gewänne,
3. die Bauern keine eigenen Waldungen besäßen,
4. ihre aufgeforsteten Sandschellen nicht benutzt werden dürften,
5. ihnen bis dato das Harken im Staatswald gestattet gewesen sei.⁵⁰

Das Forstamt Arendsee lehnte den Antrag mit der Begründung ab, die Wälder seien zu sehr devastiert und im Falle einer Genehmigung würden weitere Gemeinden solche Anträge stellen. 1794 war das Verbot des Kiefernadelharkens auch für die Gemeinden Burgstall, Dolle, Mahlpfuhl, Klinke und Uchtdorf ausgesprochen worden.⁵¹ Das Amt Tangermünde hatte 1784 das Kiefernadelharken im gesamten Amtsbereich untersagt.

Im Forstrevier Ferchau südlich von Salzwedel wurden zwischen 1844 und 1865 jährlich 12 Taler aus dem Waldstreuverkauf eingenommen. Ab 1866 sank der Betrag auf jährlich 10 Taler ab. Diese Summe ist gering, wenn man den Erlös aus dem Holzverkauf von 3 214 Talern im Jahre 1866 zum Vergleich heranzieht.⁵²

Im 19. Jahrhundert muß jedoch in der Altmark die Waldstreuentnahme in weit größerem Umfang, als es die Quellen belegen, verbreitet gewesen sein; denn im März 1843 mußte hierzu eine gesetzliche Regelung erlassen werden. Danach war es Vorschrift, sogenannte Einmietezettel auszustellen, die den Entnahmedistrikt, den Tag der Entnahme und die Angabe des Transportmittels enthalten mußten. Der Paragraph 1 legte fest, daß die Waldstreuberechtigung in der Befugnis bestehe, abgefallenes Laub, Nadeln und dürres Holz einzusammeln. Die Zeit der Entnahme war nach Paragraph 2 vom 1. Oktober des laufenden Jahres bis zum 1. April des folgenden Jahres festgelegt. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts scheint der Streuverkauf noch angestiegen zu sein. Sicher waren die höheren Einnahmen aus dem Streuverkauf aber auch mit durch eine allgemeine Preissteigerung bedingt. Die Oberförsterei Letzlingen erzielte zwischen 1858 und 1874 einen Erlös von 5 142 Talern allein durch den Streuverkauf. Von 1875 bis 1880 betrug die Einnahme 8 948 Mark.⁵³ Im Revier Weißewarte wurden 1865 aus dem Streuverkauf 916 Taler und 1866 1 093 Taler erzielt.⁵⁴

Weit größere Bedeutung als das Streuharken scheint nach den vorliegenden Quellen auf den weiten Heideflächen der Altmark die Heidekrautgewinnung gehabt zu haben.

ges das "Laubstreifen", die Laubentnahme von Bäumen und Sträuchern, üblich (mündliche Mitteilung von Herrn Prof. Dr. Käubler).

49 Mager, Friedrich, Der Wald in Altpreußen als Wirtschaftsraum, Bd. 1, Köln/Graz 1960.

50 Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 F, Nr. 1382.

51 Ebenda, Nr. 313.

52 Abschätzungswerk 1843 und 1866 vom Forstrevier Ferchau aus der Revierförsterei Ferchau.

53 Siehe dazu Dittrich, Hans Joachim, u. a., Ergebnisse der Standorterkundung im Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb Colbitzer Heide, Colbitz 1958, unveröff. Ms.

54 Ebenda, S. 141.

Die Verordnung zur Heidekrautentnahme vom Jahre 1719 bestimmte, daß für das Hauen Zettel verteilt werden mußten. Die Entnahme sollte nach Fudern geschehen. Wenn vor der Verordnung das Heidekraut kostenlos abgegeben wurde, so hatten die Bauern nun 4 Groschen pro Fuder, das Gesinde der Adligen 6 Groschen pro Fuder zu entrichten.⁵⁵ Auch war für jeden Erlaubniszettel eine Gebühr von anfangs 3 Pfennigen zu zahlen, 1806 war sie aber schon auf einen Groschen angestiegen.

Das Heide- oder Heidekrauthauen war vor allem in der Letzlinger Heide weit verbreitet. Das Kraut wurde als Einstreu in den Stall gebracht und anschließend als Dünger verwandt. Wie groß im 18. Jahrhundert in Trockenjahren der Mangel an Stallstreu war, verdeutlicht ein Bericht mehrerer Gemeinden aus dem Jahre 1740, in dem die Bauern darauf hinwiesen, daß sie sogar die Dächer ihrer Wohnhäuser abdecken mußten, um Stroh zur Einstreu zu erhalten.⁵⁶

Eine chronologische Ordnung der überlieferten Nachrichten läßt erkennen, daß in den Wäldern um Lüderitz zwischen 1717 und 1736 eine intensive Heidekrautentnahme stattfand.⁵⁷ Zwischen Trinitatis 1719 und 1720 erzielte das Amt Burgstall aus Gras- und Heideverkauf 20 Taler.⁵⁸ Im Amt Tangermünde betrug im gleichen Zeitraum die Einnahme 96 Taler.⁵⁹ Zwischen 1733 und 1870 entnahmen die Orte Trühstedt, Pletz, Letzlingen, Lüdelsen, Lüfflingen, Algenstedt, Casieck, Klinke, Vogtfelde, Roxförde, Wannefeld, Quernstedt sowie Holdendorf ziemlich regelmäßig Heidekraut.⁶⁰ 1781 wird über die starke Belastung der Wälder durch die Heidekrautabfuhr geklagt. "Die Sonnenstrahlen und Winde trocknen und ziehen (bei zu starkem Heidekrauthau - M. L.) den Boden so sehr aus von allen alcalischen Salzen und Düngungs- und Verbesserungsstoffen."⁶¹ 1754/55 brachte der Heidekrautverkauf dem Amt Burgstall 36 Taler, 1769/70 dagegen nur 8 Taler ein.⁶² 1789 wird wieder speziell der Lüderitzer Forst als Heidekrautlieferant genannt.⁶³

Zwischen 1791 und 1804 lag der Erlös für Heidekraut im Amt Burgstall bei etwa 14 Talern jährlich.⁶⁴ Vermutlich handelt es sich bei diesen Summen nur um die Einnahme aus dem Verkauf der Berechtigungsscheine, denn eine weitere Akte erwähnt allein für das zum Amt Burgstall gehörige Revier Mahlpfuhl für 1802/03 eine Einnahme von 15 Talern und 22 Groschen und für das Revier Burgstall für den gleichen Zeitraum eine Einnahme von 9 Talern und 16 Groschen aus dem Heidekrautverkauf.⁶⁵

1805 wird die Gemeinde Uchtdorf wegen unerlaubten Heidekrautholens mehrfach mit einem Taler Strafe pro Fuder belegt.⁶⁶ Die Versuche, die Gemeindewaldungen einer geregelten Waldwirtschaft zuzuführen, blieben in jenen Jahren in den Anfängen stecken. Lediglich die Gemeinden Jävenitz und Zienau ließen 1794 bei

55 Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 F, Nr. 34 384.

56 Ebenda, Nr. 5378.

57 Ebenda, S, Nr. 89.

58 Ebenda, F, Nr. 115.

59 Ebenda.

60 Ebenda, Nr. 3866.

61 Ebenda.

62 Ebenda, Nr. 2013.

63 Ebenda, Nr. 2867.

64 Ebenda, Nr. 2017.

65 Ebenda, Nr. 2018.

66 Ebenda, Nr. 1935.

der Heidekrautentnahme forstpraktische Gesichtspunkte walten (Schonung jüngerer Anpflanzungen).⁶⁷

Neben der südlichen Letzlinger Heide als Entnahmegebiet wird häufig auch die nördlich gelegene Jävenitz-Neudorfsche Heide als Heidekrautlieferant genannt. Sogar den Gardelegener Bauern war es gestattet worden, dort einen Teil ihres Heidekrautbedarfs zu decken. 1802 erwarben sie 42 Fuhren und entrichteten dafür 10 Taler und 12 Groschen. Diese Menge ist gering, denn der Neuendorfer Amtmann erhielt alljährlich kostenlos 400 Fuder.⁶⁸ Die folgende Tabelle vermittelt, wenn auch leider nur über den kurzen Zeitraum von drei Jahren, einen Überblick über das Ausmaß des Heidekrautverkaufs und die dadurch erzielten Einnahmen.⁶⁹ Die Zahl von insgesamt 1594 Fudern, die innerhalb von drei Jahren aus dem Wald geholt wurden, spricht dabei eine beredete Sprache, wobei die kostenlos abgegebenen Mengen nicht einmal erfaßt werden können und sicher die Zahl von 1 200 überstiegen haben. Die dadurch einsetzende Verarmung an organischer Substanz muß sich in einer erheblichen Bodenverschlechterung ausgewirkt haben. (Vgl. Tabelle nächste Seite.)

Die Heidekraut"ernte" war in manchen Jahren so umfangreich, daß man das Kraut in nichtpreußisches Gebiet verkaufen konnte. So war das Amt Burgstall in der Lage, die benachbarten Magdeburgischen Stiftsdörfer zu versorgen.⁷⁰

1857 berichtete die Oberförsterei Burgstall über Heidekrautabgabe.⁷¹ 1858 wurde auch in anderen Teilen der Letzlinger Heide wegen einer durch Trockenheit bedingten Mißernte die Heidekrautentnahme gestattet. Die Verwendung des Heidekrautes steigerte sich dann in den Jahren nach 1914 so sehr, daß die Oberförsterei 1920 feststellte, die Reviere seien an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt.⁷²

Bezüglich der Art des gewonnenen Materials - Plagge oder Heidekraut - wird in den Quellen eine klare Trennung vorgenommen. Auch regional wird die Heidekrautgewinnung ausdrücklich der Plaggenentnahme im Diesdorfer Raum gegenübergestellt. "Man muß sich aber hier einen ganz anderen Begriff vom Heidekrauthacken machen, als man das Plaggen und Hauen bey Diesdorff und Salzwedel gewohnt ist. In hiesiger Gegend (gemeint ist die Letzlinger Heide - M. L.) wird mit einer Art von Sense⁷³ die grobstämmige Heyde abgemäht, folglich bleibt der Erdboden und die Wurzel von Heydekraut unlädiert."⁷⁴

Nach dieser Aussage darf gewiß mit einiger Berechtigung eine Unterteilung zwischen der zentralen Altmark mit vorwiegender Heidekraut-, Gras- und Streunutzung und einem Grenzsaum im Westen und Norden mit vorherrschender Plaggenutzung⁷⁵ vorgenommen werden.

Eine begriffliche Unklarheit, die im Grunde bis in die Gegenwart fortbesteht, tut sich beim Quellenstudium hinsichtlich der Art des Plaggenhauens und der Heidekrautentnahme sowie der dazu verwendeten Werkzeuge auf.

67 Ebenda, Nr. 1277, 3.

68 Ebenda, Nr. 3866.

69 Ebenda.

70 Ebenda, Nr. 932.

71 Dittrich, Hans Joachim, u. a., a. a. O., S. 141.

72 Ebenda, S. 121.

73 Ob diese "Art von Sense" in Form und Funktion Ähnlichkeit mit dem in Lockstedt verwendeten Heideeisen hatte (vgl. oben), kann nicht belegt werden.

74 Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 F, Nr. 3866.

75 Ebenda, Nr. 627.

Umfang des Heidekrautverkaufs und daraus erzielte Einnahmen⁺
(in Fuder à 6 Groschen)

Zeitraum	An Untertanen des Königs	An Untertanen des Adels	Taler	Groschen
a) Das Letzlinger Revier				
27. 2. 1800 bis				
26. 2. 1801	96	124	47	-
27. 2. 1801 bis				
26. 2. 1802	104	128	49	8
27. 2. 1802 bis				
26. 2. 1803	117	224	75	12
Insgesamt	317	476	171	20
b) Das Ottersburger Revier				
27. 2. 1800 bis				
26. 2. 1801	20	124	34	8
27. 2. 1801 bis				
26. 2. 1802	24	132	37	-
27. 2. 1802 bis				
26. 2. 1803	24	477	123	6
Insgesamt	68	733	194	14
a) und b) zusammen	385	1 209	365	34

+ Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 F, Nr. 3866.

Den Gemeinden Trühstedt und Lüfflingen wird zum Beispiel das "Heidehacken" im Neuendorfer Forst untersagt. In derselben Akte findet sich der Hinweis, daß das Heidekraut gesenst wird.⁷⁶ In einer Beschwerde vom Mai 1805 erwähnt der Neuendorfer Amtmann die "Plaggeneisen", mit denen die Untertanen "ganz dicht vom Erdboden weg" das "Heidekraut abhauen".⁷⁷ "Heidehacken" und "Plaggeneisen" für die Heidekrautgewinnung dürfen als sprachliche Ungenauigkeiten aufgefaßt werden, was nicht ausschließt, daß das Heidekraut unter Umständen auch abgehackt und nicht nur abgesenst worden ist. Andererseits war außerhalb der Altmark der Begriff des Plaggens vereinzelt weiter gefaßt und enthielt wahrscheinlich auch Heidekrautentnahme, denn Piper spricht in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in bezug auf Westfalen ausdrücklich vom "Plaggenmehen".⁷⁸ Daß Plaggen gemäht wurden, erwähnen auch Baasen⁷⁹, Brunken⁸⁰ sowie Niemeier⁸¹.

76 Ebenda.

77 Ebenda, Nr. 34 325.

78 Piper, Friedrich Gottlieb, Beschreibung des Marcken-Rechtes in Westfalen, Halle 1763, S. 97.

79 Baasen, Karl, a. a. O., S. 40.

80 Brunken, Oskar, a. a. O., S. 79.

Sicher sind im Normalfall für Plaggen- und Heidekrautgewinnung unterschiedliche Werkzeuge verwendet worden.⁸² Allerdings konnten in den Altmarkdörfern bislang nur Werkzeuge gefunden werden, die zum Plaggenhau genutzt werden.

Von untergeordneter Bedeutung war in der Altmark neben dem Plaggenhau, der Streu- und Heidekrautnutzung die Verwendung von Gras, Moos und Schilf zur Bodenverbesserung, denn nur sehr selten wird in den Archivalien auf sie Bezug genommen. Im Jahre 1770 erfolgte ein allgemeines Verbot des Grasmähens in den jungen Schonungen.⁸³ Die Ziemendorfer Bauern holten aus den Wäldern des Amtes Arendsee neben Laub und Kiefernadeln auch Moos. Das geht nur aus der Anzeige gegen einen Kossäten hervor, der bei der unerlaubten Moosabfuhr gestellt wurde.⁸⁴ Grasmahd hat auch im Amt Tangermünde stattgefunden.⁸⁵ Aus dem 18. Jahrhundert wird Gras- und Schilfnutzung aus den grenznahen Revieren gegen Lüneburg erwähnt. Insbesondere wurde dieses Material im Bohldamm bei Salzwedel gewonnen.⁸⁶

Um für die Gegenwart Hinweise auf Plaggen-, Streu- oder Heidekrautverwendung zu erhalten, wurde, einer von Käubler 1966 begonnenen Befragung folgend, in einer Vielzahl von Gesprächen versucht, Aufschlüsse über die heutige Nutzung dieser Materialien zu erhalten. Die von Käubler bereits überprüften Gemeinden wurden dabei nicht berücksichtigt.

Vor allem in der westlichen und nordwestlichen Altmark war die Erinnerung an den Gebrauch organischer Waldstoffe zu Düngerzwecken noch sehr lebendig, aber auch östlich und nordöstlich der Letzlinger Heide wurde gesprächsweise festgestellt, daß selbst bei jüngeren Bauern das Wissen um die Verwendung von Streu usw. noch nicht verblaßt ist. Das nimmt nicht wunder, denn im Vorhergehenden wurde auf die bis in die Jahre nach dem ersten Weltkrieg übliche Materialentnahme hingewiesen. Selbst in unseren Tagen werden aus den Wäldern noch Streu und Plagen entnommen.⁸⁷

Vergleicht man nun die Angaben in Käublers Karte (1966) mit dem ausgeschiedenen Grenzsäum der Plaggennutzung, so ergibt sich allgemein eine gute Übereinstimmung, denn ein Großteil der von ihm genannten Orte kann zu diesem Saum gezählt werden. Es fallen lediglich die Orte östlich der Letzlinger Heide heraus. Da bei der Ausscheidung dieses Grenzsäumens aber nur das Vorherrschen der einen oder anderen Nutzungsart als Kriterium herangezogen wurde, kann natürlich umgekehrt in Gebieten mit vorwiegender Streu- und Heidekrautverwendung auch geplaggt worden sein. Außerdem gilt es zu bedenken, daß seit dem 19. Jahrhundert durchaus eine gewisse Verlagerung der verwendeten Methoden stattgefunden haben kann. Von Gewicht dürfte das bei dem Ausklingen dieser Art der Waldnutzung jedoch nicht sein. Die von Käubler in mehreren Dörfern des Grenzsäumens aufgefundenen Plaggeneisen ergänzen zusammen mit den Befragungsergebnissen die archivalischen Belege vorzüglich. Hierzu zählen die von Käubler genannten

81 Niemeier, Georg, Fragen der Flur- und Siedlungsformenforschung ..., a. a. O., S. 315.

82 Salfeld, August, a. a. O., S. 26.

83 Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 F, Nr. 100.

84 Ebenda, Nr. 1382.

85 Staatsarchiv Magdeburg, Rep. A, 23 c VI, Nr. 46.

86 Kiwitt, Martin, u. a., a. a. O., S. 106.

87 Dittrich, Hans Joachim, u. a., a. a. O., S. 142; Käubler, Rudolf, Plaggenböden und Plagenmattböden in der Altmark, a. a. O., S. 337.

Gemeinden Hørsingen, Süplingen, Flechtingen und Wegenstedt, die schon südlich des Drömlings, zwar außerhalb der Altmark, aber dennoch im Grenzsaum liegen. Für die Altmark bleiben in Käublers N-O-Profil die Orte Krevese und Schorstedt, die aber durchaus noch zu dem Saum der Plaggenwirtschaft gezählt werden können. Im NW-SO-Profil gehören Ristedt und Breitenfeld nordwestlich von Klötze ebenfalls noch zur eigentlichen Plaggenzone.

Als Dörfer, in denen nordöstlich und östlich der Letzlinger Heide Plaggeneisen gefunden und Informationen über das Plaggen gegeben wurden, bleiben Brunkau, Schernebeck und Zibberick übrig. Diese drei Nennungen erlauben wohl nicht die Festlegung eines größeren Gebietes typischer Plaggennutzung, wie es aus dem Raum Diesdorf-Salzwedel überliefert ist.

Die hier vorgestellten Quellen belegen, ohne quantitative Angaben zu erlauben, daß auch in der Altmark Plaggen, Heidekraut, Streu usw. zur Düngung der weiten Wölbackerareale herangezogen worden sind. Typische Plaggenböden, wie sie vom nordwestdeutschen Dauerackerland, dem Esch, bekannt sind, wurden jedoch trotz mehrjähriger umfassender Grabungen in den fossilen Wölbackern nicht gefunden.⁸⁸

Eine unterschiedlich intensive Düngung ortsnaher und ortsferner Äcker kann daher nicht stattgefunden haben, denn auch in seit langer Zeit unter Wald liegenden Flurwüstungen müßten sich diese Unterschiede heute im Profilaufbau noch nachweisen lassen. Diese durch den bodenkundlichen Befund gestützte Aussage kann allerdings nur mit wenigen Beispielen archivalisch belegt werden. In der Flur des heutigen Forstes Wismar wurde um 1750 anstelle der Dreifelder- eine Fünffelderwirtschaft eingeführt, "weil man mit dem Mist alle fünf Jahre herumkommen kann".⁸⁹ Auch im Amt Arendsee wurden die Äcker der meisten Dörfer "ohn Unterschied der Nähe oder Ferne gemistet".⁹⁰ Diese Methode brachte es mit sich, daß verschiedentlich sogar ortsnaher Hauptgewanne wegen Bodenerschöpfung aufgegeben wurden.⁹¹

Die Wölbacker der Altmark verdanken ihre Entstehung in erster Linie einer rein mechanischen, durch die Pflügetechnik bedingten Bodenumlagerung.⁹² Die bei den großen Ackeranteilen je Flur unzureichenden Düngermengen haben zum Aufbau der Wölbacker kaum beigetragen.

88 Meibeyer gelangte zur gleichen Zeit, da die Untersuchungen in der Altmark durchgeführt wurden, zu ähnlichen Ergebnissen für fossile Wölbacker unter Wald im östlichen Niedersachsen. (Meibeyer, Wolfgang, Über den Profilaufbau des Pflughorizontes in Wölbackern, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, Nr. 2/1969, S. 161 - 170.)

89 Heiland, Ingolf, Die Flurwüstungen der nördlichen Altmark, Diss. Halle 1960, S. 40.

90 Ebenda, S. 76.

91 Vgl. Käubler, Rudolf, Fundamentaler neuzeitlicher Offenland-Wald-Wechsel in der Altmark, a. a. O., S. 275 f.

92 Vgl. Linke, Max, Ein Beitrag zur Frage der anthropogenen Überformung altmärkischer Böden. Eine historisch-geographische Untersuchung, Habil.-Schrift Halle 1969, Abb. 2.

Bibliographie

BIBLIOGRAPHIE WIRTSCHAFTSGESCHICHTLICHER LITERATUR DER DDR

8. Lieferung

Theorie und Methodik

1027.

Herneck, Friedrich: Siebzig Jahre Relativitätstheorie. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 2, S. 187 - 200.

1028.

Jahn, Wolfgang; Müller, Wolfgang: Die Bedeutung der Auseinandersetzung mit den ökonomischen Auffassungen des Lassalleanismus in Marx' "Kritik des Gothaer Programms" für die Geschichte der marxistischen politischen Ökonomie. Zum 100. Jahrestag von Karl Marx' "Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei". In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 2, S. 201 - 25.

Bibliographien

1029.

Behm, Erika: Bibliographie der Schriften von Jürgen Kuczynski 1924 bis 1973. In: Kuczynski, Jürgen: Die Muse und der Historiker. Studien über Jacob Burckhardt, Hyppolite Taine, Henry Adams. - Berlin: Akademie-Verlag 1974. S. 133 - 247. (Jahrbuch f. Wirtschaftsgesch. Sonderbd.)

1030.

Bibliographie Geschichte der Technik. 11. Jg., Berichtsj. 1971, Bearb. v. Helga Burgemeister, unter Fachberatung v. Rolf Sonnemann. - Dresden: Sächs. Landesbibl. 1974. 79 S.

1031.

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR. (6. Lieferung) In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 2, S. 295 - 301.

1032.

Günther, Renate: Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 1, S. 263 - 79.

Festschriften, Biographien, Kongresse, Quellennachweise

1033.

Barthel, Günter: Probleme der Industrialisierung der arabischen Staaten. Bericht über d. Dritte Konferenz zur industriellen Entwicklung d. arabischen Staaten vom 7. bis 14. April 1974 in Tarabulus, Libyen. In: Asien Afrika Lateinamerika, Berlin, 2, 1974, 4, S. 634 - 37.

1034.

Bergakademie Freiberg - Arbeiter- und Bauernfakultät Wilhelm Pieck. Festschrift zu ihrer 25-Jahr-Feier im Jahre 1974. Hrsg. v. Rektor d. Bergakad. Freiberg. - Freiberg 1974. 125 S.

1035.

Czihak, Hans: Betriebsgeschichte und Geschichte der DDR. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 22, 1974, 12, S. 1377 - 78.

1036.

Engel, Evamaria: 18. Jahrestag der Hansischen Arbeitsgemeinschaft. In: Wiss. Mitt. Hist. - Gesellsch. DDR, Berlin, 1974, 1, S. 50 - 61. (Tagungsber.)

1037.

Handke, Horst: Probleme der Entwicklung der Arbeiterklasse im Sozialismus. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 2, S. 273 - 78.

1038.

Harnisch, Hartmut: August Meitzen und seine Bedeutung für die Agrar- und Siedlungsgeschichte. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 1, S. 97 - 118.

1039.

Harnisch, Hartmut; Lärmer, Karl: Technik, Ökonomie und Wissenschaft im 19. Jahrhundert. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 2, S. 281 - 87.

1040.

Khalatbari, Parviz: Überbevölkerung und Unterentwicklung. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 2, S. 279 - 80.

1041.

Lehmann, Joachim: Zum Wesen und zur Kontinuität der Fremdarbeiterpolitik des deutschen Imperialismus. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 1, S. 257 - 60.

1042.

Narweleit, Gerhard: Kolloquium zur Infrastruktur Deutschlands im Zeitraum 1800 bis 1870. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 2, S. 289 - 92.

1043.

Radandt, Hans: Zweite Konferenz der

Fachkommission Betriebsgeschichte der Historiker-Konferenz. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 1, S. 233 - 37.

1044.

Schlicker, Wolfgang: Zu Max Plancks Bedeutung für die Leitung der Wissenschaft und Organisation der Forschung. Unter besonderer Berücksichtigung seines Wirkens in der Weimarer Republik. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 2, S. 161 - 85.

1045.

VI. (Sechster) Internationaler Kongreß für Wirtschaftsgeschichte. Bearb. v. Dieter Baudis. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 1, S. 239 - 56.

Mehrere Zeitabschnitte umfassend

1046.

Beiträge zur Geschichte der Produktivkräfte. Bd. 8. Von einem Autorenkoll. - Leipzig: Dt. Verl. f. Grundstoffind. 1974. 100 S., Abb. (Freiberger Forschungsh. Marxism. -Leninism. D 75)

1047.

Galle, Horst: Die Braunkohlengewinnung im Kreis Wurzen. Eine Inventarisierung. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 20, 1974, 4, S. 175 - 86, Abb., Kt.

1048.

Matsuo, Noboshige: Sachsen in der japanischen Wirtschaftsgeschichtsschreibung. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 20, 1974, 3, S. 109 - 13,

1049.

Mottek, Hans: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß. Bd. 1. Von den Anfängen bis zur Zeit der Französischen Revolution. 5., unveränd. Aufl. - Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1974. 376 S.

1050.

Rusch, Walter: Klassen und Staat in Buganda vor der Kolonialzeit. Über d. Entwicklung d. Produktionsverhältnisse in Buganda bis z. Ende d. 19. Jh. u. d. Herausbildung e. Staates, s. Aufbau u. s. Funktionen. Ein Beitr. z. Erforsch. d. Gesch. v. Buganda. - Berlin: Akad.-Verl. 1975. 485 S., Kt. (Veröff. d. Mus. f. Völkerkd. zu Leipzig 25.)

- 500

1051.

Blawatsky, Tatiana: Über den Sklavenmarkt am Aktion. In: Klio, Berlin, 56, 1974, 2, S. 497 - 500.

1052.

Gehl, Otto: Die Jagd- und Haustiere der steinzeitlichen Siedler von Basedow. In: Bodendenkmalpflege Mecklenburg, Berlin, 1973 (1974), S. 67 - 87. Abb.

1053.

Kreißig, Heinz: Boden und Abhängigkeit im Orient in der hellenistischen Epoche. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 2, S. 101 - 16.

1054.

Mittelbabylonische Rechts- und Wirtschaftsurkunden der Hilprecht-Sammlung Jena. Mit Beitr. z. mittelbabylon. Recht. Hrsg. v. Herbert P. H. Petschow. - Berlin: Akad.-Verl. 1974. 115, II S., Abb. 4^o (Abhandlungen d. Sächs. Akad. d. Wiss. zu Leipzig, Phil.-Hist. Kl. 64, 4.)

1055.

Schuldt, Ewald: Die steinzeitliche In-siedlung im Malchiner See bei Basedow, Kr. Malchin. In: Bodendenkmalpflege Mecklenburg, Berlin, 1973 (1974), S. 7 - 65, Abb., Kt.

1056.

Welskopf, Elisabeth Charlotte: Der Souveränitätsverlust der hellenischen Poleis als Rückschlag und als Impuls der Urbanisierung der Mittelmeerwelt. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 2, S. 89 - 100.

500 - 1789

1057.

Czok, K.: Zur sozialökonomischen Struktur und politischen Rolle der Vorstädte in Sachsen und Thüringen im Zeitalter der deutschen frühbürgerlichen Revolution. In: Wiss. Z. Karl-Marx-Univ. Leipzig, Gesellsch. wiss. R., Leipzig, 24, 1975, 1, S. 53 - 68.

1058.

Göthel, Ingeborg: Zu den Gedanken der Silhakgelehrten über eine Agrarreform in Korea. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 3, 1975, 4, S. 647 - 54.

1059.

Grau, Conrad: "... das Werk samt der Wissenschaft auf den Nutzen richten..." Aus der Frühgeschichte der Berliner und der Petersburger Akademie der Wissenschaften. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 2, S. 137 - 59.

1060.

Harnisch, Hartmut: Bevölkerung und Wirtschaft. Über die Zusammenhänge zwischen sozialökonomischer und demographischer Entwicklung im Spätfeudalismus. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, S. 57 - 87.

1061.

Haupttendenzen der europäischen Stadtgeschichte im 14. und 15. Jahrhundert, T. 1. 2. Arbeitstagung der Forschungsgruppe Stadtgesch. d. Pädagog. Hochschule "Erich Weinert" Magdeburg am

23. und 24. Okt. 1972. Referat und Diskussionsbeiträge, H. 1/2. Hrsg. Forschungsgruppe Stadtgeschichte unter Lt. v. E. Uitz. - Magdeburg, 1974, 188 S.

1062.

Meinert, Günther: Handelsbeziehungen zwischen Sachsen und Italien 1740 - 1814. Eine Quellenveröffentlichung. - Weimar: Böhlau 1974. 414 S., Kt. (Schriftenr. d. Staatsarch. Dresden 9.)

1063.

Mittenzwei, Ingrid: Zur Klassenentwicklung des Handels- und Manufakturbürgerturns in den deutschen Territorialstaaten. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 23, 1975, 2, S. 179 - 90.

1064.

Müller, Hans-Heinrich: Akademie und Wirtschaft im 18. Jahrhundert. Agrarökonomische Preisaufgaben u. Preisschriften d. Preuß. Akad. d. Wiss. Versuch, Tendenzen u. Überblick. - Berlin: Akad. -Verl. 1975. 436 S. (Studien zur Gesch. d. Akad. d. Wiss. d. DDR 3.)

1065.

Müller, Hans-Heinrich: Kupferproduktion, -markt und -handel Europas im 15./16. Jahrhundert. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 1, S. 175 - 83.

1066.

Schmidt, Gerhard: Pirnas Fernhandel bis zum 16. Jahrhundert. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 20, 1974, 3, S. 117 - 23, Kt.

1067.

Springer, Matthias: Sein und Bewußtsein. Fragen des mittelalterlichen Geisteslebens nach A. Ja. Gurevič, Kategorii srednevekovoj kul'tury. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 2, S. 255 - 61.

1789 - 1917

1068.

Barth, Ernst: Neue Forschungen zur Entwicklung der Maschinenbauindustrie in der Industriellen Revolution. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 1, S. 47 - 70.

1069.

Forberger, Rudolf: Behandelnswerte Themen aus der sächsischen Industriegeschichte des 19. Jahrhunderts. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 20, 1974, 4, S. 152 - 54.

1070.

Klemm, Volker: Zur Bedeutung Albrecht Daniel Thaers für die Agrarhistoriographie. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 1, S. 121 - 36.

1071.

Kuczynski, Jürgen: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. 3. Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1871 bis 1900. Fotomechan. Nachdr. d. Ausg. 1962. - Berlin: Akad. -Verl. 1974. VI, 488 S.

1072.

Kuczynski, Thomas: Industrielle Revolution oder Industrialisierung? In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 1, S. 161 - 74.

1073.

Lärmer, Karl: Maschinenbau in Preußen. Ein Beitrag zur Problematik Staat und Industrielle Revolution. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 2, S. 13 - 32.

1074.

Mottek, Hans: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß. Bd. 2. Von der Zeit der Französischen Revolution bis zur Zeit der Bismarckschen

Reichsgründung. 2., durchges. Aufl. - Berlin: Deutscher Verl. d. Wiss. 1974. IX, 296 S.

1075.

Nussbaum, Manfred: Deutsche Kolonialherrschaft in Kamerun. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 1, S. 151 - 56.

1076.

Obermann, Karl: Die deutsche Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Amerika im 19. Jahrhundert, ihre Ursachen und Auswirkungen (1830 bis 1870). In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 2, S. 33 - 55.

1077.

Rook, Hans-Joachim: Die Entwicklung der Verkehrsströme und der Verkehrsstruktur auf der Elbe während des 19. Jahrhunderts, unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung im Verkehrsgebiet. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 1, S. 71 - 95.

1078.

Sieberth, Uta: Widerspiegelung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Dampfmaschinenbau in der Zeitschrift "Ingenieur" (später "Civilingenieur") 1848 - 1896. Hrsg. v. d. Sächs. Landesbibliothek Dresden in Zsarb. mit d. Techn. Univ. Dresden. Sekt. Philosophie u. Kulturwiss., Bereich Gesch. d. Produktivkräfte. - Dresden: Sächs. Landesbibl. 1974. 31 S.

1917 - Gegenwart, sozialistische Länder

1079.

Bauerfeind, Alfred: Die Umwandlung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung und Privatbetriebe in Volkseigene Betriebe. Zur Entwicklung d. Bündnispolitik in d. DDR nach d. VIII. Par-

teitag d. SED. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 23, 1975, 1, S. 5 - 16.

1080.

Finzelberg, Sigtraut: Die Stärkung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der führenden Rolle der Arbeiterklasse durch die Neubildung volkseigener Betriebe im ersten Halbjahr 1972. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 1, S. 13 - 33.

1081.

Grammdorf, Gerda: Zur sozialen Gliederung der Bevölkerung in der Stadt Rostock unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in den Jahren 1939 bis 1945. In: Wiss. Z. Univ. Rostock, Gesellsch. wiss. R., Rostock, 22, 1973, 7, S. 669 - 73.

1082.

Grammdorf, Gerda: Zur Veränderung der sozialen Gliederung der Bevölkerung in der Stadt Rostock in den Jahren 1949 bis 1970. In: Wiss. Z. Univ. Rostock, Gesellsch. wiss. R., Rostock, 22, 1973, 7, S. 675 - 79.

1083.

Haack, Hanna; Schucany, Gudrun: Das Produktionsaufgebot 1961/1962 in den Betrieben der Seewirtschaft. In: Wiss. Z. Univ. Rostock, Gesellsch. wiss. R., Rostock, 22, 1973, 6, S. 577 - 85.

1084.

Hegemann, Margot; Möschner, Günter: Die DDR als Wirtschaftspartner der sozialistischen Staaten in den ersten Jahren des RGW. In: Jb. Gesch., Berlin, 12, 1974, S. 245 - 79.

1085.

Heyne, Werner: Zur Entwicklung des Maschinenbaus in der sowjetischen Besatzungszone in den Jahren 1945 bis 1948. In: Beiträge zur Geschichte der Produktivkräfte. Bd. 8. Von e. Autorenkollektiv. - Leipzig: Deutscher

Verl. für Grundstoffindustrie 1974. S. 47 - 66, Taf.

1086.

Hofmann, Otto; Scharschmidt, Gerhard: DDR-Außenhandel gestern und heute. - Berlin: Verl. Die Wirtschaft 1975. 144 S., Abb.

1087.

Kuczynski, Jürgen: Warum sind wir gegen den Kapitalismus? Überarb. Fassung. - Berlin: Dietz Verlag 1974. 46 S.

1088.

Mühlfriedel, Wolfgang; Wächtler, Eberhard: Bemerkungen zu Gegenstand und Methodologie einer Geschichte der Produktivkräfte der Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Neue Bergbautechnik, Leipzig, 4, 1974, 1, S. 68 - 71.

1089.

Mühlfriedel, Wolfgang; Wächtler, Eberhard: Zum Einfluß des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf die Arbeiterklasse im Braunkohlenbergbau der Deutschen Demokratischen Republik seit dem Beginn der 60er Jahre. In: Neue Bergbautechnik, Leipzig, 4, 1974, 8, S. 622 - 629, 18 Tab., 24 Lit.

1090.

Mühlfriedel, Wolfgang; Wächtler, Eberhard: Die Herausbildung der materiell-technischen Basis der sozialistischen Industrie der DDR in der Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. In: Neue Bergbautechnik, Leipzig, 4, 1974, 2, S. 151 - 59; 3, S. 233 - 38, Tab. Lit.

1091.

Mühlfriedel, Wolfgang; Wächtler, Eberhard: Zur Rolle der Arbeiterklasse bei der Gestaltung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der DDR seit Beginn der 60er Jahre. In: Neue

Bergbautechnik, Leipzig, 4, 1974, 9, S. 704 - 09.

1092.

Poßkel, Kurt: An der Küste Mecklenburgs entstanden neue Bastionen der Arbeiterklasse. Ein Beitr. zur Gesch. d. Seewirtschaft d. DDR. In: Wiss. Z. Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 22, 1973, 6, S. 569 - 76.

1093.

Radandt, Hans: Zur Entwicklung der Betriebsgeschichte in der DDR. In: Wiss. Mitt. Hist.-Gesellsch. d. DDR, Berlin, 1974, 2, S. 54 - 60.

1094.

Reichert, Günter u. Sonja: Zum Entstehen der Betriebsgeschichte des VEB Mikromat Dresden. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 2, S. 265 - 72.

1095.

Reißig, Karl: Die Geschichte der DDR - eine Grundlage der Betriebsgeschichte. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 1, S. 209 - 31.

1096.

Roesler, Jörg: Allgemeines und Besonderes bei der Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft der DDR (1945 - 1950). In: Jb. Gesch., Berlin, 12, 1974, S. 281 - 302.

1097.

Schäfer, Ernst: Das Thüringer Land und sein Handwerk. - Berlin: Verlag der Nation 1974. 158 S., Abb.

1098.

Scheibner, Brigitte: Zu einigen Aspekten der ökonomischen Konzeption Sun Yatsens. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 3, 1975, 2, S. 278 - 86.

1099.

Schumann, Wolfgang: Aspekte und Hintergründe der Handels- und Wirtschaftspolitik Hitlerdeutschlands gegenüber Jugoslawien 1933 bis 1945. In: Bull. Arbeitskr. 2. Weltkrieg, Berlin 1973, 3 (1974), S. 5 - 38.

1100.

Seifert, Helmut: Zur Rolle der politischen Ökonomie in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 2, S. 117 - 36.

1101.

Thüns, Horst; Weidenhausen, Günter: 25 Jahre Deutsche Demokratische Republik - 24 Jahre Mitglied des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe. In: Wiss. Z. Päd. Hochsch. "Erich Weichert" Magdeburg, Magdeburg, 11, 1974, 6, S. 441 - 55.

1102.

Wächtler, Eberhard; Mühlfriedel, Wolfgang: Die Rolle der Arbeiterklasse bei der Entwicklung der Produktivkräfte in der Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 - 1962. In: Neue Bergbautechnik, Leipzig, 4, 1974, 4, S. 308 - 11.

1103.

Woik, Norbert: Betriebsgeschichte und Geschichte der DDR. In: Wiss. Mitt. Hist.-Gesellsch. d. DDR, Berlin, 1974, 2, S. 98 - 104.

1917 - Gegenwart, kapitalistische Länder

1104.

Czollek, Roswitha: Faschismus und Okkupation. Wirtschaftspol. Zielsetzung u. Praxis d. faschist. dt. Besatzungsregimes in d. balt. Sowjetrepubliken während d. zweiten Weltkrieges. - Berlin: Akad.-Verl. 1974, 224 S. (Akad. d. Wiss. d. DDR, Schriften d. Zentralinst. f. Gesch. 39.)

1105.

Eichholtz, Dietrich: Die Kriegszielendenschrift des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP von 1940. In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 22, 1974, 3, S. 308 - 24.

1106.

Gossweiler, Kurt: Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspraxis im faschistischen Deutschland. Gedanken zu Werner Krause, Wirtschaftstheorie unter dem Hakenkreuz. Die bürgerliche Ökonomie in Deutschland während der faschistischen Herrschaft = Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Nr. 31. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 2, S. 229 - 45.

1107.

Kasper, Hanns-Heinz: Der deutsche Imperialismus und das Erdöl (1900 - 1945). In: Neue Bergbautechnik, Leipzig, 4, 1974, 6, S. 459 - 63, 16 Lit.

1108.

Kuczynski, Jürgen: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. 5. Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33. Fotomech. Nachdr. d. Ausg. 1966. Bd. 15. Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1918 bis 1945. Dokumente und Studien zu Bd. 5 Fotomech. Nachdr. d. Ausg. 1963. Bd. 16. Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918 bis 1945. Dokumente und Studien zu Bd. 6. Fotomech. Nachdr. d. Ausg. 1963. - Berlin: Akad.-Verl. 1974. VIII, 279 S. ; VIII, 200 S. ; 287 S.

1109.

Menger, Manfred: Die Sicherung finnischer Rohstoffe für die faschistische Kriegswirtschaft 1939/40. In: Bull. Arbeitskr. 2. Weltkrieg, Berlin, 1974, 1/2, S. 125 - 39.

1110.

Mottek, Hans; Becker, Walter; Schröter, Alfred: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß. Bd. 3. Von der Zeit d. Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschist. dt. Imperialismus 1945. - Berlin: Dt. Verl. d. Wiss. 1974. 370 S.

1111.

Die Norwegen-Denkschrift des IG-Farben-Konzerns von 1941. [Hrsg. u. eingel. v.] Dietrich Eichholtz. In: Bull. Arbeitskr. 2. Weltkrieg, Berlin, 1974, 1/2, S. 5 - 66.

1112.

Nussbaum, Manfred: Staatsunternehmen und staatliches Schlichtungswesen in der Weimarer Republik. Bemerkungen zu Hans Joachim Winkler, Preußen als Unternehmer 1923 - 1932. Staatliche Unternehmen im Spannungsfeld der Politik am Beispiel der Preussag, Hibernia und Veba. = Veröffentlichung d. Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 17; Hans-Hermann Hartwich, Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918 - 1933. Die Bindung unternehmerischer Funktionen in der Weimarer Republik = Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 23. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 2, S. 247 - 53.

1113.

Petrick, Fritz: Zur Bedeutung Narviks für die Eisenerzversorgung des deutschen Imperialismus und den faschistischen Überfall auf Norwegen. In: Bull.

Arbeitskr. 2. Weltkrieg, Berlin, 1974, 1/2, S. 67 - 82.

1114.

Wilhelmus, Wolfgang: Das faschistische Deutschland und Schweden während des Kampfes in Norwegen 1940. In: Bull. Arbeitskr. 2. Weltkrieg, Berlin, 1974, 1/2, S. 83 - 124.

1115.

Wilhelmus, Wolfgang: Das schwedische Echo auf die faschistischen "Neuordnungs"-Pläne im zweiten Weltkrieg. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1975, 1, S. 35 - 46.

1917 - Gegenwart, Entwicklungsländer

1116.

Fessen, Helmut: Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung Malaysias (unter besonderer Berücksichtigung der Agrarverhältnisse). In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 2, 1974, 4, S. 543 - 53.

1117.

Halpap, Paul: Zur Problematik der binnenmarkt- und exportorientierten Industrialisierung in kapitalistisch orientierten Entwicklungsländern, dargestellt am Beispiel Lateinamerikas. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 3, 1975, 1, S. 37 - 53.

1118.

Heidrich, Petra: Die revolutionären Potenzen der Bauernschaft im unabhängigen Indien. In: Studien z. Kampf um den sozial. Fortschritt in Indien. - Berlin: Verl. d. Wiss. 1975. S. 157 - 219.

1119.

Jäckel, B.: Zur Herausbildung des Geld- und Kreditwesens in Indien bis

zur Erlangung der nationalen Unabhängigkeit. In: *Wiss. Z. Karl-Marx-Univ. Leipzig, Gesellsch. wiss. R.*, Leipzig, 24, 1975, 2, S. 141 - 51.

1120.

Kruse, Hans-Peter: Zum Einfluß des Auslandskapitals auf die Entfaltung des Kapitalismus in Mexiko. In: *Asien, Afrika, Lateinamerika*, Berlin, 3, 1975, 3, S. 477 - 92.

1121.

Michalski, Klaus Joachim: Landwirtschaftliche Genossenschaften in Afroasiatischen Entwicklungsländern. 2., unveränd. Aufl. - Berlin: Akad.-Verl. 1974. 426 S. (Studien über Asien, Afrika u. Lateinamerika 5.)

1122.

Münch, Siegfried: Zu einigen Aspekten der Wechselbeziehungen zwischen Ernährungsfrage und Agrarfrage in den Entwicklungsländern. In: *Asien, Afrika, Lateinamerika*, Berlin, 3, 1975, 1, S. 5 - 17.

1123.

Schaller, Erhard: Zu einigen Aspekten der Agrarfrage in Indien. In: *Asien, Afrika, Lateinamerika*, Berlin, 3, 1975, 1, S. 73 - 84.

1124.

Schirokov, G. K.: Einige Besonderheiten und Auswirkungen der Industrialisierung Indiens. In: *Wiss. Z. Karl-Marx-Univ. Leipzig, Gesellsch. wiss. R.*, Leipzig, 24, 1975, 2, S. 129 - 40.

1125.

Scholz, C. H.: Die Herausbildung der heutigen Zweig- und Territorialstruktur im östlichen Wirtschaftsgebiet Indiens. In: *Wiss. Z. Karl-Marx-Univ. Leipzig, Gesellsch. wiss. R.*, Leipzig, 24, 1975, 2, S. 153 - 69, Kt.

1126.

Thole, Günther: Aktuelle Probleme der ökonomischen Entwicklung in Nigeria. In: *Asien, Afrika, Lateinamerika*, Berlin, 3, 1975, 4, S. 679 - 86.

1127.

Wolf, Bernd: Entwicklungsstrategie und Einkommensver- und -umverteilung in Entwicklungsländern. In: *Asien, Afrika, Lateinamerika*, Berlin, 2, 1974, 1, S. 69 - 88.

AUTORENVERZEICHNIS

- Čuntulov, V. T., Prof. Dr. rer. oec., Lehrstuhl Wirtschaftsgeschichte, Allunionsinstitut für Fernstudium der Finanzökonomie, Moskau.
- Dillwitz, Sigrid, Dr. phil., Wissenschaftlicher Oberassistent, Sektion Geschichte, Universität Rostock.
- Fischer, Hagen, Dr. phil., Wissenschaftlicher Assistent, Wirtschaftsgeschichte des Altertums, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Handke, Horst, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Kirchner, Jürgen, Dr. phil., Wissenschaftlicher Assistent, Sektion Geschichte, Pädagogische Hochschule "Clara Zetkin", Leipzig.
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Könnemann, Erwin, Prof. Dr. sc., Lehrstuhl für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Sektion Philosophie, Geschichte, Staatsbürgerkunde, Fachbereich Deutsche Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Laschke, Michael, Dr. oec., Bereich Wirtschaftsgeschichte, Sektion Marxismus-Leninismus, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin.
- Lehmann, Hermann, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Linke, Max, Dr. habil., Diplom-Geograph, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Sektion Geographie, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Musiölek, Peter, Dr. phil., Leiter der Arbeitsgruppe Wirtschaftsgeschichte des Altertums, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Neumann, Gerd, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent, Bereich Wirtschaftsgeschichte, Sektion Marxismus-Leninismus, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin.
- Otruba, Gustav, Ordentlicher Hochschulprofessor, Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Linz.
- Pečírka, Jan, Dr. sc., Dozent an der Philosophischen Fakultät der Universität Karlovy Vary, Prag.

Roesler, Jörg, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Oberassistent,
Bereich Wirtschaftsgeschichte, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie
der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Vejc, G. N., Dr., Dozent am Lehrstuhl für Politische Ökonomie, Gorki-
Institut, Leningrad.

Содержание

- Юрген Кучинский, Место экономической истории в системе наук. - Попытка. Посвящается двадцатилетию института экономической истории
- Юрген Кирхнер, О значении заводских комитетов женщин для равноправного участия женщин в планомерном построении основ социализма в ГДР /с 1952 до 1955/
- Герд Нойманн, План Маршалла и отношения между Востоком и Западом. К предистории СЭВ /II/
- В. Т. Чунтулов, Основные черты и направления развития народнохозяйства СССР в годы девятой пятилетки
- Г. Н. Вейц, Дифференциация цен в государственном секторе Индии.
- Херманн Леманн, К влиянию "wealth of Nations" на экономистов немецкой буржуазии. Экономические взгляды Кристиана Якоба Крауза
- Петер Мусиолек, К роле города в античном классовом обществе
- Хаген Фишер, Проблемы исследования экономической истории Малой Азии во времена римской империи
- Морг Рёслер, Антикоммунизм и объективность. К изложению экономической истории ГДР, в Gerd Leptin, Die deutsche Wirtschaft nach 1945. Ein Ost-West-Vergleich
- Юрген Кучинский, Новые тенденции в исследовании социальной истории в ФРГ. Wilhelm Treue, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit in zwei Bänden, 1700 - 1972; Deutsche Sozialgeschichte, Dokumente und Skizzen, TOM 2: 1870 - 1914, издано Gerhard A. Ritter u. Jürgen Kocka; Proletarische Lebensläufe. Autobiographische Dokumente zur Entstehung der Zweiten Kultur in Deutschland, TOM 1: Anfänge bis 1914, издано Wolfgang Emmerich; Sozialgeschichte Heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, издано Hans-Ulrich Wehler
- Хорст Хандке, Массовая коммуникация и демократия в тисках монополистического господства. К проблемам марксистской политической экономии средств массовой коммуникации при капитализме. Horst Holzer, Gescheiterte Aufklärung? Politik, Ökonomie und Kommunikation in der Bundesrepublik Deutschland = Texte und Studien zur Soziologie, TOM 3
- Ян Печирка, Новое изложение истории греческого полиса Hellenische Poleis. Krise - Wandlung - Wirkung, издано Elisabeth Charlotte Welskopf, тома 1 - 4
- Эрвин Кёнеманн, Экономическая пропаганда производственных соревнований в округе Галле /1961-1962/
- Зигрид Дилвигт, Социальные перемены в сельском хозяйстве ФРГ. К некоторым проблемам и результатам марксистских исследований в ГДР
- Михаэль Лашке, Экономическая история и окружающая среда с современной и исторической точки зрения. Праздничный коллоквиум в честь Ханса Моттека 25-ого сентября 1975 года в Берлине
- Густав Отруба, Сообщение об одной коммерциальной поездке, состоявшейся по поручению Моравского феодального банка - сообщение современника об экономическом положении средневропейских городов середины 18-го столетия /часть III/
- Макс Линке, Архивные доказательства использования естественного органического материала для удобрения выпуклых пол (Wölbacker) в Старой Мархии
- Библиография литературы ГДР об истории экономики. 8-ой выпуск

CONTENTS

- Jürgen Kuczynski, The position of economic history in the system of sciences. Dedicated to the Institut of Economic history on the occasion of its twentieth anniversary
- Jürgen Kirchner, On the importance of the works women committees for the equal participation of women in the systematic construction of the foundations of socialism in the GDR
- Gerd Neumann, The Marshallplan and the east-west relations. On the pre-history of the Council of Mutual Economic Assistance (II)
- V. T. Čuntulov, Characteristic features and trends of the development of the economy of the USSR during the years of the ninth five-year-plan
- Hermann Lehmann, On the influence of the "Wealth of Nations" on the economists of German bourgeoisie. The economic conceptions of Christian Jacob Kraus
- G. N. Vejć, The differentiation of prices in the state sector of India
- Peter Musiolek, On the role of the town in the antique class society
- Hagen Fischer, Problems of research in the economic history of Asia Minor in Roman times
- Jörg Roesler, Anti-communism and objectivity. On the representation of the economic history of the GDR, in: Gerd Leptin, Die deutsche Wirtschaft nach 1945. Ein Ost-West-Vergleich
- Jürgen Kuczynski, New tendencies of research in social history in the FRG. Wilhelm Treue, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit in zwei Bänden, 1700 - 1972; Deutsche Sozialgeschichte, Dokumente und Skizzen, Vol. 2: 1870 - 1914, ed. by Gerhard A. Ritter and Jürgen Kocka; Proletarische Lebensläufe. Autobiographische Dokumente zur Entstehung der Zweiten Kultur in Deutschland, Vol. 1: Anfänge bis 1914, ed. by Wolfgang Emmerich; Sozialgeschichte Heute, Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, ed. by Hans-Ulrich Wehler
- Horst Handke, Mass-communication and democracy in the coercions of monopolistic rule. On the problems of a marxist political economy of mass-media under capitalism. Horst Holzer, Gescheiterte Aufklärung? Politik, Ökonomie und Kommunikation in der Bundesrepublik Deutschland = Texte und Studien zur Soziologie, Vol. 3
- Jan Pečírka, A new representation of the history of the greek Polis, Hellenische Poleis, Krise - Wandlung - Wirkung, ed. by Elisabeth Charlotte Welskopf, Vol. 1 - 4
- Erwin Könnemann, The economic propaganda for the "production levy" in the district of Halle (1961/1962)
- Sigrid Dillwitz, Social changes in the agriculture of the FRG. On some problems and results of marxist research in GDR
- Michael Laschke, Economic history and environment under actual and historical view. Festive colloquium in honour of Hans Mottek on Sept. 25th 1975 in Berlin
- Gustav Otruba, Report an a commercial travel undertaken by order of the Mährische Lehensbank - a contemporary taking of stock on the economic situation of Central-European towns by the middle of the 18th century (part III)
- Max Linke, Archives proofs on the use of natural organic material for the manuring of vaulted soils (Wölbäcker) in the Old-March
- Bibliography of economic-historical literature in GDR (8th delivery)

- Jürgen Kuczynski, La position de l'histoire économique au système des sciences - Une tentative consacrée au vingtième jubilé de l'Institut d'histoire économique
- Jürgen Kirchner, Importance des comités d'entreprise des femmes pour la participation à droits égaux des femmes à la construction systématique des bases du socialisme en R. D. A. (de 1952 à 1955)
- Gerd Neumann, Le plan Marshall et les relations Est-Ouest. Remarques sur le précédents du Conseil d'Assistance mutuelle économique (II)
- V. T. Čuntulov, Traits et tendances fondamentaux du développement de l'économie nationale en U. R. S. S. dans les années du neuvième plan quinquennal
- Hermann Lehmann, Observations sur l'influence du "Wealth of Nations" sur les économistes de la bourgeoisie allemande. Les conceptions économiques de Christian Jacob Kraus
- G. N. Vejc, La différenciation des prix dans le secteur étatique de l'Inde
- Peter Musiolek, Le rôle de la ville dans la société de classe de l'antiquité
- Hagen Fischer, Problèmes qui se posent en étudiant l'histoire économique de l'Asie Mineure pendant l'ère romaine
- Jörg Roesler, Anticommunisme et objectivité. Exposé sur l'histoire économique de la R. D. A. dans: Gerd Leptin, Die deutsche Wirtschaft nach 1945. Ein Ost-West-Vergleich
- Jürgen Kuczynski, Nouvelles tendances des recherches historiques sociales en République Fédérale d'Allemagne. Wilhelm Treue, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit in zwei Bänden, 1700 - 1972; Deutsche Sozialgeschichte, Dokumente und Skizzen, tome 2: 1870 - 1914, édité par Gerhard A. Ritter u. Jürgen Kocka; Proletarische Lebensläufe. Autobiographische Dokumente zur Entstehung der Zweiten Kultur in Deutschland, tome 1: Anfänge bis 1914, édité par Wolfgang Emmerich; Sozialgeschichte Heute, Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, édité par Hans-Ulrich Wehler
- Horst Handke, Communication de masse et démocratie sous la domination des monopoles. Problèmes d'une économie politique marxiste aux moyens de la communication de masse (presse, radio, télévision) au capitalisme. Horst Holzer, Gescheiterte Aufklärung? Politik, Ökonomie und Kommunikation in der Bundesrepublik Deutschland = Texte und Studien zur Soziologie, tome III
- Jan Peřírka, Une nouvelle description de l'histoire de la Polis grecque. Hellenische Poleis. Krise - Wandlung - Wirkung, édité par Elisabeth Charlotte Welskopf, tomes 1 - 4
- Erwin Könnemann, La propagande économique pour la "levée de production" dans le district de Halle (1961/1962)
- Sigrid Dillwitz, Changements sociaux dans l'agriculture de la République Fédérale d'Allemagne. Remarques sur quelques problèmes et résultats des recherches marxistes en R. D. A.
- Michael Laschke, Histoire économique et conditions de milieu en perspective actuelle et historique. Colloque solennel en l'honneur de Hans Mottek, le 25 septembre 1975 à Berlin
- Gustav Otruba, Rapport sur un voyage commercial fait par ordre de la Mährische Lebensbank - un inventaire contemporaïn concernant la situation économique de villes du centre de l'Europe vers le milieu du 18^e siècle (partie III)
- Max Linke, Preuves au moyen d'archives de l'utilisation de matériel naturel organique pour le fumage de champs voûtés (Wölbäcker) dans la Vieille-Marche
- Bibliographie de la littérature d'histoire économique de la R. D. A. (numéro huit)

- Jürgen Kuczynski, La posición de la historia económica dentro del sistema de las ciencias humanas. - Un ensayo. Dedicado al Instituto para Historia Económica con ocasión de su aniversario de los veinte años
- Jürgen Kirchner. La importancia de las comisiones de mujeres en las fábricas para la participación con derechos iguales durante de la construcción planificada de los fundamentos del socialismo en la R. D. A. (desde 1952 hasta 1955)
- Gerd Neumann, El Plan de Marshall y las relaciones entre el Este y el Oeste. Acerca de los antecedentes del CAME
- V. T. Čuntulov, Los rasgos y tendencias esenciales del desarrollo de la economía nacional de la URSS durante de los años del plan quinquenal noveno
- G. N. Vejc, La divergencia de los precios en el sector estatal de la India
- Hermann Lehmann, Acerca del influjo de "Wealth of Nations" en los economistas de la burguesía alemana. Los conceptos económicos de Christian Jacob Kraus
- Peter Musiolek, Acerca del papel de la ciudad en la sociedad clasista de la antigüedad
- Hagen Fischer, Unos problemas al investigar la historia económica del Asia Menor en la época romana
- Jörg Roesler, El anticomunismo y la objetividad. Acerca de la interpretación de la historia económica de la R. D. A., en: Gerd Leptin, Die deutsche Wirtschaft nach 1945. Ein Ost-West-Vergleich
- Jürgen Kuczynski, Tendencias nuevas de la investigación en historia social en la R. F. A. Wilhelm Treue, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit in zwei Bänden, 1700 - 1972; Deutsche Sozialgeschichte, Dokumente und Skizzen, tomo segundo: desde 1870 hasta 1914, editado por Gerhard A. Ritter u. Jürgen Kocka; Proletarische Lebensläufe, Autobiographische Dokumente zur Entstehung der Zweiten Kultur in Deutschland, tomo primero: Anfänge bis 1914, editado por Wolfgang Emmerich; Sozialgeschichte Heute, Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, editado por Hans-Ulrich Wehler
- Horst Handke, Comunicación de masas y democracia bajo el dominio de los monopolios. Sobre unos problemas de una economía política marxista respecto a los medios de difusión en masa en el capitalismo. Holzer, Horst, Gescheiterte Aufklärung? Politik, Ökonomie und Kommunikation in der Bundesrepublik Deutschland, tomo tercero
- Jan Pečírka, Una descripción nueva de la historia de la Polis griega, Hellenische Poleis. Krise - Wandlung - Wirkung, editado por E. Ch. Welskopf, tomos 1 - 4
- Erwin Könnemann, La propaganda económica sosteniendo el llamamiento a la producción en el distrito de Halle (durante de los años 1961 y 1962)
- Sigrid Dillwitz, Cambios sociales en la agricultura de la R. F. A. Acerca de unos problemas y resultados de la investigación marxista en la R. D. A.
- Michael Laschke, Historia económica y el ambiente ecológico en la vista actual y histórica. Un coloquio solemne en honor de Hans Mottek el 25 de septiembre de 1975 en Berlín
- Gustav Otruba, Relato sobre un viaje comercial por encargo de Mährische Lehnbank - un informe contemporáneo sobre el estado de la situación económica de unas ciudades centroeuropeas a eso de la mitad del siglo XVIII (parte tercero)
- Max Linke, Confirmaciones archivadas sobre el uso de materia natural y orgánica para el abono de las tierras encorvadas (Wölbäcker)
- Bibliografía sobre literatura económico-histórica de la R. D. A.
- Suministro octavo

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

Gerd Neumann

Die Entwicklung des Ost-West-Handels(1947 bis 1949). Zur Vorgeschichte des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (III)

Jörg Roesler

Zur Charakteristik der ökonomischen Ergebnisse in der Industrie der DDR im ersten Fünfjahrplan (1951 bis 1955)

Hanns-Heinz Kasper

Das Erdöl in den Raubplänen des deutschen Faschismus in Vorbereitung und bei der Durchführung des zweiten Weltkrieges

Berthold Puchert

Einige Überlegungen zum deutschen Kapitalexport 1933 bis 1939

Herwart Pittack

Historische Aspekte der kapitalistischen Währungskrise. Der Versuch der Wiederaufrichtung des Goldstandards 1919 bis 1926

Rolf Rodigast

Das Einkommen der Greifswalder Stadtbauern in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts

Werner Mägdefrau

Zur Organisation des Warenhandels und zur Rolle des Kaufmannskapitals im späten Mittelalter. Vor allem aufgrund thüringischer Quellen

Jörg Roesler/Jürgen Wilke

55 Jahre Sowjetmacht in Zahlen, Bemerkungen zu zwei statistischen Nachschlagewerken über die ökonomische Entwicklung der Sowjetunion zwischen 1917 und 1972. Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922 - 1972 gg. Jubilejnyj statističeskij ežegodnik; My i planeta. Cifry, fakty

Wolfgang Schlicker

Evolution und Revolution in der Wissenschaftsentwicklung. Erkenntnisse und Grenzen des wissenschaftsgeschichtlichen Essays. Thomas S. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen

Jürgen Kuczynski

Überlegungen zum Studium der Arbeiterklasse bei der Lektüre von Workers in the Industrial Revolution. Recent studies of labor in the United States and Europe, hg. v. P. N. Stearns und D. J. Walkowitz; Allen Hutt, British Trade Unionism, with concluding chapter by John Gollan

Hermann Lehmann

Zum heutigen bürgerlichen Verständnis der klassischen Arbeitswerttheorie. Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen; Marian Bowley, Studies in the History of Economic Theory before 1870; Samuel Hollander, The economics of Adam Smith = Studies in classical political economy, I; Claudio Napoleoni, Ricardo und Marx. Studien über so-

ziale Bedeutung und formale Probleme wirtschaftswissenschaftlicher Theoriebildung, hg. u. eingeleitet v. Cristina Pennavaja = edition suhrkamp 702

Marlene Njammasch

Altindische "Republiken" und ceylonesischer "Klosterkapitalismus"? J. P. Sharma, Republics in Ancient India c. 1500 B. C. - 500 B. C.; Hans-Dieter Evers, Monks, Priests and Peasants, A Study of Buddhism and Social Structure in Central Ceylon = Monographs in Social Anthropology and Theoretical Studies in Honour of Nels Anderson, General Editor K. Ishwaran, Publication 1

Bohumil Lehár

Integrationsprozesse und ökonomische Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten des RGW. Ausgewählte Publikationen aus der ČSSR 1971 bis 1974

Hans Otto Gericke

Zur Vorbereitung und Auswertung des VI. Parteitages der SED durch die Magdeburger Maschinenbauer

Veronika Kunow

Sommeruniversität für Ökonomie (4. bis 15. August 1975 in Budapest)

Helga Eichler

Agrargeschichte des Feudalismus und Kapitalismus (17./18. September 1975 in Rostock)

Monika Harbauer

Agrarverhältnisse im Ostseeraum beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, 20. Jahrestagung der Hansischen Arbeitsgemeinschaft der Historiker-Gesellschaft der DDR (13. bis 15. Oktober 1975 in Mühlhausen)

Elisabeth Schwarze

Veränderungen der Sozial- und Besitzstruktur in ostthüringischen Ämtern und Städten am Vorabend des Bauernkrieges

Kurt-R. Biermann

Einige Abkürzungen und Zeichen des historischen Münzwesens

Alexandru Suceveanu

Bibliographie von Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Altertums in Rumänien (1949 bis 1970)

Renate Günther

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte